Die Zeit nach dem Krieg: Städte im Wiederaufbau

Herausgegeben von
Karl Moersch und Reinhold Weber







lpb
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Schriften zur politischen Landeskunde
Baden-Württembergs

Band 37

Herausgegeben von der
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Zu diesem Buch

Die militärische Besetzung im Frühjahr 1945 stellte einen bedeutsamen Einschnitt dar. Nach dem Ende der NS-Herrschaft prägte sie die politischen Strukturen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den Kommunen ebenso nachhaltig wie auch das Alltagsleben der Bevölkerung. Solange die Länderverwaltungen nicht wieder funktionierten, waren die Kommunen die zentrale Handlungsebene, nicht zuletzt dank einer Reihe herausragender Bürgermeister, die tatkräftig anpackten und auch die Bevölkerung motivieren konnten. Das Buch porträtiert 15 ausgewählte baden-württembergische Städte. Es geht der Frage nach, wie die Probleme des Wiederaufbaus, die Sicherung der menschlichen Grundbedürfnisse, der politische Neuanfang und das gesellschaftliche und kulturelle Leben gemeistert wurden.

Die Herausgeber

Prof. Karl Moersch, geb. 1926, gehörte von 1964 bis 1976 als Mitglied der FDP-Fraktion dem Deutschen Bundestag an. Von 1970 bis 1976 war er Parlamentarischer Staatssekretär bzw. Staatsminister im Auswärtigen Amt. Karl Moersch beschäftigt sich seit 1977 als freier Autor vor allem mit landeskundlichen und zeitgeschichtlichen Themen. Er hat dazu zahlreiche Arbeiten veröffentlicht, unter anderem *Bei uns im Staate Beutelsbach* (1984), *Sperrige Landsleute* (1996), *Geschichte der Pfalz* (1987) und *Kontrapunkt Baden-Württemberg* (2002, mit Peter Hölzle).

Dr. Reinhold Weber, M. A., geb. 1969, leitet bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg die Buchreihe „Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs“. Er ist Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Tübingen. Reinhold Weber forscht und publiziert in den Bereichen südwestdeutsche Landesgeschichte sowie Parteien- und Wahlgeschichte. Zusammen mit Peter Steinbach ist er Herausgeber der biographischen Buchreihe *Prägende Köpfe aus dem Südwesten* (2007 ff.). Jüngste Veröffentlichungen: *Geschichte Baden-Württembergs* (mit Hans-Georg Wehling, 2007) und *Kleine Geschichte der Länder Baden und Württemberg 1918–1945* (erscheint 2008).

Die Zeit nach dem Krieg: Städte im Wiederaufbau

Herausgegeben von
Karl Moersch und Reinhold Weber

Verlag W. Kohlhammer

Alle Rechte vorbehalten

© 2008 W. Kohlhammer GmbH Stuttgart
in Verbindung mit der
Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Umschlag: Data Images GmbH Stuttgart
Umschlagfotos: siehe Bildnachweis
Gesamtherstellung:
W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co. KG, Stuttgart
Printed in Germany

ISBN 978-3-17-019724-4

Vorwort

In den letzten beiden Jahren des Zweiten Weltkrieges kam das millionenfache Leid, das von Hitler-Deutschland aus in die Welt getragen worden war, auf deutschen Boden zurück. Auch im deutschen Südwesten, der bis zum Verlust der Lufthoheit an die Alliierten von unmittelbaren Kriegshandlungen und Zerstörungen weitgehend verschont geblieben war, wurden zahlreiche Städte durch Luftangriffe zerstört. Manche Orte hatten Opferzahlen und Zerstörungen zu verzeichnen, die ähnlich hoch waren wie zum Beispiel in Dresden. Andere Städte, wie etwa Freudenstadt im Schwarzwald, wurden bei der Einnahme durch die alliierten Truppen zerstört.

Die bedingungslose Kapitulation des nationalsozialistischen Deutschland war Ende und Wende zugleich, Katastrophe und Neubeginn zugleich. Theodor Heuss sprach vom 8. Mai 1945 als der „tragischsten und fragwürdigsten Paradoxie" in der deutschen Geschichte, weil die Menschen „erlöst und vernichtet in einem" gewesen seien. Die oft beschworene „Stunde Null" gab es jedenfalls nicht. Sowohl in ideeller wie auch personeller Hinsicht – ob in Politik, Verwaltung, Wirtschaft oder Kultur – konnte im positiven Sinne an die demokratischen Traditionen aus der Zeit vor 1933 angeknüpft werden. Gleichermaßen gab es allerdings auch im negativen Sinne Kontinuitäten: Schon bald nach dem Krieg dominierte die „Schlussstrich-Mentalität" über den Willen zur tiefgreifenden Aufarbeitung des Unrechts und der Verbrechen in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur.

Die Menschen lebten in der unmittelbaren Nachkriegszeit in einer „Zusammenbruchsgesellschaft". Ihr Alltagsleben mussten sie vorwiegend auf kommunaler Ebene meistern; sie war ihr Bezugspunkt zum schieren Überleben. Mit dem Deutschen Reich hatte auch dessen Verwaltungsaufbau aufgehört zu existieren. An den Gemeinden und Kreisen lag es, die dringendsten Probleme des Wiederaufbaus zu bewältigen – von der Sicherung der menschlichen Grundbedürfnisse wie Nahrung, Wohnen und Energieversorgung über die Trümmerbeseitigung und die Unterbringung zahlloser Heimatvertriebener, Flüchtlinge und anderer Zivilpersonen, die sich – wie Zwangsarbeiter und Zwangsverschleppte – außerhalb ihres Heimatstaates befanden (Displaced Persons), bis

hin zum Aufbau neuer und leistungsstarker Verwaltungen. Nicht zuletzt dank einer Reihe herausragender Bürgermeister, die die Probleme tatkräftig anpackten und die auch die niedergeschlagene Bevölkerung motivieren konnten, gelang es, diese gewaltigen Aufgaben zu meistern.

Der vorliegende Band der „Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs" beschäftigt sich mit den unmittelbaren Nachkriegsjahren in 15 südwestdeutschen Städten, die auch über ihre jeweilige Stadtgrenze hinaus von überregionaler Bedeutung waren und sind. In der Zusammenschau stehen diese Städte beispielhaft für eine Erfolgsgeschichte: für den höchst engagiert und unter größter Not bewerkstelligten Wiederaufbau und für eine „geglückte Demokratie" (Edgar Wolfrum). Sie stehen aber auch als Mahnung im Sinne des Imperativs „Nie wieder!": Nie wieder Diktatur, nie wieder Rassen- und Völkerhass, nie wieder Krieg!

Unser besonderer Dank für das Zustandekommen dieses Bandes gilt den Autorinnen und Autoren, die mit ihrer Arbeit das historische und kulturelle Gedächtnis unserer Gesellschaft schaffen. Gleichermaßen ist den zahlreichen Archiven zu danken, die uns ihre Fotos zur Verfügung gestellt und damit die reichhaltige Bebilderung des Buches ermöglicht haben. In gewohnt souveräner Weise wurde auch dieser Band unserer landeskundlichen Schriftenreihe von Dr. Alexander Schweickert vom Verlag W. Kohlhammer in Stuttgart betreut.

Stuttgart, im November 2007

Lothar Frick
Direktor der Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Dr. Reinhold Weber
Redaktion „Schriften zur politischen
Landeskunde Baden-Württembergs"

Inhalt

Vorwort 5

Karl Moersch und Reinhold Weber
Die Zeit nach dem Krieg: Wiederaufbau in Südwestdeutschland 9

Kurt Hochstuhl
Baden-Baden – französische Stadt an der Oos 36

Christof Strauß
Freiburg im Breisgau als Hauptstadt des Landes Baden –
der Not geschuldet, die Not verwaltend 58

Renate Karoline Adler und Maria Heidebrecht
Freudenstadt – der Wiederaufbau einer Stadt 83

Jürgen Oellers und Hartmut Semmler
Friedrichshafen – Wiederaufstieg einer Industriestadt
zwischen Demontage und Kommunalisierung 101

Philipp Gassert
Heidelberg, die Unversehrte? – Neubeginn, Rekonstruktion
und konservative Modernisierung 1945–1952 126

Christhard Schrenk
Heilbronn nach dem Krieg – wie Phönix aus der Asche 158

Manfred Koch
Karlsruhe – Landeshauptstadt oder Aschenbrödel? 180

Peter Hölzle
Konstanz oder Constance-sur-Mer? – Segen und Fluch der Randlage 204

Karl Moersch
Ludwigsburg – Ende und Wende in der Garnisonsstadt 234

Andrea Hoffend
Mannheim, die Kurpfalzmetropole – „Unsere erste Aufgabe:
bauen und abermals bauen“ 258

Christian Groh
Pforzheim – von einer Trümmerwüste zum modernen Stadtbild 289

Hans-Georg Wehling
Reutlingen – Kontinuität und Bruch nach 1945 311

Harald Schukraft
Stuttgart nach dem Zweiten Weltkrieg – Neubeginn auf Trümmern 339

Benigna Schönhagen
Tübingen als Landeshauptstadt 1945–1952 – So viel Anfang war nie 369

Frank Raberg
Ulm – Untergang und Neuanfang in doppelter Randlage 399

Die Autorinnen und Autoren 416

Umschlagfotos 420

Karl Moersch und Reinhold Weber

Die Zeit nach dem Krieg: Wiederaufbau in Südwestdeutschland

Was heißt und zu welchem Ende studiert man Nachkriegsgeschichte? Die Anlehnung an den Titel von Friedrich Schillers Antrittsvorlesung am 26. Mai 1789 in Jena mag hier bemüht sein, um der Frage nachzugehen, warum sich die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg seit den 1990er Jahren wieder eines erhöhten Interesses in Forschung und Literatur erfreut. Gewiss liegt es erstens daran, dass es nach 1989/90 erneut darum ging, eine – die zweite – Diktatur auf deutschem Boden zu „bewältigen". Die Frage nach der Transformation einer ehemals diktatorisch regierten Gesellschaft in eine Demokratie erlangte dadurch erhöhte Aufmerksamkeit. Zweitens spielt dabei eine Rolle, dass sich Forscher und Lesepublikum in der Phase der 1990er Jahre, als sich Deutschland in der Stagnation, Rezession und „Blockade" befand, gerne an die Dynamik und an den Aufbauwillen der Bevölkerung in der anbrechenden „Wirtschaftswunderzeit" seit der Währungsreform erinnerten und Vergleiche zogen.

Drittens schließlich liegt es daran, dass mit dem Anbruch des 21. Jahrhunderts die Zeitgeschichtsforschung ihre Fragen und Methoden neu ausgerichtet und ihre Perspektiven pluralisiert hat. Im Rückblick hat sich dabei gezeigt, dass der Erste Weltkrieg als „Urkatastrophe" des 20. Jahrhunderts den säkularen Fortschrittsglauben der zivilisatorischen Moderne zerstörte und eine lang anhaltende Phase erbitterter Auseinandersetzungen zwischen liberaler Demokratie und nationalsozialistischer beziehungsweise kommunistischer Diktatur mit den destruktiven Dimensionen eines „Zweiten Dreißigjährigen Krieges" (Fritz Stern) von 1914 bis 1945 eröffnete. Es war dem 20. Jahrhundert vorbehalten, nach dem Zivilisationsbruch des „Dritten Reiches" mit seinem apokalyptischen Einbruch von Gewalt und Barbarei die Kraft der Demokratie zur Geltung zu bringen – zumindest in Deutschland, in Europa und in Amerika. Für Deutschland ergibt sich dabei im Rückblick auf die Zäsur von „1945" die für unsere Gegenwart und für unsere Zukunft zentrale Frage nach den Voraussetzungen und Bedingungen für die erfolgreich genutzte „zweite Chance", an deren Ende eine „geglückte Demokratie" (Edgar Wolfrum) steht. Die Auseinandersetzung mit der Nachkriegszeit ist insofern immer auch die Rückbesinnung auf diejenigen Jahre, in denen die Grundlagen unserer heutigen Gesellschaft geschaf-

fen wurden. Diese selbstreflexive „Vergewisserung“ ist ein wichtiger Beitrag zum kollektiven Gedächtnis, der in seiner Bedeutung schon allein deshalb nicht zu unterschätzen ist, weil zwar viele der heute Lebenden die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts als Zeitzeugen erlebt haben, diejenigen aber, die die NS-Diktatur und das Kriegsende bewusst miterlebt haben, zunehmend weniger werden.

Der Blick zurück zeigt, dass manches von dem, was sich als erfolgreich, als von Dauer und als heute selbstverständlich erwiesen hat, als ein in der Not geschaffenes Provisorium entstanden ist. Er zeigt aber auch, dass es die oft zitierte „Stunde Null“ nicht gab, sondern vielmehr eine komplexe Mischung aus Bruch und Kontinuität. Bruch, weil die totale Niederlage Deutschlands im Krieg den Nationalsozialismus grundlegend diskreditiert hatte und sich die Heerscharen von „Mitläufern“ rasch vom untergegangenen Regime zu distanzieren trachteten. Zumindest in der Politik fand darüber hinaus ein grundlegender Elitenaustausch statt. Kontinuität ist in negativer Hinsicht zu konstatieren, weil es in weiten Teilen von Verwaltung, Wirtschaft, Justiz, Bildung und Kultur zu keinem Elitenaustausch kam. Kontinuität in positivem Sinne hingegen, weil sich bei der Entwicklung hin zu einer freien Zivilgesellschaft ältere, vornationalsozialistische und demokratische Traditionsstränge mit einer sukzessiven Westernisierung der deutschen Gesellschaft als programmatischem Teil der Politik der Besatzungsmächte verbanden. Gerade der Blick auf die Besetzung hoher politischer Ämter auf landes- und kommunalpolitischer Ebene zeigt doch, dass hier überwiegend eine Politikergeneration prägend war, die in den Jahren der Weimarer Republik sozialisiert worden war und die das Vermächtnis der deutschen Demokratiegeschichte vor 1933 weiterführen konnte.

Zu dem Perspektivenwechsel in der Zeitgeschichtsforschung gehört es auch, eine der Grundforderungen an die deutsche Geschichte umzusetzen, nämlich Politik im nationalen Rahmen gerade von der regionalen Perspektive aus zu erklären und nach wirkmächtigen Traditionen und Identitäten in historischen Räumen zu fragen. Eine landesgeschichtliche Betrachtungsweise kann die gesamtnationalen Synthesen bereichern, wenn sie mehr ist als nur regionalpatriotische Nabelschau. Sie ist dies vor allem dann, wenn sie mit vergleichendem Ansatz arbeitet. Das heutige Baden-Württemberg bietet sich für eine solche komparative Betrachtungsweise in besonderem Maße an, weil es von zwei alliierten Siegermächten besetzt war – der US-amerikanischen und der französischen. Südwestdeutschland ist also insofern eine gesamtdeutsche Ausnahme, weil – abgesehen von Rheinland-Pfalz, dem Sonderfall Saarland und dem französischen Sektor in Berlin – nur hier die Franzosen in einem Teil des heutigen Landes Baden-Württemberg die Geschicke nachhaltig prägten. Darüber hinaus lässt das vorliegende Buch in mehrerlei Hinsicht Erkenntnisse aus vergleichender Perspektive zu: Neben dem Vergleich zwischen Region be-

ziehungsweise Land und Gesamtdeutschland sowie zwischen US-amerikanischer und französischer Besatzung wird der Vergleich zwischen den großen Städten innerhalb der jeweiligen Zone gezogen, wo sich je nach Verhalten der Besatzungsmacht, je nach Zerstörungsgrad und je nach personeller Besetzung der Spitzenpositionen deutliche Unterschiede ergeben.

Bilanz des Krieges

Das Kriegsende bedeutete den totalen militärischen, politischen und moralischen Zusammenbruch.[1] In den sechs Jahren des Krieges waren mehr als 225 000 Wehrmachtsangehörige aus dem Südwesten und annähernd 40 000 Zivilpersonen umgekommen. Neunzig Prozent der getöteten Zivilpersonen – deutlich mehr als die Hälfte davon waren Frauen – und mehr als die Hälfte der gefallenen Soldaten waren seit Januar 1944 vom Regime regelrecht geopfert worden. Noch in den letzten Kriegstagen war es zu sinnlosen Verteidigungsgefechten und zu völlig unnötigen Todesurteilen gegen Deserteure und einzelne Mutige gekommen, die versucht hatten, dem grausamen Treiben durch Zusammenarbeit mit den alliierten Truppen ein Ende zu setzten. Einzelne Städte wie Freudenstadt, Waldenburg im Hohenlohischen, Neuenburg und Breisach am Rhein waren noch in den letzten Kriegstagen dem Erdboden gleichgemacht worden. Insgesamt fielen die Zerstörungen im Südwesten recht unterschiedlich aus: Generell waren die industriellen Zentren und die Städte stärker betroffen als die ländlichen Gegenden, generell auch hatte es die Mitte und den Westen des heutigen Landes Baden-Württemberg stärker getroffen als den Süden und den Osten.

Zu der schrecklichen Bilanz des Krieges zählen auch die mehr als 10 000 deportierten deutschen Juden aus Baden, Württemberg und Hohenzollern, die dem Rassenwahn des NS-Regimes zum Opfer gefallen waren. Von den annähernd 150 jüdischen Kultusgemeinden, die vor dem „Dritten Reich“ im Südwesten existiert hatten, gab es nach dem Krieg gerade noch sieben. Der NS-Rassenwahn hatte in nur wenigen Jahren vernichtet, was über Jahrhunderte gewachsen war: eine lebendige und vielfältige jüdische Kultur als wichtiger Bestandteil der südwestdeutschen Gesellschaft. Zu den Opfern zählten auch über 10 000 Menschen, die in Grafeneck im Zuge des NS-Krankenmordes getötet worden waren. Zu erinnern ist auch an tausende von Menschen aus den vom NS-Regime besetzten europäischen Ländern, die im weit verzweigten Außenlagersystem des NS-Terrors ihr Leben lassen mussten.

Eine fast unvorstellbare Zahl von rund einer halben Million Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern kommt hinzu, die in den Südwesten Deutschlands verschleppt worden war. Die Zivilpersonen, die sich als Zwangsarbeiter, Zwangs-

verschleppte und überlebende KZ-Häftlinge außerhalb ihres Heimatstaates befanden und die von den Alliierten nun als „Displaced Persons“ bezeichnet wurden, irrten in den zerstörten Städten oder in den ländlichen Gegenden umher. Für viele von ihnen war ihre Leidenszeit mit der Befreiung durch die alliierten Truppen keineswegs beendet. Sie waren ausgehungert, erschöpft und teilweise auch aggressiv – es kam zu Plünderungen, Vergewaltigungen und Morden. Ursprünglich sollten die „DPs“ bis zur Rückkehr in ihre Heimat in „Sammelstellen“ betreut werden, aus denen aber rasch „Lager“ mit Bewachung und Stacheldraht wurden. Im heutigen Baden-Württemberg waren es rund 180 000 Menschen, darunter etwa 70 000 sogenannte „Ostarbeiter“, die „repatriiert“ werden sollten. Viele kehrten zwar wieder in ihre Heimat zurück, andere aber blieben in Deutschland und lehnten die Rückkehr in den stalinistischen Osten ab, wo sie als „NS-Kollaborateure“ erneute Verfolgung, „Sibirien“ oder gar den Tod zu befürchten hatten.

Die einheimische Bevölkerung erlebte das Kriegsende mit der Auflösung der staatlichen und militärischen Ordnung in ganz unterschiedlicher Art und Weise. In nur etwas mehr als einem Monat hatten Amerikaner und Franzosen Baden, Württemberg und Hohenzollern erobert. Die Erfahrung des Kriegsendes unterschied sich recht deutlich, je nachdem, ob es in den jeweiligen Orten noch zu Kampfhandlungen und gleichzeitigen Bombenangriffen gekommen oder ob die Übergabe kampflos vonstatten gegangen war. Dort, wo noch bis in die letzten Stunden gekämpft wurde, war es ein Unterschied, ob die deutschen Truppen aus Wehrmachtseinheiten bestanden oder ob es sich um SS-Männer handelte, die in aller Regel fanatischer agierten. Letztlich war es auch ein bedeutender Unterschied, welche der beiden Besatzungsmächte einmarschierte. Vor allem in den Gebieten Badens und Württembergs, die von französischen Truppen besetzt wurden, kam es massenweise zu Vergewaltigungen und Plünderungen.

Unmittelbar am Ende des Krieges lebten rund eine Million Menschen auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg, die sich nicht an ihrem eigentlichen Wohnort aufhalten konnten – Ausgebombte sowie Evakuierte aus anderen Reichs- und Landesteilen. Sie alle versuchten, auf irgendeine Weise ihre Heimat zu erreichen und stellten die Verantwortlichen angesichts eines völlig daniederliegenden Verkehrssystems vor riesige Herausforderungen. Zehntausende von deutschen Soldaten, die in Kriegsgefangenschaft geraten waren, sollten erst sehr viel später heimkehren können. Noch 1947/48 waren deutlich über 100 000 Männer aus dem Südwesten von den alliierten Siegermächten festgehalten. Ein Großteil davon konnte 1949 heimkehren, die Letzten unter ihnen kamen erst im Januar 1956 aus der Sowjetunion zurück.

Im Land der Besiegten mochten nur wenige den Zusammenbruch als Befreiung vom Joch des Nationalsozialismus empfinden: die dem Tode Geweihten,



Für den Wiederaufbau wird in schwerer Zeit alles benötigt: An einer Trümmerverwertungsstelle fällt der Schutt in eine Sortiermaschine. (Foto: LMZ Baden-Württemberg)

Drangsalierten und Verfolgten des Regimes, die im Verborgenen wirkenden Opponenten, wohl auch manch Ausgebombter. Es bedurfte langer Jahre des Wandels, bis die Kapitulation von der Mehrheit der Bevölkerung als Befreiung akzeptiert wurde. Aber auch diejenigen, die das Kriegsende als Niederlage sahen, waren von existenziellen Sorgen und Zukunftsängsten geplagt. Noch war für niemanden zu ahnen, dass die Zusammenbruchsgesellschaft von 1945 innerhalb weniger Jahre eine starke wirtschaftliche Dynamik entfalten sollte.

Mit der bedingungslosen Kapitulation der letzten Regierung des Deutschen Reiches mit dem Großadmiral Karl Dönitz als Reichspräsidenten, vertreten durch das Oberkommando der Wehrmacht, hatte das Deutsche Reich und damit auch sein Verwaltungsaufbau zu existieren aufgehört. Während die hohen NS-Funktionäre in aller Regel geflüchtet waren oder Selbstmord begangen hatten, waren zahlreiche Bürgermeister auf ihren Posten geblieben. An ihnen und an den neu berufenen, unbelasteten Stadtoberhäuptern lag es nun, unter der Kuratel der Besatzungsmächte die dringlichsten Probleme des Nachkriegsalltags zu bewältigen. Die Deutschen waren in dieser Situation ein Volk ohne Staat, aber eines mit Kommunen. So lange die Länderverwaltungen nicht wieder funktionierten, mussten und konnten die weitgehend intakt gebliebenen Kommunalverwaltungen staatliche Aufgaben übernehmen. Dies gelang nicht zuletzt aufgrund einer ganzen Reihe herausragender Bürgermeister, die tatkräftig anpackten und die die niedergeschlagene Bevölkerung motivieren konnten. Hinzu kam, dass sich dort, wo Verfolgte des NS-Regimes und Unbelastete zur Verfügung standen, eine überaus engagierte Art der Bürgerinitiative bewährte, die gemäß dem Imperativ „Nie wieder!“ und mit einem antinationalsozialistischen Grundkonsens über die alten Parteigrenzen hinweg funktionierte. Nicht zu unterschlagen ist dabei, dass unter den Aktiven der ersten Stunde nicht nur Sozialdemokraten, Liberale und Zentrumsanhänger waren, sondern oft auch Kommunisten mit einer KZ-Leidensgeschichte. Sie wurden als „normaler“ Bestandteil der deutschen Parteienlandschaft angesehen, bis die KPD ihren Weg hin zur stalinisierten Kaderpartei nahm. Auch für die notgeplagte Bevölkerung war der kommunale Zusammenhang der unmittelbare Orientierungsrahmen im Alltag: bei der Sicherung der menschlichen Grundbedürfnisse wie Ernährung, Wohnen, Energieversorgung zum Heizen und Kochen sowie bei der Trümmerbeseitigung und beim Wiederaufbau.

Territoriale Improvisationen der Besatzungsmächte

Am 9. Mai 1945, am Tag nach der bedingungslosen Kapitulation, war Südwestdeutschland bereits vollständig von amerikanischen und französischen Truppen besetzt. Allerdings wusste noch niemand – auch die beiden Siegermächte nicht –,

welche badischen, württembergischen und hohenzollerisch-preußischen Gebiete unter amerikanischer und welche unter französischer Oberhoheit stehen würden. Die Zukunft im deutschen Südwesten war insofern noch ganz ungewiss, als sich die siegreichen Alliierten, speziell die Amerikaner und Franzosen, in Diskussionen, die bereits seit November 1944 in der Londoner „Europäischen Beratungskommission" andauerten, nicht über das von Frankreichs Staatschef Charles de Gaulle Gewollte einig geworden waren. Die Sowjets, die US-Amerikaner und die Briten behandelten Frankreich trotz der Zulassung zu der Londoner Kommission auch weiterhin als zweitrangige Siegermacht. An der Konferenz von Jalta im Februar 1945 hatte de Gaulle nicht teilnehmen dürfen. Auch nach dem Kriegsende in Europa fehlte er bei der Konferenz der „Großen Drei" (Churchill, Roosevelt bzw. Truman und Stalin) im Juli und August 1945 in Potsdam. Allerdings war schon am Beginn dieser Konferenz, die nicht mit einem völkerrechtlich verbindlichen Dokument, sondern mit einem von den drei Teilnehmern unterzeichneten Protokoll endete, bereits geregelt, dass Südwestdeutschland nicht entlang der bisherigen württembergisch-badischen Landesgrenze geteilt werden sollte. Wäre ganz Süddeutschland – wie ursprünglich geplant – der US-Zone zugefallen, so wären die alten Länder Baden und Württemberg wohl bestehen geblieben. So aber zwang die Situation zu territorialen Improvisationen, zumal die Franzosen in den letzten Kriegswochen erfolgreich versucht hatten, möglichst viele Faustpfänder in ihre Hand zu bekommen, um sich eine gute Verhandlungsposition beim Zuschnitt der Besatzungszonen zu verschaffen.

De Gaulle hatte sich das allerdings ganz anders gewünscht. Er wollte ganz Baden als französisches Besatzungsgebiet, einschließlich der Stadt Mannheim und der Neckarmündung. Außerdem erhob er zunächst Anspruch auf das ganze linksrheinische Gebiet des Deutschen Reiches, einschließlich der Städte Köln und Aachen. Zwischen dem Rhein und der im Versailler Friedensvertrag 1919 gezogenen deutsch-französischen Grenze sollte es eine linksrheinische Republik als Pufferstaat und Sicherheitskorridor zwischen Frankreich und einem zukünftigen Deutschland geben. Darüber hinaus beanspruchte de Gaulle an der Mündung des Mains einen rechtsrheinischen Brückenkopf mit dem hessen-nassauischen Wiesbaden. Amerikaner und Briten wiesen alle diese Forderungen mit teilweise harschen Worten zurück. So ließ US-Präsident Harry S. Truman im Sommer 1945 den französischen Staatschef wissen, er werde die Räumung Stuttgarts notfalls mit Hilfe einer amerikanischen Panzerdivision erzwingen. Die angeführten Beispiele zeigen, dass das französisch-amerikanische Verhältnis bei Kriegsende deutlich komplizierter war, als es rückblickend den Anschein haben mag.

Der wesentliche Grund hierfür ist im Vorgehen von de Gaulle zu suchen. Die strategische Planung des westalliierten Oberkommandos, geleitet von General

Dwight D. Eisenhower und seinem britischen Stellvertreter Bernard Montgomery, hatte für das Vordringen der Truppen über den Rhein eindeutig vorgesehen, dass die Amerikaner vorausmarschieren, die französischen Truppen hingegen nachrücken und die Nachschublinien sichern sollten. Die Planung der für den Südwesten zuständigen Heeresgruppe unter General Devers, dem auch die 1. französische Armee unter dem Kommando von General Jean de Lattre de Tassigny unterstellt war, geriet im März 1945 jedoch vollständig durcheinander, weil de Gaulle seinem General befohlen hatte, ohne Rücksicht auf die amerikanischen Befehle den Rhein zu überqueren, auf der rechten Rheinseite Brückenköpfe zu bilden und so rasch wie möglich in Richtung Karlsruhe und Stuttgart vorzurücken. Beim Rheinübergang erlitten die französischen Truppen erhebliche Verluste, weil die Amerikaner sie weder aus der Luft noch mit dem notwendigen Pioniergerät unterstützten.

Erst auf massiven, auch wirtschaftlichen Druck der Amerikaner lenkte Frankreich schließlich ein. Am 22. Juni 1945 schlossen beide Siegermächte ein Abkommen über die Abgrenzung ihrer Zonen. Gut zwei Wochen später räumten die französischen Truppen die beiden Landeshauptstädte Karlsruhe und Stuttgart. Sie zogen sich nun auf die Gebiete südlich der Autobahn beziehungsweise der Eisenbahnlinie Karlsruhe – Stuttgart – Ulm zurück. Dabei wurden die alten Kreisgrenzen als Besatzungsgrenzen respektiert, so dass beispielsweise die Kreise Leonberg und Böblingen amerikanischer, der Kreis Calw mit Herrenalb aber französischer Herrschaft unterstellt blieben. Die Amerikaner hatten die südliche Grenze ihrer Zone so fixiert, weil damit der Zugang zum Rheinhafen Mannheim gesichert war. Damit waren die in Napoleonischer Zeit gebildeten Länder Baden und Württemberg geteilt: Die stärker industrialisierten und dichter besiedelten nördlichen Teile gehörten zur US-Zone, die agrarisch geprägten südlichen Landesteile mit Hohenzollern zur französischen Zone.

Die Amerikaner zimmerten aus ihren Teilen das Land Württemberg-Baden mit der Hauptstadt Stuttgart, wobei der Landesbezirk Baden (Nordbaden) eine weitgehende Verwaltungsautonomie erhielt. Schon am 19. September proklamierte General Eisenhower die Bildung des neuen Landes – zusammen mit Bayern und (Groß-)Hessen. Als Reaktion auf die frühen amerikanischen Ländergründungen schotteten die Franzosen ihre Zonengrenze ab. Auch für Privatpersonen waren fortan Passierscheine erforderlich. Nun begann auch die französische Besatzungsmacht – zögerlicher als die Amerikaner, aber gleichermaßen willkürlich und ohne Rücksicht auf historisch gewachsene Traditionen –, ihre Zone zu strukturieren. Sie entschied sich dabei für die Schaffung zweier Länder: Südlich der künstlichen innerwürttembergischen Grenze, die als ungeliebte „Frontière de Dettenhausen“ bei Tübingen verlief, wurde das Land Württemberg-Hohenzollern mit der Hauptstadt Tübingen gebildet. Es übernahm nicht



Karte: Landesvermessungsamt Baden-Württemberg

nur die Verwaltung der beiden zu Preußen gehörenden hohenzollerischen Kreise Hechingen und Sigmaringen, sondern auch den bayerischen Kreis Lindau, der bis 1952 von Tübingen aus mitverwaltet wurde. Hier, genauer gesagt in Bad Schachen, hatte sich vor seinem Umzug nach Baden-Baden im Sommer 1945 das französische Oberkommando unter General de Lattre de Tassigny befunden, und hier schufen sich die Franzosen mit diesem Kuriosum eine Landverbindung zu ihren österreichischen Besatzungsgebieten Vorarlberg und Tirol. Westlich von Württemberg-Hohenzollern gründete die französische Besatzungsmacht das Land (Süd-)Baden mit der Hauptstadt Freiburg. So residierte

in Tübingen Guillaume Widmer, der französische Militärgouverneur von Württemberg-Hohenzollern, und in Freiburg Pierre Pène als derjenige für Baden. Baden-Baden, die mondäne und unzerstört gebliebene „Sommerhauptstadt Europas", blieb Sitz der Militärregierung für die gesamte französische Besatzungszone. General de Lattre de Tassigny, der sich immer wieder wie ein „orientalischer Fürst" gebärdet hatte, wurde nach heftigen Diskussionen in der französischen Nationalversammlung Anfang August 1945 durch General Pierre Koenig abgelöst. Der Normanne regierte fortan die französische Zone und war auch der französische Vertreter im Kontrollrat der Alliierten in Berlin.

Vor dem Hintergrund dieser französisch-amerikanischen Territorialimprovisationen zu Beginn der Besatzungszeit in Südwestdeutschland wird deutlich, warum es in großen wie auch in kleineren Städten im Frühjahr und Sommer 1945 zu einem „Besatzungswechsel" gekommen war. Alle Städte und Gemeinden, alle Landkreise, die diesen Wechsel erlebten, wurden damit auch mit ganz verschiedenen Formen einer Besatzungsherrschaft konfrontiert. Die auf Besatzungswillkür beruhende Einteilung der Besatzungszonen prägte die politische Entwicklung der jeweils betroffenen Gebiete ganz entscheidend und nachhaltig.

Politik der Besatzungsmächte

Die alliierten Besatzungsmächte hatten sich auf fünf Ziele für die unmittelbare Nachkriegszeit in Deutschland geeinigt: Demontage, Demilitarisierung, Denazifizierung, Demokratisierung und Dezentralisierung – die fünf „D"s. Recht rasch begann sich aber nicht nur der Ost-West-Konflikt abzuzeichnen, sondern auch Divergenzen zwischen Amerikanern und Franzosen. Die unterschiedlichen Vorgehensweisen der beiden Besatzungsmächte prägten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Südwesten.

Die französischen Stadt- und Kreisgouverneure hatten zunächst einmal nichts anderes als französische Sicherheitsinteressen zu beachten. Der ehemalige französische Militärgouverneur für das neu geschaffene Land Rheinland-Pfalz, General Hettier de Boislambert, hat als Ruheständler das französische Konzept für die Besatzungspolitik in einem Südwestfunk-Interview am 19. Mai 1997 auf einen einfachen Gedanken reduziert. Von einem Mitarbeiter des Südwestrundfunks gefragt, was er denn als Militärgouverneur für den Wiederaufbau einer Demokratie getan habe, antwortete er, den die Pfälzer gerne den „General Holzlambert" nannten, kurz und bündig: „Demokratie? – Das war nicht mein Thema, ich hatte für Ruhe und Ordnung zu sorgen."

Diese Aussage mag zugespitzt sein, denn schließlich ging es den Franzosen auch darum, mit einem demokratischen „Umerziehungsprogramm" („réédu-



Message from General Eisenhower

6 August 1945.

To the German People in the United States Zone:

Almost three months have passed since the final defeat of Germany. During this period we have been engaged in the removal of Nazis from positions of prominence in German life. We have also re-established law and order, and have taken many steps specifically directed to provide a foundation for you now to exert your best efforts to minimize the problems which you will face during the coming winter.

Our denazification program has proceeded sufficiently so that it is timely now to speak to you of our plans for the occupation of the United States zone in Germany, plans which accordfully with the policies agreed upon in the recent conference of Allied leaders in Potsdam.

After two wars in twenty-five years, we intend to prevent Germany from ever again threatening the peace of the world. Nazism and militarism are being rooted out in all their forms. War criminals are being tried and punished as they deserve. Germany is being completely disarmed. In short, the German power to make war will be destroyed.

But our aim is not merely a negative one. We do not desire to degrade the German people. We shall assist you to rebuild your life on a democratic basis. Your courts and schools are being reopened as quickly as they can be freed of Nazi influence. Justice and education founded on true liberal principles will be supported vigorously.

Already you are publishing some of your own newspapers, electing shop stewards to represent you, and serving on advisory groups for military government. Now these and similar steps will be carried further.

You will be permitted to form local unions and to engage in local political activities; and meetings for these purposes may be held subject to the approval of local Military Government. An initial aim of trade unions and political parties should be to help in the measures necessary now to prepare for the coming winter.

The full freedom to form trade unions and to engage in democratic political activities will be extended rapidly in those areas in which you show a readiness for the healthy exercise of these privileges. Your own actions will determine the time for removing remaining restrictions.

The coming months will be a time of trial. They will inevitably be hard. All signs point to shortages of food, fuel, housing and transport. These are the consequences of a war of aggression. Yet you have it in your power to reduce these hardships by steady work and by helping each other. There must be no idleness.

The prospects for the harvest are good. However, to make sure that it is fully gathered the people in the cities and towns must go out to work on the farms.

Coal will not be available for heating houses this winter. In the next few months you must cut and gather enough wood in the forests to take care of your essential needs.

Housing is your third major problem. While the weather still permits, damaged houses must be repaired to provide as much shelter as possible this winter, using salvaged material and lumber cut from the forests to the fullest feasible extent.

All of these are your problems. Their solution depends on your work. German civil authorities have been set up by Military Government in many fields to enable you to help yourselves until the time comes for you to select your own government. If you do your part, we can help you in other ways. Already I have made military transport available to help prevent losses of crops in the fields.

Members of my command are now permitted normal public contacts with you. In this way we will be able to understand better the problems which face you in the coming months.

Despite all hardships, you need not face the future without hope. You can redeem yourselves, both at home and in the eyes of the world, through your own efforts. It lies in your power ultimately to build a healthy, democratic life in Germany and to rejoin the family of nations. To achieve this, you must show you have forever abandoned militarism and aggression and have adopted a peaceful way of life.

DWIGHT D. EISENHOWER
GENERAL OF THE ARMY
COMMANDING GENERAL
UNITED STATES FORCES EUROPEAN THEATER

Botschaft des GeneralsEisenhower

92

An das deutsche Volk in der Amerikanischen Besetzungszone:

Drei Monate sind seit der entscheidenden Niederlage Deutschlands verstrichen. Wir haben während dieser Zeit hauptsächlich auf Beseitigung der Nazis aus allen für das deutsche öffentliche Leben wichtigen Stellungen hingearbeitet. Ferner haben wir Recht und Ordnung wiederhergestellt und zahlreiche Maßnahmen getroffen, die eine Grundlage bieten, auf der Ihr jetzt Eure äußersten Kräfte zur Milderung der Euch im kommenden Winter bevorstehenden Schwierigkeiten anspannen könnt.

Unser Programm, den Nationalsozialismus auszumerzen, ist jetzt weit genug fortgeschritten, und die Zeit ist gekommen, um weitere Pläne für die Amerikanische Besetzungszone Deutschlands bekannt zu machen. Diese Pläne entsprechen in jeder Beziehung den Grundsätzen, die von den Alliierten Staatsmännern in der soeben beendeten Konferenz in Potsdam festgelegt worden sind.

Die Erfahrungen zweier Kriege innerhalb 25 Jahren bedeutet uns in unserer Absicht, nie wieder eine Bedrohung des Weltfriedens durch Deutschland zuzulassen. Nationalsozialismus und Militarismus in jeglicher Erscheinungsform werden ausgerottet. Kriegsverbrecher werden vor Gericht gestellt und der gerechten Strafe zugeführt. Deutschland wird vollkommen entwaffnet. Mit einem Wort, jede Möglichkeit Krieg vorzubereiten, wird und bleibt in Deutschland beseitigt.

Jedoch unsere Ziele sind nicht nur negativ. Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu demütigen. Wir werden Euch helfen, Euer Leben auf demokratischer Grundlage wieder aufzubauen. Sobald Eure Gerichte und Schulen von Nazi-Einflüssen gereinigt sind, werden sie wieder geöffnet werden. Rechtspflege und Erziehungswesen, die auf echten demokratischen Grundsätzen beruhen, werden kräftigste Unterstützung finden.

Bereits heute veröffentlicht Ihr eine Anzahl eigener Zeitungen, wählt Vertrauensmänner, die Euch in Euren Betrieben vertreten, und arbeitet in Ausschüssen als Berater der Militärregierung. Diese und ähnliche Maßnahmen werden weiter ausgebaut werden.

Es wird Euch gestattet werden, örtliche Gewerkschaften zu bilden und Euch örtlich politisch zu betätigen. Versammlungen zu diesen Zwecken dürfen mit Genehmigung der örtlichen Militärregierung abgehalten werden. Zu den vordringlichsten Aufgaben von Gewerkschaften und politischen Parteien gehört die Mitwirkung an solchen Maßnahmen, wie sie jetzt zur Vorbereitung auf den kommenden Winter notwendig sind.

Volle Freiheit zur Bildung von Gewerkschaften und zur Ausübung politischer Tätigkeit in demokratischem Sinne wendet Ihr schnellstens dort erlangen, wo Ihr zeigt, daß Ihr bereit seid, solche Vorrechte verständig auszuüben. Es hängt von Euren eigenen Handlungen ab, wann die noch bestehenden Beschränkungen von uns aufgehoben werden können.

Die kommenden Monate werden für Euch eine schwere Prüfung sein. Es ist unvermeidbar, daß sie hart sein werden. Alle Anzeichen deuten auf Knappheit an Lebensmitteln, Heizungsstoffen, Wohnraum und Transportmitteln. Dies sind die Folgen des Angriffskrieges. Es steht jedoch in Eurer Macht, durch beharrliche Arbeit und gegenseitige Hilfe diese Not zu lindern. Müßiggang darf es nicht geben.

Die Ernteaussichten sind gut. Jedoch ist es zur vollen Einbringung der Ernte notwendig, daß die Stadtbevölkerung auf das Land geht und dort arbeitet.

Für die Beheizung von Wohnhäusern wird in diesem Winter keine Kohle zur Verfügung stehen. Zur Deckung des notwendigsten Bedarfes müßt Ihr in den nächsten Monaten in den Wäldern genügend Holz fällen und einsammeln.

Eure dritte Hauptsorge ist die Beschaffung von Wohnraum. Solange die Witterung es gestattet, müssen beschädigte Häuser ausgebessert werden, um während dieses Winters so viel Schutz wie möglich zu bieten. Zu diesem Zweck müßt Ihr in größtmöglichem Umfange Altmaterial und in den Wäldern gefälltes Holz verwenden.

Dies alles sind Eure Probleme. Deren Lösung hängt allein von Eurer Arbeit ab. Die Militärregierung hat auf vielen Gebieten deutsche Zivilbehörden eingesetzt, damit Ihr Euch selbst helfen könnt, bis die Zeit reif ist Eure eigene Regierung auszuwählen. Falls Ihr das Eure tut, können wir Euch anderweitig helfen. Ich habe bereits militärische Transportmittel zur Verfügung gestellt, um zur Verhütung des Verderbens der Ernte auf den Feldern beizutragen.

Militärpersonen unter meinem Befehl ist jetzt gewöhnlicher Umgang mit Euch in der Öffentlichkeit gestattet. Auf diese Weise werden wir in der Lage sein, die Probleme, die die kommenden Monate für Euch bringen werden, besser zu verstehen.

Trotz aller Not braucht Ihr nicht ohne Hoffnung der Zukunft entgegenzusehen. Durch Eure eigenen Anstrengungen könnt Ihr Euch sowohl in der Heimat wie in den Augen der Welt wieder Achtung verschaffen. Es liegt in Eurer Macht, am Ende ein gesundes, demokratisches Leben in Deutschland aufzubauen und in die Gemeinschaft der Völker wieder einzutreten. Um dieses Ziel zu erreichen, müßt Ihr zeigen, daß Ihr Euch für immer von Militarismus und Angriffsgeist losgesagt habt und in Frieden mit der Welt zu leben gewillt seid.

DWIGHT D. EISENHOWER
GENERAL OF THE ARMY
OBERBEFEHLSHABER DER
AMERIKANISCHEN STREITKRÄFTE IN EUROPA.

6. August 1945.

Im August 1945 wendet sich General Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber über die amerikanischen Besatzungstruppen in Europa und Militärgouverneur in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, mit einem Plakat in englischer und deutscher Sprache an die deutsche Bevölkerung. Die Ziele der US-amerikanischen Besatzungsmacht sind vor allem die Entnazifizierung und der Aufbau demokratischer Institutionen. (Abbildung: LMZ Baden-Württemberg, Quelle: Stadtarchiv Karlsruhe)

cation“), flankiert von einer umfassenden Kulturpolitik, den NS-Geist in der deutschen Bevölkerung zu vertreiben und eine demokratische politische Kultur zu schaffen. Dennoch lassen sich die vorrangigen Interessen der französischen Besatzungsmacht aber mit „Sicherheit und Kohle“ zusammenfassen. Der Nachbar am Rhein sollte möglichst stark dezentralisiert und gleichzeitig die Besat-

zungszone für den eigenen wirtschaftlichen Wiederaufbau genutzt werden. Die von der deutschen Besatzung angerichteten Schäden in Frankreich sollten durch das Requirieren von Industriegütern, von Nahrungsmitteln (zunächst für die französischen Truppen) sowie durch einen umfangreichen Holzeinschlag speziell im Schwarzwald und im Pfälzerwald „kompensiert" werden. Das Rezept hieß: „Kahlschlag, wo immer es sich lohnt", und dann „ab über den Rhein nach Frankreich".

Auch was die Demontage ganzer Fabrikanlagen betrifft, war man in der französischen Besatzungszone deutlich stärker betroffen als in der US-amerikanischen. Schon bei der militärischen Einnahme des Südwestens war es zu „wilden" Entnahmen aus Industrie- und Handelsbetrieben sowie zur Konfiszierung von Autos, Lastkraftwagen und anderen beweglichen Gütern gekommen. Die rigorose Demontagepolitik von Industrieanlagen, Maschinen und Wirtschaftsgütern hielt hier bis über die Währungsreform und über die Startphase des Marshall-Plans hinaus an und belastete das Verhältnis zwischen der Besatzungsmacht und der einheimischen Bevölkerung immer wieder massiv. Für viele Deutsche hatte die Reparationspolitik der Franzosen Plünderungscharakter. Vor allem war sie alles andere als geeignet, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die gewaltigen Transferleistungen drohten die wirtschaftliche Gesundung der französischen Besatzungszone auf lange Zeit hinaus zu gefährden. Vor allem die „Franzosenhiebe" in den Wäldern – auch „E- und F-Hiebe" genannt, wobei „E" für Export und „F" für Frankreich standen – machten der Bevölkerung die rigorose Besatzungspolitik augenfällig. Noch lange prägten die kahlen Flächen das Gesicht der Landschaft in Südwürttemberg und Südbaden.

Bei den Amerikanern stand von Anfang an eine radikale Beseitigung aller Hinterlassenschaften des NS-Regimes ganz oben im Maßnahmenkatalog, den die Besatzungsoffiziere in den Städten und Kreisen zu beachten und bei den von ihnen eingesetzten Bürgermeistern und Landräten durchzusetzen hatten. Unterzeichnet war der sieben Ziele umfassende Maßnahmenkatalog von Oberst William W. Dawson, dem für Nordbaden und Nordwürttemberg verantwortlichen Chef der Militärregierung. Das erste Ziel lautete: „Das besetzte Deutschland hat sich dem Willen der Alliierten zu beugen." Im Text wird dazu unter anderem betont: „Die Deutschen müssen ein für alle Mal erkennen, dass es für ihre Nation Zeit ist, eine neue Einstellung zu sich selbst und zu der Welt zu finden." Als zweites Ziel nannte Oberst Dawson „Betreuung, Kontrolle und Rückführung der Angehörigen der Vereinten Nationen, die nach Deutschland gebracht wurden". Die Verhaftung der Kriegsverbrecher stand an dritter Stelle, und unter Nummer vier war zu lesen: „Ausrottung des Nazismus, Faschismus, des deutschen Militarismus, der Nazi-Bonzokratie und ihrer Mitarbeiter".

Auf der Dawson-Liste standen auch die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, der Schutz des Eigentums der Vereinten Nationen sowie eine Kontrolle über deutsche Devisenguthaben. Die Überschrift zum siebten und letzten Ziel lautete: „Aufrichtung und Erhaltung einer geeigneten Zivilverwaltung." Als Beispiel für die Grundsätze, die zu befolgen waren, nannte der Chef der amerikanischen Militärregierung die „wirtschaftliche Rehabilitation" Deutschlands, die „den lebenswichtigen Bedürfnissen entsprechen" müsse. Ausdrücklich wies er die amerikanischen Gouverneure auch darauf hin, „dass aktive Nazis oder fanatische Anhänger nicht in ihren Ämtern verbleiben dürfen".

Schließlich hielt es Oberst Dawson auch für angebracht, die Bevölkerung in Nordbaden und Nordwürttemberg darauf aufmerksam zu machen, dass Deutschland von den Siegermächten „immer als ein besiegtes und nicht als ein befreites Land" behandelt werde. Dieser Verweis sollte allerdings nicht lange gültig bleiben. Schon früh waren die Amerikaner von ihrer Demontagepolitik abgerückt und versuchten, die Ressourcen des Landes für die Menschen nutzbar zu machen, die Wirtschaft anzukurbeln und die Versorgung der rasch anwachsenden Bevölkerung sicherzustellen. Früh war der Siegermacht klar geworden, dass die Agrarbasis Deutschlands allein zu schmal war, um der Bevölkerung ein Existenzminimum zu sichern.

Allerdings war die erklärte Absicht des Potsdamer Abkommens vom August 1945, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln und damit zur Stabilisierung Europas beizutragen, an den Differenzen der Besatzungsmächte gescheitert. Schon im März 1946 hatte Winston Churchill in Fulton (Missouri) erstmals öffentlich vom „Eisernen Vorhang" gesprochen, um die Machtsicherungsstrategien der sowjetrussischen Besatzungsmacht zu charakterisieren. Am 6. September 1946 deutete der US-Außenminister James F. Byrnes im Stuttgarter Großen Haus in seiner „Speech of Hope" erstmals die Möglichkeit der wirtschaftlichen Einheit zumindest von zweien der drei Westzonen an. Auch wenn es bis zur Gründung der halbsouveränen Bundesrepublik und bis zum Wirtschaftswunder noch dauern sollte, so gab die Stuttgarter „Rede der Hoffnung" der Zuversicht eine greifbare Grundlage. Als Byrnes darlegte, Deutschland solle kein Armenhaus sein, sondern sich zukünftig wirtschaftlich selbst erhalten können und seinen Weg „zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt zurückfinden", wussten die Miterlebenden noch nicht, dass ihnen einer der kältesten Winter des Jahrhunderts und damit ein erneuter „Hungerwinter" bevorstand, gefolgt von einem Dürresommer, der die Ernährungskrise abermals zuspitzte. Aber ein Hoffnungsschimmer in desolater Lage war die Byrnes-Rede allemal. Auch die Millionen von CARE-Paketen, die nun Deutschland erreichten, waren nicht nur willkommene Spenden in der Not, sondern sie trugen auch zur Aussöhnung und zum positiven Bild der USA bei den Deutschen bei.



„Das amerikanische Volk wünscht, dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben. Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt." Mit diesen eindringlichen Worten beendete der US-Außenminister James Francis Byrnes am 6. September 1946 im Stuttgarter Großen Haus seine „Rede der Hoffnung". (Foto: Stadtarchiv Stuttgart)

Mit der Errichtung der Bizone im Januar 1947 wurden die ursprünglich völlig getrennten Besatzungszonen mit einer gemeinsamen demokratischen Verwaltungsstruktur zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zusammengeschlossen. Die französische Zone kam erst im August 1948 zögerlich zur inoffiziell genannten „Trizone" hinzu. Damit wurde der Grundstein zu einer neuen staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung gelegt, der mit der Währungsreform im Juni 1948 untermauert wurde. Für die Wirtschaft in Württemberg-Baden bedeutete die Bizone einen wichtigen Impuls. Begünstigt auch durch die hohe Zahl an zuwandernden Heimatvertriebenen und Flüchtlingen aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde hier schon 1948 die Umsatz- und Beschäftigtenzahl von 1936 erreicht. Die Entwicklung im französisch besetzten Südbaden und Südwürttemberg hinkte demgegenüber deutlich hinterher. Erst die Millionenkredite des Marshall-Plans und das schrittweise Abrücken der Franzosen von ihrer bislang verfolgten Demontagepolitik ermöglichten hier um 1950 erste wirtschaftliche Aufwärtstendenzen. Noch immer aber konnte allein

der Bezirk Nordwürttemberg eine doppelt so hohe Wirtschaftsleistung wie die beiden südlichen Landesteile verbuchen.

Schon im Frühjahr 1948 hatte sich die weltpolitische Lage von Grund auf geändert. Der aufziehende „Kalte Krieg", der von Juni 1948 bis Mai 1949 in der Blockade Berlins durch die Sowjetunion eine erste Eskalation erlebte, erreichte den Alliierten Kontrollrat der vier Siegermächte. Als der Sowjetmarschall Wassilij D. Sokolowski am 20. März 1948 auf Weisung Stalins den Berliner Kontrollrat verließ, begann für die militärischen Planer in Washington eine „große" Zeit. Nun holten sie offenbar schon zuvor angefertigte Pläne aus der Schublade, die vor allem die Deutschen in der amerikanischen und britischen Zone betrafen. Die Umsetzung der Pläne begann wenige Tage nach dem Eklat im Berliner Kontrollrat im Kloster Bebenhausen bei Tübingen, wo der Landtag von Südwürttemberg-Hohenzollern tagte. Ein kleiner amerikanischer Militärkonvoi fuhr im Klosterhof vor und holte den südwürttembergischen Wirtschaftsminister Eberhard Wildermuth ab. Die Amerikaner kannten den ehemaligen Wehrmachtsoberst aus den Kämpfen in der Normandie und in der Bretagne, sie kannten ihn aber auch als Beamten im Berliner Reichsarbeitsministerium, der in der Zeit der Regierung Brüning einen Plan zur Rettung der Weimarer Republik durch eine Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte – die Gewerkschaften eingeschlossen – entworfen hatte.

Als Wildermuth wenige Stunden später wieder in Bebenhausen eintraf, unterrichtete er einen kleinen Kreis von Vertrauten und Parteifreunden über ein Gespräch, das er in Stuttgart-Vaihingen mit dem stellvertretenden Verteidigungsminister der USA geführt habe. Der Amerikaner habe von ihm wissen wollen, ob er gegebenenfalls bereit sei, an der Aufstellung deutscher militärischer Verbände mitzuwirken und auch deren Kommando zu übernehmen. Von seiner Reaktion auf diese, ihn völlig überraschende Frage sagte Wildermuth nichts. Seine Freunde schwiegen betreten. Fast alle Anwesenden hatten den Zweiten Weltkrieg als Soldat erlebt, einige von ihnen waren schon im Ersten Weltkrieg an der Front gewesen.

Zwei Jahre später sprach der im Herbst 1949 zum ersten Bundeskanzler gewählte Konrad Adenauer in einem Interview mit einer amerikanischen Provinzzeitung von einer zumindest denkbaren „Wiederbewaffnung" der Bundesrepublik. Er tat dies, soviel ist sicher, nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Wunsch der amerikanischen Regierung. Das alles hatte bei Kriegsende im Mai 1945 Oberst Dawson nicht ahnen können, als er seine sicherlich in Washington entworfene Sieben-Punkte-Erklärung für das Besatzungsgebiet Württemberg-Baden herausgab und über „Radio Stuttgart" verkündete. Bei der Frage, wann in der Rückschau die „Nachkriegszeit" eigentlich endete, stehen, was die amerikanische Besatzungspolitik angeht, drei Daten zur Auswahl: der Auszug von

Marschall Sokolowski aus dem Alliierten Kontrollrat im März 1948, die Währungsreform am 21. Juni 1948 und das Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes am 23. Mai 1949.

In der deutschen Nachkriegsgesellschaft dominierten jedoch neben der Trümmerbeseitigung, dem Wiederaufbau der Städte und ihrer Infrastruktur sowie der wirtschaftlichen Gesundung weitere Themen das politische und das alltägliche Leben weit über diese Daten hinaus. Drei zentrale Elemente dieser Nachkriegsbelastungen sollen im Folgenden in einem kurzen Überblick skizziert werden, weil sie den größeren Rahmen der in den einzelnen Beiträgen des Buches dargestellten lokalen und regionalen Zusammenhänge bilden. Darüber hinaus verdeutlichen sie nochmals die Unterschiede in der amerikanischen und in der französischen Besatzungszone: die Entnazifizierung, die Wieder- und Neubegründung der Parteien sowie die Aufnahme der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge.

Entnazifizierung

Die Entnazifizierung[2] war schon auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 eine der Zielsetzungen im Maßnahmenbündel der alliierten Deutschlandpolitik gewesen. Entgegen der im Alliierten Kontrollrat seit Januar 1946 erlassenen Entnazifizierungsdirektiven wurde die „politische Säuberung" in den einzelnen Besatzungszonen jedoch mit recht unterschiedlicher Härte und mit unterschiedlichen Verfahren durchgeführt.

Durchgreifend und bürokratisch aufwändig gingen zunächst die Amerikaner in ihrer Zone vor. Tausende von Beamten, Unternehmern und leitenden Angestellten in der Wirtschaft wurden wegen ihrer formalen NSDAP-Mitgliedschaft von ihren Posten entfernt, mit Berufsverboten belegt und vielfach in automatischen Arrest in Internierungslagern genommen. Die größten dieser Lager befanden sich in Ludwigsburg, Kornwestheim, auf dem Hohenasperg und in Karlsruhe. Innerhalb kurzer Zeit waren es etwa 25 000 Personen, die einer solchen Internierungshaft unterlagen. Die harsche Kritik an diesem mechanischen Verfahren ließ nicht lange auf sich warten. Von deutscher Seite wurde vor allem darauf hingewiesen, dass man Verwaltung und Wirtschaft ihrer qualifizierten Kräfte beraube, damit den Wiederaufbau gefährde und die Deutschen so nicht für die Demokratie gewinnen könne. Zudem ließen die drängenden Probleme des Alltags und des Wiederaufbaus rasch die Bereitschaft der Deutschen erlahmen, sich intensiv mit ihrer jüngsten Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Auf der Basis des im März 1946 von den Amerikanern erlassenen „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" mussten fortan

alle erwachsenen Deutschen einen 131 Fragen umfassenden Bogen ausfüllen, anhand dessen sie in die Kategorien Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer und Entlastete eingestuft wurden. Gegenüber der zuvor herrschenden „Willkür" bedeutete dies eine Verrechtlichung des Prozesses, der zudem in der praktischen Durchführung deutschen Behörden übertragen wurde. Die Entscheidung über Einzelfälle sowie das Festlegen der „Säuberungskategorien" und des eventuellen Straf- oder Sühnemaßes hatten Laiengerichte, sogenannte Spruchkammern, zu treffen, die in den Stadt- und Landkreisen eingerichtet wurden und mit deutschem „unbelasteten" Personal besetzt waren.

Im September 1946, während in Nürnberg das Internationale Tribunal über die Bestrafung der noch lebenden ranghöchsten Nationalsozialisten beriet, kam auch die Entnazifizierung der „kleinen Leute" in Gang. Die Verbitterung über die bürokratische und schematische „politische Entlausung" (Willy Brandt) drohte jedoch rasch in eine Belastung für die neu aufzubauende Demokratie zu werden. Fehlurteile und Korruption grassierten, vor allem die beiden großen christlichen Kirchen versuchten, mit einer ausgreifenden „Persilschein-Politik" auch für hohe und höchste Amtsträger und Parteiaktivisten die Entnazifizierungshärten abzufedern. Der Schwarzmarkt mit diesen Entlastungsbeurkundungen blühte: Sie waren zu kaufen und sie wurden im großen Stil von den führenden Kirchenmännern und den Pfarreien beider Konfessionen ausgestellt. Während den einen die Entnazifizierung nicht weit genug ging, weil sich rasch abzeichnete, dass sie keinen sozialrevolutionären Effekt auf Verwaltung und Wirtschaft zeitigen werde, sondern eher einer „Renazifizierung" gleichkam, riefen andere zur Passivität und zur Verweigerung der „Kollaboration" mit den Spruchkammern auf.

Insgesamt erwies sich die Säuberung, wie sie in der amerikanischen Zone praktiziert wurde, als Fehlschlag. Viele nur nominell Belastete waren lange interniert oder oft jahrelang mit Berufsverboten belegt, bevor ihr Fall überhaupt vor eine Spruchkammer kam. Andere Geringbelastete wiederum, deren Spruchkammerverfahren auf Anweisung der Besatzungsmacht vorgezogen worden war, um Verwaltung und Wirtschaft dringend benötigte Fachkräfte zuzuführen, wurden von den anfänglich recht harten Urteilen getroffen, während Verfahren über „große Fische" hintangestellt wurden und mit milden Strafmaßen endeten, weil sich 1947/48 mit dem aufziehenden Ost-West-Konflikt auch eine Wende in der Haltung der Amerikaner zur Entnazifizierung abzeichnete. Zusehends wurden die Spruchkammern zur „Mitläuferfabrik" (Lutz Niethammer): Bis 1947 wurden in Württemberg-Baden in etwas über 66 000 Fällen Urteile gefällt, wovon rund 59 500 als Mitläufer und ganze 46 als Hauptschuldige eingestuft wurden. Etwa 900 Fälle galten als Belastete, circa 4 600 als Minderbelastete und etwa 1 200



Gottlob Kamm, der württemberg-badische „Entnazifizierungsminister", Sozialdemokrat, selbst „Schutzhaft"-Opfer und vor seiner Ministertätigkeit Bürgermeister von Schorndorf, bei einer Ordensverleihung im Jahr 1948 mit Ministerpräsident Reinhold Maier. (Foto: LMZ Baden-Württemberg)

als Entlastete. Darüber hinaus wurden annähernd 2,1 Millionen Nichtbetroffenen-Bescheide und etwa 400 000 Amnestie-Bescheide ausgefertigt.

Die Säuberungspolitik der Franzosen, die „épuration", war demgegenüber pragmatischer und weitaus weniger an der individuellen Überprüfung ausgerichtet. Auch in der französisch besetzten Zone waren Funktionsträger in Staat und Partei interniert worden, im Interesse einer geordneten Verwaltung und eines Funktionierens ihres Machtbereiches waren aber auch von Anfang an zahlreiche offensichtlich Belastete in ihren Ämtern geblieben. Die Franzosen verstanden ihre Säuberung als „auto-épuration": Sie ließen sie von deutschen Stellen durchführen und beschränkten sich im Großen und Ganzen auf die Überwachung der lokalen Ausschüsse sowie auf letztinstanzliche Entscheidungen in zentral gebildeten „Säuberungssauschüssen". Sie glaubten, dass die lokalen, mit Vertretern aus Verwaltung, Politik, Gewerkschaften und Kirchen besetzten Untersuchungsausschüsse besser in der Lage seien, den übergeordneten Instanzen zuzuarbeiten.

Die Folgen dieses Vorgehens liegen auf der Hand: Die Entnazifizierungsverfahren kamen nur schleppend in Gang und wurden – im Alliierten Kontrollrat massiv kritisiert – oft nur lax geführt. Die dezentrale und kaum formalisierte Vorgehensweise führte zu höchst unterschiedlichen Entscheidungen selbst bei vergleichbaren Fällen und zu einer systematischen Rehabilitierung der Beschuldigten. In (Süd-)Baden wurden bis Anfang 1947 in 68 000 von 88 000 Fällen Amnestien ausgesprochen. Die Folge war eine allgemeine Diskreditierung der Entnazifizierung, der auch dadurch kaum mehr entgegengewirkt werden konnte, dass die Franzosen im März 1947 auf Druck der Amerikaner das gerichtliche Spruchkammerverfahren der US-Zone übernahmen. Auch hier wurde – im Schatten des Kalten Krieges – das Verfahren zusehends milder gehandhabt. Nach zahlreichen Revisionsverfahren galten bis Anfang 1950 rund 98 Prozent der behandelten Fälle als „entlastet". In der Gruppe der Schuldigen blieben 178 Personen.

Diese Größenverhältnisse gelten auch für Württemberg-Hohenzollern, den anderen Teil der französischen Besatzungszone in Südwestdeutschland. In einem Abschlussbericht des Kommissariats für politische Säuberung aus dem Jahr 1952 wurden 150 000 abgeschlossene Verfahren aufgeführt. Das Ergebnis: acht Hauptschuldige, achtzig Belastete, 235 Minderbelastete, 57 300 Mitläufer und Amnestierte, 2 630 Entlastete und fast 90 000 Nichtbetroffene und „Andere".

Insgesamt ist die Entnazifizierung gescheitert – zumindest wenn man als Maßstab die anfänglich gesetzten Ziele der Alliierten zugrunde legt. Sie bedeutete allenfalls einen Denkzettel für diejenigen, die interniert worden waren oder längere Zeit einem Berufsverbot unterlagen. Keinesfalls aber führte sie bei den Eliten in Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Kultur zu einer „Stunde Null". Zu groß waren die Kontinuitäten, zu rasch reifte bei der deutschen Bevölkerung die „Schlussstrich-Mentalität" heran und zu früh dominierte die kollektive Amnesie. Hinzu kam die vergangenheitspolitische Gesetzgebung der jungen Bundesrepublik mit mehreren Straffreiheitsgesetzen ab 1949 und mit dem berühmten Artikel 131 des Grundgesetzes, auf dessen Basis ab April 1951 alle „131er", alle Beamten also, die bei der „Säuberung" nicht als Hauptschuldige oder Belastete eingestuft worden waren, wieder verbeamtet wurden. Das neu geschaffene Land Baden-Württemberg zog im Juli 1953 mit dem „Gesetz zur einheitlichen Beendigung der politischen Säuberung" einen formalrechtlichen Schlussstrich unter die Entnazifizierung.

Wieder- und Neubegründung der Parteien und Gewerkschaften

Mit ihrer Besatzungspolitik legten die Siegermächte auch den Rahmen für die Wieder- und Neubegründung der Parteien und damit für den Aufbau des demokratischen Lebens fest. Mit ihrer Lizenzierungspolitik nahmen sie ganz er-

heblich und in ganz unterschiedlicher Weise Einfluss auf den Zeitpunkt der Zulassung der Parteien, auf ihr Führungspersonal und auf die Namengebung. Die Gründungsmuster unterschieden sich deutlich: Die Amerikaner favorisierten die rasche Zulassung von Parteien auf lokaler Ebene, die zügig zu Kreis- und Landesverbänden zusammengeschlossen und auch innerhalb der gesamten US-Zone einheitlich vorgehen sollten. Die Franzosen verfolgten dagegen ein Konzept der Parteiengründung „vom Kopf" her und mit zeitlicher Verzögerung, weil erst die deutsche Bevölkerung gründlich entnazifiziert werden sollte. Sie förderten zunächst antifaschistische Basisinitiativen mit überparteilicher Kooperation und unter Einbeziehung von Gewerkschafts- und Kirchenvertretern. Aus diesen „antifaschistischen Ausschüssen" („Antifas") heraus sollte ein neues Parteiensystem entstehen. Dabei schwebte ihnen – ganz in der französischen Tradition – ein Dreiparteiensystem vor mit einer großen, überkonfessionellen konservativen Volkspartei, mit der Sozialdemokratie und mit den Kommunisten. Für die Liberalen bedeutete dies einen erheblichen Nachteil: Sie stießen mit ihrem Antrag auf Zulassung einer Partei auf massiven Widerstand beim französischen Militärgouverneur.

Man wird das vermeintlich demokratischere „Laisser-faire" der Amerikaner gegenüber der restriktiven Vorgehensweise der Franzosen, die noch über das gesamte Jahr 1946 hinweg überregionale Kontaktgespräche der Parteienvertreter in den einzelnen Ländern der französischen Zone verhinderten, in den deutschlandpolitischen Rahmen der beiden Siegermächte einordnen müssen, um es bewerten zu können. Den Amerikanern ging es darum, in ihrem großen Besatzungsgebiet mit einheitlich agierenden Parteien ein Gegengewicht zur Sowjetzone zu schaffen, wo die Parteien sofort nach Kriegsende zugelassen worden waren. Die Franzosen wiederum wollten den Transformationsprozess der alten deutschen Weltanschauungsparteien fördern und bevorzugten zentralistische Parteigründungen in ihrer dezentral organisierten Besatzungszone. Insgesamt aber hatte die Lizenzierungspolitik beider Besatzungsmächte durchaus positive Effekte: Politisch belastete Personen wurden aus den Gründungszirkeln der Parteien ferngehalten, die unbelastet und ohne das Odium auftreten konnten, ein „Naziauffangbecken" zu sein. Darüber hinaus verhinderte die Lizenzierungspolitik eine frühe Zersplitterung der Parteienlandschaft.

Trotz des gewaltigen Aderlasses, den die Sozialdemokratie durch den NS-Terror erlitten hatte, hatte die Arbeiterpartei einen Organisationsvorsprung. Viele ihrer unbelasteten Führungspersönlichkeiten waren unter den ersten, die sich als Bürgermeister oder Landräte an den Wiederaufbau machten und damit über entsprechenden Einfluss auf die Verwaltungen und Ressourcen verfügten. Schon seit Sommer 1945 konnte sich die SPD vor allem in der amerikanisch besetzten Zone ungehindert politisch betätigen. Bereits im November 1945

wurde in Knittlingen der Landesverband Württemberg-Baden gegründet, wobei die reformistischen Traditionen der südwestdeutschen Sozialdemokraten fortwirkten und den Wandlungsprozess von der alten Klassenpartei zur schichtenübergreifenden Volkspartei beschleunigten.

Erst nach harten Auseinandersetzungen mit der französischen Militärregierung konnte im März 1946 der Landesverband Württemberg-Hohenzollern der SPD gegründet werden. In Südbaden hingegen wurde länger und intensiver über eine Zusammenarbeit von SPD und KPD nach sowjetzonalem Vorbild nachgedacht. Erst im Sommer 1946 scheiterte das „Berliner Modell" einer sozialistischen Einheitspartei an den Forderungen der KPD. Aus der im Dezember 1945 gebildeten „Sozialistischen Partei Land Baden" wurde im November 1946 die von den KPD-Vertretern entschlackte „SPD Baden".

Die einzige echte Neugründung nach dem Krieg war die CDU als große interkonfessionelle Volkspartei – eine Veränderung von historischer Bedeutung, weil damit die für die deutsche Geschichte verhängnisvolle Spaltung des Konservatismus in zwei oder mehrere Parteien überwunden werden konnte. Die CDU war eine Sammlungspartei recht unterschiedlicher regionaler Milieus, im Grunde ein Dachverband mehrerer Parteien und lokaler Initiativen. In Südbaden, Südwürttemberg und in Teilen Nordbadens stand sie in der Tradition des katholischen Zentrums, in den protestantisch geprägten Gebieten Nordwürttembergs wurden der Christlich-Soziale Volksdienst und der Württembergische Bauernbund, aber auch die Liberalen „beerbt". Auch die alten christlichen Gewerkschaften spielten in den vier Landesbezirken eine wichtige Rolle, genauso wie beide großen Kirchen starken Einfluss auf die Gründung der Partei nahmen.

Die lokalen Gründungsinitiativen mit recht unterschiedlicher Namengebung wurden auch – den Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmacht entsprechend – zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu Landesverbänden zusammengefasst. Zuletzt wurde in Südbaden im Frühjahr 1946 die „Badische Christlich-Soziale Volkspartei" (BCSV) zugelassen, die sich erst im Laufe des Jahres 1947 in „CDU Baden" umbenannte. Bei aller regionaler Unterschiedlichkeit gab es dennoch verbindende Gründungsmotive: einen antinazistischen und einen antikommunistischen Grundkonsens; den Willen, das Christentum beider Konfessionen zur Grundlage des Neuaufbaus von Staat und Gesellschaft zu machen; schließlich die Zielsetzung, ein bürgerliches Gegengewicht zu den Linksparteien zu etablieren und dabei marktwirtschaftliche Grundsätze mit der christlichen Soziallehre zu verbinden.

Auch bei den Liberalen konnte die frühere Spaltung in eine rechts- und eine linksliberale Partei überwunden werden. Die Lizenzierungspolitik der Franzosen und der überkonfessionelle Vertretungsanspruch der CDU waren jedoch spürbare Hemmnisse. Vor allem in Südbaden, Südwürttemberg und auch in Nord-

baden schlossen sich zahlreiche Liberale der CDU an, in der sie die Chance zur gesamtbürgerlichen Volkspartei sahen. Hinzu kamen die traditionell schwache, honoratiorenhafte Organisationsstruktur der Liberalen und ihr geringer Mitgliederstand. Am 6. Januar 1946, auf dem traditionsreichen Dreikönigstreffen der Liberalen, wurde in Stuttgart der Landesverband Württemberg-Baden der „Demokratischen Volkspartei" (DVP) gegründet. Bewusst wurde hier an die Traditionen der württembergischen Demokraten im 19. Jahrhundert angeknüpft – mit Signalwirkung auf die anderen Länder in Südwestdeutschland. In Südbaden kam es wenig später zur Gründung einer „Demokratischen Partei", in Württemberg-Hohenzollern erst im August 1946 zur Gründung der „Demokratischen Volkspartei". Erst auf dem Dreikönigstreffen im Januar 1953 wurden die Namensunterschiede beseitigt und die Bezeichnung FDP/DVP besiegelt.

Von ähnlich fundamentaler Bedeutung wie die Neuformierung des Parteiensystems für die politische Stabilität im Nachkriegsdeutschland war der Wiederaufbau der Gewerkschaften. Fundamental, weil die alten Richtungsgewerkschaften nun zu einer weltanschaulich und parteipolitisch nicht gebundenen Einheitsgewerkschaft vereint wurden. Das gemeinsame Scheitern 1932/33, die gemeinsam erlittene Verfolgung unter dem NS-Regime und der gemeinsame Widerstand der ehemaligen Richtungsgewerkschafter förderte das erfolgreiche Projekt der Einheitsgewerkschaft als Lehre aus der deutschen Gewerkschaftsgeschichte.

In den lokal entstehenden Gewerkschaften spielten Sozialdemokraten und die früheren christlichen Gewerkschafter, aber auch Kommunisten die zentrale Rolle. Geprägt war die Wiederbegründung der Gewerkschaften – wie auch die der Parteien – von den Vorstellungen der Besatzungsmächte vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau Deutschlands. Generell förderten die US-Amerikaner die Gewerkschafter, die schon am 11. Mai 1945 den provisorischen Württembergischen Gewerkschaftsbund gründeten. Im November 1945 wurde er förmlich genehmigt. In Nordbaden erfolgte die Gründung dezentralisierter, wenngleich es auch hier früh zu einer Zusammenarbeit auf Landesebene kam. Im französisch besetzten Württemberg-Hohenzollern und in Baden kam es erst gegen Ende des Jahres 1945 zu einem jeweils landesweit agierenden Gewerkschaftsbund. Dennoch war auch hier der Einfluss der Gewerkschaften beachtlich, weil ihnen im Reformkonzept der Militärregierung eine wichtige Aufgabe zukam. Massive Konflikte zwischen Gewerkschaften und Besatzungsmacht gab es vor allem wegen der rigorosen Demontagepolitik der Franzosen.

Heimatvertriebene und Flüchtlinge

Zwischen 1939 und 1945 war die Bevölkerungszahl in Südwestdeutschland bedingt durch die Kriegshandlungen und aufgrund einer niedrigen Geburten-



Anfang April 1946 kommt diese „Waggongemeinschaft“ aus dem Sudentenland im Kreis Ludwigsburg an. (Foto: Kreisarchiv Ludwigsburg)

rate von etwa 5,5 Millionen Menschen auf etwas weniger als 5,1 Millionen zurückgegangen. Nach dem Krieg wuchs die Bevölkerung zumindest in manchen Landesteilen rasant, was nur zum geringeren Teil auf die nun ansteigende Geburtenrate, sondern vor allem auf die Bevölkerungsverschiebungen im Zuge der militärischen Niederlage Deutschlands zurückzuführen war.

Schon vor dem Kriegsende waren Menschen aus den deutschen Ostgebieten vor der Sowjetarmee auch nach Südwestdeutschland geflüchtet. Die Massentransporte der Heimatvertriebenen kamen aber seit Herbst 1945 an. Auf der Potsdamer Konferenz hatten sich die drei „großen“ Siegermächte auf eine vertragliche Regelung „zur ordnungsgemäßen Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ geeinigt, wie die Vertreibung amtlich hieß. Sie lösten damit eine Welle zwangsweiser Migration in bislang unbekanntem Ausmaß aus, die die Aufnahmeländer völlig unvorbereitet traf.

Die Unterbringung, Versorgung und Integration der Heimatvertriebenen – wenig später auch der SBZ-Flüchtlinge – war eine der größten Herausforderungen der Nachkriegszeit. Auch hier verlief die Entwicklung regional sehr unterschiedlich: Die Franzosen, die an der Potsdamer Konferenz nicht beteiligt

Gesamtbevölkerung und Heimatvertriebene in Südwestdeutschland 1946–1956[3]

	Gesamtbevölkerung			*Heimatvertriebene*		
	1946	*1950*	*1956*	*1946*	*1950*	*1956*
Nordwürttemberg	2 200 615	2 435 325	2 755 175	321 008	445 726	606 034
Nordbaden	1 379 191	1 472 523	1 574 778	182 639	210 336	261 905
(Süd-)Baden	1 190 800	1 338 629	1 500 771	19 900	98 375	177 201
Württemberg-Hohenzollern	1 108 800	1 183 748	1 299 614	27 800	115 623	179 480
Baden-Württemberg	5 879 406	6 430 225	7 150 338	551 347	870 060	1 224 650

waren, fühlten sich auch nicht an die dort getroffenen Beschlüsse gebunden und verweigerten zunächst die Aufnahme von Vertriebenen in ihrer Besatzungszone. Nicht zuletzt fürchteten sie eine wirtschaftliche und politische Destabilisierung der Nachkriegsgesellschaft. Entsprechend stagnierte in den beiden französisch besetzten südwestdeutschen Ländern vorerst auch die Bevölkerungszahl. Bis 1949 war hier von einem „Flüchtlingsproblem" nicht zu sprechen: In (Süd-)Baden waren im Jahr 1946 lediglich etwa 20 000 „Alt-Evakuierte" und Flüchtlinge im Land, die vor Erlass der Zonensperre „eingesickert" waren. In Württemberg-Hohenzollern waren es 28 000 (vgl. Tabelle). Erst ab 1949/50 stiegen nun auch hier die Flüchtlingszahlen deutlich an, weil beide Länder im Rahmen des Länderflüchtlingsausgleichs der ersten Bundesregierung Kontingente aufnehmen mussten. Aufgrund der geringeren Wirtschaftskraft und damit geringerer Zuweisungen erreichten aber hier die Werte nie das Niveau der amerikanischen Zone.

Völlig anders gestaltete sich dagegen die Entwicklung im amerikanisch besetzten Württemberg-Baden: Innerhalb nur eines Jahres kamen hier seit Herbst 1945 über eine halbe Million „Flüchtlinge" an, wie sie von Amts wegen noch genannt wurden. Rund 321 000 waren es im weniger stark zerstörten Nordwürttemberg und 183 000 in Nordbaden. Schon im Sommer 1945 waren die zerstörten industriellen Zentren wie Ulm, Heilbronn, Stuttgart, Mannheim und Pforzheim als „Brennpunkte des Wohnungsbedarfs" für jeglichen Zuzug gesperrt worden. Um ein länger dauerndes „Lagerleben" zu verhindern, schrieb die US-Besatzungsmacht vor, dass die Vertriebenen möglichst rasch und unter Beibehaltung der Familien-, nicht aber der Dorfgemeinschaft über das Land zu verteilen und dafür privater Wohnraum der ansässigen Bevölkerung zu beschlagnahmen war.

Die Heimatlosen waren damit den Zufällen des behördlich organisierten Bevölkerungstransfers ausgeliefert. Sie kamen zuerst in staatliche Durchgangs-

lager und wurden dann auf die Orte ihrer „Erstplatzierung“ verteilt. In Nordwürttemberg, das sich wirtschaftlich zügiger erholte, erfolgte diese Verteilung relativ gleichmäßig, wobei der Anteil der Zwangszuwanderer an der Gesamtbevölkerung in den Landkreisen bei fast 18 Prozent und in den Stadtkreisen bei etwa fünf Prozent lag. In Nordbaden lag der Anteil in den Stadtkreisen mit rund sechs Prozent nur geringfügig höher. Aufgrund der starken Kriegszerstörungen in den Landkreisen Bruchsal, Mannheim und Pforzheim mussten hier vor allem die Menschen in den stärker landwirtschaftlich geprägten Kreisen Buchen, Mosbach, Sinsheim und Tauberbischofsheim „zusammenrücken“. Hier machten die Vertriebenen im Schnitt 23 Prozent der Bevölkerung aus, in einzelnen Kreisen gar fast dreißig Prozent. Die ökonomischen Rahmenbedingungen in den Kreisen, in denen die Vertriebenen „erstplatziert“ wurden, bestimmten dann auch ganz entscheidend deren Start- und Integrationschancen.

Auf das gesamte Land Baden-Württemberg gesehen wurde der Höchststand der Zahl der Zwangszuwanderer erst 1961, im Jahr des Baus der Berliner Mauer, erreicht. Nun waren 1,2 Millionen Heimatvertriebene und weitere 415 000 SBZ-Flüchtlinge im Land. Zusammengenommen machten die „Neubürger“, wie sie inzwischen amtlicherseits genannt wurden, fast 21 Prozent der gesamten baden-württembergischen Bevölkerung aus.

In vielerlei Hinsicht lässt sich die Integration der Zwangszuwanderer aus der ex post-Perspektive als Erfolgsgeschichte lesen. Weite Teile der Vertriebenen kamen mit Erfahrungen in der Landwirtschaft, aber auch mit fundierter handwerklicher oder anderer Ausbildung. In der deutschen Nachkriegsgesellschaft waren sie ein Aktivum, zumal die Industrie zusehends nach Arbeitskräften verlangte. Ohne das einsetzende Wirtschaftswunder wäre ihre Integration sicherlich problematischer verlaufen, aber ohne die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge wäre wiederum das Wirtschaftswunder kaum möglich gewesen. Die „Neubürger“ waren leistungs- und aufstiegsorientiert und versuchten, mit viel Fleiß und Ehrgeiz den sozialen Status wieder zu erreichen, den sie in ihrer Heimat gehabt hatten. Die rege Bautätigkeit der Vertriebenen, die vor allem mit dem Lastenausgleichsgesetz von 1952 einsetzte, war symptomatisch, denn das Eigenheim war auch hier soziales Leitbild und Symbol für das „Ankommen“ in der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Allerdings ist der „Mythos der schnellen Integration“ (Thomas Grosser) auch zu hinterfragen. Durch die zum Teil erheblichen Konfessionsunterschiede zwischen einheimischer und vertriebener Bevölkerung entstanden kulturell bedingte Konflikte und Vorbehalte, die nur langsam abgeschliffen werden konnten. Gerade im vorwiegend protestantischen Nordwürttemberg führte die Zuwanderung der überwiegend katholischen Vertriebenen zur größten Verschiebung der Konfessionsverhältnisse seit dem Dreißigjährigen Krieg. So blieb

beispielsweise die Verbindung der Vertriebenen mit den Einheimischen durch Heirat auch wegen dieser konfessionellen Unterschiede vor allem in den ländlichen Gebieten lange Zeit die Ausnahme.

Hinzu kam, dass sich nach der wirtschaftspolitisch liberalisierenden Weichenstellung der Währungsreform auch die Konflikte um Arbeitsplätze, Bezahlung und Wohnraum deutlich verschärften. Zumindest zwischenzeitlich stieg bei den „Neubürgern" die Arbeitslosigkeit deutlich stärker an als bei der „einheimischen" Bevölkerung. Weitere sozialökonomische und sozialkulturelle Integrationsbarrieren sind zu nennen: Wohl gelang relativ rasch die Teilhabe am expandierenden Konsumgütermarkt, noch lange aber blieben deutliche Unterschiede bei der Vermögenssubstanz bestehen, an denen auch der Lastenausgleich nichts änderte, wenngleich er vielen Alteingesessenen als ungerecht erschien. Zwar sorgten Wohnungsbauprogramme dafür, dass die Heimatvertriebenen verhältnismäßig schnell ein eigenes Dach über dem Kopf hatten, doch wurde noch lange Zeit bei den Vertriebenen nicht die Wohneigentümerquote der „Altbürger" erreicht.

Zur Konzeption des Bandes

Für diesen Band wurden Städte ausgewählt, die entweder während des Zweiten Weltkrieges besonders stark zerstört wurden, oder aber solche, die zwar relativ wenig Zerstörung verkraften mussten, aufgrund ihrer regionalen und landesweiten Bedeutung jedoch von besonderem Interesse sind, wie etwa Heidelberg als Standort höchster Kommandostellen der US-Armee, Baden-Baden als Sitz der militärischen und zivilen Einrichtungen für die Verwaltung der französischen Besatzungszone, Konstanz als Grenzstadt zur Schweiz sowie Tübingen als Sitz der französischen Militärregierung und als Hauptstadt des neu geschaffenen Landes Württemberg-Hohenzollern. Ein weiteres Kriterium für die Aufnahme war darüber hinaus eine gute Forschungslage zur Nachkriegsgeschichte der jeweiligen Stadt, die notwendigerweise die Basis für einen Beitrag bildet. Die 15 behandelten Städte stehen insofern als Einzelfälle, gleichermaßen aber auch exemplarisch für die umfassende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Problematik des Wiederaufbaus. Darüber hinaus sind es Städte mit einer Funktion als Ober- oder Mittelzentren für die jeweils umliegende Region. Soweit es die Forschungslage zuließ, wurde in den Beiträgen auch das Leben im Umland der Städte einbezogen. In der Zusammenschau ergeben die Beiträge ein landesgeschichtliches Städtebild des deutschen Südwestens.

Anmerkungen

1 Vgl. zum Folgenden vor allem das Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, hrsg. von Hansmartin Schwarzmaier und Meinrad Schaab, Bd. 4: Die Länder seit 1918, Stuttgart 2003 (mit weiteren Literaturhinweisen) sowie Thomas Schnabel: Geschichte von Baden und Württemberg 1900–1952, Stuttgart 2000.

2 Vgl. zum Folgenden vor allem die entsprechenden Beiträge in Cornelia Rauh-Kühne/Michael Ruck (Hrsg.): Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930–1952, München 1993; die Beiträge im Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, Bd. 4 (mit weiteren Literaturhinweisen); Reinhard Grohnert: Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeption und Praxis der „Epuration" am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone, Stuttgart 1991; als lokales Beispiel Angela Borgstedt: Entnazifizierung in Karlruhe 1946 bis 1951: politische Säuberung im Spannungsfeld von Besatzungspolitik und lokalpolitischem Neuanfang, Konstanz 2001.

3 Zahlen aus Thomas Grosser: Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945–1961), Stuttgart 2006, S. 38.

Kurt Hochstuhl

Baden-Baden – französische Stadt an der Oos

Lange Zeit blieb die einstige Sommerhauptstadt Europas, die weltberühmte Kurstadt Baden-Baden, von den bitteren Auswirkungen der nationalsozialistischen Kriegführung weitgehend verschont. Obwohl seit 1943 immer häufiger alliierte Bomberverbände in Richtung auf die industriellen Zentren des Reiches die Rheinebene überflogen, schien das Leben in der Stadt seinen gewohnten Gang zu gehen. Der Kurbetrieb florierte, die Übernachtungszahlen erreichten fast Vorkriegswerte. Die Spielbank war geöffnet, Frack und Abendkleid dominierten die kulturelle Szene der Stadt, Kino und Theater zogen die Menschen an. Lediglich die vielen Verwundeten, die – soweit gehfähig – in den Kuranlagen Erholung suchten, und die Bombenflüchtlinge, die aus den zerstörten Innenstädten des Ruhrgebiets in den Schwarzwald evakuiert worden waren, erinnerten neben den Verdunkelungsmaßnahmen und den zahllosen Appellen und Sammlungen von Metallen und für das Winterhilfswerk öffentlich sichtbar an den Krieg.

Kriegsende und Besetzung

Mit der im Herbst 1944 näherrückenden Front sollte diese fast schon beschauliche Ruhe ihr Ende finden. Aus dem nahegelegenen Elsass war bereits Geschützdonner zu hören, alliierte Jagdbomber kreisten nahezu ungehindert über der Rheinebene und machten Jagd auf die Bevölkerung, die sich nicht in die Keller geflüchtet hatte. Der Schulunterricht war nach Ablauf der Sommerferien nicht wieder aufgenommen worden, die älteren Schuljahrgänge wurden mit ihren Lehrern und Teilen der Bevölkerung zu Schanzarbeiten im Elsass und an den Rheinbefestigungen eingesetzt. Trotz täglichen Fliegeralarms kam es in der Stadt kaum zu Schäden. Der Abwurf einiger Sprengbomben in der Innenstadt im August 1944 sowie einige Tiefflliegerangriffe gegen Ende der Kampfhandlungen waren Ausnahmen. Lediglich der westliche Stadtteil Baden-Oos mit seinem Bahnhof und der strategisch wichtigen Eisenbahnlinie durch das Rheintal wurde zum Ziel eines alliierten Flächenbombardements. Am 30. Dezember 1944 warfen amerikanische Flugzeuge zahllose Spreng- und Brandbomben über

dem Westen Baden-Badens ab. Dabei starben 37 Personen, 31 weitere wurden verletzt; fast zweihundert Gebäude wurden zum Teil bis auf die Grundmauern zerstört.

Auch wenn in der letzten NSDAP-Kundgebung in Baden-Baden Ende Januar 1945 Gauleiter Robert Wagner weiterhin von den kommenden „Wunderwaffen" und dem nicht nachlassenden Kampf des deutschen Volkes um seine Rechte und sein Reich schwadroniert hatte, konnten selbst die fanatischsten Zuhörer im bis auf den letzten Platz gefüllten Kurhaus die Augen vor der Realität nicht mehr verschließen. Das „Dritte Reich" lag in der Agonie, die bedingungslose Kapitulation, wie von den alliierten Mächten gefordert, war nur noch eine Frage der Zeit.

Zwei Monate später, am 1. April 1945, überschritten französische Truppen, die als 1. französische Armee Teil der 6. Armeegruppe unter dem Oberbefehl des amerikanischen Generals Jacob L. Devers operierten, bei Leimersheim den Rhein. Schon am 4. April fiel Karlsruhe, von wo aus Teile des 2. französischen Korps und der 1. Panzerdivision nach Süden abschwenkten und innerhalb weniger Tage die Rheinebene bis in die Höhe von Rastatt besetzten. Am Morgen des 12. April rückten französische Panzerspitzen aus Nordwesten und Südosten auf Baden-Baden vor. Letzter Widerstand in Baden-Oos war schnell gebrochen, lediglich in Lichtental und Oberbeuern kam es noch zu heftigen Scharmützeln, die sinnlose Todesopfer auf beiden Seiten forderten. Die „unbedeutende Kriegsgeschichte" der Stadt hatte damit ihr Ende gefunden.[1] Über die Dramatik der Ereignisse im Kurgarten, wo die Besatzungen von zwei feuerbereiten Flakgeschützen durch die Intervention von örtlichen politischen und militärischen Persönlichkeiten zum Abzug bewogen werden konnten – was als widerständische Haltung zur „Rettung" der Stadt in den Gründungsmythos der Baden-Badener Nachkriegsgeschichte einfloss –, entzündeten sich in der Folgezeit regelmäßig Kontroversen in der lokalen Presse und Geschichtsschreibung vor allem über den jeweiligen Anteil der Beteiligten an der Entfernung der beiden Geschütze.

Die offizielle Übergabe der Stadt erfolgte am Nachmittag des 12. April 1945 durch den Leiter des Wohnungsamtes im Hotel „Terminus", in dem die französische Truppenführung ihr Hauptquartier genommen hatte. Der Oberbürgermeister der Stadt, der seit 1. Januar 1934 amtierende „norddeutsche Nazimann" Hans Schwedhelm,[2] war 1939 zum Heeresdienst eingezogen worden. Sein Bürgermeister Kurt Bürkle, seit 1922 Mitglied der NSDAP, ehemaliger Kreisleiter und Baden-Badener Stadtrat seit 1930, sah sich aus „gesundheitlichen Gründen" für eine förmliche Übergabe nicht in der Lage. Der höchste staatliche Vertreter am Ort war der kommissarische Leiter der Polizeidirektion Baden-Baden, Hermann Fecht. Im Jahr 1880 in Bretten geboren, war der Jurist 1931 zum Leiter



Einmarsch der Franzosen im April 1945: Das Foto zeigt den Augustaplatz in Baden-Baden mit Panzern der französischen Truppen. (Foto: Stadtarchiv Baden-Baden)

der badischen Vertretung im Reichsrat in Berlin und zum Ministerialdirektor ernannt worden. Die Weigerung, in die Partei einzutreten, führte im Dezember 1933 zu seiner Versetzung in den Ruhestand. Nach Kriegsbeginn stellte sich Fecht – weiterhin Pensionär – dem Karlsruher Wirtschafts- und Finanzministerium zur Verfügung, ehe ihm im November 1944 die neue Aufgabe als Polizeidirektor übertragen wurde.[3]

In dieser Eigenschaft ernannte er am 12. April 1945 den städtischen Verwaltungsdirektor Ludwig Schmitt zum kommissarischen Oberbürgermeister und ersten Ansprechpartner der französischen Besatzungsmacht. Schmitt und Fecht wurden vom französischen Kommandanten in ihren Ämtern bestätigt, der in seinen ersten Anordnungen eine nächtliche Ausgangssperre verkündete und die sofortige Abgabe sämtlicher Waffen, Radiogeräte, Fotoapparate und Fahrräder befahl. Alle deutschen Militärpersonen einschließlich der Angehörigen des Volkssturms hatten sich unverzüglich bei der Polizeidirektion zu melden. Das Nichtbefolgen der Anordnungen wurde unter Standrecht gestellt. Zugleich wurde mit der Plünderung der Stadt durch die marokkanischen Kampfeinheiten gedroht. Doch bei Drohungen allein sollte es nicht bleiben: In den ersten Tagen der Besetzung kam es auch in Baden-Baden zu gewaltsamen Ausschrei-



Unter der Aufsicht der französischen Besatzungssoldaten muss die Bevölkerung in Baden-Baden im April 1945 Radiogeräte, Fotoapparate und Fahrräder abgeben. (Foto: Stadtarchiv Baden-Baden)

tungen. Lebensmittel- und andere Geschäfte wurden geplündert, Wohnungen systematisch nach Uhren, Schmuck und sonstigen Wertgegenständen durchsucht, ihr Inventar demoliert. Es kamen Exzesse und Gewalttätigkeiten gegen die deutsche Bevölkerung vor, Frauen und Mädchen wurden belästigt, einige von ihnen vergewaltigt. Die Urheber dieser „bedauerlichen Verirrungen", so der Tenor eines späteren Berichts in der Pariser Nationalversammlung, waren nicht allein die französischen Einheiten aus Afrika. Zumindest bei den Sachbeschädigungen waren im gleichen Maße die mehreren hundert Zwangs- und Ostarbeiter aus dem Lager Malschbach beteiligt, die nach ihrer Befreiung auf diese Art Rache und Vergeltung für die Unterdrückungen und Entbehrungen während ihrer Haftzeit nahmen. Daneben nahm auch „deutscher Pöbel" an den Plünderungen teil.

Mit dem Abzug der zumeist farbigen Kolonialtruppen und deren Ersatz durch innerfranzösische Einheiten, die schon als Besatzungstruppen vorgesehen waren, beruhigte sich Ende April, Anfang Mai die Situation etwas. Der Militärgouverneur für Baden-Baden, Oberst François Moutenet, bezog mit seinem Stab das Hotel „Stéphanie", während das Hauptquartier der französischen 1. Armee bis zur endgültigen Regelung der Auseinandersetzungen über das zukünftige Ge-

sicht der französischen Besatzungszone seinen Sitz in Karlsruhe nahm. Als die Franzosen auf massiven Druck der Amerikaner Anfang Juli 1945 Karlsruhe und Stuttgart räumen mussten und ihre Besatzungszone im deutschen Südwesten nunmehr südlich einer Linie entlang der Autobahn Karlsruhe–Stuttgart–Ulm endete, sollte für Baden-Baden eine neue Zeitrechnung anbrechen. Während General Jean de Lattre de Tassigny seine Residenz in Lindau aufschlug, wo er im wahrsten Sinne des Wortes „Hof hielt", entschied sein Nachfolger als Oberkommandierender der französischen Besatzungstruppen in Deutschland, General Pierre Koenig, die militärischen wie zivilen Einrichtungen für die Verwaltung der französischen Zone in der Kurstadt an der Oos unterzubringen.[4]

Hauptstadt der französischen Besatzungszone

Die exklusiven und vor allem unzerstörten Hotels der Stadt wurden unmittelbar darauf für die Spitzen der Besatzungsverwaltung requiriert. General Pierre Koenig zog in das erste Haus am Platze, ins „Brenners Parkhotel" ein, während andere Luxushotels vom Chef der Militärverwaltung Emile Laffon, vom Verbindungsoffizier im Alliierten Kontrollrat General Louis-Marie Koeltz oder vom Befehlshaber der französischen Besatzungsstreitkräfte, General Joseph de Goislard de Monsabert, und ihren Stäben belegt wurden. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben brauchten sie erhebliches Verwaltungspersonal. Allerdings stieß die Militärverwaltung bei der Suche nach Personal auf große Schwierigkeiten. Überstürzt rekrutiert, in vierwöchigen Kursen an der Pariser Sorbonne nur ungenügend auf das „Abenteuer Deutschland" vorbereitet und teilweise unfähig, dominierte bei der Auswahl oftmals das Prinzip Zufall. So fanden sich neben Verwaltungsbeamten, die ihre Aufgabe ernst nahmen und dabei Verständnis für die psychologischen Probleme der geschlagenen Deutschen aufbrachten, auch zahlreiche Hasardeure, Spekulanten und Müßiggänger, die sich in den noch wenig gefestigten Strukturen einnisteten, ihre eigenen Geschäfte betrieben und sich dabei auch noch mit dem Argument der „individuellen Wiedergutmachung" rechtfertigten.

Als „Geißel der französischen Präsenz in Deutschland" bezeichnete Alfred Grosser jene Masse von „Schmarotzern", die in die französische Zone drängten, häufig ihre (Groß-)Familien nachkommen ließen und durch ihr Verhalten nicht den Eindruck vermittelten, „hier seien tugendhafte Sieger gekommen, um die besiegten Übeltäter moralisch wieder aufzurichten".[5] Das politische Spektrum reichte von rechtsradikalen Funktionären, von gewendeten Vichy-Kollaborateuren über Gaullisten und Christdemokraten bis hin zu Sozialisten und Kommunisten, was auch angesichts widersprüchlicher Direktiven aus Paris eine Einheitlichkeit des Besatzungshandelns nachhaltig erschwerte und das Ansehen

der Besatzungsmacht bei der deutschen Bevölkerung negativ bestimmte. Auf die französischen Offiziere übte Baden-Baden eine besondere Anziehungskraft aus. In Paris galt der Name der Stadt lange Zeit als Synonym für militärische Extravaganz und für ein offensichtliches Leben wie im Schlaraffenland.[6]

Ende Juli 1945 befanden sich bereits 14 000 Franzosen in der Stadt, darunter allein eine vierstellige Zahl von Offizieren, die alle Wohnanspruch bei privaten Haus- und Wohnungsbesitzern besaßen. Der durch die Beschlagnahme der Wohnungen prominenter Nationalsozialisten, aber auch unterer Parteifunktionäre gewonnene Wohnraum reichte bei weitem nicht aus, alle Unterbringungswünsche zu befriedigen. Im Auftrag der Besatzungsmacht musste das seit Juli 1945 bestehende städtische Requisitionsamt auf anderen privaten Wohnraum zurückgreifen. Über vierzig Prozent aller Wohnungen waren bald darauf mit Beschlag belegt, was zu zahlreichen Anfeindungen und Beschwerden von Seiten der Bevölkerung führte. Mit dem häufig propagierten „Zusammenrücken" allein war dem Problem nicht Herr zu werden. Die städtische Verwaltung sah sich schon im Herbst 1945 gezwungen, die vor den Bombenangriffen während des Krieges nach Baden-Baden geflüchteten Personen abzuschieben. Ausgewiesen wurden die Familien von PGs und von Personen, die keine bezahlten Tätigkeiten nachweisen konnten, sowie alle, die zwischen 1939 und 1945 nach Baden-Baden zugezogen waren. Auch wenn dadurch die Einwohnerzahl von Baden-Baden von 33 800 im Juli 1945 auf 30 300 im Oktober 1946 zurückging, nimmt sich diese Zahl bescheiden aus im Vergleich zu den 40 000 Franzosen, die als Besatzungsangehörige im Oktober 1946 anwesend waren. Noch 1951 gab es 2 291 beschlagnahmte Objekte in der Stadt. Erst ein seit 1950 aufgelegtes Wohnungsbauprogramm, das in den Folgejahren auf 46,3 Hektar Fläche den Bau von fünf „Cités" mit einer Wohnraumkapazität für 5 400 Personen vorsah, brachte Entspannung.

Die massive Präsenz der Franzosen sollte in den ersten Nachkriegsjahren mehr als anderswo das Bild der Stadt prägen und große Belastungen für die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Wohnraum mit sich bringen. In Spitzenzeiten, etwa Mitte 1946, befanden sich knapp 44 000 Besatzungsmitarbeiter und deren Angehörige in Baden-Baden. Ihre Zahl war damit höher als die der einheimischen Wohnbevölkerung. Allerdings trugen sie wesentlich zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Kurstadt zu den Zeiten bei, in denen der Kurbetrieb eingestellt war. Tausende deutscher Arbeitskräfte aus ganz Mittelbaden fanden Beschäftigung bei den Franzosen – als Chauffeure und Hausangestellte, als Hausmeister, Arbeiter und Hilfskräfte bei den militärischen und zivilen Dienststellen und Versorgungseinrichtungen der Besatzungsmacht. Die dabei abfallenden Naturalleistungen trugen mehr als die Entlohnung in Geld dazu bei, die schlimmsten Versorgungsengpässe zu mildern

und eine Hungerkatastrophe zu verhindern. Zwischen 1946 und 1950 stieg die Bevölkerungszahl um mehr als 5 000, was überwiegend auf den Zuzug auswärtiger Arbeitskräfte zurückzuführen war. Auch wenn die tägliche Kalorienzahl von 835 Ende Mai 1945 auf knapp über 600 Kalorien Mitte 1946 sank, der Schwarzhandel blühte und Hamsterfahrten in die umliegenden Dörfer unausweichlich wurden, so schien die Stadt doch Zukunftsperspektiven zu bieten. Für die meisten Menschen bestimmten jedoch der Nahrungsmittelmangel und die Wohnungsnot die materiellen Alltagsprobleme. „Seit vier Tagen essen wir Rüben ohne Kartoffeln (...). Seit zwei Tagen sind wir ohne Brot. Wir essen also mittags und abends Rüben mit etwas Öl geschmälzt, ohne Kartoffeln und ohne Mehl. Frühstück und Vesper fällt aus, da wir auch keine Suppennährmittel haben." So beklagte eine Kriegswitwe mit drei Kindern aus Baden-Baden im Januar 1947 in einer Eingabe an den badischen Regierungschef Leo Wohleb ihre Situation.[7] Erst ab Herbst 1948, nach der Währungsreform, gelang es, die von der französischen Militärregierung festgelegte Mindestkalorienzahl von 1 550 dauerhaft zu überschreiten.

Anfänge der deutschen Verwaltung

Um Ordnung in das Chaos des „Zusammenbruchs" zu bringen, bedurfte es auch in Baden-Baden einer weiterhin funktionierenden örtlichen deutschen Verwaltung. Vorerst beließen die Franzosen die Mitarbeiter der städtischen Verwaltung auf ihren Stellen. Ab dem 26. April fanden tägliche Besprechungen beim Stadtkommandeur statt, in denen die städtischen Vertreter über die Umsetzung der Anordnungen zu berichten hatten und neue Befehle in Empfang nahmen. Allein für Baden-Baden ergingen bis Oktober 1945 nicht weniger als 3 241 Dienstanweisungen, die sich mit allen Dingen der täglichen Daseinsvorsorge beschäftigten, mit der Wiederherstellung der Verkehrswege, der Versorgung mit Wohnraum und Lebensmitteln ebenso wie mit der Einziehung von Sportgeräten der Vereine, des Vermögens der aufgelösten NSDAP und ihrer Unterorganisationen bis hin zur Dekretierung der Grußpflicht gegenüber französischen Offizieren und entsprechender Ehrenbezeugungen der deutschen Bevölkerung gegenüber den Flaggen, Fahnen und Hymnen der Siegermächte. Das Misstrauen der Franzosen gegenüber den Angehörigen eines verbrecherischen Staates war groß. Die Furcht vor Sabotageakten ehemaliger Parteimitglieder, von denen es in Baden-Baden nach einer Auflistung vom April 1945 fast 4 500 gab – darunter nicht weniger als 672 Funktionsträger, „alte Kämpfer" und „politische Leiter" –, führten zu kompromisslos harten Reaktionen gegenüber jeder Nachlässigkeit oder vermeintlicher widerständiger Haltung. So wurde Oberbürgermeister Ludwig Schmitt, der einer Anforderung nach 300 Arbeitskräften zur Räumung

der Wehrmachtskasernen nicht nachgekommen war, ohne viel Federlesen am 14. Mai 1945 seines Postens enthoben und kurzzeitig in Haft genommen. Sein Nachfolger wurde der städtische Oberrechtsrat Walter Beck.

Entnazifizierung

Die Befreiung Deutschlands von sämtlichen nazistischen Einflüssen war erklärtes Kriegsziel der Alliierten und wurde als wesentliche Voraussetzung für das erfolgreiche Gelingen des Umerziehungsprozesses angesehen. Die ostentative Entfernung nationalsozialistischer Symbole und Embleme, die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die seit 1933 – und noch bis Mai 1945 – nach Repräsentanten und „Helden" der „Bewegung" benannt worden waren, sowie die Säuberung privater und öffentlicher Bibliotheken von Naziliteratur waren Maßnahmen, die relativ leicht und schnell umzusetzen waren. Als weitaus komplizierter erwies sich dagegen die politische Säuberung, die Reinigung des öffentlichen Dienstes, aber auch der Wirtschaft von nationalsozialistischen Elementen. Nur wenige Wochen nach der Besetzung wurden die ersten in Listen erfassten „alten Kämpfer" und die Funktionsträger der NSDAP und ihrer Gliederungen aus dem Dienst der Stadt entlassen – unter ihnen der ehemalige Oberbürgermeister Hans Schwedhelm und sein erster Beigeordneter Kurt Bürkle, dazu der Leiter der städtischen Sparkasse und der Chef der kommunalen Versorgungsbetriebe. Sie und viele andere Entlassene aus Baden-Baden und den umliegenden Gemeinden wurden im Lager Malschbach bei Geroldsau interniert, ehe ab August 1945 der Weitertransport in das offizielle Interniertenlager Altschweier erfolgen konnte.

Im Interesse einer geordneten Verwaltung verblieben allerdings auch belastete Amtsvorstände der Stadt mit Billigung durch die Besatzungsmacht weiterhin in ihren Funktionen. Dies geschah sehr zum Leidwesen der „Antifaschistischen Vereinigung für Demokratischen Aufbau", zu deren vorrangigen Zielen die politische Säuberung zählte und die sich als öffentliches Korrektiv verstand, das in Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht den politischen Neubeginn ohne die alten diskreditierten Kräfte realisieren wollte. Bis Ende August 1945 waren 368 Personen vorläufig oder endgültig entlassen, darunter allein 52 Gymnasial- und Hauptschullehrer und 46 Polizeibeamte.

Die dezentrale, nicht koordinierte Vorgehensweise der Besatzungsmacht führte zu höchst unterschiedlichen Entscheidungen selbst in vergleichbaren Fällen. Eine inkonsequente Entlassungspraxis war die Folge, was zu Kritik und Unverständnis auf Seiten der Betroffenen wie auch innerhalb der Militärverwaltung führte. Im Herbst 1945 ordnete die Militärregierung in Baden-Baden ein landesweites juristisches Säuberungsverfahren an. Nach einheitlichen Kriterien auf der Basis von Angaben in einem Fragebogen sollten vor Ort einge-



Vom Fremdarbeiter- zum Internierungslager: Baracken in Malschbach, aufgenommen um 1950. (Foto: Stadtarchiv Baden-Baden)

richtete Untersuchungsausschüsse die einzelnen Fälle bearbeiten und ihre Beratungsergebnisse an die zentrale „Reinigungs- und Säuberungskommission" in Freiburg übermitteln, die die jeweiligen Sühnemaßnahmen festlegte. Die Säuberungsmaßnahmen erstreckten sich dabei nicht nur auf die klassischen Bereiche der staatlichen und kommunalen Verwaltung – Rathaus, kommunale Versorgungsbetriebe, Polizei, Schule, Post- und Bahn –, sondern umfasste auch die freiwilligen Feuerwehren, das städtische Symphonieorchester und die Industrie- und Handelskammer. Der örtliche Untersuchungsausschuss leistete dabei ein beachtliches Arbeitspensum und legte strenge Maßstäbe in Bezug auf die beantragten Sühnemaßnahmen an. Zum 1. Juli 1946 waren 22 Prozent der Angestellten der Stadtverwaltung und der Stadtwerke vom Dienst entlassen oder vorläufig suspendiert. Damit lag Baden-Baden an der Spitze innerhalb der französischen Zone, die im Durchschnitt eine Entlassungsquote von zehn bis zwanzig Prozent aufwies. Bei der seit September 1945 kommunalisierten Polizeiverwaltung waren im Januar 1946 über die Hälfte der Beamten und Anwärter ihrer Posten enthoben.

Allerdings orientierten sich die Entscheidungen der zentralen „Reinigungs- und Säuberungskommission" zu häufig an formalen Kriterien und berücksich-

tigten zu wenig die Voten der kommunalen Untersuchungsausschüsse, die auf der Kenntnis der lokalen Verhältnisse basierten. Dies führte in der Mehrzahl der Fälle zu milderen Entscheidungen. Die Folge war eine allgemeine Diskreditierung des Entnazifizierungsprozesses, der auch nicht mehr durch die 1947 erfolgte Übernahme eines gerichtlichen Spruchkammerverfahrens nach dem Vorbild der amerikanischen Besatzungszone gegengesteuert werden konnte. Die Spruchkammerverfahren erlaubten zwar die fast industrielle Abarbeitung der „kleinen Fische", jedoch verzögerten sie die angemessene Behandlung der schweren Fälle, die in der Regel durch mehrere Instanzen gingen und mit zunehmender zeitlicher Distanz zum Kriegsende immer mildere Entscheidungen produzierten. Die generelle Nachsicht der Spruchkammern – von 9 128 Personen in der Kategorie der „Schuldigen" in Baden blieben nach den Revisionsverfahren lediglich 178 übrig – belegt das Scheitern der Entnazifizierung auch in der französischen Besatzungszone. Spätestens ab 1948 war die Entnazifizierung zu einer lästigen Pflichtübung geworden. Selbst wenn die Bilanz ernüchternd war, bleibt dennoch festzuhalten, dass die Entnazifizierung auch in Baden-Baden zumindest den zeitweiligen Ausschluss der Funktionsträger und Aktivisten aus dem öffentlichen Dienst bewirkte. Dies verhinderte auch deren direkte Beteiligung am demokratischen Neubeginn. So waren insgesamt 481 Personen aus Baden-Baden von der Teilnahme am ersten Urnengang nach dem Kriege, den Wahlen zum Gemeinderat am 15. September 1946, ausgeschlossen.

Anfänge des politischen Lebens

Die zentralen Pfeiler der französischen Besatzungspolitik waren – trotz aller Widersprüchlichkeiten im Detail – die Sicherung des eigenen Landes durch weitreichende Dezentralisierung und Beherrschung des östlichen Nachbarn und die Nutzung der wirtschaftlichen Ressourcen der Besatzungszone für den Wiederaufbau Frankreichs und zur Bestreitung der Besatzungskosten. Gestützt wurden sie durch eine Politik der „Umerziehung" (rééducation), die mit dem Anspruch antrat, neben der Wiederherstellung demokratischer Zustände und der Wiedererrichtung des Rechtsstaates die Mentalität des deutschen Volkes zu verändern, die geistigen Wurzeln des nationalsozialistischen Systems zu beseitigen und damit einen Beitrag zur langfristigen Friedenssicherung im Nachkriegseuropa zu leisten. „Ohne Kontakt mit den Deutschen" und ohne „Reaktivierung (...) ehemals demokratischer Elemente" war an eine erfolgreiche Umsetzung dieser Politik allerdings nicht zu denken, wie die im Juli 1945 aufgestellten „Direktiven für unser Handeln in Deutschland" unmissverständlich erklärt hatten.[8] Unmittelbar nach der Besetzung hatten sich in zahlreichen Städten und Gemeinden „Antifaschistische Ausschüsse" gebil-

det, die in Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht aktiv am Aufbau des neuen Deutschland mitarbeiten wollten. Als „Übergangs- und Erziehungsorganisationen der Deutschen für Deutsche" genossen diese Gruppen, die teilweise erstaunliche Mitgliederzahlen aufweisen konnten, die besondere Sympathie der Besatzungsmacht. Auch in Baden-Baden, das in vielerlei Hinsicht als Experimentierfeld für die Machbarkeit und Umsetzung von besatzungspolitischen Maßnahmen galt, trafen sich schon im Sommer 1945 ehemalige Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter und Zentrumsanhänger sowie Vertreter der Kirchen in einer noch inoffiziellen „Demokratischen Arbeitsgemeinschaft". Aus ihr ging die „Antifaschistische Vereinigung für Demokratischen Aufbau" hervor, die unter Führung des ehemaligen SPD-Stadtrats Rolf Gustav Haebler stand und im September 1945 ihre offizielle Zulassung erhielt. Schon vorher waren ausgewiesene Nazigegner von der Besatzungsmacht zu Mitgliedern eines Bürgerrats ernannt worden, der bereits Anfang Mai der städtischen Verwaltungsspitze als Beratungsgremium zur Seite gestellt wurde. Einige seiner Mitglieder arbeiteten zudem als ehrenamtliche Dezernenten in der städtischen Verwaltung mit.

Wenige Wochen nach ihrer Gründung trat die „Antifa", der bald 600 Mitglieder angehören sollten, mit einer politischen Versammlung im Kurhaus öffentlich in Erscheinung. Diese Veranstaltung war die erste ihrer Art in der französischen Besatzungszone und strahlte weit über den lokalen Rahmen hinaus. Auch der schon Anfang Mai 1945 gegründete „Allgemeine Freie Gewerkschaftsbund Rastatt und Umgebung", der sich als wichtiger Ordnungsfaktor zur Wahrung des sozialen Friedens verstand, konnte sich lange vor der offiziellen Zulassung von Gewerkschaften im September 1945 in der Stadt betätigen, in der im Mai 1946 ein Gewerkschaftszentralbüro für die französische Zone Badens eingerichtet werden sollte.

Solange die Besatzungsmacht die Zulassung von Parteien hinauszögerte, blieb der Einfluss der Baden-Badener „Antifa" ungebrochen, die sich über ihre Aufgaben bei der Säuberung des öffentlichen Lebens von nationalsozialistischen Einflüssen und über ihre Mitarbeit bei der Bewältigung der unmittelbaren Alltagsprobleme hinaus als Sammelbecken aller politischer Strömungen und damit als eine Art Einheitspartei verstand. Als im Dezember 1945 die Zulassung politischer Parteien verfügt wurde, zerbrach diese „antifaschistische Einheitsfront" binnen weniger Wochen. An ihre Stelle traten selbstständige und konkurrierende politische Parteien, die die tatsächliche Stimmung und die politischen Kräfteverhältnisse im Lande repräsentierten und die die Grundlage des demokratischen Aufbaus bildeten. Dies entsprach nicht nur den politischen Maximen der Besatzungsmacht, die auf eine Transformation und Reform des politischen Lebens in Deutschland abzielten, sondern auch dem Selbstverständ-

nis der französischen Nation als „Vorhut der philosophischen, politischen und sozialen Erneuerung“ in Mitteleuropa.

In vorerst noch informellen Gesprächen hatten sich Ende 1945 auch in Baden-Baden ehemalige Zentrumspolitiker, Liberale, Sozialdemokraten und Kommunisten getroffen, um die Gründung lokaler Sektionen der auf Landesebene kurz vor der Zulassung stehenden Parteien vorzubereiten. Unter ihnen war auch Leo Wohleb, zwischen 1934 und 1945 Direktor des Gymnasiums Hohenbaden, danach Hochschulreferent in Karlsruhe und ab Dezember 1945 am neuen Sitz der Landesverwaltung in Freiburg, der als Chef der Landesverwaltung und danach als Staatspräsident von Baden bald große Popularität genießen sollte. Der zukünftigen Bedeutung der Parteien vor Ort trug auch die Zusammensetzung der von den Franzosen im Oktober 1945 gebildeten Gemeinderatskomitees Rechnung, die nach Parteienproporz besetzt wurden. Vier Demokraten, drei Angehörige des Zentrums, zwei Sozialdemokraten und ein Kommunist bildeten das Gremium, dessen primäre Aufgabe darin bestand, die städtische Verwaltung bei der Lösung der Alltagsprobleme zu unterstützen. Als erste Partei gründete sich im Februar 1946 eine Ortsgruppe der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei (BCSV/CDU) als überkonfessionelle christliche Sammlungspartei, der bald darauf Ortsgruppen der Sozialistischen Partei (SP/SPD), der Demokratischen Partei (DP/FDP) und der Kommunistischen Partei (KP/KPD) folgten.

Über der Frage der Besetzung des lokalen Untersuchungsausschusses für die Schulen im Stadtkreis Baden-Baden war es um die Jahreswende 1945/46 zu Differenzen zwischen Oberbürgermeister Walter Beck und dem neuen Gouverneur der Stadt, Oberstleutnant Jean Parodin, gekommen. Da auch von deutscher Seite heftige Kritik an seiner Amtsführung generell, speziell aber an der Entnazifizierungspraxis geübt wurde, erklärte Beck am 13. Januar 1946 seinen Rücktritt. Sein Nachfolger wurde, als „chargé des affaires (...) jusqu'aux prochaines élections“, der praktische Arzt Eddy Schacht, Teilnehmer der informellen Gesprächskreise und Bruder des ehemaligen Reichsfinanzministers Hjalmar Schacht. Schon im Oktober 1945 war der Polizeipräsident Hermann Fecht unter bis heute ungeklärten Gründen seines Amtes enthoben und durch den aus Baden-Baden stammenden Juristen Walter Bargatzky ersetzt worden, der zwischen 1940 und 1944 als Kriegsverwaltungsrat beim deutschen Militärbefehlshaber in Paris tätig gewesen war. Wiewohl Mitglied der NSDAP, hatte sich Bargatzky in Paris der militärischen Opposition angenähert und wäre nach einem geglückten Attentat auf Hitler als Ankläger für das abzuhaltende Tribunal über die Spitzen des Pariser Sicherheitsdienstes und der Gestapo vorgesehen gewesen. Weit ausschlaggebender für seine Ernennung in Baden-Baden dürfte jedoch sein mit Rechtsgutachten geführter, allerdings erfolgloser Kampf gegen die völkerrechtswidrige Verbringung von Kunst- und Kulturgütern aus Frank-

reich nach Deutschland gewesen sein, der ihm Ansehen und Vertrauen bei der französischen Militärverwaltung einbrachte.

Über achtzig Prozent der Wahlberechtigten gaben bei der Wahl des Gemeinderats am 15. September 1946 ihre Stimme ab. Klarer Sieger mit knapp fünfzig Prozent der abgegebenen Stimmen wurde die Badische Christlich-Soziale Volkspartei, die 13 von 24 Mandaten errang. Überraschend war auch das Ergebnis der Demokratischen Partei, die mit 25,3 Prozent der Stimmen nicht nur weit über dem Landesdurchschnitt von 8,3 Prozent lag, sondern die auch die Sozialistische Partei zunächst auf den dritten Platz der Wählergunst verwies. Sechs liberalen Mandaten standen vier Mandate der Sozialisten gegenüber, während die Kommunistische Partei mit 6,8 Prozent einen Gemeinderatssitz erobern konnte. Die dominierende Rolle der BCSV/CDU in der Stadt blieb auch in den nachfolgenden Wahlen zum Badischen Landtag im Mai 1947, zum Gemeinderat im November 1948 und zum Deutschen Bundestag im August 1949 bestehen, auch wenn die Wahlbeteiligung bei allen drei Wahlgängen deutlich unter dem Ergebnis der ersten Nachkriegswahl blieb.



Wiedereröffnung der Baden-Badener Spielbank am 1. April 1950: Ulla Haniel von Rauch wirft die erste Kugel. (Foto: Stadtarchiv Baden-Baden)

Als Signal für die Absicht aller Parteien, am Wiederaufbau gemeinsam zu arbeiten, muss die Wahl des Oberbürgermeisters von Baden-Baden im Oktober 1946 interpretiert werden. Einstimmig wurde Ernst Schlapper (1887–1976), nach einer erfolgreichen Karriere in der saarländischen Industrie und nach Verbüßung einer Haft wegen Devisenvergehens seit 1937 in der Stadt ansässig, zum neuen Stadtoberhaupt gewählt. Schlapper, Mitglied des Bürgerrats, Gründungsmitglied der BCSV und seit Oktober 1945 Präsident der neu gegründeten Industrie- und Handelskammer Baden-Baden, sollte die Geschicke der Stadt über zwei Jahrzehnte in entscheidender Position lenken. Seine französischen Sprachkenntnisse, seine Erfahrungen im Umgang mit den westlichen Nach-

barn und seine mit persönlicher Verbindlichkeit gepaarte Zähigkeit bei Verhandlungen ließen ihn bald zu einem bei der französischen Besatzungsmacht akzeptierten Gesprächspartner werden. Mit Energie und organisatorischem Geschick setzte er sich dort für die Linderung der Nahrungs- und Wohnraumproblematik und auch für das Projekt der Neubelebung des Weltbades ein. Sichtbarer Höhepunkt seiner Bemühungen war die Wiedereröffnung der Spielbank zum 1. April 1950, der die Freigabe des Kurhauses im Oktober 1949 vorausgegangen war. Doch auch hinter den Kulissen wusste Schlapper die Fäden zu ziehen. Als die Erweiterung des Landesbades wegen fehlender Zuschüsse des Landes zu scheitern drohte, bot der Oberbürgermeister erfolgreich den städtischen Verzicht auf Kostenersatz für die unentgeltliche Benutzung der Straßenbahn durch Besatzungsangehörige gegen die Zusicherung eines über fünf Jahre verteilten Zuschusses in Höhe von einer Million D-Mark an.[9]

Kultur- und Informationspolitik der Besatzungsmacht

Der Einmarsch alliierter Truppen in Deutschland hatte einer grausamen Diktatur und einem nicht minder grausamen Krieg ein Ende gesetzt. Mit einer eigenen Besatzungszone erhielt Frankreich die Möglichkeit, Deutschland und dessen Nachkriegsordnung mitzugestalten. Die Ausweitung des französischen Einflusses und Sicherung des eigenen Landes durch eine weitreichende Dezentralisierung des „unruhigen Nachbarn“ östlich des Rheins war dabei primäres Ziel der französischen Besatzungspolitik. Zu diesem „Dezentralisierungsaxiom“ gesellte sich ein „Reparationsaxiom“, das die weitgehende Nutzung der wirtschaftlichen Ressourcen der Besatzungszone für den Wiederaufbau Frankreichs und zur Bestreitung der Besatzungskosten vorsah. „Sécurité et charbon – Sicherheit und Kohle“ waren die Begriffe, die auch der innerfranzösischen Erwartungshaltung bei der Behandlung Deutschlands entsprachen. All dies wurde mit einer Politik der Umerziehung verbunden, die mit dem Anspruch „changer la mentalité d’un peuple“[10] antrat und die der langfristigen Friedenssicherung im Nachkriegseuropa dienen sollte. Ein von Militarismus und Nationalsozialismus „entgiftetes Deutschland“ (Vincent Auriol) war wesentliche Voraussetzung für den demokratischen Neubeginn im Land selbst wie auch dafür, dereinst wieder in den Kreis der Demokratien aufgenommen zu werden. Der Kultur kam in diesem Prozess eine besondere Bedeutung zu. Sie hatte die Aufgabe, zivilisatorische Werte zu vermitteln, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu fördern und so die geistige Basis für eine demokratische Zukunft zu legen.[11] Die von den Franzosen eingeleitete, bald aber mit Hilfe von Deutschen organisierte Kulturpolitik traf dabei auf eine Bevölkerung, die nach zwölf Jah-

ren geistiger Enge und kultureller Uniformität gierig darauf war, Neues kennenzulernen und sich für neue Entwicklungen zu öffnen. Auch wenn die Bewältigung der materiellen Not im Zentrum aller Bemühungen stand, wurde die Kultur eben nicht nur als schmückendes Beiwerk, als niedliches Accessoire verstanden, sondern als prägendes Element einer neuen, nach humanitären Grundsätzen organisierten offenen Gesellschaft.

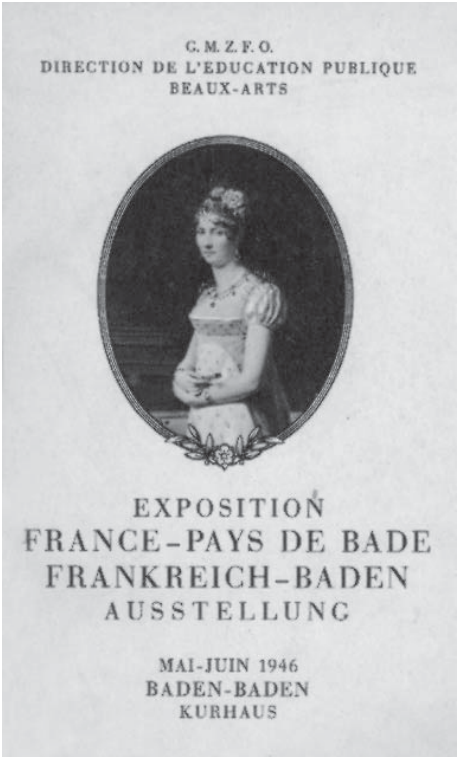
In Baden-Baden ging es für die französische Besatzungsmacht im Sommer 1945 zuerst darum, die kulturellen Bedürfnisse ihrer Besatzungsangehörigen zu befriedigen. Am 29. Juli 1945 gab das städtische Kurorchester ein erstes Konzert, zu dem nur Franzosen Zutritt hatten. Auch die Kinos waren beschlagnahmt und nur für französische Truppenvorstellungen zugänglich. Ende August allerdings durften die Aurelia-Festspiele den Lustfilm „... und die Musik spielt dazu“ für das deutsche Publikum zeigen. Das Kinoprogramm der unmittelbaren Nachkriegszeit in Baden-Baden war eine Mischung aus französischen Filmen, die in Ermangelung einer Synchronisation mit deutschen Untertiteln liefen, allerdings deswegen auf wenig Gegenliebe beim deutschen Publikum stießen, sowie aus deutschen Produktionen der frühen 40er Jahre, die – unter gänzlich anderen Vorzeichen – eine heile Welt zeigten und sich anscheinend politischer Aussagen enthielten. Doch auch Produktionen von Veit Harlan, dem Regisseur des NS-Propagandafilmes „Jud Süß“, auf die diese Charakterisierung sicher nicht zutraf, gelangten in Südbaden zur Aufführung, etwa der später verbotene Film „Opfergang“, der noch im November 1948 in Baden-Baden zu sehen war. Mit der Veranstaltung von Filmwochen, wie im Juni 1946, suchte die Militärregierung den französischen Film populärer zu machen. Ein in Teningen bei Freiburg eingerichtetes und von der französisch geführten Internationalen Filmunion AG betriebenes Synchronisationsstudio widmete sich ab Januar 1947 der Synchronisation der französischen Filme, um deren Publikumswirksamkeit zu erhöhen. Mit deutschen Kommentaren versehene französische Wochenschauen liefen seit August 1945 in den Kinos und brachten dem Publikum die Neuigkeiten aus aller Welt näher. Ab 1947 trug die Wochenschau den Namen „Blick in die Welt“.

Keinen Erfolg beim breiten Publikum erzielten deutsche Produktionen, die sich mit filmischen Mitteln der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit annahmen. Sowohl die 1946 unter der Regie von Wolfgang Staudte entstandene DEFA-Produktion „Die Mörder sind unter uns“, die am 10. April 1947 ihre Erstaufführung in der französischen Zone in Baden-Baden erfuhr, wie auch der in den Trümmer Freiburgs gedrehte Film „Wohin die Züge fahren“, der 1948 in die Kinos kam, fanden eine eher reservierte Aufnahme. An einem Diskussionsabend im Juni 1947 lehnte die Katholische Jugend Baden-Baden die im DEFA-Film dargestellte Wirklichkeit als „Verfälschung“ und „das saubere Empfinden

der aufbauwilligen Jugendlichen“ beeinträchtigende „Unwahrhaftigkeit“ ab. Sie forderte stattdessen gute zeitgemäße Unterhaltungsfilme.[12] Ob die Produktion der in Baden-Baden ansässigen vier Filmgesellschaften, darunter die Nachfolgegesellschaft der ehemaligen Berg- und Sportfilm GmbH von Arnold Fanck, einem Pionier des deutschen Bergfilms, diesem Bedürfnis nachkam, ist leider noch unerforscht. Das am 8. August 1945 als erste Zeitung der französischen Besatzungszone wieder zugelassene „Badische Tagblatt“, das anfänglich aus vier bis sechs Seiten bestand und nur mittwochs und samstags erschien, enthielt neben den offiziellen Verlautbarungen der Militär- und der Stadtverwaltung auch kulturelle Beiträge.

Weitaus experimentierfreudiger zeigten sich dagegen andere Kulturbereiche wie die Literaturproduktion, das Theater und die Bildenden Künste. Aus der im Juli 1945 von den Franzosen eingerichteten „Kommission zur Reinigung der öffentlichen und schulischen Bibliotheken“ war bald darauf ein städtischer Kulturrat hervorgegangen, der sich unter der Federführung der Schriftsteller Otto Flake und Heinrich Berl dem Wiederaufbau kultureller Strukturen in der Stadt widmete. Dies fiel in Baden-Baden umso leichter, als die Stadt meist Ausgangspunkt der von der Sektion der „Beaux Arts“ der Militärregierung organisierten Wanderausstellungen durch die französische Zone wurde. So nahm schon im November 1946 eine Ausstellung französischer Graphik hier ihren Anfang. Im April 1947 wurde im Baden-Badener Kurhaus eine Ausstellung moderner französischer Keramik gezeigt. Wenige Monate danach, im Oktober des Jahres, veranstaltete der städtische Kulturrat die Ausstellung „Deutsche Kunst der Gegenwart“. Im Mittelpunkt vieler solcher Ausstellungen, die das Kunstleben Südbadens in jenen Jahren prägten, stand die moderne Kunst. Damit fand die im „Dritten Reich“ als „entartet“ geltende Moderne wieder Eingang in den inländischen Kunstbetrieb und förderte so die Offenheit der Kunstszene – eine wichtige Voraussetzung für den zukünftigen Dialog über die Ländergrenzen hinweg.

Diesen Dialog zu fördern war auch Anliegen der im Mai und Juni 1946 im Kurhaus gezeigten Ausstellung „Frankreich–Baden“. In Anknüpfung an Reden de Gaulles Anfang Oktober 1945 in Freiburg und Baden-Baden, in denen er auf die kulturellen Bande zwischen Frankreich und Baden hingewiesen und eine mögliche deutsch-französische Versöhnung angedeutet hatte, sollte diese Ausstellung das besondere Verhältnis der beiden Länder in der Zeit von 1660 bis 1860 dokumentieren. Nicht zuletzt dank der gezeigten Objekte, die in Zusammenarbeit auch mit deutschen Einrichtungen in der französischen wie amerikanischen Besatzungszone zusammengestellt worden waren, erfuhr diese Ausstellung einen großen Zuspruch. Weit schwächer besucht war dagegen die Ausstellung „Hitlers Verbrechen“, die im Jahre 1947 durch die französische Zone geschickt wurde und auch in Baden-Baden Station machte.



Der Katalog der Ausstellung „France – Pays de Bade" vom Frühjahr 1946. (Vorlage: Staatsarchiv Freiburg)

Im Theater der Stadt fanden ab September 1945 die ersten Veranstaltungen statt. Auf die Kabaretts folgten bald auch Aufführungen deutschsprachiger Boulevardstücke, französischer Stücke, wie das von Arthur Maria Rabenalt inszenierte Stück von Jean Giraudoux' „Undine", aber auch Tragikomödien wie Gerhard Hauptmanns „Die Ratten". Die Nachfrage war groß, was allein die Zahl der zwischen April 1946 und Juli 1947 im Theater wie im Kurhaus zur Aufführung gelangten 405 Vorstellungen unterstreicht. Doch auch hier dominierte die „leichte Unterhaltung": „Bunte Abende" mit Werner Fink und Trude Hesterberg, Operetten und Chansons fanden leichter Zuspruch als „gehaltvolle" und zeitgemäße Stücke, die sich mit der Gegenwart und der unmittelbaren Vergangenheit auseinandersetzten. Die offensichtlich reichlich vorhandenen Geldmittel wurden in Ermangelung der Konsumgüter gern in diese Art von Kultur investiert.

Mit der Währungsreform im Sommer 1948 gerieten viele Theater in eine existenzielle Krise. Zerstreuung fanden die ehemaligen Besucher nunmehr im materiellen Konsum, die Ränge auch des Baden-Badener Theaters blieben weitgehend leer. Im „Badischen Tagblatt" war Ende Januar 1949 zu lesen, dass Mietvorstellungen nur zu einem Drittel, die freien Vorstellungen lediglich zu einem Fünftel besetzt seien. Das daraus resultierende finanzielle Defizit, das den städtischen Haushalt mit 200 000 D-Mark belastete, führte in dieser Zeit zu einer langen Diskussion über den Erhalt des städtischen Theaters. Erst im Juni 1949 konnte die Baden-Badener Theaterkrise beigelegt werden, als mit einer Abstimmung im Stadtrat die weitere Existenz des Theaters gesichert war.

Auch im Bereich des Literaturbetriebs fand nur in Ansätzen ein kultureller Neubeginn statt. Die Themen „Nationalsozialismus" und „Krieg" wurden aus-



Französische Buchhandlung in der Sophienstraße 8, aufgenommen um 1950. (Foto: Stadtarchiv Baden-Baden)

geblendet, die vergangenen zwölf Jahre als Herrschaft „furchtbarer Gewalten" und als „entsagungsreich" verschleiernd charakterisiert. Die Rückbesinnung auf die Ewigkeitswerte der deutschen Klassik, Lesen als „herrliche Einsamkeit lautloser Nächte" – dies waren die Antworten nicht nur von Reinhold Schneider auf die totalitäre Propagandadiktatur der Nazis. Die zurückkehrenden Emigranten hatten es unter diesen Umständen schwer, „heimisch" zu werden. „Und als ich wiederkam, da kam ich nicht wieder", so beschrieb Alfred Döblin seine Stimmungslage im Februar 1946. Döblin, seit November 1945 in Baden-Baden als französischer Oberst Mitarbeiter in der Besatzungsregierung und zuständig für die Literaturproduktion in der französischen Besatzungszone, stieß mit seiner schonungslosen und unsentimentalen Schilderung der deutschen Wirklichkeit und seiner daraus abgeleiteten Forderung nach tatsächlicher Trauerarbeit vielfach auf Unverständnis bei seinen deutschen Schriftstellerkollegen. Döblin sei, so Otto Flake, mit Heinrich Berl Motor des Kulturrats der Stadt, „seinen Kollegen in der Uniform des Okkupanten gegenübergestanden".

Trotz der sich darin zeigenden Sprachlosigkeit zwischen im Lande gebliebenen und aus dem Exil zurückgekommenen Literaten war es gerade Döblin zu verdanken, dass sich in Südbaden eine außergewöhnliche Vielfalt literarischen Lebens entwickeln konnte. Zahlreiche Verlage eröffneten Publikationsmöglich-

keiten, auch wenn nach zwölf Jahren geistiger Isolation die große literarische Qualität ausblieb und stattdessen viel „Krampf und Verworrenes, Verblasenes und Mystisches“ hervorkam. Eine besondere Konjunktur erfuhren die Kulturzeitschriften, die vor allem als Diskussions- und Informationsforen genutzt wurden. Neben Berlin, Stuttgart und Frankfurt war Baden-Baden der wichtigste Erscheinungsort für Zeitschriften, die teilweise große Verbreitung fanden. „Das Goldene Tor“, die in Baden-Baden erscheinende, von Alfred Döblin herausgegebene literarische Zeitschrift, erreichte eine Auflage von bis zu 35 000 Exemplaren. Daneben erschienen am Sitz der Militärregierung die Zeitschriften „Lancelot“ sowie die ersten Jahrgänge der bis heute existierenden Zeitschrift „Merkur“. Eines der wichtigsten Foren für moderne Kunst in der Nachkriegszeit war die Zeitschrift „Kunstwerk“, die ebenfalls in Baden-Baden verlegt wurde.[13]

Der Südwestfunk: Initiator und Förderer der kulturellen Konjunktur

Die vor allem in Baden-Baden zu konstatierende „Kultureuphorie“ kann nicht allein mit der Tatsache erklärt werden, dass die Stadt als Sitz der Militärregierung eine besondere Förderung durch die Franzosen erfuhr. Sichtbarste und bis heute nachwirkende Folge des traditionellen kulturpolitischen Sendungsbewusstseins in der französischen Zone ist die Errichtung des Südwestfunks als selbstständige Rundfunkorganisation für die französische Besatzungszone in Baden-Baden. Die Bedeutung des Rundfunks für die Übermittlung von Informationen und Anordnungen, aber auch von kulturellen Botschaften im Sinne der „rééducation“ in einem Land, dessen verkehrliche Infrastruktur weitgehend zerstört war, lag auf der Hand. Während die anderen Besatzungsmächte auf Überreste einstiger Rundfunkzentralen zurückgreifen konnten, mussten die Franzosen Neuland beschreiten.

Die „Section Radio“ der französischen Militärregierung gab noch 1945 die Struktur einer zentralen Rundfunkorganisation mit Hauptsitz in Baden-Baden und Nebenstellen in verschiedenen Regionen des Besatzungsgebiets vor. Seine Organisationsform orientierte sich am Modell der englischen BBC: Ein von Regierung und Parteien unabhängiger und demokratisch selbstverwalteter Rundfunk, von einem Rundfunkrat kontrolliert, in den Vertreter von gesellschaftlichen Gruppen entsandt wurden. Die Oberaufsicht übten französische Kontrollinstanzen aus. Doch auch hier wurden schon früh Verantwortlichkeiten an vertrauenswürdige, das heißt politisch unbelastete Deutsche übertragen. Zum 1. November 1945 trat Oscar Schneider-Hassel, Fabrikant und Mitglied der Baden-Badener „Antifa“, als provisorischer Verwaltungsleiter der neuen Rundfunkanstalt seinen Posten an. Seine Aufgaben konzentrierten sich anfänglich



Freizeiteinrichtungen für französische Soldaten in der Luisenstraße 2, dem Sinnereck, um 1948. (Foto: Stadtarchiv Baden-Baden)

auf die Rekrutierung des Personals, dessen Unterbringung sowie die des Senders. Im ehemaligen Hotel „Kaiserin Elisabeth" sollte dies zumindest für den Sendebetrieb gelingen, während im Hotel „Tannenhof" seine Verwaltung unterkam. Seine Mitarbeiter, im März 1946 rund 250, wovon die meisten von außen kamen, hatten allerdings noch lange Jahre unter den Auswirkungen der Wohnungsnot in Baden-Baden zu leiden. Für die inhaltliche Ausgestaltung des Programms gelang es im März 1946, mit Friedrich Bischoff, vor 1933 Intendant der Schlesischen Funkstunde in Breslau, einen ausgesprochenen Rundfunkfachmann zu engagieren.

Mit einem kleinen Morgenkonzert begann am Sonntag, den 31. März 1946, der Sendebetrieb von „Radio Baden-Baden – ein Sender der Militärregierung". Wenige Monate darauf hatte der neue Sender bereits die beachtliche Zahl von 437 000 Hörern. Traditionelle Unterhaltung und Berichte aus den Regionen bestimmten das Programm; 18 Prozent aller Beiträge waren Produktionen klassischer und ernster Musik, 17 Prozent Wortbeiträge der Redaktionen. Vor allem unter Heinrich Strobel, der ab März 1946 für die musikalische Programmgestaltung zuständig war, wurde der Südwestfunk, sein Orchester und damit Baden-Baden zum anerkannten Zentrum für Moderne Musik in Europa. Werke

von Béla Bartók, Claude Debussy, Igor Strawinsky, Paul Hindemith – um nur einige zu nennen – gelangten im ausverkauften Kurhaus zur Aufführung, geleitet von exzellenten Dirigenten wie Paul Hindemith selbst, Otto Klemperer oder Werner Egk und gespielt von außerordentlich guten Solisten. Das Baden-Badener Musikprogramm, insbesondere die Reihe „Musica viva" wurde, so das „Badische Tagblatt" am 1. Juni 1948, „so etwas wie die internationale Visitenkarte" des Senders, mit großer Ausstrahlungskraft nicht nur in die französische Zone. Nachfolger Strobels als Chef des Südwestfunkorchesters wurde 1948 der bisherige Dirigent der Münchner Philharmoniker, Hans Rosbaud, der den hohen Standard wahren und mit neuen Initiativen aufwarten konnte. Die Wiederbelebung der „Donaueschinger Musiktage für zeitgenössische Tonkunst" und damit die Begründung eines bis heute andauernden aufregenden Experiments ist wesentlich auf die Mitarbeit des Südwestfunks zurückzuführen.[14]

Aus Besatzern wurden Freunde

Nach Militärregierung und Stadtverwaltung wurde der Südwestfunk zum drittgrößten Arbeitgeber in Baden-Baden. Seine offizielle Übergabe an den Rundfunkrat im Juli 1949 war ein weiteres Zeichen, dass die Nachkriegszeit auch in der Lebenswirklichkeit der Baden-Badener allmählich zu Ende ging und die Beziehungen sich zu normalisieren begannen. Eine deutliche Reduzierung der Besatzungsangehörigen sowie die mit dem Bau der Cité als Wohn- und Arbeitszentrum für die Soldaten der „Forces françaises en Allemagne" und ihrer Angehörigen ermöglichte Freimachung der Hotels und Privatquartiere eröffneten der Stadt die Chance, an den Glanz der Vorkriegszeit als internationaler Kurort anzuknüpfen. Die fortbestehende Präsenz der Franzosen in der Stadt förderte den gegenseitigen Austausch, ließ enge Beziehungen entstehen und unterfütterte an der Basis die Verständigungserfolge auf nationaler Ebene. Als die letzten französischen Einheiten, Militär- und Verwaltungsbeamte im Mai 1999 die Stadt offiziell verließen, bewegten sich die zahlreichen Festansprachen bevorzugt und zu Recht im Umfeld dieser beispielhaften Erfolgsgeschichte der Versöhnung zweier verfeindeter Nationen. Dass dieser Erfolg umso höher zu bewerten ist, wenn man die schwierige Ausgangslage nicht aus dem Gedächtnis verdrängt, dürfte unbestritten sein.

Anmerkungen

1 Rolf Gustav Haebler: Geschichte der Stadt und des Kurorts Baden-Baden, Baden-Baden 1969, S. 192.

2 Otto Flake: Es wird Abend. Bericht aus einem langen Leben, Gütersloh 1960, S. 454.

3 Rainer Haehling von Lanzenauer: Hermann Fecht. Badischer Justizminister 1880–1952, in: Gerhard Taddey (Hrsg.): Lebensbilder aus Baden-Württemberg Bd. XXI, Stuttgart 2005, S. 518–542.
4 Achim Reimer: Stadt zwischen zwei Demokratien. Baden-Baden von 1930 bis 1950, München 2005, S. 196.
5 Alfred Grosser: Geschichte Deutschlands seit 1945, München 1974, S. 82–83.
6 Roy F. Willis: The French in Germany, Stanford 1962, S. 87.
7 Staatsarchiv Freiburg C 5/1 Nr. 298.
8 Abdruck der Direktiven bei Kurt Hochstuhl (Bearb.): Die Protokolle der Regierung von Baden. Band 1: Die Landesverwaltung Baden und das Staatssekretariat Wohleb 1945–1947, Stuttgart 2006, S. XXXV–XL.
9 Staatsarchiv Freiburg C 5/1 Nr. 1031.
10 So Raymond Schmittlein, seit August 1945 Direktor der Abteilung „Öffentliche Erziehung" in der Baden-Badener Militärregierung, im Juli 1947, zitiert nach: Georges Cuer: L'action culturelle de la France en Allemagne occupée (1945–1949), in: Revue d'Histoire Diplomatique 101 (1987), S. 7–60, S. 12.
11 Edgar Wolfrum: „Zeit der schönen Not". Kultur als Umerziehung und Trostspenderin, in: Edgar Wolfrum/Peter Fässler/Reinhard Grohnert (Hrsg.): Krisenjahre und Aufbruchszeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949, München 1996, S. 203–212.
12 Badisches Tagblatt, 27. Juni 1947.
13 Alfred Döblin: Schicksalsreise: Bericht und Erkenntnis, Solothurn-Düsseldorf 1993; Ursula Zeraschi: Kulturelles Leben in Südbaden, Zulassungsarbeit Freiburg 1986 (im Staatsarchiv Freiburg vorhanden).
14 Franz-Josef Heyen/Friedrich Kahlenberg (Hrsg.): Südwestfunk. Vier Jahrzehnte Rundfunk im Südwesten, Düsseldorf 1986.

Christof Strauß

Freiburg im Breisgau als Hauptstadt des Landes Baden – der Not geschuldet, die Not verwaltend

Die militärische Besetzung durch amerikanische und französische Truppen im Frühjahr 1945 stellte für alle südwestdeutschen Städte einen bedeutsamen Einschnitt dar. Nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft prägte sie die politischen Strukturen und ökonomischen Rahmenbedingungen in den Kommunen ebenso nachhaltig wie auch das Alltagsleben der Bevölkerung. Indessen waren die Auswirkungen dort besonders groß, wo sich die Präsenz der Besatzungsmacht ausgesprochen massiv gestaltete und die Folgen des verlorenen Krieges und der Besetzung für die Einwohner der betroffenen Städte augenfälliger wurden als auf dem flachen Lande. Dies gilt in besonderem Maße für die Stadt Freiburg im Breisgau, die nicht nur zahlreiche französische Dienststellen beherbergte, sondern sich auch von einer beschaulichen Universitäts- zur Hauptstadt eines Landes der französischen Besatzungszone wandelte, in der der Landtag und die Ministerien Badens ihren Sitz hatten. Obgleich das Land Baden nur bis 1952 existierte, bevor es im neugeschaffenen Bundesland Baden-Württemberg aufging, entwickelte es ungeachtet seiner geringen Größe durchaus ein eigenständiges politisches Profil. Vor dem Hintergrund von Kriegszerstörungen und Mangelwirtschaft in der ausgebombten Stadt erwiesen sich die ersten Jahre nach dem Kriegsende als fundamentale Belastungsprobe, aber auch als Chance für einen Neubeginn, die jedoch – nimmt man etwa den politischen Säuberungsprozess als Maßstab – vielfach nicht genutzt wurde. Die Rahmenbedingungen für einen effizienten Wiederaufbau in Südbaden und für eine erfolgreiche politische Arbeit in der neuen Hauptstadt hatten sich bei Kriegsende indessen alles andere als günstig gestaltet.

Freiburg als Regierungs- und Verwaltungssitz

Freiburg verdankte seine neue Rolle der Teilung Deutschlands in Besatzungszonen. Im Bemühen, eine große Zahl von Faustpfändern an sich zu bringen, die Frankreich ein möglichst großes Maß an Mitsprache gegenüber den anderen Alliierten garantieren sollten, hatte die französische Armee bei ihrem Vor-

marsch unter anderem die Landeshauptstädte Karlsruhe und Stuttgart besetzt. Auf Druck der Amerikaner musste sie sich jedoch bereits im Juli 1945 zurückziehen. Die Trennlinie zwischen der französischen und der US-Besatzungszone auf dem Gebiet des heutigen Baden-Württemberg folgte fortan der Autobahn von Karlsruhe nach Ulm. Der Süden des Landes machte zwar etwa zwei Drittel der Gesamtfläche Badens aus; hier hatte vor dem Krieg weniger als die Hälfte der Bevölkerung gelebt. Zudem befanden sich die wirtschaftlich leistungsfähigen Industriegebiete des Rhein-Neckar-Raums jetzt im amerikanisch besetzten Norden. Südbaden mit seinen insgesamt 9955 qkm Größe und seinen im Jahr 1946 gut 1,1 Millionen Einwohnern war ein stark agrarisch geprägtes und ein tendenziell eher strukturschwaches Gebiet.[1]

Mit der Proklamation des Landes Württemberg-Baden in der amerikanischen Zone am 19. September 1945 unter Einschluss Nordbadens wurde die Trennung der beiden Landesteile faktisch vollzogen. Am 8. Oktober 1946 erhielt auch Südbaden den Status eines Landes. Die von den Franzosen unmittelbar nach dem Einmarsch in Karlsruhe dort installierten deutschen Verwaltungseinrichtungen wurden daher bereits im November und Dezember 1945 nach Freiburg verlegt, wo am 22. November 1945 erstmals der sogenannte Rat der Ministerialdirektoren tagte – ein demokratisch nicht legitimiertes Beamtengremium. Es wurde nach den Kommunal- und Kreiswahlen im September 1946 durch ein Staatssekretariat mit verschiedenen Ressorts abgelöst, an dessen Spitze der Gymnasiallehrer Leo Wohleb stand. Die Annahme eines Verfassungsentwurfs durch die Beratende Landesversammlung im April 1947, die sich auf Grundlage der Wahlergebnisse bei den Kommunal- und Kreiswahlen konstituiert hatte, die Volksabstimmung über die Verfassung und die ersten und einzigen Landtagswahlen (beides am 18. Mai 1947) markierten die weiteren wesentlichen Schritte auf dem Weg zu einem Land Baden mit Freiburg als Hauptstadt, in der Leo Wohleb als Staatspräsident bis zum Jahr 1952 die Regierungsgeschäfte leitete.

Die französische Besatzungsmacht war in Freiburg überaus präsent. Zwar hatten der militärische Oberbefehlshaber General Pierre Koenig und der Chef der Militärregierung der französischen Besatzungszone, Emile Laffon, ihren Dienstsitz in Baden-Baden, aber auch in Freiburg fanden sich zahlreiche französische Dienststellen. Unterhalb der Ebene des Militärgouverneurs beziehungsweise des Chefs der Militärregierung fungierten in der Stadt bis zum Frühjahr 1946 zunächst General Jacques Schwartz und danach der ehemalige Résistancekämpfer Pierre Pène als Oberdelegierte für das Land Baden. Pène's engste Mitarbeiter waren dabei sein Kabinettschef René Bargeton und Präfekt Gabriel Daty. Insgesamt umfasste die „Délégation Supérieure pour le Land Bade" mit ihren verschiedenen Abteilungen etwa 250 Personen. Unterhalb der „Délégati-

on Supérieure“ gab es drei Delegationen für die Bezirke (Districts) Baden-Baden, Freiburg und Konstanz, die jeweils mehrere Landkreise umfassten. Auf der untersten Ebene war für jeden Landkreis ein französischer Kreisdelegierter verantwortlich. Die Militärregierung für die Stadt Freiburg leitete zunächst Colonel Montel, bevor dieser im August 1945 durch Colonel Marcellin abgelöst wurde. Seit Sommer 1948 hatte schließlich Colonel Monteux das Amt inne, nachdem er bereits zuvor bis 1946 als Adjoint für Marcellin fungiert, dann aber Freiburg verlassen hatte. Für den Bezirk Freiburg waren bei der Militärregierung weitere 140 Personen tätig.

Kriegszerstörungen und Einmarsch der Franzosen

Die französischen Truppen fanden bei ihrem Einmarsch am 21. April 1944, dem einige kleinere Kampfhandlungen und die sinnlose Sprengung einzelner Brücken sowie des Freiburger Rundfunksenders durch deutsche Soldaten auf dem Rückzug vorausgingen, eine von den Kriegshandlungen schwer gezeichnete Stadt vor. Freiburg war beim Vormarsch der 6. Alliierten Armeegruppe in den Vogesen als Eisenbahn- und Verkehrsknotenpunkt ins Visier der angloamerikanischen Luftkriegführung geraten. Im Rahmen der Operation „tigerfish“ belegten über 350 britische Bomber in den Abendstunden des 27. November 1944 die Stadt mit einem verheerenden Flächenbombardement, das einen Feuersturm entfachte und die Freiburger Innenstadt in Schutt und Asche legte. Bei dem Luftangriff wurden 2 797 Menschen getötet und etwa 9 600 verletzt. Ein Drittel der Wohnungen in der Stadt war unbenutzbar geworden, davon waren 5 700 als Totalschaden anzusehen, 3 500 schwer bis mittelschwer und 12 000 leicht beschädigt worden.

Die ersten Maßnahmen der französischen Besatzungsmacht zielten darauf ab, die Sicherheit der eigenen Soldaten zu gewährleisten und mögliche Aktivitäten einer subversiv agierenden deutschen Untergrundbewegung zu unterbinden. Daher wurde zunächst eine Ausgangssperre verhängt, die anfänglich von 19 Uhr abends bis 7 Uhr morgens reichte. Weiterhin waren alle militärischen Gegenstände und Waffen abzugeben. Auf die Nichtbefolgung dieses Befehls standen teils drakonische Strafen. Das öffentliche Leben – durch die Bombenschäden ohnehin beeinträchtigt – kam durch die zeitweilige Schließung von Post, Schulen, Banken und Gerichten sowie durch die Sperrung aller privaten Telefone vollständig zum Erliegen. Verboten waren darüber hinaus das Verlassen des Stadtgebiets ohne Genehmigung sowie auf den Straßen „Zusammenrottungen“ ab vier Personen. Da Zeitungen anfänglich fehlten, die Besatzungsmacht sich auf eine spärliche Informationspolitik beschränkte und die Militärregierung zunächst rigorose Maßnahmen verhängte, entstanden in der



Freiburgs Innenstadt wurde bei einem Bombenangriff im November 1944 fast völlig zerstört. Das Foto zeigt das Ruinendreieck am Siegesdenkmal im April 1951. (Foto: Staatsarchiv Freiburg, Sammlung Willy Pragher)

Stadt zahlreiche Gerüchte, die – wie skurrile Mutmaßungen über ein Alkohol-, Ehe- und Studienverbot für Deutsche – dem Image der Franzosen keinesfalls zuträglich waren. Die Folgewirkungen dieser Mutmaßungen auf das kollektive Gedächtnis der Bevölkerung sollten auch in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass zahlreiche positive Initiativen der Besatzungsmacht von der Erinnerung an die vermeintlich „düstere Franzosenzeit" überlagert wurden.[2]

Wiederaufbaumaßnahmen und Wohnungsnot

Angesichts der Kriegszerstörungen – von 30 000 Wohnungen im Stadtgebiet waren nur 8 000 unbeschädigt geblieben – und der dringend gebotenen Wiederaufbaumaßnahmen war die städtische Verwaltung in besonderem Maße gefordert. Allerdings offenbarte sich in Freiburg – wie allerorts in Deutschland – sehr schnell das Dilemma, dass eine politische Säuberung der Kommunalverwaltung und die Entfernung von städtischen Bediensteten aus ihren Ämtern zumeist mit einem Verlust an Sachkompetenz einherging, der in der krisenhaften Zeit unmittelbar nach der deutschen Kapitulation schwerwiegende Folgen nach sich zog. Die ersten Maßnahmen der Franzosen setzten allerdings

auf eine gewisse Kontinuität: So bestätigte die Besatzungsmacht den noch von den Nationalsozialisten vorgesehenen Leiter der Notverwaltung, Oberrechtsrat Max Keller. Sie ernannte ihn am 1. Juni 1945 zum Oberbürgermeister, verhaftete aber seine Amtsvorgänger Kerber und Maaß beziehungsweise setzte sie ab. Dann wurden im Rahmen der Säuberungen bis zum 5. Juni 120 städtische Bedienstete entlassen oder suspendiert, darunter ein erheblicher Teil der höheren Beamten.

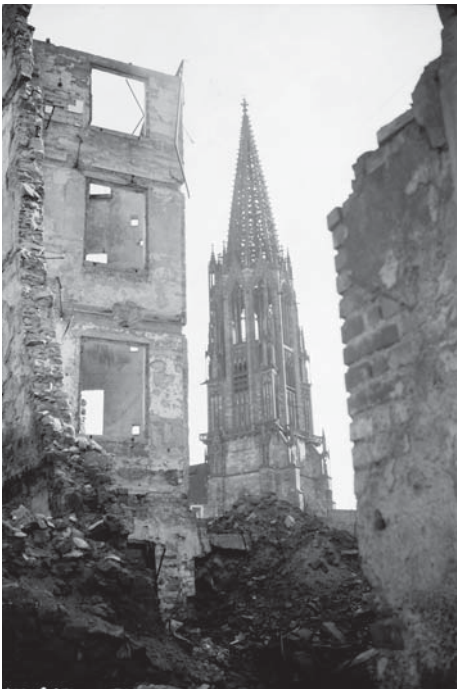
Der Wiederaufbau der Stadt Freiburg konnte erst nach der Währungsreform vom 20. Juni 1948 planmäßig vorangetrieben werden. Alle bis dahin getroffenen Maßnahmen zielten zumeist darauf ab, die größten Notstände zu beseitigen. Durch Improvisation und Eigeninitiative der Stadtverwaltung und der Freiburger Bevölkerung konnte jedoch Beachtliches erreicht werden. So wurden bis Mitte des Jahres 1948 immerhin achtzig Prozent der leicht beschädigten, aber unbewohnbaren sowie ein Drittel der schwer beschädigten Wohnungen repariert – trotz der Tatsache, dass sich die Zuteilung von Baumaterialien durch Kontingentierungen seitens der Besatzungsmacht überaus schwierig gestaltete. Eine vom Stadtrat 1946 eingesetzte Kommission bemühte sich, die Maßnahmen zu koordinieren, zumal die allgemeine Notlage zu baulichem Wildwuchs in der Stadt führte. Bemerkenswert ist – vor allem vor dem Hintergrund der bisweilen totalen Neugestaltung anderer deutscher Städte nach dem Krieg – die Entscheidung, beim Wiederaufbau Teile des gewachsenen Stadtbildes zu erhalten, was vor allem Oberbaudirektor Joseph Schlippe zu verdanken ist. Schlippe plädierte schon 1945 dafür, auf eine radikale Neugestaltung der Altstadt zu verzichten und den alten „Zähringer Grundplan“ des Stadtkerns als Orientierung für den Wiederaufbau zugrunde zu legen.

Neben der bereits erwähnten Materialknappheit erschwerten weitere strukturelle Faktoren die Wiederaufbauarbeiten erheblich. Zum einen wuchs nach dem Ende der Kampfhandlungen die Freiburger Bevölkerung und damit der Bedarf an Wohnraum kontinuierlich an. So lebten im April 1945 etwa 59 000 Personen in der Stadt, Anfang 1946 bereits 89 275 und schließlich wurde Anfang 1948 bereits die Marke von 100 000 Einwohnern überschritten. Erschwerend kam der Mangel an geeigneten Facharbeitern und sonstigen Arbeitskräften hinzu. Ein freiwilliger „Ehrendienst“ zur Trümmerbeseitigung zeitigte nicht die gewünschten Erfolge, so dass es notwendig wurde, eine Arbeitsverpflichtung für alle Männer zwischen dem 16. und dem sechzigsten Lebensjahr zu erlassen. Dabei musste jede Person innerhalb von zwei Monaten einen Arbeitstag als Trümmerhilfe ableisten. In den Wiederaufbau flossen erhebliche Finanzmittel: Bis Juli 1949 waren für seit 1945 reparierte, errichtete oder im Bau befindliche Wohnungen 13 Millionen Mark aufgewendet worden. Im privaten Wohnungsbau kosteten die Instandsetzungsarbeiten bis zur Währungsreform 15,1 Milli-

onen Reichsmark, danach bis zum Sommer 1949 noch weitere 5,9 Millionen D-Mark. Private Neubauten wurden für 2,6 Millionen D-Mark erstellt. Für Geschäftsbauten beliefen sich die entsprechenden Summen auf 2,8 Millionen Reichsmark beziehungsweise 1,9 Millionen D-Mark.[3]

Bei der Gewährung von Landesmitteln für den Wiederaufbau gestaltete sich das Verhältnis zwischen der Stadt Freiburg und dem Land Baden alles andere als spannungsfrei. Über Jahre hinweg richtete der seit November 1945 amtierende Oberbürgermeister Wolfgang Hoffmann Schreiben um Schreiben an den badischen Staatspräsidenten und vor allem an das Finanzministerium, in denen er die desolate finanzielle Lage der Stadt schilderte, die bereits von kommunaler Seite geleisteten Aufwendungen aufzählte und ein stärkeres finanzielles Engagement des Landes Baden beim Wiederaufbau von Freiburg einforderte. Das Land führte dagegen seine eigene angespannte Finanzlage an und wollte der Stadt Freiburg keine Sonderrolle gegenüber anderen Notstandsgebieten im Land einräumen. Überdies verwies man darauf, dass sich die Kassenlage der Stadt zumindest aus Sicht des Finanzministeriums wesentlich günstiger gestalte als die des Landes. Auch als das Bürgermeisteramt im April 1949 in einem Schreiben an den Staatspräsidenten um die vorschüssliche oder darlehensweise Überlassung von einer Million D-Mark bat, da man andernfalls nicht mehr in der Lage sei, die städtischen Bediensteten am Monatsende zu bezahlen, wurde dem Gesuch nicht stattgegeben. In einer Stadtratssitzung am 17. Januar 1950 unterstrich Hoffmann seine Forderungen noch deutlicher und kündigte an, ohne Unterstützungen des Landes sei die Stadt Freiburg über das Jahr 1950 hinaus nicht mehr in der Lage, den Wiederaufbau weiter finanzieren zu können. Die für Kreditvergaben zuständige Badische Landeskreditanstalt für Wohnungsbau verwies demgegenüber darauf, dass bis zum 31. Dezember 1949 Bewilligungen für Darlehen in Höhe von rund 3,7 Millionen D-Mark für Bauvorhaben in der Stadt Freiburg ausgesprochen worden seien. Darüber hinaus errechnete sie einen Förderbetrag pro Kopf der Wohnbevölkerung, wobei sich Freiburg mit 47,36 D-Mark zwar hinter Mannheim (56,40 DM) bewegte, jedoch noch vor Karlsruhe (46,40 DM) und Heidelberg (36,50 DM). Trotz aller Differenzen um die Verpflichtungen des Landes gegenüber der Hauptstadt machte Hoffmann seine Ankündigung, den Wiederaufbau aus Geldmangel einzustellen, indessen nicht wahr.

Als Hauptstadt des Landes Baden und angesichts zahlreicher französischer Dienststellen in der Stadt musste der Instandsetzung öffentlicher Gebäude eine besondere Bedeutung zukommen, da die öffentliche Verwaltung zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben eine zumindest halbwegs intakte Infrastruktur benötigte. Gerade die französische Seite drängte auf erhaltende Maßnahmen an derartigen Gebäuden. So machte sie deutlich, dass „[...] alle wertvollen Gebäude bis zum



Inmitten von Ruinen steht 1946 das Freiburger Münster, das von den alliierten Bomben weitgehend verschont geblieben war. (Foto: Staatsarchiv Freiburg, Sammlung Willy Pragher)

15. November des Jahres spätestens so abgedeckt sein müssen, dass eindringender Regen und eindringende Kälte keinen weiteren Schaden an dem Gemäuer anrichten können. Sollte dieser letzte Termin nicht eingehalten werden, so wäre Herr Colonel Marcellin zu seinem Bedauern im Benehmen mit Herrn Präfekten Daty gezwungen, scharfe Maßnahmen gegen die Verantwortlichen zu ergreifen."[4]

Um dementsprechend auf staatlicher Seite den Wiederaufbau im ganzen Land voranzutreiben, wurde im Dezember 1946 ein Staatskommissariat für den Wiederaufbau installiert, das für die Feststellung von Kriegsschäden, die Trümmerbeseitigung und -verwertung, die Planung und Kontrolle sämtlicher Bauvorhaben, Instandsetzungsmaßnahmen, Baustoffbewirtschaftung und die Lenkung des Arbeitskräfteeinsatzes im Bauwesen zuständig war. Bei den öffentlichen Gebäuden wurde in Freiburg ein Schwerpunkt auf den Wiederaufbau der Alten Universität und vor allem der forstwissenschaftlichen Institute gelegt, da im strukturschwachen Baden die großen Waldgebiete einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellten und dringend Nachwuchs an qualifiziertem Forstpersonal benötigt wurde. Priorität genoss darüber hinaus schon früh auch die Wiedererrichtung der Universitätskliniken. Bei diesen Baumaßnahmen wirkten auch zahlreiche Studenten mit, die zu einem entsprechenden Arbeitseinsatz verpflichtet wurden.

Ungeachtet aller Aufbaumaßnahmen war die Wohnungsnot in Freiburg in der Nachkriegszeit eines der schwerstwiegenden Probleme. Bereits 1939 hatte es einen Fehlbestand von 2000 Wohnungen gegeben, Ende Juli 1948 fehlten bereits 6000 Wohnungen. Im selben Jahr mussten in Freiburg noch etwa eintausend Menschen in Notunterkünften leben. Die Errichtung von Holzhäusern durch die Stadt, der Ausbau einer ehemaligen Kaserne und der Versuch der von

Seiten der „Antifaschistischen Arbeitsgemeinschaft“ (Antifa) gegründeten „Wiederaufbaugenossenschaft“ (Wibag), nach dem Konzept des Architekten Selg einhundert Kleinstwohnungen zu errichten, konnten das Problem nicht abschließend lösen, zumal Letztere weder die Bewohner noch die Stadtverwaltung zufriedenstellten. Erschwerend kam hinzu, dass nicht nur die zentralen Dienststellen des Landes wie etwa die Ministerien in der Stadt unterzubringen waren, sondern auch für die Bediensteten dieser Behörden Wohnraum bereitgestellt werden musste. In dieser Hinsicht hatte Freiburg sicherlich mehr Nachteile als Vorteile in seiner Rolle als Hauptstadt des Landes Baden. Zudem kehrten zwischen 1946 und 1948 noch über 7 000 Freiburger aus der Kriegsgefangenschaft zurück (darunter knapp ein Drittel krank oder verwundet), die ebenfalls untergebracht werden mussten.

Vor diesem Hintergrund erscheint es nicht verwunderlich, dass die Beschlagnahmung von Wohnraum durch die Besatzungsmacht besonderes Missfallen bei Teilen der einheimischen Bevölkerung hervorrief. Nach den Wünschen der Franzosen sollten zuerst NS-belastete Personen ihre Wohnungen räumen. Die entsprechenden Maßnahmen stießen freilich auf den Widerstand der Betroffenen, die mit allen Mitteln versuchten, eine Requisition zu vermeiden. Überdies machte es der große Wohnungsbedarf der französischen Besatzungsmacht unabdingbar, dass auch politisch geringer belastete Personen von den Maßnahmen getroffen wurden. Im September 1946 hatte die französische Seite insgesamt 2 540 Wohnungen mit 5 600 Räumen beschlagnahmt – damit waren elf Prozent der noch vorhandenen Wohnungen für die deutsche Bevölkerung nicht mehr verfügbar.



Im Oktober 1953 erinnert ein Schweigemarsch in Freiburg an die noch nicht heimgekehrten deutschen Kriegsgefangenen. (Foto: Staatsarchiv Freiburg, Sammlung Willy Pragher)

Auch das öffentliche Transportnetz hatte in der Stadt schwere Kriegsschäden erlitten. Eine ganze Reihe von Schienenfahrzeugen war total vernichtet worden. Be-

schädigt waren überdies die Wagen- und Wartehallen sowie insgesamt 15 000 Meter Fahrleitung der Straßenbahn, wobei die Gesamtschäden insgesamt 789 123 D-Mark betrugen. Bei der Freiburger Straßenbahn wird exemplarisch deutlich, dass die insgesamt schlechte Lage, für die man in der Bevölkerung vornehmlich die Franzosen verantwortlich machte, nicht nur durch die Folgen der Bombardierung und Besatzung herbeigeführt wurde. Vielmehr hatte bereits in erheblichem Maße die ressourcenzehrende Kriegswirtschaft dafür gesorgt, dass notwendige Investitionen nicht vorgenommen und dringende Arbeiten nicht ausgeführt worden waren. So betonten die Stadtwerke Freiburg in einem Schreiben an das badische Ministerium der Finanzen: *„Die durchschnittlich dreißig Jahre alte Gleisanlage der Städt. Straßenbahn entspricht nicht mehr den Anforderungen des heutigen Verkehrs. Während des Krieges und gleich in der Nachkriegszeit konnten die sonst laufenden Instandsetzungsarbeiten des Oberbaus wegen Mangel an Schienen und Arbeitskräften nicht durchgeführt werden. Wir haben uns zwar bemüht, [...] den Oberbau behelfsmäßig instand zu halten. Nachdem aber zehn Jahre lang keine Erneuerungen mehr erfolgen konnten und die stärkste Verkehrsbelastung der ganzen Kriegs- und Nachkriegszeit auf sämtlichen Strecken hinzu kam, ist es trotz der mühevollen Flickarbeiten nicht gelungen, einen befriedigenden Zustand im Gleisbau zu erzielen.“*[5]

Eine planmäßige Instandsetzung des Nahverkehrsnetzes konnte dann vor allem mit Mitteln aus dem Marshall-Plan bewältigt werden, wobei die entsprechenden Maßnahmen aber auch bis 1952 noch nicht zum Abschluss gekommen waren.

Wirtschaftliche Entwicklung und Demontagen

Die zahlreichen Demontagen von Maschinen und technischen Anlagen, mit denen die französische Besatzungsmacht fast unmittelbar nach dem Einmarsch begann, trafen Baden besonders hart, da das Land weitgehend agrarisch geprägt war und die Wegnahme der wenigen Industrien entsprechend katastrophale Folgen nach sich zu ziehen drohte. Bei den Maschinenentnahmen sind verschiedene Phasen französischer Politik zu identifizieren. Zunächst kam es – vom Beginn der Besetzung bis zum Sommer 1946 – zu zahlreichen sogenannten „wilden“ Entnahmen, bei denen Maschinen und Anlagen ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse der Betriebe häufig ohne Requisitionsschein abmontiert und nach Frankreich verbracht wurden. Seit dem Jahresbeginn 1947 folgten dann die sogenannten „prélèvements d’urgence“, die insofern eine Verbesserung gegenüber der vorherigen Situation bedeuteten, als deutsche Stellen jetzt Vorschläge zu den Demontagen äußern konnten und die Entnahmen auf das Reparationskonto angerechnet wurden. Im Sommer 1948 wurde dann mit dem Bekanntwerden einer französischen Demontageliste eine dritte Phase erreicht,

in welcher der Streit zwischen deutschen und französischen Stellen um die Demontagen kulminierte. Die badische Regierung war nicht länger gewillt, die Entnahmen gegenüber der Bevölkerung zu verantworten und trat zurück. Praktische Folgen ergaben sich aus diesem eher symbolischen Akt allerdings nicht, da die Mitglieder des Kabinetts geschäftsführend in ihren Ämtern blieben.[6]

Freiburg wurde aufgrund der Tatsache, dass sich die Schlüsselindustrien des Landes in der Region um Villingen befanden, wo einige bedeutende Unternehmen aus den Bereichen Uhrenindustrie und Apparatebau (Uhrenfabrik Kaiser, SABA) ihren Sitz hatten, von den schwerwiegenden Demontagen in der letzten Phase kaum getroffen. Die Firma „Lytax-Werke, Optische Geräte" musste wegen Demontagen ihre gesamte Belegschaft entlassen, produzierte aber 1956 bereits wieder, die Waagenfabrik „Schafferer" wurde verschont. Die „Freiburger Maschinenfabrik" als einziges Freiburger Unternehmen auf besagter Liste findet sich in der Rubrik mit jenen Fabriken, bei denen die Franzosen entgegen ursprünglicher Planungen dann doch auf eine Demontage verzichteten. Viel unmittelbarer als die industriellen Demontagen betraf die Freiburger Bevölkerung die Requisition von Hausrat und Dingen des täglichen Bedarfs. So gingen nicht nur zahlreiche Radioapparate in den Besitz der Besatzungsmacht über, sondern jeder Haushalt hatte auch eine vollständige Garnitur Wäsche abzugeben, die für die nach Deutschland verbrachten ehemaligen KZ-Häftlinge und Displaced Persons bestimmt waren.[7]

Ernährungslage

Seit Kriegsende bildete in Baden die dramatisch schlechte Ernährungs- und Versorgungslage der Bevölkerung das zentrale Problem, mit dem sich nicht nur die Landesregierung sondern auch die Kommunen intensiv befassen mussten. Die Ursachen für die bisweilen katastrophale Lage waren vielfältig: Baden war – ungeachtet seiner agrarischen Wirtschaftsstruktur – ein dringend auf Exporte angewiesenes landwirtschaftliches Zuschussgebiet. Die Einfuhr und der Transport von Waren, Gütern und landwirtschaftlichen Produkten wurden aber durch die Teilung Deutschlands und die Bildung von Besatzungszonen unterbunden. Überdies hatte auch Baden während des Krieges zu den Profiteuren der rigorosen Ausbeutungspolitik Deutschlands in den besetzten Gebieten gehört. Diese „Bezugsquelle", von der Bevölkerung gerne vergessen, war mit der militärischen Niederlage Deutschlands versiegt. Verschärfend auf die Gesamtsituation wirkten sich darüber hinaus ein im Schatten der Versorgungskrise blühender Schwarzmarkt und die Nahrungsmittelentnahmen der Besatzungsmacht aus. Schließlich zeigten sich auch im Ernährungssektor die Folgen der jahrelangen Überforderung der Wirtschaft durch den Krieg und das NS-

Regime, für die jetzt die Bevölkerung in der französischen Zone den Preis bezahlen musste.[8]

Indessen gestaltete sich die Situation in Baden nicht nur verglichen mit den anderen Zonen, sondern auch innerhalb des ohnehin nicht gut versorgten französischen Besatzungsgebiets besonders schlecht. Im Frühjahr 1947 drohte Baden auf dem Ernährungssektor eine Katastrophe größten Ausmaßes. Die deutschen Stellen und die Besatzungsmacht waren sich der Dringlichkeit des Problems bewusst. Die Lösung der Ernährungskrise war einer der entscheidenden Gradmesser für das Vertrauen der Bevölkerung in das neue politische System und in die demokratisch gewählte Regierung. Ein Versagen in diesem Bereich konnte viel tiefgreifendere Konsequenzen zeitigen als Unterernährung und Mangelerscheinungen. Die französische Militärregierung führte im Bereich der Landwirtschaft noch im September 1945 ein de facto planwirtschaftliches System ein, indem sie Produktionsauflagen erteilte, die Ablieferung aller landwirtschaftlichen Produkte verfügte (ausgenommen Saatgut und Produkte für Selbstversorger) und die Verteilung der Erzeugnisse kontrollierte. Die Bevölkerung des Landes Baden – so auch die Bürger von Freiburg – erhielt wie zu Kriegszeiten Nahrungsmittel weiterhin nur gegen Abgabe von Lebensmittelkarten.

Ein permanenter Streitpunkt zwischen der badischen Regierung und den französischen Stellen blieb die Requisition von Lebensmitteln für die Besatzungstruppen, ohne die das nach Jahren der deutschen Besetzung wirtschaftlich darniederliegende Frankreich seine Besatzungszone gar nicht hätte aufrechterhalten können. Durch diese Maßnahmen wurden der normalen Bevölkerung etwa zehn bis 15 Prozent der verfügbaren Nahrungsmittel entzogen. Eine völlige Entspannung auf dem Ernährungssektor hätte allerdings auch der sofortige und vollständige Abzug der Franzosen nicht bewirkt. Zu erheblichen Spannungen führten zudem Vorwürfe der französischen Seite, die Nichterfüllung von Ablieferungen sei auf den mangelnden Willen der Deutschen zurückzuführen und auf die Machenschaften der Landwirte, die Nahrungsmittel für den Eigenbedarf horten und damit der allgemeinen Bewirtschaftung entziehen würden.[9]

Die Rahmenbedingungen bei der Bewältigung der Ernährungskrise waren in Freiburg alles andere als günstig. Die Stadt war die größte und bevölkerungsreichste des Landes und hatte schwere Kriegszerstörungen aufzuweisen. Freiburgs Randlage und die Unterbrechung der Verkehrsverbindungen, allen voran der Bahnlinie nach Offenburg, erschwerten die Versorgung der Hauptstadt weiter. Freiburg war – wie alle anderen Städte in Südbaden auch – darauf angewiesen, dass die ländlichen Gebiete ihren Ablieferungspflichten nachkamen. Allerdings funktionierte dies nicht immer. Bis zum Kriegsende war die Bevöl-

kerung der Stadt hinreichend versorgt worden, dann aber sanken die Rationen im Sommer 1945 auf unter tausend Kalorien für Normalverbraucher pro Tag. Nach einer kurzfristigen Verbesserung der Werte wurde bereits im April 1946 wieder die Tausendkaloriengrenze unterschritten. Wirklich stabil wurden die Rationssätze auch nach dieser Phase nicht. Nachdem im März 1947 über 1 400 Kalorien zur Verteilung kamen, sanken im August und im Oktober desselben Jahres die Rationen wieder auf unter tausend Kalorien. Erst nach der Währungsreform im Sommer 1948 wurde die von der Besatzungsmacht festgelegte Marke von 1 500 Kalorien für Normalverbraucher erreicht und dann auch nicht mehr unterschritten.

Notmaßnahmen sollten die Bevölkerung über den ersten Nachkriegswinter bringen. So wurden Schüler verpflichtet, auf den Feldern Kartoffelkäfer zu jagen, um die Versorgung mit einem der wichtigsten Grundnahrungsmittel sicherzustellen. All dies konnte die anfänglich schwere Ernährungskrise allerdings nicht abwenden. Der Hunger hatte massive Folgen für die mentale Disposition der Bevölkerung, in der der Unmut gegen die deutsche Verwaltung und vor allem gegen die französische Besatzungsmacht wuchs und Mutmaßungen laut wurden, die Franzosen würden die Deutschen bewusst einer Unterernährung aussetzen. Die schlechte Ernährungslage und der Wiederaufbau standen dabei in direkter Wechselwirkung: Ohne Aufbaumaßnahmen war die Mangelernährung auf längere Sicht nicht zu beseitigen, gleichzeitig aber senkte der Hunger die Motivation und die Produktivität der am Wiederaufbau beteiligten Arbeitskräfte beträchtlich. Streikforderungen kamen auf und die Gewerkschaften mussten beschwichtigend eingreifen, um auch in Freiburg eine Eskalation der Situation zu verhindern. Staatspräsident Wohleb und die badische Regierung fürchteten um das Vertrauen der Menschen in die Demokratie, zumal Wahlen und die Volksabstimmung über die Verfassung anstanden. In einem Schreiben an Pierre Pène vom 3. April 1947 betonte Wohleb: *„Des rapports parvenant jour par jour à l'adresse du Commissariat d'Etat du Ravitaillement, il résulte que la volonté du travail chez les ouvriers disparaît à une large mesure et que la résignation et le découragement de la population s'accroissent d'une manière effrayante. La situation est tellement sérieuse que des mesures de secours s'imposent immédiatement, dès le commencement du mois d'avril, si des difficultés sérieuses, en particulier un danger pour la sécurité et l'ordre publics, ne doivent pas entrer. [...] Déjà à l'heure actuelle un manque absolu d'intérêt à propos de toutes les questions de politique intérieure badoise se fait sentir dans de larges parties de la population. Si l'état de choses va continuer il faudra compter que pas même la moitié de ceux qui ont le droit de vote donneront leur voix au plébiscite sur la constitution et aux élection."*[10]

Der gesundheitliche Zustand der Freiburger Bevölkerung weckte schlimme Befürchtungen vor möglichen Epidemien. Bereits Ende 1945 wies die Medizi-

nische Fakultät der Universität darauf hin, dass die Mangelernährung nicht nur Infektionskrankheiten, sondern auch Parasitenbefall und Hungerödeme nach sich ziehe. Bis Mai 1946 kam es zu einem dramatischen Anstieg der Kindersterblichkeit auf 18,8 Prozent, während der Wert in den ersten Kriegsjahren noch bei fünf Prozent gelegen hatte.

Es verwundert daher nicht, dass die städtische Bevölkerung jede Möglichkeit nutzte, um die kärglichen Rationen aufzubessern. Hamsterfahrten in die ländlichen Regionen um Freiburg waren an der Tagesordnung, bei denen die Freiburger noch verbliebene Sachwerte bei den Bauern des Umlandes gegen Lebensmittel eintauschten. Diese zusätzliche Nahrungsquelle stand aber bei weitem nicht allen vom Hunger Betroffenen zur Verfügung. Ausgebombte besaßen zumeist keine Sachwerte mehr, für die man Esswaren beschaffen konnte. Gleiches galt für weite Teile der Arbeiterschaft. Benachteiligt waren auch Alleinstehende und Alte, denen die notwendige Mobilität fehlte, um durch Hamsterfahrten eine Verbesserung ihrer Ernährungssituation herbeizuführen.

Nationale und internationale Hilfsmaßnahmen

Eine Bewältigung der Ernährungskrise wäre ohne die umfangreichen Hilfen aus dem Ausland kaum möglich gewesen. Dass vor allem religiös-ethische Motive bei den ausländischen Spendern eine wichtige Rolle spielten, lässt sich aus der Tatsache ersehen, dass ein großer Teil der Hilfsgüter der Caritas und dem Evangelischen Hilfswerk übermittelt wurde. Vielfach waren es aber auch landsmannschaftliche Bezüge exilierter oder ausgewanderter Freiburger, die entsprechende Initiativen ins Rollen brachten, so etwa im Fall der unter anderem von Joseph Wirth im Schweizer Exil gegründeten „Christlichen Nothilfe". Freiburg nimmt unter den Städten Südwestdeutschlands insofern eine Sonderstellung ein, als es in den Jahren nach dem Krieg zu einer Drehscheibe für ausländische Nachkriegshilfen avancierte. Der Grund hierfür lag in den guten infrastrukturellen Rahmenbedingungen: In Freiburg hatte und hat der deutsche Caritasverband seinen Hauptsitz, der über nachhaltige Erfahrung und vor allem über ein weitreichendes Netz nationaler und internationaler Kontakte verfügte.

Unter den Hilfsaktionen ist zunächst die „Schweizerhilfe" hervorzuheben. Der Schweizer Bundesrat hatte bereits im Sommer 1945 beschlossen, eine Hilfsaktion für Deutschland in die Wege zu leiten. Nach anfänglichem Zögern der französischen Besatzungsmacht erreichten Erzbischof Conrad Gröber und der Chef der badischen Staatskanzlei Clemens von Brentano, dass im Januar 1946 die ersten LKW aus der Schweiz in Freiburg eintrafen, die nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Baumaterial für eine komplette Sozialstation und ein

Team von Helfern brachten. In den Baracken wurden Mahlzeiten für bis zu 2 000 Personen zubereitet und an Schüler verteilt. Zudem erhielten unterernährte Kinder Plätze in Schweizer Familien zugewiesen. Medikamentenspenden aus der Eidgenossenschaft gingen an Kliniken und Ärzte in der Stadt, ebenso wurden monatlich tausende von Paketen unter der Bevölkerung verteilt. Freiburg avancierte auch zur zentralen Verteilungsstelle für CARE-Pakete in der französischen Besatzungszone. Dem zuständigen amerikanischen Offizier Arne Torgersen gelang es darüber hinaus, in Schweden und Norwegen die Finanzierung für Lieferungen von Fisch und Kartoffeln für Freiburg sicherzustellen. Von amerikanischer Seite ist ferner – unter einer ganzen Reihe von Aktionen – die „Quäkerhilfe" hervorzuheben. In ihren Baracken in Freiburg wurden Lebensmittel an Bedürftige ausgegeben, ferner Hilfspakete verteilt, 6 000 Familien mit Kleidung versorgt und Medikamente für die Freiburger Krankenhäuser gesammelt. Die Quäker errichteten sogar ein eigenes Studentenheim. Wichtige Impulse zur Verbesserung der sozialen Situation in der Stadt gingen aber auch von deutschen Einrichtungen aus. Die „Freiburger Nothilfe" – ein Zusammenschluss von Caritas, Evangelischem Hilfswerk, Rotem Kreuz und Arbeiterwohlfahrt – versorgte in ihren Notküchen täglich etwa 1 500 Menschen mit einer warmen Mahlzeit.[11]

Flüchtlinge und Displaced Persons

Vorteilhaft auf die Ernährungslage wirkte sich aus, dass Südbaden und die anderen Länder der französischen Besatzungszone in den ersten Jahren nach dem Krieg, anders als die amerikanische und die britische Zone, keine großen Flüchtlingsströme zu bewältigen hatten, da die französische Regierung sich weigerte, eine größere Anzahl Heimatvertriebene in ihrem Gebiet aufzunehmen. So kam es, dass der Anteil der Flüchtlinge an der Gesamtbevölkerung im Oktober 1946 in der französischen Zone nur 1,5 Prozent (78 300 Personen) betrug, gegenüber 16,3 Prozent im amerikanischen und 13,9 im britischen Besatzungsgebiet. Freiburg beherbergte zu diesem Zeitpunkt insgesamt 1 847 Flüchtlinge und Vertriebene. Als der Druck auf die Franzosen stärker wurde, ebenfalls ein angemessenes Kontingent aufzunehmen, gelangten schließlich 48 000 Personen, die bis dahin in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern untergebracht worden waren, nach Südbaden. Mit der Wiedereinführung der Freizügigkeit im Juni 1950 fiel dann eine weitere Schranke, so dass man sich in Freiburg genötigt sah, in Betzenhausen ein Auffanglager für die neuen Einwohner einzurichten, in dem im September 1950 bereits 1 000 Personen lebten. Zwei Jahre später befanden sich bereits 8 219 Flüchtlinge und Vertriebene in der Stadt. Mit zeitlicher Verzögerung erlebte dann auch Freiburg das, was sich



Kinderspielplatz im Flüchtlingslager Freiburg-Betzenhausen, aufgenommen im März 1953. (Foto: Staatsarchiv Freiburg, Sammlung Willy Pragher)

in unzähligen anderen deutschen Städten bereits Jahre zuvor abgespielt hatte: Die Integration der Neubürger gestaltete sich nicht zuletzt aufgrund der Reserviertheit der Einheimischen schwierig und wurde erst durch den wirtschaftlichen Aufschwung und den Lastenausgleich erleichtert.

Trotz der akuten Notlage kam es im Stadtgebiet nicht zu einem dramatischen Anstieg der Kriminalität. Presseberichten vom Sommer 1948, nach denen es in diesem Zeitraum vermehrt zu nächtlichen Überfällen auf Passanten gekommen sei, widersprach Polizeidirektor Otto Bieser. Dessen ungeachtet wurde beschlossen, durch verstärkte Streifentätigkeit das Sicherheitsgefühl der Freiburger wieder zu erhöhen. Schwierig gestaltete sich die Lage für die deutschen Polizeikräfte, wenn sie mit ausländischen Straftätern konfrontiert wurde. Eine förmliche Anfrage der CDU-Fraktion im badischen Landtag von Oktober 1948 forderte von der Regierung eine Stellungnahme zu dem Problem und mahnte schnelle Abhilfe an. Das badische Innenministerium konnte bei seiner Antwort im November 1948 darauf verweisen, dass die französische Militärregierung es der deutschen Polizei mittlerweile gestatte, „[...] ‚Verschleppte Personen', die auf frischer Tat bei der Begehung eines Verbrechens oder Vergehens ertappt wurden, zu ergreifen und festzunehmen".[12] Die entsprechenden Personen waren dann sofort der französischen Gendarmerie zu übergeben.

Die Kriminalitätsrate der ehemaligen Zwangsarbeiter – nunmehr als Displaced Persons (DPs) bezeichnet – vor allem aus Osteuropa überschritt die der deutschen Bevölkerung nur geringfügig. Die Zahl der während des Krieges in Freiburg befindlichen Zwangsarbeiter ist nicht genau zu ermitteln. Es ist aber von 6 500 bis etwa 10 000 Personen auszugehen, die oftmals unter menschenunwürdigen Verhältnissen im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft eingesetzt wurden. Mit dem Kriegsende wurden die ehemaligen Zwangsarbeiter von den Vereinten Nationen betreut, wobei es immer wieder zu Reibungen und Kompetenzstreitigkeiten zwischen der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) und dem französischen PDR (Services des Personnes déplacées et refugiés) kam.

Auch nach dem Krieg hatte die Anwesenheit der Displaced Persons erheblichen Einfluss auf das Alltagsleben in der Stadt. Zunächst benötigte die UNRRA eine Reihe von Gebäuden, die zur Schaffung einer Infrastruktur für die DPs (Magazine, Verteilzentren, Heime, Schlafstätten) vonnöten waren. Überdies hatten die deutschen Behörden – auf Anforderung der Besatzungsmacht – die entsprechenden Finanzmittel und Güter zur Versorgung dieses Personenkreises zur Verfügung zu stellen. Im außerordentlichen Haushaltsplan der Stadt für das Jahr 1947 waren für die UNRRA 550 000 Reichsmark und für ausländische Flüchtlinge und Zwangsverschickte 600 000 Reichsmark vorgesehen. Die Unterbringung der Displaced Persons erfolgte in mehreren Lagern im Stadtgebiet, aber auch in Privatquartieren, was die allgemeine Wohnungsnot einmal mehr verschärfte. Da die Franzosen mehrere Sammelzentren für DPs in ihrer Zone errichteten (u. a. auch in Freiburg), strömten nunmehr ehemalige Zwangsarbeiter aus dem gesamten französischen Besatzungsgebiet in die Stadt. Allein im Lager in der ehemaligen Vauban-Kaserne lebten im August 1945 2 788 DPs. Während die Heimkehr der aus Westeuropa stammenden Zwangsarbeiter recht schnell erfolgte, zog sich die Rückkehr vieler osteuropäischer Zwangsverschleppter bis in die 50er Jahre hin.[13]

Entnazifizierung

In einer ersten Säuberungsphase unmittelbar nach dem Einmarsch war das französische Militär zusammen mit antifaschistischen deutschen Kräften gegen NS-Funktionsträger vorgegangen. Ab Herbst 1945 setzte mit der Einrichtung eines französischen Entnazifizierungsapparates eine zweite Phase ein, bei der aber die deutsche Seite ebenfalls intensiv einbezogen war. Auf kommunaler Ebene wurden sogenannte Untersuchungsausschüsse installiert, die die übergeordneten Reinigungskommissionen mit be- oder entlastendem Material zu versorgen hatten. Diese schlugen der Militärregierung dann geeignete Säube-

rungsmaßnahmen vor, die von französischer Seite genehmigt oder zurückgewiesen werden konnten. Der von den Franzosen eingeschlagene Weg scheiterte letztlich an seiner Uneinheitlichkeit, da bei ähnlich gelagerten Fällen oft gänzlich differierende Urteile gesprochen wurden.

Auch die französische Seite schwenkte schließlich gemäß der Kontrollratsdirektive Nr. 38 von 1946 bei der Entnazifizierung auf die amerikanische Linie ein. So wurde am 29. März 1947 die Landesverordnung über die Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassen, die eine ganze Reihe von Elementen des ein Jahr zuvor erlassenen Befreiungsgesetzes in der US-Zone übernahm, etwa die Einteilung in die Gruppen der Hauptschuldigen, Schuldigen, Minderbelasteten, Mitläufer und Entlasteten. Im März 1947 wurde beim mittlerweile in Freiburg eingerichteten Staatskommissariat für politische Säuberung eine aus mehreren Abteilungen bestehende Spruchkammer installiert. Ihr oblag es, auf der Grundlage des gesammelten Ermittlungsmaterials Entscheidungen in den von den Untersuchungsausschüssen auf Kreisebene vorbereiteten politischen Säuberungsverfahren zu fällen. Mit ihrer Ineffizienz zeigte die Entnazifizierung in Baden schon bald Parallelen zu den Entwicklungen in der amerikanischen Zone. Am Ende blieben weniger als 400 Schuldige übrig. Bei den Minderbelasteten wurden nur in sehr milder Weise Sanktionen vorgenommen.[14]

In Freiburg galten die ersten Maßnahmen der politischen Säuberung der öffentlichen Verwaltung und der Polizei. Die Besatzungsmacht entfernte den stellvertretenden Polizeipräsidenten Richard Streng aus seinem Amt und verfügte die Eingliederung aller in Freiburg ansässigen Polizeibehörden in die Stadtverwaltung. Zwar wurde die Direktive erst im Dezember 1945 umgesetzt, doch erfolgte die Säuberung des Polizeiapparates recht konsequent: NSDAP-Mitglieder und Angehörige von Gliederungen der Partei wurden suspendiert und sämtliche Offiziere der Schutzpolizei bis Oktober in Offenburg inhaftiert. Im Bereich der Stadtverwaltung kam es – wie bereits erwähnt – noch im Sommer 1945 zu umfangreichen Entlassungen und Suspendierungen.

Um den politischen Reinigungsprozess nach dieser ersten Phase in systematischerer Form durchzuführen, bedurfte es einer Reihe von vorbereitenden Maßnahmen. Da auch die französische Seite im Hinblick auf anstehende Requisitionen vor allem politisch belastete Personen in die Pflicht zu nehmen gedachte, musste zunächst ein Überblick über die in der Stadt befindlichen Nationalsozialisten geschaffen werden. Die neu eingerichtete politische Abteilung des städtischen Statistischen Amtes erfasste auf der Grundlage der Beurteilungen von Gewährsleuten der neuen Parteien bis Anfang 1946 etwa 6 000 Personen. Zumindest anfänglich scheint es in der Stadtverwaltung durchaus eine gewisse Bereitschaft zur Selbstreinigung gegeben zu haben, und sei es nur

aus dem Grund, dass man die Handlungsinitiative nicht den Franzosen überlassen wollte. Ein Freiburger Untersuchungsausschuss mit Vertretern der Parteien und unter dem Vorsitz von Stadtarchivdirektor Friedrich Hefele nahm im November 1945 seine Arbeit auf und konnte bereits im Januar des folgenden Jahres den Abschluss der Überprüfung der Stadtverwaltung melden. Auf Vorschlag des Untersuchungsausschusses wurden von der Reinigungskommission auf diesem Weg nochmals knapp siebzig Personen aus ihren Ämtern entfernt, darunter auch dringend benötigte Spezialisten. Hier offenbarte sich wiederum das Dilemma, dass eine wirklich gründliche politische Reinigung und die Gewährleistung einer effizienten Verwaltungsarbeit häufig nicht miteinander zu vereinbaren waren.

Bei der Bildung eines entsprechenden Ausschusses zur Säuberung der Privatwirtschaft kam es zu Spannungen, da die Christsozialen einen zu starken Einfluss der Linksparteien, vor allem der Kommunisten, fürchteten. Auch die französische Seite war mit dem Fortgang der Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft unzufrieden und mahnte ein energischeres Vorgehen an. Überdies pochte die Militärregierung auf ein erhöhtes Tempo, was dazu führte, dass ein großer Teil der Fälle unter Missachtung der gebotenen Gründlichkeit im Schnellverfahren abgehandelt wurde. Ungleichbehandlungen und Fehlurteile führten in allen politischen Lagern und bei der Besatzungsmacht zu einer allgemeinen Unzufriedenheit mit den Resultaten der Entnazifizierung.

Das System der Untersuchungs- bzw. Ermittlungsausschüsse bewährte sich wegen offensichtlicher Ungerechtigkeiten daher weder in Freiburg noch in ganz Baden. War etwa im Bereich der städtischen Verwaltung noch mit relativer Gründlichkeit gearbeitet worden, kann dies für die Wirtschaft schon nicht mehr attestiert werden. Gleiches gilt für das System der Spruchkammerverfahren. Freiburgs Oberbürgermeister Wolfgang Hoffmann war mit der Arbeit der Kammern alles andere als zufrieden, da auch zunehmend altgediente Nationalsozialisten in die Kategorie der Minderbelasteten herabgestuft wurden. Die Entnazifizierung verlief damit in Freiburg ähnlich wie in anderen südbadischen Städten. Bemerkenswert war aber der Protest der Freiburger Stadtverwaltung gegen die Wiedereingliederung „alter Kämpfer“ in den Dienstbetrieb, ohne den der Anteil überzeugter Nationalsozialisten in ihren Reihen in der Nachkriegszeit wohl erheblich höher ausgefallen wäre.[15]

Überaus unbefriedigend fiel der politische Säuberungsprozess auch an der Freiburger Universität aus. Aufgrund der großen Kriegszerstörungen schien zunächst das Problem des Wiederaufbaus und der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs vordringlich. So geriet die Frage nach einer kritischen Auseinandersetzung der Hochschule mit ihrer Rolle im Nationalsozialismus in den Hintergrund. Bei einer Gesamtzahl von 223 Lehrenden waren bis August 1946 nur

dreißig Personen als betroffen eingestuft worden. Weniger als zehn Jahre später befand sich ein großer Teil von ihnen wieder in Amt und Würden. Auch Distanzierungen von Universitätsangehörigen etwa gegenüber verbrecherischen Menschenversuchen hatten eher halbherzigen Charakter und unterstreichen die Tatsache, dass ein grundlegender personeller Austausch des Lehrpersonals unterblieb. Zu einer wirklichen Abrechnung mit dem untergegangenen NS-Regime an der Freiburger Universität kam es in der Nachkriegszeit nicht.[16]

Anstoß erregte in der Öffentlichkeit auch das in Betzenhausen errichtete Interniertenlager für NS-belastete Personen, neben dem in Baden mit den Lagern Lahr-Dinglingen und Bühl-Altschweier noch zwei ähnliche Einrichtungen bestanden. Ähnlich wie die Amerikaner hatten auch die Franzosen in ihrer Zone unmittelbar nach dem Einmarsch Verhaftungen durchgeführt, um sicherheitsgefährdende Kräfte und mögliche Kriegsverbrecher zu isolieren. Bis Ende 1945 wurden im französischen Besatzungsgebiet immerhin knapp 11 000 Personen in Lager überstellt, wobei auf die badischen Lager gut 3 000 Insassen entfielen. Das Gros der Insassen in den badischen Lagern stellten mit 32,4 Prozent die Politischen Leiter und mit 40,5 Prozent die Angehörigen der SS und der Waffen-SS. Im Laufe des Jahres 1948 entließ man zahlreiche Insassen, so dass zwei Lager aufgelöst werden konnten und man alle Internierten fortan in Freiburg-Betzenhausen konzentrierte, wo sich Ende des Jahres 1948 schließlich nur noch gut 100 Personen in Lagerhaft befanden. Die Stadtverwaltung sollte auf Druck der Franzosen den arbeitenden Internierten nicht nur einen Lohn bezahlen, der zu neunzig Prozent an Opfer des Nationalsozialismus gehen sollte. Sie hatte sich darüber hinaus auch fortwährend mit Fragen der medizinischen Versorgung der Insassen, deren Ernährung und der Beschaffung von Dingen des täglichen Bedarfs für das Lager zu befassen, das 1949 aufgelöst wurde und fortan zur Aufnahme von Flüchtlingen diente.[17]

Der Wiederbeginn des politischen Lebens

Die französische Besatzungsmacht stand nach der Besetzung von Freiburg zunächst vor der wichtigen Frage, wem sie das Amt des Oberbürgermeisters anvertrauen sollte. Man entschied sich dafür, die Leitung der Stadtverwaltung weiterhin bei Max Keller zu belassen, der, wiewohl noch von den Nationalsozialisten eingesetzt, nicht der NSDAP angehört hatte. Der Titel „Oberbürgermeister“ wurde ihm allerdings nur provisorisch verliehen. Einer der Gründe für diese Maßnahme dürfte das Bestreben der Franzosen gewesen sein, eine zu starke Politisierung schon in der Anfangsphase der Besetzung zu verhindern, zumal ehemals sozialdemokratische Kreise und das katholische Lager jeweils eigene Kandidaten für das Amt vorschlagen wollten.

In der Tat gingen besonders von diesen beiden Gruppen erste Schübe der Revitalisierung des politischen Lebens aus. Dem Oberbürgermeister wurde ein siebenköpfiger Beirat zur Seite gestellt, in dem sich neben zwei ehemaligen Sozialisten, drei Katholiken und einem Protestanten nunmehr auch ein Vertreter des vormaligen kommunistischen Lagers befand. Das Zusammentreffen der Beiräte vertiefte die Kontakte zwischen den christlichen, den sozialistischen und den kommunistischen Kräften, so dass im November 1945 eine „Antifaschistische Arbeitsgemeinschaft" gegründet wurde, in der fortan die Vertreter der verschiedenen Richtungen zusammenarbeiteten. Die Arbeitsgemeinschaft verstand sich vor allem als Bündnis zur Lösung der drängenden alltäglichen Probleme wie Nahrungsmittelbeschaffung und Trümmerbeseitigung, war aber auch beratend für die Militärregierung tätig. Inzwischen hatten sich innerhalb des christlich-katholischen Lagers zwei Richtungen herauskristallisiert: Eine „Christliche Arbeitsgemeinschaft" unter der Schirmherrschaft von Erzbischof Conrad Gröber wollte in der Zukunft stärker überkonfessionell operieren, wogegen traditionalistische ehemalige Zentrumskräfte um den Prälaten Ernst Föhr eine rein katholisch-süddeutsche Ausrichtung bevorzugten. In der „Antifaschistischen Arbeitsgemeinschaft" traten zudem die Unverträglichkeiten zwischen Kommunisten und Sozialisten zutage. Ihre Rolle als „Dachorganisation" war der Arbeitsgemeinschaft ohnehin überwiegend durch den Druck der Militärregierung und die schlechten äußeren Rahmenbedingungen nach der Kapitulation zugefallen.

Im Oktober 1945 trat Oberbürgermeister Max Keller zurück, weil er das notwendige Vertrauen deutscher Stellen in seine Person vermisste. Er wurde durch Wolfgang Hoffmann ersetzt, den die Franzosen am 8. November einsetzten. Hoffmann, 1893 in Straßburg geboren, arbeitete als Jurist im Bezirksamt Freiburg, war von 1925 bis 1933 Abgeordneter des Zentrums im badischen Landtag und musste 1936 aus politischen Gründen aus dem Staatsdienst ausscheiden. Bis 1944 arbeitete er in der freien Wirtschaft und wurde in diesem Jahr zeitweilig verhaftet. Hoffmann hatte sein Amt bis zu seinem Tod im Jahr 1956 inne.[18]

In der französischen Zone war die Gründung von Parteien mit einer Verordnung vom 13. Dezember 1945 wieder gestattet. Die möglichen Parteien durften sich aber nur als landesweite Organisationen konstituieren – Gruppierungen mit einer auf ganz Deutschland abzielenden Reichweite waren verboten. Bereits eine Woche später wurde die Badische Christlich-Soziale Volkspartei (BCSV) ins Leben gerufen, zu deren Vorsitzenden Leo Wohleb bestimmt wurde. Programmatische Eckpunkte der Partei bildeten eine christliche Ausrichtung, eine mittelstandsorientierte soziale Marktwirtschaft und die Betonung föderaler Elemente vor dem Hintergrund der regionalen badischen Identität. Im Jahr 1947 benannte sich die Partei schließlich in CDU Baden um. In Freiburg erwies



Amtsführung im Zeichen des Wiederaufbaus: Freiburgs Oberbürgermeister der Nachkriegszeit, Wolfgang Hoffmann, beim Richtfest des Schwabentors im September 1954. (Foto: Staatsarchiv Freiburg, Sammlung Willy Pragher, W 134 Nr. 27399b)

sie sich als außerordentlich attraktiv. Im Herbst 1947 verzeichnete sie schon über 2 000 Mitglieder, die in 17 Stadtteilgruppen organisiert waren.
Eine bemerkenswerte Sonderentwicklung vollzog sich in Baden im sozialistischen Lager. Anders als in anderen deutschen Ländern verzichtete man hier auf die Neugündung einer als „sozialdemokratisch" bezeichneten Partei und stellte stattdessen im Januar 1946 den Antrag bei der Militärregierung, eine „Sozialistische Partei Land Baden" zuzulassen. Dahinter steckte mehr als nur rhetorische Spitzfindigkeit: Die Namengebung war vielmehr ein Signal an die Kommunisten zur Schaffung einer einheitlichen Plattform der Arbeiterschaft und bedeutete auch eine klare Distanzierung von der Weimarer Zeit. Mit ihrer Mitgliederzahl kam die SP in Freiburg nicht an die BCSV heran. Im Juni 1947 hatte sie im Stadtgebiet gut tausend Mitglieder. Die Kommunisten waren auf das Werben der Sozialisten nicht eingegangen, sondern hatten – ebenfalls im Januar 1946 – die Zulassung einer eigenen Partei beantragt, die in Freiburg Anfang 1947 insgesamt 580 Mitglieder zählte.

Erst mit zeitlicher Verzögerung organisierte sich in Baden auch das liberale Lager. Dies lag nicht zuletzt am anfänglichen Misstrauen der Franzosen, die in einer solchen Partei ein mögliches Sammelbecken nationaler und reaktionärer Kräfte vermuteten. Die Demokratische Partei wurde schließlich im März 1946

zugelassen und konnte in Freiburg bis zum Februar 1948 insgesamt 370 Mitglieder gewinnen.

Das politische Klima Freiburgs war seit der frühen Weimarer Republik vom christlichen Lager geprägt. Bei den Wahlen konnte es regelmäßig einen stabilen Stimmenanteil von etwa 35 Prozent verbuchen. Die linken Parteien (SPD und KPD) lagen bei knapp dreißig Prozent. Die liberalen Parteien, anfänglich bei über zwanzig Prozent, fielen gegen Ende der Weimarer Republik auf unter fünf Prozent ab. Gegenläufig gestaltete sich die Entwicklung am rechten Rand, wo eine stetige Zunahme des Wähleranteils zu verzeichnen war. Bei den Reichstagswahlen 1933 erzielten NSDAP und Deutschnationale (DNVP) über 44 Prozent, wobei Erstere stets schlechter und Letztere stets besser als im Landesdurchschnitt abschnitt. Kontinuitäten im Wahlverhalten sind nach 1945 insofern zu verzeichnen, als die BCSV (CDU) als Sammelbecken des christlichen Lagers bei allen Wahlen (Stadtrat, Landtag, Bundestag) während des Bestehens des Landes Baden die klar dominierende politische Kraft blieb und nie weniger als vierzig Prozent der Stimmen erzielte. Das linke Lager hingegen (Sozialdemokraten und Kommunisten) bewegte sich zusammen zumeist zwischen dreißig und vierzig Prozent.[19]

Bei einer Vielzahl von Aspekten bietet Freiburg das typische Bild einer deutschen Stadt in der Nachkriegszeit: Die Schwierigkeiten bei der Beseitigung der Kriegszerstörungen und beim Wiederaufbau, die materielle Not und die Mangelernährung der Bevölkerung, Spannungen zwischen deutscher Verwaltung und Besatzungsmacht im öffentlichen Leben vor dem Hintergrund unterschiedlicher Prioritätensetzungen und der nicht wirklich durchschlagende Erfolg der politischen Säuberung sind typische Phänomene dieser Periode, die sich auch bei anderen Kommunen in der französischen Zone und in den anderen westlichen Besatzungsgebieten in ähnlicher Form finden lassen. Daneben lassen sich indessen auch Faktoren identifizieren, durch die sich Freiburg von anderen Städten im Südwestdeutschland der Nachkriegszeit unterscheidet. Der Wandel von der Bischofs- und Universitäts- zur Landeshauptstadt und zum Verwaltungszentrum führte für die Stadt zu schwerwiegenden Konsequenzen. Die Konzentration von französischen Dienststellen und deutschen Behörden hatte unmittelbare Auswirkungen auf das alltägliche Leben der Bevölkerung und deren Zusammensetzung sowie auf das Erscheinungsbild der Stadt. Eine bereits vor dem Krieg vorhandene entsprechende Infrastruktur (z. B. Caritas) ließ Freiburg überdies in den Jahren nach dem Krieg zu einer Drehscheibe ausländischer Hilfsaktionen für die deutsche Bevölkerung werden. Die Episode der „Landeshauptstadt Freiburg“ währte indessen nicht lange. Mit der Gründung des neuen Landes Baden-Württemberg im Jahr 1952 stellten die badischen Regierungsdienststellen ihre Arbeit ein. Freiburg ist seither noch Sitz eines Regierungspräsidiums des Südweststaates.

Anmerkungen

1 Hierzu und zum Folgenden: Elmar Krautkrämer: Kriegsende und Besatzungszonen; Klaus-Jürgen Matz: Das Land Baden 1945–1952; ders.: Baden; Paul Feuchte: Entstehung und Gehalt der Verfassung des Landes Baden von 1947; Peter Fässler u. a.: Hauptstadt ohne Brot.

2 Heiko Haumann u. a.: Hakenkreuz über dem Rathaus, S. 360 f., 368 u. 370; Gerd R. Ueberschär: Freiburgs letzte Kriegstage, S. 34; Kriegsopfer der Stadt Freiburg i. Br., S. 263 ff.; Gerd R. Ueberschär: Freiburg im Luftkrieg, S. 381 ff.; Werner Köhler: Freiburg i. Br. 1945–1949, S. 19–23.

3 Ebd., S. 106–110; Peter Fässler u. a.: Hauptstadt ohne Brot, S. 371, 378, 380 u. 386. Zum Wiederaufbau und zur Rolle Schlippes vgl. Bernhard Vedral: Altstadtsanierung und Wiederaufbauplanung, S. 40–54.

4 Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, Abt. I: Aktennotiz über eine Aussprache mit Herrn Colonel Marcellin am 29. Oktober [1946] – betr. Sicherung von teilzerstörten wertvollen Gebäuden, in: Staatsarchiv Freiburg (StAF) C 30/1 Nr. 696. Zum Streit um die Landesmittel vgl. ebd.

5 Stadtwerke Freiburg an Bad. Ministerium der Finanzen v. 8. Mai 1950, in: StAF C 34/1 Nr. 105. Vgl. zum Wiederaufbau ansonsten StAF C30/1 Nr. 708; Werner Köhler: Freiburg i. Br. 1945–1949, S. 34–39, 97 u. 106–108.

6 Reinhard Grohnert u. a.: Demontagen, Kaufmonopol, Nahrungsmittelentnahmen, S. 230–232.

7 Zur Freiburger Maschinenfabrik vgl. Demontageliste in: StAF C 37/1 Nr. 246. Zu den Lytax-Werken und zur Schnellwaagenfabrik Schafferer vgl. Ursula Huggle: Rückschritt oder Aufbruch?, S. 232. Zu sonstigen Requisitionen: Werner Köhler: Freiburg i. Br. 1945–1949, S. 29–33.

8 Peter Fässler: „Zum Sterben wirklich nicht mehr zuviel", S. 214 f. u. 222.

9 Ebd., S. 213–215, 217–220 u. 224. Karl-Heinz Rothenberger: Ernährungs- und Landwirtschaft in der französischen Besatzungszone, S. 190 f.; Klaus-Jürgen Matz: Das Land Baden 1945–1952, S. 486.

10 Schreiben Wohlebs an Pène v. 3. April 1947, in: StAF C 5/1 Nr. 928. Übersetzung des Autors: *„Aus den Berichten, die Tag für Tag an das Staatskommissariat für Ernährung gelangen, geht hervor, dass der Arbeitswille bei den Arbeitern in hohem Maße zurückgeht und dass die Resignation und die Entmutigung der Bevölkerung in schrecklicher Weise anwachsen. Die Situation ist so ernst, dass mit Beginn des Monats April unverzüglich Hilfsmaßnahmen geboten sind, wenn nicht ernste Schwierigkeiten, insbesondere eine Gefahr für die Sicherheit und die öffentliche Ordnung eintreten sollen. In großen Teilen der Bevölkerung ist schon jetzt ein absoluter Mangel an Interesse im Hinblick auf alle Fragen der badischen Innenpolitik spürbar. Wenn der Stand der Dinge sich fortsetzt, wird man damit rechnen müssen, dass nicht einmal die Hälfte von denen, die das Wahlrecht haben, ihre Stimme bei der Volksabstimmung über die Verfassung und bei den Wahlen ab-*

geben werden.“ Zur Ernährungslage in Freiburg auch Werner Köhler: Freiburg i. Br. 1945–1949, S. 23–29 u. 97–105; Peter Fässler u. a.: Hauptstadt ohne Brot, S. 371–377.

11 Wolfgang Hug: Freiburg und die internationale Solidarität nach 1945.

12 Bad. Ministerium des Innern v. 24. November 1948, in: StAF C 5/1 Nr. 2347. Zu den Flüchtlingen vgl. Peter Fässler u. a.: Hauptstadt ohne Brot, S. 417–421.

13 Bernd Spitzmüller: „... aber das Leben war unvorstellbar schwer.“, S. 14, 26 u. 151–175.

14 Reinhard Grohnert: Entnazifizierung, S. 80–87, 144–161, 185–192 u. 198–210.

15 Werner Köhler: Freiburg i. Br. 1945–1949, S. 229–246; Peter Fässler u. a.: Hauptstadt ohne Brot, S. 386–393.

16 Dieter Speck: Die Freiburger Universität am Kriegsende, hier v. a. S. 402–409 u. 441.

17 Reinhard Grohnert: Entnazifizierung, S. 162–171; Peter Fässler u. a.: Hauptstadt ohne Brot, S. 383 f.

18 Werner Köhler: Freiburg i. Br. 1945–1949, S. 40–53; Peter Fässler u. a.: Hauptstadt ohne Brot, S. 371 u. 402 f. Zur Biographie Hoffmanns vgl. Paul Feuchte, Quellen zur Entstehung der Verfassung des Landes Baden von 1947, S. 60.

19 Werner Köhler: Freiburg i. Br. 1945–1949, S. 117 ff. u. 193–195; Peter Fässler u. a.: Hauptstadt ohne Brot, S. 403–409.

Literaturhinweise

Fäßler, Peter/Grohnert, Reinhard/Haug, Joachim/Haumann, Heiko/Wolfrum, Edgar: Hauptstadt ohne Brot. Freiburg im Land Baden (1945–1952), in: Heiko Haumann/Hans, Schadeck (Hrsg.): Geschichte der Stadt Freiburg. Bd. 3: Von der Badischen Herrschaft bis zur Gegenwart, 2. Aufl. Freiburg 2001, S. 371–427.

Fäßler, Peter: „Zum Sterben wirklich nicht mehr zuviel“. Die Versorgungskrise in Baden, in: Edgar Wolfrum/Peter Fäßler/Reinhard Grohnert: Krisenjahre und Aufbruchszeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949, München 1996, S. 213–229.

Feuchte, Paul: Entstehung und Gehalt der Verfassung des Landes Baden von 1947, in: Hans Schadek (Hrsg.): Badens Mitgift: 50 Jahre Baden-Württemberg, Freiburg 2002, S. 101–121.

Feuchte, Paul (Bearb.): Quellen zur Entstehung der Verfassung des Landes Baden von 1947, Erster Teil, Stuttgart 1999.

Grohnert, Reinhard/Wolfrum, Edgar: Demontagen, Kaufmonopol, Nahrungsmittelentnahmen. Französische Richtlinien zur Wirtschaftspolitik, in: Edgar Wolfrum/Peter Fäßler/Reinhard Grohnert: Krisenjahre und Aufbruchszeit. Alltag und Politik im französisch besetzten Baden 1945–1949, München 1996, S. 230–238.

Grohnert, Reinhard: Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeption und Praxis der „Epuration“ am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone, Stuttgart 1991.

Haumann, Heiko/Rübsam, Dagmar/Schnabel, Thomas/Ueberschär, Gerd R.: Hakenkreuz über dem Rathaus. Von der Auflösung der Weimarer Republik bis zum Ende des

Zweiten Weltkrieges (1930–1945), in: Heiko Haumann/Hans, Schadeck (Hrsg.): Geschichte der Stadt Freiburg. Bd. 3: Von der Badischen Herrschaft bis zur Gegenwart, Freiburg 2001, S. 297–370.

Hug, Wolfgang: Freiburg und die internationale Solidarität nach 1945, in: Schau-ins-Land 120 (2001), S. 247–261.

Huggle, Ursula: Rückschritt oder Aufbruch? Lebenswirklichkeit in Freiburg während der Nachkriegsjahre, in: Schau-ins-Land 120 (2001), S. 223–246.

Köhler, Werner: Freiburg i. Br. 1945–1949. Politisches Leben und Erfahrungen in der Nachkriegszeit, Freiburg 1987.

Krautkrämer, Elmar: Kriegsende und Besatzungszonen, in: Jörg Thierfelder/Uwe Uffelmann (Bearb.): Der Weg zum Südweststaat, Karlsruhe 1991, S. 17–36.

Kriegsopfer der Stadt Freiburg i. Br. 1939–1945. Gedenkbuch für die gefallenen, gestorbenen und vermissten Soldaten und für die Opfer der Fliegerangriffe, Freiburg 1954.

Matz, Klaus-Jürgen: Das Land Baden 1945–1952, in: Hansmartin Schwarzmaier/Meinrad Schaab (Hrsg.): Handbuch der baden-württembergischen Geschichte. Band 4: Die Länder seit 1918, Stuttgart 2003, S. 477–517.

Matz, Klaus-Jürgen: Baden, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55. Ein Handbuch, Berlin 1999, S. 377–380.

Rothenberger, Karl-Heinz: Ernährungs- und Landwirtschaft in der französischen Besatzungszone 1945–1950, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.): Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983, S. 185–203.

Speck, Dieter: Die Freiburger Universität am Kriegsende, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 143/N. F. 104 (1995), S. 385–441.

Spitzmüller, Bernd (mit Beiträgen von Ulrich P. Ecker): „... aber das Leben war unvorstellbar schwer." Die Geschichte der Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen in Freiburg während des Zweiten Weltkriegs, Freiburg 2004.

Ueberschär, Gerd R.: Freiburg im Luftkrieg 1939–1945. Mit einer Photodokumentation zur Zerstörung der Altstadt am 27. November 1944 von Hans Schadek, Freiburg 1990, S. 381 ff.

Ueberschär, Gerd R.: Freiburgs letzte Kriegstage bis zur Besetzung durch die französische Armee am 21. April 1945, in: Thomas Schnabel/Gerd R. Ueberschär: Endlich Frieden! Das Kriegsende in Freiburg 1945, Freiburg 1985, S. 9–40.

Vedral, Bernhard: Altstadtsanierung und Wiederaufbauplanung in Freiburg i. Br. 1925–1951, Freiburg 1985.

Renate Karoline Adler und Maria Heidebrecht

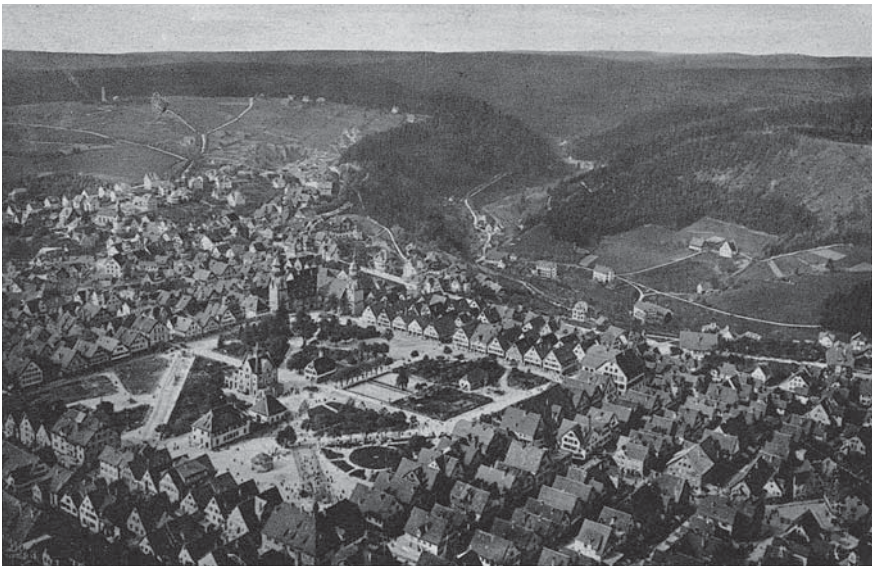
Freudenstadt – der Wiederaufbau einer Stadt

Wohl kaum eine Stadt teilt das Schicksal von Freudenstadt. Zweimal innerhalb ihrer 400-jährigen Geschichte wurde die Stadt systematisch geplant und innerhalb kürzester Zeit aufgebaut. Freudenstadt ist keine gewachsene Stadt – es ist eine „erdachte" Stadt. Das haftet ihr auch an: Freudenstadt ist hoch gelegen und kühl – und faszinierend.

Im Jahr 1599 beauftragte Herzog Friedrich von Württemberg seinen Baumeister Heinrich Schickhardt mit der Planung einer Stadt mitten im „förchtig wilden" Wald, oberhalb der Bergwerke im St. Christophstal. 1601 gab der Herzog dieser Neugründung – eine der ältesten südwestdeutschen Planstädte – den Namen „Freudenstadt". Im Sommer 1602 standen bereits achtzig Häuser, und 1624 zählte Freudenstadt mit etwa 2 000 bis 2 500 Einwohnern zu den größten Städten im Herzogtum Württemberg. Freudenstadt war geradezu aus dem Boden gestampft worden. Äußerst prächtig, mit der berühmten Wappendecke und mit Renaissance-Reliefs, wurde die als Winkelhakenbau angelegte Stadtkirche ausstaffiert. Es war des „Herzogs Kirche".

Bereits 1608 starb Herzog Friedrich, und das mitten auf dem riesigen Marktplatz geplante Schloss wurde nie erbaut. In den folgenden Jahrzehnten hatte es die viel zu groß angelegte Stadt schwer. Im Jahr 1632 wütete ein großer Stadtbrand, danach folgten die Wirren des Dreißigjährigen Krieges. Die Einwohnerzahl ging stark zurück. Der Ausbau Freudenstadts um 1670 zur Festung brachte nur vorübergehend wieder mehr Leben in die Stadt. Der größte Marktplatz Deutschlands, auf dem eigentlich ein Schloss hätte stehen sollen, wurde für Generationen nur als Viehweide und Holzlagerplatz genutzt.

Erst der gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufblühende Schwarzwaldtourismus brachte Freudenstadt einen erneuten Aufschwung. Die von Wald umgebene Stadt, die schon sehr früh mit ihrer guten Luft warb, zog Kurgäste von weither an, darunter auch berühmte Namen. Die „Perle des Schwarzwalds" mit ihren renommierten Hotels, in denen auch zahlreiche ausländische Gäste abstiegen, hatte ihren ursprünglichen Glanz wieder. Nach einer kurzen Unterbrechung des Kurbetriebes während des Ersten Weltkrieges blühte Freudenstadt in den 1920er Jahren wieder auf. Eine verheerende Katastrophe brachte dann der Zweite Weltkrieg für die Stadt.



Freudenstadt ist eine Planstadt. Ab 1599 ließ Herzog Friedrich von Württemberg durch seinen Baumeister Heinrich Schickhardt eine Stadt mitten im Wald errichten. (Foto: Stadtarchiv Freudenstadt)

Wie kam es zur Zerstörung Freudenstadts?

Am 17. April 1945 stand Freudenstadt in Flammen. Zwei Tage lang war die Stadt durch die 1. französische Armee mit schwerem Artilleriebeschuss angegriffen worden. Vierzig Prozent der Stadt wurden zerstört, fast 600 Häuser, darunter die Evangelische Stadtkirche, das Wahrzeichen Freudenstadts, brannten ab. Das Zentrum der historischen Schickhardtstadt war ein einziges Trümmerfeld, nur das Dekanatsgebäude neben der verbrannten Stadtkirche blieb verschont. Die Freudenstädter verloren nicht nur Hab und Gut, sondern ihre ganze Existenz. Die Frage, warum die unverteidigte Stadt überhaupt zerstört wurde, beschäftigt Historiker und Opfer auch heute noch – über sechzig Jahre danach.

Bei Kriegsausbruch, im September 1939, wurden in Freudenstadt – wie schon während des Ersten Weltkrieges – Reservelazarette eingerichtet. In Kurhäusern, Hotels, im Kreiskrankenhaus und in den Schulen standen 2 000 Betten für die Verwundeten bereit.[1] Im April 1945, zum Zeitpunkt der Zerstörung, befanden sich etwa 1 200 Verwundete in der Stadt. Wegen dieser Lazarette fühlten sich die Freudenstädter sicher vor großen Angriffen der Alliierten. Doch wurde Freudenstadt eigentlich nie wirklich als Lazarettstadt bezeichnet. Die Anerkennung als solche hätte nur unter der Bedingung erfolgen können, dass sich im

Umkreis von 30 km keine militärische Anlage befand. Das traf für Freudenstadt nicht zu, stand doch auf dem Kniebis, zehn Kilometer von der Stadt entfernt, ein Bunker des Westwalls. Auch die Bemühungen, Freudenstadt den Anschein einer Lazarettstadt zu geben, scheiterten letztendlich. Noch am Freitag, dem 13. April 1945, wurde in der „Schwarzwald-Rundschau" die Bekanntmachung des Reichsverteidigungskommissars Wilhelm Murr veröffentlicht, nach der „jeder Versuch, die Schließung einer Panzersperre zu verhindern (...) oder eine weiße Fahne zu zeigen, auf der Stelle mit dem Tode bestraft wird".[2] Verhängnisvoll für Freudenstadt war auch die Bekanntmachung Keitels, Himmlers und Bormanns vom selben Tag: „Städte liegen an Verkehrsknotenpunkten und müssen daher bis zum äußersten verteidigt und gehalten werden." Trotzdem entschloss sich Generalmajor von Alberti, der nur über geringe Kräfte verfügte, Freudenstadt nicht zu verteidigen und sich sechs Kilometer nach Süden zurückzuziehen. Auch der im Oktober zuvor aufgestellte Volkssturm war nicht wirklich kampffähig.[3]

Die Ziele der Franzosen waren die industriellen Zentren und großen Städte. „Karlsruhe und Stuttgart warten auf Sie, auch wenn sie Sie nicht mögen", soll General de Gaulle zu General Jean de Lattre de Tassigny, Kommandeur der 1. französischen Armee, gesagt haben. Der Weg dorthin führte durch den Schwarzwald. Es war äußerst wichtig, die Linie Freudenstadt-Horb so schnell wie möglich zu erreichen. De Lattre bezeichnete die so unwichtig erscheinende Stadt als „strategische Position und Drehscheibe aller Straßen, die zum Oberen Neckar, zur Donau und nach Konstanz führen".[4] Er erkannte die Lücke zwischen den Verteidigern Stuttgarts und des Südschwarzwalds, und diese Lücke war Freudenstadt. Ab dem 9. April 1945 begannen vorbereitende Luftangriffe auf Freudenstadt. So wurde am 13. April der Stadtbahnhof bombardiert, und am 16. April trafen zwei Bomben der amerikanischen Heeresluftwaffe die Hochdruckwasserleitung, was das Löschen der bald darauf ausbrechenden Brände massiv erschweren sollte.[5]

Die Einnahme Freudenstadts begann am 16. April 1945. Die französischen Truppen unter Major Christian de Castries bewegten sich von Norden, aus Richtung Besenfeld, auf Freudenstadt zu. Mitten im Wald waren Sperren aufgebaut, und da de Castries damit rechnete, dass diese nicht verteidigt würden, kam es zu einem kleineren Gefecht. Dabei wurde ein französischer Soldat getötet und drei verwundet. De Castries zog seine Leute zurück und forderte Artillerieunterstützung an, zumal die deutsche Artillerie auch aktiv wurde. Da die Franzosen nun zur Überzeugung kamen, Freudenstadt würde verteidigt werden, befahl General Dewynck, der Kommandeur der französischen Artillerie, den Beschuss Freudenstadts mit 500 Schuss aus Long Toms cal. 155 mm.[6] Bei einem erneuten Vorstoß konnten die Verteidiger der Sperren – Angehörige



Die Stadtkirche wurde durch Bomben mit Phosphorbeiladung getroffen und brannte bis auf die Grundmauern nieder. (Foto: Stadtarchiv Freudenstadt)

der zweiten Luftwaffenbrigade, einer fremden Volkssturmeinheit sowie eines Freikorps aus Oberbayern – niedergekämpft werden.

Zwischen 18.00 und 19.00 Uhr an diesem 16. April begann das Artilleriefeuer auf Freudenstadt von neuem. Die Franzosen benutzten Granaten mit Brandsätzen, so dass bald große Teile der Innenstadt brannten. Die Einwohner waren längst geflohen, aber das Stadtzentrum wurde durch einen wahren Feuersturm ausradiert. Das Artilleriefeuer auf Freudenstadt war keine klassische Angriffsvorbereitung, sondern Störfeuer, das, auf den Marktplatz als Verkehrsknotenpunkt gerichtet, mögliche Truppenbewegungen behindern sollte. Die Tragödie Freudenstadts wurde dadurch eingeleitet, dass von Freudenstädter Seite aus die strategische Bedeutung der Stadt unterschätzt und gleichzeitig die deutsche Verteidigung von den Franzosen überschätzt wurde.[7]

Die Besetzung Freudenstadts am 17. April 1945

Noch am Morgen des 17. April machte man den verzweifelten Versuch, die Stadt zu retten. Oberarzt Joachim Bauer wandte sich an General Alberti mit der Bit-

te, durch Funkspruch eine Feuerpause zu erwirken, um Verwundete aus brandgefährdeten Häusern verlegen zu können. In den Teillazaretten befanden sich noch 900 Schwerverwundete. Die trotz Verbot offen durchgegebene Funkmeldung sollte von den Franzosen mitgehört werden. Leider reagierten sie nicht darauf. Die Stadt hatte die ganze Nacht hindurch gebrannt. Löschen war kaum noch möglich, weil die Motorspritze und Mannschaftswagen der Feuerwehr durch einen Volltreffer ausgefallen waren und die zerstörte Hochdruckwasserleitung unbrauchbar war. Auch Helfer gab es wenig, denn die meisten Einwohner waren in die Wälder geflüchtet. Gegen 9.00 Uhr rückten die Franzosen in die Stadt ein, die nicht verteidigt wurde. Ohne Widerstand erreichten sie etwa eine Stunde später das Rathaus, das von Stadtamtmann Wilhelm Schwarz an die Franzosen übergeben wurde, höchstwahrscheinlich an de Castries selbst.

Die französische Truppe, die jetzt in Freudenstadt stand, setzte sich aus marokkanischer Infanterie, aus marokkanischen Panzertruppen und aus Alpenjägern zusammen, insgesamt etwa drei Bataillone.[8] Der Rausch des Sieges und der vorher verteilte Schnaps führten dazu, dass die Brandherde sich noch vergrößerten, weil die Soldaten die Wehr am Löschen hinderten: Kupplungen wurden abgeschraubt und über Schläuche wurde hinweggefahren. Als Frauen, Kinder und alte Männer versuchten, mit Eimern gegen das Feuer anzukämpfen, schossen die französischen Soldaten in deren Wassereimer.[9] In noch unbeschädigte Häuser wurden Brandplättchen hineingeworfen, Handgranaten landeten in Kellern, oder man half mit Benzinkanistern nach. Über mehrere Tage hinweg wurden immer wieder intakt gebliebene Häuser angezündet, vor allem noch nicht abgebrannte Geschäftshäuser sowie die Wohnungen der NSDAP-Aktivisten.

Das Rathaus überstand die Angriffsbrände, so dass die französische Ortkommandantur sofort in das Gebäude einzog. Im großen Rathaussaal war alles aufgestapelt, was die Freudenstädter hatten abgeben müssen: Rundfunkgeräte, Fotoapparate, Ferngläser, Waffen und Munition. Durch unvorsichtigen Umgang mit Munition und brennenden Zigaretten verursachten die Soldaten jedoch Detonationen und den Brand des Rathauses. Als Strafmaßnahme für diesen angeblich von Deutschen gelegten Brand verfügten die Franzosen sofort die Gefangennahme aller 16- bis 50-jährigen Männer der Stadt. 160 dieser Geiseln wurden am 30. April über Pfullendorf nach Lindau weggeführt. Bei Autounfällen gab es unterwegs vier Tote und vier Verletzte; nach der Rückkehr wurden sie am 19. Mai entlassen.[10]

Gleichzeitig mit der Besatzung fanden schwerste Übergriffe auf die Bevölkerung in Form von Plünderungen und Vergewaltigungen statt. 600 vergewaltigte Frauen ließen sich im Krankenhaus behandeln, die Dunkelziffer lag deutlich höher. Zehn Prozent der Vergewaltigten waren schwanger geworden, etwa ein Drittel davon hat die Schwangerschaft ausgetragen.[11] Viele junge Mädchen und

Frauen suchten in jenen Tagen in der katholischen Kirche Schutz vor den marokkanischen Soldaten und den inzwischen befreiten ehemaligen Zwangsarbeitern. Die französischen Offiziere verhielten sich zunächst zurückhaltend, denn die marokkanischen Soldaten waren ihnen disziplinarisch weitgehend entglitten. Erst ein paar Tage später erwirkten die beiden Dekane Theodor Gerhardt und Eugen King durch Vermittlung der französischen Feldgeistlichkeit einige Anschläge in französischer, arabischer, polnischer und russischer Sprache mit der Aufschrift: „Plündern und Vergewaltigen – Todesstrafe!" Insgesamt forderte das „Manöver von Freudenstadt" siebzig Todesopfer durch Bombenabwurf, Beschießung und durch Erschießung von Personen, die Frauen und Kinder vor Übergriffen der Franzosen schützen wollten.

Streng reglementiertes Leben in der zerstörten Stadt

Unmittelbar nach dem Einmarsch nahm die französische Militärregierung für Südwürttemberg ihren Sitz in Freudenstadt. Er wurde aber bald nach Tübingen verlegt. Die in Freudenstadt verbleibende französische Kommandantur fand im „Hotel Waldeck" eine würdige Unterkunft. Hier waren der für Stadt und Kreis zuständige Militärbefehlshaber sowie die örtlichen Vertreter des Militärgouverneurs in Tübingen stationiert. Die Dienststelle der französischen Gendarmerie befand sich im „Haus Schierenberg". Im Kurtheater fanden die Militärgerichtsverhandlungen statt.[12]

Der Alltag in der zerstörten Stadt wurde von zahllosen Verordnungen der französischen Besatzungsmacht reglementiert. Offiziere und die Trikolore mussten gegrüßt und jede Anordnung des Bürgermeisters musste von der Militärregierung abgesegnet werden. Der Ausgang wurde massiv beschränkt und das Stadtgebiet durfte nur mit Genehmigung der Militärregierung verlassen werden. Die Bevölkerung wurde durch Bekanntmachungen und Anschläge informiert.[13] Am 21. September 1945 erschien die erste Nummer des „Schwäbischen Tagblatts – Überparteiliche Heimatzeitung für Württemberg und Hohenzollern".

Die Diensträume der Verwaltung wurden nach dem Brand des Rathauses in die Kepler-Oberschule verlegt. Das großzügig angelegte Schulgebäude, damals erst 15 Jahre alt, entging der Zerstörung. So wurde hier die Schaltzentrale der weitgehend zerstörten Stadt eingerichtet, denn das Leben musste weitergehen. Hier fanden Stadtverwaltung, Oberschule, Volksküche und Volksbildungswerk Platz, hier tagte auch der Gemeinderat. Auch der gesamte Wiederaufbau wurde vom „Kepler" aus organisiert.

Nach den Feststellungen des Katasteramts Freudenstadt wurden 597 Gebäude mit einem Brandversicherungsanschlag von 14,5 Millionen Reichsmark vollständig zerstört. Die gesamte Altstadt war eingeäschert, am Marktplatz blieb



Von den berühmten Freudenstädter Arkaden blieb nicht viel übrig. (Foto: Stadtarchiv Freudenstadt)

als einziges Gebäude das Dekanat neben der Stadtkirche erhalten. 42 Prozent aller Wohnungen waren zerstört und der ganze Wohlstand der Einwohner unter den Trümmern begraben. Zahlreiche weitere Gebäude waren durch Bombentreffer schwer beschädigt worden. Insgesamt verloren rund 1 400 Familien (4 000 Personen) ihr Dach über dem Kopf. Dabei verschlimmerte sich die Wohnungsnot noch drastisch durch die Ansprüche der Besatzungsmacht, die fast 1 500 Zimmer in Hotels, Privathäusern oder Schulen beschlagnahmte.[14] Die obdachlosen Freudenstädter mussten von Verwandten und Freunden oder Nachbarn in ihren Wohnungen aufgenommen werden, die Hotels „Palmenwald“ und „Stokinger“ wurden zu Heimen für Obdachlose umfunktioniert. 300 Personen fanden außerhalb Freudenstadts Unterkunft. Um sich vor dem nächsten Winter zu schützen, versahen zahlreiche Freudenstädter die Trümmerreste ihrer einstigen Häuser mit einem Notdach. So manche Familie musste für mehrere Jahre in einer solchen provisorischen Behausung leben.

Am 29. Mai 1945 kam es aus politischen Gründen durch das Gouvernement Militaire zur Entlassung des kurz vor Kriegsende gewählten Bürgermeisters Gottlob Klepser. Zum provisorischen Bürgermeister wurde Friedrich Rothfuß ernannt. Der 1884 geborene Baiersbronner hatte bei der Freudenstädter Druckerei Kaupert den Beruf des Schriftsetzers erlernt, dort im Zeitungsverlag und während des Ersten Weltkriegs als Redakteur der Freudenstädter Tageszeitung „Der Grenzer“ gearbeitet. Rothfuß war in den Gemeinderat gewählt worden

und hatte sich mit großem Erfolg in der Gewerkschaft und in der SPD betätigt. 1933 war er von seinen Posten enthoben und vorübergehend in einem Konzentrationslager inhaftiert worden. Mit der Zustimmung der Militärregierung Freudenstadt bildete der provisorische Bürgermeister im Juli 1945 einen Beirat. Im September 1946 wurde Friedrich Rothfuß bei der ersten Gemeinderatswahl nach dem Krieg mit großer Mehrheit für zwei Jahre zum Bürgermeister gewählt. So verwaltete das SPD-Mitglied die Stadt für drei Jahre in einer Zeit der größten Not.

Versorgung der Bevölkerung und Trümmerbeseitigung

Da das Wasser-, das Gas- und die Elektrizitätswerke der Stadt nicht zerstört worden waren, kam die Versorgung in den unzerstörten Stadtteilen mit Wasser schon am 25. April 1945, mit Gas und Strom etwa einen Monat nach der Besetzung wieder in Gang. Bis dahin konnte Wasser von Brunnen und Hydranten geholt werden. Baden in den provisorischen Unterkünften war fast unmöglich. Erst im März 1947 wurde das städtische Wannenbad eröffnet. Die „Pino", eine Fabrik für pharmazeutische Präparate, zweigte an drei Tagen pro Woche für die Franzosen aus ihrem Betrieb das warme Wasser ab, an zwei Tagen stand es der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung.

Zur Gewinnung von Heizmaterial nutzte man die umfangreichen Wälder in der Umgebung. Jedem Haushalt wurde eine bestimmte Menge Holz zum Schlagen zugeteilt. Weil die Versorgung mit Kohle und Holz dennoch nicht ausreichend war, durfte die Bevölkerung in den Sommermonaten Leseholz und Tannenzapfen für den Winter sammeln. Die Versorgung mit Lebensmitteln war besonders schwierig, da bei den Bränden nicht nur die Kleider, sondern auch die vorrätigen Lebensmittel unbrauchbar geworden waren. Die Bevölkerung wurde zwar durch Lebensmittelkarten und Bezugsscheine versorgt, aber die „Abgebrannten" – so bezeichnete man die Freudenstädter, deren Häuser und Wohnungen zerstört waren – hatten keine Kochmöglichkeiten mehr. So richtete man schon bald eine Volksküche ein. Von den ehemaligen Lazaretten konnten Lebensmittel bezogen werden.

Schon während des Krieges hatte es wenig zu kaufen gegeben: Viele Fabriken waren wegen Rohstoffmangels geschlossen oder auf Kriegsproduktion umgestellt worden. So begrüßte es die Bevölkerung sehr, als in Freudenstadt Tauschzentralen eingerichtet wurden, in denen zahlreiche Güter des täglichen Bedarfs getauscht werden konnten. Auch Angehörige der französischen Besatzungsmacht besuchten diese überlebenswichtigen Einrichtungen.

Das Besorgen von Lebensmitteln durch Tausch in den umliegenden Dörfern war durch die generell stark eingeschränkte Mobilität zusätzlich erschwert.



Das bei einem Luftangriff zerstörte Viadukt von Freudenstadt. (Foto: Stadtarchiv Freudenstadt)

Viele Kraftfahrzeuge waren beschlagnahmt worden, außerdem fehlte der Kraftstoff, so dass sich die Menschen zu Fuß und mit Handkarren aufmachten. Zudem hatten die deutschen Soldaten bei ihrem Abzug alle Brücken gesprengt, damit die Sieger keine intakte Infrastruktur vorfanden. So war Freudenstadt als zentraler Eisenbahnknotenpunkt nun vollständig abgeschnitten. Mit Holzvergaser-Omnibussen wurden die Anschlussbahnhöfe Dornstetten, Loßburg-Rodt, Baiersbronn und Lauterbad angefahren.

Die Besatzungsmächte versuchten, den Bahnverkehr wieder in Gang zu bringen. Zerstörte Fahrzeuge und Gleise wurden provisorisch repariert, aber die gesprengten Brücken waren ein großes Hindernis. So konnte eine Fahrt von Stuttgart nach Freudenstadt im Sommer 1945 zwei Tage dauern. Ab Juni 1946 fuhren die Züge von Schiltach bis Alpirsbach und ab September über Loßburg zum Haltepunkt Lauterbad. Am Bahnübergang zwischen Lauterbad und Loßburg kam es zur Einrichtung eines Behelfsbahnhofs. Von Loßburg her wurden die Züge geschoben und eine Baracke diente als Bahnhofsgebäude.[15] Im März 1947 wurde mit dem Wiederaufbau der zerstörten Eisenbahnbrücken begonnen. Der Sitz aller zunächst beteiligten Firmen lag außerhalb der Besatzungszone. Darüber hinaus behinderten der Mangel an Arbeitskräften und Fahrzeu-

gen sowie Verpflegungs- und Unterbringungsschwierigkeiten die Arbeiten außerordentlich.[16] Ab Mai 1948 wurde die Hausacher Strecke und ab September 1949 die Stuttgarter Seite wieder befahrbar. Seit Mai 1950 fuhren auch im Murgtal wieder die Züge. Das hatte eine starke Ausweitung des Güterverkehrs zur Folge, wobei überwiegend Demontagegüter und das Holz aus den Reparationskahlschlägen der Besatzungsmacht befördert wurden.[17]

In der Stadt bedeckten unvorstellbare Mengen an Schutt den Marktplatz, ohne deren Beseitigung an keinen Wiederaufbau zu denken war. Nicht nur ehemalige NSDAP-Mitglieder, die jeweils sechs Sonntage lang Schutt abtragen und Backsteine putzen mussten, auch ganze Schulklassen und Lehrlingsjahrgänge, alle Behörden, aber auch Hausfrauen wurden zur Trümmerbeseitigung zwangsverpflichtet. Zunächst brachte man den Schutt mit Lastwagen, dann auf Feldbahngleisen und Loren aus der Stadt hinaus. Hier wurde er nach wiederverwertbaren Materialien sortiert und später für die Herstellung von Beton für Häuserfundamente verwendet. Von 60 000 Kubikmeter Trümmerschutt in der Stadt konnten bis 1948 etwa 15 000 Kubikmeter beseitigt werden.

Zu all der Not und Entbehrung der unmittelbaren Nachkriegsjahre kam auch noch die Trauer um gefallene Väter, Brüder und Söhne hinzu. Kaum eine Familie der Stadt war verschont geblieben. Bei Vermissten war das Schicksal noch jahrelang unklar. Immer wieder kamen einzelne Spätheimkehrer zurück.

Volksbildung

Im Bereich der Kultur unternahm die französische Besatzungsmacht wichtige Schritte. So wurden etwa auf Anordnung der Militärregierung kostenlose Kurse zum Erlernen der französischen Sprache durchgeführt, die zumeist ein ganzes Jahr dauerten und die Verständigung zwischen Franzosen und Einheimischen fördern sollten. Im Rahmen der Entnazifizierung mussten sich die heimgekehrten Soldaten und besonders auch die ehemaligen NSDAP-Mitglieder Filme über die Gräueltaten des Naziregimes in den Konzentrationslagern ansehen. Unter der Leitung des französischen Kulturoffiziers Richard Thieberger wurde eine große Vielfalt an Kulturveranstaltungen angeboten. Der Hunger in der Bevölkerung nach Kultur war groß. Laien konzertierten und spielten Theater, bedeutende Künstler gaben Gastspiele, es gab einen aktiven Kulturrat, das Volksbildungswerk, ab 1950 auch den Freudenstädter Theaterring sowie eine rasch wachsende Volksbücherei. Alles fand Unterstützung und regen Zulauf. Auch die erste Kunstausstellung 1946, bei der auch heimische Meister teilnahmen, stand unter dem besonderen Schutz des Kulturoffiziers. Nachdem die Besatzungsmacht die Zulassung demokratischer

Parteien genehmigt hatte, kam es 1946 zur Gründung von SPD, CDU und KPD auf örtlicher Ebene.[18]

Streit um den Wiederaufbau

Unmittelbar nach Kriegsende setzten erste Planungen zum Wiederaufbau der Stadt ein. Ein zähes Ringen begann, und immer mehr Bürger beteiligten sich an der lebhaften Diskussion.[19] Die „Abgebrannten" wollten möglichst schnell die Stadt wieder so aufbauen, wie sie vor der Zerstörung ausgesehen hatte. Neue Ideen bei den Planungen wurden deshalb von ihnen abgeblockt. Der Gemeinderat rang jahrelang um Beschlüsse und Gegenbeschlüsse zur Bedeutung und Gestaltung des Marktplatzes. Die Landesregierung in Tübingen und die französische Militärregierung bestanden jedoch auf einer Lösung des Verkehrsproblems. Sie forderten, den Durchgangsverkehr am Stadtkern vorbeizuleiten. Die Bevölkerung empfand das (damals) noch geringe Verkehrsaufkommen aber nicht als störend. Gutachter und Architekten versuchten erfolglos, mit neuen Ideen die stockenden Planungen voranzubringen. Zwischen 1945 und 1949 wurden vierzig Wiederaufbaupläne entworfen. Lange Auseinandersetzungen, Geld- und Materialmangel zögerten den Beginn des Wiederaufbaus um Jahre hinaus.

Auch die Freudenstädter Stadtkirche – ein einzigartiges Beispiel protestantischen Kirchenbaus – war bei der Zerstörung ein Raub der Flammen geworden. Evangelische Gottesdienste mussten in der katholischen Kirche stattfinden. Die Stadt lag noch jahrelang in Trümmern, als man bereits im Juli 1947 mit dem Wiederaufbau der Stadtkirche begann. Der für den Kirchenbau bekannte Professor Paul Heim leitete die Arbeiten. Dies war nur möglich, weil dieses Gebäude – einst des Herzogs Kirche – dem Staat gehörte. Es war ein bewegender Moment für die Bevölkerung, als am Ersten Advent 1950 die wiedererbaute Stadtkirche – nach wie vor ein Winkelhakenbau – eingeweiht werden konnte.

Bei der Frage nach der Gestaltung des Marktplatzes gingen die Meinungen auseinander. Während die Bürger und auch viele einheimische und auswärtige Architekten den Marktplatz weiterhin als Verkehrsknotenpunkt, Einkaufszentrum und Stadtmittelpunkt sahen und damit an das alte Stadtbild anknüpfen wollten, schockierte im März 1946 der international bekannte Städtebauprofessor Adolf Abel die Freudenstädter mit seinem Plan, durch die Überbauung des oberen Marktplatzes die Platzgröße zu halbieren. Sein Plan stieß auf offene Ablehnung in der Stadt. Paul Schmitthenner, der berühmte Architekt und renommierte Vertreter der traditionsreichen „Stuttgarter Schule", wurde eingeschaltet. Dieser gliederte in seinen Plänen den Marktplatz in eine Folge schöner Räume. Die Freudenstädter stimmten zu.

Im Oktober 1946 machte der Vertreter der französischen Militärregierung seine Aufbaugenehmigung wieder von einem verkehrsfreien Marktplatz abhängig. So versuchte der städtische Aufbauplaner Hermann Gabler die Forderung nach einem verkehrsfreien Marktplatz umzusetzen. Schließlich befürwortete der im September 1946 zum ersten Mal wiedergewählte Gemeinderat unter Bürgermeister Rothfuß den Plan, den Verkehr über die am historischen Stadtzentrum entlang führende Reichsstraße zu leiten. Massive Proteste aus der Bevölkerung ließen den Gemeinderat jedoch wieder umschwenken; der Verkehr sollte doch über den Marktplatz fließen. In dieser Situation verhängte die Landesregierung im Mai 1947 eine allgemeine Bausperre über die Freudenstädter Kernstadt. Ein zweijähriges Ringen zwischen Freudenstadt und der Landesregierung lähmte jeglichen Wiederaufbau. Erst im Februar 1949 gab die Landesregierung schließlich nach, und der Verkehr durfte nun doch über den Marktplatz geführt werden.

Nicht nur am Verkehr, auch an der Frage Traufhäuser oder Giebelhäuser entzündeten sich die Geister. Die Freudenstädter hatten das Bild der alten Stadt im Kopf, und dieses war für sie untrennbar mit Giebelhäusern verbunden. Dabei wies eine Bebauung mit Traufhäusern viele Vorteile auf, wie etwa eine bessere Belichtung oder das Einsparen von Außenwänden. Auch das Ministerium unterstützte die Zeilenbauweise. Das Thema „Trauf oder Giebel“ wurde heiß diskutiert, aber es kam zu keiner Einigung. Die Stimmung in der Stadt wurde immer aufgeheizter. Als im Herbst 1948 Bürgermeister und Gemeinderat neu gewählt werden mussten, gewann der Kandidat des „Vereins der Abgebrannten und Fliegergeschädigten“, Hermann Saam, die Wahl. Als neuer Bürgermeister stand er unter Erfolgsdruck: Bald kam der fünfte Frühling nach Kriegsende, noch immer lag die Stadt in Trümmern und noch immer gab es keinen genehmigten Aufbauplan. Zu Beginn des Jahres 1949 war der Wiederaufbau weiter entfernt denn je.

Der neu gewählte Hermann Saam begann zugleich intensiv nach einem neuen Stadtbaumeister zu suchen und fand ihn in Ludwig Schweizer, einem noch jungen, aber berufserfahrenen Architekten der „Stuttgarter Schule“. Innerhalb von sechs Wochen fasste Schweizer die besten Elemente aller Vorgängerpläne zu einem Kompromiss zusammen. Manche Anwohnerwünsche mussten sich dem Gesamtinteresse am schnellen Baubeginn und an einer einheitlichen Gestaltung unterordnen. Es gelang Schweizer, dem freie Hand gewährt wurde, die verhärteten Fronten im Konflikt um den Freudenstädter Wiederaufbau aufzuweichen und auch das Ministerium von seinen Plänen zu überzeugen. Bürgermeister Saam konzentrierte sich auf die Trümmerbeseitigung und versuchte vom Land und vom Landkreis Geld für das zerstörte Freudenstadt zu beschaffen. Der Gemeinderat befürwortete Behelfsbauten auf dem Marktplatz, damit wenigstens überhaupt etwas passierte. Mit einer Häuserzei-

le in der Reichsstraße begann im September 1949 tatsächlich der Wiederaufbau Freudenstadts. 18 Hausbesitzer hatten sich zu einer Aufbaugemeinschaft zusammengeschlossen, schon im November konnte Richtfest gefeiert werden. Damit war das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen.

Im Dezember 1949 wurde der von Ludwig Schweizer entworfene Aufbauplan mit nur einer Gegenstimme im Gemeinderat beschlossen. Die Genehmigung des Ministeriums war jetzt nur noch Formsache. Den Marktplatz gliederte Schweizer optisch durch Mauern, Terrassen, Pavillons und das Stadthaus. Dadurch schuf er Orientierungslinien und Mittelpunkte, die den großen Platz in menschliche Maßstäbe brachten. Die Verkehrsfrage löste Schweizer nur vorübergehend, indem er die vorhandenen Straßen kaum veränderte und nur geringfügig verbreiterte. In der Frage Giebel- oder Traufhaus unterstützte Schweizer zunächst Bürgermeister Saams Giebelhauskonzept, machte dann aber im August 1949 eine hochbrisante Kehrtwendung zurück zum Traufhauskonzept. Dadurch war der Aufbau in ganzen Zeilen möglich, die Baulandumlegung einfacher, die Baukosten geringer. Für die hinteren Gassen entwarf Schweizer wirtschaftliche Reihenhäuser, die zwar keine Gärten hatten, sich aber an den alten Grundstücksgrenzen orientierten und dadurch den Bauherren entgegenkamen.



Freudenstadt wurde nach dem Zweiten Weltkrieg aus einer Hand, einheitlich und jeweils in ganzen Häuserzeilen aufgebaut. (Foto: Stadtarchiv Freudenstadt)

Der Wiederaufbau beginnt

Eine atemberaubende Baulawine kam nun ins Rollen, die in nicht einmal fünf Jahren zum Bau von etwa 500 Gebäuden mit 1 500 Wohnungen führte, dazu Läden, Werkstätten, Restaurants, Cafés usw. Dies war nur möglich durch die enge und unbürokratische Zusammenarbeit aller Beteiligten. In einer einzigen Sitzung klärte die Baugenossenschaft zusammen mit der Stadt die erforderlichen Grundstücksumlegungen, vorläufige Bauskizzen und erste Kostenschätzungen wurden erstellt. Um an der Großbaustelle Freudenstadt konkurrenzfähig zu bleiben, mussten sich die Architekten den Gestaltungs- und Honorarvorstellungen des Stadtbauamts vollständig anpassen. Durch die Großaufträge für komplette Häuserzeilen konnten die Baukosten niedrig gehalten werden. Die Baugenossenschaft übernahm – in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt – die gesamte Baudurchführung bis hin zum schlüsselfertigen Haus.

1951 inszenierte Bürgermeister Saam eine sogenannte Wiederaufbauwoche. Ganz bewusst wollte er der hart arbeitenden und leidgeprüften Bevölkerung Lebensfreude vermitteln, damit der eben in Gang gekommene Wiederaufbau seinen Schwung nicht verlor. Auf der Großbaustelle Freudenstadt wurde ununterbrochen gebaut – ein Richtfest folgte dem anderen. In weniger als fünf Jahren erfolgte dieser vorbildlich durchgeplante, großzügige und funktionale Wiederaufbau einer weitgehend zerstörten Stadt.

Der Wiederaufbau Freudenstadts wird oft als „Wunder" bezeichnet. Wie konnte die neue Stadt so schnell geplant, gebaut und finanziert werden, nachdem zuvor jahrelang Trümmerfelder, Schuldenberge und Streitigkeiten den Alltag bestimmt hatten? Entscheidend war, dass alles aus *einer* Hand geschah; die Stadt nahm den Wiederaufbau komplett unter ihre Regie. Die Baulandumlegung wurde souverän durchgezogen – die Interessen einzelner Bürger mussten sich wohl oder übel dem Gemeinwohl unterordnen – und die Finanzierung wurde stets für komplette Häuserzeilen erstellt. Auch die Trümmerbeseitigung war erneut und systematisch in Gang gesetzt worden.

Ab Ende 1949 stellte eine von Bürgermeister Saam gegründete „Selbsthilfeaktion Freudenstadt" Spenden oder zinslose Darlehen zum Aufbau gesamter Häuserzeilen bereit. Bürger, deren Haus nicht abgebrannt war, stellten der betroffenen Bevölkerung Kapital zum Aufbau zur Verfügung. Die jahrelang in einer Trümmerstadt wohnende Bevölkerung erkannte, dass hier Gemeinwohl vor Eigenwohl zu stellen war. Denn nur in einer wiederaufgebauten Stadt konnten auch die nicht Abgebrannten langfristig ihren Wohlstand und Verdienst sichern. Darüber hinaus fand die Stadt in der Baugenossenschaft des Evangelischen Hilfswerks in Stuttgart (GSG) einen engagierten Bauträger, mit dem sie ein ganz spezielles Finanzierungsmodell ausarbeitete: Abgebrannte ohne Ei-

genmittel konnten allein durch Einsatz ihres Grundstücks – und eventuell mit einem zusätzlichen Kredit der Freudenstädter Selbsthilfeaktion – am gleichzeitigen Aufbau ganzer Zeilen teilnehmen.

Immer wieder wurde und wird die einheitliche Gestaltung der Stadt gelobt. Alle Beteiligten – Architekten, Bauträger, Stadtverwaltung und Abgebrannte – mussten Kompromisse eingehen. Nur so war der einzigartige Aufbau Freudenstadts möglich. Vom Geländerpfosten bis zur Haussilhouette zeigt das neu erbaute Freudenstadt denselben Stil. Die drei öffentlichen Gebäude tragen alle dieselbe Handschrift: Typische Architekturmotive sind etwa das Türmchen auf dem Dach, der große Saal mit gewölbter Decke, der Erker, das Sonnenmotiv an Toren und Leuchten, an Möbelbeschlägen und Vertäfelungen. Auch die kleine Besonderheit, ein Architekturelement aus der Achse zu rücken, tritt wiederholt auf: Das Stadthaus ist aus dem Achssystem der Straßen gerückt, das Café im Kurhaus aus der Gebäudeachse, und auch die Treppe im Rathaus läuft schräg zur Zimmerflucht.

Unter dem Beifall der Bürger wurde im Mai 1954 dem Rathausturm Kugel und Spitze aufgesetzt und Freudenstadt damit eine markante Silhouette verliehen. Die gesamte Stadtverwaltung fand in dem Gebäude Platz, das auch im Innern bis hin zum Mobiliar diese einheitliche unverwechselbare Handschrift trägt. Besonders stilvoll wurden das Trauzimmer und das Zimmer des Bürgermeisters ausgeführt. Doch wurde dieses Gebäude fast als letztes gebaut. Neun Jahre lang begnügte sich die hart arbeitende und den Wiederaufbau leitende Stadtverwaltung mit dem engen Provisorium in der Kepler-Oberschule.

Das Stadthaus – schon als Bürgerforum geplant – ist ein Neuentwurf, hatte also keinen Vorgängerbau. Ludwig Schweizer wollte mit diesem Gebäude im Zusammenspiel mit der Gedenksäule den Marktplatz gliedern. Der Gemeinderat konnte nur mühsam davon überzeugt werden. Als krönender Abschluss des Wiederaufbaus und als Startsignal für den neu beginnenden Kurbetrieb wurde 1953/54 das Freudenstädter Kurhaus errichtet. Die Reste des zerstörten alten Kurhauses waren abgetragen worden, und die Architekten Ludwig Schweizer und Heinz Möritz konnten frei von historischen Zwängen und ohne Zugeständnisse an die Bevölkerung ganz nach eigenen Vorstellungen „ihr“ Kurhaus bauen. Hinter einer schlichten Außenfassade, die für die beiden Architekten nach dem verlorenen Krieg nur bescheiden sein konnte, zeigt das Gebäude im Innern Eleganz und Weite. Alles ist aus einem Guss. Der Gemeinderat sah das Vorhaben sehr kritisch. Der rasch aufblühende Kurbetrieb und die großartigen Konzert- und Theaterveranstaltungen der folgenden Jahre verliehen diesem Gebäude jedoch einen besonderen Glanz.

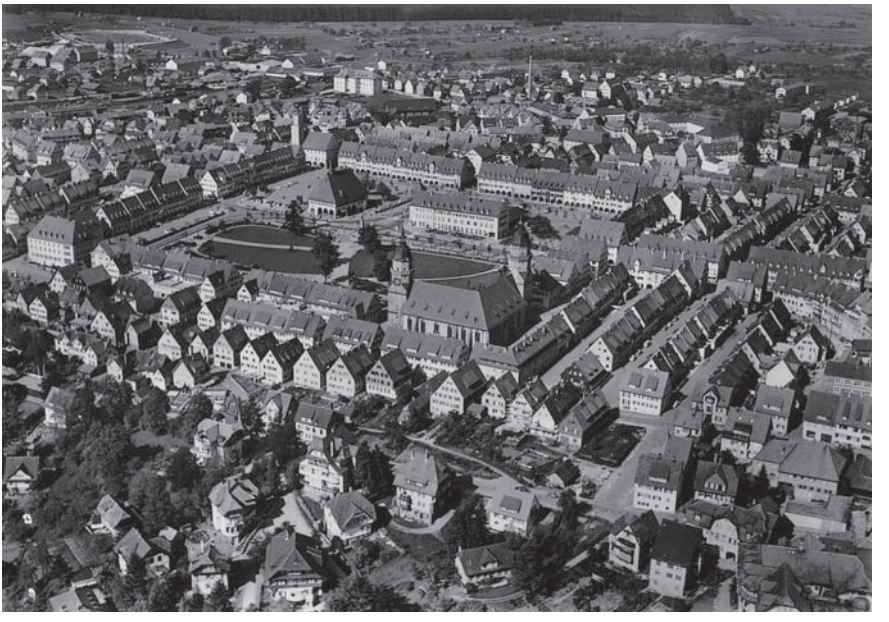
Das „Wunder von Freudenstadt“

Genau ist es nicht mehr zu bestimmen, wer diesen Begriff in den Jahren um 1954 geprägt hat. Das „Wunder von Freudenstadt“ war eine glückliche Konstellation verschiedener Umstände. Auch waren die richtigen Personen zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Diese Personen hießen unter anderem Hermann Saam und Ludwig Schweizer. Hermann Saam, 1910 geboren, kam nach einer Karriere im Auswärtigen Dienst 1946 als Leiter des Kreiswirtschaftsamts nach Freudenstadt. 1948 wurde der weltgewandte Verwaltungsfachmann als Kandidat der Freien Wähler zum Bürgermeister gewählt. Saam war bis 1955 Bürgermeister in Freudenstadt, dann vier Jahre als deutscher Konsul in Ghana tätig, anschließend von 1959 bis 1974 Bürgermeister von Wildbad. Bis 1955 und erneut von 1965 bis 1969 war er zudem Landtagsabgeordneter, von 1965 bis 1969 Mitglied des Deutschen Bundestags und zeitweise Landesvorsitzender der FDP/DVP. Im Jahr 1949 hatte er in dem gleichaltrigen Ludwig Schweizer den richtigen Partner gefunden, um eine ganze Stadt wieder aufzubauen. Schweizer hatte an der Technischen Hochschule Stuttgart bei berühmten Architekten seiner Zeit studiert und seinen orts- und landschaftsgebundenen, traditionalistischen und einfühlsamen Stil entwickelt. Von 1946 bis 1948 hatte er beim Wiederaufbau Crailsheims bereits Erfahrungen gesammelt. Schweizer und Saam verstanden es, die richtigen Mitarbeiter um sich zu scharen. So ist hier etwa der Architekt Heinz Möritz zu nennen, aber auch Gerhard Wolf, der durch seine souveräne Baulandumlegung den Weg für den Wiederaufbau der Stadt ebnete.



Die Freudenstädter Wiederaufbau-Gedenksäule. (Foto: Stadtarchiv Freudenstadt)

Im Rahmen einer festlichen Wiederaufbauwoche wurde im Juli 1954 eine Gedenksäule – im Volksmund „Hypothekenvenus“ genannt – eingeweiht. Der Name „Hypothekenvenus“ war eine Anspielung auf die enorme Schuldenlast, die die



„Die“ neu erbaute Freudenstadt um 1957. (Foto: Stadtarchiv Freudenstadt)

Freudenstädter für den Wiederaufbau auf sich genommen hatten. Das auf Fernwirkung angelegte Ensemble aus Säule und überlebensgroßer Plastik sollte allegorisch an die Leistungen des Wiederaufbaus erinnern. Es stammte von dem Freudenstädter Künstler David Fahrner. In dieser „Venus“ als Symbolfigur manifestiert sich das Spannungsverhältnis zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Weithin erregte das „Wunder“ von Freudenstadt Aufsehen, zog Gäste aus nah und fern an und fand Niederschlag in allen Medien. Das Mitleid für die im Krieg so gebeutelte Stadt schlug in Bewunderung um. Freudenstadt ist ein Gesamtkunstwerk.

Anmerkungen

1 Hierzu und zum Folgenden Hans Rommel: Vor zehn Jahren, S. 10.
2 Ebd.
3 Klaus M. Heckmanns: Die Zerstörung Freudenstadts.
4 Karsten Dyba: „Also marschiere ich durch den Schwarzwald“, S. 123 ff.
5 Klaus M. Heckmanns: Im Dritten Reich, S. 348.
6 Klaus M. Heckmanns, Die Zerstörung Freudenstadts.
7 Karsten Dyba: „Also marschiere ich durch den Schwarzwald“, S. 126 f.

8 Klaus M. Heckmanns: Die Zerstörung Freudenstadts.
9 Karsten Dyba: „Also marschiere ich durch den Schwarzwald“, S. 128.
10 Hans Rommel: Vor zehn Jahren, S. 28.
11 Stadtarchiv Freudenstadt: Interview mit Frau Dr. Luz-Lebsanft, einer Ärztin, die betroffene Frauen im Krankenhaus behandelt hatte, Freudenstadt 1994.
12 Klaus M. Heckmanns: Im Dritten Reich, S. 360.
13 Stadtarchiv Freudenstadt, A 2.2 Nr. 83–86.
14 Ebd., Nr. 744.
15 Rudolf Meintel: Freudenstädter Eisenbahngeschichte (Manuskript, Stadtarchiv Freudenstadt), S. 47.
16 Franz Meid: Der Wiederaufbau der Viadukte um Freudenstadt, in: Freudenstädter Heimatblätter, Nr. 3/1949.
17 Rudolf Meintel: Freudenstädter Eisenbahngeschichte, S. 51.
18 Gerhard Hertel: Zeit der Not und des Aufbruchs, S. 367.
19 Klaus Stieghorst: Chronologie des Wiederaufbauprozesses von Freudenstadt 1945–1956, in: Hans-Günther Burkhard (Hrsg.): Stadtgestalt und Heimatgefühl, S. 198–256.

Literaturhinweise

Burkhard, Hans-Günther (Hrsg.): Stadtgestalt und Heimatgefühl. Analysen, Vergleiche und Dokumente zum Wiederaufbau von Freudenstadt in den Jahren 1945–1954, Hamburg 1988.

Dyba, Karsten: „Also marschiere ich durch den Schwarzwald“. Das Kriegsende 1945 in Freudenstadt aus französischer Sicht, in: Jahrbuch Landkreis Freudenstadt 2006, Horb am Neckar 2005, S. 123–129.

Heckmanns, Klaus M.: Die Zerstörung Freudenstadts am 16./17. April 1945 – eine strategische Notwendigkeit, in: Freudenstädter Heimatblätter Nr. 5/1995, S. 1–4.

Heckmanns, Klaus M.: Im Dritten Reich, in: Planstadt – Kurstadt – Freudenstadt. Chronik einer Tourismusstadt (1599–1999), hrsg. vom Stadtarchiv Freudenstadt, Karlsruhe 1999, S. 306–357.

Hertel, Gerhard: Die Zerstörung von Freudenstadt, Horb am Neckar 1984.

Hertel, Gerhard: Zeit der Not und des Aufbruchs, in: Planstadt – Kurstadt – Freudenstadt. Chronik einer Tourismusstadt (1599–1999), hrsg. vom Stadtarchiv Freudenstadt, Karlsruhe 1999, S. 366–378.

Rommel, Hans: Vor zehn Jahren – 16./17. April – Wie es zur Zerstörung Freudenstadt gekommen ist, Freudenstadt 1955.

Jürgen Oellers und Hartmut Semmler

Friedrichshafen – Wiederaufstieg einer Industriestadt zwischen Demontage und Kommunalisierung

Französische Truppen erreichten vom Westen her am 21. April 1945 erstmals den Bodensee und besetzten binnen zehn Tagen das gesamte nördliche Seeufer. Die in Trümmern liegende Stadt Friedrichshafen, das Rüstungszentrum Oberschwabens, wurde am Sonntag, dem 29. April 1945, also nach Hitlers Tod, von den aus dem Ortsteil Fischbach kommenden französischen Militärverbänden (Combat-Command 5 der 1. Armee „Rhin et Danube") kampflos eingenommen. Dass die Stadt so leicht erobert werden konnte, war nicht selbstverständlich, da Friedrichshafen mit dem Bau-Ersatz-Bataillon, dem Ersatz-Bataillon ungarischer SS-Zöglinge, dem Volkssturm und kleineren Einheiten in Langenargen und Kressbronn zu einer regelrechten Festung ausgebaut worden war und die Franzosen aufgrund dieser „Rundumverteidigung" mit starker Gegenwehr rechneten. Am 29. April kam den französischen Truppen unter dem Befehl des Oberleutnants Gauthier jedoch eine zivile Abordnung der Stadt beim Ortsteil Manzell entgegen und signalisierte, keine Gegenwehr zu leisten. Es galt, weitere Zerstörungen zu verhindern. Begleitet vom Medizinalrat Walter Gmelin übergab Bürgermeister Walter Bärlin die Stadt an die Franzosen. Erst mit der kurz danach erfolgten Festnahme der Befehlshaber der Wehrmacht, Oberst Gelbrich und Major Karl Knoch, die im Schloss Friedrichshafen residierten, war die Stadt im militärischen Sinne erobert.[1] Dass es an diesem Tag weiterhin Personen in der Stadt gab, die die Niederlage des NS-Regimes nicht einsehen und hinnehmen wollten, beweisen kleinere Schießereien zwischen französischen Besatzungstruppen und deutschen Marine- und Wehrmachtssoldaten.

Die Bevölkerung Friedrichshafens war durch Fliegerangriffe innerhalb nur knapp zweier Jahre drastisch gesunken. Am 1. Januar 1944 zählte die Stadt noch 27 841 Einwohner, dagegen sank die Bevölkerungszahl bis zum April 1945 dramatisch auf rund 8 000 Personen. Dabei kamen nur die wenigsten Bürger durch Bomberangriffe ums Leben: Offizielle Schätzungen schwanken zwischen 500 und 700 Menschen – viele Zwangsarbeiter und die umgekommenen KZ-Häftlinge wurden jedoch dabei nicht berücksichtigt. Die meisten Menschen wurden evakuiert oder verließen freiwillig die gefährdete Stadt oder zogen zu

Verwandten aufs Land. Die Stadt war also, verglichen mit der Vorkriegszeit, im April 1945 nicht nur über die Hälfte zerstört, sondern auch kaum noch bewohnt. Unmittelbar nach der Besetzung Friedrichshafens setzten bei der verbliebenen Bevölkerung umfängliche Beschlagnahmungen ein. So mussten vor allem Waffen, Fahrzeuge, Radios, Fotoapparate, aber auch gewöhnliche Gebrauchs- und Verbrauchsgüter wie Schreibutensilien, Bücher und Nahrungsmittel an die französische Besatzungsverwaltung abgeliefert werden. Eine relativ große Anzahl von nicht oder nur kaum beschädigten Gebäuden samt Inventar wurde ebenfalls requiriert. So wurde das Hauptquartier der französischen Ortskommandantur im fast unzerstörten, aber noch repräsentativen Kurgartenhotel einquartiert und im herzoglichen Schloss der Stab des 11. afrikanischen Jägerregiments eingerichtet. Zeitzeugenberichte überliefern auch Todesfälle und Vergewaltigungen beim Einmarsch der Franzosen.

Die Unternehmen der Friedrichshafener Großindustrie

Die Industriebetriebe des seit 1908 entstandenen Zeppelin-Konzerns konnten mit Hilfe von staatlichen Subventionen, Großaufträgen und betrieblichen Reinvestitionen schon ab 1933, spätestens aber ab 1937, als anlässlich des Luftschiffunglücks bei Lakehurst (USA) die Fahrten mit Starrluftschiffen eingestellt wurden, fast vollständig auf hochwertige Kriegs- und Rüstungstechnologie umstellen. So fertigte die Maybach Motorenbau GmbH insgesamt 140 000 Otto-Motoren für gepanzerte Vollkettenfahrzeuge (vor allem Panzer und Sturmgeschütze), Halbkettenfahrzeuge (wie den Schützenpanzerwagen) und Schnellboote. Die Fertigung von Panzergetrieben erreichte 1944 bei der Zahnradfabrik AG mit monatlich hergestellten 1 000 Stück ihren Höchststand. Friedrichshafen war mit dieser Produktion *das* deutsche Zentrum für Panzermotoren und -getriebe. Die 1932 aus dem Zeppelin-Konzern ausgeschiedene Dornier-Metallbauten GmbH (seit 1937 Dornier-Werke GmbH Friedrichshafen) entwickelte und produzierte zahlreiche Flugzeugtypen, darunter den spektakulären Jagdbomber „Do 335“. Schließlich beteiligte sich die Luftschiffbau Zeppelin GmbH ab 1939 mit der Herstellung von Funkmessgeräten und Radaranlagen (Typen „Würzburg“ und „Mannheim“) sowie ab Juni 1943 mit der Produktion von sogenannten Halbschalen für die A4-Raketenbomben („V2“). Eigens dazu wurden vom Konzentrationslager Dachau 1 202 Häftlinge nach Friedrichshafen überstellt.

Nach der Bombardierung der Friedrichshafener Rüstungsbetriebe am 28. April 1944 durch englische Flieger befahl Adolf Hitler laut Bericht seines Rüstungsministers Albert Speer vom 1. Mai 1944 die Verlagerung der Rüstungsbetriebe auf das Umland. Es wurden sogar große Stollenanlagen bei Hohenems

(Vorarlberg) und bei Überlingen für die Unterbringung von Ausweichwerken geschaffen. Die „Glauconit-Werke" im Steinbruch Unterklien bei Hohenems wurden von der Zahnradfabrik mit zuletzt über 300 Arbeitern betrieben, während im Goldbacher Stollen bei Überlingen keine Produktionsstätten von Friedrichshafener Unternehmen in Anwendung kamen. Die Zerstörungen in der Stadt waren verhältnismäßig hoch, wie die Landesdirektion des Innern im September 1946 unterstrich: *„Friedrichshafen ist die am schwersten vom Krieg betroffene Gemeinde des Gebiets Südwürttemberg und Hohenzollern. Industrie und Fremdenverkehr, die Haupteinnahmequellen der Stadt, sind vernichtet. Von 3 501 Gebäuden sind 1 960, also mehr als die Hälfte zerstört oder schwer beschädigt. Die Wohnungsnot ist unvorstellbar groß, sie ist noch durch die Belegung der Stadt mit einer größeren Besatzung* [gemeint ist die französische Besatzungsmacht] *verschärft."*[2] Friedrichshafen – sowohl als Stadt als auch als seit 1937 bestehender Kreis – stand für Südwürttemberg und für beinahe alle industriell-gewerblichen Verluste in dieser Region an der Spitze der Zerstörungsskala, so mit den weitaus größten Verlusten im Maschinenbau, gefolgt von Ausfällen im Fahrzeugbau, in der Metall-, Luftfahrt-, Bau- und Sägeindustrie.

Ohne den spezifischen Verlauf der Stadtgeschichte bis zum Jahr 1944 lässt sich die Entwicklung der Stadt für die unmittelbare Nachkriegszeit nicht wirklich erfassen und deuten. Das Aufstreben der einst kleinstrukturierten Reichsstadt zur königlichen Sommerresidenz, zum Verkehrsknotenpunkt für Schifffahrt und Eisenbahn, zum Kur- und Tourismusort am Bodensee und schließlich zur Zeppelin-Stadt lässt sich hier nur andeuten. Die industrielle Entwicklung Friedrichshafens nahm seit 1933 erneut einen vor allem quantitativ raschen und beispiellosen Verlauf. Trotz Wirtschaftskrise gab es nur eine geringe Arbeitslosigkeit, dafür einen hohen Überschuss an gut ausgebildeten männlichen Facharbeitern, vor allem in der metallverarbeitenden Industrie. Arbeitskräfte wurden in immer größerem Umfang nicht nur aus dem regionalen Umfeld, sondern aus ganz Deutschland und Europa, als Saisonarbeiter vor allem aus Italien und Polen, herangezogen. Der Fremdenverkehr war vor dem Krieg eine zusätzliche wichtige Erwerbsquelle; allein das Hotelwesen versorgte immerhin etwa 600 Menschen. Hauptarbeitgeber war mit großem Abstand die Großindustrie. Im Jahr 1936 waren in den vier Großbetrieben der Zeppelin-Industrie an die 10 000 Menschen beschäftigt, bei der Reichsbahn, mit dem überregional bedeutsamen Ausbesserungswerk, standen etwa 1 000 Beschäftigte in Lohn und ebenso viele waren bei der Schifffahrt tätig, hier vor allem in der Werft und im Fährbetrieb. Die ab 1939 für den sechs Jahre währenden Vernichtungskrieg eingezogenen männlichen Arbeitskräfte wurden durch insgesamt etwa 15 000 Fremd- und Zwangsarbeiter – Männer, Frauen und sogar Kinder – aus West-, Süd-, Mittel- und Osteuropa zeitweilig oder ganz ersetzt. Anfang 1944

war die Belegschaft der vier Unternehmen auf über 21 000 Arbeiter in die Höhe geschnellt.

Die französische Verwaltung

Das Hauptquartier für die französisch besetzte Zone befand sich von Mai bis August 1945 in Lindau. Der militärische Oberbefehl und die zivile Regierungsmacht unterstanden dem Chef der 1. französischen Armee, General Jean de Lattre de Tassigny, der jedoch schon bald durch General Pierre Koenig (Baden-Baden) ersetzt wurde. Die für den Kreis Friedrichshafen zuständige Militärbehörde der Besatzungsmacht verblieb bis zum August 1945 im beschädigten Friedrichshafener Kurgartenhotel, bevor sie ins nahegelegene Tettnanger Schloss umsiedelte; damit war sie in räumlicher Nähe beim Landratsamt untergebracht. Erster Militärgouverneur war ab September 1945 M. A. Passemard, dann ab März 1946 der Straßburger Pierre Ulmer und ab dem 1. Februar 1947 der aus Schlettstadt gebürtige Albert Merglen (Ulmer war als Militärgouverneur nach Ravensburg gewechselt, wo er sich 1953 das Leben nahm).



Militärgouverneur Albert Merglen (4. v. links) beim Besuch der Internationalen Bodensee-Messe (IBO) Anfang der 1950er Jahre. (Foto: Stadtarchiv Friedrichshafen, NL Max Grünbeck)

Im Gegensatz zu seinen Nachfolgern hinterließ Passemard keinen bleibenden Eindruck. Dagegen wurden Ulmer und vor allem Merglen wegen ihres Einfühlungsvermögens in die städtischen Probleme von Teilen der Bevölkerung und von den Arbeitern in den Betrieben geschätzt. Die Umbenennung der Siegerstraße in Maybachstraße im September 1947, die von Merglen bekämpft wurde, führte zwar zu Verstimmungen zwischen Stadt und Militärregierung, trübte aber den Gesamteindruck nicht nachhaltig. Merglen wandte sich hier gegen die Verfestigung des Namens einer hochrangigen Persönlichkeit, die als Wehrwirtschaftsführer den Nationalsozialisten gedient hatte; letztlich setzte sich allerdings der von der Stadt favorisierte Namen durch. Beeindruckend war auch, in welcher Art sich Militärgouverneur Merglen mit einer Umfrage vom 10. April 1947 an rund 150 im öffentlichen Leben stehenden Personen des Kreises Tettnang wandte, um die Zusammenarbeit zwischen Besatzung und Bevölkerung voranzubringen.

Wieder- und Neugründung politischer Parteien

Die Gründung politischer Parteien in der französischen Besatzungszone geschah auf Grundlage der Verfügung Nr. 26 vom 13. Dezember 1945 durch General Koenig. Die jeweiligen Ortsgruppen (Untergruppen) bildeten sich gemäß Artikel 3, Abs. 3 der entsprechenden Ausführungsverordnung des Administrateurs General Emile Laffon. Wohl schon unter Militärgouverneur Ulmer wurde in Friedrichshafen die örtliche Betätigung von Gründungsmitgliedern der Christlich-Demokratischen Union und der Kommunistischen Partei am 25. März 1946 erlaubt. Es folgte die Genehmigung für die Sozialdemokratische Partei am 28. März und für die Demokratische Volkspartei am 19. Juli 1946. Bei diesen ersten Parteigründungen in Friedrichshafen wurde von Seiten der Militärbehörden noch peinlich genau darauf geachtet, dass sich unter den Gründungsmitgliedern keine ehemaligen Mitglieder der NSDAP oder anderer NS-Organisationen befanden. Bei der Überprüfung der Antragsteller von Parteineugründungen fielen eher Widerstandskämpfer wie der Gewerkschafter und spätere SPD-Gemeinderat Jakob Müller auf, der 1939 zu einer vierjährigen Zuchthausstrafe wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt wurde. Müllers Motive für den Widerstand, so die örtliche Polizeibehörde, seien nicht „niedriger Gesinnung“ entsprungen; er könne daher „in moralischer Hinsicht als durchaus einwandfrei bezeichnet werden“.

Die Gründungsversammlungen der Parteien zogen sich hin, weil Formalitäten nicht eingehalten wurden (z. B. die Vorlage der Tagesordnung in deutscher und französischer Sprache) oder weil keine geeigneten Lokalitäten gefunden werden konnten. So teilte der Vorsitzende der Demokratischen Volkspartei,

Hugo Schradin, dem Bürgermeisteramt mit, dass die Gründungsveranstaltung der DVP am 20. Dezember 1946 infolge „verspäteter Kenntnis von der Genehmigung“ jeweils in den Wohnungen der fünf Gründungsmitglieder erfolgt war. Die SPD gründete ihre Ortsgruppe bereits am 7. April im Gasthof „Hecht“, bei der auch gleich die Fragen zur „Verschmelzung“ von SPD und KPD und zum Ausmaß der Entnazifizierung kontrovers erörtert wurden. Eine Woche später, am 14. April, gründete sich die KPD im „Waldhorn“ und am 4. Mai 1946 die CDU, ebenfalls im „Hecht“. Im Ortsteil Fischbach konnte sich am 23. Juni 1946 aufgrund des hohen konservativ-katholischen Anteils in der Bevölkerung eine eigene CDU-Untergruppe im „Café Maier“ gründen. Versammlungssäle waren äußerst rar und schwierig zu bekommen; neben Gasthöfen und Restaurants kamen noch die Betriebskantine des Maybach Motorenbau oder der Saal des Verbands oberschwäbischer Zeitungsverleger (VERBO) in Betracht.[3]

Die Bürgermeister

Am 14. März 1947 wurde eine neue Gemeindeordnung vom Landtag verabschiedet.[4] Sie bildete die Grundlage für die Schaffung eines Kommunalwahlrechts und damit die Voraussetzung für eine Neuwahl kommunaler Selbstverwaltungsgremien. Bis dahin existierten nur provisorische politische Gremien in der Stadtverwaltung, bei Betrieben, Parteien und Gewerkschaften, die nur diffuse Möglichkeiten zur Einflussnahme auf politische Entscheidungen hatten.

Den seit elf Jahren amtierenden und aufgrund seiner NS-Vergangenheit belasteten Bürgermeister Walter Bärlin ersetzte die französische Besatzungsmacht Ende Juni 1945 durch den promovierten Religionslehrer August Bertsch. Der damals 58-Jährige war katholischer Geistlicher, hatte im „Dritten Reich“ wegen seiner antinazistischen Einstellung Disziplinarmaßnahmen auferlegt bekommen und beherrschte zudem die französische Sprache. Rasch zeigte sich jedoch, dass Bertsch für seine überaus unpopuläre Tätigkeit und als verlängerter Arm der Besatzer keinen Rückhalt in der Bevölkerung fand: Er sollte den Anordnungen der Militärregierung in Sachen Wohnraumbeschaffung, Lebensmittelversorgung, Requisition und Verwaltungsaufbau Geltung verschaffen. Seine Versuche, von Anfang an die kommunalpolitischen Kräfte an den politischen Aufbauarbeiten zu beteiligen, erfüllten sich erst mit der Einberufung eines Gemeinderatskomitees am 20. Februar 1946, als Bertsch persönlich bereits wieder zur Disposition stand. Die in Neugründung befindlichen Parteien und das Landratsamt Tettnang unterstützten nun Josef Mauch, einen Gewerbeschullehrer, der als Vorsitzender der „Säuberungskommission für die Verwaltung“ aktiv die Amtsenthebung seines Vorgängers betrieb. In diesen Personalwechsel waren der örtliche Militärgouverneur Bouillon-Perron, Kreisgouverneur Ulmer,

die Landesdirektion des Innern beim Staatssekretariat in Tübingen und die dortige französische Militärregierung eingebunden. Am 8. Juni 1946 kam das grüne Licht für die Amtsenthebung von Bertsch.

Sein Nachfolger Josef Mauch hatte wegen seiner Funktion als Lehrlingsausbilder für die Firmen des Zeppelin-Konzerns eine gewisse Nähe zur Industrie und brachte zudem Verwaltungserfahrung mit. Als ehemaliger Vorsitzender der Zentrumspartei Friedrichshafens genoss er die Unterstützung der neu formierten CDU. Mauch unterstützte die Neubildung von Klein- und Mittelbetrieben, weshalb ihm wirtschaftlich einflussreiche Kreise der Stadt unterstellten, eine gegen die Großindustrie gerichtete Wirtschaftspolitik zu betreiben. Dass Mauch in einer kritischen Phase erfolgreich mit der französischen Besatzungsmacht und dem Landratsamt Tettnang die Weichen für die Übernahme der Zeppelin-Stiftung durch die Stadt Friedrichshafen stellen konnte, fiel bei der Bewertung seiner Amtszeit offenbar nicht ins Gewicht. Jedenfalls setzte sich bei der Bürgermeisterwahl Ende 1948 der von der im August 1948 gegründeten Freien Wählervereinigung aufgestellte Max Grünbeck durch. Grünbeck bewarb sich auf Empfehlung Kurt Georg Kiesingers, zu dieser Zeit Landesgeschäftsführer der CDU in Württemberg-Hohenzollern. Beide kannten sich aus ihrer gemeinsamen Zeit im Reichsaußenministerium unter Joachim von Ribbentrop: Kiesinger als Leiter der „Rundfunkpolitischen Abteilung", Grünbeck als Leiter der „Handelspolitischen Abteilung". Seine Mitgliedschaften in der SS (1933), NSDAP (1937) und in weiteren NS-Verbänden wie der Deutschen Arbeitsfront und der Reichskulturkammer waren dem französischen Militärgouverneur offensichtlich nicht bekannt. Sie wurden auch während seiner Amtszeit nie diskutiert. Max Grünbeck war bis 1951 Bürgermeister und danach bis 1977 Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Friedrichshafen.[5]

Entnazifizierung

In Friedrichshafen bildeten sich seit Juli 1945 „antifaschistische" Gruppen, die politische Säuberungen forderten, Listen mit Namen der zu entfernenden Personen erstellten und sogar kurz vor der Bildung eines Anti-Nazi-Komitees unter der Führung des späteren KPD-Ortsvorsitzenden Fritz Beckert standen. Kennzeichnend für diese kurze Phase waren spontane Säuberungen, die zur Folge hatten, dass zum Beispiel elf Beamte und Angestellte der Stadtverwaltung, darunter auch Bürgermeister Walter Bärlin, abgesetzt oder entlassen wurden. Dieser nichtamtliche Ansatz der politischen Säuberung zog nicht nur auf administrativer deutscher Seite heftige Kritik nach sich. So forderte der von den Franzosen kommissarisch eingesetzte Bürgermeister Bertsch im Dezember 1945 „nur eine amtliche Aktion".[6] Auch ein Großteil der französischen Besatzungs-

behörde favorisierte schon ab November 1945 eine amtliche Lösung – mit rein deutscher Beteiligung – und ersetzte schließlich ab dem Frühjahr 1946 die spontan gebildete lokale Säuberungskommission durch die sogenannten Kreisuntersuchungsausschüsse („Kruas").

Bei den einzelnen Landesdirektionen ermittelten sogenannte Säuberungskommissionen die Verstrickung belasteter Personen in die nationalsozialistische Diktatur. Eine Stufe tiefer, auf der Ebene der Landkreise, agierten die Kreisuntersuchungsausschüsse; diese wurden per Erlass vom 31. Oktober 1945 als Entnazifizierungsinstanz eingerichtet. Für die Überprüfung von Genossenschaften (Anordnung Nr. 1 vom 20. Mai 1946), Wirtschaft (Anordnung Nr. 2 vom 27. Mai 1946) und Verwaltung (Anordnung Nr. 3 vom 13. August 1946) waren in diesen Kreisuntersuchungsausschüssen Vertreter von Parteien oder Gewerkschaften, gelegentlich auch Verfolgte des NS-Regimes vertreten. Die Untersuchungsausschüsse waren durch die Anzahl an Belasteten und wegen ihrer schematischen Arbeitsweise allerdings schnell überfordert und arbeiteten sehr langsam, da sie nicht nach der Schwere der Belastung unterschieden, sondern auch Bagatellfällen mit einem relativ hohen Aufwand nachgingen. Im Herbst 1947 wurden die beiden Ausschüsse zusammengelegt und arbeiteten nun den neu eingerichteten Spruchkammern zu.

Die in den Spruchkammern eingesetzten Juristen hoben in dieser zweiten Säuberungsphase ab Mai 1947 viele Verurteilungen wieder auf und amnestierten zahlreiche Belastete. Bis Ende 1947 wurden im Kreis Tettnang damit über 2700 Personen auf ihre NS-Vergangenheit überprüft. Im Lager Balingen – auf dem Gelände eines ehemaligen Zementwerks unweit des KZ-Außenlagers Bisingen – wurden nachweislich 36 Friedrichshafener Bürger oder 4,5 Prozent aller Internierten Württemberg-Hohenzollerns untergebracht (Stand: 6. Dezember 1947). Darunter befanden sich der stellvertretende Kreisleiter Wilhelm Schwebel und die Ortsgruppenleiter Rudolf Göttinger (Friedrichshafen-Nord), Josef Hund (West) und Rudolf Riedle (Süd), die im Juli 1948 als Minderbelastete mit Bewährungsfristen und geringfügigen Geldstrafen eingestuft bzw. belegt wurden.

Einen gewissen Höhepunkt bei der Rechtssprechung gegenüber NS-Verbrechern bildete das Urteil des US-amerikanischen Militärgerichts in Dachau im März des Jahres 1947 gegen den ehemaligen NSDAP-Kreisleiter Hans Seibold, den früheren Ailinger Bürgermeister Albert Schraff und den ehemaligen SS-Mann Fritz Müller wegen Ermordung des notgelandeten US-amerikanischen Fliegers Scott im Juli 1944. Müller wurde als derjenige, der den Amerikaner erschossen hatte, zum Tod durch Erhängen, Seibold und Schraff wegen Beteiligung an der Erschießung zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Letzteren wurden im Juni 1955 aus dem Zuchthaus in Landsberg/Lech entlassen. Am 23. Dezember

1947 fielen die Entnazifizierungsentscheidungen gegen 18 herausragende Repräsentanten der Friedrichshafener Großbetriebe, darunter auch die seit Dezember 1937 von Göring ernannten Wehrwirtschaftsführer der Großbetriebe bzw. des Zeppelin-Konzerns Claude Dornier, Karl Maybach und Hugo Eckener. Einen Abschluss der Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern markiert schließlich die Weisung Nr. 75 des Staatskommissariats für die politische Säuberung vom 11. Januar 1949, welche die Einstellung der Tätigkeiten der Kreisuntersuchungsausschüsse vorwegnahm. Die oft zitierte gemäßigte Gangart der Entnazifizierung in der französischen Zone fand sich damit für Friedrichshafen bestätigt.

Die Industriebetriebe

Mangelwirtschaft und unzureichende Ernährung prägten nach dem Krieg nicht nur die ersten Jahre bis 1948, sondern auch die Zeit danach. Es zeichneten sich zudem eine völlige Demontage der großen Industriebetriebe und damit der Verlust zahlreicher Arbeitsplätze und Perspektiven ab. Nicht erst mit der Demontage, sondern schon vorher durch die Industrieverlagerungen nach dem 28. April 1944 und mit dem Kriegsende sank die Beschäftigtenzahl dramatisch: Beim Jahreswechsel 1945/46 waren in den vier Großbetrieben gerade noch etwa 4 500 Arbeiter beschäftigt; diese Anzahl verringerte sich bis ins Jahr 1947 auf 1 700 Arbeitsplätze.[7]

Am 1. Juni 1947 begann die französische Zwangsverwaltung der Firmen Zahnradfabrik und Luftschiffbau Zeppelin. Zwangsverwalter für diese Firmen, wie schon seit dem 1. September 1946 beim Maybach Motorenbau, war Jean Deudon, der Ende April 1948 durch Emile Knipper (seit August 1946 Zwangsverwalter bei den Dornier-Werken) abgelöst wurde. Am 5. November 1947 wurde die Liquidation der ehemaligen Rüstungsfirmen Dornier und Luftschiffbau Zeppelin beschlossen und am 12. November eine offizielle Demontageliste der Alliierten herausgegeben, welche die Liquidation und Volldemontage der großen Friedrichshafener Rüstungsbetriebe verfügte. So wurde das Firmengelände der Firma Dornier in Manzell nach Demontage durch weiträumige Sprengungen abgeräumt. Teile des Werksgeländes in Manzell und Allmannsweiler wurden 1949 veräußert oder gingen in städtischen Besitz über. Weitere Dornier-Werke außerhalb Friedrichshafens – etwa das seit 1926 bestehende Werk in Altenrhein/Schweiz – wurden ebenfalls veräußert. Nachdem die Zwangsverwaltung 1949 zu Ende ging, fand erst ab dem Jahr 1956 eine Neugründung der Friedrichshafener Dornier-Werke auf Immenstaader Gemarkung, dem ehemaligen Seewerk des Luftschiffbau Zeppelin, statt. Im April 1948 wurden Sprengungen in den Werksanlagen der Firma Luftschiffbau Zeppelin und in der berüchtigten „V2“-Anlage bei Raderach durch ein französisches Kommando durchgeführt.

Die Demontagen führten am 10. Mai 1948 dazu, dass sich die Landesregierung von Württemberg-Hohenzollern beim Besuch der Firma Luftschiffbau Zeppelin ein Bild über die Maßnahmen machte und weitere Sprengungen und Liquidationsverkäufe – vor allem bei der Zahnradfabrik – unterbinden konnte.

Hallen und Areale des Luftschiffbau Zeppelin waren zu einem großen Teil von zwei französischen Reparaturwerkstätten selbst genutzt oder weitervermietet worden, was eine Liquidation verhinderte. Die französischen Umwidmungen, aber auch andere Aus- und Umgründungen von Luftschiffbaubetrieben (z. B. Metallbearbeitung und Sauerstoffwerk Friedrichshafen) führten in der Folge zu neuen Firmen, wie den Zeppelin-Metallwerken. Die Liquidation des Luftschiffbau Zeppelin selbst endete erst am 2. Mai 1955 mit der Folge, dass er nicht mehr als produzierender Betrieb, sondern nur noch als Grundstücks- und Vermögensverwalter in Erscheinung trat. Der „Plan Robin" sah sogar kurzzeitig ein französisches Zahnradunternehmen vor, wodurch rund ein Drittel des Maschinenlagers der Zahnradfabrik nach Frankreich verbracht, aber im Jahr 1950 wieder zurück nach Friedrichshafen transportiert wurde. Für die Zahnradfabrik wurde die Zwangsverwaltung am 30. September 1948 aufgehoben. So kam es auch zu den scheinbar kurios anmutenden Verfügungen, dass bereits im Juli 1948 die Zahnradfabrik von der Demontageliste gestrichen wurde, während – durch mehrere Aufschübe verursacht – erst am 5. August die Demontage der Firma Maybach bestimmt wurde, die bereits wenige Tage später, am 13. August, wegen ihrer Weigerung, an der angeordneten Demontage mitzuwirken, sofort geschlossen wurde. Schlagartig verlor die ganze Belegschaft ihre Arbeitsplätze. Diese Weigerungshaltung war bei den anderen Unternehmen nicht so vehement betrieben worden. Dort wurde in einer eher kooperativen Weise versucht, eine völlige Demontage abzuwenden. In dieser Situation bemühte sich die Stadt um die Rettung von Arbeitsplätzen durch Ansiedlung von Chemie- und Textilbetrieben auf den demontierten Firmengrundstücken. Aber auch für die Firma Maybach Motorenbau wurde schon wenig später, am 25. September 1948, eine Teildemontage verfügt, die am 1. März 1949 beendet wurde. Bereits im Geschäftsjahr 1949/50 erzielte die Firma durch Umstellung auf Dieselmotoren gute Verkaufszahlen.

Revitalisierung des Schiffsverkehrs

Einen Einblick in die besonderen Verkehrsanbindungen der Bodenseestadt vermögen die Fährverbindung, die Südbahn und der Flugplatz zu geben. Nach dem Niedergang seit dem Ersten Weltkrieg und als Folge der fast aussichtslosen Konkurrenzsituation gegenüber der Eisenbahn kam vor allem der Schifffahrt wieder eine besondere Bedeutung zu, weil ihre zeit- und kostensparenden Fak-

toren stärkeres Gewicht erhielten. Für die Besatzungsmacht von speziellem Interesse waren anfangs die Ausflugsschiffe, die sich für die pompösen Selbstdarstellungen des Generals de Lattre de Tassigny verwenden ließen. Erst im Jahr 1947 wurden das Gesellschaftsschiff „St. Corentin", dahinter verbarg sich das seit 1945 von den Franzosen beschlagnahmte und für repräsentative Anlässe benutzte Motorschiff „Stuttgart", und ein Jahr später das Motorschiff „Deutschland", das seit 1945 von den Franzosen als Tanz- und Vergnügungsschiff „Rhin et Danube" genutzt wurde, an die deutsche Bahnverwaltung zurückgegeben.

Der Trajektverkehr von Friedrichshafen nach Romanshorn, der am 15. Mai 1939 – also noch vor Kriegsbeginn – stillgelegt worden war, konnte am 5. Januar 1948 wieder aufgenommen werden. Dieser nach Romanshorn betriebene Eisenbahnfrachtverkehr mittels Fähre existierte seit 1869 und war nach dem „Anschluss" Österreichs entbehrlich geworden, da der mittlerweile unrentabel gewordene Trajektverkehr nur als Konkurrent zu den österreichischen Bundesbahnen aufrechterhalten worden war. Im ersten Betriebsmonat, im Januar 1948, konnten auf diese Weise 850 mit Briketts und Papierholz beladene Waggons, die aus der sowjetischen Besatzungszone kamen, in die Schweiz verschifft werden. Umgekehrt gingen im Januar fast ausschließlich 588 leere (!) Waggons von der Schweiz in die SBZ und – zum kleineren Teil – in das Saargebiet zurück. Argumente für die Wiedereinsetzung des Trajektverkehrs waren zum einen ein eigener südwürttembergischer Grenzübergang in die Schweiz, zum anderen die von den badischen Grenzübergängen abgezogenen Devisengewinne, und drittens ein gewisser finanzieller Ausgleich für das industriell demontierte Friedrichshafen. Auch die im Rahmen des Wirtschaftsabkommens der Bizone mit der Schweiz ausgehandelte JEIA-Anweisung (Joint Export/Import Agency) zur Freigabe der deutschen Übergänge für Frachttransporte in die eidgenössische Republik überging zunächst den Friedrichshafener Fährübergang; erst die mehrmalige Intervention eines regionalen Speditionsunternehmens über das Tübinger Regierungspräsidium und Innenministerium im Oktober 1948 führte zu einer Freigabe auch des Friedrichshafener Grenzübergangs.

Die Abwicklung des Fähr-Personenverkehrs verlief in den ersten Jahren nach Kriegsende ebenfalls umständlich und mit großem Zeitaufwand für die Reisenden. Für Tagesfahrten in die Schweiz mussten begründete Anträge gestellt und eine Bescheinigung beigefügt werden, aus welcher der Grund der Reise stichhaltig hervorgehen sollte. Auch das penible und zeitaufwändige Eintragen aller Reisenden in Listen durch die französischen Gendarmen sorgte für verspätete Abfahrten und für Unmut unter den Reisenden. Bürger aus dem alliierten Ausland mussten zudem zurückgewiesen werden, da diese über Kreuzlingen/Konstanz aus- bzw. einzureisen hatten, weil der deutsche Zoll in Friedrichshafen nicht befugt war, das Gepäck dieser Reisenden zu kontrollieren.[8]



Die Schweizer Kinderhilfe: Das Foto zeigt die Rückkehr Friedrichshafener Kinder aus Romanshorn 1946/47. (Foto: Stadtarchiv Friedrichshafen, Sammlung Hättig)

Doch es gab auch schon bald positive (Wieder-)Annäherungen zwischen Schweizer und Friedrichshafener Einwohnern. Als Beispiel einer besonderen „Hilfe von außen" ist das karitative Engagement von Schweizer Bürgergemeinden zu erwähnen, die sogenannte Schweizer-Kinder-Aktion. Im November 1946 luden die evangelischen Gemeinden in Arbon und Romanshorn 600 Kinder aus Friedrichshafen zu einem Tagesaufenthalt ein. Ursprünglich waren nur evangelisch getaufte Kinder als Gäste vorgesehen, doch die französische Militärregierung setzte durch, dass mit dem Dampfschiff auch rund ein Sechstel katholische Kinder über den See gebracht wurden. Die Kinder erhielten in der Schweiz eine Speisung und für die Heimfahrt dringend benötigte Kleidung und Lebensmittel. Am 20. April 1947 wurden Kinder aus Friedrichshafen und Langenargen in die Schweiz eingeladen, und vom 1. September bis zum 6. Oktober 1947 verbrachten gar 42 Kinder aus Friedrichshafen und aus dem Kreis Tettnang ihre Ferien in verschiedenen Gemeinden der Schweiz. Im August 1947 endeten dann die im Oktober 1946 aufgenommenen Schweizer Schulspeisungen in Friedrichshafen.[9] Diese Aktionen und zahlreiche weitere Spenden, Kinderspeisungen und „Liebesgaben" blieben nicht nur den Friedrichshafener Kindern und Bürgern bis heute im Gedächtnis. Sie sind als den Bodensee umspannende Hilfsmaßnahmen nicht hoch genug zu bewerten.

Die vor dem Krieg bestehende Einbeziehung der Südbahnlinie von Ulm nach Friedrichshafen für den schweizerisch-deutschen Durchgangspersonenverkehr wurde, was von Seiten lokaler Stellen äußerst heftig bemängelt worden ist, nicht wieder aufgenommen. Seit dem Jahr 1948 gelang die Wiederaufnahme des Zugverkehrs mit der Schweiz und verlief über Lindau bzw. Singen – und damit an der mitten am nördlichen Seeufer gelegenen Stadt vorbei. Die seit 1941 betonierte Landebahn des nun französischen Militärflugplatzes im Stadt-

teil Löwental wurde in den Jahren 1947 bis 1949 ausgebaut und verlängert. Bis 1957 wurde einer der ältesten Flugplätze Deutschlands (1915) durch französische Geschwader rein militärisch genutzt.[10]

Wirtschaftliche Weichenstellungen ab 1947

Als wichtiges Moment bei der Entscheidung über die wirtschaftliche Zukunft Friedrichshafens sollte sich das Tauziehen um die Stiftung des Grafen Zeppelin erweisen. Nach der Havarie der „LZ 4" bei Echterdingen im Jahre 1908 und der daraufhin lancierten Volksspende zum Bau eines weiteren Luftschiffs, die über sechs Millionen Goldmark einbrachte hatte, hatte Graf Zeppelin mit diesem Geld eine Stiftung zur Förderung des Luftschiffbaus eingerichtet. Für den Fall, dass der ursprüngliche Stiftungszweck nicht mehr zu realisieren sei, sollte sie nach dem Willen des Stifters – als Dank für die Unterstützung des „verrückten Grafen" auch in schwierigen Zeiten – zur Realisierung wohltätiger Projekte an die Stadtgemeinde Friedrichshafen übergehen. Diese Situation war aufgrund der alliierten Einschränkungen für die deutsche Luftverkehrsindustrie nach 1945 gegeben. Gegen ein Weiterbestehen der Stiftung in ihrer bisherigen Form sprach aus der Sicht der Siegermächte auch, dass sich der Luftschiffbau Zeppelin Konzern, dessen Dach die Stiftung bildete, sehr intensiv in der Kriegswirtschaft betätigt hatte; insbesondere die französische Besatzungsmacht hatte sich die Zerschlagung von Rüstungskonzernen zum Ziel gesetzt.

In der Folge wurden von unterschiedlichen Interessengruppen mehrere Wege beschritten, die Substanz der bei Kriegsende immerhin auf 13 Millionen Reichsmark geschätzten Stiftung zu retten. Ab Mai 1946 kam es zu Verhandlungen zwischen dem früheren LZ-Konzernchef Hugo Eckener und Vertretern des Staatssekretariats in Tübingen. An die Stelle der früheren Stiftung sollte eine nach der alten Reichsstadt benannte „Buchhorn-Stiftung" treten. Attraktiv war für die provisorische Landesregierung, dass für sie nach dem Willen Eckeners ein Vorstandssitz in der Stiftung reserviert sein sollte, sowie die ausdrücklich wirtschaftsdemokratische Orientierung des neuen Statuts. Eckener sah hier die Chance, über die von ihm formulierte Zweckbestimmung der Stiftung („Förderung internationaler wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit") die Finanzmittel à la longue doch wieder seinen damals angedachten Luftschiffprojekten mit den USA zugute kommen zu lassen. Dass er gegenüber seinen Verhandlungspartnern den entscheidenden § 15 der Stiftungsurkunde von 1908, den Stifterwillen des Grafen Zeppelin nach Ablauf der Luftschiffära betreffend, nicht erwähnte, hatte zur Folge, dass die Stadt Friedrichshafen als möglicher Rechtsnachfolger erst spät mit ins Spiel kam. Es lag im Interesse der regionalen Vertreter der französischen Besatzungsmacht, die Ansprüche der

Kommune zu forcieren: Friedrichshafen war aufgrund des hohen Zerstörungsgrads Notstandsgebiet in ihrer Zone, mit großem Potenzial an Facharbeitskräften, das keine adäquate Beschäftigung fand. Kapital zum Aufbau von Wohnungen, Infrastruktur und neuen Gewerbebetrieben war Mangelware, und so erschien eine ausdrücklich wohltätigen Zwecken dienende Stiftung als Chance für den Wiederaufbau. Auch dem Landratsamt Tettnang als zuständiger deutscher Behörde war daran gelegen, die Not vor Ort in Grenzen zu halten, und es unterstützte daher die von den Franzosen in Auftrag gegebenen rechtsgutachterlichen Bemühungen, den Übergang der Zeppelin-Stiftung auf die Stadt Friedrichshafen zu erwirken. Mit der Expertise des vom Landratsamt Tettnang beauftragten Justiziars Ernst Mühlhäuser vom Oktober 1946, der mittlerweile auf den Passus des Stifterwillens gestoßen war und ganz in diesem Sinne argumentierte, bekam die Stadt eine gute Position, die die französische Besatzungsmacht letztlich gegen die Interessen des Staatssekretariats und der ehemaligen LZ-Konzernspitze durchsetzte.[11]

Zum 1. März 1947 ging die Stiftung an die Stadt Friedrichshafen über. Damit war zunächst nicht ein sofortiger größerer Geldzufluss an die Kommune verbunden. Wichtiger war aber, dass die Stadt nun wirtschaftspolitisch aktiv werden konnte und musste. Denn an der Stiftung hingen die zur Liquidation anstehenden Betriebe des LZ-Konzerns, und die Stadtverwaltung erhoffte sich, darauf Einfluss nehmen zu können. Ersten erfolgversprechenden Schritten – so wurde bereits eine Schätzung des Betriebs Luftschiffbau Zeppelin unter Billigung des französischen Kreisgouverneurs vom Bürgermeister Josef Mauch in Auftrag gegeben – folgte dann aber schon im Mai 1947 ein Einspruch der Baden-Badener Militärregierung: Ein französischer Sequester (treuhänderischer Verwalter) sollte die Liquidation übernehmen. Von Anfang an umstritten war der tatsächliche Wert der Stiftungsbetriebe; je nach Interessenlage wurden sie sehr niedrig oder hoch eintaxiert. Dabei spielte vor allem die Frage eine Rolle, inwiefern alte Reichsverpflichtungen realistischer Weise in den Vermögensbestand hineinzurechnen seien. Ein Coup gelang der Stadtverwaltung durch die Herauslösung nicht produktionsgebundener Vermögensanteile aus dem LZ-Konzern am Vorabend der Währungsreform Ende Mai 1948: Wichtige Grundstücke und Gebäude fielen an die Stadt, wobei der Kurs Reichsmark zu Deutscher Mark mit 1:1 berechnet wurde. Insbesondere über die Liegenschaften und Rücklagen der Zeppelin-Wohlfahrt, einer 1913 gegründeten Firmeneinrichtung zur sozialen Unterstützung der Konzernbediensteten, konnte die Stadt nun verfügen. Auch dies geschah mit französischer Unterstützung.

Einen Markstein bildete die Übernahme der Aktien der Zahnradfabrik im Sommer 1950 durch die Stadt Friedrichshafen. Bis 1952 dauerte eine erbitterte Fehde zwischen Hugo Eckener sowie Karl Maybach auf der einen und der Stadt

Friedrichshafen auf der anderen Seite um die Anteile am Maybach-Werk, die einen nicht unerheblichen Teil des Stiftungsvermögens ausmachten, und um den Status der Stiftung.[12] Erst als auf allen Ebenen eine gewisse Müdigkeit angesichts eines heute skurril anmutenden Kleinkriegs zwischen Eckener und der Stadt erkennbar wurde, einigte man sich: Die Stadt trat ihre Firmenanteile an Maybach ab und erhielt dafür Ruhe. Dies war in der nach wie vor angespannten Wohnungslage zu Beginn der 1950er Jahre von großer Bedeutung, galt es doch, die mittlerweile neu formierte Landesregierung nicht zu verärgern, da speziell Friedrichshafen auf großzügige Wiederaufbauzuschüsse angewiesen war. Bis zum vorläufigen Abschluss des Wiederaufbaus der Altstadt 1956 blieben diese Fördermittel – zusammen mit den sich mittlerweile ständig steigernden Einkünften aus der Zeppelin-Stiftung – das finanzielle Rückgrat beim Aufbau der Stadt.

Arbeitsmarktlage nach dem Krieg

Zu keiner Zeit gab es in Friedrichshafen ein größeres Arbeitslosenproblem. Gravierender waren der Arbeitskräftemangel in bestimmten Bereichen wie der Landwirtschaft und vor allem die geringen Löhne. Das zuständige Arbeitsamt Ravensburg hatte zunächst den Arbeitskräftebedarf für die Besatzungsmacht zu decken. Auch die Beschäftigten von LZ, ZF und MM wurden zu „Sonderdiensten“ für die Franzosen herangezogen.[13] Der Währungsschnitt Mitte 1948 brachte zunächst für die Beschäftigten ein Ansteigen der Preise bei gleichen Löhnen. Noch 1951 war von einer Währungseuphorie nichts zu spüren. Die Kaufkraft der Verbraucher ging zurück, die Unternehmen freilich konnten sich wegen des stabileren Kapitalmarkts konsolidieren. Dies wirkte spätestens ab 1953 als Wachstumsmotor.

Eine weitere zukunftsweisende Aktivität war die Schaffung einer neuen Messe am Standort Friedrichshafen.[14] Aus dem bescheiden begonnenen Unternehmen entwickelte sich eine der modernsten und größten Messen im deutschen Südwesten mit grenzüberschreitender Ausstrahlung. Der Impuls kam von Kaufmann Albert Scheuermann, der in den Jahren 1948/49 Friedrichshafener Geschäftsleuten und der Stadtverwaltung ein Konzept zur Schaffung eines internationalen Messeplatzes an diesem – aus seiner Sicht – idealen Standort vorlegte. Scheuermann, nicht aus Friedrichshafen stammend, war bereits vor dem Zweiten Weltkrieg mit dem Messegeschäft in Basel und Frankfurt am Main in Berührung gekommen. Den Namen für das Projekt gab er gleich mit auf den Weg: „Internationale Bodensee-Messe“ sollte die zu gründende Gesellschaft heißen. Scheuermann fand Resonanz bei der lokalen Geschäftswelt, und es kam 1949 zu einer Privatinitiative. Zwölf Friedrichshafener Bürger riefen als

Gesellschafter somit die Internationale Bodensee-Messe GmbH ins Leben. Als nach dem ersten Veranstaltungsjahr ein Geschäftsanteil frei wurde und sich bereits ein erster Erfolg abzeichnete, beteiligte sich die Kommune schließlich am Unternehmen.

Die Internationale Bodensee-Messe (IBO) startete im April 1950 auf dem damals noch unbebauten Schulgelände in der Nordstadt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren ausländische Aussteller wegen der damals geltenden Devisenbewirtschaftung nur begrenzt zugelassen. Dies hatte für die internationale Ausrichtung der Messe eine gewisse Erschwernis zur Folge. Das 1950 gewählte Motto „Messe für Neuheiten und Erfindungen" war auch insofern nur beschränkt umzusetzen, weil die meisten Firmen weniger an der bloßen Präsentation als vielmehr am Verkauf ihrer Produkte interessiert waren. So teilte sich die „IBO" auf in eine Muster- und eine Verkaufsmesse. Das Ausstellungsprogramm umfasste Maschinen und Werkzeuge, Automobile, Motorräder und Fahrräder, Elektrotechnik, Nahrungsmittel, Sport- und Spielwaren, Handwerk, Textilien und Mode, Haushaltsmaschinen, Baubedarf sowie Landmaschinen. Wesentliche Inhalte dieses Spektrums sind bei der „IBO" bis heute erhalten geblieben. Präsentiert wurde anfänglich in Zelthallen; der Besucherzuspruch war groß. Schon 1953 waren bei einer Ausdehnung von 10 000 Quadratmeter im Freigelände und einer genauso großen Hallenfläche alle Möglichkeiten der Ausdehnung erschöpft: Der erste Umzug an den Nordrand der Stadt stand an. Zwei weitere Umzüge folgten bis zum Jahr 2002.

Flüchtlingsaufnahme von 1946 bis 1952

Die französische Militärregierung hatte sich anfangs geweigert, Flüchtlinge in ihre Zone aufzunehmen; ein Zuzugsverbot wurde noch am 8. August 1946 erneuert. Als sich diese rigide Haltung wegen der großen Zahl an betroffenen Menschen nicht mehr durchhalten ließ, überließ man die Sache weitgehend den deutschen Behörden. Für die Durchführung des Flüchtlingsprogramms war auf Kreisebene der Landrat zuständig, unterstützt von einem Ausschuss, der aus lokalen Vertretern von mit Flüchtlingsfragen befassten Ämtern und Organisationen bestand. Es ging dabei vorrangig um Arbeitsvermittlung, Wohnraumbeschaffung, Brennstoffversorgung und um die Bildung von Auffanglagern. Besonders für Friedrichshafen blieb die Wohnraumfrage für die Flüchtlinge ein nahezu unlösbares Problem. Erste Flüchtlingstransporte trafen bereits im April 1946 ein.[15] Die ersten (deutschen) Flüchtlinge waren willkommen, im Gegenzug sollten die noch anwesenden Ausländer (v. a. Polen als zahlenmäßig größte Gruppe) aus dem Kreis entfernt werden. Wider Erwarten kamen aber die als Arbeitskräfte vor allem für die Landwirtschaft erhofften Flüchtlinge bis

Ende 1947 nur spärlich. Erst vom Mai 1949 datieren erste Klagen des Bürgermeisters von Friedrichshafen über zu viele einquartierte Flüchtlinge, damals 500 an der Zahl. Zu jener Zeit lebten in der Stadt 18 000 Einwohner, aber noch rund 8 000 evakuierte Personen warteten auf ihre Heimkehr. Mit 2,8 Prozent lag Friedrichshafen deutlich unter dem landesweit projektierten Schnitt von zehn Prozent Flüchtlingsanteil.

Ab Sommer 1949 nahm die Zahl der Flüchtlinge weiter zu. Da es in den Kommunen zu Reibereien wegen der häufig umstrittenen Wohnungszuteilungen kam, forderten die Gemeinden eine staatliche Zuweisung der Wohnungen für Flüchtlinge. Probleme gab es auch bei der Zuerkennung des Flüchtlingsstatus. Dieser war relevant für den Lastenausgleich und gerade in Friedrichshafen ein heißes Eisen, weil in der Anfangsphase die ausgebombten Einheimischen zum Teil nicht einmal an zinsgünstige Baukredite kamen. Per 15. August 1950 hatte Friedrichshafen mit 971 Flüchtlingen rund ein Viertel des Kreisaufkommens zu tragen. Im April 1951 lebten hier 1 589, im Dezember 1952 insgesamt 3 187 Flüchtlinge. In dieser Lage weigerte sich Oberbürgermeister Grünbeck, einer Gruppe Ungarndeutscher unter Hinweis auf drohende Arbeitslosigkeit kommunales Bauland zur Verfügung zu stellen. Daraufhin zog die Ortsbauplanberatungsstelle in Tübingen kurzzeitig sogar ein Enteignungsgesetz in Erwägung. Im September 1950 griffen Vertriebene in Friedrichshafen zur Selbsthilfe: Es entstand eine neue Siedlung in Stadtteil Allmannsweiler, mit finanzieller Unterstützung der Tübinger Behörden und unter Bauträgerschaft der „Württembergischen Heimstätten GmbH". Vor Ort wurde dies seitens der Presse mit Wohlwollen kommentiert. So schrieb die örtliche Ausgabe der „Schwäbischen Zeitung" am 21. Oktober 1950: *„Interessant ist, wie gründlich diese Männer aus Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Ostpreußen, Schlesien in schönster Eintracht das Problem ihres zukünftigen Heimes in der Nähe der Arbeitsstätte Friedrichshafen angepackt haben. (...) Die Siedlungsgemeinschaft wird der Stadt Friedrichshafen ohne Zweifel tüchtige Bürger zuführen. Das Selbsthilfesystem trifft automatisch eine Auswahl fleißiger und zuverlässiger Leute, denn nur solche sind den Anforderungen, die der Bau an sie stellt, gewachsen."* Zweifellos sollte durch solche Stellungnahmen bestehenden Ressentiments in der einheimischen Bevölkerung entgegengewirkt werden.

Ab 1952 scheint die Flüchtlingsproblematik nachgelassen zu haben. Die schriftlichen Quellen, die sich mit der Frage befassen, werden deutlich weniger. Bis in die frühen 1960er Jahre scheint die Eingliederung zumindest von der materiellen Seite her erfolgreich verlaufen zu sein. Eine Pfarrbeschreibung von 1963 konstatiert: „Flüchtlingslager sind nicht vorhanden. (...) Der allergrößte Teil der Vertriebenen wie der Flüchtlinge kann als wirtschaftlich eingegliedert gelten."[16]

Kulturelle Aktivitäten in Friedrichshafen

Die Stadtverwaltung zeigte in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ein bis dahin in dieser Form nicht zu beobachtendes Engagement im kulturellen Bereich, wobei sie auf den Wunsch höherer Stellen reagierte. Einer Anregung des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet, Abteilung Kunst, entsprechend, erfolgte am 9. Dezember 1946 die Gründung eines städtischen Kulturbeirats, aus dem 1950 der Kulturausschuss hervorging. Dieser frühe Kulturbeirat installierte bereits am 4. Februar 1947 ein „Städtisches Volksbildungswerk Friedrichshafen". Ein Werberundschreiben vom 12. März 1947 führte auf Anhieb zu 300 Anmeldungen, wovon 200 Interessenten auf englische und französische Sprachkurse entfielen. Ein erstes vollständiges Veranstaltungsprogramm nach dem im Prinzip heute noch geläufigen Fachbereichsraster wurde im Herbst 1947 auf den Weg gebracht. Damit war das Landratsamt Tettnang vom Thema Pflege der Volksbildung in seinem Bereich entlastet: „ In den übrigen Orten des Kreises bietet sich kein Anlass zur Betätigung des Volksbildungswerks", stellte Landrat Walter Münch am 10. Juli 1947 im Hinblick auf die finanziellen Lasten dieses Engagements fest.[17] Ferner wurde der „Städtische Kulturring Friedrichshafen" zur finanziellen Sicherung der städtischen Kulturveranstaltungen eingerichtet. Rund 300 Bürger der Stadt traten von Anfang an diesem Abonnementring bei.

Als erste Großveranstaltung mit regionaler Ausstrahlung wurde, wie auch andernorts in der Region, eine „Kulturwoche" durchgeführt. Vom 17. bis 24. April 1948 besuchten rund 90 000 Menschen, davon 22 000 aus der Schweiz, ein breit gefächertes Programm mit Oratorien, Lesungen, einer Briefmarkenausstellung und einer Industrieschau. Ein Jahr später, vom 23. Juli bis 4. September, fanden die „Bodensee-Festwochen" statt. Die städtische Verwaltung zeichnete auch hier als Kulturmanager verantwortlich. Geboten wurden Theaterstücke, Sportveranstaltungen, Gebäudeeinweihungen (v. a. die eine aus Dornier-Werksbeständen errichtete Turn- und Festhalle in der Nordstadt, die bis Mitte der 1980er Jahre einzige kulturelle Begegnungsstätte der Stadt blieb), Gottesdienste, ein Kinderfestumzug sowie internationale Treffen. Im Bereich Theater und Musik setzte man auf deutsche Tradition; französische Kultur war nicht vorgesehen. Sechsmal erfolgte die Aufführung des Freilichtspiels „Frau Wendelgard" von Justizrat Eduard Eggert. Den Stoff bildete die einzige überlieferte Sage aus der Buchhorner Reichsstadtzeit, eine Geschichte um eheliche Treue und Spätheimkehrer, die 1949 noch vielfach aktuellen Bezug hatte. Von dieser groß angelegten „Kulturwoche" blieb letztlich nur das sogenannte Seehasenfest für Kinder als Dauereinrichtung erhalten. Wie prekär die wirtschaftliche Lage damals war, zeigt im Übrigen die Tatsache, dass eine Woche nach Abschluss des Kulturpro-

gramms die Kreisgewerkschaften eine Protestversammlung organisierten, bei der 3 000 Teilnehmer ihrem Unmut über hohe Lebenshaltungskosten und sinkende Reallöhne Ausdruck verliehen. Seitens der französischen Besatzungsmacht kam es nur in geringerem Umfang zu kulturellen Initiativen, zumal es an geeigneten Räumen für Kulturveranstaltungen mangelte. Lediglich ein provisorisch hergerichteter Saal stand für Kinovorstellungen zur Verfügung.

Bedeutender war die Rolle der Kirche im gesellschaftlichen und kulturellen Leben der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dies fand nicht zuletzt darin seinen Ausdruck, dass der Wiederaufbau der großen Kirchen vorrangig behandelt wurde. Da die staatliche bzw. kommunale Verwaltung im sozialen Bereich noch nicht hinreichend greifen konnte, waren die Kirchen mit zahlreichen karitativen Aktionen besonders im Kinder- und Jugendbereich gefordert. Symbolischen Charakter über die Grenzen der Stadt hinaus bekamen Veranstaltungen wie die Fronleichnamsprozessionen in der zerstörten Altstadt von 1948 und 1949.

Wohnraumbewirtschaftung nach dem Krieg

Als neuartiges Element der Stadtverwaltung erwies sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Verbindung von Wohn- und Sozialpolitik.[18] So konstituierte der Gemeinderat im April 1946 einen Wohnungsausschuss. Er bestand aus Mitgliedern des Gemeinderats, dem Stadtbaumeister, Gewerkschaftern und Personen aus dem Widerstand. Seine Aufgabe war die Wohnraumerfassung und die Durchführung von Baumaßnahmen und Reparaturen. Es existierten Vorgaben, welche Gruppen bevorzugt zu behandeln seien; in der Praxis wurde dies nicht immer berücksichtigt. Auch die Militärregierung behielt sich ein Eingreifen im Falle eines Mangels an Facharbeitern vor. Nach einem Streit zwischen Wohnungsausschuss und Wohnungsamt Anfang 1947 verfügte Landrat Münch, dass künftig dem Bürgermeister das letzte Wort bei der Wohnungsvergabe zufallen sollte. Über Beschlüsse des Wohnungsamtes konnte er sich nun hinwegsetzen, und die Einberufung des Wohnungsausschusses lag in seinem Ermessen. Noch im März 1947 waren 43 Prozent aller Wohngebäude beschädigt.[19] Im Jahre 1948 standen erst 3 700 Wohnungen im Stadtgebiet zur Verfügung, davon waren – bei einer Einwohnerzahl von 17 000 – mehr als 300 von der Besatzung beschlagnahmt. Der Wiederaufbau kam auch nach der Währungsreform zunächst nur schleppend in Gang, lediglich die Zeppelin-Stiftung gewährte im Frühjahr 1949 erhebliche Darlehen an die Stadt und dann auch an fliegergeschädigte Privatpersonen. Nach dem Anlaufen des staatlich geförderten Wohnungsbaus im Herbst 1949 konzentrierte sich die Zeppelin-Stiftung auf den Arbeiterwohnungsbau, in Kooperation mit der Stadt und einzelnen Stiftungsbetrieben. Zwischen

Dezember 1949 und November 1950 entstanden auf städtischen Grundstücken 48 Werkswohnungen der Zahnradfabrik.

Ab Juni 1949 legte die Militärregierung die Entscheidung über Ausnahmeanträge für den Zuzug von Neubürgern in die Hand der deutschen Behörden. Noch Mitte 1949 war die Wohnungslage sehr angespannt: Rund zehn Prozent eines Bestandes von 4 700 Wohnungen waren von der Besatzung beschlagnahmt, immer noch warteten rund 8 000 in ganz Oberschwaben Evakuierte auf ihre Rückkehr. Von 3 500 Einpendlern lagen 400 Wohnungsgesuche für die Stadt vor. Im Oktober 1950 verlangte die Militärregierung von der Stadt Gelände für den Bau von Wohnungen für Besatzungsangehörige. Die Zeppelin-Wohlfahrt erklärte sich bereit, auf ihren Grundstücken 64 Wohnungen für „Besatzungsverdrängte" zu errichten, womit man 1951 begann. Diese Wohnungen wurden aber umgehend wieder von den Franzosen genutzt, ohne Freigabe des leergewordenen Wohnraums. Ein weiteres Problem war die Höhe der Mieten. Trotz reger Bautätigkeit seit den frühen 1950er Jahren nahm die Zahl der Wohnungssuchenden ständig zu. Im Januar 1953 waren immer noch 855 Wohngebäude mit 2 500 Wohneinheiten schwer beschädigt. Erst 1956 war ein Wendepunkt erreicht; jetzt konnte wieder das Thema Wohnungsbau unter dem positiven Vorzeichen der Expansion öffentlich diskutiert werden.

Wiederaufbau der Stadt – Planung und Realisierung

Vor den ersten Planungen nach dem Krieg stand die Improvisation. Die Wiederaufbaupläne für die Friedrichshafener Altstadt von 1948/49, hervorgegangen aus einem Ideenwettbewerb und gefertigt von Stadtbaurat Markus Scheible, orientierten sich eng an Entwürfen von 1940/41, die eine großzügige neue Straßenführung, monumentale öffentliche Gebäude sowie ausladende Aufmarschplätze vorsahen. Rund hundert Häuser der Altstadt – bis auf die „Schauseite" zum See hin ein Großteil der historischen Bausubstanz – hätten diesen Plänen weichen müssen, umfängliche Baulandumlegungen waren vorzunehmen. Nach dem Bombardement der Alliierten vom 28. April 1944 wurde die Frage nach der Wiederherstellung des alten Zustands nicht mehr gestellt, und man konnte unmittelbar an die Tendenzen der Kriegsplanung anknüpfen. Was die künftige Bedeutung der Stadt betraf, war eher Skepsis angebracht, und so sah man für das Rathaus selbst keine großen Dimensionen mehr vor. Die Stadtverwaltung war im Übrigen zu jener Zeit provisorisch in den Räumen der Oberschule untergebracht, Tür an Tür mit dem Schulbetrieb amtierend und unter enger Kontrolle der französischen Besatzungsmacht.

Beim zweiten Rathauswettbewerb von 1953/54 ging man dann von erweiterten Dimensionen für die Stadtverwaltung aus und hatte dafür gute Gründe,

weil sich die Lage über Erwarten rasch gefestigt hatte. Die Bevölkerungsentwicklung liefert hierfür ein Indiz: Mitte 1945 befanden sich nach offiziellen Quellen gerade noch 8 000 Menschen in der Stadt, 1954 näherte man sich der Zahl 30 000 – mit steigender Tendenz. Was war in der Zwischenzeit geschehen? Vordringlichstes Anliegen war die Enttrümmerung. Lagen am 21. Juni 1948 noch 350 000 Kubikmeter Trümmer in der Stadt, so reduzierte sich diese Zahl auf 120 000 Kubikmeter Ende 1949 und auf 30 000 Kubikmeter Ende 1950. Auf behelfsmäßig verlegten Gleisen brachte ein sogenannter Trümmerexpress, eine kleine Schmalspurlokomotive mit Kipploren, Schutt zum Hinteren Hafen, wo zunächst das Ufer zur Anlegung der östlichen Uferstraße aufgeschüttet wurde. Ab Februar 1948 setzte dann die Trümmeraufbereitung durch eine dort errichtete Anlage einer großen örtlichen Baufirma ein. Erst Ende 1953 stellte die Anlage ihren Dienst ein. In der Altstadt war die Enttrümmerung bereits Anfang der 1950er Jahre weit fortgeschritten. Der Wiederaufbau erfolgte unter der Maßgabe, Kirchen, Verkehrseinrichtungen, Schulen und Siedlungen vorrangig zu behandeln. Der Hafenbahnhof wurde ab 1948 wieder aufgebaut und zu Beginn des Jahres 1948 konnte der Eisenbahnfährverkehr in die Schweiz wieder aufgenommen werden.

In der Altstadt wie auch in den übrigen Stadtteilen fand der Wieder- bzw. Neubau auf bestimmte Schwerpunkte konzentriert statt. Vorrang hatte die Wiederherstellung der Seeseite, um Einbußen für Tourismus und Gastronomie möglichst in Grenzen zu halten. Bemüht war man auch um eine möglichst rasche Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebs in der Altstadt. Um dies zu gewährleisten, nahm das Stadtplanungsamt dann auch Provisorien in Kauf. Manche Straßenzüge der Altstadt waren Mitte 1952 bereits wieder erneuert, einzelne Objekte, etwa eine große oberirdische Luftschutzanlage für die örtliche Feuerleitstelle im Zweiten Weltkrieg,



Wiederaufbau der Altstadt: Zimmerleute auf einer Baustelle in der Schanzstraße, um 1954. (Foto: Stadtarchiv Friedrichshafen, Fotosammlung)

der sogenannte Heldenbunker, fielen erst 1967 der Abrissbirne zum Opfer. Mit der Erstellung des ersten Hochhauses im Altstadtbereich, dem Orion-Kaufhaus im Jahre 1954, wollte die Stadt bewusst ein Zeichen setzen: Eine neue Zeit war angebrochen. Zu den weiteren Stadtteilen ist festzuhalten, dass ab 1950 allenthalben eine Siedlungsverdichtung einsetzte. Lediglich der Kirchplatz in der Altstadt blieb bis 1954 ausgespart, weil hier das neue Rathaus entstehen sollte – und zwar erst, nachdem andere, für die Bürger dringlichere Projekte abgeschlossen waren.

Einen guten Eindruck von den um 1950 noch herrschenden Problemen vermittelt der Tätigkeitsbericht des Bürgermeisters von 1949/50. In einer außerordentlichen öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 30. Dezember 1949 im Sitzungssaal der Pestalozzischule, zu einer Zeit, als noch 8 000 Bürger der Stadt evakuiert waren, zeichnete er das Bild einer prekären Lage und appellierte: *„Die Zukunft wird (...) in dem Dasein zwischen Trümmern und täglicher Not nur gemeistert werden können, wenn die mühevolle Arbeit der Stadtverwaltung von einem ehrlichen und tätigen Vertrauen gefördert wird und Vernunft und Gemeinsinn an die Stelle schädigender Eigeninteressen treten. (...) Wir wollen und dürfen uns keinen billigen und trügerischen Illusionen hingeben. Noch die nächste Generation wird an dem Kriegserbe zu tragen haben, das uns heute in seiner ganzen Schwere aufgebürdet ist.“*[20]

Anschließend nannte er Fakten: Die Steuerkraft sei stark gemindert, es herrsche Raumnot für Schulen und Verwaltung, die Versorgung mit Strom, Gas und Wasser sei defizitär. Zwar wurden von Herbst 1945 bis Ende 1948 für 1 500 Bauvorhaben Genehmigungen erteilt, aber es fehle an Kapital zur Realisierung. Erst seit dem laufenden Jahr sei eine Erleichterung durch das Engagement der Zeppelin-Stiftung und durch Maßnahmen zur Wohnungsbaufinanzierung des Landes abzusehen. Es gebe Unmut in der Bevölkerung: Nach Meinung vieler Einheimischen seien Flüchtlinge wegen des Lastenausgleichs bevorzugt, während die Hiesigen „nur“ Kredite bekämen, obwohl auch sie alles verloren hätten. Probleme gab es bei der Baulandumlegung vor allem in der Altstadt. Auf öffentlichen Druck habe man die Zahl der städtischen Angestellten trotz wachsender Aufgaben um fünf verringert. Besonders im Kreuzfeuer stehe das für die Zuteilung von Wohnraum zuständige städtische Wohnungsamt.

Demgegenüber präsentierte der nunmehrige Oberbürgermeister Grünbeck mit Stolz die städtische Bilanz anlässlich der Einweihung des neuen Rathauses am 23. September 1956: *„Damals, vor elf Jahren, als die Übriggebliebenen des furchtbaren Kriegsgeschehens in Friedrichshafen mit hungrigen Mägen und in schäbigen Kleidern über die Trümmer ihrer lieben Stadt stolperten, hätte auch der phantasievollste Optimist sich das Bild nicht vorzustellen gewagt, das unsere Stadt heute dem Besucher wieder bietet. In 100 Jahren (...) glaubte man, dass vielleicht wieder Leben aus den Ruinen erblüht sein könnte. Aber in zehn (...) Jahren? So etwas zu erhoffen, wäre einem damals (...) geradezu frevelhaft erschienen.“*

Das neue Rathaus galt als Markstein in der Wiederaufbauphase, als ein sichtbarer Ausdruck, dass die drängendste Not überwunden war. Symbolisch war allein schon die Platzwahl: Aus Gründen der Tradition war keine Verlegung in die Nordstadt angedacht, wo mehr Raum gewesen wäre. Man nahm dafür Probleme bei der Baugestaltung und beim Untergrund in Kauf. Weniger traditionell sollte nach dem Willen des Oberbürgermeisters der Baustil sein: „Mit den Gestaltungsmitteln unserer Zeit [sollte] ein eindeutiger Ausdruck demokratischer Selbstverwaltung gefunden werden." Gefordert sei eine „wagemutige, aber in keiner Weise überhebliche oder gar freche Modernität".[21]

Der Grundstein zum neuen Rathaus wurde am 3. Mai 1955 gelegt. Vorgesehen war eine Trennung zwischen dem in einem großen Gebäude zusammengefassten Bürotrakt und Raumgruppen für die Spitze der Stadtverwaltung. Das hohe Verwaltungsgebäude bildete zusammen mit dem Ratssaal ein Ensemble, das den Kirchplatz demonstrativ zum Stadtmittelpunkt aufwertete – ein politisch gewolltes städtebauliches Signal, das die Harmonie von geistlicher und weltlicher Autorität hervorheben sollte.

Zum Innern des Friedrichshafener Rathauses, das neben dem Stuttgarter Rathaus in der Fachpresse als Musterbeispiel einer neuen klassischen Moderne gefeiert wurde, schrieb der Architekt Tiedje: *„Wir waren bemüht, dem [Bürohaus] einen etwas höheren Rang zu geben, nicht durch vermehrten Aufwand, sondern durch den Wunsch, die etwas trübe Ernsthaftigkeit behördlicher Kanzleien mit etwas Heiterkeit zu durchsetzen. Die Flure mit den abgehängten Holzdecken, die in jedem Geschoss eine andere Farbe zeigen, farbige Wandschränke in den Büros, im Wechsel mit warmen Holztönen, das (...), hoffen wir, wird so viel Heiterkeit ausstrahlen, dass auch der pflichternsteste Beamte nicht umhin kann, mit heiterem Gesicht und verbindlichem Wesen seine schwere Pflicht zu erfüllen."*[22]

Mitarbeiterzufriedenheit als Teil der Kundenfreundlichkeit – ein für damalige Zeit sehr moderner Gedanke. Was die technische Ausstattung des Hauses betrifft, rühmt die „Schwäbische Zeitung" vom 22. September 1956 „die modernste Telefonanlage des Oberlandes". Alle Dienststellen der Stadtverwaltung konnten nun von den Bürgern direkt per Telefon erreicht werden. Diese damals fortschrittlichste und größte Behördensprechanlage Oberschwabens umfasste zwölf Amtsleitungen und 180 Nebenstellenanschlüssen, mit automatischen Motordrehwählern. Ebenfalls automatisch funktionierte die telefonische Vernetzung mit anderen außerhalb gelegenen städtischen Dienststellen.

Eine besondere Idee der Stadtverwaltung war es, die Fenster in den beiden Vorhallen zu den Sitzungsräumen des neuen Rathauses mit den Wappen befreundeter und verbundener Gemeinden zu schmücken. Die Kosten in Höhe von 350 D-Mark sollten die angefragten Gemeinden jeweils selbst tragen, als Spende für den Wiederaufbau Friedrichshafens. Immerhin 59 Gemeinden aus Baden-



Markt auf dem Kirchplatz, Anfang der 1960er Jahre. Im Hintergrund das neue Rathaus. (Foto: Stadtarchiv Friedrichshafen, Fotosammlung)

Württemberg, Bayern, Österreich und der Schweiz leisteten so ihren Beitrag zur Fertigstellung des Rathauses – ein bemerkenswerter Akt der Solidarität.

Die Einweihung des neuen Rathauses fand unter Beteiligung zahlreicher Politprominenz des Landes Baden-Württemberg am 23. September 1956 statt. Unter anderen waren Ministerpräsident Gebhard Müller und Innenminister Viktor Renner gekommen. Im gleichen Zuge wurde Friedrichshafen zur Großen Kreisstadt erhoben, nachdem es die Zahl von 30 000 Einwohnern überschritten hatte – auch dies ein sichtbarer Ausdruck dafür, dass in der Geschichte der Stadt eine neue Ära begonnen hatte.

Anmerkungen

1 Stadtarchiv Friedrichshafen, Nachlass Karl Knoch (Zug. A5/2007): „Friedrichshafen in der letzten Zeit des Krieges“ (ohne Datum).
2 Stadtarchiv Friedrichshafen, Dokumentation B 115/1994: Landesdirektion des Innern [von Württemberg-Hohenzollern], Bericht über die Lage der schwer kriegsbetroffenen Stadt Friedrichshafen, Tübingen 29. September 1946 (Kopie).
3 Stadtarchiv Friedrichshafen, Prov. Bürgermeisteramt, Akte „Politische Parteien“. Die vorhergehenden Zitate sind den Vorgängen dieser Akte entnommen.
4 Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern, 1948, S. 1.
5 Vgl. M. Häffner: Nachkriegszeit, S. 88–96.
6 Martin Ebner: Die Entnazifizierung in Friedrichshafen (Magisterarbeit), Konstanz 1996, S. 41. Die folgenden Ausführungen siehe auch Ders., S. 7–68.
7 Die Zahlenangaben (Schätzungen) richten sich nach G. Wieland: Friedrichshafen, S. 84–96.

8 Staatsarchiv Sigmaringen, Wü 40, Bd. 7, Nr. 100.
9 Stadtarchiv Friedrichshafen, Evangelische Kirchenpflege, Nr. 74.
10 Zu den Details zur Nutzung durch die Franzosen vgl. Philippe Mauffrey: Friedrichshafen-Löwental: Un siècle d'aviation. 47 ans de présence aéronautique française, Drulingen 1997, S. 111–132.
11 Zum Übergang der Zeppelin-Stiftung auf die Stadt Friedrichshafen vgl. Stadtarchiv Friedrichshafen, 3 (Stadt- und Stiftungspflege), Nr. 338, und Handakten Walter Münch (Zug. A 1/1991), Stellvertreter des Landrats im Kreis Tettnang, über seine Zusammenarbeit mit Ernst Mühlhäuser.
12 Stadtarchiv Friedrichshafen, 3 (Stadt- und Stiftungspflege), Nr. 149, 312 und 332.
13 M. Häffner: Nachkriegszeit, S. 238.
14 Siehe auch Fritz Maier: Friedrichshafen: Heimatbuch, Bd. 3, Friedrichshafen 2004, S. 215–230.
15 Zum Folgenden vgl. M. Häffner: Nachkriegszeit, S. 262–275.
16 Zitiert nach: Ebd., S. 275.
17 Kreisarchiv Bodenseekreis, TT-A 134 k („Akten betr. Volksbildungswerk").
18 Vgl. dazu M. Häffner: Nachkriegszeit, S. 229–235.
19 Stadtverwaltung Friedrichshafen, Gemeinderatsprotokoll vom 18. März 1947.
20 Vgl. „1949 – Friedrichshafen im Wiederaufbau.", S. 1 (Sonderdruck der Schwäbischen Zeitung vom Januar 1950).
21 Zitate entnommen aus: Einweihung des neuen Rathauses in Friedrichshafen, Festschrift der Stadt Friedrichshafen [1956], S. 14.
22 Ebd., S. 11.

Literaturhinweise

Boelcke, Willi A.: Friedrichshafens industrieller Aufstieg, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 47 (1988), S. 457–494.

Häffner, Michaela: Nachkriegszeit in Südwürttemberg: Die Stadt Friedrichshafen und der Kreis Tettnang in den vierziger und fünfziger Jahren, München 1999.

Hug-Biegelmann, Raimund: Friedrichshafen im Luftkrieg 1939–1945, Friedrichshafen 2003.

Internationale Bodenseekonferenz (Hrsg.): „Hinter mir der Krieg ... vor mir der Friede": Das Kriegsende 1945 am Bodensee, Konstanz 2003.

Nagler, Hildegard: (Hrsg.): Das Wunder einer Reise: Die Schweizer Kinder und ihre Fahrt ins Märchenland, Friedrichshafen 2003.

Wieland, Georg: Friedrichshafen und seine Industrie in der Nachkriegszeit: Die Jahre 1945–1955 im Überblick, in: Schriften des Vereins für Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung, Heft 113 (1995), S. 71–104.

Philipp Gassert

Heidelberg, die Unversehrte? – Neubeginn, Rekonstruktion und konservative Modernisierung 1945–1952

In der historischen Erinnerung der Deutschen ist die „Stunde Null" des Mai 1945 von Bildern der Zerstörung geprägt, von Ruinenlandschaften und umherirrenden Menschen. Unter den größeren Städten Deutschlands stellte Heidelberg deshalb eine bemerkenswerte Ausnahme dar. Während das benachbarte Mannheim zu 75 Prozent zerstört wurde, blieb Heidelberg vom Luftkrieg verschont und kam während der Kampfhandlungen der letzten Kriegsphase glimpflich davon. Die Stadt wirkte auf zeitgenössische Beobachter fast „unzeitgemäß".[1] Nur 13 Gebäude waren total zerstört, 280 mehr oder weniger stark in Mitleidenschaft gezogen worden; 94,6 Prozent des Wohnraums blieben unbeschädigt.[2] Zwanzig Kilometer weiter westlich, in Mannheim, stand kaum mehr ein Stein auf dem anderen. Einzig die Neckarbrücken – darunter das Heidelberger Wahrzeichen, die aus dem 18. Jahrhundert stammende Karl-Theodor-Brücke – hatte deutsches Militär noch am Vorabend des amerikanischen Einmarsches gesprengt. Das berühmte, in der Dichtung vielfach besungene Ensemble von Fluss, Stadt und Schloss war in seiner Gesamtwirkung beeinträchtigt. „Von den Bergen", so erinnerte sich Helmut Krauch, der junge Sohn eines IG-Farben-Direktors, habe sich Heidelberg „wie zu Hölderlins Zeiten" gezeigt: „Nur die Brücken lagen im Wasser."[3]

Dass Heidelberg von den Kriegsereignissen wenig in Mitleidenschaft gezogen worden war, gab der Stadt 1945 ihren unverwechselbaren Charakter. Waren sonst Ausnahmesituationen die Regel, so war Heidelberg eine Ausnahme, weil anscheinend alles „in Ordnung" war. Auswärtige Besucher waren von der unwirklichen Normalität des Lebens in der Universitätsstadt am Neckar frappiert: *„Heidelberg umgab damals ein fast mythischer Ruf: Es war eine unzerstörte Stadt inmitten des zerstörten Deutschland. (...) Trotz der Scharen von Menschen, die sich durch die enge Hauptstraße in Heidelberg wälzten, trotz der vielen fremden Soldaten, trotz des großen bunten Schildes über den Kolonnaden am Bismarckplatz, das die Anwesenheit des Hauptquartiers der 7. amerikanischen Armee verkündete, hatte sich jedoch die Stadt den Zauber der Vergangenheit, der alten bürgerlichen Kultur wie des Geistes der Hochschule, bewahrt, nicht nur weil die majestätischen Formen des Schlosses, die Kirchen, die Gassen unversehrt geblieben waren. Für den Kriegsgefangenen aus dem deutschen Osten (...) wirkte die Stadt*



Schlossbeleuchtungsglück am Independence Day: Das erste Nachkriegsfeuerwerk am 4. Juli 1946. Als Abschussrampe für die Raketen dient der Stumpf der zerstörten Alten Brücke. (Foto: Stadtarchiv Heidelberg)

so friedensmäßig, dass ihn manchmal anfänglich Hemmungen befielen, ein Café mit den vielen oft gut bürgerlich gekleideten Gästen zu betreten.“[4]

Krieg und Nachkrieg gingen an der Stadt und ihrer Bevölkerung keinesfalls spurlos vorüber. Wie das übrige Deutschland musste Heidelberg mit den ideellen und materiellen Lasten der nationalsozialistischen Herrschaft zurecht

kommen. Nur wenige in der einstigen Hochburg des Nationalsozialismus hatten zwischen 1933 und 1945 aktiv Widerstand geleistet. Auch in Heidelberg spielte sich in den Jahren nach 1945 das Drama von uneingestandener Schuld, dem Drang zu Selbstrechtfertigung und dem Willen zur möglichst raschen Rehabilitierung Minderbelasteter ab. Auch wirkte auf Heidelberg die schlechte Versorgungslage zurück, die sich in ganz Deutschland erst im Herbst 1948 entspannte. In der Presse war viel vom Unmut der Bevölkerung über die amerikanische Armee zu lesen, die in ihrer „Besatzungs-Hauptstadt" (Der Spiegel) diverse Kommandozentralen einrichtete und vier Prozent des Wohnungsbestandes requirierte.[5] Wegen des Zustroms von Flüchtlingen herrschte qualvolle Enge in der unzerstörten Gebäudesubstanz: Ja, das äußerlich unversehrte Heidelberg musste aufgrund seiner intakten Infrastruktur in weitaus höherem Maße Besatzungs- und Flüchtlingslasten tragen als andere Städte in Nordbaden. Es war eine der wenigen Großstädte, deren Bevölkerungszahl in der unmittelbaren Nachkriegszeit wuchs.[6]

Andererseits stellte die besondere Situation bei Kriegsende 1945 für Heidelberg auch einen Glücksfall dar. Stadt und Universität, die seit ihrer kulturellen Hochblüte in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg in ihrer Bedeutung zurückgesunken waren, standen für kurze Zeit erneut „im Schnittpunkt intellektueller Kreise".[7] Als kleines Neckar-Athen knüpfte Heidelberg an die großen Traditionen des 19. Jahrhunderts wieder an. Mit Erfolg entwickelte es sich zum temporären Zentrum geistiger Reorientierung. Doch in den schönen Künsten wurde eine Chance verpasst. Heidelberg blieb Provinz, war nur kurzzeitig Zufluchtsort für entwurzelte Künstler, Schriftsteller und Theatermacher. Die mit Aufbaufragen überforderte Stadtverwaltung hatte andere Sorgen, als sich – in den Worten eines zeitgenössischen Kritikers – „von den Hemmungen kleinbürgerlicher Tradition und (...) Schlossbeleuchtungs-Glück" freizumachen.[8] Mit dem Ende der Nachkriegszeit und dem Einsetzen der Modernisierungen der 1950er Jahre zerstob der Traum vom kulturellen Mittelpunkt.

Die Ausgangssituation 1945

Nur gegen Ende war es noch einmal brenzlig geworden. Bomben waren in Heidelberg bis 1945 nur wenige eingeschlagen. Gleich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges war die Stadt das Ziel britischer Luftangriffe gewesen und stand dann in der Endphase im Visier der Tiefflieger. Doch die Heidelberger Amtsträger waren erstaunlich lax mit der Bedrohung aus der Luft umgegangen.[9] Sie hatten darauf spekuliert, dass Heidelberg verschont bleiben würde. In der Stadt war keine größere Industrie ansässig und es fehlte, von den großen Lazaretten einmal abgesehen, die militärische Präsenz. Aus dieser Nichtzerstörung, deren



Der Blick der Besatzungsmacht auf eine scheinbar unversehrte Stadt: Amerikanische Soldaten am Schloss oberhalb Heidelbergs nach dem Einmarsch vom 30. März 1945. (Foto: Stadtarchiv Heidelberg)

Hintergründe bis heute nicht zweifelsfrei aufgeklärt sind, erwuchsen zahlreiche Mythen: Heidelberg sei nicht bombardiert worden, weil der „Student Prince" des ungarisch-amerikanischen Komponisten Sigmund Romberg, der 1924 in New York uraufgeführt und seither in den USA immer wieder neu aufgenommen worden war (zuletzt noch im Krieg 1943), die Amerikaner begeisterte;[10] weil die Stadt das Herz des amerikanischen Artilleriegenerals Beiderlinden angerührt habe; weil bedeutende Amerikaner in Heidelberg studiert hätten; weil der (1942 verstorbene) frühere Botschafter Schurman sich für die Stadt eingesetzt habe; weil die Amerikaner in Heidelberg ihr Hauptquartier hätten einrichten wollen; und vor allem: weil Heidelberg als Lazarettstadt frei von Truppen blieb.[11]

Wie dem auch sei, am 22. März 1945 hatte die US-Armee den Rhein bei Oppenheim in der Pfalz überschritten und vier Tage später Mannheim erreicht.[12] Vom Käfertaler Wasserwerk hatten US-Militärs telefonisch Kontakt zu den Heidelberger Stadtwerken bekommen und unmissverständlich klargemacht, dass Heidelberg unter Artilleriebeschuss käme, würde die Stadt nicht sofort kapitulieren.[13] Nach Rücksprache mit der Wehrmacht nahm Oberbürgermeister Carl

Neinhaus das Angebot an. Eine Kommission, die aus dem Dekan der Medizinischen Fakultät sowie vier weiteren Vertretern der Lazarette und der Armee bestand, fuhr den Amerikanern auf der Landstraße nach Dossenheim entgegen und kehrte auf abenteuerlichen Wegen mit dem Waffenstillstand zurück. Am folgenden Tag, dem Karfreitag 1945, marschierte in den frühen Morgenstunden des 30. April das 253. Regiment der 63. amerikanischen Infanterie-Division in Heidelberg ein.[14] Damit war in Heidelberg der Krieg beendet.

„Ich war überwältigt, es brach aus mir hervor", schrieb der Arzt und Psychologe Alexander Mitscherlich, der das Kriegsende unruhig herbeigesehnt hatte. „Endlich war die schreckliche Zeit zu Ende. Ich war außer mir vor Freude. Einen Augenblick vergaßen wir die millionenfachen Greuel, die in dem vergangenen Jahrzehnt in unser aller Namen verübt worden waren."[15] Ähnlich berichtet es eine zweite Heidelberger Vertreterin des „anderen Deutschland", die 1933 aufgrund der antijüdischen Gesetze aus dem Dienst der Universität vertriebene Marie Baum: „Für immer eingeprägt ist mir der Augenblick, als ich am Rathaus angeschlagen die ersten Proklamationen und Verordnungen der Besatzungsarmee las: Die Auflösung der 51 Organisationen der NSDAP, die Aufhebung der auf ihrer Lehre beruhenden Gesetze. Es war, als fiele eine Zentnerlast von der Seele."[16] War auch die Haltung vieler Heidelberger skeptischer, so war die kriegsmüde Bevölkerung über das glimpfliche Ende erleichtert. Mit der Übernahme durch den „freundlichen Feind"[17] (Detlef Junker) kehrte in Heidelberg, wo marodierende SS-Einheiten noch in den letzten Kriegstagen „fahnenflüchtige" junge Soldaten an Bäumen aufgeknüpft hatten, die Ungewissheit des Friedens ein. Andernorts in Europa gingen die Kämpfe noch fünf Wochen weiter.

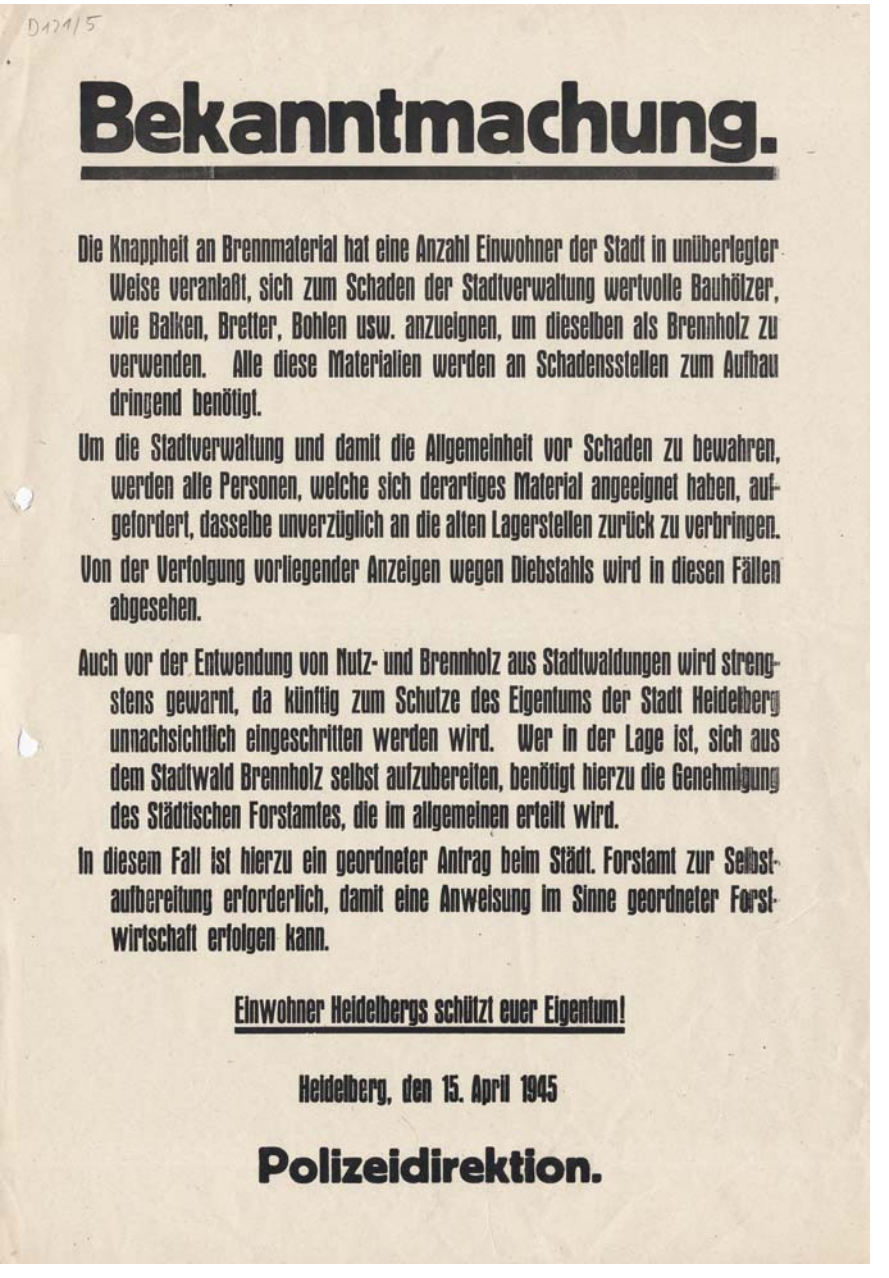
Auch in Heidelberg hatten sich seit dem Beginn der Flächenbombardements im Reich die Lebensverhältnisse kontinuierlich verschlechtert. Seit 1943 hatte die Stadt etwa 8 000 luftkriegsgeschädigte Evakuierte aufnehmen müssen, ein Zuwachs von etwa zehn Prozent der Bevölkerung. Mit dem Einsetzen der systematischen Vertreibungen ab 1946 kamen noch einmal 20 000 Flüchtlinge hinzu, so dass die Einwohnerzahl von Anfang 1943 bis Ende 1947 um insgesamt 27 Prozent von 83 804 auf 114 899 wuchs, um dann 1948 einen vorläufigen Höchststand von 117 000 zu erreichen, das heißt 135 Prozent des Vorkriegsniveaus. Dennoch wies die Sozialstatistik eine hohe Kontinuität auf. Die traditionell protestantische Dominanz (etwa 60:40) wurde zwar geschwächt; doch der hohe Anteil an Beamten und Angestellten (gegenüber Arbeitern und Selbstständigen) festigte sich. Soziokulturell blieb Heidelberg, was es seit langem war: eine kleinbürgerlich und mittelständisch geprägte Stadt, in der die nie dominante Arbeiterschaft, die zumeist in handwerklichen Klein- und Mittelbetrieben tätig war, über das „Dritte Reich" und die Nachkriegszeit hinweg sogar an Bedeutung verlor. 1945 absorbierte in Heidelberg der tertiäre Sektor etwa vierzig

Prozent der Beschäftigten (gegenüber 17,2 % im Territorium der späteren Bundesrepublik).[18]

Ungeachtet der äußerlichen Kontinuitäten braute sich mit Kriegsende in Heidelberg massives Konfliktpotenzial zusammen. Zwei Welten stießen aufeinander: Alteingesessene mit nur geringen Einbußen an Besitz trafen auf fast mittellose Heimatvertriebene. Scheint sich in andern Städten vorübergehend eine Solidarität zwischen lokalen Ausgebombten und Flüchtlingen angebahnt zu haben, so kam in Heidelberg kein Gefühl einer Notgemeinschaft auf. Flüchtlinge wurden „als Eindringlinge betrachtet".[19] Nach anfänglicher Unterbringung in Auffang- und Zwischenlagern wurden Vertriebene rasch in Privatquartiere verlegt. Diese „rigorose Beschlagnahme" von Wohnräumen brachte die Einheimischen auf. Der Widerstand war so groß, dass die Stadtverwaltung denjenigen, die Räume für Ostflüchtlinge zur Verfügung zu stellen sich weigerten, mit der Ausweisung aus der eigenen Wohnung drohte.[20] Im Oktober 1946 waren nur noch 52 Prozent der Heidelberger Familien im Alleinbesitz ihrer Wohnung, dreißig Prozent teilten die Küchennutzung mit einer anderen Familie.[21] Im Dezember 1946 musste ein eigener Schlichtungsausschuss eingesetzt werden, um in Wohnungsstreitigkeiten zu vermitteln.[22]

Neben der gravierenden Wohnungsnot, die aufgrund der Nichtzuteilung von Baumaterialien an das unzerstörte Heidelberg während der ersten Nachkriegsjahre nicht durch Neubauten zu lindern war,[23] war mit Kriegsende die Lebensmittelversorgung kritisch geworden. Obwohl es in Heidelberg nicht zu Plünderungen gekommen war, waren aufgrund von Sonderzuteilungen der letzten Kriegswochen die Lebensmittellager praktisch geräumt. Nachschub kam vorerst nicht in die Stadt. Hatte die Heidelberger Bevölkerung bis Ende März nicht gehungert, so wurde Hunger nun zur Alltagserfahrung. Die Tagesrationen sanken von 1 718 kcal in der letzten Märzwoche auf 872 kcal im April. Das Vorfriedensniveau wurde im Januar 1946 noch einmal erreicht, danach erst wieder nach der Währungsreform.[24] Zugleich stellten Engpässe bei der Brennstoffversorgung die Stadt vor ein großes Problem. Im Winter 1945/46 sah sich die Stadtverwaltung gezwungen, „Teile des Stadtwaldes zu opfern".[25]

Die Übernahme der Verwaltung durch das amerikanische Militär verlief ohne Zwischenfälle. Wenige Stunden nach dem Einmarsch quartierte sich die Militärregierung im Rathaus ein. Die ersten Militärregierungen unter Captain Haskell, Major Kratz und Irvin L. Harlow kamen nach Plan in Heidelberg zum Einsatz und waren auf ihre Arbeit vorbereitet, wenn auch ihr Wissen über die lokalen Gegebenheiten naturgemäß bruchstückhaft war.[26] Ihre erste Sorge galt der Sicherheit vor Ort. Wie im „Handbuch" der Militärregierung und den entsprechenden Anweisungen des Alliierten Oberbefehlshabers Eisenhower niedergelegt, wurden eine Ausgangssperre verfügt, Schulen, Behörden und Ge-



D 171/5

Bekanntmachung.

Die Knappheit an Brennmaterial hat eine Anzahl Einwohner der Stadt in unüberlegter Weise veranlaßt, sich zum Schaden der Stadtverwaltung wertvolle Bauhölzer, wie Balken, Bretter, Bohlen usw. anzueignen, um dieselben als Brennholz zu verwenden. Alle diese Materialien werden an Schadensstellen zum Aufbau dringend benötigt.

Um die Stadtverwaltung und damit die Allgemeinheit vor Schaden zu bewahren, werden alle Personen, welche sich derartiges Material angeeignet haben, aufgefordert, dasselbe unverzüglich an die alten Lagerstellen zurück zu verbringen.

Von der Verfolgung vorliegender Anzeigen wegen Diebstahls wird in diesen Fällen abgesehen.

Auch vor der Entwendung von Nutz- und Brennholz aus Stadtwaldungen wird strengstens gewarnt, da künftig zum Schutze des Eigentums der Stadt Heidelberg unnachsichtlich eingeschritten werden wird. Wer in der Lage ist, sich aus dem Stadtwald Brennholz selbst aufzubereiten, benötigt hierzu die Genehmigung des Städtischen Forstamtes, die im allgemeinen erteilt wird.

In diesem Fall ist hierzu ein geordneter Antrag beim Städt. Forstamt zur Selbstaufbereitung erforderlich, damit eine Anweisung im Sinne geordneter Forstwirtschaft erfolgen kann.

Einwohner Heidelbergs schützt euer Eigentum!

Heidelberg, den 15. April 1945

Polizeidirektion.

Die Brennstoffsituation wurde kurz nach der Besetzung kritisch. Eine Bekanntmachung der Polizeidirektion Heidelberg vom 15. April 1945 legalisiert den Holzeinschlag im Stadtwald. (Foto: Stadtarchiv Heidelberg)

richte geschlossen, Gebäude der NS-Organisationen beschlagnahmt, Waffen eingesammelt und Wohnungen nach versprengten Angehörigen der kämpfenden Truppe durchsucht. Zeitgleich begann die Säuberung der Verwaltung von NS-Belasteten. Da der „Werwolf" auch in Heidelberg sein Haupt nicht erhob, wurde die Kontrolle der Zivilbevölkerung rasch gelockert. Die Stadtverwaltung und die von der Militärregierung eingesetzten kommissarischen Oberbürgermeister standen jedoch bis zum November 1945 unter strenger Kuratel der Militärregierung.

Nach der Potsdamer Konferenz wurde im Einklang mit der generellen Praxis die Aufsicht der Militärregierung sukzessive zurückgenommen und die Übergabe der Verwaltung an Deutsche vorbereitet. Arbeitsamt, Versorgungsamt und Gerichte arbeiteten seit Juni 1945, die Grundschulen nahmen den Unterricht im November wieder auf, die Öffnung der übrigen Schulen verlief parallel, an der Universität wurde teilweise schon seit August wieder gelehrt. Mitte November 1945, also sechs Monate nach Kriegsende, zogen sich die Amerikaner aus der Kommunalverwaltung auf die Rolle des überwachenden und teilnehmenden Beobachters zurück. Allerdings warf der Rückzug der Militärregierung viele Fragen und Unklarheiten auf. Anfang Januar 1946 klagte der von der Militärregierung eingesetzte Oberbürgermeister über die unklare Kompetenzabtrennung zwischen deutschen und amerikanischen Stellen.[27]

Neuanfänge kommunaler Politik

Der Anschein relativer Ordnung begünstigte einen raschen politischen Neuanfang. Da die Heidelberger Militärregierung über keine aussagekräftige „White List" verfügte und eine „Black List" anscheinend auch nicht existierte, verließ sie sich bei ersten Säuberungen auf die Mithilfe der Deutschen.[28] Der NSDAP-Oberbürgermeister Carl Neinhaus (1888–1965) wurde sofort durch die Militärregierung entlassen. 1928 war Neinhaus als parteiunabhängiger, bürgerlicher Kandidat zum Oberbürgermeister gewählt worden und hatte sich über die nationalsozialistische „Machtergreifung" in seinem Amt halten können. Der rheinische Pfarrerssohn und promovierte Jurist gehörte zu den „Märzgefallenen" des Frühjahrs 1933. Auf eigenen Wunsch von Mitte Mai bis Anfang Juni 1933 beurlaubt, hatte ihn der badische Reichsstatthalter Robert Wagner im Juni 1933 wieder in sein Amt eingesetzt. 1934 avancierte Neinhaus zum Parteikreisstellenhauptleiter, machte dann aber keine weitere Parteikarriere.

Neinhaus war ein Technokrat und tüchtiger Verwaltungsjurist, dem, wie deutungsoffen derartige Wertungen auch sind, keine „nationalsozialistische Gesinnung" attestiert wurde. 1947 wurde er von der Heidelberger Spruchkammer zunächst als „Mitläufer" entnazifiziert und in einem zweiten Schritt 1949

durch die Berufungsinstanz vollständig entlastet. Damit stand seiner politischen Nachkriegskarriere nichts im Wege. Als er 1952 als Oberbürgermeister wiedergewählt wurde und damit an seinen, in seiner Sicht „angestammten Platz" zurückkehrte, signalisierte das für Heidelberg das endgültige Ende der amerikanisch inspirierten Rekonstruktionsepoche. Von 1950 bis 1960 war Neinhaus parallel zu seinen kommunalen Ämtern auch CDU-Landtagsabgeordneter. Als Präsident der Verfassunggebenden Landesversammlung sowie Präsident des Ersten und Zweiten baden-württembergischen Landtages – ein Amt, das bis 1976 aus Proporzgründen stets an einen Badener fiel – stieg er zu einem führenden Repräsentanten der südwestdeutschen Politik auf. 1958 unterlag er in der Bürgermeisterwahl dem SPD-Kandidaten Robert Weber, nachdem er im Vorfeld der Wahl unglücklich taktiert hatte.[29]

Als kommissarischen neuen Oberbürgermeister setzte die Militärregierung am 1. April 1945 Josef Amberger (1889–1954) ein. Der Jurist Amberger, ein gebürtiger Nordbadener aus Bretten, hatte seit 1925 als Zweiter Bürgermeister amtiert und war seit 1934 in verschiedenen Funktionen in der Heidelberger Stadtverwaltung tätig gewesen. Auch er repräsentierte die hohe Kontinuität über die beiden Regimewechsel 1933 und 1945 hinweg. Seit 1941 war er Mitglied der NSDAP, nachdem er als förderndes SS-Mitglied 1933 sich weiteren Ansprüchen des Regimes zunächst hatte entziehen können. Da er Verbindungen zu den Kreisen des 20. Juli besaß, hatte die Militärregierung ihn trotz seiner NS-Belastung akzeptiert. Im September 1945 wurde er auf eigenen Wunsch wieder Erster Bürgermeister, im Dezember dann entlassen. Aus der Entnazifizierung ging er als „Mitläufer" hervor und kehrte 1949 als Justiziar und Leiter des Dezernats für Fremdenverkehr und Wirtschaftsförderung in die Stadtverwaltung zurück.[30] Ihm folgte als Oberbürgermeister mit Ernst Walz (1888–1966) der Träger eines angesehenen Heidelberger Namens. Walz' gleichnamiger Onkel Prof. Ernst Walz war von 1913 bis 1928 Oberbürgermeister gewesen. Der junge Walz war als Beamter im Karlsruher Innenministerium 1933 zwangspensioniert worden. An der Spitze der Stadt stand er bis zur ersten regulären Neuwahl des Oberbürgermeisters im Mai 1946. Später machte er Karriere in der baden-württembergischen Justiz.[31]

In der städtischen Verwaltung kehrte die Militärregierung zunächst mit eisernem Besen.[32] In mehreren Wellen wurden nationalsozialistisch belastete Beamte, Angestellte und Arbeiter entlassen, bis Ende November 1945 517 Personen und damit 67 Prozent aller in der Stadtverwaltung tätigen ehemaligen NSDAP-Mitglieder. Im Sommer 1946 waren 65 Prozent der Beamten, 25 Prozent der Angestellten und 18 Prozent der Arbeiter zwangspensioniert, von 21 Amtsleitern wurden 1945/46 15 auf die Straße gesetzt, einer war verstorben, so dass in der Verwaltungsspitze anfangs hohe Diskontinuität herrschte. Vielfach wur-

den Inkonsistenzen der Entnazifizierungspraxis angeprangert, zumal die zuständigen Offiziere permanent wechselten, von denen jeder, wie der (unbelastete) Oberbürgermeister wortreich klagte, „die Ansichten seines Vorgängers meist grundsätzlich repudiert".[33] Zugleich ging mit der Entnazifizierung ein viel beklagter „Effizienzverfall" der Verwaltung einher. Da qualifiziertes Personal fehlte, um die frei gewordenen Stellen zu besetzen, zog sich die Reorganisation der Verwaltung jahrelang hin. Hochrangige Positionen wurden an unbelastete Sozialdemokraten und Gewerkschafter vergeben, die oft über keine entsprechenden Vorkenntnisse verfügten. Parallel setzte die Rehabilitierung von Entlassenen ein. Mit der Wiederaufnahme des Unterrichts waren schon zuvor im Schulsektor Wiedereinstellungen fast unumgänglich geworden.

Die Ergebnisse der frühen Entnazifizierung waren paradox. Auch in Heidelberg kam die Rehabilitierung in Gang, bevor die Säuberung abgeschlossen war. Die Zahl der Wiedereinstellungen war jedoch zunächst eng begrenzt. Anfang April 1946 waren nur zehn Prozent der entlassenen städtischen Mitarbeiter wieder eingestellt. Personalvertretung und Stadträte nahmen ihre Aufgabe ernst und stellten entlassene Beamte nur dann wieder ein, wenn es verwaltungstechnisch unumgänglich war. Unabkömmlichkeit" begünstige die Elite der Kommunalverwaltung. Die Dämme brachen jedoch erst nach Gründung der Bundesrepublik, als zahlreiche „131er" auch in Heidelberg von den weitgehenden Rehabilitierungsmöglichkeiten Gebrauch machten.[34] Bis Ende 1953 kehrten neun der sechzehn entlassenen Amtsleiter auf hohe Posten zurück – wenn auch nicht in allen Fällen in identische Dienststellungen. Es sei, so das Resümee von Friederike Reutter, in Heidelberg nicht gelungen, ehemalige NS-Aktivisten auf Dauer aus Führungspositionen fernzuhalten. Dennoch könne man nicht von einer „Renazifizierung" sprechen, da keiner neofaschistische Aktivitäten entfaltet habe und ehemalige Nationalsozialisten – wie der 1952 demokratisch durch das Heidelberger Volk wiedergewählte Oberbürgermeister – eine neue, demokratische Gesinnung an den Tag gelegt hätten.[35]

Der politische Neuanfang stand im Zeichen einer modifizierenden Rekonstruktion auf Basis des Status vor 1933. Ende April 1945 setzte die Militärregierung einen Stadtrat mit beratender Funktion ein. Die Stadträte rekrutierten sich aus der alten politischen Elite der Weimarer Zeit (minus der vor 1933 in Heidelberg starken Nationalsozialisten). Je zwei Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale und Gewerkschafter sowie jeweils ein Vertreter von Universität und Handwerkerschaft wurden berufen. Damit dominierten die alten Kommunalpolitiker. Die Hälfte der Stadträte hatte dem Widerstand angehört oder war in der NS-Zeit Opfer von Überwachung und Verfolgung geworden. Im Mai kamen drei weitere Mitglieder hinzu, je ein Sozialdemokrat, Kommunist und ein Mitglied des Zentrums, so dass die Linke erstmals in der Heidelberger Geschichte ein Übergewicht gewann. Jedoch stand dem eine bürgerlich dominierte Stadt-

verwaltung gegenüber. Eine gewisse Korrektur stellte hier die Ernennung des lokalen Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes (AFGB), Karl Bauer, einem ehemaligen Dachau-Häftling, zum Zweiten Bürgermeister dar.[36]

Wie auch sonst in der amerikanischen Zone waren politische Aktivitäten anfangs strikt untersagt.[37] Dennoch regte sich gleich nach der Befreiung an allen Ecken und Enden der viel beschworene „Heidelberger Geist". An der Universität konstituierte sich Anfang April der „Dreizehnerausschuss", dessen Spiritus rector der Mediziner und spätere erste Nachkriegsrektor Karl Heinrich Bauer war. Als moralische Instanz fungierte in diesem Kreis der Philosoph Karl Jaspers, der in der NS-Zeit mit Lehrverbot belegt worden war. Mit Alfred Weber, Fritz Ernst und Walter Jellinek lenkten weitere prominente Mitglieder der Universität, denen die Lehre erschwert bzw. unmöglich gemacht worden war, als Teil dieser „in group" die Geschicke der Universität. Ihr Hauptziel war die rasche Wiedereröffnung der Ruperto Carola. Zugleich gingen aus diesem Kreis zum Teil selbstkritische Stellungnahmen zur Situation in Deutschland „nach dem Zusammenbruch" hervor, die, wie Karl Jaspers' Ausführungen zur „Schuldfrage", moralische Schlüsse aus den Erfahrungen des eben verflossenen „Dritten Reiches" zu ziehen suchten, die weit über Heidelberg hinaus Einfluss hatten.[38]

Fast alle übergeordneten Überlegungen, die innerhalb und außerhalb der Universität zum politischen Neuanfang angestellt wurden, knüpften zunächst an Weimar an. Die politische Rhetorik stand im Zeichen der auch sonst zu beobachtenden Renaissance des humanistischen Bildungsideals und einer abendländischen Rückbesinnung. Selbst kirchenferne Gelehrte wie Jaspers oder Weber, so der Bochumer Historiker Christian Janssen, seien davon ergriffen worden.[39] Klar westlich waren die Entwürfe der alten Weimarer, das heißt der von den Nazis an die Seite gedrängten Eliten, nicht. Überwiegend war ihre politische Ideologie von Fronstellungen der Zwischenkriegszeit geprägt, von der Furcht vor Vermassung und Materialismus, und im Kern antiliberal, neokonservativ, zum Teil auch deutsch-national – was insbesondere auch für Marianne Weber, die Frau des Soziologen Max Weber, galt, deren resistenter Zirkel sich über den Nationalsozialismus hinweg erhalten hatte.[40] Was sich in Heidelberg in lockeren Gesprächskreisen formierte, sei es im Sinne eines „Sozialismus aus christlicher Verantwortung" im Bürgertum,[41] sei es im Sinne eines reformorientierten Marxismus im Falle der SPD, entwickelte sich zunächst isoliert von pluralistischem, westlichem Gedankengut.[42]

Der Weg zur demokratischen Selbstverwaltung

In der neu sich formierenden Lokalpolitik war Pragmatismus oberstes Gesetz. Die formelle Gründung von Parteien erfolgte bald nach der Potsdamer Konfe-

renz. Die SPD wurde zwischen August und September aus der Taufe gehoben; die KPD, deren Aktivisten sich gleich im April 1945 wieder zusammengefunden hatten, wurde ebenfalls um diese Zeit lizenziert. Fusionspläne der beiden Linksparteien scheiterten an Widerständen in der SPD – wobei die Ereignisse in der sowjetischen Zone offensichtlich eine Rolle spielten. Unter katholischen Bürgerlichen war es zunächst zu einer überstürzten Neugründung des Zentrums gekommen, die im protestantischen Heidelberg noch anachronistischer als andernorts wirkte. Der politisch aktive Zirkel um Radbruch, Weber, Baum und andere, aber auch frühere Parteipolitiker und Geistliche hofften auf einen parteipolitischen Neuanfang. Sie gründeten die überkonfessionelle Christlich-Soziale Union (CSU). Seit Ende 1945 war diese „auf Reichsebene" mit der CDU verbunden und übernahm im Februar 1946 diese Bezeichnung. Die Heidelberger CDU war früh Sozialisierungsexperimenten abgeneigt. Am längsten dauerte die Gründung einer liberalen Partei, vermutlich weil mit dem in Heidelberg seit 1943 lebenden Theodor Heuss ein prominenter Liberaler zunächst gegen eine derartige Neugründung argumentierte. Nachdem Heuss im September 1945 Heidelberg als Kultminister in Richtung Stuttgart verlassen hatte, erfolgte im Oktober 1945 die Gründung der DP (später DVP).[43]

Die erste Stadtratswahl wurde wie in allen größeren Städten Württemberg-Badens am 26. Mai 1946 abgehalten. Damit erreichte die Inkubationsphase der Heidelberger Nachkriegspolitik ihren ersten Höhepunkt. Nur die Hälfte der Heidelberger Einwohner war wahlberechtigt, da vor weniger als zwölf Monaten zugezogene, also das Gros der Flüchtlinge, sowie NS-belastete Personen nicht wählen durften. Auch scheint das Heidelberger Wahlamt bei ehemaligen NS-Mitgliedern relativ nachsichtig verfahren zu sein. Obwohl Heidelberg zu den frühen Hochburgen der NSDAP gehörte, wurde einem im Vergleich zur amerikanischen Zone relativ niedrigen Satz von 5,6 Prozent der potenziellen Wähler das Wahlrecht abgesprochen. Mit 80,8 Prozent war die Wahlbeteiligung hoch, wenn auch nicht ganz so hoch wie in den letzten Reichstagswahlen vor 1933. Damit schien das Kalkül der Militärregierung aufzugehen, über die „grass roots" die Deutschen an die Demokratie zu gewöhnen – trotz der Apathie im vorausgegangenen Wahlkampf. Im Vergleich zum übrigen Württemberg-Baden gaben relativ viele Heidelberger ungültige Stimmen ab, was auf ein hohes Protestpotenzial schließen lässt.

Das Wahlergebnis war im landesweiten Vergleich ungewöhnlich, weil die CDU stark abschnitt und 43,3 Prozent erreichte. Die DVP kam nur auf 11,9 Prozent der Stimmen (im Landesschnitt lagen beide bürgerliche Parteien mit 26,2 bzw. 21,3 % näher beieinander). Das Ergebnis ließ auch deshalb aufhorchen, weil das katholische Zentrum im protestantischen Heidelberg vor 1933 eher randständig gewesen war. Offensichtlich sprach die Idee einer überkonfessio-

nellen christlichen Partei die Wähler an, zumal in der CDU prominente Protestanten wie Hermann Hampe und Marie Baum eine sichtbare Rolle spielten. Die CDU absorbierte in Heidelberg früh das protestantische Bürgertum, das in der Weimarer Zeit entweder zu den liberalen Parteien oder, in der Endphase der Republik, zur NSDAP bzw. zur DNVP tendiert hatte. Wie Untersuchungen von Friederike Reutter zeigen, waren die CDU-Hochburgen stark mittelständisch geprägt und mit früheren liberalen bzw. NSDAP-Hochburgen identisch.

Für die Linke stellte sich das Problem parteipolitischer Identität und Kontinuität nicht. KPD und SPD legten gegenüber den letzten freien Reichstagswahlen zu und erreichten mit 44,8 Prozent in etwa ihre Stimmenanteile wie im übrigen Württemberg-Baden. Ihre besten Ergebnisse erzielten SPD und KPD in den traditionellen Arbeiterhochburgen im Westen der Stadt. Vom Zuwachs der Linken profitierte die SPD, während die KPD im Vergleich zu Weimar stagnierte. Insgesamt deutete sich in Heidelberg mit der klaren Spaltung in zwei annähernd gleich große Blöcke rechts und links mit einem kleinen liberalen Anteil in der Mitte das für die gesamte Bundesrepublik seit 1953 gültige Muster früh an. Werden die Bundestagswahlen 1949 oft als die letzten Wahlen Weimars und die 1953 als die ersten der Bundesrepublik bezeichnet,[44] so lässt sich für Heidelberg insgesamt konstatieren, dass der Übergang aufgrund der relativen Schwäche der örtlichen Liberalen früher einsetzte. Indes gelang der DVP in den Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung am 30. Juni 1946 und zum Landtag am 24. November 1946 ein Comeback. Sie machte auf Kosten der CDU Terrain gut, wobei sie in überregionalen Wahlen von der Prominenz von Theodor Heuss profitierte und auch unter den nun wahlberechtigten Flüchtlingen zulegte. Seit den Gemeinderatswahlen vom Dezember 1947 war die SPD trotz Verluste stärkste Partei, weil die CDU an die Liberalen Stimmen verlor.[45]

Im Juli 1946 wählte der neu konstituierte Stadtrat mit Dr. Hugo Swart (CDU) einen neuen Oberbürgermeister. Der über 60-jährige Swart (1885–1952) gehörte einer Generation älterer Politiker an, die unverhofft einen zweiten politischen Frühling erlebten und auf die sich die Militärregierung bevorzugt stützte.[46] Als preußischer Karrierebeamter hatte er es 1930 bis zum Landeshauptmann der Provinz Brandenburg gebracht. 1933 wurde er als politisch unzuverlässig pensioniert. 1941 war er an die Bergstraße gezogen und hatte als ein „Mann der ersten Stunde“ sofort wichtige Funktionen als Berater der Militärregierung übernommen. Vor seiner Wahl zum Heidelberger Oberbürgermeister war er Staatssekretär und Chef der hessischen Staatskanzlei gewesen. Swart sah sich „über den Parteien“ stehend an und war alles andere als ein moderner Demokrat. Theodor Scharnholz charakterisiert seinen Führungsstil als „patriarchalisch“. Die Militärregierung ironisierte ihn als „Ruler of Heidelberg“.[47] Als Zweiter Bürgermeister blieb Karl Bauer (SPD) im Amt; die DVP einigte sich nach

längerem Hin und Her auf den Juristen Martin Lenhard als weiteren Bürgermeister. Lenhard hatte zuvor, trotz Mitgliedschaft in der SA, als öffentlicher Ankläger der Spruchkammer gewirkt.

Mit der Neuwahl von Stadtparlament und kommunaler Verwaltungsspitze war der Übergang von der Aufsichtsverwaltung zu lokaler Autonomie vollzogen. Indes blieb die Verwaltung der Stadt alles andere als Routine. Auf den 46 Sitzungen des Stadtrates zwischen Mai 1946 und Dezember 1947 standen Fragen des täglichen Überlebens ganz oben auf der Tagesordnung. Sechzig Mal wurde über die Brennstoff, Wasser- und Lebensmittelversorgung gesprochen, 58 Mal über Wohnraumverknappung und Flüchtlingsfragen, über kulturpolitische Fragen indes nur drei Mal.[48] Das Hauptproblem war die Wohnraumsituation. Die Requirierungen der Besatzungsmacht, die der Unterbringung der Heimatvertriebenen das „Tüpfelchen auf das i" setzten, haben den Schulterschluss der deutschen „Volksgemeinschaft" gegen die US-Armee erleichtert – vor allem aber der Altbürger, die von diesen Lasten besonders betroffen waren. Da auch Wohnungen von ehemaligen NS-Opfern beschlagnahmt worden waren, übertrafen sich Sozialdemokraten und Bürgerliche in ihrer Kritik am Militär.[49]

Mit der Rückkehr zur lokalen Autonomie ging im März 1946 die Entnazifizierung offiziell in deutsche Hände über. Mit dem „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" hatte die Militärregierung den rechtlichen Rahmen geschaffen.[50] Der Aufbau der Heidelberger Spruchkammer war im Juli 1946 beendet. Sie war mit überdurchschnittlich hoch qualifiziertem Personal bestückt, der Mittelstand war überrepräsentiert, ebenso Gewerkschafter und Anhänger der KPD.[51] Von diesen lokalen Besonderheiten abgesehen, wich die Entwicklung in Heidelberg von dem betrüblichen Bild in der übrigen Besatzungszone nicht ab. Nachdem die Spruchkammer anfänglich Härte hatte walten lassen, war die Militärregierung bald von der mangelnden Sorgfalt und der relativ liberalen Entlastungspraxis alarmiert. Revisionen der Heidelberger Sprüche provozierten den Widerstand der Spruchkammer, die Interventionen der Militärregierung „als gesetzeswidrige Übergriffe sah".[52] Im September musste der württembergisch-badische Entnazifizierungsminister Gottlob Kamm schlichtend eingreifen. Doch die Heidelberger Öffentlichkeit stand hinter der Spruchkammer. Gewerkschaften und Linke resignierten. Mit Einsetzen des Kalten Krieges schwand das Interesse der Militärregierung an politischen Säuberungen. Nun wusch auch die Heidelberger Spruchkammer als „Mitläuferfabrik" die örtlichen NS-Belasteten rein. Ende 1948 war die Entnazifizierung in Heidelberg beendet.

Konflikte um die Universität

Die wichtigste Heidelberger Institution ist die Universität. Von Anfang an stand die Ruperto Carola im Visier der Militärregierung. Hoffnungen auf einen Neuanfang, den ohnehin nur wenige erwartet hatten, wirkten auch hier Großwetterlage und interne Entscheidungsprozesse entgegen. Im Endergebnis wurde die Universität nicht an Haupt und Gliedern reformiert. Dabei hatte die Besatzungsmacht bei einer Institution von nationaler Bedeutung anfangs nichts dem Zufall überlassen wollen und war relativ gut über die Verhältnisse an der einstigen „Musteruniversität" des „Dritten Reiches" informiert. Die Universität wurde gleich nach der Besetzung geschlossen und die entsprechenden „schwarzen Listen" abgearbeitet. Notorische Nazis wie der Pädagoge und vormalige Rektor Ernst Krieck wurden verhaftet, während sich der letzte Rektor (und gleichzeitige badische Kultminister) Paul Schmitthenner durch Flucht dem Zugriff vorerst entzog.[53] Dennoch gingen aus den Konflikten um die Wiedereröffnung der Jahre 1945/46 schließlich die etablierten Kräfte siegreich hervor.

Ein Grund war, dass die Militärregierung in der Universität einen Schlüssel zur „reeducation", sah, wenn auch die im Rahmen der amerikanischen Nachkriegsplanung mit der Situation in Deutschland befassten Emigranten niedrige Erwartungen in eine Läuterung des deutschen Nationalcharakters mit Hilfe der durch und durch nazifizierten Universitäten gesetzt hatten.[54] Eine erste Bestandsaufnahme der Militärregierung ging davon aus, dass das deutsche Volk nur demokratisiert werden könne, wenn die akademische Freiheit gewahrt und die Universität als deutsche Institution wahrgenommen werden würde. Die Militärregierung setzte auf die Selbstheilungskräfte und deshalb ganz dezidiert auf den erwähnten, von unbescholtenen Professoren gebildeten „Dreizehnerausschuss". Zugleich wollte die Besatzungsmacht ihren Vorsatz nicht dadurch desavouieren, dass sie an der Universität offensichtlich die Geschicke lenkte – eine Rücksicht, die sie in der kommunalen Verwaltung nicht nahm.[55]
Damit lag die Initiative klar auf deutscher Seite. Am 8. August 1945 hatte der „Dreizehnerausschuss" mit Karl Heinrich Bauer einen Mediziner zum neuen Rektor gewählt, der zwar mit den Institutionen des NS-Staates kooperiert hatte, jedoch als „unbelastet" galt.[56] Kurz zuvor, Ende Juli 1945, hatte die Universität 13 „Repräsentanten extremen Nazitums" aus ihrer Mitte verstoßen, darunter sechs Ordinarien, die, obwohl sie längst verhaftet und interniert, noch nicht aus dem Dienst entlassen worden waren. Diese Ansätze zur Selbstläuterung griffen der Militärregierung zu kurz. Im Oktober wurde eine zweite Säuberung eingeleitet. Bis zum Frühjahr 1946 verloren von den 330 Mitgliedern des Lehrkörpers 138 ihr Amt (41,8 %), vom nichtwissenschaftlichen Personal wurden

46 von 216 (21,3 %) entlassen. Nur 19 der insgesamt 56 Lehrstuhlinhaber der Universität durften weiterlehren. Von ihnen hatten nur acht weder der Partei noch einer ihrer Gliederungen angehört.[57]

Trotz dieses Kahlschlages nahm die Universität erstaunlich schnell ihren Lehrbetrieb wieder auf. Die pragmatischen Erfordernisse begünstigten dies. Die Militärregierung unter Lucius D. Clay fürchtete eine medizinische Katastrophe in Deutschland und drängte auf die Ausbildung von Ärzten. Am 15. August begann an der Ludolf-Krehl-Klinik ein zweimonatiger Fortbildungskurs für kriegsapprobierte Jungärzte und Sanitätsoffiziere – die erste Lehrtätigkeit an einer Universität in der amerikanischen Besatzungszone überhaupt.[58] Damit war die Universität quasi durch die Hintertür wieder eröffnet, bevor die politische Überprüfung des Lehrkörpers und der Studierenden richtig in Gang gekommen war. Dieses Ereignis, während dessen auch Bauer in sein Rektorenamt eingeführt wurde, markierte Jaspers mit einer Rede zur „Erneuerung der Universität". Er erinnerte in Vorwegnahme seiner Ausführungen zur „Schuldfrage" an die deutschen Verbrechen, an die Judenverfolgung und den Abfall von Gott. Er forderte eine Wiedereröffnung der gesamten Universität, um geistige Neuorientierung zu ermöglichen und die Probleme reinen Fachgelehrtentums zu vermeiden.[59]

„Ein großartiger Tag. Japan kapituliert, und die Medizinische Fakultät Heidelberg wieder eröffnet", vertraute Hauptmann Edward Y. Hartsthorne, der für die Universitäten in der amerikanischen Zone zuständige Besatzungsoffizier, seinem Tagebuch an.[60] Schon am folgenden Tag prallten jedoch die deutschen und amerikanischen Interessen aufeinander. Rektor Bauer nutzte das Wiederaufleben der Medizinerausbildung als Hebel, um den Säuberungsdrang der Militärregierung zu bremsen. Bauer klagte, dass Lehrverbote und Entlassungen die Universität ruinierten, die Objektivität der Wissenschaft bedrohten und unweigerlich zum Verfall der akademischen Standards im Vergleich zu vor 1933 führten.[61] Hartsthorne verwies Bauer auf die Möglichkeit, andernorts geeignetes Personal zu rekrutieren, was dieser für unmöglich hielt – „Quatsch as usual" wie Hartsthorne bemerkte. Bauer weigerte sich schlicht, die Entlassungen als endgültig anzuerkennen. Andererseits war Bauer unentbehrlich, zumal ihn auch Kritiker wie Mitscherlich stützten.[62]

Ungeachtet des schwelenden Konflikts zwischen Universitätsspitze und Militärregierung wurde die gesamte Universität schon am 7. Januar 1946 wiedereröffnet. Mehr als 8 000 junge Menschen hatten sich auf 3 000 Studienplätze beworben (davon 1 100 für Medizin). Zugleich war in Einklang mit dem generellen Trend in der Besatzungszone die Entnazifizierung intensiviert worden. Es kam zum Eklat, als ein Vertreter des amerikanischen Militärgeheimdienstes CIC, Daniel F. Penham, mit Rektor Bauer und Prorektor Ernst die Stützen der

konservativen Rekonstruktion frontal angriff. Da sich Penham mit den Selbstauskünften der Professoren auf den obligatorischen Fragebögen nicht zufrieden geben wollte, hatte er sich die Schriften Bauers und anderer aus der Zeit vor 1945 besorgt und dabei in seiner Sicht belastendes Material zutage gefördert. Ende Februar 1946 kamen Penahms Untersuchung zu dem Ergebnis, dass es sich bei der Universität Heidelberg um eine durch und durch braune Institution handele („nazified to the core"), die verfrüht wiedereröffnet worden sei. In Penhams Szenarien drohte die Universität gar zu einem Widerstandsnest gegen die amerikanische Besatzung zu werden. Vor allem die Überprüfungen der im nazistischen Geist erzogenen Studenten sei vordringlich, die Universitätsleitung müsse abgelöst, die Universität unverzüglich geschlossen werden: „The Rectorate of Heidelberg University under American occupation should be held by a man with an absolutely clear background who is willing to lead a crusade for democracy."[63]

Der Kreuzzug für die Demokratie scheiterte, weil es den etablierten Kräften, Rektor Bauer und dem Senat, gelang, den amerikanischen Universitätsoffiziers Earl L. Crum auf ihre Seite zu ziehen und die Militärregierung zu spalten. Crum, ein Professor für klassische Philologie und unkritischer Bewunderer der deutschen akademischen Tradition, teilte den konservativen Mythos der vor 1933 unzerstörten, heilen akademischen Welt, an dessen Rekonstruktion der „Dreizehnerausschuss" arbeitete. In einem Gegenbericht machte Crum sich die Beschwerden der Universitätsführung gegen die unkonventionellen Verhörmethoden Penhams zu Eigen (der u. a. einen Professur zum Absingen des „Horst-Wessel-Liedes" genötigt hatte). Penhams Untersuchung wurde von der Militärregierung niedergeschlagen.[64] Zweifellos unterschätzte Penham die Bereitschaft der Universitätsangehörigen, sich nach der Zerstörung der akademischen Freiheiten durch den Nationalsozialismus nun einer Aufsichtsverwaltung durch die Militärregierung zu unterstellen.

Auf einer tieferen Ebene stand der Anspruch einer unpolitischen Universität zur Debatte, die sich in der Phase der Nachkriegsrekonstruktion als Leitidee durchsetzte und gegen jegliche Politisierung von Forschung und Lehre (retrospektiv) seitens des Nationalsozialismus und (aktuell) seitens der Besatzungsmacht richtete – was in den Konflikten um „1968" erneut in den Fokus inneruniversitärer Auseinandersetzungen geriet. Dafür nahm Bauer unter anderem die Zusammenarbeit mit Kollaborateuren des Regimes in Kauf, sofern diese nicht unter eine der Kategorien des automatischen Arrests fielen und als solche als „Nazis" klar kenntlich waren. Bauer verfuhr nach der Devise: „Wir ‚Unbelasteten' handelten nach dem Grundsatz: Wir belasten keinen, aber entlasten jeden, bei dem es vertretbar ist."[65] Im Sinne einer pragmatischen Stabilisierung der Nachkriegsuniversität waren nicht allein Bauer, sondern auch über jeden

moralischen Zweifel erhabene Persönlichkeiten wie Jaspers und Radbruch bereit, diesen Preis zu entrichten. Penham hingegen hielt eine klare Scheidung in Nazis und Nicht-Nazis nicht nur für geboten, sondern für möglich und wollte dafür die Universitäten schließen.[66]

Aus Sicht der Universität bzw. ihrer Angehörigen sprachen die Zahlen eine andere Sprache. Von den 56 Lehrstuhlinhabern des letzten Semesters vor Kriegsende, so Volker Sellins Untersuchungen, wurde die Hälfte auf Dauer von der Universität entfernt. Ein Drittel wurde später an einer anderen deutschen Universität wieder berufen. Die Übrigen kehrten nicht auf einen Lehrstuhl zurück. Im Falle des Historikers Willy Andreas beispielsweise, der über einen (von ihm nicht verfassten) Artikel über Horst Wessel in einem von ihm herausgegebenen Sammelband stolperte, wurde nach seiner vollständigen Entlastung durch die Spruchkammer ein gesichtswahrender Kompromiss gefunden. Andreas wurde im Juli 1949 als Ordinarius wieder eingesetzt, jedoch sofort zum 1. November, das heißt zum Beginn der Vorlesungszeit, emeritiert, so dass er nie mehr in Heidelberg las.[67] Zugleich intensivierte die Universität ihre Anstrengungen, im „Dritten Reich" vertriebene Dozenten nach Heidelberg zurückzuholen. Diese Bemühungen waren nur selten von Erfolg gekrönt. Für viele war die Vorstellung kaum zu ertragen, nun eine Generation von Studenten zu unterrichten, die am verbrecherischen Krieg Deutschlands teilgenommen hatten.

Wie im Falle der lokalpolitischen Neuanfänge stand der Neuanfang an der Universität im Zeichen des historischen Kompromisses zwischen (minderbelasteten) deutschen Eliten und der Besatzungsmacht, die im jeweiligen Eigeninteresse für pragmatische Lösungen plädierten. Dem leistete die Lockerung der Entnazifizierungspraxis Vorschub. 1945 war denn auch keine vorrevolutionäre Stunde des politischen Neuanfangs, es war auch nicht die Stunde der Universitätsreform, wie Kritiker in den 1960er Jahren glaubten.[68] Dafür fehlten 1945 die Voraussetzungen, zumal Wissenschaftsmanager wie Bauer dann in den 1960er Jahren durchaus eine konstruktive Rolle bei der Expansion der Universitäten spielten. Trotzdem blieb angesichts des alternativlos verpatzten Neuanfanges ein schaler Geschmack zurück. Karl Jaspers ging 1948 ins Exil nach Basel. Alexander Mitscherlich, ein dezidierter Befürworter einer neuen demokratischen Gesinnung, musste sich im Rückblick resigniert eingestehen, dass die Medizin – wie die Universität insgesamt – „in den starken Händen ihrer unerschütterlichen Zunftmeister" blieb.[69]

Kultureller Frühling

Inspirierte der Heidelberger Geist in der Ausnahmesituation des Jahres 1945 auch nicht zu kühnen Neuanfängen, so regte sich gleich mit dem Einmarsch

ein kultureller Frühling. Vor allem das Theater schien dank seiner guten alten Tradition als „moralische Institution“ für die Ziele der Demokratisierung und „reeducation“ bestens geeignet.[70] War Heidelberg mit seiner unzerstörten Substanz nicht für eine deutsche Theaterrenaissance geradezu prädestiniert? Ein wahrer „Bühnenhunger“ überrollte die Besatzungszonen, auch weil alternative Unterhaltungsangebote fehlten und es für inflationär entwertete Reichsmark außer Zeitungen und Eintrittskarten nur wenig legal zu kaufen gab. In Heidelberg wollte die Besatzungsmacht die Demokratie über das Theater rasch ins Volk tragen. Doch die Stadtverwaltung, die die Ausgaben scheute, hielt die Militärregierung hin. Eine erste Lizenz zur Leitung eines Schauspieltheaters ging daher an einen privaten Unternehmer, der Ende August 1945 die Heidelberger Kammerspiele gründete. An den vorbereitenden Besprechungen hatten neben dem bekannten Dramaturgen Karl Heinz Stroux, der seit 1940 mit Gustav Gründgens in Berlin gearbeitet hatte und nach einem Jahr Heidelberg in Richtung Darmstadt verlassen sollte, und dem Schriftsteller Ernst Glaeser, auch Alexander Mitscherlich und Dolf Sternberger beratend teilgenommen.[71]

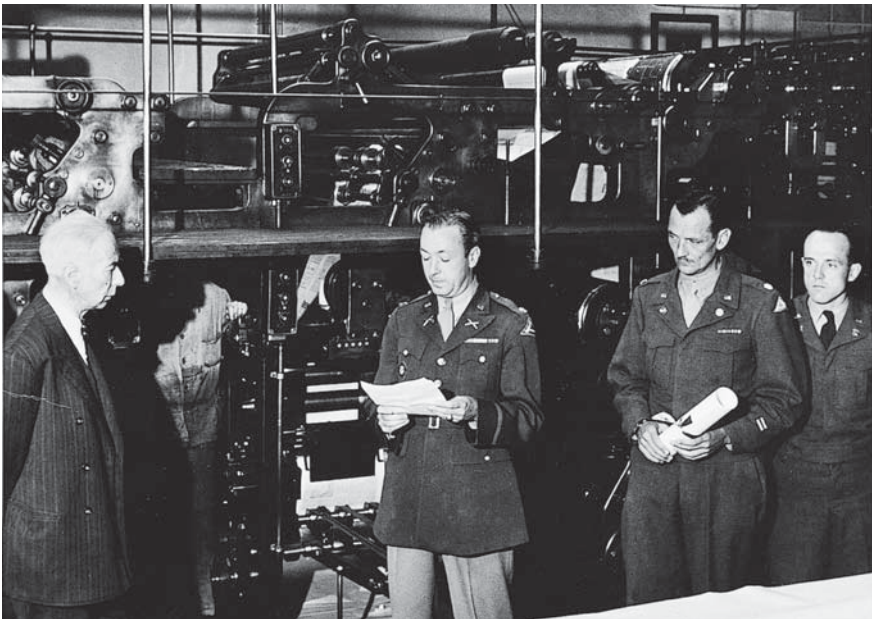
Die Heidelberger Theater-Unlust stand in merklichem Kontrast zu Mannheim, wo unter widrigeren Umständen die Stadtverwaltung für die Wiedereröffnung des berühmten Nationaltheaters schon Ende Juli 1945 grünes Licht gab. Die Zögerlichkeit der Heidelberger Stadtväter schlug überregional Wellen, als Erich Kästner, der vorübergehend in Heidelberg wirkte und als Feuilletonredakteur der „Neuen Zeitung“ zum Kulturpapst der amerikanischen Zone aufgestiegen war, skeptisch fragte, ob Heidelberg an „einem literarischen Theater von Niveau“ interessiert sei, oder ob „Süddeutschland am Grabe eines ‚Schrittmachers‘“ stehen werde, „der unnütz ins Gras“ gebissen habe.[72] Indes: Nach unglücklichen Anfängen ging es in der folgenden Spielzeit aufwärts. Die Kammerspiele wurden mit den Städtischen Bühnen fusioniert und mit Marie Luise Kaschnitz’ „Totentanz“ ein Stück auf den Spielplan gesetzt, dass die unmittelbare Vergangenheit thematisierte. Die Heidelberger Kritik – allen voran der Feuilletonchef der „Rhein-Neckar-Zeitung“, Emil Belzner – war begeistert, weil Heidelberg sich nicht auf die Beschwörung der Tradition beschränke, sondern etwas von dem auf die Bühne bringe, „was wir erlebt haben“.[73] Mit einer „Woche des zeitgenössischen Schauspiels“ erzielte Intendant Heinrich Köhler-Helffrich im April 1947 dann einen Achtungserfolg, dem in der folgenden Spielzeit die Aufführung moderner, gesellschaftskritischer Stücke wie „Draußen vor der Tür“ (Wolfgang Borchert), „Der Trojanische Krieg findet nicht statt“ (Jean Giraudoux) oder „Des Teufels General“ von dem ehemaligen Heidelberger Studenten Carl Zuckmayer folgten.[74]

Stand Kultur auch nicht ganz oben auf der städtischen Prioritätenliste, so gingen aus der Heidelberger Nachkriegszeit doch kulturelle Aktivitäten von

überregionaler und nationaler Bedeutung hervor. Als Presse- und Publikationszentrum war Heidelberg nach 1945 relativ wichtig – dank der intakten Infrastruktur und der Anwesenheit der Universität. Die „Rhein-Neckar-Zeitung" wurde als erste Zeitung in Württemberg-Baden lizenziert. Ab dem 5. September 1945 erschein sie zweimal pro Woche in verschiedenen Lokal- und Bezirksausgaben. Theodor Heuss war einer ihrer drei Lizenzträger und schrieb sich so in die Heidelberger Stadtgeschichte ein. Er wollte aus der „RNZ" etwas von „repräsentativer Bedeutung machen". Sein Vorbild war der berühmte Gelehrtenpolitiker Georg Gottfried Gervinus, der als einer der „Göttinger Sieben" im 19. Jahrhundert nach Heidelberg geflohen war und dort die liberale „Deutsche Zeitung" herausgegeben hatte.[75] Zum Erfolg der „RNZ" trug das Heidelberger Umfeld bei. Sehr dezidiert beschäftigten sich die ersten Ausgaben mit Deutungen der NS-Vergangenheit und mit Plänen zum politischen und moralischen Wiederaufbau. Leider zog Heuss schon wenige Tage nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe der „RNZ" aus Heidelberg fort.

Der Heidelberger kulturelle Nachkriegsfrühling stand nicht im Zeichen der schönen Künste, sondern in dem der Publizistik. Das hatte Tradition, hatten doch Reste der alten Heidelberger Salonkultur den Nationalsozialismus überlebt.[76] Die wichtigste Heidelberger Initiative zur geistigen Neuorientierung war das weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt gewordene Diskussionsforum der „Heidelberger Aktionsgruppe zur Demokratie und zum freien Sozialismus", dessen personellen Kern die Heidelberger Hochschullehrer Alfred Weber, Dolf Sternberger, Hans von Eckhardt, Alexander Mitscherlich und Marie Baum bildeten, sowie der zeitweilige hessische Ministerpräsident und spätere Rektor, der Jurist Karl Geiler, aber auch Ernst Walz und der südwürttembergische Politiker und Völkerrechtler Carlo Schmid. Die „Aktionsgruppe" wurde von dem Verleger Lambert Schneider entscheidend mitgetragen, der sein Verlagshaus von Berlin nach Heidelberg verlegt hatte und der 1945 die Geschäftsführung des traditionsreichen Universitätsverlages C. Winter übernahm.[77]

Die „Aktionsgruppe" war Katalysator einer demokratischen Diskussionskultur. Sie fragte nach Problemen der Gegenwart wie der deutschen Einheit, sie thematisierte die deutsche Verantwortung für den Nationalsozialismus, sie sorgte sich um die demokratische Gestaltung der Zukunft. Sie war Schnittmenge sich in Heidelberg überlappender Kreise, auf die sich die kulturelle und geistige Erneuerung gründete und konnte dank Aktivitäten von Lambert Schneider publizistisch deutschlandweit durchdringen. Mit Alfred Webers und Alexander Mitscherlichs „Freier Sozialismus" und Mitscherlichs heiß umstrittenen Bericht über den Nürnberger Ärzteprozess („Das Diktat der Menschenverachtung") gingen viel diskutierte Texte aus dem Heidelberger Intellektuellenmilieu hervor. Das bekannteste Produkt dieser profilierten Nachkriegspublizistik



Heidelberg als Zentrum des kulturellen Neubeginns: Theodor Heuss (links), Rudolf Agricola und Hermann Knorr bekommen am 5. September 1945 die Lizenz für die Rhein-Neckar-Zeitung durch einen amerikanischen Offizier überreicht. (Foto: H. Lossen, Stadtarchiv Heidelberg)

war „Die Wandlung", eine kulturpolitische Zeitschrift, als deren Spiritus rector der ehemalige Redakteur der „Frankfurter Zeitung" und spätere Heidelberger Politikprofessor Dolf Sternberger wirkte und zu deren Herausgeberkreis wiederum Alfred Weber, Karl Jaspers und der Romanist Werner Krauss zählten.

Sternbergers Überlegungen zur Demokratisierung gehören zu den wichtigsten Versuchen politischer Neuorientierung nach 1945. Ihm ging es um eine Revision des Freiheitsbegriffes von Kollektiv- zu Individualkonnotationen. Er suchte das Leitbild einer „Bürgergesellschaft" zu verankern, er klärte mit Dokumenten über den Charakter des Nationalsozialismus auf, er suchte mit der erstmals in der „Wandlung" veröffentlichten Sprachkritik „Aus dem Wörterbuch des Unmenschen", an dem Wilhelm Emanuel Süskind und der spätere Kultusminister Baden-Württembergs, Gerhard Storz, beteiligt waren, die schleichende Vergiftung der deutschen Kultur durch den Nationalsozialismus und daraus entstandene Langfolgen auf den Begriff zu bringen, er erstrebte in großem Sinne „historische und moralische Aufklärung des Vergangenen".[78] Der 1907 geborene Sternberger war ein Glücksfall für Heidelberg. Einer der wenigen

Liberalen aus der Kriegsjugendgeneration des Ersten Weltkrieges, der weder emigriert noch ermordet, noch sich mit dem Nationalsozialismus eng eingelassen hatte, bildete er eine Brücke zwischen der älteren Generation der Wilhelminer, die nun noch einmal an die Schalthebel kam, und der skeptischen Generation der Leutnants, mit der ihn das Solidaritätsgefühl des Neuanfangs verband. Mit Sternbergers „Wandlung", so Nicolaus Sombarts Urteil, knospte als letzte Blüte der „Heidelberger Geist" auf „einem schon verdorrten Strauch".[79]

Für Sternberger und seine Mitstreiter in der älteren und in der jüngeren Generation war demokratische Erneuerung kein Glasperlenspiel, sondern eine konkrete Aufgabe für die Erwachsenenbildung. Nachdem ein Projekt des Heidelberger Oberbürgermeisters, eine Kulturorganisation für die Stadt zu gründen, im November 1945 gescheitert war, tat sich Sternberger mit Persönlichkeiten aus dem Kreis um Marianne Weber zusammen, vor allem mit dem Kunsthistoriker Gustav Hartlaub, der bis 1933 Direktor der Mannheimer Kunsthalle gewesen war, und dem Gewerkschaftssekretär Franz Ringer, um eine Heidelberger Sektion des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" zu gründen. Dies war eine Heidelberger Spezialität, da der Kulturbund in Berlin von Johannes R. Becher geleitet wurde und als kommunistische Initiative galt (und bald auch verfemt wurde). Tatsächlich wurde der Kulturbund auf Betreiben Sternbergers im Frühjahr 1947 in „Heidelberger Bund für Demokratische Kultur" umbenannt. 1948 wurde dann die „Volkshochschule" daraus, deren institutionelle Kontinuität bis heute ungebrochen ist.[80]

In der Erwachsenenbildung spielte die Volkshochschule neben dem am Universitätsplatz in den Räumen des Porzellangeschäfts Edmund von König residierenden Amerikahaus in der Nachkriegszeit eine zentrale Rolle. Diese Mittlerorganisationen waren Einfallstor amerikanischer Reedukationsbemühungen.[81] Die Resonanz der Vorträge war in Einzelfällen sehr groß. 800 Personen hörten im September 1946 einen Vortrag über „Männer oder Parteien", 450 interessierten sich für „Russland – Werden und Wachsen einer Großmacht", immerhin 200 für herbere intellektuelle Kost wie „Die großen Lyriker Frankreichs". Doch wie im Falle des Theaters sank das Interesse dramatisch nach der Währungsreform. Auch die Volkshochschule diente wohl anfangs als Unterhaltungsersatz. Als die bis dahin ohne weiteres vom Publikum entrichteten 50 Pfennig Hörergebühren ab dem Juni 1948 in harter D-Mark zu berappen waren, blieben die Hörer aus.[82] Mit ähnlichen Problemen hatten das Verlagswesen und die Kulturzeitschriften zu kämpfen. Die „Wandlung" beispielsweise wurde aus wirtschaftlichen Gründen im Dezember 1949 eingestellt.[83]

Rekonstruktion im Zeichen der Modernisierung

Schon die meisten Zeitgenossen glaubten nicht an eine revolutionäre Zäsur 1945. Der politische und kulturelle Neubeginn stand in Heidelberg im Zeichen von Demokratisierung und christlicher Rückbesinnung – und verband damit Neues mit Altem. Das nicht zerstörte Heidelberg strahlte dank der angesehenen „Rhein-Neckar-Zeitung", dank einflussreicher Periodika wie „Der Wandlung" und dank deutschlandweiter Aktivitäten der „Aktionsgruppe" als geistiger Mittelpunkt aus. Entscheidend war, dass in Heidelberg zahlreiche Persönlichkeiten von Rang ansässig waren (oder erst kürzlich zugezogen waren), die meist im Umfeld der Universität wirkten und die den Anspruch auf geistige Neuorientierung glaubwürdig verkörperten. Es war der relativ kleine Kreis der Baum, Geiler, Heuss, Jaspers, Lambert Schneider, Mitscherlich, Radbruch, Sternberger, der Webers, aber auch stärker belasteter Persönlichkeiten wie dem Psychologen und früheren badischen Staatspräsidenten Willy Hellpach usw., die in den verschiedenen Nachkriegsinstitutionen fast omnipräsent waren und den Heidelberger Geist in die Bundesrepublik trugen.

Den Protagonisten des Heidelberger Neubeginns war klar, wie es Sternberger schon im Mai 1946 programmatisch formulierte, dass Reorientierung nicht hieß, „dass etwas Altes bloß wieder hervorgezogen und aufpoliert werden könnte". Zugleich war für ihn Erneuerung nicht, „dass nur gelten soll, was noch nie dagewesen ist". Vielmehr liege Erneuerung „zwischen Bewahrung und Umwälzung, also zwischen konservativer und revolutionärer Haltung in der guten Mitte. Erneuerung ist unsere Aufgabe, eine unendliche Aufgabe, ebenso schwer wie lockend."[84] Für Sternberger traf das Furore machende Wort von der „Restauration" die Sache nicht, so wenig er an revolutionäre Situationen glaubte. Die „Heidelberger" waren, so schwer sich so unabhängige und eigenwillige Köpfe wie Jaspers, Sternberger und Weber auf einen Kollektivbegriff bringen lassen, gegenüber strikten Gegensätzen von Restauration versus Neubeginn skeptisch eingestellt. Sie betonten das Prozesshafte, die Notwendigkeit einer allmählichen Einarbeitung in eine neue politische Kultur.

Wie sah es demgegenüber in der städtischen Politik und in der Kommunalverwaltung aus? Die Entwicklung in Heidelberg weist im Kontext der generellen Tendenz zur Abwicklung der Besatzungsherrschaft einige Besonderheiten auf. Wie überall entspannte sich die Versorgungslage nach der Währungsreform, wenn auch die Entwicklung ab 1949 wieder stagnierte und sich die Heidelberger Industrie zu einem ausgesprochenen Sorgenkind entwickelte.[85] Insgesamt ging es in Heidelberg seit 1949 wirtschaftlich aufwärts, wobei der Wunsch des Heidelberger Hotel- und Gaststättenbewerbes, an den reichlicher sprudelnden Gewinnen aus dem wieder auflebenden Tourismus zu partizipie-



Die Wiederbelebung des Tourismus hatte hohe Priorität. Das Nachrichtenmagazin „Life" berichtet im August 1947 über amerikanische Studierende in Heidelberg. Dass aus ehemaligen Feinden so rasch Freunde wurden, provozierte aber doch skeptische Nachfragen. Das zeigt die handschriftliche Notiz auf dem Belegexemplar der Abbildung im Heidelberg Stadtarchiv: „Now an ally?" (Abbildung: Stadtarchiv Heidelberg)

ren, Konflikte mit der Besatzungsmacht vorprogrammierte. Die Amerikaner hatten vor allem Hotels und Gaststätten beschlagnahmt und in der Hauptstraße Geschäftshäuser für ihre eigenen Verkaufsstellen wie die „PX" requiriert, so dass der Einzelhandel zum Teil auf Behelfsquartiere angewiesen war. Wie Theodor Scharnholz herausarbeitet, waren die ökonomischen Auswirkungen der Besatzung jedoch keinesfalls nur negativ. Trotz der in der örtlichen Presse vielfach vergossenen Tränen war die Präsenz der US-Armee für Heidelberger Handwerker und Unternehmer ein einträgliches Geschäft.[86]

In Heidelberg blieb der durch die Besatzungsmacht verschärfte Wohnungsmangel permanent in der Diskussion; auch lag die Arbeitslosigkeit lange Zeit über dem Schnitt. Aufwärts ging es mit der Fremdenverkehrstatistik, mit Zuwachsraten von einem Drittel in den Jahren 1951 und 1952.[87] Das allerdings potenzierte die Klagen des Hotel- und Gaststättenverbandes, der in der Presse vorrechnen ließ, wie stark Einbußen aufgrund der Requirierungen waren. Nun hatten die Familien der amerikanischen Militärs oft kaum weniger Grund zum Klagen, mussten doch Besatzungsangehörige meist in Hotels wohnen und sahen ihre Familie weit entfernt beispielsweise in Bad Mergentheim untergebracht.[88] Eine Entlastung ergab sich dann im Laufe der 1950er Jahre, als mit dem Kalten Krieg die US-Präsenz permanent wurde. Mit den Siedlungen in Rohrbach und schließlich dem Patrick-Henry-Village erhielt Heidelberg gleich zwei ansehnliche „Klein-Amerikas". Damit etablierte sich in Heidelberg eine Gemeinschaft, deren Leben sich nun noch deutlicher getrennt als zuvor von der heimischen Bevölkerung abspielte. War schon nach dem Ende der unmittelbaren Besatzungsherrschaft die Interaktion eher oberflächlich, so scheint sich seither die Trennung der beiden „Communities" verfestigt zu haben.[89]

In der Stadt normalisierten sich nach der Gründung der Bundesrepublik die Verhältnisse weiter. Bei den Landtagswahlen vom November 1950 behauptete die SPD ihre Stellung als stärkste Partei, die CDU erhielt aufgrund der bundespolitischen Entwicklung und der Politik der Westbindung einen Denkzettel. Mit Karl Ebert (SPD) rückte der Sohn des Reichspräsidenten in den Landtag ein. Auch der nun entlastete Carl Neinhaus kehrte in die Politik zurück und ging als Repräsentant der „Altbürger" für die CDU in den Landtag. 1951 wurde der Stadtrat neu gewählt. Die SPD ging als Sieger hervor, allerdings hatte das nun in zwei fast annährend gleich große Blöcke von CDU und DVP geteilte bürgerliche Lager eine strukturelle Mehrheit im Stadtrat. Mit der Wahl des 37-jährigen Juristen Josef Harnisch zum Beigeordneten übernahm erstmals ein Mitglied der Generation der Leutnants des Zweiten Weltkrieges in Heidelberg politisch Verantwortung.[90]

Das Ende der Nachkriegszeit läutete symbolisch die (Wieder-)Wahl von Carl Neinhaus zum Oberbürgermeister im Juli 1952 ein. Sein Vorgänger Swart war überraschend im April 1952 gestorben. Neinhaus setzte sich schon im ersten



„Reiches Amerika! Gib mir endlich Bett u. Haus zurück" (1951). Protestzug der Besatzungsgeschädigten vor dem europäischen Hauptquartier der amerikanischen Armee in der Rohrbacher Straße. (Foto: Stadtarchiv Heidelberg)

Wahlgang mit absoluter Mehrheit gegen Bürgermeister Amman und Harnisch durch. Er hatte sich auf das alteingesessene Bürgertum stützen können, während Harnisch die Neubürger angesprochen hatte. Scharnholz zufolge habe Neinhaus in der Kommunalpolitik „ausgesprochen traditionelle Ziele" verfolgt, nämlich im Unterschied zu seinem stärker Industrieförderung treibenden Vorgänger und dem ebenfalls auf Diversifikation der Wirtschaft abzielenden Harnisch auf „Bewahrung des althergebrachten Heidelberg als Universitäts-, Fremdenverkehrs- und Wohnstadt" gezielt. Damit konsolidierte die altbürgerliche Elite, die nach 1945 in ihrem Einfluss zurückgedrängt worden war, erneut ihre Stellung. Es waren vor allem diese Altbürger, die sich über Besatzungslasten lautstark beklagten und den Konflikt mit dem amerikanischen Militär forcierten – und damit oft die neu Zugezogenen meinten. Hier traten die andere wirtschaftliche und finanzielle Interessen verfolgenden Neubürger zurückhaltender auf. Angriffe auf die Besatzungsmacht erklären sich daher auch aus der sozialen Dynamik innerhalb der deutschen Bevölkerung.[91]

Wirkte die Wahl von Carl Neinhaus auch wie ein Fanal der Restauration, so war der neue alte Bürgermeister doch auch seiner Zeit voraus. Er habe, so Scharnholz, in der Verwaltung auf mehr Transparenz geachtet, er habe einen „ausgesprochen modern(en)" Politikstil gepflegt und „geradezu vorbildlich demokratisch" agiert und einmal mehr „seine flexible Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen politischen Verhältnisse" unter Beweis gestellt.[92] In diesem Zeichen der Anpassungsfähigkeit steht die Heidelberger Nachkriegszeit wohl insgesamt, auch wenn die lautstarke Kritik der „Besatzungsbetroffenen" auf den ersten Blick anderes vermuten lässt. Äußerlich unversehrt, hatte sich Heidelberg erheblich verändert, als mit den Modernisierungen der 1950er und 1960er Jahre dann der „Untergang" von Alt-Heidelberg begann.[93] Zwar konsolidierten die alten Eliten zu Beginn der 1950er Jahre ihre Machtposition; doch hatten die Besatzungsherrschaft, der Zustrom von Flüchtlingen und die beginnende, durch Wirtschaftswachstum rasant beschleunigte Modernisierung, bei allen Enttäuschungen, wie sie die in Heidelberg zahlreichen Protagonisten kultureller Neuanfänge hatten hinnehmen mussten, doch die Grundlagen für eine Demokratisierung der politischen Kulturen und der Gesellschaft gelegt.

Anmerkungen

1 „Heidelberg, die Unversehrte", in: Rhein-Neckar-Zeitung (zit. als RNZ) vom 12. September 1945.

2 Vgl. Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 38.

3 Helmut Krauch: Frühling 1945, in: Michael Buselmeier (Hrsg.): Heidelberg Lesebuch, S. 288–289.

4 Walter Görlitz: Heimkehr und Neubeginn, in: Michael Buselmeier (Hrsg.): Heidelberg Lesebuch, S. 292–296; vgl. auch Nicolaus Sombart: Rendezvous mit dem Weltgeist, S. 24 ff.
5 Theodor Scharnholz: Heidelberg und die Besatzungsmacht, S. 18 ff. und S. 49.
6 Engelberta Boos: Die wirtschaftliche und soziale Eingliederung, S. 10 f.
7 So der Titel des Sammelbandes von Hubert Treiber/Karol Sauerland (Hrsg.): Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise.
8 „Keine kleine Stadt", in RNZ vom 9. Mai 1946.
9 Vgl. Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 38.
10 Zum „Student Prince" vgl. Oliver Fink: „Memories vom Glück", S. 111 f.
11 Werner Pieper (Hrsg.): Heidelberg zur Stunde Null, S. 37.
12 Klaus-Dietmar Henke: Die Amerikanische Besetzung Deutschlands, S. 386 ff.
13 Aus zeitgenössischer Perspektive Marie Baum: Rückblick, S. 326 ff.; Theodor Heuss: Die Besetzung von Heidelberg, S. 40 ff.; Werner Pieper: Heidelberg zur Stunde Null, S. 41 ff.
14 Vgl. Robert Wolfe: Revival of Democratic Culture during the American Occupation of Heidelberg 1945–1949, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 15–29, hier S. 15, Fußnote 2.
15 Alexander Mitscherlich: Ein Leben für die Psychoanalyse. Anmerkungen zu meiner Zeit, Frankfurt/M. 1980, S. 129.
16 Marie Baum: Rückblick, S. 332; zu Marie Baum (1874–1964) vgl. Heide-Marie Lauterer: Das andere Deutschland: Marie Baum, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 294–309; Petra Schaffrodt (Hrsg.): Marie Baum. Ein Leben in sozialer Verantwortung. Ausstellungskatalog, Heidelberg 2000.
17 „Neue Freunde an der alten Brücke", in: RNZ vom 1. April 2005.
18 Zahlen nach Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 26 ff. und S. 311 (Tabelle 1 und 2); Statistisches Jahrbuch der Stadt Heidelberg, Heidelberg 1957, S. 21; Engelberta Boos: Die wirtschaftliche und soziale Eingliederung.
19 Ilona Scheidle/Petra Nellen: Als der Frieden kam... Flüchtlingsfrauen und Heidelbergerinnen seit 1945, in: Petra Nellen u. a. (Hrsg.): Die Vergangenheit ist die Schwester der Zukunft, S. 269–284.
20 „Unterbringung von Ostflüchtlingen", in: RNZ vom 6. April 1946.
21 Vgl. Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 132.
22 Vgl. Engelberta Boos: Die wirtschaftliche und soziale Eingliederung, S. 12.
23 Vgl. Theodor Scharnholz: Heidelberg und die Besatzungsmacht, S. 49.
24 Vgl. Tabelle 16 bei Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 323.
25 Ebd., S. 130; sowie Bekanntmachung der Polizeidirektion vom 15. April 1945 StA Heidelberg, D 121/5.
26 Vgl. ebd., S. 49.
27 Walz an Reinhold Maier, 2. Januar 1946, ebd., S. 61.
28 Ebd., S. 50.

29 Horst Ferdinand: Carl Neinhaus, in: Bernd Ottnad/Fred C. Sepaintner (Hrsg.): Baden-württembergische Biographien, Bd. III, S. 275–280.
30 Biographische Details nach Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 33 f. und S. 65.
31 Paul Feuchte: Ernst Walz, in: Bernd Ottnad (Hrsg.): Baden-württembergische Biographien, Bd. II, S. 472–474.
32 Ausführlich hierzu Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 79 ff.
33 Ebd., S. 82.
34 Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.
35 Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 112.
36 Vgl. ebd., S. 62 ff.
37 Friederike Reutter: Die Gründung und Entwicklung der Parteien in Heidelberg 1945–1946, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 203–230, hier S. 203.
38 Vgl. Eike Wolgast: Karl Heinrich Bauer – der erste Heidelberger Nachkriegsrektor. Weltbild und Handeln 1945–1946, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 107–130; Klaus von Beyme: Karl Jaspers – Vom philosophischen Außenseiter zum Praeceptor Germaniae, in: ebd., S. 130–149.
39 Christian Jansen: Mehr pragmatisch denn liberal. Politische Initiativen und Argumentationsmuster von Walter Jellinek, Gustav Radbruch und Willy Hellpach im Kontext der Wiedereröffnung der Universität, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 173–196, hier S. 180; Jerry Z. Muller: How Vital was the Geist in Heidelberg 1945? Some Skeptical Reflections, in: ebd., S. 197–200.
40 Vgl. dazu das Tagebuch des amerikanischen Universitätsoffiziers Edward Y. Hartsthorne, Eintrag vom 16. Mai 1945, in: James F. Tent (Hrsg.): Academic Proconsul, S. 53; Günther Roth: Marianne Weber als liberale Nationalistin, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 310–326.
41 Vgl. Heide-Marie Lauterer: Das andere Deutschland: Marie Baum, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 301.
42 Vgl. Anselm Doering-Manteuffel: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.
43 Ausführlich Friederike Reutter: Die Gründung und Entwicklung der Parteien in Heidelberg 1945–1946, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 203–230; zum Folgenden auch Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 246 ff.
44 Vgl. Jürgen W. Falter: Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: PVS 22 (1981), S. 236–263.
45 Vgl. Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 257 ff.
46 Zu Swart vgl. Theodor Scharnholz: Heidelberg und die Besatzungsmacht, S. 38 f.
47 Ebd., S. 40.
48 Vgl. Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 71.

49 Ebd., S. 73 f.; Theodor Scharnholz: Heidelberg und die Besatzungsmacht, S. 170 ff.
50 Vgl. Lutz Niethammer: Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt/M. 1972.
51 Vgl. Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 96.
52 Ebd., S. 102.
53 Volker Sellin: Die Universität Heidelberg im Jahre 1945, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 91–106, hier S. 97; Steven Remy: The Heidelberg Myth, S. 116 ff.
54 Uta Gerhardt: Die amerikanischen Militäroffiziere und der Konflikt um die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg 1945–1946, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 28–52, hier: S. 39 ff.; Steven Remy: The Heidelberg Myth, S. 126.
55 Vgl. „Investigation of Nazi Activities", 9. April 1945, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 393–401.
56 Vgl. „Screening of Faculty Members", 14. August 1945, ebd., S. 405–417, hier S. 406.
57 Vgl. Volker Sellin: Die Universität Heidelberg im Jahre 1945, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 91–106, hier S. 98.
58 Vgl. Eike Wolgast: Die Universität Heidelberg 1386–1986, S. 168; Uta Gerhardt: Die amerikanischen Militäroffiziere und der Konflikt um die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg 1945–1946, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 28–52, hier S. 46.
59 Karl Jaspers: Erneuerung der Universität, in: ders.: Erneuerung der Universität. Reden und Schriften 1945/46, mit einem Nachwort hrsg. von Renato de Rosa, Heidelberg 1986, S. 93–105.
60 James F. Tent (Hrsg.): Academic Proconsul, S. 100.
61 Detailliert zu Bauers Eingaben Steven Remy: The Heidelberg Myth, S. 156 ff.
62 Ebd., S. 75.
63 „Memorandum for the Officer in Charge", 23. Februar 1946, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 418–427, hier S. 426.
64 „CIC Investigations in Heidelberg University", 27. Februar 1946, in: ebd., S. 428–429.
65 Eike Wolgast: Karl Heinrich Bauer – der erste Heidelberger Nachkriegsrektor. Weltbild und Handeln 1945–1946, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 107–130, hier S. 121.
66 Als Echo der zeitgenössischen Debatten Steven Remy: The Heidelberg Myth, S. 173.
67 Vgl. Volker Sellin: Die Universität Heidelberg im Jahre 1945, in: Jürgen C. Hess u. a. (Hrsg.): Heidelberg 1945, S. 91–106, hier S. 102.
68 Dagegen Frank R. Pfetsch: Neugründung der Universität nach 1945?, in: Karin Buselmeier u. a. (Hrsg.): Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, S. 365–380.
69 Alexander Mitscherlich: Ein Leben für die Psychoanalyse. Anmerkungen zu meiner Zeit, Frankfurt/M. 1980, S. 158.
70 Andreas Höfele: Von der Umerziehung zum Alternativtheater: Amerikanisch-deutsche Theaterbeziehungen, in: Detlef Junker u. a. (Hrsg.): Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges. Ein Handbuch, Bd. 1: 1945–1968, Stuttgart 2001, S. 707–717.

71 Birgit Pape: Kultureller Neubeginn in Heidelberg und Mannheim, S. 254; hier auch zum Folgenden.
72 „Eurydike in Heidelberg", in: Neue Zeitung vom 14. Juni 1946.
73 „Politisches Theater", in: RNZ vom 2. November 1946.
74 Vgl. Birgit Pape: Kultureller Neubeginn in Heidelberg und Mannheim, S. 267 ff.
75 Vgl. ebd., S. 114.
76 Vgl. Hubert Treiber/Karol Sauerland (Hrsg.): Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise, S. 70 ff.
77 Katharina Haussmann: „Die Chance, Bürger zu werden".
78 Dolf Sternberger: „Versuch zu einem Fazit", Die Wandlung 4 (Dezember 1949), S. 699–710; ders.: „Ich wünschte ein Bürger zu sein". Neun Versuche über den Staat, Frankfurt/M. 1970.
79 Nicolaus Sombart: Rendezvous mit dem Weltgeist, S. 99.
80 Luitgard Nipp-Stolzenburg: Eine „Freie Lehrstätte für die geistig Aufgeschlossenen" – 50 Jahre Volkshochschule Heidelberg, in: dies. u. a.: „Volksbildung nötiger denn je ...": 50 Jahre Volkshochschule Heidelberg, S. 69–176.
81 Maritta Hein-Kremer: Die amerikanische Kulturoffensive. Gründung und Entwicklung der amerikanischen Information Centers in Westdeutschland und West-Berlin, Köln 1996.
82 Luitgard Nipp-Stolzenburg: Eine „Freie Lehrstätte für die geistig Aufgeschlossenen" – 50 Jahre Volkshochschule Heidelberg, in: dies. u. a.: „Volksbildung nötiger denn je ...": 50 Jahre Volkshochschule Heidelberg, S. 69–176, hier S. 92.
83 Birgit Pape: Kultureller Neubeginn in Heidelberg und Mannheim, S. 175.
84 „Freie Lehrstätte für die geistig Aufgeschlossenen", in: RNZ vom 4. Mai 1946.
85 Vgl. Friederike Reutter: Heidelberg 1945–1949, S. 122 ff.
86 Vgl. Theodor Scharnholz: Heidelberg und die Besatzungsmacht, S. 53 f.
87 Ebd., S. 139.
88 Ebd., S. 140.
89 Dazu demnächst die Dissertation von Alexander Vazansky: Army in Crisis. The United States Army Europe 1968–1975.
90 Vgl. Theodor Scharnholz: Heidelberg und die Besatzungsmacht, S. 136 f.
91 Vgl. ebd., S. 170 ff.
92 Ebd., S. 190.
93 Michael Buselmeier: Der Untergang von Heidelberg.

Literaturhinweise

Baum, Marie: Rückblick auf mein Leben, Heidelberg 1950.
Boos, Engelberta: Die wirtschaftliche und soziale Eingliederung von Heimatvertriebenen in die Altstadt Heidelbergs. Ein Beitrag zur soziologischen Untersuchung der Heidelberger Altstadt, Diss. Heidelberg 1958.

Buselmeier, Karin/Harth, Dietrich/Jansen, Christian (Hrsg.): Auch eine Geschichte der Universität Heidelberg, Mannheim 1985.

Buselmeier, Michael (Hrsg.): Heidelberg Lesebuch. Stadt-Bilder von 1800 bis heute, Frankfurt/M. 1986.

Buselmeier, Michael: Der Untergang von Heidelberg, Frankfurt/M. 1981.

Fink, Oliver: „Memories vom Glück". Wie der Erinnerungsort Alt-Heidelberg erfunden, gepflegt und bekämpft wurde, Heidelberg 2002.

Haussmann, Katharina: „Die Chance, Bürger zu werden". Deutsche Politik unter amerikanischer Besatzung: Die „Heidelberger Aktionsgruppe" 1946–47, Heidelberg 2006.

Henke, Klaus-Dietmar: Die Amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995.

Hess, Jürgen C./Lehmann, Hartmut/Sellin, Volker in Verbindung mit Junker, Detlef und Wolgast, Eike (Hrsg.): Heidelberg 1945, Stuttgart 1996.

Heuss, Theodor: Die Besetzung von Heidelberg. Erlebnisbericht, in: Eberhard Pikart (Hrsg.): Theodor Heuss. Aufzeichnungen 1945–1947, Tübingen 1966.

Nellen, Petra u. a. (Hrsg.): Die Vergangenheit ist die Schwester der Zukunft. 800 Jahre Frauengeschichte in Heidelberg, Ubstadt-Weiher 1996.

Nipp-Stolzenburg, Luitgard/Mumm, Hans-Martin/Riese, Reinhard: „Volksbildung nötiger denn je ...": 50 Jahre Volkshochschule Heidelberg. Beiträge zur ihrer Entwicklung und zur Geschichte ihrer Vorläufer, Heidelberg 1996.

Pape, Birgit: Kultureller Neubeginn in Heidelberg und Mannheim 1945–1949, Heidelberg 2000.

Pieper, Werner (Hrsg.): Heidelberg zur Stunde Null. Dokumente, Fotos, Augenzeugenberichte 1945, Heidelberg 1985.

Remy, Steven: The Heidelberg Myth. The Nazification and Denazification of a German University, Cambridge (Mass.) 2002.

Reutter, Friederike: Heidelberg 1945–1949. Zur politischen Geschichte einer Stadt in der Nachkriegszeit, Heidelberg 1994.

Scharnholz, Theodor: Heidelberg und die Besatzungsmacht. Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen einer deutschen Kommune und ihrer amerikanischen Garnison (1948/49–1955), Heidelberg 2002.

Sombart, Nicolaus: Rendezvous mit dem Weltgeist. Heidelberger Reminiszenzen 1945–1951, Frankfurt/M. 2000.

Tent, James F. (Hrsg.): Academic Proconsul: Harvard Sociologist Edward Y. Hartsthorne and the Reopening of German Universities 1945–1946. His Personal Account, Trier 1998.

Treiber, Hubert/Sauerland, Karol (Hrsg.): Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der „geistigen Geselligkeit" eines „Weltdorfes": 1850–1950, Opladen 1995.

Wolgast, Eike: Die Universität Heidelberg 1386–1986, Heidelberg 1986.

Christhard Schrenk

Heilbronn nach dem Krieg – wie Phönix aus der Asche

Nun stehe ich freilich z. Zt. ganz unter dem Eindruck der Vernichtung m[einer] Vaterstadt Heilbronn. Am 4. Dez[ember] war in 25 Minuten die alte Reichsstadt und der Randbezirk des 19. Jahrhunderts ausradiert. (...) Der herrliche Kilianturm, auch beschädigt, ragt ungeheuer ernst und traurig über dem Elend – alle Kirchen, das prachtvolle Rathaus, sämtliche Schulen, die Commende des deutschen Ordens, alles, alles weg. Die Stadt zählte 45 000 Einwohner; 5 700 sind jetzt im Wald in Massengräbern verscharrt, hunderte oder tausende – das weiß man noch nicht – ‚vermisst'. Unter den Toten einige nahe Gespielen der Kindheit. Ich habe vor vierzig Jahren eine Doktorarbeit über den Heilbronner Weingärtnerstand geschrieben, weil mich dies reizte, eine jahrhundertealte bäuerliche Gruppe in einer Handels- und Industriestadt, die nur eben ‚der Stand' hieß. Die Leute wohnten in engen Gassen der Altstadt, mit ihren Keltern und tiefen Kellern. Über 50 Prozent verloren davon das Leben, ganze Familien sind einfach ausgelöscht. Das bewegt mich sehr, weil ich in diesem Kreis gute menschliche Freunde hatte.

Diese eindrucksvolle Schilderung der zerstörten Stadt Heilbronn, die in ihren statistischen Angaben naturgemäß ungenau ist, stammt von Theodor Heuss. Der spätere Bundespräsident hat die Zeilen am 13. Januar 1945 in Heidelberg in Form eines Briefes niedergeschrieben.[1] Heuss hatte seine Heimatstadt Heilbronn etwa einen Monat nach deren totaler Zerstörung am 4. Dezember 1944 besucht.

Die letzten Kriegsmonate

Während des Zweiten Weltkrieges wurde Heilbronn mehrfach das Ziel von Luftangriffen. Schon seit 1940 waren immer wieder Luftkriegstote in der Stadt zu beklagen. Im Juni 1944 erstellte die US-Air Force ein genaues Ziel-Informationsblatt über Heilbronn. Die militärische Bedeutung der Stadt lag für die Amerikaner jedoch nicht in deren Wirtschaftskraft, sondern im Schnittpunkt von wichtigen Eisenbahnlinien. Dies wirkte sich auf die Ausführung des Angriffes aus, den die amerikanische Luftwaffe am 10. September 1944 auf Heilbronn flog und der in erster Linie dem großen Rangierbahnhof in Heilbronn-Böckingen galt. Trotzdem waren insgesamt 279 Tote zu beklagen, weil auch



Das zerstörte Heilbronn im Jahr 1945: Blick auf die Überreste der Kilianskirche. (Foto: Grimm, Stadtarchiv Heilbronn)

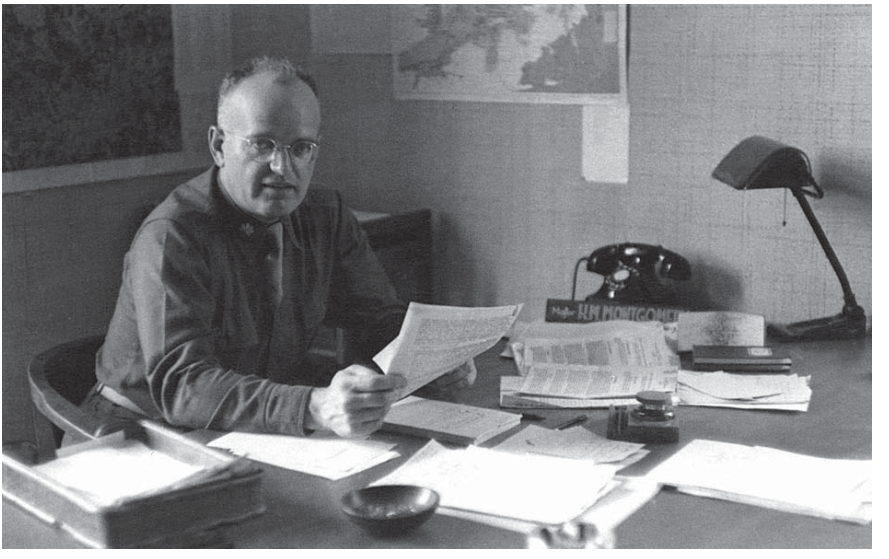
angrenzende Wohngebiete, der Ortskern von Böckingen, das Heilbronner Südviertel sowie das Gebiet zwischen der Kilianskirche und dem Hauptbahnhof getroffen wurden. In den folgenden Wochen erlebte Heilbronn verschiedene Angriffe von Einzelfliegern. Diese Vorstöße mit Mosquito-Flugzeugen wurden nicht – wie man in Heilbronn glaubte – von einem ehemaligen jüdischen Mitbürger ausgeführt. Vielmehr handelte es sich um Übungseinsätze der englischen Luftwaffe.

Die eigentliche Zerstörung von Heilbronn erfolgte am Abend des 4. Dezember 1944 durch die Engländer. Die Stadt war zum Ziel geworden, weil sie einerseits noch relativ unzerstört war und damit einen „lohnenden" Angriffspunkt darstellte. Andererseits lag Heilbronn verhältnismäßig nahe an der Westfront. Die englischen Flugzeuge mussten also nur kurz über Gebiet fliegen, das für sie gefährlich war. Die Heilbronner Industrie spielte bei diesen Überlegungen keine Rolle, auch den Verkehrsadern galt nur in zweiter Linie das Interesse. Als Angriffsziel mit höchster Priorität definierten die Engländer die Altstadt mit ihren zahlreichen schmucken Fachwerkhäusern und die sich daran im Westen anschließende Bahnhofsvorstadt, denn dies sei – so steht es im englischen Einsatzbefehl – „the most burnable area", also ein besonders brandanfälliges Gebiet.

Während der amerikanische Angriff vom 10. September 1944 bei Tage ausgeführt worden war und der Verkehrsinfrastruktur gegolten hatte, diente der nach Einbruch der Dunkelheit geflogene Angriff der Engländer am 4. Dezember 1944 der Demoralisierung der Bevölkerung. Dass dieser Angriff auf Heilbronn aus englischer Sicht mit besonders großem Erfolg durchgeführt wurde, hat der Oberkommandierende des „Bomber Command" und Luftmarschall der britischen Royal Air Force, Arthur Harris, in seinen Memoiren hervorgehoben. Tatsächlich warfen etwa 280 Flugzeuge innerhalb nur weniger Minuten 1 260,8 Tonnen Leucht-, Markierungs-, Spreng- und Brandbomben auf die Stadt. Von den gut 25 000 Heilbronner Wohnungen wurden etwa 14 000 zerstört. Der Vernichtungsgrad in der gesamten Stadt betrug 62 Prozent. Die Altstadt wurde durch den gezielt herbeigeführten Feuersturm vollkommen in Schutt und Asche gelegt. Dabei fanden über 6 500 Menschen den Tod. Diese sehr hohe Zahl erklärt sich dadurch, dass viele Personen in den Luftschutzkellern erstickt sind, weil das Flammeninferno den Sauerstoff verzehrt hat. Aber auch mehr als hundert Angehörige der Royal Air Force wurden abgeschossen und starben. Nach dieser Nacht war die Heilbronner Innenstadt praktisch unbewohnbar. Viele Menschen flüchteten, andere verkrochen sich in Stollen, Erdlöchern, Eisenbahntunneln



Die zerstörte Heilbronner Innenstadt am 31. März 1945. (Foto: 6 US Forces, Stadtarchiv Heilbronn)



Harry M. Montgomery, der amerikanische Stadtkommandant Heilbronns von 1945 bis 1946. (Foto: Stadtarchiv Heilbronn)

oder in Kellern. Rasch wurden die Toten beigesetzt und erste Aufräumungsarbeiten begannen. Dabei hatte die Reparatur von Wasserleitungen und Gleisanlagen Priorität.

Nun folgte bis März 1945 die Zeit der Jagdbomber. Allein am 20. Januar 1945 starben in Heilbronn auf diese Weise 133 Personen. Hinzu kam, dass der NSDAP-Kreisleiter Richard Drauz – ein besonders brutaler und skrupelloser Parteifunktionär – ab Mitte März 1945 eine Politik der „verbrannten Erde" betrieb, obwohl die Stadt ohnehin schon verwüstet war. So ließ der Kreisleiter beispielsweise alle Neckarbrücken zerstören, um die Besetzung der Stadt durch die Amerikaner zu erschweren.

Gleichzeitig schritt der Vormarsch der Amerikaner und Franzosen in Süddeutschland voran. Heilbronn galt als Schlüsselstellung im Neckar-Jagst-Bogen. Der Kampf um die Stadt dauerte vom 2. bis zum 12. April 1945. Die weitere Eroberung von Württemberg und Baden durch die 7. US-Armee ging nach dem Fall von Heilbronn rasch voran und war am 30. April 1945 abgeschlossen. Der Kampf um Heilbronn wurde mit ungewöhnlicher Härte geführt. Die US-Amerikaner machten ungefähr 1 700 Gefangene. Am Ende waren über 200 Deutsche und etwa ebenso viele Amerikaner tot oder vermisst. Noch am 12. April installierten die Amerikaner eine Militärregierung in Heilbronn unter dem ersten Stadtkommandant Major Harry M. Montgomery.

Die Wiedereinsetzung von Oberbürgermeister Beutinger

Als am 12. April 1945 die amerikanischen Truppen die Innenstadt besetzten, existierte keine funktionierende Stadtverwaltung mehr. Als erstes suchten die Amerikaner deshalb Persönlichkeiten, die in der Lage waren, die öffentlichen Ämter zu übernehmen. Stadtkommandant Montgomery ging hier genau so vor, wie er es in einem speziellen Training in „Civil affairs"-Angelegenheiten gelernt hatte. Die amerikanischen Offiziere hatten dabei einige wichtige deutsche Sätze auswendig gelernt, etwa: „Wer war der Bürgermeister hier, ehe Hitler zur Macht kam?" Diesen Satz probierten sie bei einigen Leuten aus, die sich in einen Eisenbahntunnel geflüchtet hatten. Die Antwort lautete: Professor Beutinger.

Emil Beutinger (1875–1957), von Hause aus Architekt, war von 1921 bis 1933 Heilbronner Oberbürgermeister gewesen. Der Mann, der sich selbst als „Demokrat aus Überzeugung" bezeichnete und nicht immer unumstritten war, arbeitete in dieser Zeit mit Elan und Weitblick an der Weiterentwicklung der Stadt, bis er von den Nationalsozialisten abgesetzt worden war. Am 12. April 1945 wurde der inzwischen 70-Jährige von den Amerikanern zurückgeholt und einen Tag später in Personalunion gleichzeitig auch zum Landrat und zum Polizeidirektor ernannt.

Die Situation in der zerstörten Stadt

Am 24. April kam der Ozeanflieger Charles Lindbergh in das zwölf Kilometer nördlich von Heilbronn liegende Kochendorf, wo er die Rüstungsindustrie im Salzbergwerk besichtigen wollte. Am Tag zuvor, also am 23. April 1945, hatte er Heilbronn besucht und hielt folgende Eindrücke in seinem Kriegstagebuch fest: „*Wir fahren auf ungepflasterten Wegen querfeldein und über eine Pontonbrücke nach Heilbronn. Die Stadt ist schwer bombardiert und beschossen worden – schlimmer als München. In einigen Straßen stehen fast keine Häuser mehr – nur Schutt. Nur einige Gebäude in der Stadtmitte können bewohnt werden. Wir erhielten ein Quartier in einem unterirdischen deutschen Krankenhaus, einem kellerartigen Bau unter Geröllhaufen. Deutsche Schwestern wiesen uns in einen Raum mit 25 Betten – sonst schläft niemand hier. Ich gehe vor dem Schlafengehen noch eine halbe Stunde spazieren. Es besteht keine Gefahr, in der Stadt lebt fast niemand mehr, es gibt dafür einfach keinen Platz. Der Mond beleuchtet die Schutthaufen und umreißt die wenigen noch stehenden Mauern. Fensterhöhlen, verbogene Gitter, Bombentrichter, die Stille des Todes.*"[2]

Tatsächlich herrschte in der total zerstörten Stadt eine gespenstische Atmosphäre. Aber abgesehen von der materiellen Not war es hauptsächlich auch die ungeheure menschliche Dimension des Leides, die den Alltag bestimmte. Viele Männer, Frauen und Kinder hatten ihr Leben verloren oder gesundheitliche

Schäden erlitten. Fast alle Familien lebten in der Sorge um Ehemänner, Söhne und Brüder, von denen man nicht wusste, wie es ihnen als Soldaten erging oder ob sie überhaupt noch lebten.

Aufbau und Struktur der Heilbronner Militärregierung

Stadtkommandant Montgomery führte in Heilbronn eine Verwaltungseinheit, die anfänglich etwa 35 amerikanische Offiziere und Soldaten sowie deutsche Zivilangestellte umfasste. Seine Zuständigkeit bezog sich zunächst auf den Stadtkreis und auf den Landkreis Heilbronn. Die amerikanische Militärverwaltung unterteilte ihr großes Aufgabenfeld in zehn Bereiche: 1. Justizverwaltung, 2. Entnazifizierung, 3. Vermögenskontrolle, Arbeit, Wohnraum, 4. Öffentliche Sicherheit, Polizei, 5. Eisenbahn, Straßen, Wasserwege, 6. Gesundheitswesen, öffentliche Wohlfahrtspflege, 7. Nahrungsmittel, 8. Post, Telefon, Telegrafen, 9. Kulturgüter in den Salzbergwerken, 10. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Daneben existierte noch ein einfaches amerikanisches Militärgericht. Zunächst funktionierte die Militärregierung so, dass die Amerikaner Entscheidungen trafen und Anweisungen an die deutschen Amtsträger gaben. Zu Beginn ging das ganz unmittelbar.

Am 10. Juli 1945 wurde die Militärverwaltung in zwei Teile gespalten. Montgomery blieb für den Stadtkreis zuständig, während die Verantwortung für den Landkreis Major Marcus L. Hoover übertragen wurde. Der Grund für diese Trennung war, dass eine einzige Verwaltungsstelle die umfangreichen Aufgabenbereiche wegen des hohen Zerstörungsgrades nicht bewältigen konnte. Allerdings kam es in der Folgezeit zu zahlreichen Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen diesen beiden Institutionen.

Bereits am 1. Dezember 1945 übertrug die amerikanische Militärregierung in Heilbronn die volle Verantwortung für die Zivilverwaltung wieder auf die deutschen Behörden. Die Amerikaner zogen sich auf übergeordnete Kontrollaufgaben zurück und bauten ihren Personalstand ab. Mitte 1948 bestand die amerikanische Militärverwaltung in Heilbronn nur noch aus sieben amerikanischen und aus 34 deutschen Zivilmitarbeitern. Die amerikanischen Offiziere und Soldaten waren inzwischen alle abgezogen worden.

Heilbronner Stadtverwaltung und Gemeinderat

Die Heilbronner Stadtverwaltung war nach dem Krieg in verschiedenen privaten und städtischen Häusern untergebracht. In den jenseits des Neckars gelegenen Stadtteilen Böckingen und Neckargartach sowie in Sontheim setzten die Amerikaner für etwa ein Jahr eigene Ortsverwaltungen ein, weil man insbeson-



Die drei Heilbronner Oberbürgermeister der unmittelbaren Nachkriegszeit (v. l. n. r.): Professor Emil Beutinger (1945–1946, Foto um 1945), Paul Metz (1946–1948, Foto um 1947) und Paul Meyle (1948–1967, Foto um 1960). (Fotos: Stadtarchiv Heilbronn)

dere wegen der zerstörten Brücken nur schwer dorthin gelangen konnte. Es war nicht ganz einfach, zur Besetzung der Ämter und zur Erledigung der Aufgaben genügend Personen zu finden, die Verwaltungserfahrung aufweisen konnten und gleichzeitig kein Mitglied der NSDAP gewesen waren. Dieser Personalmangel wurde dadurch noch verschärft, dass die deutschen Behörden den Amerikanern zusätzlich zur praktischen täglichen Arbeit ausführliche Wochenberichte über alle Vorkommnisse und Maßnahmen vorlegen mussten – in deutscher und in englischer Sprache.

Im September 1945 ernannte die amerikanische Militärregierung auf Vorschlag von Oberbürgermeister Beutinger einen 16-köpfigen Gemeinderat (Beirat). Dieses Organ, in das auch drei Gemeinderäte aus der Zeit vor 1933 berufen wurden, tagte erstmals am 19. September 1945. Am 13. Juli 1946 wurde es durch ein 36-köpfiges Gremium abgelöst, das am 26. Mai 1946 aus einer freien Wahl hervorgegangen war und von dem fünf Personen bereits vor 1933 Stadträte gewesen waren. Ihm gehörten 16 Vertreter der SPD, neun der CDU, acht der DVP und drei der KPD an. Dieser neue Gemeinderat wählte seinerseits am 16. August 1946 mit Paul Metz (1899–1961, SPD), zuvor Landrat in Göppingen, einen neuen Oberbürgermeister. Emil Beutinger hatte nicht mehr kandidiert.

Bereits im Dezember 1947 wurde wieder ein Gemeinderat gewählt. Wieder waren 36 Sitze zu vergeben, die Hälfte davon auf sechs Jahre, die andere Hälfte auf drei Jahre, weil weiterhin das schon in den Jahren vor dem „Dritten Reich“ geltende „rollierende System“ bei Gemeinderatswahlen angewandt wurde.

Mandate erhielten 14 Kandidaten der SPD (darunter zwei Frauen), elf der DVP, acht der CDU und drei der KPD. Die erste freie und demokratische Oberbürgermeisterwahl nach dem Zweiten Weltkrieg wurde am 11. April 1948 durchgeführt. Amtsinhaber Paul Metz lag hauchdünn vor Paul Meyle, der jedoch die notwendig gewordene Stichwahl am 23. Mai 1948 klar für sich entscheiden konnte. Meyle (1900–1977, DVP/FDP) konnte seine Funktion aber erst nach monatelangem juristischem Streit antreten. Er blieb bis 1967 im Amt und wurde in diesen zwei Jahrzehnten zum eigentlichen Vater des Heilbronner Wiederaufbaus.

Das Kriegsgefangenenlager Böckingen

Die amerikanischen Streitkräfte errichteten in Heilbronn sofort nach dem Fall der Stadt eines der größten Kriegsgefangenenlager in Süddeutschland. Auf einem neunzig Hektar großen Ackergelände waren zeitweise mehr als 150 000 Mann gleichzeitig untergebracht. Dieses Lager wurde um den 20. April zuerst provisorisch auf dem VfR-Sportplatz am Neckarufer in Betrieb genommen. Etwa ab dem 6. Mai befand es sich dann in Böckingen in den höher gelegenen Bereichen Haselter und Schanz. Zunächst herrschten dort außerordentlich schwierige Verhältnisse: Die gefangenen Soldaten kampierten auf dem nackten Boden



Das Böckinger Kriegsgefangenenlager im Mai 1946. (Foto: Kühnl, Stadtarchiv Heilbronn)

und waren unter widrigsten äußeren Bedingungen jeder Privatsphäre beraubt. Später wurden Zelte aufgestellt, schließlich entstand eine richtige Stadt aus Wellblechbaracken. Allein von Mai bis Dezember 1945 haben etwa 300 000 Menschen das Lager durchlaufen; 283 von ihnen sind gestorben.

Für die Heilbronner Zivilbevölkerung hatte die Existenz dieses Lagers verschiedene Auswirkungen. Insgesamt 280 der 310 Häuser der nahegelegenen Kreuzgrundsiedlung und ein Teil des Haselters wurden als Wohnraum für die amerikanischen Wachmannschaften beschlagnahmt. Trotz der strengen Bewachungsvorschriften entstanden freundliche Kontakte zwischen den Kriegsgefangenen, die ja Deutsche waren, und den Heilbronnern. Die Einwohner der Stadt sammelten Lesestoff und spendeten Nahrungsmittel, obwohl sie selbst unter Hunger zu leiden hatten. Verschiedene Personen und Organisationen engagierten sich in der Kriegsgefangenenhilfe, allen voran der Böckinger Pfarrer Theodor Zimmermann. Im Gegenzug bastelten Kriegsgefangene zu Weihnachten und Ostern Kinderspielzeug für die Heilbronner Kriegswaisen.

Erste Entlassungen von Kriegsgefangenen begannen bereits im Mai 1945. Dabei wurden vorzugsweise solche Personen auf freien Fuß gesetzt, die aufgrund ihres Berufes etwas zur Wiederherstellung der zerstörten Infrastruktur in der amerikanischen Besatzungszone beitragen konnten. Entlassungen ohne Rücksicht auf besondere Umstände erfolgten ab August 1945. Das Kriegsgefangenenlager bestand bis zum Frühjahr 1947, anschließend wurde es bis Herbst 1947 als Internierungslager weitergeführt. Nun wurden dort Personen arrestiert, deren Entnazifizierungsverfahren mit einer Haftstrafe geendet hatte.[3]

Schatzkammer Salzbergwerk

Bereits am 16. April 1945 schlug sich der amerikanische Kunstexperte James J. Rorimer nach Heilbronn durch. Er wollte die Kunstwerke sichern, die in den Salzbergwerken Heilbronn und Kochendorf im Zweiten Weltkrieg ab 1942 aus Luftschutzgründen eingelagert worden waren. Mitte 1944 war die Einlagerung jedoch gestoppt worden, weil die Bergwerke für die Aufnahme der unter Tage verlagerten Rüstungsindustrie gebraucht wurden. In diesem Zusammenhang mussten dort auch KZ-Häftlinge arbeiten.

Rorimer notierte am 16. April über Heilbronn in sein Tagebuch: *„Die Stadt war vom Gestank nicht beerdigter Leichen erfüllt. Die Kilianskirche war genauso übel zugerichtet wie die meisten anderen soliden Steingebäude, die einst Heilbronns Zierde gewesen waren. In Heilbronn waren die militärischen und zivilen Aufgaben dringlicher als an jedem anderen Ort, an dem ich mich auf dem Kontinent aufgehalten hatte.“*[4]

Zusammen mit amerikanischen und deutschen Behörden ließ Rorimer die beiden Salzbergwerke in Heilbronn und in Kochendorf unter amerikanische

Aufsicht stellen und ergriff erste Sicherungsmaßnahmen. Im September 1945 wurde ein mehrköpfiger amerikanischer Kunstschutzstab eingesetzt. Dessen Hauptaufgabe bestand darin, die in den beiden Bergwerken eingelagerten Kunst- und Kulturgüter daraufhin zu untersuchen, ob sich unrechtmäßiges beziehungsweise entfremdetes Material darunter befand. Diese Arbeit wurde bis Juni 1946 erledigt. Dabei sichtete der Kunstschutzstab eine der größten Sammlungen von Kulturgütern, die jemals aus Luftschutzgründen zusammengetragen worden ist. Darunter befanden sich Archiv- und Bibliotheksmaterialien, Skulpturen, Gemälde und andere Kunstgegenstände, technische Unterlagen von Industriebetrieben, Maschinen, Industrierohstoffe und -produkte, Privatgüter, Lebensmittel und Medikamente. Fast alle diese Dinge waren in Holzkisten eingelagert worden, die, wenn man sie nebeneinander aufgestellt hätte, einen Gesamtumfang von etwa 170 laufenden Kilometern ergeben hätten.

Neben der Durchsuchung und Sicherung dieser Kulturgüter trug der amerikanische Kunstschutzstab zum Heilbronner Kulturleben bei, indem er beispielsweise Ausstellungen von Kunstwerken anregte, die zum Einlagerungsgut gehörten. In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Wiedergründung der Heilbronner Volkshochschule. Außerdem inspizierten die Kunstexperten zahlreiche Kirchen und andere kulturell wertvolle Gebäude in Heilbronn und Umgebung und sorgten für Erhaltungsmaßnahmen. Im Sommer 1946 wurde die Verantwortung für die Kulturgüter in den beiden Salzbergwerken schließlich in die Hände einer deutschen Behörde gelegt mit dem vorrangigen Auftrag, die Kulturgüter an die Eigentümer zurückzugeben.

Der Neuanfang am 12. April 1945

Als die Amerikaner die Heilbronner Innenstadt am 12. April 1945 vollständig unter ihre Kontrolle gebracht hatten, waren die Neckarbrücken zerstört, die Gas- und Wasserversorgung war unterbrochen und das Telefonnetz funktionierte nicht mehr. Während 1939 in der Heilbronner Kernstadt fast 55 000 Menschen gelebt hatten, waren es im April 1945 nur noch etwa 7 000. Viele hausten in Kellerwohnungen, in Garten- und Weinberghäuschen am Stadtrand oder in anderen Provisorien. Eine geregelte Verteilung von Lebensmitteln fand nicht mehr statt.

Als Verantwortliche standen der amerikanische Stadtkommandant Montgomery und der Heilbronner Oberbürgermeister Emil Beutinger vor riesigen Aufgaben: Zunächst war die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wohnraum, Wasser und Strom wieder aufzunehmen. Auch galt es, den Schulbetrieb wieder in Gang zu bringen. Außerdem waren die Trümmer zu beseitigen und die Infrastruktur musste wiederhergestellt werden: Brücken, Straßen, öf-

fentliche Gebäude und Schulen waren zerstört. Und schließlich musste der Wiederaufbau geplant werden.

Ihre allererste Aufgabe sahen die amerikanischen Behörden darin, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Zunächst wurden Sperrzeiten für die Bevölkerung festgesetzt, bei deren Missachtung die Militärverwaltung notfalls von der Schusswaffe Gebrauch machen konnte. Plünderungen und Diebstähle wurden hart bestraft. Außerdem musste die Bevölkerung Waffen, Radiogeräte und Brieftauben abliefern. Am 14. April 1945 begann die Verwaltung damit, die Wasserversorgung wieder aufzunehmen. Ab dem 18. April versuchte man, eine gerechte Verteilung der Lebensmittel zu erreichen – übrigens mit Hilfe der alten Lebensmittelkarten aus der Zeit des Nationalsozialismus. Für vier Wochen standen jeder Person 12 kg Brot, 1 kg Fleisch, 1 kg Zucker, 600 g Kochmehl, 125 g Fett, 125 g Butter oder Speiseöl und 125 g Käse zu. Raucherkarten gab es zunächst nur für Männer, ab August 1946 auch für Frauen. Trotz eines strengen Verbotes blühte der Schwarzmarkt. Erst durch die Währungsreform und den Marshall-Plan entspannte sich die Situation ab 1948 nachhaltig.

Ab dem 23. April 1945 wurden die ersten Gebäude wieder mit Elektrizität versorgt. Das bedeutet jedoch nicht, dass Strom im erforderlichen Maße zur Verfügung stand. Im November 1945 teilte Oberbürgermeister Beutinger die Stadt in drei Bezirke ein, in denen an jeweils zwei Tagen pro Woche mit Stromabschaltungen zu rechnen war. Davon war nicht nur die Bevölkerung betroffen, sondern auch das Handwerk und die Industrie. Das im Krieg schwer beschädigte Heilbronner Gaswerk konnte erst am 13. Juni 1946 seine Lieferungen wieder aufnehmen.

Die Trümmerräumung

Zu den größten Aufgaben der Stadtverwaltung gehörte die Trümmerräumung als Voraussetzung für den Wiederaufbau. Natürlich hatte man bereits nach dem 10. September und insbesondere nach dem 4. Dezember 1944 mit Aufräummaßnahmen begonnen. Dazu wurden offiziell insbesondere Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge, Gefangene, Feuerwehr und Polizei herangezogen. Zusätzlich erfolgte selbstverständlich auch die private Trümmerräumung durch alle Menschen, die ortsanwesend waren. Nach dem Ende des Krieges verhängte Oberbürgermeister Beutinger als erste Maßnahme im Zusammenhang mit der Trümmerräumung eine Bausperre. Danach ließ er mit der systematischen Abtragung der Ruinen beginnen. Bis zum Dezember 1945 waren alle Männer und Frauen öffentlich zur Trümmersammlung aufgefordert. Wenn man die gesamte Heilbronner Schuttmenge auf dem Marktplatz aufgehäuft hätte, so wäre ein Turm von etwa 550 Metern Höhe entstanden. Diese Schuttmasse war



Ehrendienst vor dem Rathaus, aufgenommen um 1946. (Foto: Mangold, Stadtarchiv Heilbronn)

mit 1,75 Millionen Kubikmetern so gewaltig, dass eine andere Organisationsform für die Trümmerräumung gefunden werden musste.

Vom 18. Februar 1946 bis zum 30. September 1947 geschah die Trümmerräumung in Form des öffentlichen Ehrendienstes. Zu diesem Ehrendienst wurden alle arbeitsfähigen Männer zwischen 16 und 55 Jahren aus dem Stadtkreis Heilbronn und aus einigen Landkreisgemeinden herangezogen. Der Ehrendienst dauerte zwölf Arbeitstage (zwei Wochen), für ehemalige NSDAP-Mitglieder 18 Arbeitstage. Dabei wurden aber nur die Trümmer im öffentlichen Raum, auf Straßen, Gehwegen, Plätzen sowie die Trümmer öffentlicher Gebäude, beseitigt. Den Schutt von Privathäusern und auf Privatgrundstücken mussten die Eigentümer selbst entfernen. Nach dem Ende des Ehrendienstes führten Baufirmen die Arbeiten zu Ende. Dabei wurde der Schutt wiederverwertet und fand Verwendung bei der Auffüllung der vormals tief eingeschnittenen Weinbergwege, vieler Straßen und Plätze sowie bei der Verschmälerung des Neckars. Außerdem wurde er als Baumaterial benützt.[5]

Demokratische Umerziehung und Entnazifizierung

Im Herbst 1945 begann die amerikanische Militärregierung in Heilbronn mit ihren Aktivitäten zur „Umerziehung" der Bevölkerung zur Demokratie. Dies stand in Zusammenhang mit der für den 1. Dezember 1945 vorgesehenen Übergabe der vollen Verantwortung für die Zivilverwaltung auf die deutschen Behörden. Es geschah aber auch im Hinblick auf die für das Frühjahr 1946 geplanten Gemeinderatswahlen. Die Amerikaner setzten verschiedene Methoden ein, um der Bevölkerung das Wesen einer demokratischen Gesellschaft näherzubringen. Gleichzeitig informierten sie über die Kulturströmungen, von denen die Deutschen in der Zeit der NS-Herrschaft abgeschnitten gewesen waren.

Im Oktober und November 1945 fanden zunächst Informationsveranstaltungen statt, zu denen die Amerikaner aber nur einen ausgewählten Personenkreis einluden: Menschen, die nicht Mitglied der NSDAP gewesen waren und die sich insbesondere durch beruflichen Erfolg, Reputation und ein grundsätzliches Interesse am demokratischen System auszeichneten. Bald begann auch die Vorführung von verschiedenen Filmen, mit denen in erster Linie Kinder und Jugendliche, aber natürlich auch die Erwachsenen erreicht werden sollten. Diese Filme, die meist überall in der amerikanischen Zone gezeigt wurden, befassten sich zunächst mit den nationalsozialistischen Konzentrationslagern oder mit den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen. Das Programmspektrum wurde dann rasch ausgeweitet und die Bevölkerung nahm das Angebot sehr gut an. Im Jahr 1949 wurden jeden Monat im Durchschnitt 20 000 Filmbesucher gezählt.

Am 24. Juni 1946 nahm die Heilbronner Spruchkammer ihre Tätigkeit auf. Bis zum 30. September 1948 bearbeitete sie über 64 000 Meldebögen. Für mehr als 49 000 Menschen endete das Verfahren mit der Einstufung „nicht betroffen". Das bedeutet umgekehrt, dass sich die Spruchkammer mit knapp 15 000 Fällen weiterhin beschäftigte. Davon wurden gut 8 600 Verfahren eingestellt, weil sie zum Beispiel unter die Jugend-, die Weihnachts- oder die Heimkehrer-Amnestie fielen. In gut 6 200 Fällen wurde Klage erhoben, über 3 000 Menschen wurden verurteilt. Sieben Personen, die alle an schweren Gewalttaten beteiligt waren, stufte die Heilbronner Spruchkammer als „Betroffene" ein. Teilweise erfolgten in diesen Fällen jedoch in späteren Berufungsverfahren Abmilderungen der Sprüche.

Im Jahr 1948 führte die amerikanische Militärregierung zusammen mit der deutschen Verwaltungsspitze öffentliche Forum-Veranstaltungen durch, in denen die Bevölkerung direkt Fragen an die Amerikaner stellen konnte. Dabei ging es um allgemeine politische Fragen und um praktische Themen wie die Essenszuteilung und die Wohnungsversorgung. Die Mitglieder der Heilbronner Militärregierung wurden – wie überall in der amerikanischen Zone – mithilfe eines Handbuches genau darauf vorbereitet. In diesem Handbuch war nachzu-

lesen, welche Fragen die deutsche Bevölkerung üblicherweise stellte und wie darauf am besten zu antworten sei.

Ebenfalls 1948 kam noch ein weiterer zentraler Baustein des amerikanischen Reeducation-Programms hinzu: Am 1. September wurde das „Amerikahaus" in der Lerchenstraße eröffnet. Dort fanden zahlreiche Veranstaltungen unterschiedlichster Art statt, außerdem stand eine Bibliothek mit etwa 3000 – insbesondere englischsprachigen – Büchern und zahlreichen Zeitschriften zur Verfügung. Allerdings wurde das Amerikahaus 1953 wieder geschlossen.

Ein besonderes Augenmerk der Amerikaner galt der demokratischen Erziehung der Jugend. James W. Butler, der im Mai 1948 die Leitung der amerikanischen Militärregierung in Heilbronn übernommen hatte, engagierte sich hierfür besonders stark. Er organisierte acht Baracken, die ab August 1949 auf dem Hammelwasen aufgestellt wurden. So entstand die erste selbstverwaltete Jugendstadt Deutschlands. Die Leitung oblag einem zwölfköpfigen, durch die Jugendlichen gewählten Jugendgemeinderat, dem ein 19-Jähriger als „Bürgermeister" vorstand. Das Hauptziel war die Einübung demokratischer Strukturen und Abläufe. Außerdem fanden Vorträge und Versammlungen statt, auch handwerkliche Arbeiten wurden geleistet. Die anfängliche Euphorie ließ jedoch bald nach: 1950 übernahm der Stadt- und Kreisjugendring die Baracken, die 1956 wieder abgebaut wurden.

Kulturelles Leben, Vereine, Zeitungen

In den ersten Wochen und Monaten nach dem Kriegsende gab es in Heilbronn kein Vereinsleben und keine kulturellen Veranstaltungen mehr, weil dies durch die extremen äußeren Lebensumstände, die strengen Sperrzeitregelungen und auch die Versammlungsverbote der amerikanischen Militärregierung verhindert wurde. Erst im Herbst 1945 begann sich die absolute Notsituation zu entschärfen. Den Impuls zur Neuentfaltung des Kulturlebens gab die Stadtverwaltung. Das erste Konzert nach dem Zweiten Weltkrieg in Heilbronn erklang am 2. September 1945 im Schießhaus. 1946/47 kam es zu einer regelrechten kulturellen Hochkonjunktur, weil der Nachholbedarf offenbar riesig war. Täglich fanden zwei bis drei Filmvorführungen in vier Kinos statt. Allabendlich gab es Vorstellungen im Heilbronner Künstlertheater „Sontheim". Ebenso bot die am 2. Februar 1946 wieder ins Leben gerufene Volkshochschule jeden Abend Veranstaltungen an. Außerdem führten auswärtige Ensembles in den Bereichen Theater, Varieté, Tanzorchester und Zirkus mehrmals pro Woche Gastspiele durch. Bereits am 25. März 1947 konnte die Stadtbücherei wieder eröffnet werden, das Stadtarchiv nahm seinen Dienst am 6. Oktober 1948 wieder auf, das Historische Museum wurde 1950/51 wiederhergestellt und die städtische

Musikschule wurde 1957 gegründet. Allerdings nahm die Zahl der kulturellen Aufführungen 1948 ab, insbesondere in der Zeit nach der Währungsreform vom 20. Juni 1948. Verständlicherweise gaben die Menschen ihr jetzt wertvoll gewordenes Geld eher für Gebrauchs- und Luxusgüter aus, die es endlich wieder zu kaufen gab.

Die Sportvereine wurden nach dem Kriegsende schnell aktiv. Schon im Sommer 1945 nahmen neben den „Ruderschwaben" insbesondere die Fußballabteilungen der verschiedenen Vereine ihre Arbeit wieder auf. Bereits am 14. Oktober 1945 organisierten sie eine Stadtmeisterschaft, an der sich zwölf Mannschaften beteiligten. Die Sportvereine engagierten sich auch mit großer Energie für die Wiederherrichtung ihrer zerstörten Sportstätten. Vereine gab es aber nicht nur im Sportbereich. Alle anderen Sparten waren ebenso vertreten. Die Zahl der Vereine stieg von 162 im Jahr 1950 auf 241 nur vier Jahre später.

Am 28. März 1946 erschien mit der „Heilbronner Stimme" erstmals wieder eine Tageszeitung. Es war das dritte Blatt, das die Amerikaner in Württemberg lizenzierten. Das Presseorgan brachte anfänglich drei Ausgaben pro Woche auf den Markt, aus Papiermangel wurde die Erscheinungsweise ab Herbst 1947 für ein knappes Jahr auf zwei Ausgaben reduziert. Erst ab dem 1. November 1948 kam die „Heilbronner Stimme" sechsmal pro Woche heraus. Nachdem die amerikanische Lizenzpflicht aufgehoben worden war, erschien ab dem 30. Juli 1949 auch die traditionsreiche Zeitung der Heilbronner Sozialdemokratie wieder, das „Neckar-Echo". Allerdings konnte sich das Blatt nur bis 1967 am Markt halten.

1952 fanden vielbeachtete Käthchen-Festpiele im Deutschhof statt. Im gleichen Jahr erstrahlte erstmals nach dem Krieg auch eine Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt. 1954 richtete Heilbronn den Deutschen Weinbaukongress aus, dessen Höhepunkt ein Festzug mit 68 Gruppen und neun Kapellen war. Das Heilbronner Stadttheater hatte im Sommer 1944 seinen Spielbetrieb einstellen müssen, bei dem Bombenangriff am 4. Dezember 1944 war das Gebäude zudem stark beschädigt worden. Im Herbst 1945 formierten sich einige Mitglieder des städtischen Ensembles zur „Spielgemeinschaft Heilbronner Künstlertheater". Sie traten ab dem 1. November im Saal der Trappensee-Gaststätte und ab Februar 1946 in „Sontheim" auf. Diese Aktivitäten waren aber nicht von dauerhaftem Erfolg gekrönt. Sehr gut lief dagegen das 1951 gegründete „Kleine Theater".

Als Beispiele für die vielfältige Heilbronner Musiklandschaft seien das Heilbronner Sinfonieorchester und der Kulturring genannt, die rasch wieder anspruchsvolle Programme boten. Ebenso sind der 1947 gegründete Heinrich-Schütz-Kreis und das 1960 ins Leben gerufene Württembergische Kammerorchester Heilbronn zu erwähnen, das sich schnell zu einem weltweit gefragten Ensemble entwickelt hat. Im Bereich der Bildenden Kunst konsti-

tuierte sich 1948 die Künstlergilde, 1950 folgte der Künstlerbund, und 1956 wurde der Kunstverein Heilbronn wiedergegründet.

Die städtebauliche Planung des Wiederaufbaus

Angesichts der totalen Zerstörung der Altstadt kam in Heilbronn zunächst der Gedanke auf, das Trümmerfeld als mahnende Erinnerung an die Vernichtung zu erhalten und die Stadt südlich des alten Ortskerns wieder aufzubauen. Doch ganz praktische Überlegungen ließen die Verantwortlichen schnell von dieser Idee Abstand nehmen. Denn die verschiedenen Versorgungsleitungen waren zwar durch die Kriegseinwirkungen massiv in Mitleidenschaft gezogen worden, aber sie waren immer noch vorhanden – ebenso wie die zahlreichen Keller, die als Notunterkünfte benutzt wurden.

Am 8. März 1946 wandte sich Oberbürgermeister Emil Beutinger über das Heilbronner Amtsblatt an die Bevölkerung. Er legte dar, dass er einen historisierenden Wiederaufbau für nicht angebracht hielt und dass seiner Meinung nach nur wenige bedeutende Bauten als Erinnerung an die untergegangene Stadt zu erhalten seien. Der Wiederaufbau müsse durch eine Baulandumlegung zu größeren Besitzeinheiten führen und durch neue Straßenzüge die alten Mängel im Verkehr beseitigen.[6] Noch im März 1946 trat Beutinger mit dem Stuttgarter Diplom-Ingenieur und Architekten Hans Volkart in Kontakt. Volkart, der kurz danach eine Professur an der Technischen Hochschule in Stuttgart übernahm, trieb – in enger Rückkopplung mit Beutinger – die Planungen des Heilbronner Wiederaufbaus voran. In diesem Zusammenhang zog Volkart den Stuttgarter Regierungsbaumeister Karl Gonser hinzu, der bis Mitte 1947 ein Verkehrskonzept für die Altstadt entwickelte.

Am 13. Juni 1947 schrieb die Heilbronner Stadtverwaltung – jetzt unter Oberbürgermeister Paul Metz – einen Ideenwettbewerb zur Gestaltung der Altstadt aus. Aus den eingegangen 28 Entwürfen erarbeitete das Stadtplanungsamt zusammen mit Wettbewerbsteilnehmern ein Gesamtkonzept für den Wiederaufbau, das schließlich am 5. März 1948 im Gemeinderat verabschiedet wurde. Bevor der Wiederaufbau jedoch beginnen konnte, musste die von Oberbürgermeister Beutinger angedachte Baulandumlegung realisiert werden. Dies war insbesondere deshalb unumgänglich, weil die Straßen verbreitert werden sollten. Vor diesem Hintergrund beschloss der Gemeinderat am 9. November 1948 eine Teilenteignung aller Altstadtgrundstücke. Konkret musste jeder Eigentümer zehn Prozent seiner Flächen unentgeltlich und weitere fünf Prozent gegen Entschädigung an die Stadt abtreten.

Noch bevor der eigentliche Wiederaufbau realisiert werden konnte, musste damit begonnen werden, die Neckarbrücken wieder zu errichten. Der Fluss

erwies sich ohne die Brücken als ein nur schwer überwindbares Hindernis, das die Stadt durchschnitt. Bereits 1945 schlugen die Amerikaner am südlichen Altstadtrand beim Götzenturm eine kleine Holzbrücke über den Fluss, die den zerstörten sogenannten „Eisernen Steg" ersetzte. Im Oktober 1947 konnte 300 Meter neckarabwärts die Friedrich-Ebert-Brücke eingeweiht werden, über die in der Folgezeit der Hauptverkehr abgewickelt wurde. Weitere Brückenbauten folgten 1950 mit der Peter-Bruckmann-Brücke und der Rosenbergbrücke, 1951 mit der Neckargartacher Brücke, der Otto-Konz-Brücke und der Böckinger Brücke, die als Badstraßenbrücke am 12. Juni 1951 dem Verkehr übergeben wurde. Im Jahr 1952 folgte die Paul-Göbel-Brücke. 1950 begannen auch die Arbeiten am Ausbau des Neckarkanaldurchstichs. Schließlich konnte am 15. September 1952 die Neckarkanalstrecke Heilbronn–Gemmrigheim in Betrieb genommen werden.

Das Heilbronner Schienennetz und die Bahnanlagen waren durch verschiedene Kriegseinwirkungen ebenfalls schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Erst im Oktober 1945 konnten in der Stadt wieder Güter umgeschlagen werden, größtenteils jedoch nur unter freiem Himmel. Im Jahr 1949 erhielt Heilbronn einen Behelfsbau für die Güterabfertigung, drei Jahre später konnte eine moderne Güterabfertigungshalle in Betrieb gehen. Für die Bahnreisenden, die 1946 noch über Trümmer steigen mussten, entstand 1949/50 ein dreigeschossiger Bahnhofsbauteil mit provisorischer Fahrkartenausgabe. Ein modernes Empfangsgebäude wurde 1958 seiner Bestimmung übergeben. Auch das Straßenbahnnetz war schwer beschädigt. Da ein Verkehrsgutachten diesem Verkehrsmittel keine Zukunft mehr bescheinigte, setzte man stattdessen auf Omnibusse und elektrische O-Busse. Die letzte Heilbronner Straßenbahn verkehrte 1955.

Wiederherstellung von Wohnraum, öffentlichen Gebäuden und Kirchen

Wohnungen waren 1945 absolute Mangelware in der Stadt, weil mehr als die Hälfte des Vorkriegsbestandes zerstört war. Weitere Gebäude fielen für den deutschen Wohnungsmarkt aus, weil sie von den Amerikanern beschlagnahmt worden waren. 1946 gaben 1 200 von 5 800 Schülern an, sie müssten auf dem Boden schlafen beziehungsweise ihr Bett mit zwei oder drei Geschwistern teilen. Fast 300 Kinder kamen morgens ohne Frühstück zur Schule, weil es in der elterlichen Wohnung keine Kochmöglichkeit gab. Weil auch in zahlreichen anderen Haushalten Kochstellen fehlten, wurde am 5. Dezember 1945 eine städtische Volksküche mit Wärmehalle eingerichtet, wo pro Tag mehr als 600 Mittagessen ausgegeben wurden.

An den dringend nötigen Neubau von Wohnungen war wegen des Materialmangels jedoch zunächst nicht zu denken. Deshalb galten die Bemühungen

zuerst der Instandsetzung von beschädigten und der Teilung von großen Wohneinheiten. Erst ab 1949 wurde in großem Umfang neuer Wohnraum errichtet. 1950 setzte sich dieser Trend so stark fort, dass Heilbronn in der deutschen Baurangliste für Kommunen mit mehr als 50 000 Einwohnern hinter Pforzheim und Münster auf dem dritten Platz stand. Der Vorkriegsstand an Wohnungen war um 1958 wieder erreicht.

Zum Ende des Zweiten Weltkriegs war in der Heilbronner Kernstadt keine einzige Schule mehr intakt. Zunächst wurde der mit Erlaubnis der Militärregierung im Herbst 1945 wieder aufgenommene Schulunterricht in verschiedenen Behelfsunterkünften und im Schichtbetrieb erteilt. Erst Ende des Jahres 1948 war die Dammschule zumindest so weit wiederhergestellt, dass dort unterrichtet werden konnte. 1950 wurden unter anderem die Landwirtschaftsschule, die Rosenau-Schule und das Robert-Mayer-Gymnasium ihrer Bestimmung übergeben. 1951 folgte die Mädchenmittelschule. Weitere Schulen wurden geplant und errichtet, beispielsweise die Oberschule für Mädchen an der Karmeliter- und Karlstraße (1953, seit 1954 Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium, seit 1975 auf der Schanz), die Gewerbeschule an der Paulinenstraße (1955), die Kaufmännische Berufsschule am Hammelwasen (1957) und das Theodor-Heuss-Gymnasium (1958). Im Jahr 1961 nahm die Staatliche Ingenieurschule ihren Unterrichtsbetrieb auf – sie hat sich 1971 zur Fachhochschule und 2005 zur Hochschule Heilbronn weiterentwickelt.

1953 wurde das wieder aufgebaute Rathaus mit einem großen Festakt von Bundespräsident Theodor Heuss, der häufig in seiner Vaterstadt Heilbronn weilte und 1953 hier Ehrenbürger wurde, seiner Bestimmung übergeben. 1958 folgte die städtische Festhalle „Harmonie“ als Mittelpunkt für Veranstaltungen und Tagungen. Sie war an der Stelle erbaut worden, an welcher die 1814 gegründete „Heilbronner Harmoniegesellschaft“ bereits 1876/78 ein dreistockiges Gesellschaftsgebäude errichtet hatte.

Das Heilbronner Krankenhaus war gegen Kriegsende nach Weinsberg verlagert worden. Nur schrittweise kehrten ab 1945 einzelne Abteilungen wieder an verschiedene Heilbronner Standorte zurück. Schließlich erwarb die Stadt 1952 das ehemalige Wehrmachtslazarett an der Jägerhausstraße und baute es zu den Städtischen Krankenanstalten um. 1962 wurde der Neubau der Kinderklinik auf der Spitalhöhe bezogen. Dies bedeutete den ersten Schritt auf dem langen Weg zum Heilbronner Gesamtklinikum „Am Gesundbrunnen“, dem größten Hochbauprojekt in der Heilbronner Stadtgeschichte.

In der Heilbronner Innenstadt waren nach dem Krieg auch alle Kirchen vollständig zerstört. Als einzige Ausnahme war die evangelische Südkirche weitgehend intakt geblieben, aber auch sie musste wieder hergerichtet werden, was bis April 1946 gelang. In den Ortsteilen wiesen die Kirchen zwar Beschä-

digungen auf, konnten aber benutzt werden. In dieser Situation fanden viele Gottesdienste in privaten und sonstigen Ersatzräumen statt. So stellte es einen großen Fortschritt dar, als am 3. März 1946 neben der Ruine der Aukirche eine Kirchenbaracke eingeweiht werden konnte. Diese hatte der Ökumenische Rat in Genf der Evangelischen Gesamtkirchengemeinde gestiftet. Ab dem 15. Mai 1947 fanden auch in der Ruine der Kilianskirche wieder Gottesdienste statt. Ab 1948 war die Martin-Luther-Kirche wieder benutzbar, Ende 1948 kam die Wichernkirche hinzu, 1951 die Nikolaikirche, 1957 die Aukirche. Bei der Kilianskirche konnte das Hauptschiff 1954 seiner Bestimmung übergeben werden, der Chor wurde bis 1965 wieder errichtet. Auf katholischer Seite wurde am 29. Juni 1947 die neu gebaute Maria-Immaculata-Kirche geweiht, 1951 folgte die St. Peter- und Paulkirche. Die St. Augustinus-Kirche wurde bis 1957 wieder aufgebaut. Darüber hinaus entstanden verschiedene religiöse Gemeinschaften, die sich teilweise auch öffentlich betätigten und sich Versammlungsorte schufen.

Displaced Persons und Neubürger

Displaced Persons (DPs), Menschen also, die sich durch irgendeine Form der Kriegseinwirkung in der Fremde aufhielten und nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten, befanden sich in großer Zahl in Heilbronn. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Russen, Polen, Balten, Franzosen, Holländer und Italiener, die zuvor als Zwangsarbeiter hierher verschleppt worden waren. Für sie richteten die Amerikaner in Heilbronn und in Weinsberg je ein Lager ein. Dort waren teilweise bis zu 10 000 Personen untergebracht. Die DPs bekamen in diesen Lagern größere Essensrationen als die deutsche Bevölkerung in Heilbronn, was – auch vor dem Hintergrund der noch nachwirkenden NS-Propaganda gegen die „Fremdarbeiter“ – nicht gerade zu einem positiven Bild der DPs in den Augen der Einheimischen führte. Bis Ende 1950 waren die meisten DPs jedoch in ihre Heimatländer zurückgekehrt oder in Auswanderungsländer vermittelt worden.

Während die DPs im Allgemeinen danach strebten, Heilbronn zu verlassen, gab es eine andere Gruppe, die nach Heilbronn kam, um sich hier dauerhaft niederzulassen: die Neubürger. Zunächst waren dies jedoch nur sehr wenige, weil wegen der starken Kriegszerstörungen und der Wohnungsnot eine Zugzugssperre verhängt worden war. Eine Niederlassungsgenehmigung für Heilbronn erhielt nur, wer aufgrund seiner beruflichen Qualifikation etwas zum Wiederaufbau beitragen konnte. So lag im Januar 1947 der Anteil der Neubürger unter 3,5 Prozent. Erst ab 1950 nahm deren Anzahl zu, weil die Heilbronner Zuzugssperre aufgehoben worden war. Bis Ende 1957 stiegen der Anteil der DDR-Übersiedler

an der Heilbronner Gesamtbevölkerung auf 6,5 Prozent und der Anteil der Heimatvertriebenen auf 14,6 Prozent an. Diese Neubürger bildeten jedoch keineswegs eine in sich geschlossene Einheit. Vielmehr organisierten sie sich in zahlreichen Gruppen, Vereinen und Verbänden, die regelmäßig Heimatabende gestalteten und viele Veranstaltungen anboten. Im Jahr 1954 übernahm die Stadt eine Patenschaft für die Landsmannschaft der Dobrudschadeutschen, die bereits ab 1949 ihre jährlichen Bundestreffen in Heilbronn abgehalten hatten.

Währungsreform und Wirtschaft

Vor dem Krieg war Heilbronn ein führender Wirtschaftsstandort in Württemberg gewesen, nach der Katastrophe lagen alle gewerblichen Betriebe mehr oder weniger in Trümmern. Doch schon im Mai 1945 konnten sieben Firmen, hauptsächlich aus dem Nahrungsmittelsektor, mit Erlaubnis der amerikanischen Militärregierung ihre Fertigung wieder aufnehmen. Aber zahlreiche Probleme hemmten den Wiederaufbau und die Produktion. Vor allem der Mangel an Strom und Gas, aber auch an Wasser erwies sich als Bremse für die Aufwärtsentwicklung, nicht zuletzt auch der Arbeitskräftemangel. Außerdem wirkten sich die schlechten Transportbedingungen negativ aus, da die Bahn und die Neckarschifffahrt zunächst gar nicht funktionierten und dann einige Jahre nicht leistungsfähig genug waren, um das gewünschte Güterverkehrsaufkommen abzuwickeln. Schließlich war der Rohstoffmangel ein weiterer Faktor, der die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung massiv behinderte.

Erst seit dem Marshall-Plan und der Währungsreform, mit der auch die Aufhebung der Bewirtschaftung vieler Erzeugnisse verbunden war, ergaben sich nachhaltige Verbesserungen. Ab Mitte 1948 stieg die Zahl der Beschäftigten in der Industrie stark an, der Heilbronner Hafen erhöhte seinen Güterumschlag kräftig, und die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge schnellte empor. 1951 stand Heilbronn mit 84,3 Kraftfahrzeugen pro 1 000 Einwohner an zweiter Stelle in Süddeutschland, nach München und noch vor Stuttgart. Allerdings entwickelten sich die verschiedenen Sektoren nicht gleichmäßig. Während die Nahrungsmittelindustrie an Vielfalt verlor, expandierten die metallverarbeitende Industrie und auch die Elektrotechnik stark.

Eine Bilanz

Eine Stadt wie Heilbronn war und ist niemals ein statisches Gebilde. Ständig verändert sie ihr Gesicht und entwickelt sich weiter. So war Heilbronn auch vor der totalen Zerstörung im Jahr 1944 einer kontinuierlichen Wandlung unterworfen, und auch ohne das Inferno des Zweiten Weltkrieges würde die

Stadt heute anders aussehen als im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Beispielsweise war die Beseitigung des „Fischerviertels“ am Neckarufer schon vor dem Krieg geplant, Gebäude wie das Jugendstiltheater von Theodor Fischer oder das Stadtbad-Areal am Wollhausplatz wurden erst nach dem Zweiten Weltkrieg abgerissen. Dennoch bildete der Zweite Weltkrieg den tiefsten Einschnitt in der über 1 250-jährigen Geschichte von Heilbronn. Dies gilt auf verschiedenen Ebenen: Erstens kamen Tausende von Menschen ums Leben, was nicht nur für die Einzelfamilien ein großer Verlust war, sondern auch für das Heilbronner Gemeinwesen einen nicht zu unterschätzenden „Aderlass“ bedeutete. Zweitens war die in Jahrhunderten gewachsene Fachwerk-Altstadt innerhalb eines einzigen Abends ausgelöscht worden. Dieses Inferno hat sich tief in das kollektive Bewusstsein der Heilbronner eingegraben: Das Geschehen insbesondere des 4. Dezember 1944 ist auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer noch stark präsent. Die vielgestaltigen und gutbesuchten Heilbronner Gedenkveranstaltungen jeweils am 4. Dezember belegen dies ebenso wie die verschiedenen Denk- und Mahnmale, die in Heilbronn an den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen erinnern.

Doch die Katastrophe der Zerstörung wurde von den damaligen Verantwortungsträgern auch als Chance begriffen. Heilbronn hat durch den Feuersturm des 4. Dezember 1944 sein altvertrautes Gesicht verloren und dafür ein konsequent durchgeplantes und in seiner Art durchaus besonderes Gesicht im Stil der 50er Jahre erhalten. Heute wird häufig das Fehlen der „mittelalterlichen“ Heilbronner Fachwerkstadt beklagt. Doch damals war der schnelle und weitgehend neu geplante Wiederaufbau, der durch eine rasche Baulandumlegung in der Innenstadt möglich geworden war, als vorbildlich anerkannt. Ja, man sprach sogar vom „Wunder von Heilbronn“, nachdem die Stadt „wie Phönix aus der Asche“ wieder auferstanden war.

Direkt nach dem Krieg war der Alltag geprägt vom Kampf ums nackte Überleben. Aber viele tatkräftige Menschen packten an und wagten einen Neuanfang. Die eigentlich dynamische Phase des Heilbronner Wiederaufbaus begann 1948 – nach der Währungsreform. Als der symbolische Abschluss des Wiederaufbaus in Heilbronn gilt der Festgottesdienst am Ersten Advent 1968 in der Kilianskirche, als der von dem Holzschnitzer Josef Wolfsteiner aus Hüttlingen wiederhergestellte Hochaltar geweiht wurde. Als Zeichen der Normalisierung in den 60er Jahren kann man auch die Partnerschaftsfeier am 20. Mai 1965 mit Béziers (Frankreich) ansehen, der bis 1998 mit Port Talbot (Großbritannien), Solothurn (Schweiz), Stockport (Großbritannien), Frankfurt/Oder und Slubice (Polen) noch fünf weitere Städtepartnerschaften folgten.

Kommunalpolitisch wurde die Zeit des Wiederaufbaus von den drei Oberbürgermeistern Emil Beutinger (1945–1946), Paul Metz (1946–1948) und Paul

Meyle (1948–1967) geprägt, wobei der Letztgenannte zum eigentlichen „Vater des Wiederaufbaus“ wurde. Im Jahre 1970 begann eine neue Ära, als Heilbronn unter Oberbürgermeister Dr. Hans Hoffmann (1967–1983) zur Großstadt aufstieg.

Anmerkungen

1 Brief von Theodor Heuss vom 13. Januar 1945 an Wilhelm Stapel, zitiert nach: Theodor Heuss. Der Mann, das Werk, die Zeit. Eine Ausstellung. Theodor Heuss Archiv Stuttgart/Schiller-Nationalmuseum Marbach a. N. 1967, S. 230 f.
2 Zitiert nach Christhard Schrenk: Schatzkammer Salzbergwerk. Kulturgüter überdauern in Heilbronn und Kochendorf den Zweiten Weltkrieg, Heilbronn 1997, S. 68, Anm. 42.
3 Zu den beiden letzten Absätzen vgl. Christof Strauß: Kriegsgefangenschaft und Internierung. Die Lager in Heilbronn-Böckingen 1945–1947, Heilbronn 1998.
4 Zitiert nach Christhard Schrenk: Schatzkammer Salzbergwerk, S. 62–63.
5 Zu den beiden letzten Absätzen vgl. Peter U. Quattländer: Heilbronn. Planung des Wiederaufbaues der Altstadt, Heilbronn 1994.
6 Ebd., S. 34–36.

Literaturhinweise

Fleischhauer, Guido: Vom Neubürger zum Heilbronner. Die Eingliederung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen im Stadtkreis Heilbronn nach dem Zweiten Weltkrieg, Heilbronn 1992.

Quattländer, Peter U.: Heilbronn. Planung des Wiederaufbaues der Altstadt, Heilbronn 1994.

Renz, Alexander: Chronik der Stadt Heilbronn, Bd. VI: 1945–1951. Für den Druck bearbeitet und mit einer Einleitung versehen von Susanne Schlösser, Heilbronn 1995.

Renz, Alexander: Chronik der Stadt Heilbronn, Bd. VII: 1952–1957. Für den Druck bearbeitet und mit einer Einleitung versehen von Susanne Schlösser, Heilbronn 1996.

Schrenk, Christhard: Schatzkammer Salzbergwerk. Kulturgüter überdauern in Heilbronn und Kochendorf den Zweiten Weltkrieg, Heilbronn 1997.

Schrenk, Christhard/Weckbach, Hubert/Schlösser, Susanne: Von Helibrunna nach Heilbronn. Eine Stadtgeschichte, Stuttgart 1998.

Strauß, Christof: Kriegsgefangenschaft und Internierung. Die Lager in Heilbronn-Böckingen 1945–1947, Heilbronn 1998.

Manfred Koch

Karlsruhe – Landeshauptstadt oder Aschenbrödel?

Kriegszerstörungen, Not und Elend der Nachkriegszeit teilte Karlsruhe mit den meisten deutschen Großstädten. Darüber hinaus traf die Stadt aber schon 1945 ein Funktionsverlust, der ihre Substanz und Struktur weit fundamentaler veränderte als die reparablen Kriegszerstörungen.[1] Karlsruhe verlor den mit der Gründung der Stadt 230 Jahre zuvor konstituierten Rang einer Residenz- und Hauptstadt zuerst der Markgrafschaft, dann des Großherzogtums und schließlich der Hauptstadt der Republik Baden. Diese zentralörtliche Stellung und alle damit verbundenen Funktionen und Institutionen bestimmten entscheidend das Leben der Stadt wie das Selbstverständnis und die Identität ihrer Bewohner. Ihr Verlust war keineswegs die Folge alliierter Planungen für das im Zweiten Weltkrieg besiegte Deutschland, sondern vielmehr das Ergebnis territorialer Improvisation nach der in Jalta im Februar 1945 beschlossenen Aufnahme Frankreichs als Besatzungsmacht.[2]

Da die USA auf einer durchgehenden Autobahnverbindung in ihrer Zone bestanden, kam es 1945 zu einer Nord-Süd-Teilung Südwestdeutschlands quer zu den alten Ländergrenzen zwischen Baden und Württemberg. Der Norden wurde amerikanische Besatzungszone, in deren südwestlichster Ecke Karlsruhe an der Grenze zu Frankreich und zur französischen Zone in einen „toten Winkel" geriet. Zwar durfte sich Karlsruhe Anfang September 1945 noch als Landeshauptstadt sogar in doppeltem Sinn fühlen. In der zu 36 Prozent zerstörten Stadt logierte im früheren und heutigen Münzgebäude die von den Franzosen installierte Verwaltung für den französisch besetzten Teil des Landes unter Leitung von Alfred Bund, dem ehemaligen Leiter der Finanzabteilung des badischen Wirtschafts- und Finanzministeriums. Nur einhundert Meter entfernt, in der Hauptpost, residierte die von den Amerikanern gebildete Verwaltung für das amerikanisch besetzte Nordbaden unter Leitung des früheren badischen Staatspräsidenten und Reichsfinanzministers Heinrich Köhler. Die Selbstständigkeit des nordbadischen Landeskommissariatsbezirks endete jedoch mit der Proklamation des nördlichen Landes Württemberg-Baden durch General Dwight D. Eisenhower am 19. September 1945 und der Bestimmung Stuttgarts als Sitz der Landesregierung. Die Landesverwaltung für Südbaden verließ Karlsruhe im

November und übersiedelte nach Freiburg. Karlsruhe beherbergte erstmals in seiner Geschichte keine obersten Landesbehörden mehr und hatte damit die Funktion einer Landeshauptstadt nicht nur vorübergehend, wie manche insgeheim hofften, sondern mit der nach einem umstrittenen Abstimmungsprozess erfolgten Bildung des Landes Baden-Württemberg 1952 für immer verloren. Die Ruine des erst Ende 1961 abgerissenen ältesten deutschen Parlamentsgebäudes, des Ständehauses von 1822, symbolisierte diesen Verlust nachdrücklich.

Auf dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung von Karlsruhe lastete nach 1945 eine doppelte Aufgabe. Zum einen mussten Not und Elend der Menschen und die Zerstörungen, die der von Deutschland ausgelöste Zweite Weltkrieg zur Folge hatte, bewältigt werden. Prinz Carl Ludwig Wilhelm von Schweden, dessen Mutter Viktoria aus dem Hause Baden stammte, berichtete nach einer Durchreise 1945 über seine Eindrücke: „Intakte Viertel zwischen Ruinen, verräucherte Mauern und ausgebrannte Häuser. Eine ungleich verteilte Zerstörung. Metertiefe Gruben im Pflaster mit dünnen Stangen drumherum, jede zweite Straße blockiert von den Trümmern einst wohnlicher Heime. Leere oder vernagelte Schaufenster.“[3] Zum anderen gewann für die politisch Verantwortlichen die Aufgabe, den Absturz in provinzielle Bedeutungslosigkeit zu verhindern und weitgehende zentralörtliche Funktionen zu erhalten oder neu zu gewinnen, der Stadt somit eine neue Identität zu verschaffen, einen außerordentlichen Rang.

Kriegszerstörungen, Kriegsende und Besetzung

Nicht die gegen alle Vernunft propagierte heroische Selbstaufopferung im trotzig beschworenen „Endkampf“, sondern feige Flucht der meisten Verantwortlichen prägte den endgültigen Bankrott des „Dritten Reiches“. Als die Franzosen am 4. April nach nutzloser Sprengung einer größeren Zahl von Eisenbahn- und Straßenbrücken durch abmarschierende deutsche Truppen und gegen geringe Verteidigungsbemühungen spärlicher Wehrmachts- und Volkssturmgruppen die Stadt Karlsruhe einnahmen, hatte diese 135 Luftangriffe erlitten, die hauptsächlich dem Verkehrsknotenpunkt Karlsruhe und weniger dem Standort der Kriegsproduktion galten. Mit neunzig Angriffen fand die Mehrzahl davon seit Juli 1944 statt, darunter waren insgesamt 13 Großangriffe mit mehr als einhundert angreifenden Flugzeugen wie am 27. September, dem schwersten Brandbombenangriff, und am 4. Dezember, dem verheerenden Sprengbombenangriff. Der durch den Luftkrieg verursachte Zerstörungsgrad erreichte 36 Prozent der Bausubstanz, wobei vor allem die Kernstadt teilweise zu neunzig Prozent zerstört war. Von 57 000 Wohnungen blieben nur knapp 12 000 unbeschädigt, etwa 12 000 dagegen waren total zerstört, 7 500 schwer,



Blick vom Rathausturm auf die Kriegszerstörungen um den Marktplatz vor Beginn der planmäßigen Trümmerräumung: oben links die Reste des Schlosses. (Foto: Stadtarchiv Karlsruhe)

10 800 mittelschwer und 14 700 leicht beschädigt. Das vertraute Stadtbild erlitt durch die Zerstörung unter anderem des Schlosses, des Theaters und der Ministerien am Schlossplatz, des Rathauses, der evangelischen und der katholischen Stadtkirche, des Ständehauses und zahlreicher klassizistischer Verwaltungs-, Geschäfts- und Wohnhäuser erhebliche Verluste. Der Kern der in 230 Jahren gewachsenen Stadt war zerstört. Die Zahl der Toten und Verletzten blieb mit 1 754 bzw. 3 508 dennoch relativ gering, da es nach keinem Angriff zu dem gefürchteten Feuersturm kam. Einschließlich der getöteten und vermissten Soldaten verloren über 12 000 Karlsruher durch den nationalsozialistischen Angriffskrieg das Leben.

Bei der einst in nationaler Trunkenheit und Führerverehrung schwelgenden Mehrheit der Bevölkerung war gegen Kriegsende Ernüchterung eingekehrt. Apathie und Verzweiflung machte sich breit. Die Mehrheit erlebte das Kriegsende vor allem mit Erleichterung darüber, „dass nun endlich die Nächte in den Kellern und Bunkern vorüber waren“. In die Erleichterung mischte sich aber auch Zukunftsangst. Am 5. Mai notierte eine Karlsruherin: „Nun ist, wenn es wahr ist, der Krieg zu Ende, und die Zukunft liegt nach wie vor dunkel vor uns, und ein leises Grauen beschleicht einen. (...) Ich hatte immer gehofft, das Kriegsende würde das Ende der dunklen Zeit bedeuten – darin habe ich mich schwer

getäuscht."[4] Nur die wenigen Hitlergegner, die Überlebenden der rassischen Verfolgung und die Zwangsarbeiter konnten damals das Kriegsende als Rettung und Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft empfinden.

Mit der Besetzung der Stadt durch die Franzosen bekamen die Karlsruher – es lebten hier noch etwa 60 000 Einwohner von 185 000 bei Kriegsbeginn – das Ausgeliefertsein an eine feindliche Besatzungsmacht und ihre völlige Rechtlosigkeit zu spüren. Dies galt zuerst für Frauen und Mädchen, die in größerer Zahl vergewaltigt wurden. Repressalien aller Art, Raub auf offener Straße, in den Wohnungen und Geschäften durch französische Soldaten und die Verhaftung von Männern von der Straße weg zum Arbeitseinsatz in Frankreich, Plünderungen der Lebensmittellager und Geschäfte durch Besatzer, befreite Zwangsarbeiter und die deutsche Bevölkerung waren für kurze Zeit an der Tagesordnung. Dass die Haltung der Truppen gegenüber den Deutschen auch eine Reaktion auf die deutsche Besatzungspolitik in Frankreich war, machten sich die Wenigsten bewusst. So galt denn auch der Abtransport großer Mengen Lebensmittelvorräte und anderer Güter wie Radios, Fotoapparate, Möbel, Kleidung und Wäsche nach Frankreich zur Versorgung der dortigen notleidenden Zivilbevölkerung als Ausgleich für die wirtschaftliche Ausplünderung des Landes unter deutscher Herrschaft. Neben den beklagenswerten Verlusten von Menschen sowie Hab und Gut zeitigte der Krieg immense soziale Verwerfungen und gesellschaftliche Brüche. In der Stadt entstand bei mangelndem Wohnraum und schlechter Versorgung mit Lebensmitteln und Energie eine Zusammenballung von teilweise zerrütteten Familien, arbeitslosen Soldaten, in Lagern untergebrachten ehemaligen Zwangsarbeitern, Flüchtlingen sowie deklassierten nationalsozialistischen Funktionären. Eine hohe Kriminalitätsrate, eine starke Zunahme von Geschlechtskrankheiten und überdurchschnittlich viele Ehescheidungen sowie uneheliche Geburten sind beredter Ausdruck der Zustände nach Kriegsende.

Erleichterung machte sich nach den Erfahrungen der ersten Monate breit, als die Amerikaner gemäß der unter den Siegermächten vereinbarten Zoneneinteilung am 7. Juli die Besatzungsgewalt in Karlsruhe übernahmen. Die im Handbuch der US-Militärregierung vorgegebene Haltung der Amerikaner, die deutschen Behörden distanziert anzuleiten und zu kontrollieren und mit der Bevölkerung nicht zu „fraternisieren", änderte sich jedoch bald. Die von der Potsdamer Konferenz im August unter anderem beschlossene Demokratisierung der deutschen Gesellschaft ließ sich auf Dauer nicht ohne intensivere Kontakte zwischen Besatzern und Besetzten realisieren. Die Amerikaner wandelten sich von Befehlsgebern und Kontrolleuren zu Beratern und Beobachtern. Seit November 1945 bis Mitte 1946 schrumpfte deshalb die lokale Militärregierung auf wenige Offiziere. Allerdings blieb Karlsruhe mit seinem beschlagnahmten Flug-

platz Standort amerikanischer Truppen, die mit Familienangehörigen etwa 10 000 Personen zählten.

Entnazifizierung

Die auch von den Alliierten beobachtete Abkehr der Deutschen vom Nationalsozialismus bei Kriegsende brachte keinen allgemeinen antinationalsozialistischen Volkszorn hervor. „Der Ausbruch einer spontanen Wut des deutschen Volkes gegen all diejenigen, die als prominente Vertreter des Naziregimes bekannt waren“,[5] und damit auch die Entstehung neuen blutigen Unrechts, blieben nach 1945 aus. Das machte die Entnazifizierung zwangsläufig zur Aufgabe der Siegermächte. Karlsruhe erlebte zunächst die anfangs konzeptlose Entnazifizierung der Franzosen und dann die weit rigorosere und schematische Entnazifizierung der Amerikaner. Entnazifizierungsmaßnahmen wie die Aufhebung von NS-Gesetzen und das Verbot von NS-Organisationen waren durch Anordnungen der Militärregierung ohne Probleme zu bewerkstelligen. Das galt auch für die Beseitigung von Denkmälern, die Änderung der Benennung von Schulen und von allen 22 nationalsozialistischen Straßennamen, die im Juni 1945 verfügt wurde.

Die ersten Maßnahmen der Franzosen nach der Einnahme der Stadt galten dem eigenen Schutz vor den befürchteten „Werwolf“-Aktionen. Im Zuge der Erfassung der männlichen Bevölkerung internierte die französische Militärverwaltung Nazis in einer Kaserne und SS-Angehörige sowie höhere Parteifunktionäre in dem sogenannten „Russenlager“, in dem kurz zuvor noch russische Zwangsarbeiter hausen mussten. Die Gesamtzahl der von den Franzosen von April bis Juli aus politischen Gründen verhafteten Personen betrug etwa 1 500. Ab Ende Mai betrieben die Franzosen auf Druck der Amerikaner eine systematischere Säuberung der Verwaltungen, wobei 449 Mitarbeiter der Stadtverwaltung entlassen wurden. In Furcht vor einem Zusammenbruch der deutschen Verwaltungen beließen sie jedoch unentbehrliche Fachleute trotz Mitgliedschaft in der NSDAP unbehelligt im Amt.

Die Amerikaner hielten sich nach der Übernahme der Militärregierung in Karlsruhe strikt und schematisch an ihre strengen Entnazifizierungskriterien. Nun musste sich jeder Erwachsene einer weltanschaulichen Bestandsaufnahme in Form von 131 Fragen unterziehen. Nach Überprüfung der Fragebögen entließen die Amerikaner bis November 1945 noch einmal 540 Mitarbeiter der Stadtverwaltung, weitere 401 folgten bis ins Jahr 1946. Darunter befanden sich jetzt mehrere Führungskräfte. Insgesamt verursachten diese Entlassungen eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes, als dieser besonders gefordert war. Bis Mitte 1948 waren dann 26 Prozent der Entlassenen –

darunter auch leitende Mitarbeiter – wieder bei der Stadtverwaltung beschäftigt. Starke Unruhe rief die Entnazifizierung der Wirtschaft hervor, die mit dem Gesetz Nr. 8 vom 26. September angeordnet wurde. Nach Schätzungen waren etwa neunzig Prozent der Betriebe der Industrie, des Handels und des Handwerks von den strengen Bestimmungen des Gesetzes betroffen, da die Betriebsleitungen in einer der NS-Organisationen Mitglied waren. Diese Maßnahmen trugen im Gegensatz zu den Intentionen der Amerikaner nicht zu einer Reorganisation funktionierender öffentlicher Verwaltungen im Sinne der Demokratie bei und sie verursachten empfindliche Störungen beim Wiederaufbau und bei der Versorgung der Bevölkerung.

Die Übergabe der Entnazifizierung an deutsche Spruchkammern gemäß dem Gesetz Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 und die nun einsetzende Einzelfallprüfung führten auch in Karlsruhe dazu, dass der schwach ausgeprägte Wille der Deutschen zur politischen Säuberung in einer Flut von Bagatellfällen verschlissen wurde. Wie überall wurden die Kammern zu „Mitläuferfabriken“: Von den etwa 100 000 Fällen stufte man in Karlsruhe dreißig als Hauptschuldige, 140 als Belastete und etwa 50 000 als Minderbelastete oder Mitläufer ein. Weitere 50 000 galten als vom Gesetz nicht betroffen.[6]

Bei aller von den Zeitgenossen und später von der Wissenschaft vorgebrachten berechtigten Kritik an der Entnazifizierung, deren Scheitern konstatiert wurde, bleibt dennoch zu bedenken, dass dadurch für jeden einzelnen Betroffenen eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nötig wurde, dass über die tiefe Verstrickung zu vieler Karlsruher mit dem verbrecherischen NS-Staat wenigstens für eine kurze Frist nicht stillschweigend zur Tagesordnung übergegangen werden konnte, dass vielen zeitweise entlassenen oder internierten Angehörigen der gesellschaftlichen Eliten ein „Denkzettel” verpasst wurde.

Die Entnazifizierungspraxis machte dennoch deutlich, dass mit zunehmender Dauer eine intensive Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit nicht anzuordnen war. Zwar berichtete die Lokalpresse ausführlich über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und die Nachfolgeprozesse, wie über den Tod von 2,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam, über die Verbrechen in den Konzentrationslagern oder über die Ermordung zehntausender von Juden in Minsk, an denen ein Karlsruher Kriminalkommissar beteiligt war. Zwar bemühte sich die Stadt, mit der Benennung von Straßen nach Karlsruher Widerstandskämpfern 1946 Widerstand als erinnernswertes Erbe der jüngsten Vergangenheit bewusst zu machen. Zwar schuf die Stadtverwaltung am 1. Juli 1945 als erste Gemeinde im Südwesten eine zentrale städtische Betreuungsstelle für aus den Konzentrationslagern zurückkehrende Opfer des Nationalsozialismus. Dennoch kommentierten die

„Badischen Neuesten Nachrichten“ das öffentliche Erinnern an den Widerstand kritisch: „Man ehrt die Toten in Gedenkfeiern, aber man würde die Toten besser ehren, wenn man ihren Kameraden, die überlebten, den Platz einräumte, der ihnen gebührt.“ Die Ursachen dieses mangelnden Wohlwollens gegenüber dem Widerstand benennt der Autor aus seiner Kenntnis der Mentalität seiner Zeitgenossen sicher treffend: „Allzu viele gibt es, die – man kann es nicht anders deuten – aus einem nicht ganz reinen Gewissen heraus nicht erinnert sein möchten, wie viele ihretwegen kämpften und sich opferten, (...) als sie der Tyrannei dienten. Man will nichts mehr wissen von damals.“[7] Als symptomatisch für die schon 1947/48 erlahmende geistige Bereitschaft zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit kann die Umwandlung des seit 1946 begangenen Gedenkens an den Widerstand und die Opfer in den Volkstrauertag ab 1952 gesehen werden. Sie ging einher mit dem Ausschluss der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, die inzwischen als von der SED gelenkte Organisation eingestuft wurde, als Mitveranstalter des Gedenktages. Männer und Frauen des Widerstandes, gefallene Soldaten und zivile Opfer der Kriege erfuhren nun in der öffentlichen Würdigung eine Gleichbehandlung als Opfer des NS, die bis heute problematisch geblieben ist. Die Verdrängung der Vergangenheit, die die 1950er und 1960er Jahre prägen sollte, setzte ein. Ihre Aufarbeitung war damit freilich – auch wenn viele das geglaubt oder gehofft haben mögen – nicht erledigt. Größeres Interesse hatte die Nachkriegsgesellschaft aus durchaus nachvollziehbaren Gründen für die drängenden Probleme der Alltagsnöte, des politischen Neubeginns und des Wiederaufbaus.

Alltagsnot nach Kriegsende

Ein Dach über dem Kopf zu haben, mit der Familie in einer Wohnung zu leben, gehört zu den elementaren menschlichen Bedürfnissen. Wurde dies schon durch die Luftkriegszerstörungen für viele schwer zu verwirklichen, so blieb es für die meisten nach Kriegsende unerreichbar. Rasch wuchs die Bevölkerung durch den Rückstrom evakuierter Karlsruher, die Rückkehr der Soldaten und den Zuzug von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen von 60 000 im April 1945 auf 155 000 im April 1946 und erreichte 1948 fast 200 000. Die mit der Beschlagnahme von 400 Wohnungen durch die Besatzungsmacht verschärfte Wohnraumnot führte zu einer Erhöhung der Wohnraumbelegung von einer Person pro Wohnraum 1939 auf 2,15 im Jahr 1946. Als „wohnwürdig“ galten allerdings auch Wohnungen in Wirtschaftsgebäuden, Bunkern, Baracken, Behelfsheimen, Wochenendhäusern und notdürftig hergerichtete Wohnungen mit mehr als sechs Quadratmetern Grundfläche. Viele lebten noch schlechter, das heißt

„wohnunwürdig“ in Ruinen oder Massenquartieren. Die Statistik erfasste allerdings nicht, dass viele Menschen durch die Überbelegung der Wohnungen dennoch wohnunwürdig untergebracht waren. In etwa 45 Prozent der Wohnungen mussten sich zwei und mehr Parteien eine Küche, ein Bad und eine Toilette teilen. Die Einquartierungen der Wohnungslosen und der Vertriebenen mussten häufig durch behördlichen oder gar polizeilichen Druck erzwungen werden. Das enge Zusammenleben von fremden Personen und Familien in einer Wohnung ohne individuellen Rückzugsbereich war zum wesentlichen Merkmal der Nachkriegswohnverhältnisse geworden. Erschwerend kam hinzu, dass es nur unzureichende Zuteilungen von Heizmaterial gab. Der harte Winter 1946/47 sorgte mit zugefrorenen Flüssen für Probleme beim Kohletransport, Strom- und Gassperrstunden waren die Folge. Bis Ende 1948 waren trotz fehlender Baumaterialien und Handwerker 30 500 Wohnungen nicht mehr reparaturbedürftig und 15 000 bewohnt, aber gleichwohl reparaturbedürftig. Knapp 10 000 Wohnungen galten als endgültig zerstört.

Im Blick auf die existenziellen Probleme der Nachkriegsjahre nahm die Küche den Rang eines symbolischen Ortes ein. Hier entstanden die meisten Streitigkeiten in den überbelegten Wohnungen, und bei der Zubereitung von Mahlzeiten machte sich hier der drastische Nahrungsmangel überdeutlich bemerkbar. Das verweist aber auch darauf, dass die Frauen bei der Bewältigung der Nachkriegsprobleme eine immense Last zu tragen hatten. Der Nahrungsmangel hatte sich nach dem Kriegsende verschärft, da die Lieferungen aus den besetzten Gebieten fehlten und noch zusätzlich die Heimatvertriebenen zu versorgen waren. Das seit 1939 bestehende System der Versorgung mittels Lebensmittelkarten musste deshalb fortgeführt und durch Bezugsscheine für viele wichtige Dinge des Alltags wie beispielsweise Spinnstoffe, Schuhe oder Schuhreparaturen erweitert werden. Die Militärregierung hatte für Normalverbraucher bei allgemein anerkanntem Bedarf von 2 500 Kalorien einen Tagessatz von 1 550 pro Tag zugestanden. Diese Zahl wurde jedoch für viele der monatlichen Zuteilungsperioden bis März 1948 nicht erreicht. So standen 1945 im Juni und Juli nur 775 und Ende Juli/Anfang August nur 623 Kalorien zur Verfügung. Im Frühjahr 1946 erreichte der Tagessatz lang anhaltend nicht 1 550 Kalorien und im Mai und Juni 1947 lag er bei 970. Die daraus resultierenden Gewichtsverluste in der Bevölkerung betrugen 1947 bei den Erwachsenen je nach Altersgruppe und Geschlecht zwei bis sechs Kilogramm. Deshalb musste im Mai 1947 die wöchentliche Arbeitszeit von 48 auf 44 Stunden herabgesetzt werden. Bei den Kindern ermittelte das Gesundheitsamt im Vergleich zur Vorkriegszeit eine Gewichtsverminderung um ein Kilogramm. Der Allgemeinzustand der Kinder wurde bei neun Prozent als gut, bei 37 Prozent als mittelmäßig und bei 54 Prozent als schlecht beurteilt. Dies kam einer Umkehrung der

Vorkriegsverhältnisse gleich. Mit der Beteiligung an dem landesweiten Generalstreik protestierten im Februar 1948 die Arbeitnehmer auch in Karlsruhe gegen die schlechte Versorgung.

Die Folgen der Ernährungskrise waren Schwarzmarkt und Hamsterfahrten. Beim Hamstern waren die Karlsruher gegenüber anderen Großstädten benachteiligt, denn der Weg in das agrarische Hinterland über den Rhein in die Pfalz und in den Süden war durch die französische Zonengrenze versperrt. Die astronomischen Schwarzmarktpreise konnte sich zudem auch nicht jedermann leisten: 1 kg Brot kostete zum Beispiel 30 Reichsmark statt 40 Pfennige auf Karten, 1 kg Zucker 220 statt 1,06 Reichsmark. Gespeist wurde der Schwarzmarkt durch „Abzweigungen" aus Vorratslagern und bei den Erzeugern sowie auch durch Besatzungssoldaten. Auch wenn die Karlsruher Polizei im Kampf gegen den Schwarzmarkt als sehr erfolgreich galt, dürften die 1947 beschlagnahmten hunderte von Zentnern Fleisch, Mehl Lebensmitteln und anderem sowie die 170 000 Stück Seife und 780 000 Zigaretten dennoch nur einen Bruchteil der gehandelten Mengen darstellen. Immerhin flossen der Stadt aus dem Verkauf dieser Waren eine Million Reichsmark zu. Die von den Gerichten verhängten Freiheitsstrafen für 4 198 Ertappte betrugen annähernd einhundert Jahre. Diebstahl oder Fälschungen von Lebensmittelkarten gehörten ebenfalls zu den bestraften Delikten.

Die Amerikaner waren sich durchaus bewusst, dass einem hungrigen Volk, das sich zudem täglich mit den Folgen mancher strategisch kaum zu rechtfertigenden Zerstörung von Städten und den Opfern der Vertreibung auseinandersetzen musste, die neue demokratische Regierungsform nur schlecht zu vermitteln war. Sie reagierten deshalb auf den Hunger mit zusätzlichen Getreidelieferungen, einer Erhöhung der Kalorienzahl für die CARE-Pakete und mit der Hoover-Speisung. In deren Genuss kamen 17 000 Schüler in der Stadt, die so zusätzlich 350 Kalorien am Tag erhielten. Dies hat sicher unabsehbare gesundheitliche Schäden der Heranwachsenden verhindert. Die Maßnahmen der Amerikaner ließen die Deutschen zugleich auf eine wirtschaftliche Erholung und die Rückkehr in die Völkergemeinschaft mit Hilfe der Amerikaner hoffen. Maßnahmen gegen den Hunger organisierte die Stadt aber auch selbst. Unter Führung der Stadtverwaltung, vertreten durch Bürgermeister Berthold Riedinger, schlossen sich die Wohlfahrtsverbände zur Karlsruher Notgemeinschaft zur Unterstützung vor allem Not leidender älterer Menschen zusammen. Aus den Spenden bei Haussammlungen, von Betrieben und auch durch den Erlös kultureller oder Vergnügungsveranstaltungen konnten im Winter 1946/47 860 000 Reichsmark verteilt werden. Zudem erhielten 2 000 Menschen im ersten Quartal 1947 106 000 Essensportionen.

Kommunale Selbstverwaltung und demokratischer Neubeginn

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Desorganisation und die desolaten Lebensbedingungen erforderten sowohl von der französischen als auch der nachfolgenden amerikanischen Militärregierung die Installation einer funktionsfähigen Verwaltung, deren Aufbau in unterschiedlichen Etappen verlief. Die erste Etappe kennzeichnete eine völlige Abhängigkeit und Kontrolle durch die Besatzer, die von der Besetzung bis Ende Juli 1945 dauerte. Es war aus Sicht der lokalen Verwaltung eine Zeit äußerster Planungsunsicherheit, da die verantwortlichen französischen Offiziere mehrfach wechselten und schließlich am 7. Juli die Amerikaner die oberste Gewalt übernahmen. Für eigenständiges Handeln blieb kein Spielraum. An der Spitze der Verwaltung beließen die Franzosen den vom letzten NS-Oberbürgermeister vor seiner Flucht zum Nachfolger bestimmten Josef Heinrich. Heinrich, bis 1938 kein NSDAP-Mitglied, war zuvor Leiter des Amtes für Versorgung und Verteidigungsfragen. Ihm zur Seite standen 1945 langjährige Führungskräfte aus der Verwaltung und nur wenige Regimegegner. Die seit dem 9. April geltende neue Verwaltungsstruktur sah allerdings mit den Bezirksverwaltungen eine neue Ebene vor, die ausschließlich mit ausgewiesenen Gegnern des NS-Regimes besetzt war. Mit der Einteilung der Stadt in 16 Bezirke sollten Anweisungen und Maßnahmen der Stadtverwaltung einheitlich und gleichzeitig den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten entsprechend flexibel umgesetzt werden. Die Lenkung der Bezirksverwaltungen erfolgte zentral durch das Bezirksverwaltungsamt, dem der Sozialdemokrat August Furrer sen. vorstand, der 1933 mit Ludwig Marum und anderen führenden SPD-Funktionären in das KZ Kislau verschleppt worden war. Die schnelle Bildung der Bezirksverwaltungen verhinderte mit der Einbindung vieler aktiver Sozialdemokraten und Kommunisten in die praktische Arbeit vor Ort die Bildung antifaschistischer Ausschüsse in der Stadt.

An der Schnittstelle zwischen den Anforderungen der Besatzungsmächte, den Bedürfnissen der Stadtverwaltung und der Bevölkerung bewältigten die Bezirksverwaltungen ein enormes, wechselnden Erfordernissen angepasstes, Arbeitspensum. Zu den psychisch belastenden Aufgaben gehörten die von den Besatzungsmächten angeordneten Beschlagnahmungen von Wohnungen, Hausrat und Bekleidung. Zu den engeren Verwaltungsaufgaben gehörte die Ausgabe von Lebensmittelkarten und Bezugsscheinen, die Führung einer Bevölkerungsstatistik, die Erfassung ehemaliger Nazis und die Mitwirkung bei der Entnazifizierung. Die Rückkehr der großen Zahl der Evakuierten, die Betreuung der KZ-Opfer, der Kriegsheimkehrer und der Flüchtlinge stellten hohe Anforderungen. Organisiert werden mussten aber auch die Versorgung mit Brennholz und die Kartoffelkäfersammelaktionen.

Der Beginn der zweiten Phase des Demokratisierungsprozesses stand in unmittelbarem Zusammenhang mit der Konferenz von Potsdam und ist gekennzeichnet durch die Etablierung einer Verwaltungsführung im Rathaus am 4. August 1945 mit überzeugten Gegnern des Nazi-Regimes, der Schaffung institutioneller Voraussetzungen für eine demokratische Ordnung mit der Zulassung von Parteien und Gewerkschaften sowie der Lizenzierung einer Zeitung. Als neuer Oberbürgermeister wurde der 1897 in Karlsruhe geborene Rechtsanwalt Hermann Veit (SPD) ernannt, der nach 1933 zahlreiche Regimegegner verteidigt hatte. Ihm zur Seite standen als Bürgermeister der christliche Gewerkschafter und ehemalige Landtagsabgeordnete des Zentrums, Fridolin Heurich, und der Kommunist Berthold Riedinger. Am 3. September ernannten die Amerikaner einen 14-köpfigen Gemeinderat, dem in Anlehnung an die Wahlergebnisse der Weimarer Zeit fünf Mitglieder der SPD, vier der Zentrumspartei, drei der KPD und zwei Liberale angehörten. Ihre Aufgabe war es, den Oberbürgermeister bei seiner Arbeit zu beraten.



Hermann Veit (SPD), der zuerst ernannte, dann gewählte erste Nachkriegsoberbürgermeister der Stadt Karlruhe und spätere Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident des Landes Württemberg-Baden. (Foto: Stadtarchiv Karlsruhe)

Diese Ernennungen erfolgten unter parteipolitischen Gesichtspunkten, obwohl Parteien offiziell noch gar nicht zugelassen waren. Freilich hatten sich bereits kurz nach dem Zusammenbruch vor der Wiederzulassung der Parteien und Gewerkschaften am 30. August 1945 sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten trotz Verbots in kleinen informellen Gruppen und im Rahmen der Bezirksverwaltungen parteipolitisch betätigt und ihre Organisationen damit wiedererstehen lassen. Gerade die sozialdemokratischen und kommunistischen Bezirksvorsteher, die sich einmal wöchentlich trafen, hatten ein so starkes politisches Selbstbewusstsein entwickelt, dass sie im August sogar forderten, anstelle des angekündigten Gemeinderats die Kontrollaufgaben gegen-

über der Verwaltung wahrzunehmen. Dies resultierte aus der Überzeugung, nur sie seien Garanten eines antifaschistischen Kurses, den die aus ihrer Sicht überwiegend aus belasteten Beamten bestehende Stadtverwaltung nicht gewährleiste. Auch ehemalige Zentrumsmitglieder trafen sich seit Juli, um die Neugründung einer christlichen Partei zu beraten, die die konfessionelle Spaltung der christlichen Parteien vor 1933 überwinden sollte.

Die Partei- und die im Mai begonnene Gewerkschaftsbildung in Karlsruhe weisen gegenüber anderen Orten kaum Besonderheiten auf. Alle Parteien einte die Überzeugung, für Freiheit und Demokratie einzutreten und die soziale und materielle Not zusammen überwinden zu wollen. In Veranstaltungen wie der vom 28. Oktober im Konzerthaus, wo alle Parteien für den Aufbau einer Demokratie warben, fand diese Gemeinsamkeit ihren Ausdruck. Nicht die Konkurrenz um Wählerstimmen war das Charakteristische der Parteibeziehungen in der Nachkriegszeit. Erst mit dem wirtschaftlichen Aufschwung nach 1948 traten die Differenzen wieder stärker in den Vordergrund der Parteiarbeit – ein Hinweis auch auf die Normalisierung des demokratischen Prozesses. Die Gewerkschafter schufen an Stelle der politischen Richtungsgewerkschaften der Zeit vor 1933 ab Mai 1945 zunächst noch illegal eine Einheitsgewerkschaft. Den ersten Vorstand des ADGB Karlsruhe bildeten Karl Konz (SPD), Karl Deck (KPD) und Fridolin Heurich (CDU). In allen Verbänden waren Kommunisten führend in den Ortsverwaltungen vertreten.

Die Parteien demonstrierten in dem ernannten Gemeinderat nachhaltig ihre gemeinsamen Bemühungen zum Aufbau demokratischer Strukturen. Zwar befand man sich, ohne gewählt zu sein und von den Besatzungsoffizieren überwacht, noch in einem quasi vordemokratischen Raum. Aber alle Gemeinderäte bezogen ihre Legitimation nicht allein aus der Ernennung durch die Besatzungsmacht, sondern stärker noch aus ihrem Widerstand gegen den Nationalsozialismus oder – acht von ihnen – aus ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit vor 1933. Der politische Neubeginn stand somit ganz im Zeichen der Anknüpfung an die Werte und Vorstellungen aus der Zeit vor 1933. Die Gemeinderäte überschritten daher immer wieder wie selbstverständlich ihre nur beratende Funktion. Der Rat entwickelte sich, getragen von einem ausgeprägten antinationalsozialistischen Grundkonsens, zum Ort politischer Debatten und Weichenstellungen; er leistete kommunalpolitische Schrittmacherdienste.

Auf die Herstellung einer politischen Öffentlichkeit musste der Gemeinderat trotz seiner Forderungen noch bis März 1946 warten. Die von den Besatzungsmächten auch für Karlsruhe herausgegebenen Mitteilungsblätter oder die Berichterstattung aus Karlsruhe in der „Rhein-Neckar-Zeitung“ waren dafür kein Ersatz. Erst als vierte Stadt nach Heidelberg, Stuttgart und Ulm erhielt die ehemalige Landeshauptstadt mit den „Badischen Neuesten Nachrichten“ (BNN)

eine eigene Zeitung. Ein städtisches Amtsblatt erschien erstmals am 7. Februar 1947. Mehrere Versuche, den CDU-nahen „BNN“ mit Zeitungen anderer politischer Ausrichtung zur Wiederherstellung der früheren Pressevielfalt ab 1949, 1950 oder 1953 Konkurrenz zu machen, scheiterten.

Mit den Wahlen der Volksvertreter begann die dritte Phase des Demokratisierungsprozesses, in der die neue politische Ordnung ihr Fundament und ihre Repräsentanten die demokratische Legitimation erhielten. Die erste Kommunalwahl seit 1930 erlebte an dem regnerischen Sonntag des 26. Mai 1946 eine Wahlbeteiligung von achtzig Prozent – ein seitdem nie mehr erreichter Wert. Man kann dies als Zustimmung zu der von den Amerikanern eingeleiteten Demokratisierung des öffentlichen Lebens von den Gemeinden aus deuten, muss dann aber auch die weit geringere Wahlbeteiligung in den folgenden Wahlgängen als Ausdruck der Enttäuschung über die anhaltenden Versorgungsprobleme akzeptieren. Schwer taten sich die Parteien damit, Frauen als Kandidatinnen zu nominieren. Wenn dies geschah, dann erfolgte es nur auf aussichtslosen Listenplätzen. So wird die Aufforderung an die Wählerinnen verständlich, diejenigen zu wählen, „die wie Väter das Gemeinwohl unserer Stadt im Auge haben“. Das Ergebnis dieser ersten Kommunalwahl überraschte und enttäuschte vor allem die Arbeiterparteien. Im Blick auf die Wahlergebnisse vor 1933 und auf ihr Engagement beim Wiederaufbau hatten sie mit einem Sieg gerechnet, mussten aber die CDU als stärkste Fraktion akzeptieren (CDU 10 Sitze, SPD 9, DVP 3, KPD 2). Einzige Frau in dem Gremium war Kunigunde Fischer von der SPD, die schon vor 1933 im Gemeinderat und im Landtag aktiv war. Mit der Neuwahl des Gemeinderats Ende 1947 erfüllten sich dann die Erwartungen der SPD. Sie gewann in dem aufgrund der neuen Gemeindeordnung vergrößerten Kommunalparlament die Mehrheit (SPD 21 Sitze, CDU 14, DVP 9, KPD 4) und behauptete diese bis 1975. Die Zahl der ehemaligen Widerstandskämpfer in dem größeren Gremium verringerte sich 1947 auf etwa ein Viertel. Kunigunde Fischer erhielt nun weibliche Gesellschaft durch Anna Walch von der CDU.

Oberbürgermeister blieb dank des Verzichts der CDU auf einen eigenen Kandidaten Hermann Veit. In der Folgezeit konnte die SPD auch nach dem Wechsel Veits als Wirtschaftsminister nach Stuttgart Anfang 1947 bis 1970 den Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe stellen. Das Ende des antinationalsozialistischen Konsenses der Parteien und der Parität im Bürgermeisteramt brachte die fällige Neuwahl der Bürgermeister durch den Gemeinderat 1948. Dabei verweigerte die SPD dem Kommunisten Riedinger, dessen Arbeit als Sozialbürgermeister allgemein geschätzt wurde, die Unterstützung, da sie als weitaus stärkste Fraktion neben dem Oberbürgermeister auch eine Bürgermeisterstelle beanspruchte. Riedinger verwies zu Recht darauf, dass diese Ausgrenzung der

KPD aus der politischen Verantwortung einer generellen Entwicklung in den Westzonen im Zeichen des „Kalten Krieges“ entspreche.

Eine Verstetigung und Konsolidierung der Arbeit der Stadtverwaltung kann ab Mitte 1948 verzeichnet werden. Bis dahin hatten zum einen Personalmangel und hohe Personalfluktuation im Zeichen der Entnazifizierung geherrscht. Im Jahr 1946 war die Mitarbeiterzahl auf etwa 3 800 gesunken und bis März 1948 wieder auf 6 300 gestiegen. Zum anderen erforderten neue, oft kurzfristige Aufgaben neue Dienststellen, und andere mussten den Nachkriegsverhältnissen entsprechend neu organisiert werden. Einen Abschluss im organisatorischen Aufbau der Stadtverwaltung signalisierten die neue Hauptsatzung und ein detaillierter Geschäftsverteilungsplan vom 1. Juli 1948. Umstritten war dabei die Auflösung der Ebene der Bezirksverwaltungen, die angesichts der fortschreitenden Normalisierung des täglichen Lebens vor allem nach der Währungsreform als zunehmend entbehrlich galten. Trotz des Plädoyers der Bezirksvorsteher für bürgernahe Verwaltungseinheiten als Elemente der demokratischen Entwicklung gegen bürgerfernen und bürokratischen Zentralismus wurden sie ohne Diskussion in einem Offenlagebeschluss des Gemeinderats am 15. Oktober 1948 aufgehoben. Die außergewöhnliche Arbeit und Leistung der Bezirksstellen in der schwierigen Nachkriegszeit wurde aber vielfach gewürdigt.

Trümmerräumung und Wiederaufbau

Zu den wesentlichen Aufgaben der Stadtverwaltung zählte die Räumung der zerstörten Stadt von den Trümmern als Voraussetzung für den Wiederaufbau. Anders als die Entnazifizierung oder die Mangelverwaltung konnte die Verwaltung in Karlsruhe bei der Schutträumung äußerst erfolgreich agieren. Während manche andere Stadt noch auf die im „Dritten Reich“ versprochenen Trümmerverwertungsmaschinen wartete, plante die Stadt schon im Sommer 1945 ein großflächiges Räumungsprogramm. Einer der Organisatoren, der spätere Oberbürgermeister Günther Klotz, konstatierte sicher nicht ohne Hintersinn mit Blick auf die Hinterlassenschaft der Nazis: „Dreck bleibt eben Dreck.“ Am 17. November 1945 schloss die Stadt mit der aus 35 Baufirmen gebildeten „Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft-Karlsruhe“ (AAK) einen Vertrag zur planmäßigen Enttrümmerung, als deren Voraussetzung die Militärregierung die Vollmacht erteilt hatte, alle nicht mehr bewohnbaren Häuser zu beschlagnahmen. Rückgrat der Räumungsaktion wurde eine ab 11. Juli 1946 verkehrende Dampfbahn, die den Schutt vom Sammelplatz am Schloss, zeitweise auch aus der Kaiserstraße auf einer Strecke von zwölf Kilometern in ein schon vor 1939 zur Auffüllung vorgesehenes Gelände im Rheinhafen schaffte.



Die Verantwortlichen für die Trümmerräumung (v. l. n. r.): Stadtbaudirektor Adolf Wittinger, Bürgermeister Fridolin Heurich, der spätere Oberbürgermeister Günther Klotz und Fritz Schäfer 1946 in der Kaiserstraße in Karlsruhe. (Foto: Stadtarchiv Karlsruhe)

Der Elan, mit dem die AAK sich ab November 1945 an die Arbeit machte, wurde gebremst durch den Mangel an Arbeitskräften. Im Mai 1946 rief deshalb Oberbürgermeister Hermann Veit alle Karlsruher zwischen 14 und 65 Jahren zum „Ehrendienst" bei der Trümmerräumung auf. Für diesen wurden unter anderem Vergünstigungen bei der Arbeits- und Wohnungssuche und bei der Entnazifizierung versprochen. Veit musste aber nachträglich klarstellen, dass der Ehrendienst „ehemalige Parteigenossen nicht sofort zu Antifaschisten mit blütenweißem Fragebogen ummodelt".[8] Zum großen „Gemeinschaftswerk der Schutträumung" aller Karlsruher, wie oft beschworen, wurde die Enttrümmerung der Stadt aber nicht. Frauen blieben trotz mancher Proteste ausgeschlos-

sen, was Günther Klotz so erklärte: „Sollen wir zu allem Unglück hin der Welt nun noch vorführen, wie unsere Mütter, Frauen und Schwestern sich mit Schuttabfuhr beschäftigen?“[9] Die Bereitschaft der Männer zur Beteiligung am Ehrendienst blieb außerdem hinter den Erwartungen zurück, denn bis Ende 1949 hatten sich nur etwa 10 000 Karlsruher, vorwiegend ältere Jahrgänge und ehemalige Nationalsozialisten, am Ehrendienst für jeweils einige Tage beteiligt. Die schwere Arbeit, mangelnde Ernährung und insbesondere fehlende Arbeitskleidung und Schuhwerk führten zu diesem „Versagen des Ehrendienstes“, wie die AAK resümierte. Den Löwenanteil an der schnellen Trümmerräumung in Karlsruhe erledigte daher die Stammbesatzung der AAK – zwischen 700 und 1 000 Arbeiter der beteiligten Baufirmen. Bereits 1947 galt Karlsruhe als die am besten geräumte Stadt, in der 47 Prozent der Trümmer entsorgt waren. Stuttgart und Mannheim gaben zu diesem Zeitpunkt die Räumung von 15 bzw. 27 Prozent des Schutts an. Ende 1949 war die Innenstadt zu 85 Prozent trümmerfrei, im Rheinhafen waren 180 000 Quadratmeter Industriegelände entstanden. Die Innenstadt machte zu Beginn der 1950er Jahre einen aufgeräumten Eindruck, in vielen hergerichteten Läden und zunächst eingeschossigen Behelfsbauten lief bereits der Geschäftsbetrieb wieder. In kürzerer Zeit als in anderen Städten im Südwesten war das Fundament gelegt für einen erfolgreichen Wiederaufbau.

Schon im September 1946 legte die Stadt dazu erste grundsätzliche planerische Überlegungen in einer Denkschrift vor. Darin betonte sie im Hinblick auf die barocke Stadtplanung mit dem Fächergrundriss und deren klassizistischen Ausbau durch Friedrich Weinbrenner, Karlsruhe habe ein großes baukünstlerisches Erbe zu verwalten. Deswegen werde das Herzstück der Stadt zwischen Schloss und Ettlinger Tor wieder hergestellt. Daneben aber müsste den Bedürfnissen der neuen Zeit dort Rechnung getragen werden, wo große Zerstörungen dies rechtfertigten, wie beispielsweise an der Karlsruher Haupteinkaufsstraße, der Kaiserstraße. Sie sollte als moderne Geschäftsstraße wieder erstehen und eine zeitgemäße Gestaltung erfahren mit durchgehenden Arkaden im Erdgeschoss zur Schaffung eines erweiterten Verkehrsraumes. Die Realisierung nach einem 1947 ausgeschriebenen Ideenwettbewerb brachte dann andere Ergebnisse. Erfüllt wurden die Vorgaben, entlang der Nord-Südachse zumindest die Fassaden des Barockschloss und der Weinbrenner-Bauten am klassizistischem Marktplatz und anderswo soweit möglich zu rekonstruieren. Die Nordseite des Marktplatzes nahmen viergeschossige Flachdachbauten mit Arkaden ein, mit denen erstmals ein einheitlicher baulicher Abschluss der Nordseite des Marktplatzes erreicht wurde. In der Kaiserstraße entstanden die Geschäftsbauten ohne Arkaden im Stil der 1950er und 1960er Jahre neben den alten Häusern, die den Krieg überstanden hatten oder rekonstruiert wer-



Blick vom Turm der Evangelischen Stadtkirche auf den Marktplatz 1952 mit den eingeschossigen Behelfsbauten der Handelsbetriebe. (Foto: LMZ Baden-Württemberg)

den konnten. Auf der Südseite wurden die neuen Häuserfronten zwischen Marktplatz und Hauptpost gegen den Widerstand der Hausbesitzer ab dem ersten Obergeschoß um sechs Meter zur besseren Besonnung und Durchlüftung der Straße zurückgesetzt. Bereits damals sah der Plan eine Verkehrsberuhigung des Marktplatzes vor, die aber erst viel später verwirklicht wurde. Diese Planung, auch als „Neuaufbau mit Denkmalsinseln" bezeichnet,[10] erhielt der Stadt ein Stück ihrer architektonischen und stadtplanerischen Identität. Erspart blieben Karlsruhe die 1948 erörterten Vorschläge den Hardtwald nördlich des Schlossgartens für eine Wohnbebauung frei zu geben und auch ein 300 auf 400 m messendes Forum als neue Stadtmitte südlich des Mühlburger Tores.

Neben den Wiederaufbauplanungen beanspruchte seit 1949 der von Günther Klotz propagierte „Großkampf gegen die Wohnungsnot" die ganze Aufmerksamkeit der Stadtplanung. Das „Erste Wohnungsbaugesetz" von 1950 schuf mit Finanzierungshilfen, staatlichen Bauprogrammen, Bürgschaftsübernahmen und Steuervergünstigungen die Grundlagen für einen einmaligen Bauboom, der von der wieder in Gang kommenden Baustoffindustrie getragen werden konnte. Wohnungsbaugesellschaften wie die städtische Volkswohnung, die

Hardtwaldsiedlung oder der Mieter- und Bauverein sowie private Wohnungsbauunternehmen und Bauherren waren im Zusammenwirken mit der Stadt daran beteiligt. In den zehn Jahren von 1950 bis 1959 entstanden in Karlsruhe über 27 000 Wohnungen. Das waren etwa 7 000 Wohnungen mehr, als es im Jahr 1900 in der gesamten Stadt gegeben hatte. Nach den Reparaturmaßnahmen am Altbestand und der Rekonstruktion stadtbildprägender Bauten folgte nun der Ausbau der Stadt durch die Ausweisung größerer zusammenhängender Siedlungsflächen entweder am Rand bestehender Bebauung oder als autarke Stadterweiterungen losgelöst vom direkten Siedlungszusammenhang mit der Stadt. Bis 1957 wies die Stadt 28 Siedlungsgebiete und 15 Flächen für kleinere Bauvorhaben aus.

Karlsruhes Zukunft ohne Funktion als Landeshauptstadt

Bei aller Konzentration auf die drängenden Probleme der alltäglichen Not und Sorgen der Menschen in der Stadt behielten die Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung auch die ungewisse Zukunft der Stadt im Blick. Eine unbeantwortet gebliebene Denkschrift von 1946 mit der Hervorhebung der Probleme, die aus der Zusammenführung zweier Länder mit unterschiedlichen Verwaltungstraditionen entstehen würden und der Gefahr einer Bevorzugung württembergischer vor badischen Interessen, hatte die Hoffnungen auf eine Zukunft als Landeshauptstadt sinken lassen. Während des langen und zähen Ringens um die Entscheidung in der Südweststaatfrage, die mit dem in den „Frankfurter Dokumenten“ der Alliierten vom 1. Juli 1948 erteilten Auftrag der Siegermächte zur Überprüfung der Ländergrenzen einsetzte, stand das Schicksal der ehemaligen Hauptstadt Karlsruhe immer wieder im Blickpunkt. Nach manchen Presseberichten schien die Zukunft geradezu von der Frage abhängig, ob Karlsruhe wieder Landeshauptstadt würde. Von der „Stadt im toten Winkel” oder der „Stadt im Schatten” von Stuttgart war die Rede, gefragt wurde, ob Karlsruhe eine „tote” Stadt sei, und schließlich wurde die Volksabstimmung zur Entscheidung über „Aschenbrödel oder Landeshauptstadt” stilisiert. Andere Stimmen sahen dagegen eine durchaus positive Entwicklung der Stadt im Südweststaat voraus. Die Stadt werde als Behörden- wie Industriesitz krisenfest sein.[11]

Das Ziel für die Stadtentwicklung ohne Hauptstadtfunktion wurde mehrfach intern und öffentlich artikuliert: Ausbau der Industrie und des Handels bei gleichzeitiger Sicherung des Behördenplatzes und der kulturellen Substanz. Damit sollte verhindert werden, dass Karlsruhe „angesichts der Spannungen zwischen Württemberg und Baden in einen Winkel gedrückt werde und auf eine dritte oder vierte Städtestufe herabsinke“.[12] So sah es der als Wirtschaftsminister nach Stuttgart wechselnde Oberbürgermeister Hermann Veit Anfang 1947.

Für die Konkretisierung ihrer Entwicklungsziele musste die Stadtverwaltung nun aber keine Gutachten in Auftrag geben, denn diese lagen bereits vor. Die – allerdings wegen des Kriegsverlaufs nicht verwirklichten – Pläne des Gauleiters Robert Wagner sahen nämlich schon 1940 nach dem Ende des Feldzuges gegen Frankreich vor, den Sitz der Gauhauptstadt mit allen Behörden von Karlsruhe nach Straßburg zu verlagern.[13] Umgezogen sind dann aber nur die Parteidienststellen. Die Entscheidung über den Zuschnitt des Gaus im deutschen Südwesten verzögerte sich und schließlich erledigte der Kriegsverlauf den Umzug der Ministerien und Regierungsbehörden. Die nationalsozialistische Stadtverwaltung sah sich dennoch vor die gleichen Probleme gestellt, die sich für die Nachkriegsverwaltung aus der Südweststaatbildung ergaben. Der NS-Oberbürgermeister ließ bis 1943 eine Denkschrift erarbeiten und argumentierte darin: Der Abzug der obersten Behörden mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze müsse durch eine sehr beträchtliche Ausweitung des industriellen Sektors ausgeglichen werden. Wegen der Wirtschaftskraft der Wegziehenden müsste man dafür zweieinhalbfach Ersatz schaffen. Er unterstellte dabei, dass die sogenannten Mittelbehörden wie Bahn- und Postdirektion, Oberlandesgericht, Badenwerk usw. in der Stadt verbleiben würden. Zur industriellen Entwicklung der Stadt sei deren Ausbau als Schnittpunkt des Ost-West- und Nord-Südverkehrs auf Schiene, Straße und in der Luft sowie eine Erweiterung des Rheinhafens erforderlich. 1943 erhielten die Professoren der Technischen Hochschule, Friedrich Raab und Ernst Otto Schweitzer, Planungsaufträge für die Ausgestaltung der Bahnanlagen und die Ausweisung von Baugebieten. Unterstrichen wurde zudem die Bedeutung aller Karlsruher Bildungsinstitutionen und kulturellen Einrichtungen, deren Verbleib und Stärkung – hervorgehoben wurde die Technische Hochschule Fridericiana – unabdingbar seien. Dieses von Fachleuten ohne ideologischen Überbau erarbeitete Konzept erwies sich zweifellos auch für die Nachkriegszeit als tragfähig und wurde von der demokratischen Stadtverwaltung übernommen.

Zur Umsetzung ihres Zukunftskonzepts stand die Stadt seit 1946 werbend und abwehrend mit dem Land und dem Bund in Kontakt, um Landes- und Bundesinstitutionen nach Karlsruhe zu holen oder zu erhalten. Bei den Verteilungskämpfen um den Sitz von Landesbehörden protestierte die Stadt energisch beispielsweise im Zusammenhang mit dem Landesrechnungshof gegen eine unnötige Überzentralisation in Stuttgart. Die Regierung gab klein bei, allerdings verblieb eine Außenstelle des Rechnungshofs in Stuttgart. Im Oktober und November 1946 ging es um den Sitz des Verwaltungsgerichtshofes, der dann mit je einem Senat in Stuttgart und Karlsruhe installiert wurde. Hermann Veit meinte dazu, es sei vorauszusehen, „dass die Regelung, den badischen Belangen dadurch Rechnung zu tragen, dass man die Behörden jeweils doppelt errichtet,



Das ehemalige Erbgroßherzogliche Palais in Karlsruhe, seit 1950 Sitz des Bundesgerichtshofes. (Foto: Stadtarchiv Karlsruhe)

eines Tages an der notwendigen Sparsamkeit und Verwaltungsvereinfachungen scheitern kann".[14] In Konkurrenz geriet die Stadt zum Beispiel beim Regierungspräsidium und der Oberfinanzdirektion auch mit Mannheim, die der Karlsruher Oberbürgermeister Klotz als „Kalten Krieg um Behördensitze" bezeichnete. Beide Behörden erhielten nach einem Landtagsbeschluss ihren Sitz in Karlsruhe.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bewarb sich die Stadt um eine ganze Reihe von Bundesbehörden, darunter auch die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie das Bundesarchiv. Erfolgreich waren die Bemühungen der Stadt und des Landes, den Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe zu holen. 1952 gelang es dann noch, die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder in der Stadt anzusiedeln. Auch die Bundesregierung hatte 1950 anerkannt, dass Karlsruhe als alte Behördenstadt einen berechtigten Anspruch darauf habe, in ausreichendem Maße berücksichtigt zu werden. Die Bilanz der Bemühungen, Karlsruhe als Behördensitz überregionale Bedeutung zu erhalten, ist positiv. 1954 war die Stadt Sitz von zwanzig Bundesbehörden, 94 Landesbehörden und 105 Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts. Tatsächlich gab es damit im Jahr 1954 einschließlich der Kommunalbeamten nur etwa 800 Beamtenstellen weniger in der Stadt als 1939, bei allerdings deutlich höherer Einwohnerzahl.

Das Ziel, Karlsruhe zu einem starken Industriestandort auszubauen, gelang nach anfänglichen Ansiedlungserfolgen etwa von Siemens, L'Oréal, der Arzneimittelfabrik Pfizer und des nach Karlsruhe zurückkehrenden französischen Reifenproduzenten Michelin vor allem in den 1950er Jahren im Sog des deutschen Wirtschaftswunders. Allerdings waren die bis 1965 neu entstandenen 300 Betriebe weit überwiegend mittelständisch geprägt mit einem traditionellen Schwerpunkt in der Metallverarbeitung. Siemens wuchs schnell zum größten Industriebetrieb der Stadt mit etwa 5 000 Beschäftigten zu Beginn der 1950er Jahre.

Mitte der 1950er Jahre gestalteten sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Stadt dann so unerwartet günstig wie seit fast vierzig Jahren nicht mehr. Der Wandel in den Beziehungen zu Frankreich im Rahmen der europäischen Bewegung gab dem Standort Karlsruhe eine völlig neue Qualität im Schnittpunkt des Nord-Süd- und des Ost-West-Verkehrs an den Verkehrswegen auf dem Wasser, der Straße und der Schiene. Die von Marseille nach Straßburg führende und nach Karlsruhe verlängerte Ölpipeline veranlassten die Esso AG und die DEA Ende der 1950er Jahre zum Bau von Raffinerien in Karlsruhe. Sie machten die Stadt nach Köln und Hamburg zur drittgrößten Basis für die Verarbeitung von Erdöl in Deutschland. Die Stadt investierte – unterstützt vom Land – dreißig Millionen in die Erschließung des Raffineriegeländes und den Bau eines neuen Ölhafens. Die Ansiedlung der Raffinerien gab dem bereits erkennbaren Strukturwandel des Karlsruher Rheinhafens schlagartig eine neue Dimension, denn seit ihrer Inbetriebnahme stieg er schnell zu einem der größten Binnenhäfen der Bundesrepublik und zum größte Ölhafen Europas im Binnenland auf.

„Zu allen ökonomischen Fakten muss sich (...) eine geistige Aktivität und Anziehungskraft hinzugesellen. Nur dann kann man wirklich Mittelpunkt einer Landschaft sein und bleiben", erklärte 1960 Oberbürgermeister Günther Klotz.[15] Zu diesem Zeitpunkt waren die kulturellen Traditionen der Stadt gewahrt, da keine der zentralen badischen Kulturinstitutionen in der Stadt der Zusammenlegung der beiden Länder Baden und Württemberg zum Opfer gefallen war. Das kulturelle Profil der Stadt und ihr Selbstverständnis prägte zuerst das Badische Staatstheater als Mittelpunkt des repräsentativen kulturellen Gemeinschaftslebens. Das Theater wurde nun wie auch in Stuttgart künftig zur Hälfte von der Stadt mitfinanziert. Die Kunsthalle, das Landesmuseum, das in dem etappenweise wieder aufgebauten Schloss untergebracht wurde, und das Naturkundemuseum am Friedrichsplatz bildeten den musealen Dreiklang mit großer Anziehungskraft für die Region und darüber hinaus. Die 1825 gegründet älteste Technische Hochschule Deutschlands (seit 1967 Universität), die Akademie der Bildenden Künste, das Staatstechnikum (heute Hochschule für Technik – FH),

die Pädagogische Hochschule und die bis 1971 allein von der Stadt und seitdem vom Land mitfinanzierte Staatliche Musikhochschule mit dem Badischen Konservatorium sowie die Badische Landesbibliothek machten Karlsruhe zu einem überregionalen Bildungszentrum. Sie alle wurden, soweit kriegszerstört, wieder aufgebaut beziehungsweise den wachsenden Besucherzahlen entsprechend ausgebaut. Für die bedeutendste Karlsruher Hochschule, die Technische Hochschule, schien dies 1946 allerdings kurzfristig in Frage gestellt. Wegen der etwa achtzig Prozent Zerstörung der Institutsgebäude hatte man erwogen, sie von Karlsruhe nach Stuttgart zu verlagern und mit der dortigen TH zu verschmelzen. Dieser für Karlsruhe unersetzbare Verlust konnte abgewehrt werden. Für den Erhalt eines einheitlichen Universitätsviertels überließ die Stadt dem Land Gelände aus dem ansonsten sorgsam gehüteten Bestand des Hardtwaldes.

Von weitreichender Bedeutung erwies sich der Erfolg bei einer Bewerbung, die die Stadt wiederum mit starker Unterstützung des Landes 1953 bei der Bundesregierung vorlegte. Obgleich den Deutschen die theoretische und praktische Erforschung der Kernenergie durch die alliierte Kontrollratsgesetzgebung untersagt war, trieb das Kabinett Adenauer schon im Frühjahr 1953 mit aller Vorsicht vorbereitende Planungen für den Bau eines deutschen Atomreaktors voran. Die volkswirtschaftliche Bedeutung einer „Kernenergie-Industrie" beurteilte der Physiknobelpreisträger Werner Heisenberg als Interessenvertreter damals sicher zu optimistisch so: „In absehbarer Zeit wird ein Großteil der Industrie Atomindustrie sein. (...) Trotz aller Schwierigkeiten muss die Bundesrepublik sich deshalb (...) wieder mit der Atomforschung befassen, wenn sie mit der Weltindustrie Schritt halten will."[16] Baden-Württemberg und Bayern standen um den ersten deutschen Kernreaktor in Konkurrenz. Für den Bau des Kernforschungszentrums in Karlsruhe setzte sich das Land von Anfang an mit großem Nachdruck ein. Die Entscheidung für Karlsruhe fällte dann 1955 Bundeskanzler Konrad Adenauer, nachdem die NATO wegen der Nähe zur tschechischen Grenze den Standort München aus militärischen Gründen ausgeschlossen hatte. Der Forschungsreaktor arbeitete seit 1963 mit voller Leistung. Die überragende Bedeutung der Standortentscheidung für die Region belegen hohe jährliche Investitions- und Betriebskosten und 3 800 Arbeitsplätze für hoch qualifizierte Mitarbeiter.

In den Jahren nach dem Krieg unterschied sich Karlsruhe bestenfalls in Nuancen von anderen deutschen Großstädten hinsichtlich der Luftkriegstoten und -zerstörungen, der sozialen Verwerfungen und gesellschaftlichen Brüche, der Wohnraumnot und Mangelernährung der Bevölkerung, der nicht wirklich gewollten und letztlich misslungenen Entnazifizierung und dem Willen zum Wegräumen der sichtbaren Trümmer und zum Wiederaufbau zerstörter Stadtstrukturen, die dann in deren Ausbau mündeten. In einem Punkt nahm Karls-

ruhe unter den südwestdeutschen Städten allerdings eine Ausnahmestellung ein. Es verlor seine trotz mancher historischen Gefährdung bisher erhaltene Metropolfunktion. Der unter maßgeblicher Mitwirkung Frankreichs erreichte Aufstieg zur Residenz- und Hauptstadt eines deutschen Mittelstaates zu Beginn des 19. Jahrhunderts endete wiederum unter Beteiligung Frankreichs 1945 mit dem Rückfall auf zentralörtliche Bedeutung für die alten badischen Kernlande.[17] Einen adäquaten Ersatz für diesen Verlust kann es sicher nicht geben. Gleichwohl erreichte die Stadt unter Mithilfe von Bund und Land, dass sie nicht in provinzielle Bedeutungslosigkeit abstürzte, sondern dass sie unterschiedlich weit reichende neue zentralörtliche Bedeutung und Strahlkraft erlangte. Die Stadt sah sich als national beachtete „Residenz des Rechts" mit zahlreichen weiteren nationalen und regionalen Spitzenbehörden, sie sah sich als „Wirtschaftszentrum am mittleren Oberrhein" mit national bedeutender Raffineriekapazität aber eher mittelständisch geprägter Industrie mit Schwerpunkt in der Eisenverarbeitung. Und nicht zuletzt sah die Stadt sich dank ihrer Hochschulen als starkes regionales Bildungszentrum mit einer bundesweit geschätzten Technischen Hochschule und als regionales Kulturzentrum mit hochrangigen Museen.

Städte waren und sind heute wohl mehr denn je ständigem Wandel unterworfen. Ihre Stellung im Netzwerk der Städte ist zum Positiven wie zum Negativen in Fluss, sie verändern ihre Gestalt und ihre Auftreten. Einfluss darauf haben politische und ökonomische Rahmenbedingungen, kommunale Strategien, unternehmerische Entscheidungen und aktiver Bürgersinn. Insofern ist der skizzierte Stand der Entwicklung Karlsruhes in der Nachkriegszeit die Momentaufnahme einer historisch entscheidenden Situation, die heute schon wieder anders ausfallen müsste.[18]

Anmerkungen

1 Ausführlicher zum Thema dieses Beitrags: Manfred Koch: Trümmerstadt – Residenz des Rechts – Zentrum der Technologieregion. Wechselvoller Weg in die Gegenwart, in: Susanne Asche u. a. (Hrsg.): Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, S. 519–622. Unter Hinweis auf die dortigen Quellen- und Literaturangaben werden nachfolgend nur die Zitate und Bezugnahmen auf neuere Literatur belegt.

2 Vgl. Klaus-Jürgen Matz: Grundlagen und Anfänge von Baden-Württemberg, S. 526.

3 Zitiert nach: Karlsruhe in alten und neuen Reisebeschreibungen, ausgewählt von Klaus-Jörg Ruhl, Düsseldorf 1991, S. 213.

4 Aus einem anonymen Tagebuch zitiert nach Kurt Kranich: Karlsruhe – Schicksalstage einer Stadt, Karlsruhe 1973, S. 152.

5 Hannah Arendt: Besuch in Deutschland, Berlin 1993, S. 49.

6 Dazu Angela Borgstedt: Entnazifizierung in Karlsruhe.
7 Badische Neueste Nachrichten vom 11. September 1948.
8 Stadtarchiv Karlsruhe, 1/HReg. 2932.
9 Ebd.
10 Thomas Hafner: Vom Montagehaus zur Wohnscheibe. Entwicklungslinien im deutschen Wohnungsbau 1945–1970. Mit ausgewählten Beispielen aus Baden-Württemberg, Basel 1993, S. 194.
11 Zitiert nach: Karlsruher Neue Zeitung vom 31. Dezember 1949, Rheinischer Merkur vom 7. Februar 1948, Süddeutsche Allgemeine Zeitung vom 14. Dezember 1948, Badische Neueste Nachrichten vom 15. November 1950 und vom 8. Dezember 1951.
12 Stadtarchiv Karlsruhe, Gemeinderatsprotokolle 1945–1988, Sitzung vom 23. Dezember 1946.
13 Ernst Otto Bräunche: Gauhauptstadt auf Widerruf – Karlsruhe im Zweiten Weltkrieg (erscheint 2007 in: NS-Kulturpolitik und Gesellschaft am Oberrhein 1940–1945, Oberrheinische Studien 26).
14 Stadtarchiv Karlsruhe, 1/HReg 756.
15 Stadtarchiv Karlsruhe, Kulturbericht der Stadt Karlsruhe 1961/62, Geleitwort.
16 Zitiert nach Rolf-Jürgen Gleitsmann: Karlsruhe wird Reaktorstandort, in: Manfred Koch: Karlsruher Chronik, S. 200.
17 Klaus-Jürgen Matz: Badisches Kernland.
18 Dazu Manfred Koch: Karlsruhe in Baden-Württemberg, in: Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.): Die badische Regionen am Rhein. 50 Jahre Baden in Baden-Württemberg – Eine Bilanz, Baden-Baden 2002, S. 121–134.

Literaturhinweise

Asche, Susanne/Bräunche, Ernst-Otto/Koch, Manfred/Schmitt, Heinz/Wagner, Christina (Hrsg.): Karlsruhe. Die Stadtgeschichte, Karlsruhe 1998.

Borgstedt, Angela: Entnazifizierung in Karlsruhe 1946 bis 1951. Politische Säuberung im Spannungsfeld von Besatzungspolitik und lokalpolitischem Neuanfang, Konstanz 2001.

Koch, Manfred: Karlsruher Chronik. Stadtgeschichte in Daten, Bildern, Analysen, Karlsruhe 1992.

Matz, Klaus-Jürgen: Badisches Kernland. Region der Residenzen, in: Hans-Georg Wehling/Angelika Hauser-Hauswirth/Fred Ludwig Sepaintner (Hrsg.): Baden-Württemberg. Vielfalt und Stärke der Regionen, Leinfelden-Echterdingen 2002, S. 62–93.

Matz, Klaus-Jürgen: Grundlagen und Anfänge von Baden-Württemberg 1948–1960, in: Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 4: Die Länder seit 1918, hrsg. im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg von Hansmartin Schwarzmaier und Meinrad Schaab, Stuttgart 2003, S. 519–590.

Peter Hölzle

Konstanz oder Constance-sur-Mer? – Segen und Fluch der Randlage

Urlaub, das war Konstanz, acht Tage Konstanz! ... Die einzige ruhige Stadt in ganz Deutschland, die einzige nie bombardierte und nie verdunkelte Stadt, wie im Frieden, und alle Läden geöffnet, und die Bierlokale ... großer Börsenverkehr, alle Währungen, alle Effekten! ... Schweiz, Frankreich, Lausanne und die Résistance, ... außerdem die Lebensmittel! Große Auswahl aus Ost und West! Marmelade, Schokolade, Konserven, Kaviar! ...[1]

Die Lage der Stadt war nicht ganz so paradiesisch, wie Louis-Ferdinand Céline sie in seinem autobiographischen Roman „Von einem Schloss zum andern" kurz vor Kriegsende beschreibt. Von Kaviar keine Spur! Dafür aber häufig ungewöhnliche nächtliche Illuminierung, die nicht nur den berühmt-berüchtigten Schriftsteller Céline blendete, wenn er aus seinem Sigmaringer Exil, wo er im Gefolge der französischen Kollaborationsregierung Pétain die letzten Kriegsmonate verbrachte, einen Sprung an den Bodensee machte. Auch andere Besucher, die seit Jahren nichts anderes als Verdunklung kannten, konnten sich nicht satt sehen am nächtlichen Konstanzer Lichtermeer.

Linksrheinisch gelegen und mit der schweizerischen Nachbarstadt Kreuzlingen faktisch zusammengewachsen, war die Stadt aus der Luft nur schwer identifizierbar und entging so der Zerstörung durch alliierte Luftangriffe. Nachdem statt ihrer ähnlich gelegene Schweizer Städte wie Schaffhausen und Stein am Rhein bombardiert worden waren und Schadensersatzforderungen der neutralen Schweiz auslösten, hatte Konstanz fast schon eine Gewähr, nicht aus der Luft angegriffen zu werden. Ob es dabei auch eine Rolle spielte, dass über die Stadt seit dem Herbst 1944 verwundete Kriegsgefangene ausgetauscht wurden, sei dahingestellt. Jedenfalls bemühte sich die Stadtverwaltung in der Hoffnung, der Bombardierung zu entgehen, um den Titel einer offiziellen „Austauschstadt", den sie freilich nicht erhielt, weil höheren Orts entschieden worden war, dass Konstanz als Lazarettstadt bessere Dienste leiste. Die 4500 Lazarettbetten, die bei Kriegsende vorhanden waren, unterstreichen diese Funktion.[2]

Letzte Tage unterm Hakenkreuz

Die Stadt war unbeschädigt durch den Krieg gekommen, aber kurz vor der Besetzung durch die Franzosen drohte ihr doch noch Gefahr. Konstanz sollte verteidigt werden.[3] Vorgesehen war die Sprengung der Rheinbrücke, die Verstärkung des „Volkssturms" durch als „Werwölfe" operierende HJ-Trupps und der Einsatz von Resten der 24. Armee, deren Oberbefehlshaber, Infanteriegeneral Rudolf Schmidt, vorübergehend im Wehrertüchtigungslager Egg Quartier bezogen hatte. Dort konnten ihn der amtierende Bürgermeister Leopold Mager und sein Polizeichef Peter-Hans Petersen für Rückzugspläne einnehmen. Diese konterkarierten freilich ein SS-Sturmbannführer Wadel wie auch Gauleiter Robert Wagner, der am 25. April von seinem Dettinger „Gefechtsstand" aus weitere Rückzugsverhandlungen verbot.

Noch in derselben Nacht wollte Wadels SS-Rollkommando die Konstanzer Stadtspitze zusammen mit Petersen liquidieren. Es fand aber keinen der Gesuchten zu Hause vor. Diese verhandelten derweil jenseits der Grenze, im Tägerwiler „Trompeterschlösschen", auf eigene Faust mit Franzosen und Schweizern über eine kampflose Übergabe der De-facto-Lazarettstadt Konstanz, für die ihre Verhandler den Status einer offenen, unverteidigten Stadt im Sinne der Haager Landkriegsordnung und den Schutz des Roten Kreuzes reklamierten. An einer kampflosen Übergabe waren genauso die schweizerischen Nachbargemeinden interessiert, hätte sie doch eine Beschießung von Konstanz durch französische Artillerie unweigerlich mitbetroffen. Insofern verwundert es nicht, dass sich Schweizer aktiv in das Geschehen einschalteten und dazu beitrugen, dass sich die Einnahme der Stadt durch die Franzosen weitgehend unblutig vollzog. Der Kreuzlinger Bezirksstatthalter Otto Raggenbass ist hier genauso zu nennen wie der eidgenössische Vizekonsul Franz Ghisler. Raggenbass trug mit dazu bei, dass die kümmerlichen Reste der in Konstanz verbliebenen 24. Armee, deren Stab sich inzwischen nach Bregenz abgesetzt hatte, zur Internierung in die Schweiz überwechseln konnten und nicht mehr auf die Idee kamen, sinnlosen Widerstand zu leisten. Ghisler ließ sich quasi als Konstanzer Parlamentär in die Pflicht nehmen, indem er den anrückenden Franzosen die Übergabebereitschaft kundtat.

Schweizer Hilfe war das eine, Selbsthilfe das andere, das die Stadt unzerstört in die Nachkriegszeit hinüberrettete. Neben den Schweizer Helfern verdienen von deutscher Seite Bürgermeister Leopold Mager und dessen rechte Hand, Rechtsrat Franz Knapp, ferner Polizeichef Petersen und der sozialdemokratische Altstadtrat und Widerstandskämpfer Josef Benz Erwähnung. Sie alle und manche andere trugen durch mutiges wie besonnenes Handeln zur Kaltstellung fanatischer Scharfmacher und unverbesserlicher „Endsieger" bei und riskierten

dabei Kopf und Kragen. Das Hauptverdienst, warum die Stadt ungeschoren davonkam, lag indessen außerhalb menschlicher Möglichkeiten. Ihre Randlage, die sie seit dem Spätmittelalter benachteiligte, als ihr ihr natürliches Thurgauer Hinterland genommen wurde, diese Randlage gereichte ihr im Zweiten Weltkrieg zu einem unschätzbaren Vorteil, der ihr das Überleben als ehemals bedeutende mittelalterliche Stadt sicherte.

Ganz persönliche Überlebenssicherung trieb die Konstanzer in den letzten Tagen vor dem Einmarsch der Franzosen um. Wie würden sich die Sieger aufführen? Wen würden sie zur Rechenschaft ziehen? Solche Fragen beschäftigten die Leute und fanden unterschiedliche Antworten. Vielen schien es opportun, sich angesichts dieser Ungewissheit von allem Belastenden zu trennen. Also vernichteten sie das ideologische und militärische Rüstzeug des alten Regimes, seine „Bibeln" – Hitlers „Mein Kampf" und Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts" –, seine Orden und Ehrenzeichen, aber auch Waffen und andere Devotionalien. Bevorzugter Ort der Vergangenheitsentsorgung war die Rheinbrücke. Von hier aus flog in den Seerhein, was irgendeine verfängliche Nähe zur braunen Diktatur anzeigen konnte. Es gab freilich auch andere, gefährlichere Arten des Ballastabwurfs. Hier sei eine persönliche Erinnerung gestattet: Einer meiner Großväter, der in der Oberen Laube Wohnung und Geschäft hatte, staunte nicht schlecht, als er in der Nacht vor dem Einzug der Franzosen in seinem Speicherverschlag eine riesige Hakenkreuzfahne fand, eine von denen, die bei besonderen Ereignissen an der Paradeallee, die die Laube unter dem Namen Robert-Wagner-Straße damals war, gehisst werden mussten. Als Maßschneider fiel es ihm nicht schwer, das potenzielle Denunziationsgeschenk eines „lieben" Nachbarn in unverfängliche und brauchbare Einzelteile zu zerlegen.

Die Stadt als Gerüchteküche

Zeiten des Umbruchs sind Zeiten der Unsicherheit. In ihrem Umfeld gedeiht nichts prächtiger als das Gerücht. Die Stadt brodelte buchstäblich von Gerüchten, bösen wie guten. Eine „Negersoldateska" werde sich über die Einheimischen hermachen, hatte die deutsche Propaganda prophezeit. Gewaltexzesse, die sich kurz zuvor bei der Einnahme Freudenstadts durch französische Truppen ereignet hatten, schienen ihr Recht zu geben. Überdies sei eine Bombardierung zu erwarten, da Gauleiter Wagner partout die Stadt verteidigen wolle. Aber nicht nur Schreckensvisionen machten die Runde. Auch Wunschträume gingen von Mund zu Mund. Die Schweiz habe die Grenzen geöffnet, hieß es. Weil dieses Gerücht Hoffnungen und Sehnsüchten vieler entsprach, wurde es auch von vielen geglaubt. Sie packten, was ihnen besonders wichtig war, auf Leiterwagen und zogen zum Zoll. „Sie werden bald wiederkommen", kommentierte mancher

der Zurückbleibenden den Miniauszug derer, die Richtung Grenze zogen, um den Franzosen zu entkommen. Und nach einigen Stunden vergeblichen Wartens an den Schlagbäumen kamen sie auch wieder zurück, enttäuscht und vom Spott derer überschüttet, die die Grenzöffnung von vornherein ins Reich der Fama verwiesen hatten. Dabei war an dem Gerücht durchaus etwas Wahres dran. Denn so undurchlässig die Grenze für Deutsche war, so durchlässig war sie für Ausländer. In den letzten Kriegstagen passierten den Kreuzlinger Grenzübergang ausländische Zwangsarbeiter, Flüchtlinge, Kriegsgefangene und Auslandsschweizer. Dieser Transfer blieb den Einheimischen nicht verborgen. Nicht wenige hofften, im Strom dieser Grenzgänger mitschwimmen zu können. Sie hofften vergeblich.

Einmarsch der Franzosen

Die Einnahme der Stadt vollzog sich fast reibungslos. Am 26. April 1945 erschien gegen 14 Uhr, von Allensbach kommend, die Kampfgruppe Lebel am Ortsrand. Ohne auf Widerstand zu treffen – das von der Stadtverwaltung aufgebaute deutsch-schweizerische Krisenmanagement funktionierte –, stieß der leichte motorisierte Verband der Fünften Panzerdivision, die zur 1. Französischen Armee „Rhin et Danube" des Fünfsternegenerals Jean de Lattre de Tassigny gehörte, zur Stadtmitte vor und erreichte gegen 14.30 Uhr die Marktstätte.

Unter den ersten Franzosen, die in die Stadt einfuhren, befanden sich Valéry Giscard d'Estaing und André Bord. Der eine stieg später zum Staatspräsidenten auf, der andere zum Minister in mehreren gaullistischen Kabinetten; er wurde einer der Motoren der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Wie sein Biograph schreibt,[4] muss es Giscard in Konstanz gefallen haben. Obwohl leicht verwundet, war der Schürzenjäger und Bonvivant vom lustigen Leben, den Mädchen, den Zigaretten und der Schweizer Schokolade angetan. Auch kehrte er nicht mit leeren Händen vom Bodensee nach Frankreich heim. Ein Schäferhund der SS, leider nicht mit dem Halsband „Meine Ehre heißt Treue", damals ein beliebtes Souvenir unter französischen Soldaten, ein Motorrad und ein Akkordeon gehörten zu seiner Siegerbeute.

Die harte Siegerhand

Aus Sicht der Besetzten waren die ersten Jahre der Franzosenzeit weniger lustig. Auch wenn der Einmarsch glimpflich verlief und nur zwei Todesopfer forderte, die beide auf das Konto übernervös reagierender französischer Patrouillen gingen, war die Stimmung in der Stadt gedrückt. Sie war es nicht ohne Grund, denn die Militärregierung, die in einigen der schönsten Repräsentativbauten wie

Inselhotel, Seehotel, Rathaus und Handwerkskammer Quartier nahm, überschüttete die Bevölkerung mit Restriktionen. Sie stellte den Eisenbahn-, Kraftfahrzeug-, Post- und Schiffsverkehr wie auch den Fährbetrieb zwischen Staad und Meersburg ein und schnitt die Stadt vollständig von der Außenwelt ab. Nicht einmal Fahrradfahren war mehr erlaubt. Damit nicht genug, beschränkte die französische Besatzungsmacht das Telefonieren auf Ortsgespräche, die überwacht wurden. Sie verhängte eine Ausgangssperre von 19 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, und sie verlangte die Abgabe von Waffen, Radio- und Fotoapparaten. Scharfe Strafen verliehen den Ge- und Verboten Nachdruck. Auf feindselige Handlungen gegen die Okkupanten stand die Todesstrafe. Auch Geiselerschießungen und das Niederbrennen ganzer Stadtviertel wurden angedroht. So lasen es die Bewohner auf Plakaten, so hörten sie es aus dem Lautsprecher.

Hintergrund dieser in Kriegszeiten üblichen Drohkulisse war der Schutz der eigenen Truppe und die Furcht vor dem „Werwolf", den die deutsche Propaganda zum Guerilla-Popanz aufgeblasen hatte, mit dem sich vielleicht doch noch der „Endsieg" bewerkstelligen ließe. Obwohl selbst zwei Wochen nach dem Einmarsch im Raum Konstanz kein „Werwolf" gesichtet worden war, nahm die Besatzungsmacht vorsorglich 400 Geiseln. Fünfzehn von ihnen sollten erschossen werden, wenn ein Franzose im Stadt- oder Landkreis von Deutschen getötet würde, dreißig sollte dasselbe Los treffen, wenn ein Offizier durch deutsche Hände umkäme. Mit dem Völkerrecht, den Anweisungen des Alliierten Oberkommandos oder dem aus der Französischen Revolution überlieferten republikanischen Grundwert der „égalité" war eine solche unterschiedliche Gewichtung von Menschenleben nicht vereinbar, wohl aber mit Hysterie und Willkür, die in den ersten Besatzungsjahren nicht selten schlechte Ratgeber der in Konstanz residierenden Militärverwaltung waren. Die Geiseln kamen im Lauf der folgenden Monate wieder frei, aber die Furcht vor „Werwölfen" blieb und führte zu mitunter grotesken Überreaktionen. An eine, die in der Stadt hohe Wellen schlug, sei hier erinnert: Ein etwa Zehnjähriger, Sohn eines Obstgroßhändlers aus der Hofhalde, hatte im Schilfgürtel am Schänzle eine Maschinenpistole gefunden, fiel mit der Waffe einer französischen Streife in die Hände und verschwand im Gefängnis. Münsterpfarrer Ernst Alexander Kuenzer verwandte sich vergeblich beim Stadtkommandanten für den Jungen. Nicht einmal Hafterleichterung wurde gewährt.

Spektakulärer, weil über die Grenzen der Stadt hinauswirkend, war die „Plakataffäre".[5] Ihr Anlass war nichtig, ihre Wirkung verheerend. Bei einem Konstanz-Besuch am 16. Mai 1945 wurde der in Lindau residierende französische Oberkommandierende in Deutschland, General de Lattre de Tassigny, mit zwei Zwischenfällen konfrontiert. An diesem Tag war in Wollmatingen eine französische Telefonleitung nach Dettingen außer Betrieb gesetzt und ein Plakat der

Besatzungsmacht über Kriegsverbrecher auf der Marktstätte abgerissen worden. Für de Lattre waren beides Sabotageakte, die er umgehend ahndete. Ohne groß nach den Schuldigen suchen zu lassen, statuierte der Oberbefehlshaber gleich mehrere Exempel. Den Ortskommandanten Chevillon und den Bezirksdelegierten Jamet, die Spitzen der kurz zuvor eingerichteten Militärverwaltung, ließ er strafversetzen. Den erst am 12. Mai von ihm selbst ernannten Oberbürgermeister Josef Benz, ein Sozialdemokrat mit KZ-Leidensgeschichte, berief er ab und schickte ihn ins Gefängnis, desgleichen Bürgermeister Franz Knapp, der mit Hausarrest davonkam. Den jählings Abgesetzten blieb verborgen, was sie „verbrochen" hatten.

Das dicke Ende der „Plakataffäre" folgte am nächsten Tag. Hinfort musste die Stadt alle Plakate der Militärregierung bewachen lassen. Damit nicht genug der Schikane. Fortan lebten die Konstanzer auch noch mit einer furchtbaren Drohung. Falls erneut ein Plakat der Militärregierung beschädigt würde, werde sofort ein Stadtviertel niedergebrannt, erfuhren sie wiederum per Plakat. Erst später stellte sich heraus, dass die von de Lattre so unnachgiebig geahndete Plakatschändung nicht auf ein deutsches Sabotagekonto ging. Der Übeltäter war vielmehr ein französischer Soldat.

Ein „Westentaschen-Napoleon"

Vordergründig hatte der „Generalissimus" mit seiner auf Einschüchterung abzielenden Machtdemonstration vollen Erfolg. In Konstanz wurde kein Plakat mehr beschädigt und in der französischen Zone keinem Franzosen von deutscher Hand auch nur ein Haar gekrümmt. Offensichtlich war die drohende Hinrichtung Abschreckung genug. Sympathien weckte der Militär bei den Seeanwohnern auf diese Weise nicht. Aber das wollte er auch gar nicht. Sein Herrschaftsstil gründete auf rigorose, bisweilen auch demütigende Unterwerfung in Verbindung mit größtmöglicher Prachtentfaltung.

In seinem Lindauer Hauptquartier hielt de Lattre Hof wie ein britischer Vizekönig in Indien. In Konstanz ließ er paradieren: am 11. Mai vor der Thurgauer Kantonsregierung und Schweizer Offizieren, am 21. Mai vor Staatspräsident de Gaulle, am 15. Juni vor US-General Devers, seinem früheren Vorgesetzten beim Einmarsch in Deutschland, kurz danach vor dem Sultan von Marokko und am 20. Juli vor dem Bey von Tunis. Vor allem diese Paraden boten ein Spiegelbild von Frankreichs Kolonialimperium, das in de Lattres 1. Armee mit zahlreichen Verbänden vertreten war. Aus dem Meer der olivbraunen Heeresuniformen, in denen fast alle Hautfarben steckten, stachen Spahis hoch zu Ross mit weißem Turban und rotem Burnus sowie arabische Kamelreiter in braungestreiften Kapuzenumhängen hervor.



General de Gaulle wartet beim Besuch in Konstanz am 21. Mai 1945 vor dem Eingang zur Petershauser Volksschule auf die Parade der französischen Besatzungstruppen. Ganz rechts auf dem Foto der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen General Jean de Lattre de Tassigny. (Foto: Stadtarchiv Konstanz)

Solche Paraden verwandelten Konstanz in ein Mini-Marsfeld, auf dem ein „Westentaschen-Napoleon" die staunenden Konstanzer von der Wiedergeburt einer „Grande Armée" und der Überlegenheit Frankreichs überzeugen wollte. Aber er wollte noch mehr. Er wollte die Deutschen umerziehen und übersah dabei, dass seine Superioritätsfassade aus Drohgebärden und Paradenglanz eine vom amerikanischen Verbündeten geliehene war, in dessen Helmen, Waffen und Panzern seine Truppen vor den Konstanzern paradierten – in der irrigen Annahme, diese würden den potemkinschen Schwindel nicht erkennen. Dabei war de Lattre beileibe nicht nur „Operettengeneral". Er verfügte zwar nicht über das strategische Genie eines großen Feldherrn, aber er war ein charismatischer Troupier, der im Lauf der letzten Kriegsjahre aus einem wild zusammengewürfelten Haufen von Truppen des Freien Frankreich de Gaulles, Übergelaufenen aus Marschall Pétains Vichy-Armee, indochinesischen wie auch nord- und schwarzafrikanischen Kolonialregimentern eine relativ brauchbare Armee geformt hatte, in die er im Sommer 1944 – nach den alliierten Lan-

dungen in der Provence und der Normandie – auch eine große Zahl innerfranzösischer Résistancekämpfer eingliederte.

Multi-Kulti mit Nachwehen

Dieses bunte Völkergemisch war zunächst in der Konstanzer Garnison präsent, wurde aber schon in den ersten Nachkriegsmonaten schrittweise wieder abgezogen und zum Teil durch weiße Einheiten ersetzt. Von dem „blanchiment" (Weißmachen) ausgenommen blieben zunächst die Indochinesen, die erst später verlegt wurden, gleichwohl aber sichtbare Spuren zurückließen. Knapp hundert „Indochinesenkinder" bezeugten noch lange ihre einstige Anwesenheit in der Stadt.

Inwieweit in diesen Fällen Vergewaltigung im Spiel war, ist unklar. Jedenfalls kam sie vor, weniger wohl direkt bei der Einnahme der Stadt, die ja bekanntlich weitgehend unblutig verlief, als vielmehr später. Die Besatzungssoldaten waren – mit Voltaire gesprochen – keine „Schneemänner", ganz im Gegenteil. Bis zum Spätherbst 1945 hatte sich die Zahl der beim Gesundheitsamt registrierten Vergewaltigungen auf 250 summiert. Diese Fälle sind bekannt geworden, weil die Opfer um Schwangerschaftsabbruch nachsuchten. Auch in den Polizei- und Gendarmerieberichten finden sich Hinweise auf versuchte oder vollzogene Vergewaltigungen, ohne dass die französischen oder marokkanischen Täter zur Rechenschaft gezogen worden wären. Frauenschändung war offensichtlich ein von der Militärverwaltung stillschweigend toleriertes Siegerprivileg. Gerade deshalb sind aber auch Vergewaltigungen nicht angezeigt worden. Die Opfer schwiegen aus Scham, aus Furcht vor Rache oder aus Ohnmacht. Folglich wird man von einer relativ hohen Dunkelziffer ausgehen müssen, die selbst dann erheblich gewesen sein dürfte, wenn nicht jede Vergewaltigung auch wirklich eine war. Schließlich hatten die Besatzer ja auch einiges zu bieten: Sie waren die Sieger, verfügten über Lebensmittel und – was beinahe noch mehr zählte – über Zigaretten. Das waren in Zeiten bitterer Nachkriegsnot Pfunde, mit denen kein Konstanzer Mannsbild wuchern konnte, gesetzt den Fall, es war zu Hause und nicht in Kriegsgefangenschaft oder vermisst.

Und dann waren da noch ganz andere Qualitäten, die in einer Reisereportage von Albert Camus, der wenige Wochen nach Kriegsende den südlichen Teil der französischen Besatzungszone besuchte, diskret anklingen: *„Unter unseren jungen Soldaten ist keiner, der nicht seine Freundin auf der anderen Seite hätte. Das passt zu dem verblüffenden Ferieneindruck, den man am Ufer des Bodensees hat, wo eine Armee braungebrannter, kräftiger junger Burschen, die über Tunesien, Italien und das Elsass aus Nordafrika gekommen sind, badet, Boot fährt, sich in weitläufigen, blumengeschmückten Parkanlagen amüsiert und ihre Augenblickseroberungen an den stillen Gestaden mit Alpensicht spazieren führt."*[6]

Beutezüge in einer überfüllten Stadt

Dem Faszinosum des Ferienidylls Bodensee erlag nicht nur der Journalist und Schriftsteller Albert Camus. Wegen seiner landschaftlich beneidenswerten Lage und seiner Unversehrtheit zog Konstanz die Besatzungsmacht an. Bekanntlich wurde es „französische" Garnisons- und „Paradestadt"; mehr noch, auch Sitz höherer Verwaltungsstellen der Militärregierung. Hier nahm der Stab der 14. Division Quartier. Hier etablierten sich ein Kreis- und ein Bezirksdelegierter mit ihren Administrationen, unter ihnen viele ranghohe Offiziere. Sie alle wollten angemessen versorgt und untergebracht werden in einer Stadt, die bei Kriegsende buchstäblich aus allen Nähten platzte.

Nicht nur Verwundete – die Zahlen schwanken zwischen 4500 und 7000 –,[7] auch „schätzungsweise 10000" Evakuierte[8] und Flüchtlinge aus zerstörten oder bereits vom Feind besetzten Reichsteilen hatten hier Zuflucht gefunden. Zu ihnen stießen in den letzten Kriegstagen mehrere tausend ausländische Zwangsarbeiter, deren Rückführung in ihre Heimatländer über die Schweiz bisweilen zu einem längeren unfreiwilligen Aufenthalt in Konstanz führte. Zwei Zahlen sprechen Bände: 1939 hatte die Stadt 38000 Einwohner, bei Kriegsende 70000.[9]

Diese kriegsbedingte Überbevölkerung abzubauen, lag sowohl im Interesse der Besatzungsmacht, die massiv Raumbedarf anmeldete, als auch der Stadtverwaltung, die weder über Raum- noch Versorgungskapazitäten für so viele Menschen verfügte. Zwar wurden die in Krankenhäusern, Kasernen, Schulen und einigen Hotels untergebrachten Lazarette relativ schnell geräumt, zwar verließ ein Teil der Fremdarbeiter alsbald wieder die Stadt in Richtung Schweiz, zwar zogen vor allem Flüchtlinge aus anderen Teilen Badens und aus Württemberg wieder ab, aber es blieben teilweise erhebliche Restkontingente. Vor allem die Rückführung der Evakuierten zog sich bis Ende 1946 hin.[10]

Was in Konstanz an Wohnraum durch diesen Exodus frei wurde, nahmen die Franzosen meist sofort in Beschlag. Die Besatzungsmacht zog in die Kasernen, mehrere Schulen, das an der Seestraße gelegene Sanatorium Büdingen, das Konzilsgebäude und andere größere Komplexe ein. Damit nicht genug: Sie beschlagnahmte vor allem an der Konstanzer „Goldküste", der Seestraße und dem dahinter liegenden „Musikerviertel", Villen und Komfortwohnungen und zwang die Bewohner entweder zur Teil- oder Ganzräumung. Aber auch in anderen Stadtvierteln wurden Wohnungen oder zumindest Zimmer requiriert. So gingen schon kurz nach dem Einmarsch etwa 400 Wohnungen an Franzosen oder bekamen französische Mitbewohner, und nochmals dieselbe Zahl Einzelzimmer bezogen französische „Untermieter". Im Lauf der nächsten Monate stieg die Quote des requirierten Raums auf 73000 Quadratmeter Wohnfläche oder fast 23 Prozent des städtischen Wohnraums.[11]

Neben dieser Art der Beschlagnahme gab es eine andere. Da die französische Armee seit dem 8. Mai, dem Tag der deutschen Kapitulation, nicht mehr von den Amerikanern versorgt wurde und da sie zudem aus Frankreich wegen dessen schlechter Wirtschaftslage wenig erwarten konnte, lebte sie von nun an weitgehend aus ihrer Besatzungszone. Das hieß konkret, sie beschaffte sich bei der einheimischen Bevölkerung, was sie brauchte: neben Wohnraum auch Mobiliar und andere Einrichtungsgegenstände, ferner Kleidung, Schuhe und Fahrräder. Dieses alles wurde entweder auf legalem oder auf illegalem Weg requiriert. Der Unterschied war formaler Natur. Bei legaler Beschlagnahme wurden Requisitionsscheine ausgestellt, die irgendwann einmal zu einer Entschädigung führen sollten, bei illegaler entfiel dieser Nachweis. Da weder im einen noch im anderen Fall je ein Ausgleich geleistet wurde, war es am Ende egal, auf welche Weise der Besitzwechsel vonstatten ging. Bisweilen ergab sich dabei sogar ein kleiner Verhandlungsspielraum. Ich erinnere mich, dass das Requirierungskommando meinen Großeltern väterlicherseits die Wahl ließ, entweder die Standuhr mit Westminsterschlag oder den maschinengewobenen „Perser" herzugeben. Sie trennten sich von Letzterem. Vor allem die „wilden" Beschlagnahmungen, mit denen einzelne Soldaten sich persönliche Wünsche erfüllten, stießen den Beraubten übel auf, weil die Kommandantur sie in der Regel ungeahndet ließ. Auch als diese Beutezüge auf eigene Faust nach einigen Monaten eingestellt wurden, blieb das Damoklesschwert der legalen Requisition noch auf Jahre über den Konstanzern hängen. Schließlich entstand mit jedem Truppenwechsel neuer Bedarf bei gleichzeitiger Abnahme möglicher Beschlagnahmeobjekte.

Hungerleider, Hamsterfahrer, Schwarzhändler, Mundräuber

Hinter der Requirierungspraxis stand eine Leitlinie französischer Besatzungspolitik: aus dem besetzten Land soviel wie irgend möglich herauszupressen. Angesichts der mit der deutschen Okkupation gemachten Ausbeutungserfahrungen und der schlechten Ernährungslage in Frankreich zu Kriegsende war der Revanchegedanke alles andere als abwegig. Er hatte freilich verheerende Rückwirkungen gerade auf die Lebensmittelversorgung der Konstanzer Bevölkerung, die katastrophal zu nennen damals keine Übertreibung war.

Ausschlaggebend dafür waren mehrere Gründe. Auch in Friedenszeiten war (Süd-)Baden kein landwirtschaftliches Selbstversorgungsgebiet, was sich in Konstanz besonders negativ auswirkte, weil es nirgendwo sonst im Südwesten ein so eklatantes Missverhältnis zwischen „Normalverbrauchern" und „Voll- oder Teilselbstversorgern" gab. In der Bodenseemetropole kamen auf 93 Prozent „Normalverbraucher" ganze sieben Prozent Voll- oder Nebener-

werbslandwirte, die ihren Bedarf an Lebensmitteln ganz oder zum Teil selbst decken konnten.[12] Zu diesem generellen Manko gesellten sich vorübergehende Mängel: Felderverwüstung durch Kriegseinwirkung, Getreide- und Obstmissernten sowie ein von der Besatzungsmacht über Deutsche verhängtes Fischereiverbot im Bodensee. Die dezimierten Ernteerträge wurden weiter geschmälert durch die Verproviantierung der französischen Armee und den Export nach Frankreich. Erst der Rest wurde über Lebensmittelkarten unter die deutsche Bevölkerung verteilt.

Bis Ende 1946 sollte der einzelne Konstanzer durchschnittlich täglich etwas über 1 130 Kalorien bekommen.[13] In Wirklichkeit musste er sich mit 700 begnügen. 1947 wurden ihm im Schnitt knapp über 1 000 Kalorien zugeteilt, damit konnte er aber nicht zufrieden sein, weil der Mensch, um auf Dauer überleben zu können, mindestens 1 800 Kalorien pro Tag braucht. Da waren auch die 1 550 Kalorien zu wenig, die die Potsdamer Konferenz der drei Siegermächte (ohne Frankreich) dem Einzelnen zubilligte, zumal dieser Richtwert bis 1948 meist ein Wunschwert war, der selten erreicht, in der französischen Zone aber am deutlichsten unterschritten wurde.

Ursache der erneuten Kalorienabsenkung war die schlechteste Ernte in Baden seit dem Jahr 1900. Hatte schon ein extrem kalter Winter mehrfach die Versorgungswege unterbrochen, so reduzierte nun auch noch ein extrem heißer Sommer die Kartoffel- und Getreideerträge auf weniger als die Hälfte einer normalen Vorkriegsernte. Die Opfer der extremen Wetterverhältnisse waren in doppelter Hinsicht vor allem die Kinder. Frostbeulen im Winter, weil dünne Gummistiefel keinen Schutz vor fast schon sibirischen Kälteeinbrüchen boten, Brandblasen im Sommer, weil das Barfußlaufen auf schmelzendem Straßenteer dem Rennen über eine heiße Herdplatte ähnlich wurde. Diese schmerzhaften Eindrücke sind mir präsent geblieben. Erst recht die Hungerrationen, die zu Unterernährung und nicht selten zu Tuberkulose führten. Laut einem Bericht des Amtsarztes Dr. Erich Haisch vom August 1946 war etwa die Hälfte der Konstanzer Schüler unterernährt.

Wer in dieser Notzeit einen Garten hatte und dort Hühner oder Hasen oder beides halten konnte, wurde heftig beneidet, weil er der dauernden Unterernährung eher trotzen konnte als der Nicht-Schrebergärtner. Wir hatten keinen Garten, weshalb ich die Hungerjahre zwischen 1945 und 1948 auch nicht in der besten Erinnerung habe. Das ewig flaue Gefühl in der Magengegend, das Kartoffel-, Kraut- und Kürbiseinerlei, dem Fett und jegliche aromatische Zutat, bisweilen sogar selbst die Kartoffeln fehlte, der Griesbrei ohne Zucker und Zimt, der Stockfisch ohne Remoulade, das oft ermüdende, weil vergebliche Schlangestehen vor Lebensmittelgeschäften oder Güterbahnwagen – das alles warf Schatten auf meine Kindheit, in der die Hamsterfahrt über den See zu einem

Lichtblick werden konnte, wenn sie denn erfolgreich war. Aber das war sie nicht immer. Damit sie es sein konnte, musste einiges klappen.

Wer keinen Passierschein hatte, war gut beraten, die Tour in aller Herrgottsfrühe anzutreten, ehe der französische Posten am Hafen oder an der Fähre aufgezogen war und eventuell konfiszierte, was gerade „erhamstert" worden war. Um überhaupt etwas zu ergattern, brauchte man überzeugende Tauschobjekte, oft auch Überredungskunst, denn die Bauern waren wählerisch. Nie mehr wurden sie von Städtern so umworben wie in dieser ersten Nachkriegszeit. Nie mehr häuften sich in ihren Scheunen so viele „bürgerliche" Wertgegenstände, die buchstäblich für einen Apfel und ein Ei weggegeben worden waren, um Hunger zu stillen. Bei einem Landwirt in Kippenhausen, einem Dorf hinter Immenstaad, sah ich in der Scheune ein Klavier und einen Flügel verstauben; daneben hingen Pelzmäntel, den Motten zum Fraß überlassen. Jeder meiner Großväter nahm mich gern auf Hamsterfahrt mit. Das „Enkele" sollte der Mitleidserreger für das Bäuerinnenherz sein. Aber dieses oft demütigende Rollenspiel funktionierte nicht immer. Eher selten waren die Tage, an denen neben etwas Obst und Gemüse auch ein paar Eier, eine Scheibe Speck und ein halber Laib Bauernbrot im Rucksack landeten.

Für diejenigen, die gut bei Kasse waren, konnte neben der Hamsterfahrt der Schwarzmarkt ein temporärer Hungerstiller werden. Allem Anschein nach nutzte ihn etwa die Hälfte der Bevölkerung.[14] Für uns kam der Schwarzhandel aus moralischen Gründen und mangels Geld nicht infrage. Inwieweit das eine das andere bedingte, wage ich im Rückblick nicht zu entscheiden. Jedenfalls war der Schwarzhandel illegal, und er war es doppelt, wenn Diebesgut zum Verkauf kam, was gar nicht so oft vorkam. Schließlich hatte der Dieb in der Regel selber bitter nötig, was er bei anderen stahl. So erklären sich die häufigen Lebensmittel- wie auch die Hühner- und Hasendiebstähle in den Schrebergärten. So erklärt sich der Kohle- und Fahrradklau aus Keller oder Schopf. Mit anderen Worten: Die kriminelle Energie erschöpfte sich meist in Mundraub. Mit deutlichem Abstand folgte die Entwendung von Gebrauchsgütern. Erst ab 1947 kehrte sich die Reihenfolge allmählich zugunsten der Gebrauchsgüter um. Sie waren fortan das begehrtere Diebesgut.[15]

In dieser Nachkriegsnot blühte nicht nur die Kleinkriminalität. Mitunter passierten auch „Wunder". Von einem sehr persönlichen sei hier erzählt.

Der einquartierte Wohltäter

Unter den Offizieren, die bei meinen Großeltern einquartiert waren, verdiente sich Charly einen Ehrenplatz in den Familienannalen. Charly war, was besonders zählte, Elsässer, sprach also deutsch, und, was noch mehr zählte, er war

leidenschaftlicher Koch. Als er einzog, nahm er mit seinem Zimmer sofort auch die Küche in Beschlag – zu unserem Nutzen, denn Charly kochte nicht nur gern, er teilte auch gern; nicht nur das Essen mit uns, sondern auch das Bett mit einer Freundin.

Charly machte mich mit Oliven und Artischocken, Apfelsinen und Bananen bekannt. Charly zeigte uns, wie man mit Löwenzahn und Brennnesseln einen schmackhaften Salat zubereitet. Charly versorgte meinen Großvater mit Kronenbourg-Bier und meine Großmutter mit Olivenöl. Bisweilen verwöhnte er uns mit einem selbst gefangenen Hecht oder mit ein paar Kretzern – Delikatessen, die für Deutsche kaum zu haben waren, da das Fischfangprivileg hauptsächlich in Siegerhand lag. Kurz: Charly wurde unser Wohltäter und genoss den Familienanschluss. Dank ihm sahen wir plötzlich das Besatzungsregime in milderem Licht. Als er 1952 nach Indochina verlegt wurde, nahmen wir am Bahnhof tränenreich Abschied, und als uns ein gutes Jahr später die Garnison seinen Tod mitteilen ließ – offensichtlich war das Ersatzmutterverhältnis, das Charly zu meiner Großmutter unterhalten hatte, dort bekannt –, betrauerten wir ihn wie einen engen Familienangehörigen. Besonders die Umstände seines Todes blieben noch lange Gesprächsstoff. Seine Kochleidenschaft musste sich beim Vietminh, der gegen die französische Kolonialmacht kämpfenden kommunistischen Unabhängigkeitsbewegung, herumgesprochen haben. Die ließ ihm – anonym versteht sich – eine Ente zukommen, in der ein Sprengkörper versteckt war. Bei der Zubereitung sei er explodiert und habe Charly buchstäblich in tausend Stücke gerissen.

Hilfe von außen

Freundschaftssymbiosen wie die geschilderte waren in Konstanz keine Einzelfälle. Dass solche, das Feindschema überwindenden zwischenmenschlichen Kontakte möglich wurden, hing damit zusammen, dass die Franzosen im Gegensatz zu den anderen Besatzungsmächten das Fraternisierungsverbot locker handhabten. Dadurch konnte sich unter der offiziellen, auf Distanz angelegten Besatzungspolitik eine ungleich humanere Gegenbewegung entfalten, die von unten Verständnis und Hilfe praktizierte, wo von oben zunächst nur Strenge und nicht selten auch Willkür waltete. Hier – im menschlichen Untergrund des Spannungsverhältnisses zwischen Besatzern und Besetzten – liegen die tieferen Wurzeln der späteren deutsch-französischen Freundschaft.

Einzelhilfe, wie sie von französischer Seite immer wieder erfahren wurde, kam in größerem Maß aus der Schweiz. Wer zu den Glücklichen zählte, die jenseits der Grenze Verwandte oder Freunde hatten, konnte schon an Weihnachten 1945 einen Hauch vom besseren Leben kennenlernen. Da nämlich ließ

die Militärregierung gut tausend Thurgauer einreisen. Die kamen nicht mit leeren Händen, aber auch nicht mit vollen. 500 Gramm Lebensmittel, zum persönlichen Verzehr bestimmt, durften die „Schwyzer" pro Person mitbringen. Sie brachten, was ihre Konstanzer Gastgeber nur mehr vom Hörensagen oder in Stecknadelkopfgröße kannten: Süßstoff, Schokolade und Fett. Der heiß begehrte echte Bohnenkaffee passierte in der Thermoskanne die Grenze, da seine Einfuhr als Bohnen oder Pulver verboten war. In den nächsten Jahren wiederholten sich die Besuche in kürzeren Abständen. Die Schweizer „Weihnachtsmänner", deren Zahl kontinuierlich zunahm, durften ihre Gaben bei ihren Konstanzer Verwandten und Freunden auch an Neujahr, Ostern und mitunter an Pfingsten abgeben, und sie durften mit der Zeit mehr mitbringen, außer Lebensmitteln auch Kleider.[16]

Parallel zur Einzelhilfe wurde Kollektivhilfe geleistet. Konstanzer Schulkinder erhielten wegen ihrer Unterernährung eine von Kreuzlinger Unternehmern finanzierte Schulspeisung, die zwischen Mitte Mai und Mitte Juli 1946 Schülerhunger mit Erbsen-, Hafer- und Gerstensuppe lindern half. Der Menschenfreund, der bei seinen Kollegen das Suppengeld locker machte, war der Kreuzlinger Fabrikant Carl Schuler. Sein Beispiel fand Nachahmer. Im Anschluss daran durften sich besonders schlecht ernährte Konstanzer Kinder dreimal wöchentlich bei benachbarten Schweizer Familien satt essen. Die Kinderspeisung ging bis zum Frühjahr 1947. Sie wurde abgelöst durch „einen Tag in der Schweiz", an dem, von der katholischen und der evangelischen Kirche vermittelt, Konstanzer Kinder auf Gastfamilien im Thurgau verteilt wurden und einige Stunden erleben durften, welch schönes Gefühl es ist, keinen Hunger zu haben und obendrein noch reich beschenkt zu werden. Da sich die Ernährungslage nicht besserte, öffnete Schuler von Februar bis Mai 1947 erneut seine Suppenküche, jetzt auch für Schüler der Nachbarstädte und wiederholte die Aktion im selben Zeitraum ein Jahr später.

Diese grenzüberwindende Nachbarschaftshilfe setzte Zeichen. Sie half nicht nur den Schülern, die Hungerjahre zwischen 1945 und 1948 zu überleben. Sie zeigte auch den Erwachsenen, selbst wenn sie nicht direkt von Schweizer Hilfsmaßnahmen profitierten, dass es jenseits des Saubachs (an der Schweizer Grenze) Menschen gab, denen das Schicksal der Konstanzer nicht gleichgültig war. Das war viel in einer Zeit dauernder Demütigung und Apathie. Manch einem dämmerte auch, dass die oft beklagte Grenzlage sich wieder einmal als vorteilhaft erwies. Ohne sie wäre die Stadt wohl kaum unbeschädigt durch den Krieg gekommen, ohne sie wäre ihr jetzt auch nicht die Unterstützung der Schweizer Nachbarn zuteil geworden. Die Schweiz half freilich nicht nur kleinräumig. Sie half auch großräumig. Die „Schweizerische Winterhilfe" und die „Ostschweizerische Grenzlandhilfe" bedachten



Einen Tag in der Schweiz zum Sattessen: Konstanzer Kinder beim Grenzübertritt, eingeladen von Thurgauer Familien 1946. (Foto: Rosgartenmuseum Konstanz)

ganz Südwestdeutschland mit Lebensnotwendigem. In bescheidenem Rahmen profitierte davon Konstanz.

Bescheiden war auch der Segen, der durch CARE-Pakete über die Stadt kam. Ungleich wichtigere Unterstützung leisteten die Vereinigten Staaten, indem sie die von den Schweizer Grenzanrainern begonnene Schulspeisung noch bis 1950 fortsetzten. Übertroffen wurde diese Hilfeleistung von einem jüdischen Sohn der Stadt, der – 1902 ausgewandert – in den USA reich geworden war. William Graf sammelte Spenden, schickte Geld, Lebensmittel, medizinisches Gerät und Kinderschuhe. Anfang der 1950er Jahre trug er wesentlich zum Ausbau des Fährhafens in Staad bei.[17]

Unter den Helfern in der Not waren viele, die heute vergessen sind. Wer weiß noch, dass Konstanzer, so sie denn Verwandte oder Freunde in der Sowjetzone hatten, bisweilen ihr Päckchen von drüben bekamen, wo beispielsweise Süßstoff und Süßwaren leichter erhältlich waren als in der französischen Zone, in der das Hungerleiden phasenweise noch schlimmer war als hinter dem „Eisernen Vorhang". Eine allmähliche Besserung trat erst ab Ende 1947 ein. Es sollte freilich nochmals ein ganzes Jahr dauern, bis die Konstanzer mit annähernd 1 900 Kalorien pro Kopf auf dieselben Energiewerte wie ihre Landsleute in der inzwischen zur Bizone zusammengeschlossenen amerikanischen und britischen Zone kamen.[18]

Demontagen hier, Wiederaufbau dort

Zu den Besonderheiten, die Konstanz aufgrund seiner Grenzlage kennzeichneten, gehörte die Veränderung seiner Industrie. Zwar war die Stadt immer hauptsächlich Verwaltungs-, Handels- und Fremdenverkehrsstadt und nie Industriestadt im eigentlichen Sinne gewesen, aber der Krieg hat auch hier die Gewichte etwas verschoben. In dem Maß, in dem Industriezentren ins Visier alliierter Bomberverbände gerieten, wichen Unternehmen entweder ganz oder zum Teil mit ihrer Produktion an die Peripherie des Reiches aus. Das auf Tuchfühlung mit der neutralen Schweiz befindliche Konstanz wurde so zum begehrten Ausweichstandort. Der frühere Nachteil der Randlage verwandelte sich unversehens in einen Vorteil.

Hightech-Unternehmen wie die Firma „Funkstrahl" aus Berlin, die Radar- und Richtfunkgeräte produzierte, oder die „Schwarzwald-Flugzeugbau" aus Donaueschingen, die Leichtflugzeuge und Flugzeugteile herstellte, siedelten sich in Konstanz an und setzten in der bis dahin von der krisenanfälligen Textilindustrie beherrschten Wirtschaftslandschaft, die von der Planen- und Zeltfabrik Stromeyer und der Baumwollweberei und Stoffdruckerei Herosé dominiert wurde, neue Akzente. Obgleich sowohl „Funkstrahl" als auch „Schwarzwald-Flugzeugbau" im Dienst der deutschen Rüstung gestanden hatten, was in den übrigen Besatzungszonen ihre sofortige Schließung nach sich gezogen hätte, übernahmen die Franzosen sie als Regiebetriebe und ließen sie für ihre Marine produzieren. Der französische Bedarf sicherte beiden Unternehmen zunächst das wirtschaftliche Überleben, schützte beide indessen genauso wenig wie andere Konstanzer Firmen, etwa Stromeyer, Herosé oder die Degussa-Niederlassung, vor Demontagen.[19]

Diese setzten als „wilde" Entnahmen schon gleich nach der Besetzung der Stadt ein und wurden im Herbst 1947 in größerem Stil wieder aufgenommen. Jetzt wurden nicht nur – wie 1945 – einzelne Maschinen und Anlagen aus den Produktionshallen abtransportiert. Jetzt erfolgten neben Teildemontagen auch Komplettdemontagen. Unter jenen hatten die Degussa und die Ziegeleimaschinen fertigenden Rieterwerke zu leiden. Von diesen waren „Funkstrahl", „Schwarzwald-Flugzeugbau" und die Maschinenbaufirma Paul Häusler betroffen. Für die beiden Letzteren bedeutete die Totalausschlachtung das Ende. „Funkstrahl" hingegen überlebte unter neuem Namen – Pintsch Electro –, produzierte hinfort für den zivilen Bedarf Nachrichtentechnik und Beleuchtungskörper und wurde der Pionier der Konstanzer Elektronikindustrie. Dieser Hightech-Wirtschaftszweig ist bis heute in Konstanz mit einer erklecklichen Zahl kleinerer und mittlerer Unternehmen vertreten, während die einstmals dominanten Textilriesen Stromeyer und Herosé längst von der Bildfläche verschwunden sind.

Nimmt man zum Demontagedilemma die anderen Nachkriegsprobleme wie Brennstoff-, Rohstoff-, Ersatzteil- und Lebensmittelmangel hinzu, so wundert es nicht, dass sich in der Konstanzer Industrie Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs erst im Umfeld der Währungsreform bemerkbar machten. Die amerikanische Marshallplan-Hilfe und die durch den Koreakrieg ausgelöste verstärkte Nachfrage nach Konsumgütern, die die amerikanische Wirtschaft infolge Kriegsproduktion nicht ausreichend befriedigen konnte, taten ein Übriges, Konstanzer Firmen aus der Talsohle der Nachkriegsjahre herauszuführen. Einzelne von ihnen durften sich wie Pintsch Electro mit alliierter Genehmigung sogar an der Rüstungsproduktion beteiligen. Dass die Beschäftigtenzahlen Anfang der 1950er Jahre wieder das Vorkriegsniveau erreichten, verdankte sich nicht zuletzt dem Zuzug neuer Unternehmen, so der Pharmafirma Byk Gulden, dem Schreibgerätehersteller Faber-Castell und der Strumpffabrik Ruckstuhl (nachmals Dura).[20]

Schlafplatz Badewanne

Industrieansiedlungen stießen immer dort an Grenzen, wo sie mit dem Fremdenverkehr in Kollision gerieten. Seit die Stadt im ausgehenden 19. Jahrhundert den Tourismus als Wirtschaftsfaktor entdeckt hatte, förderte sie ihn nach Kräften, wurde sich aber bald bewusst, dass er zur Existenzsicherung allein nicht ausreichte. Eine zweite, eine industrielle Säule musste her, aber, bitte schön, eine, deren Fabriken weder mit Dreck- und Stinkschleudern noch mit Höllenlärm-Maschinen produzieren und schon gar nicht See oder Rhein als Abwasserbecken missbrauchen sollten. Mit diesen Vorgaben, die indessen gegenüber Herosé, Degussa, Stromeyer und anderen Firmen keineswegs strikt durchgesetzt wurden, konnte und wollte Konstanz nie eine reine Industriestadt wie Singen oder Friedrichshafen werden. Vielmehr wollte es immer auch – und vor allem – Urlaubs- und Erholungs-, Kultur- und Kongressstadt sein, und es hat diesen Spagat bis heute recht gut durchgehalten.

Freilich waren Kriegs- und Nachkriegszeit dem Tourismus nicht förderlich. Von der Überfüllung der Stadt mit Verwundeten, Evakuierten, Flüchtlingen, Zwangsarbeitern und Besatzungstruppen war bereits die Rede. Als dieser Bevölkerungsüberhang Ende 1946 weitgehend abgebaut war, kündigte sich alsbald eine neue Flüchtlingswelle vor allem aus der sowjetischen Besatzungszone an, die die Franzosen zunächst von ihrer Zone ferngehalten hatten. Dieser Flüchtlingsstrom schwoll stetig an und erreichte im September 1952 mit 4 335 Personen, sprich einem Bevölkerungsanteil von 9,5 Prozent, einen ersten Höhepunkt.[21]

Gleichwohl ist erstaunlich, dass parallel dazu – nach der Währungsreform – wieder Touristen in größerer Zahl in die Stadt kamen.[22] 1948 wurden 45 992



Neubauten im Berchengebiet, heute Berliner- und Breslauerstraße: Eine der zahlreichen Stadtrandsiedlungen, die zur Linderung der Wohnungsnot ab Mitte der 1950er Jahre errichtet wurden. Konstanz war zu dieser Zeit die am dichtesten besiedelte Gemeinde Südbadens. (Foto: Heinz Finke, Stadler/Bildarchiv, Konstanz)

Gäste registriert, die 200 260-mal übernachteten. Ein Jahr später waren es bereits 99 880 Gäste mit 281 278 Übernachtungen, womit das Quantum eines guten Vorkriegsjahres erreicht war. Der Aufwärtstrend hielt an. 1957 zeigte er 157 064 Gäste, die 456 198-mal über Nacht blieben. Es war dies die Zeit, in der sich ein erheblicher Teil der Deutschen im Sommer noch mit der „deutschen Riviera" Bodensee zufrieden gab, ehe er in den folgenden Jahren die wirkliche entdeckte.

Den anschwellenden Touristenstrom zu beherbergen, wurde möglich, weil die Franzosen inzwischen einen Großteil der beschlagnahmten Hotels und Gaststätten geräumt hatten, und mancher Konstanzer in der Badewanne schlief, um noch sein letztes Bett für einen Feriengast freizumachen. Trotzdem ist Konstanz nie ein Mekka des Massentourismus geworden. Die Gäste- und Übernachtungszahlen, die gegen Ende der 1950er Jahre erreicht wurden, ließen sich später nur mehr geringfügig steigern. Auch blieben die Besucher durchschnittlich nur noch zwei bis drei Tage in der Stadt oder beschränkten sich auf eine Stippvisite von wenigen Stunden. Dabei gilt für den Fremdenverkehr, was betreffs der Industrieansiedlung vermerkt wurde. Solange Konstanz, weil unzer-

stört in lieblicher Seelandschaft gelegen und einem Schweizer Paradies benachbart, in schlechter Zeit als eine Insel der Seligen gelten konnte, genoss es ungleich mehr Anziehungskraft als in Friedenstagen, wo seine besondere Lage weit weniger ausstrahlt, ja der Verkehrsschatten, in dem die Stadt liegt, dunkler wirkt. Konstanz ist bekanntlich die einzige Stadt, die südlich des Rheins liegt, aber zur Bundesrepublik gehört. Deshalb ist es vom deutschen Staatsgebiet durch natürliche, von seiner geographisch nahen Umgebung aber durch politische Grenzen abgeschnitten. Im Rahmen seiner Möglichkeiten kämpft es bis heute gegen die doppelte Isolierung. Den Ausbau des Fährbetriebs zur „schwimmenden Brücke" zwischen Konstanz-Staad und Meersburg und die Verbreiterung der Rheinbrücke in den frühen 50ern wie die zweite Rheinbrücke in den 1970er Jahren sind Zeichen seiner Bemühungen, aber sie führten bislang nur zu halben Erfolgen.

Die „Bürgermeister-Guillotine"

In der ersten Nachkriegszeit saß an warmen Sommersonntagen in einem Vogelbauer auf einer Hochterrasse an der Gottlieberstraße ein Papagei. Der war stadtbekannt und höflich. Jedem, der vorbeikam, krächzte er ein unüberhörbares „Heil Hitler" entgegen. Die Besatzungsmacht wusste von diesem letzten bekennenden Nazi in der Stadt schon deswegen, weil Soldaten der Garnison sich beim Ausgang einen Spaß daraus machten, den Papagei den „deutschen Gruß" schmettern zu lassen. Sie schritt nicht ein.

Die Nachsicht mit dem unverbesserlichen Federvieh kann als Indiz für die Pragmatik angesehen werden, mit der die Franzosen die Entnazifizierung angingen. Die Funktionsfähigkeit ihres Machtbereiches war ihnen zunächst wichtiger als eine rigorose Säuberung. Im Zweifelsfall konnte ein Belasteter weiter amtieren, wenn sie ihn für unersetzlich hielten. So beließ der französische Oberkommandierende de Lattre den nationalsozialistischen Bürgermeister Leopold Mager, der im Krieg Oberbürgermeister Herrmann vertreten hatte, zunächst im Amt, obwohl bekannt war, dass Mager bereits 1931 in die Partei eingetreten und mit Gauleiter Wagner befreundet gewesen war. Erst ein kritischer Artikel in einer Schweizer Zeitung, in der Mager als „150-prozentiger Nazi" angeprangert worden war, bewog ihn am 12. Mai 1945 zu Magers Entlassung.[23]

De Lattre ersetzte ihn durch den Sozialdemokraten und Widerstandskämpfer Josef Benz, der nach fünf Tagen im Amt Opfer der oben berichteten „Plakataffäre" wurde. Auf Benz folgte der genauso untadelige Kommunist Vinzenz Kerle, der wie sein Vorgänger, dem letzten demokratisch gewählten Stadtrat vor 1933 angehört hatte. Kerle ergriff von sich aus erste Maßnahmen gegen

ehemalige Nazis, machte sich damit aber im vorherrschenden katholisch-konservativen Milieu wie im Kreis der bürgerlichen Antinazis keine Freunde. Offensichtlich aus Furcht vor Unruhe entließ ihn Ortskommandant Lavilleon nach nur vier Wochen, am 17. Juni, und ernannte an seiner statt den ehemaligen Zentrumsmann Hans Schneider zum Oberbürgermeister. Lavilleon kam mit dieser Wahl freilich aus dem Regen in die Traufe. Schneider hatte zwar in Münsterpfarrer Kuenzer und im Freiburger Erzbischof Conrad Gröber beredte Fürsprecher, aber auch eine braune Vergangenheit. Als ehemaliger persönlicher Referent des Gauleiters von Tirol-Vorarlberg war er belastet und sah sich gleich nach Amtsantritt scharfen Angriffen ausgesetzt, so dass er im Oktober seinen Rücktritt einreichte.

In fünf Monaten waren vier Stadtoberhäupter von der Militäradministration „gekrönt" und wieder gestürzt worden. Die „Bürgermeister-Guillotine" hatte ganze Arbeit geleistet, aber stabile Verhältnisse waren nicht entstanden. Da geschah mitten in den Konstanzer Chaostagen ein kleines Wunder. Fritz Arnold, der „rote Arnold", Konstanzer, Sozialdemokrat und in der Weimarer Zeit Bürgermeister, dem seine Heimatstadt die Fähre nach Meersburg und den „roten" Stadtbus verdankt, kehrte aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft heim und war bereit, den kommunalen Karren aus dem Dreck zu ziehen. Am 17. Januar 1946 wurde er zum Rathauschef ernannt, nicht gewählt. So weit wollte die Besatzungsmacht noch nicht gehen. Sie hatte in Freiburg, quasi als Innenministerium für das Land (Süd-)Baden, ein „Direktorium des Innern" eingesetzt, das von den Franzosen kontrolliert wurde, aber immerhin deutsch besetzt war. Dieses Direktorium machte Arnold auf Vorschlag des „Beschließenden Ausschusses", eine Art Konstanzer Gemeinderat, den die Militärregierung aus unbelasteten Kommunalpolitikern der Weimarer Zeit gebildet hatte, zum Oberbürgermeister.

Mit Arnolds Amtsantritt ebbten die Turbulenzen in der Stadtpolitik ab. Auch auf Seiten der Franzosen war inzwischen eine merkliche Beruhigung eingetreten. Sie hing mit einem spektakulären Machtwechsel zusammen. Wo so viele Konstanzer Bürgermeisterköpfe gerollt waren, rollte während der Rathausaffären auch ein französisches Haupt. De Lattre wurde am 23. Juli 1945 durch General Pierre Koenig, einen Gaullisten der ersten Stunde, abgelöst. Der verlegte das Hauptquartier der französischen Truppen von Lindau nach Baden-Baden, das nun auch Sitz der Militärverwaltung der gesamten französischen Zone wurde. Konstanz geriet damit aus der Schusslinie des Oberbefehlshabers. Mit dem Normannen Koenig änderte sich zwar nicht die Substanz, wohl aber der Stil der französischen Besatzungspolitik. Sie wurde berechenbarer und geradliniger. Dies zeigte sich auch bei der Entnazifizierung, die nun konsequenter betrieben wurde.

„… zwingt braun raus und weiß rein“

In Konstanz vertrat seit dem Herbst 1945 der Bezirksdelegierte Marcel Degliame die Militärregierung. Als Mann des kommunistischen Widerstandes lag ihm die Säuberung der Stadtverwaltung am Herzen. Ein städtischer Untersuchungsausschuss hatte an ehemalige Parteimitglieder verschickte Fragebögen vorzuprüfen, die Ergebnisse an einen in Freiburg gebildeten zentralen „Säuberungsausschuss“ weiterzuleiten, von wo sie verändert oder unverändert an die Militärregierung gingen. Diese prüfte jeden Einzelfall. Die Prüfungsbilanz für die Konstanzer Stadtverwaltung ergab im März 1946 folgendes Bild: Von 450 Beamten und Angestellten sühnte ein Drittel sein Engagement für den nationalsozialistischen Unrechtsstaat durch Entlassung (5 %), durch Rückstufung (27 %) und durch Pensionierung (1%).[24]

So gründlich der öffentliche Dienst gereinigt wurde, so gründlich wurde auch die Lehrerschaft und erst recht die Presse „entbräunt“. Dass die nationalsozialistische „Bodensee-Rundschau“, die seit 1941 das Informationsmonopol in Konstanz und seiner weiteren Umgebung besaß, keine Zukunft haben würde, war von vorneherein klar. Aber dass auch ihr Nachfolger, der bereits am 7. (mit Datum vom 8.) September 1945 mit dem Segen der Militärregierung erscheinende „Südkurier“ in gewissem Sinn ein Entnazifizierungsopfer wurde, hing mit den Eigenheiten der französischen Pressepolitik und der wechselhaften politischen Großwetterlage in Paris zusammen. Dabei hatte die vierte im Südteil der französischen Zone lizenzierte Zeitung einen Traumstart.[25]

Von einem journalistischen Vollprofi, dem Ullstein-Mann Johannes Weyl gegründet, erzielte das neue Blatt trotz Papiermangel, ungünstiger Andruckzeiten, zunächst nur zweimaligem wöchentlichen Erscheinen und französischer Vorzensur binnen weniger Wochen eine Auflage von fast 150 000 Exemplaren. Der rasche Erfolg hatte viele Väter: Informationshunger, Nachfrage nach Kauf-, Tausch- oder Suchanzeigen auch von Schweizer Kunden, milde Zensoren sowie die Grenznähe, die den Zugriff auf Schweizer Nachrichtenquellen ermöglichte und die Abhängigkeit von französischen Agenturen minderte, nicht zuletzt die Monopolstellung – dies alles trug dazu bei, dass der „Südkurier“ rasch zum publizistischen Tonangeber zwischen Schwarzwald und Bodensee wurde.

Aber dann traf ihn wie ein Blitz aus heiterem Himmel der Bannstrahl der Besatzungsmacht. Eine im Blatt ausgetragene Kontroverse über die Entnazifizierung schlug hohe Wellen, die über Freiburg und Baden-Baden bis nach Paris schwappten. Einer der „Südkurier“-Gesellschafter, Hugo Eckener, ehemals enger Mitarbeiter des Luftschiffpioniers Graf Zeppelin, hatte am 19. Oktober 1945 geraten, endlich „die Leute mit einfachem Parteiabzeichen in Ruhe [zu] lassen und ihr braunes Hemd mit dem Mantel christlicher Liebe zu[zu]decken“. Ecke-

ners Plädoyer für die kleinen Parteigenossen wurde just in dem Moment in Paris ruchbar, in dem die Kommunisten aus den Wahlen vom 21. Oktober 1945 als stärkste Partei hervorgegangen waren. Nicht nur das Ministerium für Besatzungsangelegenheiten empörte sich über den „Weißwäscher" Eckener. Auch im Pariser Blätterwald erhob sich ein starkes Protestrauschen, das im fernen Konstanz verzögert Wirkung zeigte. Ende Januar 1946 wurden die bisherigen Gesellschafter der Zeitung, Weyl, Eckener und Christiani, ihrer Posten enthoben. Der erste, relativ unabhängige „Südkurier" war nicht mehr.

An seine Stelle trat nun unter demselben Namen eine Spezialität der französischen Pressepolitik, das Mehrparteienblatt. In ihm spiegelte sich die Konstanzer Parteienlandschaft. Kommunisten, Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberale beschickten diesen zweiten „Südkurier" mit Redakteuren, die mehr oder minder eifersüchtig darüber wachten, dass ihre Parteien im Blatt angemessen vorkamen. Auf Dauer konnte das nicht gut gehen. Mit fortschreitendem Kalten Krieg und einem neuerlichen Machtwechsel in Frankreich, in dem die Kommunisten im Mai 1947 ihre Ministerposten verloren, kam dem KP-Redakteur im „Südkurier" der Rückhalt der Besatzungsmacht abhanden. Als bekannt wurde, dass er Redaktionsinterna an seine Partei weitergegeben hatte, verweigerten die übrigen Redakteure die Zusammenarbeit mit ihm. Das war das Ende des zweiten „Südkurier", dem alsbald der dritte folgte. Um diesen zu ermöglichen, musste die Freiburger Militärregierung freilich über ihren eigenen Schatten springen. Drei Jahre nach seiner Abberufung setzte sie Johannes Weyl am 1. Februar 1949 erneut in seine alten Gesellschafterrechte ein. Jetzt erst konnte der „Südkurier" werden, was er schon bei seiner Gründung sein wollte: eine überparteiliche, konservativ-liberale Regionalzeitung.

Mit ganz anderen Säuberungsmaßstäben hantierten die Franzosen auf dem Feld der Wirtschaft. Wo die ökonomische Effizienz von Unternehmen durch politische Säuberung bedroht war, übersah die Besatzungsmacht die braunen Flecken auf den Unternehmer- und Managerwesten, weil kompetentes Führungspersonal hier ungleich schwieriger zu finden war als in Presse, Schule und Verwaltung. In dem Maß, in dem die Entnazifizierung dann auf deutsche Spruchkammern überging, nahm das „Persilscheinwesen", von Nichtnazis ausgestellte Entlastungszeugnisse, teilweise so überhand, dass der trügerische Eindruck entstehen konnte, die Deutschen seien ein Volk im Widerstand gewesen – und die Konstanzer erst recht. Die beiden großen Kirchen erwiesen sich dabei mitunter als erfolgreiche Weißwaschunternehmen, die manchem Jung- oder Altnazi zu einem geschönten Leumund verhalfen, mit dem in der jungen Bundesrepublik eine neue politische Karriere begonnen werden konnte. Auch in Konstanz gab es derartige Fälle. Zum Beispiel konnte ein Wiedereintritt in die katholische Kirche dazu führen,

dass der Münsterpfarrer sich verpflichtet fühlte, Gnade vor Recht ergehen zu lassen und so frühzeitig mithalf, die Tür zu einem hohen politischen Amt im deutschen Südwesten zu öffnen.

Mit dem Kalten Krieg kühlte unter amerikanischem Druck das Reinigungsfeuer, das die Militärregierung in Baden-Baden eigentlich in Gang halten wollte, merklich ab. Immer größer wurde der Personenkreis der von der Entnazifizierung Freigestellten, immer geringer wurden die Geldstrafen der Entnazifizierten, die auf diesem Weg für ihre braunen Sünden zu zahlen hatten. Als kurz vor den Kommunalwahlen im Herbst 1948 alle Entnazifizierten, vom „Minderbelasteten" abwärts, wieder das aktive Wahlrecht zugesprochen bekamen, war das Ende der Säuberungen absehbar. Ein Jahr später wurden alle (süd-)badischen Untersuchungsausschüsse aufgelöst, auch der Konstanzer.

In der Stadt war die Entnazifizierung glimpflich abgelaufen, was der Fall des ehemaligen nationalsozialistischen Bürgermeisters Leopold Mager illustriert. Dank der Fürsprache eines seiner unbelasteten Nachfolger, Franz Knapp, und anderer Konstanzer Honoratioren, die Mager seine Verdienste bei der Übergabe der Stadt an die Franzosen nicht vergessen hatten, erlangte der braune Rathauschef vor einer Freiburger Spruchkammer einen „Freispruch erster Klasse". Nicht etwa als „Mitläufer", nein – als „Entlasteter" wurde er eingestuft.[26]

Konstanzer Welttheater

Ein weit ausstrahlendes Glanzlicht in dunkler Nachkriegszeit war das Schauspiel. Die Stadt beherbergt bekanntlich nicht nur das älteste deutsche Theater. Sie verfügte 1945 auch über eine der ganz wenigen nicht zerstörten Bühnen und wurde deshalb wie von selbst Anziehungspunkt für Schauspieler, Intendanten und Dramatiker.[27] Zur Gunst des Ortes gesellte sich die Gunst des Augenblicks und der Personen. Der Zufall wollte es, dass „einige Waggons" des „Reichstheaterzuges" am Bodensee aufs Abstellgleis gerieten und fähige Mimen für ein Engagement bereitstanden. Der Zufall wollte es auch, dass der Konstanzer Militäradministration in Georges Ferber ein Kulturoffizier beigegeben wurde, der nicht nur perfekt deutsch sprach, sondern auch ein ausgesprochener Theaternarr war. Hinzu kamen weitere Vorteile: Schweizer Bühnefreunde halfen mit Sachspenden, von Kostümen über Textbücher bis hin zu Lebensmitteln. Und ein zwar namenloser, aber geschäftstüchtiger Intendant holte Stars an den See, die zu Normalzeiten nie die Konstanzer Bühnenbretter betreten hätten. Mehr noch: Er lastete das Mehrspartenhaus in der ersten Nachkriegsspielzeit von Oktober 1945 bis September 1946 mit einer geschickten Mischung aus leichter und ernster Muse zu 85 Prozent aus. Ein Traumergebnis, das doppelt

zählt, weil die Besucher den Eintritt nicht nur mit Geld, sondern auch mit Heizmaterial zu bezahlen hatten.

Horst van Diemen hieß dieser Tausendsassa, der alle zwei Wochen eine neue Premiere herausbrachte und auch sonst für viel Wirbel sorgte, so dass er Konstanz im Herbst 1946 nicht ganz freiwillig wieder verlassen musste. Aber inzwischen hatten die Konstanzer teilweise großes Theater gesehen. Sie hatten die Comédie Française und das Théâtre Sarah Bernard aus Paris zu Gast, die de Lattre an den See geholt hatte. Sie waren hingerissen von Lola Müthel, die ihnen Goethes „Iphigenie" so grandios interpretierte, dass die Konstanzer Aufführung noch Jahre später zu den herausragenden Theaterereignissen der Nachkriegszeit gerechnet wurde. Sie amüsierten sich mit Gustav Knuth und René Deltgen. Der eine lenkte sie als Hauptmann Bluntschli in Shaws „Helden", der andere als Truffaldino in Goldonis „Diener zweier Herren" vom Alltagselend ab. Sie erlebten die deutsche Uraufführung von Brechts „Mutter Courage" in Anwesenheit des Dichters, der zum ersten Mal nach dem Krieg wieder deutschen Boden betrat, und sie lernten in Heinz Hilpert, der zuvor in Personalunion das Berliner Deutsche Theater und das Wiener Theater in der Josefstadt geleitet hatte, einen der Großen der Schaubühne kennen. Hilperts Inszenierung von Shakespeares „Was ihr wollt" war der Glanz- und Schlusspunkt dieser ersten Nachkriegssaison, aber keineswegs das Ende des unerwarteten Theater-Höhenflugs.

Dieser hielt an. Curt Goetz kam nach Konstanz und inszenierte „Das Haus von Montevideo", wobei er selbst, Valérie von Martens und Hannelore Schroth die Hauptrollen spielten. Carl Zuckmayer wohnte der Konstanzer Zweitaufführung von „Des Teufels General" bei, und dann betrat am 1. August 1948 Heinz Hilpert selbst die Konstanzer Bühne – als Intendant. Hinfort hieß sie anspruchsvoll „Deutsches Theater Konstanz", und Hilpert gab dem städtischen Bühnenpegasus nochmals gewaltig die Sporen. Am 20. August eröffnete er die neue Spielzeit mit Shakespeares „Wie es euch gefällt" und wurde überschwänglich gefeiert. Zwei Tage später legte er nach. Die deutsche Erstaufführung von Max Frischs „Santa Cruz" lockte den Autor nach Konstanz. Es folgten in kurzem Abstand weitere Premieren, darunter drei Uraufführungen: Hofmannsthals „Bergwerk von Falun", Max Kommerells „Die Gefangenen" und Zuckmayers „Barbara Blomberg". Die Theaterwelt blickte nach Konstanz. Einen Augenblick schien es so, als werde die Stadt am See ein Bühnen-Mekka. Aber das Konstanzer Publikum bremste den Höhenflug seines Intendanten. Die Gesamtauslastung des Theaters sank bisweilen unter die Vierzigprozentgrenze. Hilpert verließ Konstanz vorzeitig am 31. Januar 1950 unter Zurücklassung eines Schuldenberges, den im Wesentlichen die Stadt abtrug. Der Titan war am Provinzgeschmack gescheitert, aber er hinterließ dem Konstanzer Theater die Erinnerung an eine Sternstunde, auf deren Wiederkehr es bis heute wartet.

Eine andere Sternstunde bot sich am Konstanzer Musenhimmel im Juni 1946. Die fast vierzehn Tage dauernde „Kunstwoche“[28] wurde zum weit über die Stadt hinausweisenden Fanal einer ersten, erfolgreichen deutsch-französischen Kulturkooperation. Sie fand zu Pfingsten statt und zeigte erstmals nach dem Krieg eine beeindruckende Schau deutscher und französischer moderner Malerei und Grafik. Von deutscher Seite wurden 239 Exponate von 76 Künstlern, unter anderem aus Sammlungen in Marburg, Mannheim, München, Stuttgart und Karlsruhe in französischen Militärfahrzeugen nach Konstanz gekarrt, kurz nach Kriegsende eine logistische und organisatorische Meisterleistung, die sich die Besatzungsmacht einiges kosten ließ.

Der Schwerpunkt des Ausgestellten lag auf der abstrakten Kunst. Hölzel und seine Schüler Schlemmer, Baumeister und Ackermann waren genauso vertreten wie Coester, Imkamp, Kerkovius, Nay, Tröndle, Winter und andere. Hinzu kamen Bilder von Beckmann, Dix, Carl Hofer, Kirchner, Macke, Nolde, Rohlfs und Schmidt-Rottluff, die zum Teil von französischen Soldaten am westlichen Bodenseeufer gefunden worden waren. Alles in allem ein relativ repräsentatives Panorama deutscher Kunst unmittelbar nach Kriegsende. Der französische Anteil an der Konstanzer Ausstellung war bescheidener, aber von höchster Qualität. Aus den Beständen des Musée National d’Art Moderne in Paris bekamen die Konstanzer Bonnard, Matisse, Dufy und Léger zusammen mit französischer Druckgrafik zu sehen. Nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Verteufelung moderner Kunst vermochte aber nur ein kleiner Teil der Einheimischen das überraschende Geschenk dieser bahnbrechenden, weil Grenzen überwindenden Kunstschau der Moderne zu würdigen. Deshalb unterblieb ein Jahr später eine ursprünglich beabsichtigte Fortsetzung. Wieder siegte die Provinz über die Welt. Aber die Provinz hatte zu dieser Zeit furchtbar Hunger, und sie konnte von dem weltläufigen kulinarischen Angebot nicht satt werden, weil sie es nicht verstand.

Kontinuitätsgarant Knapp

Zu den Glücksfällen, die Konstanz in schwieriger Zeit sein Überleben ermöglichten, gehört Franz Knapp. Er war bereits in den letzten Jahren der Weimarer Republik als Zentrumsmann Bürgermeister gewesen, 1933 aber von den Nazis abgesetzt worden. Diese mochten freilich auf seinen hohen kommunalpolitischen Sachverstand nicht verzichten. Das neue Stadtoberhaupt, Albert Herrmann, beschäftigte Knapp als Rechtsrat weiter, und dieser brachte das Kunststück fertig, sowohl Herrmann als auch dessen Stellvertreter Mager loyal zuzuarbeiten, ohne sich mit dem braunen Regime gemein zu machen. Dass Konstanz unbeschädigt den Krieg überstand, war auch sein Verdienst. Seine Integrität und seine Fähigkeiten empfahlen ihn auch jetzt wieder für eine



Dr. h. c. Franz Knapp, Oberbürgermeister von 1946 bis 1957 (BCSV/CDU). Das Foto zeigt das Stadtoberhaupt im Jahr 1955 bei einem Empfang im Konstanzer Rathaus. (Foto: Stadtarchiv Konstanz)

kommunalpolitische Führungsaufgabe. Josef Benz, der von de Lattre eingesetzte erste sozialdemokratischen Rathauschef nach der Ablösung des Nazis Mager, machte ihn zum Bürgermeister. Auf diesem Posten „überlebte" er sowohl Benz als auch die nachfolgenden Stadtoberhäupter Vinzenz Kerle, Hans Schneider und Karl Arnold.

All dies zeigt: Knapp war unersetzlich. Am 22. September 1946 schlug endlich seine Stunde. Der 65-Jährige wurde erstes frei gewähltes Stadtoberhaupt nach dem Krieg. Bis es soweit war, musste indessen einiges geschehen. Die Franzosen mussten politische Parteien zulassen, und sie mussten Kommunalwahlen genehmigen. Zwischen Mitte Februar und Anfang Juni 46 wurden in Konstanz Ortsgruppen der Kommunisten (KP), der Sozialisten (SP, später SPD), der Badischen Christlich-Sozialen Volkspartei (BCSV, später CDU) und der Demokratischen Partei (DP, später FDP) gegründet. Der erste kommunale Urnengang fand am 15. September 1946 statt. Dabei entfielen auf die BCSV 14, die Sozialdemokraten und die Demokraten je vier, die Kommunisten aber nur zwei Gemeinderatssitze. Der neue und erste demokratisch legitimierte Gemeinderat

wählte acht Tage später Knapp (BCSV) an die Rathausspitze und stellte ihm als beigeordnete Bürgermeister Hermann Schneider (BCSV), Fritz Arnold (SP) und Franz Fischer (DP) zur Seite.[29]

Der überwältigende BCSV-Sieg war Knapps Werk. Schließlich hatte er, der Zentrumsmann, zusammen mit dem Protestanten Hermann Schneider, der vor 1933 Mitglied des Evangelischen Volksdienstes gewesen war, die Konstanzer Ortsgruppe der BCSV gegründet und genoss großes Ansehen in der Bevölkerung. Das Tandem Knapp-Schneider sollte von nun an bis zu Knapps Ausscheiden aus dem Amt 1957 die Stadtpolitik prägen. Als Mann des Ausgleichs und des Augenmaßes, der Bedächtigkeit und Bescheidenheit, als Mann von Kompetenz und Charakter war Knapp die Idealbesetzung auf dem Konstanzer OB-Sessel, vergleichbar nur mit dem Sozialdemokraten Fritz Arnold, der anderen großen Rathaus-Persönlichkeit. Beide, Arnold wie Knapp, verliehen der Stadtverwaltung Kontinuität und Konstanz, beide hatten bereits in der Weimarer Republik kommunale Spitzenämter bekleidet. Ihrer fruchtbaren Nachkriegszusammenarbeit waren jedoch nur wenige Jahre vergönnt. Am 17. Juni 1950 starb Arnold überraschend an einer Herzlähmung.

Mit den Gemeinderatswahlen vom September 1946 war das kommunale Leben in Konstanz nach 13 Jahren der Ohnmacht wieder erwacht. Aber es war ein zögerndes Erwachen, weil die Beschränkungen des Besatzungsregimes nur einen „kastrierten Wahlkampf" erlaubten. Das änderte sich zwei Jahre später.[30] Als die Wähler im November 1948 erneut zu den kommunalen Urnen gerufen wurden, hatten sie bereits einige Wochen Wahlkampf mit intensiver Parteienwerbung hinter sich. Neben dieser Veränderung gab es eine andere. Die BCSV, die inzwischen CDU hieß, verlor in einem auf zwanzig Sitze verkleinerten Gemeinderat ihre absolute Mehrheit und stellte nur noch zehn statt 14 Räte. Mit ihr verloren auch Demokraten und Kommunisten je einen Sitz und kamen noch auf drei beziehungsweise ein Mandat im Stadtparlament, während die Sozialdemokraten statt mit vier nun mit sechs Sitzen vertreten waren. Veränderungen ergaben sich auch durch die neue badische Gemeindeordnung. Oberbürgermeister und beigeordnete Bürgermeister wurden vom Gemeinderat nun auf neun Jahre gewählt. Konstanz leistete sich überdies statt dreier ehrenamtlicher Beigeordneten zwei besoldete, was zwar die Stadtkasse belastete, aber die Verwaltung professionalisierte. Die neue Rathausspitze war weitgehend die alte: Oberbürgermeister Knapp und Beigeordneter Schneider (beide CDU) sowie Beigeordneter Arnold (SPD).

Mit dieser zweiten Kommunalwahl gewann die Konstanzer Parteienlandschaft festere Konturen, die erst 1953 – durch das Auftreten freier Wählervereinigungen – Veränderungen erfuhren. Bis dahin war die CDU mit einem Stimmenanteil zwischen vierzig und fünfzig, mitunter sogar fast sechzig Prozent

die dominierende politische Kraft, gefolgt von einer langsam Terrain gewinnenden SPD, deren Anhang zwischen zwanzig und dreißig Prozent schwankte und einer DP/FDP, die zwischen zehn und zwanzig Prozent Wähler an sich binden konnte. Die Kommunisten hingegen spielten ab 1949 wegen des frostiger werdenden Kalten Krieges nurmehr eine Nebenrolle.

Père Noël einmal anders

Zur langsam beginnenden politischen Normalisierung trug 1948 maßgeblich die Wende der Besatzungspolitik bei. In Konstanz hatte sie einen Namen: André Noël. Der neue Bezirksgouverneur, der im Februar 1948 die Nachfolge Marcel Degliames angetreten hatte, war zwar immer noch ein allmächtiger Mann, aber im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der Macht demonstriert und auf Distanz geachtet hatte, versteckte Noël seine Macht und suchte die Zusammenarbeit. Er sprach deutsch, richtete eine Bürgersprechstunde ein, nahm an Stadtratssitzungen und an der Konstanzer Fasnacht teil und gab jedem, der bei ihm Sorgen ablud, das Gefühl, ernst genommen zu werden. In einem Augenblick, in dem Frankreich begann, seine Deutschlandpolitik neu auszurichten – weg von einer Sicherheit durch Niederhaltung des Nachbarlandes hin zu einer Sicherheit durch seine Eingliederung in ein vereinigtes Europa – war Noël der richtige Mann am richtigen Fleck. Er brachte den Konstanzern zwar keine Weihnachtsgeschenke, wie sein Name hätte nahe legen können, aber er gab ihnen etwas anderes, womit sie die Besatzungsmacht bis dahin nicht verwöhnt hatte: Verständnis.

Glückskinder

Nach den Stürmen von Krieg und Nachkrieg bewegte sich in den 1950er Jahren das Stadtschiff, gelenkt von seinem gleichermaßen erfahrenen wie abgeklärten Steuermann Franz Knapp, in ruhigerem Fahrwasser. Nur einmal noch gingen die Wogen hoch. Als bei der Kommunalwahl Mitte November 1953 die Freien Wähler fünf Mann hoch in den Gemeinderat einzogen, nahm mancher Konstanzer Anstoß, nicht an der Tatsache an sich, sondern an einer Person. Leopold Mager, der letzte NS-Bürgermeister, feierte nach nur acht Jahren politischer Abstinenz sein Comeback als Stadtrat. So sehr dieser „Betriebsunfall" viele irritierte, löste er doch nur eine kleine Turbulenz aus, gemessen an jener großen, die Konstanz nach dem Abgang seines verdienten Rathauschefs Knapp im Dezember 1957 ereilte.

Ein fast zweijähriges Interregnum, in dem bisweilen ein Hauch von Religionskrieg das politische Klima vergiftete, leitete ein neues, nicht eben rühmliches Kapitel der Stadtgeschichte ein. Doch das steht auf einem anderen Blatt. Im

Rückblick kann man festhalten: Konstanz ist mit viel Glück unbeschädigt durch schwere Zeiten gekommen. Es war das Glück der eigenen Tüchtigkeit, die sich in der Tatkraft und Umsicht der Verantwortlichen an der Spitze der Stadt und deren Umfeld zeigte. Es waren aber auch das Glück des Zufalls und das Glück der Randlage, die – ansonsten hinderlich – Konstanz im Krieg zum überlebensnotwendigen Vorteil gereichten. Nach dem Krieg hungerten die Konstanzer zwar mehr als andere, aber sie hungerten nicht in Ruinen wie viele andere. Außerdem hatten sie Nachbarn jenseits der Grenze, die sie in der ärgsten Not nicht im Stich ließen. Insofern waren sie auch wieder Glückskinder, obgleich das vielen von ihnen damals gar nicht bewusst war.

Anmerkungen

1 Louis-Ferdinand Céline: D'un château à l'autre, [o. O.] 1980, S. 268 f. [Übersetzung des Autors].
2 Vgl. Arnulf Moser: Die Grenze im Krieg, S. 53 ff.
3 Zum Folgenden Lothar Burchardt/Dieter Schott/Werner Trapp: Konstanz im 20. Jahrhundert, S. 419 ff.
4 Olivier Todd: La marelle de Giscard 1926–1974, Paris 1977, S. 64. Ferner hierzu Arnulf Moser: Konstanz Mai 1945, S. 28.
5 Ebd., S. 27 ff.
6 Albert Camus: Images de l'Allemagne occupée, in: Combat Magazine, 30 Juin–1er Juillet 1945, wiederabgedruckt in: Camus à Combat. Editoriaux et articles d'Albert Camus 1944 – 1947, [o. O.] 2002, S. 555–560, hier S. 559 [Übersetzung des Autors].
7 Arnulf Moser: Die Grenze, S. 54, gibt 4 500 an, Lothar Burchardt: Konstanz zwischen Kriegsende und Universitätsgründung, S. 17, gibt dagegen 7 000 an.
8 Ebd., S. 70.
9 Arnulf Moser: Die Grenze, S. 14.
10 Lothar Burchardt: Konstanz zwischen Kriegsende und Universitätsgründung, S. 71.
11 Ebd., S. 33 und 92.
12 Vergleichszahlen ebd., S. 79.
13 Zum Folgenden ebd., S. 80 ff. und 176 ff. Ferner Agnes Dietrich: Das geschah in Konstanz, S. 70.
14 Umfrage des Allensbacher Instituts von 1948, vgl. Institut für Demoskopie: Jahrbuch der öffentlichen Meinung, 1947–1955, 2. Aufl. Allensbach 1975, S. 150.
15 Lothar Burchardt: Konstanz zwischen Kriegsende und Universitätsgründung, S. 185 f.
16 Ausführlicher hierzu Agnes Dietrich: Das geschah in Konstanz, S. 43, 59 und 66.
17 Lothar Burchardt: Konstanz zwischen Kriegsende und Universitätsgründung, S. 225 und 345.

18 Ebd., S. 183.
19 Zum Folgenden ebd., S. 40 ff. und 189 ff.
20 Vgl. Jürgen Klöckler: Die Entwicklung und das Wachstum der Stadt Konstanz zwischen 1920 und 1960, in: Mager und knapp. Alltagswelten in der Grenzstadt Konstanz 1920–1960, S. 40–48, hier S. 42.
21 Lothar Burchardt: Konstanz zwischen Kriegsende und Universitätsgründung, S. 284.
22 Zum Folgenden vgl. Berthold Schlegel: Der Konstanzer Fremdenverkehr gestern – heute – morgen, in: Konstanzer Almanach 1959, S. 53–58, hier S. 57 f.
23 Dazu Arnulf Moser: Konstanz Mai 1945, S. 26 f.
24 Lothar Burchardt: Konstanz zwischen Kriegsende und Universitätsgründung, S. 55.
25 Zur Gründungsgeschichte des *Südkurier* ebd., S. 133 ff.
26 Zur Entnazifizierung und zum „Fall Mager" ebd., S. 199 ff. und 371 ff.
27 Zum Theater nach dem Krieg ebd., S. 144 ff. und 446 ff. Ferner Kurt Kloepfel (Hrsg.): Theater am Bodensee, Singen-Hohentwiel [1947], S. 7 ff. und 103 ff.
28 Zur „Kunstwoche" Eva Moser: Rückkehr der Moderne. Zum kulturellen Neuanfang im deutschen Bodenseeraum 1945–1946, in: Rorschacher Neujahrsblatt 1995, S. 67–76, hier S. 72 ff.
29 Zu den Parteigründungen und zur ersten Kommunalwahl Lothar Burchardt: Konstanz zwischen Kriegsende und Universitätsgründung, S. 127 ff.
30 Zum Folgenden ebd., S. 229 ff.

Literaturhinweise

Burchardt, Lothar: Konstanz zwischen Kriegsende und Universitätsgründung. Hungerjahre, „Wirtschaftswunder", Strukturwandel, Geschichte der Stadt Konstanz, Bd. 6, Konstanz 1996.

Burchardt, Lothar/Schott, Dieter/Trapp, Werner: Konstanz im 20. Jahrhundert. Die Jahre 1914 bis 1945, Geschichte der Stadt Konstanz, Bd. 5, Konstanz 1990.

Dietrich, Agnes: Das geschah in Konstanz 1945–1966, (Südkurier), Konstanz [o. J.].

Grohnert, Reinhard: Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeptionen und Praxis der „Epuration" am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone, Stuttgart 1991.

Mager und knapp. Alltagswelten in der Grenzstadt Konstanz 1920–1960, hrsg. vom Rosgartenmuseum Konstanz, Konstanz 2002.

Moser, Arnulf: Die Grenze im Krieg. Austauschaktionen für Kriegsgefangene und Internierte am Bodensee 1944/45, Konstanz 1985.

Moser, Arnulf: Konstanz Mai 1945. Französische Besetzung in Sichtweite der Schweiz, in: Rorschacher Neujahrsblatt 1995, S. 25–30.

Roy, Willis F.: The French in Germany, 1945–1947, Stanford/California 1962.

Karl Moersch

Ludwigsburg – Ende und Wende in der Garnisonsstadt

Am 14. April 1945, eine Woche vor dem Einmarsch französischer Truppen in Ludwigsburg, gab es vor dem Rathaus in der Wilhelmstraße eine für die damalige Zeit ganz ungewöhnliche Demonstration. Etwa hundert Frauen hatten sich versammelt. Lautstark verlangten sie nach dem Oberbürgermeister. Das war der seit 1931 amtierende Karl Frank. Das Stadtoberhaupt befand sich in jenen Stunden nicht im Rathaus. Als sich die Frauen davon überzeugt hatten, griff die Polizei ein und löste die Demonstration auf. Von Verhaftungen ist nichts überliefert. Die Frauen wollten vom Oberbürgermeister die Zusage erhalten, dass Ludwigsburg nicht militärisch verteidigt werde. Als Lazarettstadt sollte es von Kampfhandlungen verschont bleiben.

Auch wenn der Oberbürgermeister zur Zeit der Demonstration im Rathaus gewesen wäre, hätte er nicht die Macht gehabt, diese durchaus plausible Forderung zu erfüllen. Neu war der Wunsch, die Soldatenstadt Ludwigsburg als „Lazarettstadt" zu deklarieren, in jenen Apriltagen jedoch keineswegs. Auf dem Rathaus stritten sich damals die Vertreter der Stadtverwaltung, der Stadtkommandant und dessen Stab, die für das Sanitätswesen zuständigen Ärzte – Zivilisten und Sanitätsoffiziere – mit noch in Ludwigsburg anwesenden NS-Funktionären. In der Stadt hielt sich hartnäckig das Gerücht, dass sich die Vertreter der verschiedenen Gruppen nicht einig seien. Viele Ludwigsburger aber waren davon überzeugt, dass man sich für eine „Lazarettstadt" entscheiden werde. Die „Ludwigsburger Zeitung" druckte am 16. April 1945 – also zwei Tage nach der Frauendemonstration – eine amtliche Erklärung, in der es hieß: „Die in letzter Zeit wiederholt kursierenden Gerüchte, dass Ludwigsburg zur Lazarettstadt erklärt worden sei, entspricht nicht den Tatsachen." In der gleichen amtlichen Erklärung stand aber auch der ausdeutbare Satz: „Dazu erfahren wir, dass dem Feind die Lazarette bekannt sind und dass sie im Streubereich der Artillerie ausgespart bzw. respektiert werden." Diese prinzipiell hoffnungsvoll klingende Mitteilung wurde dann aber durch einen weiteren Hinweis entwertet. Er lautete: „Gemäß Bekanntgabe des Oberkommandos der Wehrmacht und des Befehls des Reichsführers-SS Himmler vom 12. April 1945 wird Ludwigsburg wie jeder andere Ort verteidigt." Diese Formulierung steigerte die allgemeine Verwirrung.



Das Wehrbezirkskommando in der Stuttgarter Straße in Ludwigsburg war bereits Mitte April 1945 ziemlich verwaist. Der Stab der 47. Volksgrenadier-Division befand sich am 14. April 1945 bereits in Stammheim. (Foto: Stadtarchiv Ludwigsburg)

Zum Glück für die Stadt und ihre Bewohner zeigte sich am 21. April, dass niemand willens und bereit gewesen war, den Einmarsch französischer Truppen mit Waffen zu bekämpfen. Die angeblich so kampfeswilligen NS-Funktionäre waren in der Nacht zum 21. April 1945 aus der Stadt geflüchtet. Auch die kampffähigen Offiziere und Soldaten verschwanden vor dem Einmarsch der Franzosen am Morgen des 21. April aus der Stadt und ihren Kasernen.

Sieht man von 133 Toten und zahlreichen Verwundeten einmal ab, die in den Kriegsjahren durch Bombenabwürfe vor allem der britischen Luftwaffe zu beklagen waren, gehörte Ludwigsburg bei Kriegsende zu den wenigen größeren Städten im deutschen Südwesten, die halbwegs verschont blieben. Orte wie Heilbronn, Pforzheim, Mannheim oder Stuttgart sind durch Flächenbombardements heimgesucht worden, die vielen tausend Zivilisten das Leben gekostet haben. Deshalb stellte sich damals schon – und auch heute noch im Rückblick – die Frage: Weshalb ist ausgerechnet die weitaus größte Garnisonsstadt im deutschen Süden im Zweiten Weltkrieg nie das Ziel eines großen Bombenangriffs gewesen und warum ist Ludwigsburg auch bei Kriegsende von den heranrückenden Truppen der Ersten französischen Armee, der sogenannten „Rhein-Donau-Armee“ unter dem Befehl des Generals de Lattre de Tassigny, nicht mit Artillerie beschossen worden?

Die Antwort auf diese Frage verbreitete sich in Ludwigsburg noch vor dem offiziellen Kriegsende am 8. Mai 1945. Es stellte sich nämlich heraus, dass bereits an jenem 14. April 1945, an dem vor dem Rathaus hundert Frauen demonstrierten, mit der Führung der französischen Truppen ein direkter Kontakt hergestellt worden war. Es war ein Kontakt der ganz besonderen Art. Den Anfang einer keineswegs ungefährlichen Aktion machte der Ludwigsburger Oberfeldarzt Dr. Karl Dieter. Er, im Zivilberuf Chefarzt der Wernerschen Anstalten, missachtete souverän den Druck der NS-Funktionäre, indem er vorschlug, ganz Ludwigsburg zur „Lazarettstadt" zu erklären und nicht militärisch zu verteidigen. Es gelang Karl Dieter, für dieses Vorhaben die Unterstützung des Korpsarztes zu finden. Der wiederum erreichte, dass der Kommandeur der 47. V. G. D. (Volksgrenadier-Division) mit der Entsendung eines Parlamentärs einverstanden war. Dieser sollte ins Hauptquartier der französischen Truppen fahren und dort die Zusage erhalten, dass die „Lazarettstadt" Ludwigsburg nicht durch die französische Artillerie beschossen werde. Wer aber sollte die schwierige Mission übernehmen? Man entschied sich für den Oberstabsarzt Dr. Rolf Schäfer von der Heeres-Sanitätsstaffel Ludwigsburg. Eine entsprechende Weisung und die notwendigen Papiere, die den Parlamentär legitimieren sollten, erhielt Schäfer am 14. April 1945 von Oberst von Grundherr, dem Kommandeur der 47. Volksgrenadier-Division im Stabsquartier in Stammheim.



Den entscheidenden Anstoß zum Thema „Lazarettstadt" gab der Oberfeldarzt Dr. Karl Dieter, der als Zivilist Chefarzt der Ludwigsburger Wernerschen Anstalten gewesen war. (Foto: Stadtarchiv Ludwigsburg)

Wie die ganze Aktion verlief, schilderte Rolf Schäfer nach seiner Rückkehr in einem Bericht für den Divisionsstab. Am Samstagnachmittag um 14.30 Uhr habe er die deutsche Hauptkampflinie im Pulverdinger Holz durchschritten. Sein Auftrag sei es gewesen, „den Kommandieren General des II. französischen Armeekorps von dem Schreiben des Herrn Divisi-

onskommandeurs der 47. V. G. D., das die Schonung der im Stadtbereich Ludwigsburg vorhandenen Lazaretteinrichtungen laut eingezeichneter Lage im Stadtplan Ludwigsburg vorschlägt, in Kenntnis zu setzen". Diesen Auftrag führte der Oberstabsarzt aus – und er hatte Erfolg. Der französische General Guy de Monsarbat versicherte in einem Schreiben, datiert mit „Gefechtsstand, 14. April 1945", dem „Herrn deutschen Abschnittskommandeur", „gemäß der Genfer Konvention wird die französische Armee nicht auf Lazarette schießen, die sichtbar das Abzeichen des Roten Kreuzes tragen". Der französische General wies in seinem Schreiben auch darauf hin, dass die Stadt Ludwigsburg „nur in dem Falle vor jedem Bombardement geschützt sein würde, wenn das deutsche Oberkommando beschließen würde, sie nicht zu verteidigen".

Bei dem Gespräch im französischen Hauptquartier in der Nähe von Maulbronn bediente sich Rolf Schäfer der Hilfe eines Dolmetschers im Dienstrang eines Sonderführers. Außerdem gehörte ein Feldwebel als „Fahnenträger und Hornist" zur Delegation. Im Niemandsland zwischen dem Pulverdinger Holz und Enzweihingen, wo sich bereits französische Truppen befanden, war es, so berichtete Rolf Schäfer, zunächst zu einem Zwischenfall gekommen. Man habe die Dreiergruppe angeschossen, sie hätten sich – unverletzt – niedergeworfen, und er, Schäfer, habe den Hornisten blasen lassen. Als dieser einen Marsch anstimmte, habe er ihm dies verboten. Dank einer Melodie von Mozart seien sie dann nicht mehr behelligt worden. Soweit die kleine Geschichte eines für die Stadt Ludwigsburg ungemein wichtigen Unternehmens.

Zum Thema „Lazarettstadt" muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass am Tag der Frauendemonstration vor dem Rathaus, also am 14. April 1945, bereits auf dem Turm der Stadtkirche eine Rote-Kreuz-Flagge gehisst war. Kleinere Rote-Kreuz-Fahnen hatten Unbekannte zur gleichen Zeit an den nördlichen und westlichen Ortseingängen angebracht. Nach der „Amtlichen Warnung" in der „Ludwigsburger Zeitung" vom 16. April verschwand die Rote-Kreuz-Fahne vom Turm der Stadtkirche ebenso wie die Flaggen an den Ortseingängen.

Ursprünglich war die Besetzung der Stadt Ludwigsburg durch Truppen der 1. Französischen Armee in der Deutschlandplanung der Alliierten nicht vorgesehen – ebenso wenig wie eine französische Besetzung der Städte Stuttgart und Karlsruhe. Der ganze deutsche Südwesten sollte zunächst von der südlichen amerikanischen Heeresgruppe erobert werden. Oberkommandierender dieser Heeresgruppe war General Devers. Ihm unterstand – zunächst nominell – die von General Jean de Lattre de Tassigny geführte französische „Rhein-Donau-Armee". In seinen Memoiren, die leider nicht ins Deutsche übersetzt worden sind, schildert der französische General, dass er von Charles de Gaulle, seinem Staatschef, den Befehl erhalten habe, die vom amerikanisch-britischen Oberkommando – Eisenhowers Stellvertreter war General Montgomery – vorgelegte



Das Schorndorfer Torhaus – heute Teil der Dienststelle des Bundesarchivs – war im April 1945 ebenso mit einer Rot-Kreuz-Flagge als Lazarettbezirk gekennzeichnet wie die Krankenhäuser und einige Schulen in Ludwigsburg. (Foto: Stadtarchiv Ludwigsburg)

strategische Planung zu missachten. Das hieß: Die Franzosen, die anfänglich nur die rückwärtigen Verbindungen in einem amerikanisch besetzten Südwestdeutschland sichern sollten, überquerten deshalb beim pfälzischen Leimersheim und bei Speyer selbstständig, ohne jede amerikanische Hilfe und unter erheblichen Verlusten den Rhein und marschierten in Richtung Karlsruhe. Andere Regimenter gelangten über Bruchsal in den Kraichgau und an die Enz. Stuttgart war das Ziel der Franzosen. Die württembergische Landeshauptstadt wollte de Gaulle als Faustpfand so lange behalten, bis sich Frankreich in der „Londoner Beratungskommission" gegen Amerikaner und Briten durchgesetzt habe. Nicht nur das linksrheinische Deutschland wollte de Gaulle als französisches Besatzungs- und Interessengebiet erhalten, sondern auch das ganze Land Baden – mit Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg. Dieser Streit der Amerikaner und Briten mit dem Frankreich de Gaulles war erst im Juli 1945, also zweieinhalb Monate nach Kriegsende

entschieden und zwar anders, als es de Gaulles Forderungen entsprach. So kam es am Ende zu einem amerikanisch besetzten Nordbaden und einem französisch besetzten Südwürttemberg.

Von alldem konnte man in Ludwigsburg Ende April 1945 nichts wissen, als man sich – erfolgreich – bei den Franzosen um eine Schonung der Stadt bemühte. Der französische General und Korpskommandeur, Guy de Monsarbat, der bei Maulbronn sein Quartier aufgeschlagen hatte, kannte mit großer Wahrscheinlichkeit die amerikanische Nachkriegsplanung, bei der die Städte Heidelberg und Ludwigsburg eine besondere Aufgabe übernehmen und deshalb tunlichst nicht umkämpft werden sollten. Deshalb dürfte es dem französischen General auch nicht schwer gefallen sein, dem Parlamentär aus Ludwigsburg unter bestimmten Bedingungen eine Schonung der Stadt in Aussicht zu stellen.

In ihrer Deutschlandplanung für die Zeit nach dem Tode Hitlers hatten die Amerikaner schon im Jahre 1944 die Stadt Heidelberg als künftigen Standort ihres Deutschland- und Europa-Hauptquartiers vorgesehen. Die Garnisonsstadt Ludwigsburg mit ihren zahlreichen Kasernen und dem dazugehörigen Gelände für Militärfahrzeuge aller Art war als zentraler Truppenstandort im deutschen Südwesten eingeplant. Das reiche Angebot an Kasernen und an Exerziergelände sollte außerdem für die Einrichtung großer Internierungslager dienen, in denen man Führungskräfte aus der NS-Zeit sammeln und deren Mitverantwortung für kriminelle Handlungen unterschiedlicher Art feststellen wollte. In schweren Fällen drohte den Betroffenen eine militärgerichtliche Anklage. Die Einrichtung von Spruchkammern mit deutschen Richtern für die nichtkriminellen Fälle war in der amerikanischen Deutschlandplanung ebenfalls vorgesehen.

Zur Planungskommission in Washington gehörte ein hoher Beamter des State Departement, des amerikanischen Außenministeriums, der über Ludwigsburg recht genau Bescheid wusste. Sein Name: Hans Merten. Am Ende der 1920er Jahre saß Merten in dem von Ernst Lemmer, dem späteren Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen in der Regierung Adenauer, geleiteten Reichsvorstand der Jungdemokraten. Einen Platz in diesem Gremium hatte auch Karl Frank, der im Jahre 1931 zum Oberbürgermeister von Ludwigsburg gewählt worden war. Merten, damals Regierungsrat im preußischen Handelsministerium, war Zeuge des Ludwigsburger OB-Wahlkampfes von 1931 gewesen. Ob der freundschaftliche Kontakt zwischen Frank und Merten auch weiter bestanden hat, nachdem Merten im Jahre 1935 in die USA emigriert war, lässt sich nicht exakt belegen. In den amerikanischen Planungsakten befanden sich jedenfalls am Ende des Zweiten Weltkrieges genaue Angaben über Ludwigsburg und dessen Oberbürgermeister.

Von den Franzosen zu den Amerikanern



Der amerikanische Stadtkommandant und Kreisgouverneur Captain John Lindsay wurde von den Ludwigsburgern respektiert. (Foto: Stadtarchiv Ludwigsburg)

Die Besetzung Ludwigsburgs durch die französischen Truppen war nur von kurzer Dauer. Bereits nach knapp zwei Wochen, am 4. Mai 1945, wurde ein junger amerikanischer Captain, John Lindsay mit Namen, Inhaber der obersten Gewalt in der Stadt und im Kreis. Sein Amtssitz: das Ludwigsburger Rathaus. Von den französischen Bundesgenossen hatte Lindsay keine große Meinung. Überliefert ist, dass Lindsay damals freimütig bekannt hat: „Totales Chaos ist nicht der richtige Ausdruck für das, was uns die Franzosen hinterlassen haben." Was immer der amerikanische Stadtkommandant damit sagen wollte, sicher ist, dass sich die vorwiegend aus Tunesiern, Marokkanern und Senegalesen bestehenden französischen Kampfverbände alles andere als diszipliniert verhalten haben. Die auch weiterhin im Amt verbliebenen Beamten der Stadtverwaltung waren verständlicherweise nicht in der Lage, dem zum Teil schlimmen Treiben französischer Soldaten Einhalt zu gebieten. Ohnmächtig war dabei auch der vom französischen Kommandeur weiterhin im Amt belassene Oberbürgermeister Karl Frank. Ihm hatten die Franzosen am 27. April einen soeben nach Ludwigsburg gekommenen Mann namens Alfred Böhringer zur Seite gestellt.

Böhringer, Jahrgang 1889, war von Beruf Kaufmann. Er stammte aus Wolterdingen im Kreis Donaueschingen, war verheiratet und hatte zusammen mit seiner aus der Steiermark stammenden Ehefrau sieben Kinder. Da er ganz offensichtlich viele Jahre lang in Frankreich gelebt hatte, sprach er fließend französisch. Als Stellvertreter von Oberbürgermeister Frank war Böhringer Dolmetscher und Verbindungsmann zu den Franzosen. Als die Amerikaner genau eine Woche nach Böhringers Ernennung zum stellvertretenden Oberbürgermeister durch

die Franzosen in Ludwigsburg die Herrschaft übernahmen, blieb Alfred Böhringer ebenso im Amt wie Karl Frank. Vom Oktober 1945 bis zum Amtsantritt von Elmar Doch als – gewählter – Oberbürgermeister der Stadt im Sommer 1946, versah Böhringer das Amt eines kommissarischen Stadtoberhauptes.

Der Gemeinderat beendete schließlich die unklare Situation Böhringers und wählte ihn formal zum Ersten Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Diese Stellvertreterposition beendete Böhringer jedoch schon nach kurzer Zeit. Anfang November 1946 schied er auf eigenen Wunsch aus der Stadtverwaltung aus, blieb aber noch weitere anderthalb Jahre in Ludwigsburg, wo er zuletzt in der Asperger Straße gewohnt hatte. In der Kartei des Einwohnermeldeamtes ist vermerkt, dass Böhringer am 17. März 1948 „mit Frau und Kindern nach Reims in Frankreich" verzogen sei. Bemerkenswert ist die Begründung, die Böhringer für sein Ausscheiden aus dem Amt des Stellvertretenden Oberbürgermeisters zu Protokoll gegeben hat. Er wolle, so Böhringers Erklärung, „wegen der Interesselosigkeit und dem Mangel an Opferbereitschaft weiter Kreise nicht länger die Mitverantwortung für das Flüchtlingsproblem tragen". Als Böhringer mit seiner Familie im März 1948 nach Frankreich umgezogen war, betrachteten manche Ludwigsburger die „Episode Böhringer" als ziemlich rätselhaft. Böhringers plötzliches Eintreffen am 27. April 1945 in Ludwigsburg sei, so die Vermutung, möglicherweise von französischer Seite veranlasst worden. Mit ihm hätten sie Einfluss auf die Stadtverwaltung genommen und diesen Einfluss auch nach der Übergabe der Stadt an die Amerikaner behalten.

Nicht weniger rätselhaft dürfte auch das Verbleiben Karl Franks im Amt des Oberbürgermeisters nach dem Wechsel von der französischen zur amerikanischen Besatzung gewesen sein. Der Demokrat Frank war nach der „Machtergreifung" im Jahre 1933 weiter im Amt geblieben. Das war für ein Stadtoberhaupt nicht selbstverständlich, das nicht der NSDAP angehörte und kein „alter Kämpfer" war. Allem Anschein fehlte es der NSDAP in Ludwigsburg damals an einem Kandidaten, den man der Bevölkerung hätte anbieten können. Im Jahre 1937 wurde Frank Mitglied der NSDAP – eine Tatsache, die bei Kriegsende und nach einer Übernahme der obersten Gewalt durch einen amerikanischen Militärgouverneur gewissermaßen automatisch mit einer Amtsenthebung verbunden war. Nicht so in Ludwigsburg.

Karl Frank selbst hatte sich das ursprünglich ganz anders vorgestellt. Mit dem Einmarsch der Franzosen wollte er aus seinem Amt ausscheiden. Als penibler Jurist unterzeichnete er noch vor dem Eintreffen der französischen Truppen sowohl seine Entlassungsurkunde als auch zwei Urkunden für Personen, die er als Nachfolger für die Spitze der Stadtverwaltung vorgesehen hatte. Weil die Franzosen offensichtlich auf eine derartige Personalveränderung in der Ludwigsburger Stadtverwaltung nicht vorbereitet waren, musste Frank im Amt



Der Jurist Dr. Karl Frank, 1931 als Demokrat in Ludwigsburg zum Oberbürgermeister gewählt, amtierte bis zum Herbst 1945. Von 1950 bis 1960 war Karl Frank Finanzminister in Stuttgart. (Foto: Stadtarchiv Ludwigsburg)

bleiben und einen Mann als Stellvertreter akzeptieren, der mit den französischen Verhältnissen vertraut war.

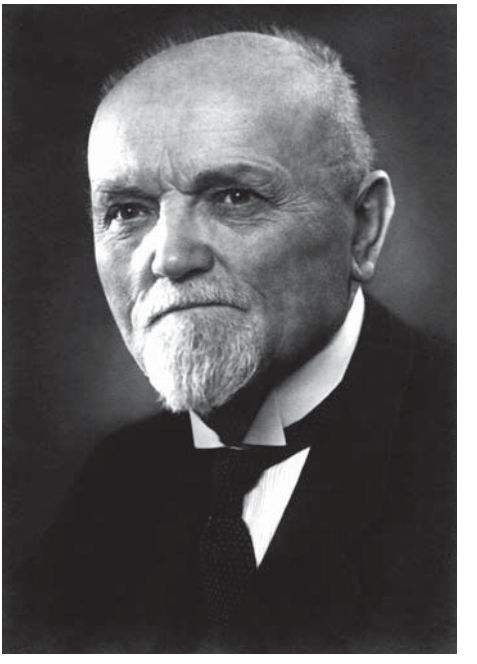
Bis zum Oktober 1945 amtierte Karl Frank weiterhin als Oberbürgermeister. Erst als er sich, wie alle ehemaligen Mitglieder der NSDAP, einem Entnazifizierungsverfahren unterziehen musste, verließ er das Rathaus. Nun begann für ihn eine neue Tätigkeit als Jurist in einer Anwaltskanzlei in Ludwigsburg. Weil Franks Spruchkammerverfahren nicht mit einem einschneidenden Urteil endete, war für ihn der Weg in ein politisches Amt alsbald wieder frei. Im Januar 1950 berief der Ministerpräsident des Landes Württemberg-Baden, Reinhold Maier, den Ludwigsburger Oberbürgermeister a.D. zum Finanzminister des Landes. Zweifel an seiner Vergangenheit waren ausgeräumt, nachdem der DVP/FDP-Landesvorsitzende Wolfgang Haußmann Einblick in Franks Entnazifizierungsakte genommen hatte. Dass Frank als gebürtiger Heidelberger bei der Bildung einer Koalitionsregierung, bestehend aus Demokraten, Sozialdemokraten und der Vertriebenenpartei BHE für das numerische Gleichgewicht zwischen Württembergern und Badenern im Kabinett gesorgt hat, dürfte mit dazu beigetragen haben, dass sich Reinhold Maier für den ehemaligen Oberbürgermeister von Ludwigsburg entschied.

Die Initiative des Wilhelm Keil

Bei Kriegsende waren in Ludwigsburg die jeweiligen Militärgouverneure besonders aufgeschlossen, als es darum ging, einen ersten Schritt zum Aufbau einer Demokratie zu tun. Bereits am 30. April 1945 bildete sich in Ludwigsburg ein „Kontrollausschuss“ der Bürgerschaft, bestehend aus zunächst „15 Personen, darunter fünf Sozialdemokraten, drei Kommunisten, zwei Zentrumsanhänger,

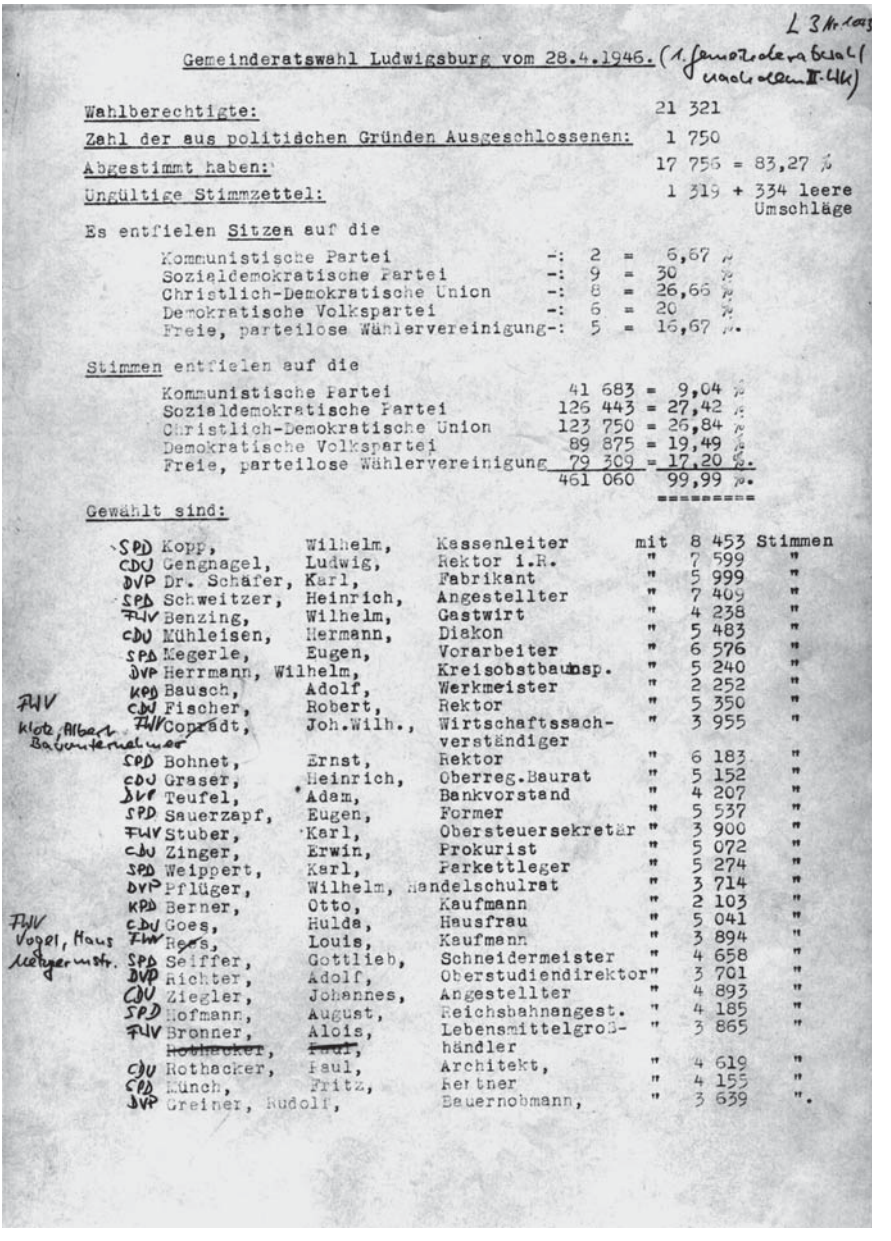
dazu noch einige Demokraten und parteilose Geschäftsleute“. So liest man es in den Lebenserinnerungen des altgedienten Sozialdemokraten Wilhelm Keil. Er selbst hat damals – noch unter französischer Herrschaft – die Initiative für diese Art von „Ersatzgemeinderat“ ergriffen.

Der französische Kreisgouverneur, so erinnerte sich Keil, sei von dieser Gründung eines „Anti-nazi-Komitees“ zur „Befreiung von nazistischen Einflüssen und einer Kontrolle der Verwaltung nach demokratischen Gesichtspunkten“, nicht sehr erbaut gewesen. Er habe die Gründung aber zugelassen. Der fünf Tage nach der Keil’schen Initiative ins Ludwigsburger Rathaus eingezogene Amerikaner Captain Lindsay sei anfangs ebenfalls auf Distanz gegangen. Nach kurzer Zeit jedoch habe er, Keil, das „volle Vertrauen dieses amerikanischen Weltmannes von geistigem Format“ gewonnen. Als Sprecher des Komitees und als Berater des Landrates und des Oberbürgermeisters habe er, Keil, nach Bedarf und Wunsch bei Captain Lindsay aus und ein gehen können.



Wilhelm Keil, einst als Sozialdemokrat jüngster Abgeordneter im Königreich Württemberg, lebte auch nach 1933 in Ludwigsburg. Nach 1945 gehörte er in der Stadt und in Württemberg-Baden zu den „Männern der ersten Stunde“. (Foto: Stadtarchiv Ludwigsburg)

Wilhelm Keil, am 24. Juni 1870 in Helsa bei Kassel geboren, war bei Kriegsende im Frühjahr 1945 nahezu 75 Jahre alt. Drechsler von Beruf, wurde er bald schon ein aktives Mitglied der Sozialdemokratie. Bereits um die Jahrhundertwende arbeitete er in Stuttgart als Redakteur beim SPD-Parteiorgan, der „Schwäbischen Tagwacht“. Als Landtagskandidat der SPD im Oberamt Ludwigsburg gewann er am 18. Dezember des Jahres 1900 die Stichwahl und zog so als „Benjamin“ – als jüngster Abgeordneter – in den württembergischen Landtag ein. Bald darauf errang er auch im Reichstagswahlkreis Ludwigsburg-Cannstatt ein Reichstagsmandat, das er erst im Jahre 1933, nach dem Verbot der SPD durch Hitler, verlor. Über seine Existenz in der NS-Zeit sagte Keil in seinen Lebenserinnerungen, ein



Gemeinderatswahl Ludwigsburg vom 28.4.1946.

Wahlberechtigte:		21 321
Zahl der aus politischen Gründen Ausgeschlossenen:		1 750
Abgestimmt haben:		17 756 = 83,27 %
Ungültige Stimmzettel:		1 319 + 334 leere Umschläge

Es entfielen Sitzen auf die

Kommunistische Partei	-:	2	=	6,67 %
Sozialdemokratische Partei	-:	9	=	30 %
Christlich-Demokratische Union	-:	8	=	26,66 %
Demokratische Volkspartei	-:	6	=	20 %
Freie, parteilose Wählervereinigung	-:	5	=	16,67 %.

Stimmen entfielen auf die

Kommunistische Partei	41 683	=	9,04 %
Sozialdemokratische Partei	126 443	=	27,42 %
Christlich-Demokratische Union	123 750	=	26,84 %
Demokratische Volkspartei	89 875	=	19,49 %
Freie, parteilose Wählervereinigung	79 309	=	17,20 %.
	461 060		99,99 %.

Gewählt sind:

SPD	Kopp,	Wilhelm,	Kassenleiter	mit 8 453	Stimmen
CDU	Genghagel,	Ludwig,	Rektor i.R.	" 7 599	"
DVP	Dr. Schäfer,	Karl,	Fabrikant	" 5 999	"
SPD	Schweitzer,	Heinrich,	Angestellter	" 7 409	"
FWV	Benzing,	Wilhelm,	Gastwirt	" 4 238	"
CDU	Kühleisen,	Hermann,	Diskon	" 5 483	"
SPD	Kegerle,	Eugen,	Vorarbeiter	" 6 576	"
DVP	Herrmann,	Wilhelm,	Kreisobstbauinsp.	" 5 240	"
KPD	Bausch,	Adolf,	Werkmeister	" 2 252	"
CDU	Fischer,	Robert,	Rektor	" 5 350	"
FWV	Conrädt,	Joh.Wilh.,	Wirtschaftssachverständiger	" 3 955	"
SPD	Bohnet,	Ernst,	Rektor	" 6 183	"
CDU	Graser,	Heinrich,	Oberreg.Baurat	" 5 152	"
DVP	Teufel,	Adam,	Bankvorstand	" 4 207	"
SPD	Sauerzapf,	Eugen,	Former	" 5 537	"
FWV	Stuber,	Karl,	Obersteuersekretär	" 3 900	"
CDU	Zinger,	Erwin,	Prokurist	" 5 072	"
SPD	Weippert,	Karl,	Parkettleger	" 5 274	"
DVP	Pflüger,	Wilhelm,	Handelsschulrat	" 3 714	"
KPD	Berner,	Otto,	Kaufmann	" 2 103	"
CDU	Goes,	Hulda,	Hausfrau	" 5 041	"
FWV	Rees,	Louis,	Kaufmann	" 3 894	"
SPD	Seiffer,	Gottlieb,	Schneidermeister	" 4 658	"
DVP	Richter,	Adolf,	Oberstudiendirektor	" 3 701	"
CDU	Ziegler,	Johannes,	Angestellter	" 4 893	"
SPD	Hofmann,	August,	Reichsbahnangest.	" 4 185	"
FWV	Bronner,	Alois,	Lebensmittelgroßhändler	" 3 865	"
CDU	~~Rothacker~~,	~~Paul~~,			
CDU	Rothacker,	Paul,	Architekt,	" 4 619	"
SPD	Münch,	Fritz,	Kertner	" 4 155	"
DVP	Greiner,	Rudolf,	Bauernobmann,	" 3 639	".

Dreißig nicht durch eine Mitgliedschaft in der NSDAP belastete Ludwigsburger gehörten mit der Wahl vom 28. April 1946 dem Gemeinderat der Stadt an. Die Abbildung zeigt die Ergebnisliste der Gemeinderatswahl. (Abbildung: Stadtarchiv Ludwigsburg)

Geschick, von dem er nicht wisse, ob er es ein Gütiges nennen solle, habe es so gefügt, dass er das „Tausendjährige Reich“ überlebt habe. „Nicht einmal KZ-Häftling bin ich gewesen“, schrieb er rückblickend im Jahre 1948.

Auch in anderen, von Franzosen oder Amerikanern besetzten Städten entstanden im Frühjahr 1945 ähnliche Komitees, besetzt vorwiegend mit Personen, die vor 1933 in demokratischen Parteien oder in der KPD mitgearbeitet hatten. Meist schmückten sich solche Bürgerausschüsse mit dem Adjektiv „antifaschistisch“. Darauf legten vor allem die Kommunisten, aber auch manche Sozialdemokraten wert. Der politisch erfahrene, wortmächtige Wilhelm Keil entschied sich indes ganz korrekt für die Bezeichnung „anti-nationalsozialistisch“. Ihn störte das Wort „sozialistisch“ im Name der NSDAP nicht. Im Übrigen verstanden sich die Mitglieder des „Antinazi-Komitees“ von Anfang an als eine Art überparteilicher Repräsentanz der Ludwigsburger Bürgerschaft, die bis zu einer allgemeinen demokratischen Wahl eines Gemeinderates aktiv bleiben sollte.

Diese Wahl fand am 28. April 1946 statt, also fast genau ein Jahr nach dem Einmarsch französischer Truppen. Wahlberechtigt waren 21 321 Ludwigsburger Bürgerinnen und Bürger. Von den Wahllisten gestrichen, weil aus politischen Gründen nicht – noch nicht – wahlberechtigt, waren 1 750 Ludwigsburger. Eine hohe Zahl der Wahlberechtigten, rund 83 Prozent, gab einen Stimmzettel ab. Auf die Kommunistische Partei entfielen neun Prozent der Stimmen, die Sozialdemokraten erhielten 27,4 Prozent, die Christlich Demokratische Union 26,8 Prozent, die Demokratische Volkspartei brachte es auf einen Stimmenanteil von 19,5 Prozent und die parteilose Freie Wählervereinigung erhielt 17,2 Prozent der gültigen Stimmen. Unter den dreißig Gewählten findet man eine ganze Reihe bekannter Ludwigsburger Namen. Am meisten Stimmen er-



Dr. Elmar Doch amtierte seit dem 31. August 1946 als Oberbürgermeister in Ludwigsburg. Doch, Mitglied der Demokratischen Volkspartei (DVP, später FDP), war von 18 der dreißig Gemeinderäte gewählt worden. (Foto: Stadtarchiv Ludwigsburg)

hielt der Sozialdemokrat Wilhelm Kopp, gefolgt vom Christdemokraten Ludwig Gengnagel und dem Demokraten Karl Schäfer, der später im Stuttgarter Landtag als Vizepräsident der Stellvertreter des Präsidenten Wilhelm Keil wurde.

Die bereits erwähnte Wahl von Elmar Doch am 27. Juni 1946 erfolgte im Gemeinderat mit 18 von dreißig Stimmen. Vorgeschlagen hatten Doch die DVP-Gemeinderäte; unterstützt wurde deren Kandidat von den Freien Wählern und von der CDU. Wie schon Karl Frank war auch Elmar Doch von Hause aus Jurist, geboren im Jahr 1910 in Mühlhausen als Sohn des Redakteurs Ewald Doch, der als politischer Schriftleiter des „Stuttgarter Neuen Tagblatts" einst ein vielbeachteter Leitartikler gewesen ist.

Elmar Doch wurde am 31. August 1946 in sein Amt gesetzt. Der sozialdemokratische Innenminister Fritz Ulrich sagte bei dieser Gelegenheit, Doch übernehme „in schwerer Stunde die Geschicke der Stadt, 16 Monate des Zusammenbruchs liegen hinter uns, und jede Aufarbeitung geht nur sehr langsam voran". Ulrich erwähnte in seiner Rede vor allem die Wohnungsnot und die Unterbringung der Flüchtlinge als besonders schwierige Aufgabe für Oberbürgermeister und Gemeinderat.

Flüchtlinge in großer Zahl

Als im Oktober 1945 die ersten Flüchtlingstransporte aus der Tschechoslowakei im amerikanisch besetzten Württemberg eintrafen, war es zunächst die Aufgabe der Landkreisverwaltung, für die Unterbringung der aus der Heimat Vertriebenen zu sorgen. Der im Kreis Ludwigsburg amtierende Landrat Dr. Hellmuth Jaeger richtete deshalb ein Schreiben an alle Gemeindeverwaltungen, so rasch wie möglich Unterkünfte für Flüchtlinge zu schaffen. Die Aufmerksamkeit der Kreisbehörde richtete sich dabei hauptsächlich auf das von Kriegszerstörungen weitgehend verschont gebliebene Ludwigsburg „mit seinen vielen Kasernen". Die großen Hoffnungen, die der Landrat und seine Mitarbeiter auf die angeblich verfügbaren Kasernen setzten, erwiesen sich jedoch rasch als trügerisch. Die Amerikaner hatten zunächst einmal sämtliche Gebäude, die militärisch genutzt worden waren und sich im Reichseigentum befanden, für ihre Zwecke oder Vorhaben beschlagnahmt. Die Stadtverwaltung konnte deshalb zunächst nur mit Billigung des amerikanischen Kreis- und Stadtgouverneurs die ihr zugewiesenen Flüchtlinge aus dem Sudetenland und aus den Ostgebieten in Notquartiere einweisen.

Neben ihren Soldaten hatten die Amerikaner in den Kasernen inzwischen viele tausend sogenannte „DPs" (Displaced Persons) untergebracht, Personen also, die von den amerikanischen Truppen aus deutschen Kriegsgefangenenlagern oder aus Konzentrationslagern befreit worden waren, aber zunächst nicht

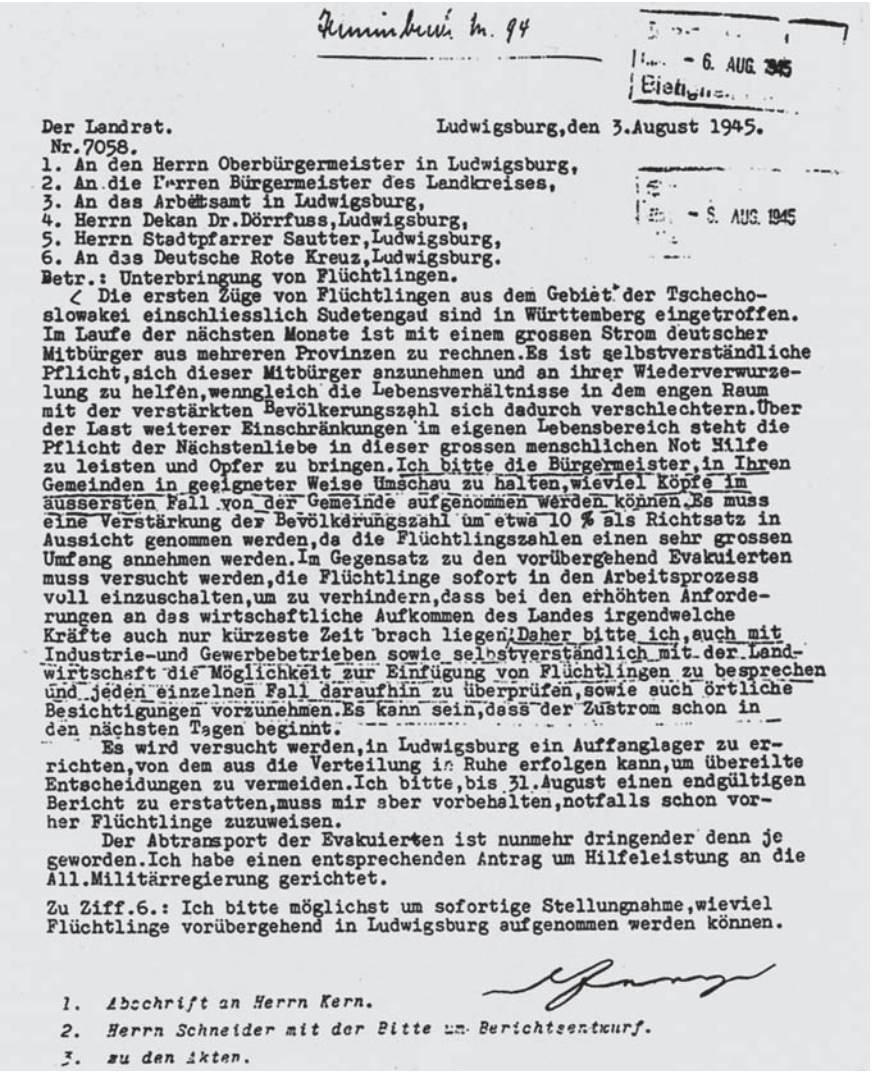
in ihre Heimatstaaten zurückkehren konnten oder wollten. Nicht wenige von ihnen warteten in Ludwigsburg auf eine Auswanderung in die USA, nach Kanada oder Australien. Da die Franzosen bei ihrem Einmarsch unter anderem die Tore des Gefängnisses in der Schorndorferstraße geöffnet hatten, befanden sich unter den DPs auch einige Kriminelle. Ihretwegen gerieten viele der Displaced Persons in den Verdacht, an Plünderungen und Einbruchdiebstählen beteiligt gewesen zu sein.

Schon in den letzten Monaten des Krieges waren zahlreiche Einwohner der umkämpften deutschen Ostprovinzen nach Süd- und Südwestdeutschland geflüchtet. In Ludwigsburg fanden viele von ihnen zunächst bei Verwandten oder Freunden eine vorläufige Bleibe. Das eigentliche „Flüchtlingsproblem" zeichnete sich jedoch Anfang August 1945 ab, als die USA, Großbritannien und die Sowjetunion bei der Potsdamer Konferenz eine große Umsiedlungsaktion in den von nun an unter polnischer und – was Ostpreußen betraf – sowjetischer Verwaltung stehenden deutschen Ostprovinzen beschlossen. Ebenso sah das Potsdamer Protokoll vor, die deutsche Bevölkerung aus den sogenannten Sudetengebieten auszusiedeln.

Die Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945 veranlassten den Ludwigsburger Landrat Jaeger schon am 3. August, mit einem Schreiben an die Gemeinde- und Stadtverwaltungen darauf hinzuweisen, dass man demnächst mit einem gewaltigen Zustrom von Flüchtlingen oder „Aussiedlern" rechnen müsse. Es gelte deshalb Vorsorge zu treffen. Angeblich rechnete die Landkreisverwaltung zunächst mit einer Zunahme der Kreisbevölkerung um etwa zehn Prozent – eine Zahl, die, wie sich bald herausstellen sollte, viel zu niedrig angesetzt war.

Der erste Bahntransport mit etwa 1 000 zwangsausgesiedelten Deutschen aus der Tschechoslowakei kam im Kreis Ludwigsburg am 24. Oktober 1945 an. Rasch nacheinander trafen weitere Züge ein. Vorbereitet hatte man in Bietigheim ein Durchgangslager für 2 000 Personen. Es musste bald schon durch ein zweites Lager in Kornwestheim ergänzt werden. Am 29. Oktober 1946 lebten bereits 161 000 Personen im – alten – Kreis Ludwigsburg. Ein Jahr zuvor, am 1. Oktober 1945, waren noch 133 000 gezählt worden. Kurz vor der Wahl des Ersten Bundestages im August 1949 hatte sich die Einwohnerzahl auf 180 000 erhöht. Als schließlich in den Jahren 1950 und 1951 noch viele tausend Vertriebene aufgenommen werden mussten, die bis dahin notdürftig in Massenquartieren in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen gelebt hatten, stieg die Zahl der Heimatvertriebenen im Kreis Ludwigsburg auf über 50 000. Der Bevölkerungsanteil der „Neubürger" – so damals die amtliche Bezeichnung – stieg auf 27,4 Prozent.

Da anfangs bei weitem nicht genug privater Wohnraum beschafft werden konnte, richtete man zuerst auch Notquartiere in Schulräumen ein. Vorgesehen war für die Vertriebenen indes ganz allgemein die „Einquartierung" in einem heizbaren



Reminiscere Nr. 94

- 6. AUG. 1945

Der Landrat. Ludwigsburg, den 3. August 1945.
Nr. 7058.

1. An den Herrn Oberbürgermeister in Ludwigsburg,
2. An die Herren Bürgermeister des Landkreises,
3. An das Arbeitsamt in Ludwigsburg,
4. Herrn Dekan Dr. Dörrfuss, Ludwigsburg,
5. Herrn Stadtpfarrer Sautter, Ludwigsburg,
6. An das Deutsche Rote Kreuz, Ludwigsburg.

- 5. AUG. 1945

Betr.: Unterbringung von Flüchtlingen.

Die ersten Züge von Flüchtlingen aus dem Gebiet der Tschechoslowakei einschliesslich Sudetengau sind in Württemberg eingetroffen. Im Laufe der nächsten Monate ist mit einem grossen Strom deutscher Mitbürger aus mehreren Provinzen zu rechnen. Es ist selbstverständliche Pflicht, sich dieser Mitbürger anzunehmen und an ihrer Wiederverwurzelung zu helfen, wenngleich die Lebensverhältnisse in dem engen Raum mit der verstärkten Bevölkerungszahl sich dadurch verschlechtern. Über der Last weiterer Einschränkungen im eigenen Lebensbereich steht die Pflicht der Nächstenliebe in dieser grossen menschlichen Not Hilfe zu leisten und Opfer zu bringen. Ich bitte die Bürgermeister, in Ihren Gemeinden in geeigneter Weise Umschau zu halten, wieviel Köpfe im äussersten Fall von der Gemeinde aufgenommen werden können. Es muss eine Verstärkung der Bevölkerungszahl um etwa 10 % als Richtsatz in Aussicht genommen werden, da die Flüchtlingszahlen einen sehr grossen Umfang annehmen werden. Im Gegensatz zu den vorübergehend Evakuierten muss versucht werden, die Flüchtlinge sofort in den Arbeitsprozess voll einzuschalten, um zu verhindern, dass bei den erhöhten Anforderungen an das wirtschaftliche Aufkommen des Landes irgendwelche Kräfte auch nur kürzeste Zeit brach liegen. Daher bitte ich, auch mit Industrie- und Gewerbebetrieben sowie selbstverständlich mit der Landwirtschaft die Möglichkeit zur Einfügung von Flüchtlingen zu besprechen und jeden einzelnen Fall daraufhin zu überprüfen, sowie auch örtliche Besichtigungen vorzunehmen. Es kann sein, dass der Zustrom schon in den nächsten Tagen beginnt.

Es wird versucht werden, in Ludwigsburg ein Auffanglager zu errichten, von dem aus die Verteilung in Ruhe erfolgen kann, um übereilte Entscheidungen zu vermeiden. Ich bitte, bis 31. August einen endgültigen Bericht zu erstatten, muss mir aber vorbehalten, notfalls schon vorher Flüchtlinge zuzuweisen.

Der Abtransport der Evakuierten ist nunmehr dringender denn je geworden. Ich habe einen entsprechenden Antrag um Hilfeleistung an die Alliierte Militärregierung gerichtet.

Zu Ziff. 6.: Ich bitte möglichst um sofortige Stellungnahme, wieviel Flüchtlinge vorübergehend in Ludwigsburg aufgenommen werden können.

1. Abschrift an Herrn Kern.
2. Herrn Schneider mit der Bitte um Berichtsentwurf.
3. zu den Akten.

Erstaunlich rasch reagierte Landrat Dr. Hellmuth Jaeger bereits am 3. August 1945 auf die Beschlüsse der Konferenz der Potsdam. (Abbildung: Stadtarchiv Ludwigsburg)

Raum sowie der zeitweilige Aufenthalt in einem geheizten Raum des Quartiergebers und die Möglichkeit der Küchenbenutzung. Konflikte blieben bei derartigen Zwangseinquartierungen nicht aus. Die – unfreiwilligen – Quartiergeber versuchten oft, die Einquartierungen auf das Nötigste zu beschränken. Das Leben in „Notunterkünften“ gehörte so in der ersten Nachkriegszeit zur Normalität.

In Ludwigsburg, wie auch anderswo, war ein spezieller „Flüchtlingsausschuss" – seit dem Mai 1946 eine Institution des neuen Gemeinderates – für die Einweisung der Flüchtlinge zuständig. Erschwert war dies alles, weil man in Ludwigsburg nicht nur Wohnraum für die Flüchtlinge bereitstellen musste, sondern auch ganze Häuser sowie komfortable, größere Wohnungen von der Besatzungsmacht beansprucht wurden, und zwar als Unterkünfte hauptsächlich für Offiziere und deren Familien. Betroffen von derartigen Maßnahmen waren hauptsächlich ehemalige Angehörige der NSDAP und deren Organisationen.

So gut wie vergessen ist, dass es in altwürttembergischen Orten, zu denen auch Ludwigsburg gehörte, anfangs auch eine konfessionelle Trennungslinie gab, weil ein nicht geringer Teil der Heimatvertriebenen der römisch-katholischen Kirche angehörte. Mehr und mehr verschwand damals auch in Ludwigsburg die Dominanz der evangelisch-lutherischen Landeskirche. Die katholischen „Neubürger" pflegten einen engen Zusammenhalt, wozu auch der regelmäßige Besuch von Gottesdiensten und die Mitarbeit in kirchlichen Organisationen gehörten. Im Übrigen waren die Nichtwürttemberger leicht an ihrer Sprache zu erkennen. Ihr heimatlicher Dialekt machte sie in den Ohren der Einheimischen zu „Reigschmeckten".

Betrachtet man diese besonderen Verhältnisse in der Rückschau, so entdeckt man, dass all dies für die im Nachkriegsdeutschland Geborenen kaum mehr zu verstehen ist. Schon nach wenigen Jahren verschwanden die anfänglichen Trennungslinien. Das geschah viel rascher, als dies einst erwartet oder befürchtet worden war. Zu dieser positiven Entwicklung trug vor allem nach der Währungsreform und nach der Gründung eines westdeutschen Staates, der Bundesrepublik Deutschland, ein zügiger Wohnungsbau speziell auch für die Heimatvertriebenen bei. Nicht weniger wichtig war aber auch in einer Stadt wie Ludwigsburg der Umstand, dass sich die Heimatvertriebenen beim Wiederaufbau sowie durch die Neugründung von Handwerks- und Industrieunternehmen als ein ganz wesentlicher wirtschaftlicher Faktor erwiesen. „Die Not setzt verborgene Kräfte frei", konstatierte ein kritischer Beobachter.

Dauerthema Nahrungsmittelknappheit

Einheimische und Flüchtlinge litten in den ersten Nachkriegsjahren gleichermaßen unter der Knappheit von Grundnahrungsmitteln. Die Besatzungsmächte – ausgenommen die Franzosen – hatten beschlossen, den Bedarf an Nahrungsmitteln für die deutsche Bevölkerung auf 1 500 Kalorien pro Tag festzusetzen. Die Versorgung in der Stadt Ludwigsburg erreichte diese Mindestquote in den ersten Nachkriegsmonaten keineswegs. Nach damaligen Statistiken mussten die meisten Einwohner anfangs mit weniger als 1 000 Kalorien auskommen.

Ganz anders verhielt es sich mit den Internierten in den Lagern Flakkaserne und Krabbenlochkaserne. Als in der Stadt bekannt wurde, dass dort von den Amerikanern festgehaltene Ludwigsburger ebenso wie die anderen Lagerinsassen mit 1 500 bis 1 700 Kalorien am Tag ausreichend ernährt wurden, verzeichnete man in der Stadt eine allgemeine heftige Empörung. Besonderes Aufsehen erregte schließlich ein Vorfall im Mai 1946. In den Chroniken wird er als „Ludwigsburger Lebensmittelskandal" geschildert. Der Vorsitzende des „Konsumvereins", der im April 1946 auf der Liste der Sozialdemokraten in den Gemeinderat gewählt worden war, sorgte dafür, dass zahlreiche „prominente" Ludwigsburger Butter, Zucker und andere begehrte Lebensmittel ohne Bezugsschein kaufen konnten. Unter den Empfängern solcher Kostbarkeiten befanden sich hauptsächlich Mitglieder der KPD. Der Konsumdirektor und SPD-Gemeinderat hatte nicht vergessen, dass er früher der Kommunistischen Partei angehört hatte. Die Polizei errechnete, dass etwa zwanzig Tonnen Lebensmittel vorschriftswidrig dankbare Abnehmer gefunden hätten. Mehrere städtische Beamte sowie einige Gastwirte und Firmeninhaber wurden damals als Mitbeteiligte verhaftet.

Offiziell vorschriftswidrig war es auch, dass sich Landwirte innerhalb und in der Umgebung der Stadt an einem florierenden Tauschhandel beteiligten. Wertgegenstände aller Art, zum Beispiel Schmuckstücke oder wertvolle Teppiche, auch Klaviere und andere Musikinstrumente wanderten in ländliche Haushalte – getauscht gegen Lebensmittel, gegen Butter, Eier und Milch, gegen Kartoffeln, auch gegen Obst sowie „Kraut und Rüben". Der frühmittelalterliche Naturalienhandel blühte wieder auf. Da Ludwigsburg mehrere, immer noch von der Landwirtschaft geprägte Stadtteile besaß, kam es auch zu einer Art von Güterverlagerung von der Innenstadt in die Stadtteile. Als wichtig und wertvoll erwies sich, dass zahlreiche Ludwigsburger Familien entweder einen kleinen Hausgarten oder am Rande der Stadt einen Garten, ein „Stückle", besaßen. Aus Blumenbeeten wurde im Jahr 1945 ein „Kartoffeläckerle" oder ein Gemüsebeet. Besitzer von Obstbäumen und Beerenanlagen wurden von Freunden und Verwandten umworben und – falls sie sich spendierfreudig zeigten – hoch geschätzt.

Wegen des allgemeinen Brennstoffmangels, speziell des Mangels an Kohle, verschwand mancher Baum in der Stadt oder am Stadtrand, sei es legal oder illegal. Not macht eben nicht nur erfinderisch, sie macht auch Diebe. Gefällt wurden in der ersten Nachkriegszeit ganz legal Bäume im Salonwald, in den unteren Schlossanlagen, am Mathildenhof und in den Alleen. Weil die Schulen im ersten Nachkriegswinter nicht beheizbar waren, sollten die Eltern den Kindern Holzscheite mitgeben.

Begünstigt in dieser allgemeinen Not waren Familien mit Verwandten in den USA und in Kanada. Von ihnen erhielt man die wundervollen CARE-Pakete,

in denen sich nicht nur Reis, Zucker und andere – haltbare – Nahrungsmittel befanden, sondern oft auch Kakao, Schokolade und Kaffeepulver. Viele dieser Hilfspakete aus Amerika gingen über kirchliche Einrichtungen an besonders bedürftige Personen, vor allem an alleinstehende alte Leute. Das Ende der großen Not, der Lebensmittelknappheit und des Tauschhandels kam im Juni 1948 mit der Währungsreform.

Sammelplatz Ludwigsburg

Die Stadt Ludwigsburg bekam in den ersten Nachkriegsjahren im ganzen Westen Deutschlands und weit darüber hinaus einen hohen Bekanntheitsgrad. Das „verdankte" man vor allem einem Ereignis: dem Spruchkammerverfahren gegen den ehemaligen Reichsbankpräsidenten und Mitbegründer der „Harzburger Front", Hjalmar Schacht. Wie aber war Schacht, der wie schon der Vorname „Hjalmar" erkennen lässt, kein Württemberger gewesen ist, ausgerechnet nach Ludwigsburg gelangt? Die Antwort ist einfach: Er wurde nach seiner Festnahme am Kriegsende von den Amerikanern nach Ludwigsburg in ein Internierungslager gebracht.

Gemäß ihrer Nachkriegsplanung für Deutschland hatten die US-Amerikaner in Ludwigsburg insgesamt vier Internierungslager eingerichtet, eines weiteres dazu im nahen Kornwestheim. Im Osten von Ludwigsburg, in der Oßweiler Flakkaserne und in der Krabbenlochkaserne, waren ehemalige NS-Funktionäre und zahlreiche höhere Reichs- und Landesbeamte untergebracht. In der Frommann-Kaserne im Westen der Stadt befand sich ein Frauenlager. Hier waren Führerinnen der NS-Frauenschaft interniert, aber auch Ehefrauen und Witwen von hohen NS-Funktionären, die bei Kriegsende verhaftet worden waren oder Selbstmord begangen hatten. Auch die Witwe des Reichsführers-SS Heinrich Himmler hielten die US-Amerikaner in der Frommannkaserne fest.

Mehrere tausend Männer und Frauen warteten in den Ludwigsburger Lagern auf Bescheide, die ihre Zukunft bestimmen sollten. Die Mehrzahl der internierten Männer trug nicht etwa Zivilkleider wie Hjalmar Schacht, sondern eine feldgraue Wehrmachtsuniform, an der die Rangabzeichen fehlten.

Wer als Soldat, gleich welchen Dienstranges, in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten war – in Deutschland oder bei den Kämpfen in Frankreich – wurde gründlich „gefilzt", wie es im Landserjargon hieß. Er musste oder sollte genaue Angaben über seine militärische und seine berufliche Karriere machen. Jeder, um ein kleines Beispiel zu nennen, der den Titel „Rat" führte – man denke an Regierungsräte, aber auch an Studienräte –, gelangte so in den „automatischen Arrest". Man brachte ihn deshalb in ein amerikanisches Internierungslager auf deutschem Boden. Mancher Obergefreite, auch mancher



Die erst kurz vor dem Zweiten Weltkrieg erbaute Flakkaserne im Ludwigsburger Stadtteil Oßweil war neben der Krabbenlochkaserne in den ersten Nachkriegsjahren ein Lager für internierte NSDAP-Mitglieder und hohe Staatsbeamte. Das Bild zeigt den Eingang zum Kasernenbereich. (Foto: Stadtarchiv Ludwigsburg)

Reserveleutnant, ist so im Sommer 1945 aus einem großen amerikanischen Kriegsgefangenenlager in Frankreich nach Ludwigsburg gelangt. Wer Glück hatte, der wurde schon bald aus der Haft entlassen. Die Auswahlprozedur bei den Kriegsgefangenen war ziemlich schematisch. Eine genaue Kenntnis von deutschen Verhältnissen besaßen die jungen, deutsch sprechenden amerikanischen Vernehmungsoffiziere nicht. Sie waren meist als Kinder deutscher Auswanderer oder in den 1930er Jahren US-amerikanische Bürger geworden.

Im amerikanischen Sammellager 404 in der Nähe von Marseille sagte ein Kriegsgefangener – er besaß nur einen Mannschaftsdienstgrad – wahrheitsgemäß, er sei Ministerialdirigent gewesen. Dass er dies ausgerechnet bei Goebbels im Reichspropagandaministerium war, sagte er nicht. Der amerikanische Oberleutnant war überrascht und fragte zurück, ob er denn ein großes Orchester geleitet habe. Geistesgegenwärtig bestätigte dies der Goebbels-Mitarbeiter mit freundlicher Miene. Er hatte Glück und kurz darauf Pech, als der amerikanische General, ein gebürtiger Ungar, beschloss, eine Big Band zu gründen. Der Oberleutnant erinnerte sich als Angehöriger der Stabskompanie an den „Dirigenten“. So flog die Sache auf. Der Goebbels-Mitarbeiter „durfte“, begleitet von zwei Militärpolizisten, von Marseille nach Ludwigsburg ins Lager Krabbenloch reisen.

Dort traf er auf zahlreiche andere Angehörige der alten Reichsministerien. Darunter befanden sich auch gut zwei Dutzend deutsche Diplomaten, die von den Alliierten während des Krieges im Ausland interniert und im Frühsommer 1945 nach Ludwigsburg gebracht worden waren. Einer von ihnen war der spätere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Sigismund von Braun, der Bruder des Raketentechnikers und Raumfahrtpioniers Wernher von Braun. Zu den in Berlin oder in anderen Teilen Deutschlands festgenommenen Angehörigen des Auswärtigen Amtes, die man in der Krabbenlochkaserne interniert hatte, gehörte auch Kurt Georg Kiesinger. Er wurde allerdings schon nach wenigen Monaten entlassen.

Zuwachs aus dem Ausland – aus China – erhielt das Internierungslager Krabbenlochkaserne auch noch im Frühjahr 1946. Die Amerikaner hatten bei Kriegsende zahlreiche Deutsche, die sich in China und in Japan befanden, in Shanghai interniert. Darunter befanden sich auch deutsche Diplomaten mit ihren Familien. Ihr Sprecher war der letzte Geschäftsträger der Gesandtschaft in Peking, Hermann Zanker, der Sohn des einstigen, früh verstorbenen Bürgermeisters von Benningen am Neckar. Als die Amerikaner das Internierungslager Shanghai räumten und die dort festgehaltenen Deutschen per Schiff in die Heimat zurückschickten, machten sie Hermann Zanker, den späteren Bürgermeister von Marbach, zum Obmann für seine deutschen Landsleute. Dazu gehörte auch der Journalist und Schriftsteller Klaus Mehnert. Als Zankers Gruppe in Bremerhaven den amerikanischen Transportzug bestieg, wusste niemand, dass die Fahrt in Ludwigsburg enden würde, und einige Mitglieder der Reisegruppe auf dem Hohenasperg, andere im Lager Krabbenlochkaserne untergebracht würden. In seinen Erinnerungen schrieb Mehnert jedoch, er habe, als der Transport nach stundenlanger Fahrt anhielt, sofort gerochen, dass der Zug in Ludwigsburg „bei seiner Verwandtschaft, der Familie Franck", angekommen sei.

Was Mehnert nicht erwähnt hat, war eine Besonderheit, die die Frauen der Shanghai-Rückkehrer betraf. Einige von ihnen trugen nämlich ziemlich lange und vor allem straffe Röcke. In deren Saum befanden sich Goldbarren. Der lebenskluge Hermann Zanker hatte schon frühzeitig in Peking für das Kriegsende vorgesorgt. Die von der Reichsbank an die Gesandtschaft gelieferten Goldreserven – sprich Goldbarren – ließ er in einem Kloster belgischer Ordensschwestern vergraben. Beim Abschied aus Peking griff man auf diesen „Goldschatz" zurück und versteckte ihn in den Rocksäumen der Damen. Weder die US-amerikanischen noch die deutschen Behörden haben je erfahren, was nach der Ankunft der Frauen in Ludwigsburg mit dem Gold geschehen ist. Hermann Zanker nahm dieses Geheimnis mit ins Grab.

Von der Soldatenstadt zur Industriestadt

Zwei große Kriege, der Weltkrieg von 1914 bis 1918 und der Krieg Hitlers von 1939 bis 1945, haben die traditionelle Soldaten- und Garnisonsstadt Ludwigsburg von Grund auf zu einer Handels- und Industriestadt verändert. Nach dem Ersten Weltkrieg befand sich Ludwigsburg zwar nicht mehr in der entmilitarisierten 50-Kilometer-Zone, die im Vertrag von Versailles an der deutschen Westgrenze vorgeschrieben worden war, aber angesichts der ebenfalls in Versailles auf ein Heer von 100 000 Mann reduzierten Streitmacht des Deutschen Reiches verkleinerte sich auch die Garnison in Ludwigsburg ganz erheblich. Es war nun an der Zeit, so viel wie möglich zivile Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Das gelang zunächst am Ende der 1920er Jahre recht wirksam durch die Ansiedlung der Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot (GdF), der Mutter aller deutschen Bausparkassen.

Nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister im Jahre 1931 kaufte Karl Frank alle zum Kauf angebotenen, meist landwirtschaftlich genutzten Grundstücke in der Weststadt. Er wusste damals schon, dass sich – lange vor Hitlers „Machtergreifung" – nicht nur die große Autobahnverbindung Hamburg-Basel in der Planung befand, sondern auch eine Autobahn, die Stuttgart mit Heilbronn verbinden sollte. Deshalb wollte der Ludwigsburger Oberbürgermeister Vorsorge treffen für eine umfangreiche, verkehrsgünstige Industrieansiedlung zwischen der Bahnlinie und der geplanten Autobahn. Bereits in der Mitte der 1930er Jahre entstanden so, dank der Bereitstellung von Grundstücken zu einem mäßigen Preis, mehrere Unternehmen, die vorwiegend für die rasch wachsenden Automobilfabriken als Hersteller von Maschinen und von Autozubehör dienten. Die Gründer der neuen Ludwigsburger Unternehmen wurden mit der militärischen Aufrüstung nach 1933 auch Teil der sogenannten Wehrwirtschaft. Einige von ihnen erhielten – amtlicherweise – die Titel „Wehrwirtschaftsführer". Das starke Engagement der neuen Ludwigsburger Unternehmen hatte aber auch für viele Arbeitnehmer in der Stadt einen großen, gewissermaßen lebenswichtigen Vorteil. Als unentbehrliche Arbeiter in einem Rüstungsbetrieb galten sie als „unabkömmlich", sie waren also „u k" gestellt und mussten entweder gar nicht Soldat werden oder wurden erst gegen Kriegsende eingezogen.

Im Frühjahr 1945 galt die Zukunft der neuen Unternehmen zunächst als ungewiss. Als „Wehrwirtschaftsführer" gehörten die Firmenchefs zu den Belasteten. Sie wurden deshalb bis zur Beendigung eines Spruchkammerverfahrens interniert oder durften, wenn sie der Internierung in einem der beiden Ludwigsburger Lager entgangen waren, ihre eigenen, unter Zwangsverwaltung gestellten Unternehmen erst wieder betreten, nachdem sie von einer Spruchkammer „entnazifiziert" worden waren. Dieser Zustand dauerte jedoch nicht

allzu lange. Spätestens mit der Währungsreform begann für die Industriebetriebe in Ludwigsburg eine neue Zeit des Aufschwungs.

Firmeninhaber und leitende Angestellte der Unternehmen, die sich zwangsweise eine Zeit lang in der Krabbenlochkaserne oder in den Gebäuden der Flakkaserne aufhielten, machten dort Bekanntschaft mit Lagerinsassen aus ganz Deutschland. Es bildeten sich Gruppen von Bankleuten und Unternehmern, von leitenden Angestellten aus dem kaufmännischen und dem technischen Sektor. Ein erheblicher Teil der Internierten hatte bei Kriegsende die Heimat verloren. Viele wollten und konnten nicht in die sowjetisch besetzte Zone zurück, weil sie dort mit einer erneuten Verhaftung rechnen mussten. Da sich „politische Belastung" und „fachliche Qualifikation" nicht ausschlossen, bildete sich in den Ludwigsburger Internierungslagern ziemlich rasch eine Art von Personalbörse. Nach der Entnazifizierung fand manch einer, der erst durch seine Internierung erfahren hatte, wo Ludwigsburg liegt, in der Stadt selbst oder in der näheren Umgebung einen neuen Wirkungsbereich. Das galt auch für Unternehmer, die inzwischen in der sowjetisch besetzten Zone enteignet worden waren. Sie machten sich selbstständig und holten vorwiegend aus den sächsischen Industriegebieten qualifizierte Arbeitskräfte nach Ludwigsburg, was bis zum Mauerbau 1961 möglich war.

Eingeschränkte Gewerkschaften

In einer Deklaration versicherten die Siegermächte 1945 unter anderem, dass sie in ganz Deutschland die „Bildung freier Gewerkschaften" zulassen wollten. Die amerikanischen Behörden nahmen diese Ankündigung von Anfang an auch für die Stadt und den Kreis Ludwigsburg ernst. Allerdings schränkten sie die versprochene Freiheit wieder ein, indem sie für Ludwigsburg nur die örtliche Gründung einer Einheitsgewerkschaft zuließen. Eine Aufsplitterung der Gewerkschaften in politische Richtungsgewerkschaften wie vor 1933 wollten die amerikanischen Deutschlandplaner verhindern. Zuständig für Gewerkschaftsfragen war in Stadt und Kreis Ludwigsburg der amerikanische „Wirtschaftsoffizier" McCharty. Zumindest was die Situation in Ludwigsburg betrifft, so darf man feststellen, dass McCharty den deutschen Gründern einer örtlichen Einheitsgewerkschaft keinen Vertrauensvorschuss gewährt hat. „Monatelang", so liest man in einem zeitgenössischen Dokument, „mussten alle Funktionäre jeden Samstag bei McCharty erscheinen und über ihre Tätigkeit Bericht erstatten. Die fast durchweg schon in der Zeit der Weimarer Republik tätig gewesenen Gewerkschaftsfunktionäre waren von diesem „unfreien" Samstag gar nicht erbaut. Man sei sich wie ein „ABC-Schütze" vorgekommen, notierte ein Betroffener. Gründer der Gewerkschaft waren Albert Seyerle, Heinrich Schweitzer,

Gotthilf Seifer, Hans Brummer und Ludwig Zeh. Da Albert Seyerle schon früh verstarb, bestimmten die Gewerkschaftsmitglieder Kurt Heinen zum Vorsitzenden des Ortsausschusses Ludwigsburg.

Eine heute als Kuriosum geltende amerikanische Vorschrift gilt es noch zu erwähnen: „Lohnpolitik" war den Gewerkschaften anfangs gar nicht möglich, weil die Löhne von der amerikanischen Besatzungsmacht vor- und festgeschrieben wurden. „Tarifpolitik" fand erst nach der Freigabe der Löhne durch die Besatzungsmacht statt. Allerdings hatte die Höhe der Löhne in der Zeit der noch geltenden Reichsmark – auch das muss man bedenken – für die Bestreitung des Lebensunterhaltes nur eine geringe Bedeutung. Kleidung und Schuhe erhielt man ja erst in zweiter Linie für Geld. Viel wichtiger war der Besitz eines behördlichen Bezugsscheins. Am Tag nach der Währungsreform war dann alles ganz anders. Die Auszahlung von vierzig D-Mark Kopfgeld für jeden Bewohner der Westzonen schien den Beginn einer großen allgemeinen, zumindest wirtschaftlichen Gleichheit zu signalisieren. So die Theorie. Die Praxis widerlegte sie jedoch rasch. Registriert werden muss allerdings auch, dass es nach der Einführung einer stabilen Währung plötzlich reichlich Lebensmittel gegeben hat, und zudem gelangten auch Gebrauchsgüter aller Art aus geheimen Lagern von einem Tag zum andern in die Schaufenster.

Nicht erst mit der Bildung einer Regierung für die Bundesrepublik Deutschland endete die notvolle Nachkriegszeit, sie endete faktisch mit der, von amerikanischen, nicht von deutschen Experten ausgearbeiteten und von den westlichen Militärgouverneuren verfügten Währungsreform. Der wichtigste deutsche Anteil an dieser Reform bestand darin, dass der damalige Wirtschaftsdirektor der Trizone, Ludwig Erhard, die Vorschriften zur staatlichen Bewirtschaftung der wichtigsten Güter nicht verlängerte und dass die Westalliierten dies, wenn auch grollend, hingenommen haben.

Quellen

Gespräch des Verfassers mit Hermann Zanker, Sendung im SDR (Archiv des SWR).

Stadtarchiv Ludwigsburg: Archivalien zur Gemeinderatswahl 1946 sowie bericht im Amtsblatt über die Amteinführung von Oberbürgermeister Elmar Doch und Meldebogen Alfred Böhringer.

Gespräche des Verfassers mit Sigismund von Braun und mit anderen Angehörigen des Auswärtigen Amtes, die in Ludwigsburg interniert gewesen sind.

Gespräche des Verfassers mit Dr. Hans Merten-Muhle und mit Dr. Karl Frank.

Literaturhinweise

Belschner, Christian/Hudelmaier, Walter: Ludwigsburg im Wechsel der Zeiten, Ludwigsburg 1969.

Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Stuttgart 1948.

Landkreis Ludwigsburg (Hrsg.): Die Eingliederung der Vertriebenen im Landkreis Ludwigsburg, Ludwigsburg 1986.

Mehnert, Klaus: Ein Deutscher in der Welt. Erinnerungen 1906–1981, Stuttgart 1985.

Sauer, Paul: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend, Ulm 1978.

Schmierer, Wolfgang: Im Kreis Ludwigsburg von 1945 bis heute, in: Ludwigsburg. Erinnerungen aus der Stadt und Kreis, Ludwigsburg 1997, S. 322–333.

Schnell, Karl: Im Internierungslager Ludwigsburg, in: Ludwigsburg. Erinnerungen aus der Stadt und Kreis, Ludwigsburg 1997, S. 349–357.

Sting, Albert: Geschichte der Stadt Ludwigsburg, Bd. 3, Ludwigsburg 2005.

Andrea Hoffend

Mannheim, die Kurpfalzmetropole – „Unsere erste Aufgabe: bauen und abermals bauen“

Grün ist die Hoffnung, behauptet der Volksmund. Es entbehrte also durchaus nicht eines tieferen Symbolgehalts, wenn ein Gründonnerstag den Menschen in Mannheim das Kriegsende und damit die Aussicht auf ein Leben ohne Todesangst brachte. Nach heftigem Artilleriebeschuss noch bis in die Vornacht gestaltete sich die Besetzung durch von Norden her in die Stadt einmarschierende US-Militärs dann vergleichsweise unspektakulär: Ebenso wie der NSDAP-Oberbürgermeister Carl Renninger hatten sich auch der Polizeichef und der deutsche Stadtkommandant mitsamt ihren Truppen mittlerweile ins Landesinnere abgesetzt. Die vom Käfertaler Wasserwerk aus telefonisch ins Stadtzentrum übermittelte Aufforderung zur Übergabe der Stadt war so zwar – formaljuristisch gesehen – auf keinen zuständigen Ansprechpartner, aber auch auf keine Gegenwehr gestoßen.

Die Bilanz des vom Naziregime angezettelten Weltbrands fiel für die einst blühende Industriestadt am Zufluss des Neckars in den Rhein schrecklich aus: Rund 10 000 Mannheimer waren als Soldaten gefallen. Die 151 Luftangriffe, die seit dem Juni 1940 auf die Stadt geflogen worden waren, hatten fast 2 000 Menschen das Leben gekostet.[1] Das zwölf Jahre währende Terrorregime hatte freilich noch weit mehr Mannheimer Opfer gefordert.

Im Zuge der nazistischen Verfolgungspolitik waren seit 1933 rund 6 500 Mannheimerinnen und Mannheimer jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft verfolgt und der Großteil von ihnen außer Landes getrieben worden. Jene rund 2 000, die bis zum Kriegsausbruch nicht den Weg ins Exil hatten wählen können oder wollen, waren im Herbst 1940 zusammen mit den anderen badischen, pfälzischen und saarländischen Juden in einer beispiellosen „Entjudungsaktion“ ins Internierungslager Gurs nach Südwestfrankreich und – sofern sie nicht bereits dort dahingerafft wurden – später weiter in die Vernichtungslager im Osten deportiert worden. Nur wenige überlebten.

Auch der Widerstand gegen das NS-Regime hatte der Stadt einen Blutzoll abverlangt: Schon vor 1933 hatte sich die im Reich erstarkende Hitler-Bewegung im traditionell „roten“ Mannheim massiver Gegenwehr gegenübergesehen. Nach der NS-„Machtergreifung“ war die Stadt zum Zentrum des südwestdeut-

schen Arbeiterwiderstands avanciert. Bis schließlich 1936 vorerst jegliche konspirative Tätigkeit niedergeschlagen war, waren hunderte von Mannheimern für ihren Einsatz für die Freiheit mit zum Teil langjährigen Haftstrafen belegt und dutzende von ihnen umgebracht oder zu Tode misshandelt worden. Nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion im Sommer 1941 war der Widerstand in einem Kreis um den ehemaligen kommunistischen Landtagsabgeordneten Georg Lechleiter erneut aufgeflammt. 22 Mitglieder und Mitwisser dieser Gruppe hatten ihren Kampf gegen das NS-Regime mit dem Tod bezahlt. Noch in den letzten Stunden vor der Befreiung der Stadt von der zusammenbrechenden Naziherrschaft, am 28. März 1945, waren in den Lauerschen Gärten in der Innenstadt drei Männer standrechtlich erschossen worden, die zur Begrüßung der einrückenden US-Truppen auf dem Haus des „Ufa-Palasts“ in N 7 eine weiße Fahne gehisst hatten.[2]

Vor dem Bombenhagel hatte sich, wer immer konnte, hinaus aufs Land geflüchtet und dort bei Verwandten oder Bekannten Unterschlupf gefunden oder sich bei Fremden eingemietet. Im Zuge planmäßiger Evakuierungen war seit 1943 nicht zuletzt ein großer Teil der Jugend kinderlandverschickt worden. Noch unmittelbar vor dem Einmarsch der US-Truppen hatten zudem zehntausende einem Evakuierungsbefehl Folge geleistet und sich aus der von der US-Militärpropaganda zum „Vernichtungsgebiet“ erklärten Stadt auf den Weg an die noch unbesetzte Bergstraße und in den Odenwald gemacht, wo sie aber Tieffliegerbeschuss erwartete. Von den 280 000 Einwohnern der Vorkriegszeit war so beim Einmarsch der US-Truppen nur noch rund ein Drittel in Mannheim verblieben – oder genauer: in jener Trümmerwüste, als die sich die Stadt nun in weiten Teilen darbot.

Denn die Kurpfalzmetropole war mit rund vier Millionen Kubikmetern Schutt übersät, mehr als drei Viertel der Bausubstanz lagen in Trümmern. Von ehemals rund 87 000 Wohnungen hatte weit weniger als ein Fünftel den Krieg unbeschadet überstanden, über die Hälfte war überhaupt nicht mehr bewohnbar.[3] Am stärksten betroffen waren die Innenstadt sowie die südlich und südöstlich angrenzenden Stadtteile Lindenhof und Schwetzingerstadt. Hier hatten – zusätzlich zum Flächenbombardement – gezielte Angriffe auf den als Verkehrsknotenpunkt strategisch wichtigen Hauptbahnhof sowie auf kriegswichtige Industrieanlagen wie die des Landmaschinenherstellers Lanz weit mehr als neunzig Prozent der Gebäude zerstört. Darüber hinaus hatten abrückende deutsche Truppen noch am 20. und 25. März 1945 in einem militärstrategisch sinnlosen Akt sämtliche Rhein- und Neckarbrücken gesprengt. Die Verbindung zur jenseits des Rheins gelegenen, zunächst ebenfalls von US-Truppen besetzten Schwesterstadt Ludwigshafen war damit abgeschnitten, die innerstädtischen Wege waren massiv behindert. Weniger als zwölf Prozent des Straßenbahn-



Die Mannheimer Innenstadt im Oktober 1945: Der Blick vom Turm der im Quadrat R 2 gelegenen Konkordienkirche vermittelt ein eindringliches Bild vom Grad der Zerstörung. Kaum ein Gebäude ist noch bewohnbar, größtenteils sind nur Häuserskelette auszumachen. Am Paradeplatz im Herzen der Stadt ragen die Überreste des Rathausturms in die Luft, von der ehemaligen Reichspost schräg gegenüber steht nur noch die Fassade. Vis-à-vis ist der Blick in die Geschossflächen zweier großer Kaufhäuser geöffnet, im Hintergrund sind die Ruinen des Kurfürstlichen Schlosses und der Jesuitenkirche, dahinter wiederum – nur noch schemenhaft – die der pfälzischen Nachbarstadt Ludwigshafen zu erkennen. (Foto: Stadtarchiv Mannheim)

netzes waren noch befahrbar, und Schiffswracks in Rhein und Neckar machten selbst die Flüsse weitgehend unpassierbar. Immerhin aber hatten besonnene Kräfte die mehrfach angeordnete Zerstörung von Fabrikanlagen sowie vor allem der Wasser- und Stromversorgung durch Verzögerungstaktik und Sabotage zu verhindern gewusst.

Die provisorische Stadtverwaltung

Das primäre Anliegen der US-Militärregierung vor Ort musste sein, das Gemeinwesen schnellstmöglich wieder in Gang zu bringen. Hierfür wurden qualifizierte, zugleich aber unbelastete Kräfte benötigt. Nachdem der katholische

Stadtdekan Josef Bauer den einrückenden Truppen den bei der Stadt Mannheim tätigen Ingenieur Josef Braun als integre Persönlichkeit mit langjähriger Verwaltungserfahrung empfohlen hatte, wurde der ehemalige Stadtrat der katholischen Zentrumspartei nach intensiver vorheriger Befragung schließlich am Karsamstag, den 31. März 1945, vom US-Stadtkommandanten als erster kommissarischer Oberbürgermeister auf dem Gebiet des späteren Baden-Württemberg verpflichtet – eine Entscheidung, die angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse in der Arbeiterstadt Mannheim für viele überraschend kam. Als aktiver Zentrumspolitiker war Braun den NS-Machthabern zwar durchaus missliebig gewesen, doch wegen seiner Fachkenntnisse hatte man auch während des „Tausendjährigen Reichs“ nicht auf ihn verzichten können. So war er zwar einerseits nach dem Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 für kurze Zeit inhaftiert, andererseits aber just im selben Jahr zum Stadtoberbaurat befördert worden. Als Oberbürgermeister Carl Renninger vor den herannahenden US-Truppen nach Sinsheim geflohen war, hatte er Braun sogar noch als Mitglied einer Art Übergangsverwaltung eingesetzt.

Dringlichste Aufgabe des neuen kommissarischen Stadtoberhaupts war es, das materielle Überleben der Bevölkerung in der schwer zerstörten Stadt zu gewährleisten und jenen Zehntausenden, die in Trümmern, Baracken und Bunkern hausten, schnellstmöglich menschenwürdige Unterkünfte zu verschaffen. Zuvörderst allerdings musste den Plünderungen begegnet werden, die bei Kriegsende umgehend eingesetzt hatten. Dabei waren es weniger die rund 20 000 Menschen, die als Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in die Stadt verschleppt worden waren, die sich jetzt an lange entbehrten Nahrungsmitteln und Bedarfsgegenständen gütlich getan hätten, sondern vor allem große Teile der heimischen Bevölkerung, denen der Sinn für „mein“ und „dein“ abhanden gekommen war. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Stadtoberhaupts bestand deshalb darin, eine unbewaffnete deutsche Hilfspolizei zusammenzustellen.

Bei der Besetzung der Spitzenpositionen in seiner neuen Verwaltung griff Josef Braun in hohem Maße auf Personal zurück, das nach der NS-„Machtergreifung“ auf der Grundlage des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen worden war. So fungierte als Stadtsyndikus bereits seit der ersten Aprilwoche wieder der Jurist Fritz Cahn-Garnier, der dieses Amt schon vor 1933 innegehabt hatte. Die „rassische“ Verfolgung durch die Nazis hatte der gebürtige Mannheimer zuletzt in einem Versteck überlebt. Vor 1933 parteilos, schloss er sich nun der SPD an. Schon im September 1945 allerdings wurde Cahn-Garnier als Landesdirektor für Finanzen nach Karlsruhe abberufen. Das Wohlfahrtsreferat wurde – ebenfalls seit der ersten Aprilwoche – von dem gelernten Schreiner und Glaser Richard Böttger geleitet. Auch er knüpfte damit

an jenes Amt an, aus dem man ihn 1933 in langjährige Arbeitslosigkeit gejagt hatte. Der mittlerweile über 70-jährige Sozialdemokrat versah die schwere Funktion durchaus nicht aus Übereifer, sondern weil es an geeignetem Nachwuchs mangelte: Unter der NS-Diktatur erzogen und dann durch den Krieg dezimiert, hatte die nachfolgende Generation vorerst keine Kräfte hervorgebracht, die den demokratischen Wiederaufbau hätten leisten können, so dass nun notgedrungen auch die Alten an vielen Stellen wieder in verantwortungsvolle Positionen einrücken mussten. Das Dezernat für Wiederaufbau übernahm am 12. Juni 1945 der gelernte Schlosser Gustav Zimmermann, der die SPD vor 1933 im Stadtrat vertreten hatte. Wie Cahn-Garnier wurde auch er bald in verantwortungsvolle Funktionen auf höherer Ebene abberufen.

Um die immensen Aufgaben stemmen zu können, war eine zusätzliche Erweiterung der Verwaltungsspitze vonnöten. Bereits am 26. Mai 1945 hatte die Militärregierung deshalb drei ehrenamtliche Mitarbeiter berufen, die den Oberbürgermeister unterstützen sollten. Auch in diesem Gremium war die politische Kontinuität zu 1933 sichtbar: Mit Jakob Trumpfheller, Rudolf Kohl und Walter Kaiser gehörten ihm ein früherer Funktionsträger der SPD, einer der KPD und einer der ehemaligen katholischen Zentrumspartei an, deren einstige Angehörige sich gerade anschickten, sich mit ehemaligen Repräsentanten protestantischer Gruppierungen in einer christdemokratischen Sammlungsbewegung zusammenzuschließen. Vorerst freilich waren politische Parteien selbst auf kommunaler Ebene noch nicht wieder zugelassen; sie konnten nur illegal, unter stiller Duldung durch die Besatzungsmacht, agieren.

Wiedergründung von Parteien und Gewerkschaften

Bereits am 28. März 1945, als US-amerikanische Truppen von Norden her in die Stadt vorrückten, hatten sich die ersten Mannheimer Sozialdemokraten wieder zusammengefunden, um sich in die Mitgliederliste einer ersten Stadtteil-Ortsgruppe einzutragen. Auch Angehörige der KPD sowie christlicher und liberaler Gruppierungen hatten sich sofort bei Kriegsende an den – vorerst illegalen – Wiederaufbau ihrer 1933 zerschlagenen lokalen Organisationsstrukturen gemacht. In den folgenden Wochen stießen jene hinzu, die nach und nach aus oft langjähriger Zuchthaus- und Lagerhaft zurückkehrten.

Der viel beschworene „antifaschistische Grundkonsens“ der unmittelbaren Nachkriegszeit drückte sich vor allem in dem Eifer aus, mit dem sich Nazigegner aller Couleurs umgehend an den Wiederaufbau gewerkschaftlicher Strukturen machten. Die deutschlandweit vorherrschende Ansicht, dass die früheren Richtungsgewerkschaften der Vergangenheit angehören und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aller politischen Richtungen sich nun unter

einem einzigen Dach sammeln sollten, personifizierte sich in Mannheim in den Protagonisten des gewerkschaftlichen Neubeginns: Hier waren es der einstige Freigewerkschafter Jakob Trumpfheller, der einstige Christgewerkschafter August Kuhn sowie der einstige Aktivist der kommunistischen „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ Paul Schreck, die schon Ende Mai 1945 bei der US-amerikanischen Militäradministration erfolgreich die Neugründung einer Einheitsgewerkschaft auf lokaler Ebene beantragten. Es war nicht zuletzt der Verfolgungshintergrund, der diese drei politisch so unterschiedlichen Männer einte: Als langjähriger Vorsitzender des örtlichen freigewerkschaftlichen Dachverbands und zuletzt auch Vorsitzender der örtlichen SPD hatte der gelernte Schlosser Jakob Trumpfheller 1933 nicht nur seine Existenz verloren, sondern während der gesamten NS-Zeit unter Gestapo-Bewachung gestanden. Insgesamt achtmal war er ohne Gerichtsverfahren inhaftiert gewesen. August Kuhn, von Beruf Müller, war nicht nur seines Mandats als Mitglied des Badischen Landtags verlustig gegangen, sondern auch seiner Funktion als Direktor des Mannheimer Arbeitsamts enthoben und in der Folgezeit einem kontinuierlichen Prozess dienstlicher Degradierung unterworfen worden. Über seinen Freund Jakob Kaiser mit dem Widerstandskreis um Carl Goerdeler und Wilhelm Leuschner in Verbindung, war er nach dem 20. Juli 1944 inhaftiert worden. Der ehemalige KPD-Reichstagsabgeordnete Paul Schreck wiederum, ein gelernter Dreher, hatte insgesamt acht Jahre KZ-Haft durchlitten. Im Konzentrationslager Buchenwald, aus dem er erst wenige Tage zuvor nach sechsjähriger Haft zurückgekehrt war, war ihm die Funktion eines Lagerältesten zugekommen.

Unter welchen Umständen aber hatte sich die gewerkschaftliche Aufbauarbeit in Mannheim zu vollziehen? Alle Gebäude, die vor 1933 Eigentum der Gewerkschaften gewesen waren, lagen in Trümmern. Aus der Zeit der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF), die sich nach der NS-„Machtergreifung“ den Besitz der zerschlagenen Organisationen einverleibt hatte, waren keinerlei Unterlagen mehr vorhanden, hier wie andernorts das finanzielle Vermögen vollständig vernichtet. Kein Büro also, keine Akten, keine Arbeitsmaterialien, kein Geld – und keine Entscheidungsstrukturen. So musste sich Trumpfheller, dem als Vertreter der einstmals größten Richtungsgewerkschaft die Führungsrolle mehr oder minder automatisch zuwuchs, zunächst als eine Art „demokratischer Diktator“ gebärden, wie ein christdemokratischer Mitstreiter später berichtet hat. Aufgaben und Ressorts wurden „ohne Förmlichkeiten in aller Kürze“ zugeteilt: „Du nimmst am besten Textil und Bekleidung, Leder und Holz“, hieß es lapidar. „Sonst wurde nichts besprochen.“[4]

Trotz der massiven Hemmnisse sollte es den Gewerkschaften in ihrer Hochburg Mannheim rasch wieder gelingen, einen Massenanhang zu sammeln. Ende August 1945 zählten sie bereits 15 000 Mitglieder, und in den folgenden vier

Jahren sollte sich diese Zahl noch verfünffachen. Trotz einer ansonsten restriktiven Gewerkschaftspolitik der Besatzungsmacht war Mannheim darüber hinaus im August 1945 die erste Stadt in der gesamten US-Zone, in der Belegschaftsvertretungen gewählt werden durften. Bereits im Oktober 1945 wurde zudem die Erlaubnis erteilt, die Einzugsgebiete der großstädtischen Zentralgewerkschaften auf die umliegenden Landkreise auszudehnen.[5]

Von den Kommunisten bis hin zu den Christdemokraten herrschte zunächst Einigkeit darüber, dass zu den Lehren, die aus der jüngsten Vergangenheit zu ziehen seien, nicht zuletzt auch die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, eine staatliche Wirtschaftsplanung und eine qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben gehören müssten. Auftrieb gab speziell in Mannheim die Tatsache, dass es in der Folgezeit in einigen Betriebsvereinbarungen – so mit dem Automobilhersteller Daimler-Benz, dem größten Arbeitgeber am Ort – gelingen sollte, auch Einfluss auf die ökonomischen Entscheidungen zu erlangen.[6] In der Realität freilich stand man schon bald wieder in der Defensive gegen die Vertreter der überkommenen Wirtschaftsordnung.

Anfang Oktober 1945 wurde die SPD als erste Partei in Mannheim wieder zugelassen und Trumpfheller mit überwältigender Mehrheit erneut zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Zusammen mit drei weiteren Mannheimern rückte er in den vorläufigen württembergisch-badischen Landesvorstand seiner Partei ein. Für das Büro Kurt Schumacher, das von Hannover aus die SPD landesweit wieder aufzubauen suchte, entwickelte sich die Mannheimer Organisation schon bald zu einer zentralen Verteilerstelle für Material und Informationen in Süddeutschland. Rasch knüpfte man so wieder an die alte Bedeutung als SPD-Hochburg an.

Wie die SPD war auch die kurz darauf lizenzierte KPD in der politischen Kultur der Stadt fest verankert und hatte hier eine ihrer Hochburgen. Gegen Ende der Weimarer Republik hatten die Kommunisten die Sozialdemokraten in manchen Stadtteilen sogar an Wählerstimmen überrunden können. Paul Schreck und seine Mannheimer Mitstreiter waren traditionell dem gemäßigten Flügel der stalinisierten Partei zuzuordnen, und bei aller parteipolitischen Polemik war der persönliche Umgang zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der Stadt doch von menschlichem Respekt getragen.

Neu im Mannheimer Parteienspektrum war die von August Kuhn angeführte Christlich-Demokratische Partei (CDP), die spätere Christlich-Demokratische Union (CDU). Neben ehemaligen Angehörigen der katholischen Zentrumspartei und des protestantischen Christlich-Sozialen Volksdienstes schlossen sich ihr in Mannheim auf ausdrücklichen Rat von Theodor Heuss hin auch einstige Liberale aus DDP und DVP an. Die „Vorläufigen Richtlinien“, die sich die Parteiformation Anfang 1946 gab, betonten das Profil einer christlichen Arbeit-

nehmerpartei und trugen damit die Handschrift des Gewerkschaftsflügels um den Vorsitzenden Kuhn und dessen Mitstreiter Heinrich Wittkamp. Am Jahreswechsel 1945/46 wurde schließlich mit der Demokratischen Volkspartei (DVP) doch noch eine liberale Partei gegründet, die allerdings zunächst kaum Anhänger um sich scharen konnte.

Überparteiliche antifaschistische Ligen spielten in Mannheim, anders als vielerorts, kaum eine Rolle. Dies hing mit dem raschen Wiederaufbau der städtischen Verwaltung zusammen, der ein administratives Vakuum gar nicht erst hatte entstehen lassen, mehr noch mit der raschen faktischen Wiedergeburt der Parteien unter alter Führung, vor allem aber mit der Dominanz der sich umgehend wieder formierenden Gewerkschaftsbewegung, die nun selbst Überparteilichkeit nicht nur für sich reklamierte, sondern in hohem Maße auch praktizierte. Über einzelne periphere Bemühungen in den Vororten hinaus vermochte einzig das sogenannte „Antifaschistische Komitee“ eine größere Rolle zu spielen. Von Kommunisten und Sozialdemokraten gegründet und sich vor allem als Selbsthilfeorganisation der politisch Verfolgten des Naziregimes begreifend, sollte es zur Keimzelle der später vergleichsweise starken örtlichen VVN-Sektion werden. Nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD vom September 1948 allerdings sollten sich dann auch die Mannheimer Sozialdemokraten – zwar mit Verzögerung – aus der Arbeit der VVN zurückziehen.[7]

Der Aufbau demokratischer Strukturen

Bereits im Juli 1945 waren in das bis dahin dreiköpfige Beratergremium des Oberbürgermeisters mit Billigung durch die Besatzungsmacht auch drei Vertreter der Wirtschaft hinzugezogen worden. Am Jahresende schließlich konnte Braun den neuen US-Stadtkommandanten davon überzeugen, einer Erweiterung dieses Beirats um je drei weitere Vertreter der mittlerweile wieder zugelassenen Parteien SPD, KPD und CDP zuzustimmen, die von ihm selbst nach bestem Wissen und Gewissen ausgewählt wurden. Eine beschließende Funktion kam dem Gremium jetzt zwar immer noch nicht zu, und insofern stellte es einen nur unzureichenden Ersatz für eine Volksvertretung dar. Immerhin konnten jetzt aber Ausschüsse und Aufsichtsräte gebildet werden.

Das einzige weibliche Mitglied des so erweiterten Beirats war die der KPD angehörende ehemalige Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete Anette Langendorf, deren Mann 1942 als Mitglied der Lechleiter-Gruppe hingerichtet und die selbst 1944 ins KZ Ravensbrück verschleppt worden war. In der Folgezeit sollte die gelernte Kontoristin abermals in Mandate auf kommunaler und auf Landesebene einrücken. Darüber hinaus gehörte sie der KPD-Bezirksleitung und dem Landesvorstand ihrer Partei an.

Bei einer ersten gemeinsamen öffentlichen Kundgebung der wieder zugelassenen Parteien im Luisenpark hatte der Vertreter der US-amerikanischen Militärregierung Ende November 1945 baldige freie Wahlen in Aussicht gestellt. Daraufhin hatte der Mannheimer Gewerkschaftsbund den Oberbürgermeister zur Bildung eines Stadtrats gedrängt, um die Fülle der anfallenden Arbeit auf mehrere Schultern zu verteilen. Es dauerte jedoch noch ein halbes Jahr, bis die Besatzungsmacht die Abhaltung von Kommunalwahlen erlaubte. Am 26. Mai 1946 durften die Mannheimer erstmals nach Kriegsende selbst ihre politische Vertretung bestimmen. Angesichts der starken Zerstörungen ergab sich dabei das Problem, in jedem der neu eingeteilten 112 Wahlbezirke überhaupt Räumlichkeiten zu finden, die sich als Wahllokale eigneten. Von den mittlerweile wieder knapp 200 000 Einwohnern waren rund 130 000 wahlberechtigt; rund 4 000 Personen blieben wegen ihrer NS-Vergangenheit vom Urnengang ausgeschlossen. An die 100 000 Menschen machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch; das entsprach einer Wahlbeteiligung von 76,5 Prozent – ein Wert, der seither in der Stadt nie wieder erreicht worden ist.

Mit einem Stimmenanteil von vierzig Prozent konnte die SPD bei dieser Wahl an ihre Ergebnisse aus der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise anknüpfen. Auch die KPD reichte mit 17,7 Prozent der Stimmen wieder an ihre Spitzenwerte aus der Zeit der Weimarer Republik heran und bewegte sich damit abermals weit über ihrem Landesdurchschnitt. Die CDU erzielte 34,8 Prozent, die DVP konnte mit 5,5 Prozent der Stimmen einen Sitz erobern. Der überwiegende Teil der Mitglieder des neu gewählten Gemeinderats hatte bereits vor 1933 politische Funktionen innegehabt. Vor allem in den Fraktionen von SPD und KPD dominierten die Widerstandskämpfer, die oft – wie der Kommunist Paul Schreck oder der zehn Jahre lang inhaftierte Sozialdemokrat Jakob Baumann – schwere Verfolgungsschicksale hinter sich hatten.

Nur zwei Frauen gehörten dem ersten Mannheimer Nachkriegsparlament an: neben der Kommunistin Langendorf die Sozialdemokratin Karoline Ludwig, eine gelernte Stenotypistin. Von Ludwig, Langendorf und einem weiteren KPD-Stadtrat abgesehen, setzten sich die Fraktionen beider Arbeiterparteien ausschließlich aus gelernten Metallfacharbeitern zusammen. Die Wirtschaftsstruktur der Stadt, die traditionell durch diesen Industriezweig geprägt war, bildete sich damit in zugespitzter Form ab, die in hohem Maße auch der Nazidiktatur geschuldet war: Durch die politisch-„rassische“ Verfolgung während des „Dritten Reiches“ waren die örtliche KPD, mehr noch aber die SPD, deren Stadtverordnetenfraktion bis 1933 von dem Rechtsanwalt Franz Hirschler geführt worden war, fast aller ihrer Parteiintellektuellen beraubt worden. Demgegenüber fanden sich unter den Stadträten der CDU vom Landwirt bis zum Industriellen Repräsentanten der unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten. Mit dem wie-



Der erste Mannheimer Nachkriegsstadtrat bei der Eröffnungssitzung am 23. Juli 1946: In der Bildmitte sitzend Oberbürgermeister Josef Braun, rechts neben ihm die Bürgermeister Jakob Trumpfheller und Richard Böttger. (Foto: Stadtarchiv Mannheim)

der als Arbeitsamtsdirektor fungierenden Kuhn als Partei- und Fraktionsvorsitzendem sowie zwei weiteren gelernten Facharbeitern war aber auch in ihren Reihen der Arbeitnehmerflügel stark vertreten.

Obwohl die SPD die größte Fraktion stellte, wurde Braun mit überwältigender Mehrheit für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt – eine Gegenleistung der SPD dafür, dass zuvor im Karlsruher Stadtparlament, in dem sich das Kräfteverhältnis umgekehrt ausnahm, die CDU den Sozialdemokraten Hermann Veit unterstützt hatte. Um dem Ergebnis der Kommunalwahl Rechnung zu tragen, gestand die CDU der SPD jetzt allerdings einen zweiten Bürgermeisterposten neben dem des Sozialdezernenten zu: Als Erster Bürgermeister zeichnete Jakob Trumpfheller fortan für das Personalwesen, für die Städtischen Betriebe und den Sozialen Wohnungsbau zuständig, so dass ihm in der Folgezeit eine politische Schlüsselrolle beim Wiederaufbau der Quadratestadt sowie eines demokratischen Verwaltungswesens zukommen sollte. Auch die KPD wurde mit einem Bürgermeisterposten bedacht, den sie mit Ludwig Kober besetzte.

Über die Installation einer demokratischen Volksvertretung hinaus stand auch die Reorganisation und Demokratisierung der Stadtverwaltung auf der Agenda. Schon Mitte Mai 1945 hatte der damals für die Entnazifizierung zuständige Fritz Cahn-Garnier die Negativeffekte der US-amerikanischen Entna-

zifizierungspolitik beklagt, „die einerseits unsere städtischen Ämter zum Teil fast ganz zerschlägt, andererseits in der Wirtschaft noch an vielen führenden Stellen Leute belässt, die nicht mit Unrecht als Repräsentanten des 3. Reiches angesehen werden".[8] In der Tat waren angesichts der von der Besatzungsmacht anfangs nach rein formalen Kriterien vorgenommenen Entlassungen, die in Mannheim zudem mit besonderer Rigidität erfolgten, manche Ämter zeitweise kaum noch handlungsfähig gewesen. Ähnlich wie Cahn-Garnier suchte daher seit 1946 auch Trumpfheller einen Kurs umsichtiger, aber doch konsequenter Entnazifizierung zu steuern und die Stadtverwaltung durch die Neueinstellung ehemals politisch Verfolgter mit einem anderen Geist zu durchdringen.

Wie allerorten sollten sich demgegenüber auch in Mannheim die vom Herbst 1945 an tätigen Prüfungsausschüsse und die vom Sommer 1946 bis 1948 tagenden Spruchkammern als ein nur wenig wirksames Instrumentarium erweisen, um Nationalsozialisten aus den vorderen Reihen des gesellschaftlichen Lebens zu verbannen. Zwar wurden allein in Mannheim mehr als 1 000 Betriebe geschlossen, doch wurde das Gros der aktiven PGs allenfalls phasenweise aus seinen früheren Leitungsfunktionen verbannt, und bis die Spruchkammer von den „kleinen Fischen" zu den „großen Fischen" vorgedrungen war, hatten sich die politische Großwetterlage und mit ihr die öffentliche Meinung schon wieder in einem Maße zugunsten der Mittäter gewandelt, das kaum noch drakonische Strafen zuließ. Ein eindringliches Beispiel hierfür boten nicht zuletzt Verlauf und Ergebnis des im März 1948 gegen Carl Renninger, den Strippenzieher der Mannheimer NSDAP vor 1933 und Oberbürgermeister der folgenden zwölf Jahre, angestrengten Spruchkammerverfahrens.[9]

Kampf gegen Hunger und Wohnungsnot

Durch die Rückkehr der in den letzten Märztagen an die Bergstraße geflüchteten Menschen war die Zahl der in der zerstörten Stadt Lebenden binnen kürzester Zeit wieder auf über 100 000 angewachsen. Im April 1945 wurden 106 000 Lebensmittelkarten ausgegeben, die anfangs noch auf annähernd den gleichen – in Mannheim in der Praxis schon damals nie wirklich umgesetzten – Werten wie in den letzten Kriegsjahren basierten, allerdings in der Folgezeit aufgrund der sich verschärfenden Ernährungssituation beständig nach unten korrigiert werden mussten. Bereits im Frühjahr 1945 war abzusehen, dass sich die Ernährungssituation stark verschlechtern würde: Die Felder der bäuerlichen Umlandgemeinden waren verwüstet, und wegen der heftigen Kampfhandlungen in den letzten Kriegswochen hatten viele Landwirte ihre Aussaat nicht ausbringen können. Die endgültige Ziehung der Zonengrenzen im Frühsommer sollte für die Mannheimer Bevölkerung die Lage drastisch verschärfen: Im Juli räumten

die US-Militärs das linksrheinische Gebiet, um den französischen Alliierten Platz zu machen. Der Fluss bildete seither nicht nur eine Landes-, sondern nun sogar eine Zonengrenze und schnitt Mannheim damit komplett von seinem agrarischen Hinterland im Westen ab.

Die östlich der Stadt an der Bergstraße angebauten Erzeugnisse wiederum wurden zu hohen Teilen von der Besatzungsmacht beansprucht, die in Heidelberg ihr Hauptquartier errichtet hatte, so dass die Nahrung für die Mannheimer Bevölkerung fortan vielfach aus weit abgelegenen Teilen der US-Zone herangeschafft werden musste. Indes hatten angesichts der verhältnismäßig raschen Regeneration der örtlichen Wirtschaft und des hohen Anteils an Industriebeschäftigten mehr und mehr Menschen Anspruch auf Schwerarbeiterzulagen. Das Szenario gebar Dauerkonflikte mit der Besatzungsmacht und mit den amtlichen Stellen der Agrargebiete, aus denen die Stadt beliefert werden sollte. Verschlimmert wurde die Lage dadurch, dass die Besatzungsmacht im für sie strategisch wichtigen Mannheim trotz des hohen Zerstörungsgrades ein – prozentual gesehen – Mehrfaches an Wohnraum requiriert hatte als etwa in Stuttgart oder in Karlsruhe. Anfang 1946 waren insgesamt 9 000 Räume beschlagnahmt, ein Jahr darauf hatte sich die Zahl gerade einmal auf 8 000 Räume verringert. Allein hieraus ergab sich ein Fehlbestand für 16 000 bis 17 000 Menschen.

Angesichts dieser drastischen Zuspitzung der Versorgungs- und Wohnsituation wurde eine bereits im August 1945 von der Stadtverwaltung erlassene Zuzugssperre in der Jahresmitte 1946 nochmals verschärft. Gleichwohl sollte der Zustrom von zurückkehrenden evakuierten, aus der französischen Zone ausgewiesenen oder aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen Mannheimern in der Folgezeit nicht abreißen. Die Zahl der der Stadt zugewiesenen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen blieb angesichts dieser Verhältnisse demgegenüber vergleichsweise gering; im Herbst 1949 zählte die Stadt rund 13 000 neue Bürger aus den ehemaligen Ostgebieten.

Nachdem Stadtverwaltung und Gewerkschaften im Oktober 1946 in einer gemeinsamen Aktion zumindest die Kartoffelbauern der näheren Umgebung unter Androhung drastischer Konsequenzen noch mit gewissem Erfolg an ihre Ablieferungspflicht hatten erinnern können, spitzte sich die Ernährungssituation in den folgenden Monaten weiter zu. Die Not im Hungerwinter 1946/47 wurde verstärkt durch die klirrende Kälte, die Rhein und Neckar zufrieren ließ, was wiederum massive Transportprobleme gebar und die Brennstoffversorgung noch zusätzlich gefährdete.

Das, was in der Stadt über die Zuteilungen auf Lebensmittelkarten zu erhalten war, hatte schon bei Kriegsende kaum zum Leben gereicht: Nicht nur waren die Waren häufig von minderer Qualität, mehr oder weniger durchgängig konnten zudem nicht alle Lebensmittel ausgegeben werden, auf die nominell

Anspruch bestand. Selbst dieser Anspruch aber hatte sich unterdessen kontinuierlich verringert, um sodann im März/April 1947 mit 900 und schließlich 630 Kilokalorien pro Tag Tiefstwerte zu erreichen.[10] Wer sich nicht durch auf dem Land lebende Verwandte und Freunde, durch Schwarzmarktkäufe, Hamsterfahrten oder „Stoppeln" zusätzliche Nahrung zu beschaffen wusste, war damit dem Hungertod preisgegeben. Das Gros der Mannheimer litt unter permanentem Untergewicht, der Krankenstand in den Betrieben stieg rapide an, Infektionskrankheiten griffen um sich.

Der hohe Zerstörungsgrad hatte darüber hinaus auch den Bedarf an Kleidung und Mobiliar drastisch in die Höhe schnellen lassen. Vielen Menschen freilich, die kaum mehr als die nackte Haut hatten retten können, fehlte es am Allernötigsten. Insbesondere mit Blick auf die Kinder, die naturgemäß aus ihrer Kleidung herauswuchsen, stellten sich gravierende Probleme. Zehn Prozent der Mannheimer Schulkinder etwa konnten in den ersten Jahren nach Kriegsende selbst im Sommer bei Regen schon deshalb nicht zur Schule kommen, weil sie keine Schuhe besaßen.

Anfang 1947 wurden auf Initiative von Bürgermeister Richard Böttger 450 der erholungsbedürftigsten Kinder für ein Vierteljahr zu Schweizer Familien geschickt, und ab dem Frühjahr desselben Jahres sicherten das „Hoover-Programm" und die Quäker-Speisung zumindest den Kindergarten- und Schulkindern eine warme Mahlzeit pro Tag.[11] Ergänzt wurde das Angebot für Kinder und Erwachsene durch die Bemühungen der „Mannheimer Notgemeinschaft", in der sich die örtlichen Sozialverbände aller Couleurs und das Wohlfahrtsdezernat auf Initiative des zuständigen Dezernenten Richard Böttger zu gemeinsamer Anstrengung zusammengefunden hatten, sowie für alle, die Zugang dazu hatten, durch die berühmten CARE-Pakate.

Für das Gros der Menschen hatte der Mangel aber auch mit diesen Hilfsmaßnahmen kein Ende. Je mehr sich herauskristallisierte, dass die Lasten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft höchst unterschiedlich verteilt waren, sahen sich nun auch die Gewerkschaften und Betriebsräte auf den Plan gerufen. In der Metallindustrie kam es im Laufe des Jahres 1947 zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen, und am 21. November schließlich protestierten zehntausende von Mannheimer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im „Streik der Hunderttausend" gegen die unzureichende Versorgung mit den wichtigsten Lebensmitteln und Bedarfsgütern. Auch an der 24-stündigen Arbeitsniederlegung, zu der der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden für den 3. Februar 1948 aufrief, um gegen Misswirtschaft und ungerechte Verteilung zu protestieren, und die insgesamt 1,2 Millionen Menschen zu mobilisieren vermochte, beteiligten sich in Mannheim große Massen. Im Frühjahr sollten schließlich auch andernorts Demonstrationen und Streiks gegen die anhaltend katastrophale Ernährungslage folgen.

Die Währungsreform gebar zunächst neue Not, vor allem Grundnahrungsmittel wurden für viele mit einem Mal unerschwinglich. Im September und Oktober 1948 kam es vor diesem Hintergrund abermals zu großen Hungerdemonstrationen. Auf diese Weise erlebte der Mannheimer Marktplatz die wohl größte Protestkundgebung in seiner Geschichte: Zwischen 60 000 und 80 000 Menschen demonstrierten dort am 20. Oktober 1948 gegen die rapiden Preissteigerungen. Am 12. November sodann legten hier wie andernorts im Vereinigten Wirtschaftsgebiet die Menschen für 24 Stunden die Arbeit nieder.

Wiederaufbau von Gebäuden, Infrastruktur und Industrie

Mit Blick auf die städtische Infrastruktur galt es unmittelbar nach Kriegsende vor allem, das daniederliegende Verkehrsnetz einschließlich der zerstörten Brücken und Hafenanlagen möglichst rasch und an möglichst vielen Stellen wieder in Gang zu bringen. Noch 1945 waren die Flüsse wieder passierbar gemacht, und über den Rhein hatten US-amerikanische Pioniere umgehend eine Behelfsbrücke gebaut. Die Schäden an der Friedrich-Ebert-Brücke, einer der



Menschenmassen bei der Einweihung der am Ausgang der Mannheimer Innenstadt zum Neckar errichteten Kurpfalzbrücke am 31. August 1950. (Foto: Stadtarchiv Mannheim)

beiden innerstädtischen Hauptachsen über den Neckar, waren binnen wenig mehr als einem Jahr behoben. Am ursprünglichen Standort der Friedrichsbrücke hingegen bot seit November 1946 ein Fußgängersteg auf Jahre nur unzureichenden Ersatz.

An vorderster Stelle musste freilich der Wohnungsbau stehen. Vorerst jedoch mangelte es an fast allem: an Baumaterial, an Arbeitskräften, aber auch an enttrümmertem Baugrund, so dass man sich zunächst noch fast ausschließlich auf die Instandsetzung beschädigter Wohnungen beschränken musste, statt Neubauprojekte voranzutreiben zu können. Der rasche und effiziente Aufbau von Verwaltungsstrukturen, die Heranziehung arbeitsfähiger Männer zu Enttrümmerungsarbeiten – zuerst im Rahmen der „Wiedergutmachung" und dann eines allgemeinen Aufbaudienstes – sowie weitere Faktoren trugen dazu bei, dass die viel gerühmten „Trümmerfrauen" in Mannheim allenfalls ein randständiges Phänomen blieben. Die eigens installierten Feldbahnen, die bereits während des Krieges dazu gedient hatten, Schutt aus der Innenstadt herauszuschaffen, hatten nach Kriegsende weiter Verwendung gefunden. Im März 1946 waren die Trümmer aller total zerstörten Häuser enteignet worden, und im Frühjahr 1947 ging die Verantwortung für die Trümmerbeseitigung von der Stadtverwaltung auf eine eigens gegründete gemeinnützige GmbH über, die am Carl-Reiß-Platz und am Ochsenpferch zwei Trümmersortieranlagen betrieb. Während ein großer Teil der nicht mehr direkt verwertbaren Schuttmassen im Straßen- und Eisenbahntrassenbau Verwendung fand, wurden rund 15 Prozent zur Trümmeraufbereitungsanlage im Schlossgarten am Rhein abgefahren, wo man daraus neue Zementsteine sowie Material für Schüttbeton-Bauverfahren gewann.[12] Erst 1960 sollte die Anlage ihre Arbeiten einstellen. Die verbliebenen Schuttreste wurden an Ort und Stelle zu einem Hügel aufgeschichtet, der sich, begrünt und vom Volksmund „Monte Gogolo" getauft, seither großer Beliebtheit als winterliche Rodelbahn erfreut.

Im Vergleich zum Wohnraum waren die in der Stadt vorhandenen Industrieanlagen nur wenig zerstört, die Maschinenparks sogar kaum betroffen und rasch wieder instand gesetzt. Schon Ende Mai 1945 konnten der Landmaschinenhersteller Lanz, die Kesselbauer Strebelwerke, der Messtechnikbetrieb Bopp & Reuther und andere Firmen die Produktion wieder aufnehmen. Allerdings mussten sie sich statt auf ihre traditionelle Produktpalette zum Teil vorübergehend auf die Herstellung von Waren des täglichen Bedarfs konzentrieren.

Insgesamt 24 Firmen beziehungsweise Firmenfilialen wie die Rheinische Gummi- und Celluloidfabrik, der Seifenproduzent Sunlicht, Zellstoff Waldhof und vor allem das Mannheimer Werk des Fahrzeugbauers Daimler-Benz hatten bis zu neunzig Prozent ihrer Produktion an die Besatzungsmacht abzuliefern. Hemmend wirkte sich zudem aus, dass die US-Streitkräfte der Mannheimer

Industrie 10 000 bis 15 000 Beschäftigte entzogen, wodurch der ohnehin eklatante Facharbeitermangel weiter verschärft wurde. Auch waren nicht nur die Einpendler aus der französisch besetzten Pfalz, sondern sogar die aus den hessischen Nachbargemeinden Mannheims für längere Zeit daran gehindert, in ihre angestammten Fabriken zurückzukehren.

Im Juli 1946 wurden darüber hinaus sechs Firmen vom Alliierten Kontrollrat zur Demontage ausgesucht, darunter die Motorenwerke Mannheim AG (MWM), die Maschinenfabrik Mohr & Federhaff und die Strebelwerke. Dieser Plan freilich kam nicht zur Ausführung. Auch die Verluste in jenen Betrieben, die dann bis zum Oktober 1947 endgültig zum Abtransport bestimmt wurden, sollten die örtliche Industrie nur wenig zurückwerfen. Als recht problematisch empfand man bei der örtlichen IHK den Verlust des Messgeräteherstellers Hommelwerke im Stadtteil Käfertal, dessen Kapazität jedoch im Zuge einer Solidaritätsaktion der nordbadischen Industrie immerhin zur Hälfte erhalten werden konnte.

Reparationen, Demontagen, Facharbeitermangel und selbst die oft einschneidenden Energieengpässe vermochten alles in allem den Wiederaufstieg der örtlichen Industrie nur wenig zu hemmen. 1948 hatten die Mannheimer Industrieproduktion und die Zahl der Beschäftigten schon fast wieder die Vorkriegswerte erreicht.[13] Ganz allmählich begann sich die wirtschaftliche Lage nun auch für die breite Masse zu bessern, in Mannheim abzulesen etwa am großen Zulauf zum Weihnachtsmarkt des Jahres 1948, der mehr als 62 000 Besucher aus der gesamten Rhein-Neckar-Region zählte. Da keine anderweitigen Ausstellungsräume zur Verfügung standen, waren Wandelhalle und Musensaal des teilzerstörten „Rosengartens“, des 1903 in prächtiger Jugendstil-Architektur erbauten Veranstaltungsgebäudes am Wasserturm, eigens zu diesem Zweck wieder hergerichtet worden. Das Angebot dieser ersten Mannheimer Verkaufsmesse nach Kriegsende ging weit über das eines gewöhnlichen Weihnachtsmarktes hinaus: Über 140 Firmen präsentierten auf der Schau ihre Sortimente. Der Schwerpunkt lag dabei eindeutig auf den so lange entbehrten Gebrauchsartikeln des täglichen Bedarfs.

An den Erfolg des Weihnachtsmarktes konnte der im Frühjahr 1949 an gleicher Stelle stattfindende erste Maimarkt der Nachkriegszeit direkt anknüpfen: Hatte sich die traditionsreiche Schau bis zum Zweiten Weltkrieg bloß als ein um eine Ausstellung landwirtschaftlicher und handwerklicher Geräte ergänzter Vieh- und Pferdemarkt ausgenommen, so folgte sie nun dem Konzept einer Warenmesse, die sich direkt an den Verbraucher wandte. Zwar kehrte man schon bald – vorerst zumindest – wieder zum alten Konzept zurück, dennoch war mit der Veranstaltung des Jahres 1949 der Grundstein für den späteren Aufstieg des Mannheimer Maimarkts zur wichtigsten regionalen Verbraucher-

messe Deutschlands gelegt. Die Stadt war damit wieder zum Einkaufszentrum der Rhein-Neckar-Region avanciert.

Im Jahr 1949 konnten die Mannheimer noch einen Superlativ der ganz anderen Art feiern, der dem wieder erwachenden Selbstbewusstsein in der Quadratestadt einen weiteren mächtigen Auftrieb gab: Im Juli eroberte der VfR Mannheim den deutschen Meistertitel im Männerfußball. Tausende waren es, die den vom Endspiel zurückkehrenden Sporthelden beim Siegeskorso durch die Trümmerlandschaft zujubelten.

Wiedererwachen des kulturellen Lebens

Selbst in größter Not lebten die Menschen nicht vom Brot allein – schon gar nicht in einer Stadt, deren Selbstbild in hohem Maße von Qualität und Ruhm jenes Bürgertheaters geprägt war, das ihr der 1777 nach München verzogene Kurfürst hinterlassen hatte. So waren noch im Frühjahr 1945 wieder die ersten Konzerte in der intakt gebliebenen prächtigen Christuskirche in der Mannheimer Oststadt und im „Ufa-Palast" im Innenstadtquadrat N 7 veranstaltet worden. Und schon im Juli war man darangegangen, dem von der vollständigen Zerstörung seiner in B 2 gelegenen Spielstätte schwer getroffenen Nationaltheater wenigstens behelfsmäßig Ersatz zu verschaffen: Pünktlich zu Beginn der anstehenden Theatersaison war das Lichtspielhaus „Schauburg" in K 1, einer der wenigen unversehrten Zweckbauten im Zentrum der Stadt, zu einem knapp 1 000 Besucher fassenden Theatersaal umgebaut. Bei einer Spielfläche von rund sechzig Quadratmetern stellte das Kino freilich ein höchst mangelhaftes Provisorium dar, und so rief man bereits 1946 einen Theateraufbaufonds ins Leben, für den in den Folgejahren auf Plakaten und in Zeitungsinseraten eifrig geworben wurde. Schon im März 1947 konnte eine zweite Bühne in der Wandelhalle des teilweise wieder aufgebauten traditionsreichen Rosengartens eröffnet werden, die 600 Zuschauern Platz bot. Auch machte sich die Mannheimer Stadtverwaltung bereits 1947, inmitten größter Not, an den Wiederaufbau des weitläufigen Barockschlosses, dessen Prunkräume einschließlich der wertvollen Bibliothek vernichtet und von dem lediglich die Außenmauern stehen geblieben waren. Nur im zu Repräsentationszwecken genutzten Mittelgebäude allerdings sollte auch der Innenbereich nach historischen Vorlagen rekonstruiert werden.

Darüber hinaus gab es freilich auch kulturelle Interessen handfesterer Art zu befriedigen: Ein großer Teil der Mannheimer Kinder hatte schon in den letzten Kriegsmonaten und -jahren keine Schule mehr besucht, so dass sich nun, da Raum- und Lehrermangel abermals eine flächendeckende Versorgung verhinderten, für viele eine schier unüberbrückbare Bildungskluft auftat. Die-



Spendenaufruf aus dem Jahr 1947 für den Wiederaufbau des zerstörten Mannheimer Nationaltheaters. (Abbildung: Stadtarchiv Mannheim)

se und andere Formen der Vernachlässigung sowie die völlige Diskreditierung der ihnen bisher eingebläuten Wertmaßstäbe hatten viele sozial verwahrlosen lassen; Bandenbildung und kriminelle Delikte häuften sich. Angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung war ein vom Wohlfahrtsdezernat initiierter Kreisjugendausschuss gebildet worden, der die Jugendlichen seit 1946 mit einem umfangreichen Freizeitprogramm von der Straße zu holen suchte.[14]

Die erste Direktwahl des Stadtoberhaupts

Im schweren Hungerwinter 1946/47 noch im gemeinsamen Kampf um eine Sicherstellung minimaler Nahrungsversorgung geeint, war das den Mannheimer Oberbürgermeister stützende Bündnis aus CDU, SPD und DVP unterdessen mehr und mehr auseinandergedriftet. Die zweite Gemeinderatswahl vom De-

zember 1947, die eine deutliche Schwächung der CDU um ein Drittel bei leichter Stärkung der SPD erbracht hatte, trug ebenso wie die gesamtpolitische Entwicklung dazu bei, dass sich vor allem in der Wohnungsbaupolitik zunehmend Divergenzen ergaben: Wie in der KPD war man auch in der Mannheimer SPD davon überzeugt, dass die Schaffung neuen Wohnraums nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden dürfe. Josef Braun warf man vor, dass er den Rahmen für öffentliche Fördermaßnahmen nur unzureichend ausschöpfe. Als am 1. Februar 1948 die erste Direktwahl des Stadtoberhaupts anstand, stellte die SPD daher – anders als anderthalb Jahre zuvor – einen eigenen Kandidaten auf. Zur allgemeinen Überraschung war dies allerdings nicht der profilierte ehemalige Amtsinhaber Hermann Heimerich, den die Nationalsozialisten 1933 aus dem Amt gejagt hatten. Unterdessen erfolgreich als Anwalt und Verleger in Heidelberg tätig, mochte Heimerich sich eine erneute Übernahme des schweren Amts nur mit dem Plazet der CDU vorstellen. Das aber blieb aus: Die Christdemokraten sahen keinen Grund, den aus ihrer Sicht hoch bewährten Braun in den Ruhestand zu schicken. So stellte die SPD dem von den Christdemokraten nominierten Braun nun statt Heimerich den ehemaligen Stadtsyndikus Fritz Cahn-Garnier, der zwischenzeitlich als Landesfinanzminister und Präsident der Landeszentralbank seine Fach- und Führungskompetenz hinreichend unter Beweis gestellt hatte, als Kandidaten für das kommunale Spitzenamt gegenüber. Unterstützt wurde Cahn-Garniers Kandidatur auch von der DVP und der KPD.

Der OB-Wahlkampf erwies vollends, dass der antifaschistische Grundkonsens der ersten Nachkriegsjahre mittlerweile aufgebraucht war. So stellte der von der CDU zu Wahlkampfzwecken gegründete „Volksausschuss Braun“ nicht nur die Verdienste des „Retters von Mannheim“ heraus, sondern suchte zugleich den Gegenkandidaten persönlich zu diskreditieren, während vor allem die KPD die CDU einer „schwarzen Diktatur“ zieh. Mit 56,6 Prozent der abgegebenen Stimmen obsiegte Cahn-Garnier klar gegen den bisherigen Amtsinhaber.[15]

Unter dem neuen Stadtoberhaupt wurden nun einige Akzente anders gesetzt. So wusste Cahn-Garnier vor allem die Spielräume, die sich durch die anstehende Währungsreform mit Blick auf den Wohnungsbau eröffneten, ausgiebig und mit Einfallsreichtum zu nutzen. Zugleich richtete er sein Augenmerk auch auf den geistig-kulturellen Wiederaufbau der Quadratestadt und suchte ihr wieder ihr einstiges Gepräge als „lebendige Stadt“ zurückzugeben: Der unmittelbar nach Cahn-Garniers Amtsantritt anstehende 100. Jahrestag der Revolution von 1848 bot einen willkommenen Anlass, um die Mannheimer im Rahmen einer kleinen Ausstellung an das große demokratische Erbe der Stadt zu erinnern, das in den vorangegangenen Jahren so sehr mit Füßen getreten worden war. Bald wurde auch wieder wie vor 1933 eine städtische Zeitschrift herausgegeben,



Dr. Fritz Cahn-Garnier, Mannheimer Oberbürgermeister 1948/49, auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1948. (Foto: Stadtarchiv Mannheim)

die sich als Diskussionsforum für die Bürger begriff. Und aller existenziellen Not zum Trotz wurden schließlich bereits erste Anstrengungen unternommen, um das traditionsreiche Nationaltheater von seinen Provisorien in der „Schauburg“ und im Rosengarten zu befreien.

Vorrang für den sozialen Wohnungsbau

Bereits im Vorfeld der Währungsreform hatte sich abgezeichnet, dass fortan Material und Arbeitskräfte zur Verfügung stehen würden, aber den Bauträgern und der öffentlichen Hand nun das nötige Geld fehlte. Mit einer Kapitalerhöhung bei der Gemeinnützigen Baugesellschaft (GBG) noch unmittelbar vor der Währungsreform suchte der neue Oberbürgermeister deshalb notwendige Mittel für den Wohnungsbau zu sichern. Gleichwohl sollten die Bauaktivitäten zunächst deutlich abnehmen. „Unsere erste Aufgabe: bauen und abermals bauen“, appellierte Cahn-Garnier daher Anfang 1949 anlässlich der Verabschiedung eines Generalbebauungsplans an die Mitglieder des Gemeinderats.[16] Nur

wenige Monate darauf wurde die Gründung einer Wohnungsbaukasse beschlossen. „Mannheim baut Wohnungen – Jeder hilft mit“, lautete der Slogan, mit dem über Presse und Plakate um private Spareinlagen für einen gezielten Wiederaufbau geworben wurde. Neben Steuervergünstigungen und Rendite lockte dabei auch die Möglichkeit, sich selbst eine Wohnung zu sichern. Damit wurden mit diesem Projekt auf lokaler Ebene Entwicklungen antizipiert, wie sie auf übergeordneter Ebene erst ein Jahr später durch den Bundesgesetzgeber angestoßen werden sollten. Im Frühjahr 1949 nahm man schließlich das erste große Mannheimer Wohnungsbauprojekt der Nachkriegszeit in Angriff: die von der GBG realisierte Ludwig-Frank-Siedlung im Arbeiterstadtteil Neckarstadt, die in 320 Wohnungen 1 500 Menschen Unterkunft bot. Der Name der in Einfachstbauweise erstellten Blocks erinnerte an jenen Mannheimer Reichstags- und Landtagsabgeordneten der SPD, der vor 1914 selber mit Vehemenz für menschenwürdige Unterkünfte gestritten hatte.

„Geistiger Wiederaufbau“ in der Ära Heimerich

Anfang Juni 1949, wenige Tage vor seinem 60. Geburtstag, erlag Fritz Cahn-Garnier nach nur 15-monatiger Amtszeit als Oberbürgermeister einem Herzanfall. Die Strapazen zwölfjähriger „rassischer” Verfolgung waren nicht so spurlos an ihm vorübergegangen, wie sein unermüdlicher Einsatz in den Nachkriegsjahren hatte glauben machen können. Für Hermann Heimerich, der nicht mehr damit gerechnet hatte, nochmals eine öffentliche Funktion zu übernehmen, ergaben sich hieraus über die Trauer um den Freund und Mitstreiter hinaus weit reichende Konsequenzen: Im Verfolg einer Strategie des kleineren Übels brachte nun die CDU, die selber nicht auf einen Wahlsieg hoffen konnte, den ehemaligen Amtsinhaber öffentlich als Kandidaten ins Spiel.

Die unterdessen vonstatten gegangene weltweite Blockbildung fand auch auf der lokalen Ebene ihren Widerhall: Anders als knapp anderthalb Jahre zuvor grenzte sich die SPD diesmal von der KPD scharf ab und lehnte deren Wunsch nach einem gemeinsamen Kandidaten ab. Vielmehr waren nun auch die Sozialdemokraten daran interessiert, das „bürgerliche” Lager einzubinden. Als gemeinsamer Kandidat von SPD, CDU und DVP/FDP wurde Heimerich am 31. Juli 1949 bei schwacher Wahlbeteiligung mit einer Mehrheit von über 65 Prozent der abgegebenen Stimmen für sechs Jahre zum Oberbürgermeister der Stadt Mannheim gewählt. Damit gehörte er zu den wenigen großen kommunalpolitischen Persönlichkeiten aus der Zeit vor 1933, die nach 1945 den Weg zurück ins Amt gefunden hatten.

Die Situation, die Heimerich antraf, war mit Blick auf die politischen Umstände völlig anders als jene, die er 1933 unter Zwang hatte verlassen müssen,



Dr. Hermann Heimerich, Oberbürgermeister 1928 bis 1933 und 1949 bis 1955, bei seiner Vereidigung im August 1949. (Foto: Stadtarchiv Mannheim)

in sozialer wie in wirtschaftlicher Hinsicht hingegen war sie durchaus vergleichbar: Gut vier Jahre nach Kriegsende hatte sich zwar die Ernährungssituation in der Stadt hinreichend konsolidiert, weiterhin aber lebten tausende nur in provisorischen Unterkünften. Aufgrund des anhaltenden Zustroms von Menschen war mittlerweile jeder Wohnraum mit durchschnittlich zwei Personen belegt – weit mehr als in Stuttgart oder Karlsruhe. Die Arbeitslosigkeit in der Stadt hatte unterdessen einen neuen Höchststand erreicht, und nach West-Berlin wies Mannheim die zweithöchste Rate an Tuberkulosekranken in ganz Deutschland auf. Die Säuglingssterblichkeit wiederum, die 1945 dreißig Prozent betragen hatte, war zwar rapide gesunken, aber mit acht Prozent doppelt so hoch wie in Stuttgart.[17] Auch stand noch immer weniger als die Hälfte des benötigten Schulraums zur Verfügung.

Dem immensen Investitions- und Finanzierungsbedarf stand eine Illiquidität größten Ausmaßes gegenüber, verursacht und angeheizt durch die aus den Kriegszerstörungen resultierenden Einnahmeausfälle sowie durch die von der Währungsreform verursachten Vermögensverluste. Drastische Einsparungen und der Rückbau von Einrichtungen erschienen daher als das Gebot der Stunde. Umso höher ist es zu bewerten, dass jetzt trotzdem einige dringend benö-

tigte neue Sozialeinrichtungen geschaffen wurden, so etwa ein Kinderkrankenhaus sowie ein Mütter- und Säuglingsheim.

Der unter Cahn-Garnier eingeschlagene Weg des öffentlichen Bauens wurde auch unter Heimerich konsequent weitergegangen: 1950 wurde ein Programm für den sozialen Wohnungsbau auf den Weg gebracht und mit der neu gegründeten Bau-Treuhand-Gesellschaft mbH zugleich der Wiederaufbau von Altbausubstanz vor allem in der Mannheimer Innenstadt vorangetrieben. Insgesamt sollten auf diese Weise bis 1956 über 30 000 neue Wohnungen entstehen, davon mehr als die Hälfte im sozialen Wohnungsbau. Der Wohnungsbestand der Vorkriegszeit war damit wieder erreicht, ja sogar überschritten. Bei einer Einwohnerzahl von mittlerweile mehr als 280 000 Personen fehlten trotzdem immer noch rund 10 000 Wohnungen, um den Bedarf zu befriedigen. Selbst jetzt noch – zehn Jahre nach Kriegsende – lebten mehrere tausend Wohnungssuchende in Behelfsquartieren.

Während er den materiellen Wiederaufbau weitgehend dem organisatorischen Geschick seines Ersten Bürgermeisters Jakob Trumpfheller überließ, kümmerte Heimerich sich umso mehr um den „geistigen Wiederaufbau" der schwer gebeutelten Stadt. Auf diesem Terrain sollte er in seiner sechs Jahre währenden zweiten Amtszeit Bedeutendes zuwege bringen. Zuvörderst seien genannt der Wiederaufbau des Rosengartens und des Zeughaus-Museums sowie der unter Cahn-Garnier bereits vorbereitete Neubau des Nationaltheaters. In diesem Unterfangen wurde die Stadt seit dem Herbst 1949 von der von weiten Kreisen der Bürgerschaft getragenen „Gesellschaft der Freunde des Mannheimer Nationaltheaters" unterstützt, die mit zwei groß angelegten Tombolas in den Jahren 1952 und 1956 rund eine Million D-Mark für den Neubau einsammelte. Auf der Grundlage dieser Mittel, größerer Spenden und einiger Landeszuschüsse konnte das Stadtoberhaupt im Juni 1954 den Grundstein für das neue Gebäude am Goetheplatz nahe dem Wasserturm legen.

Heimerichs Initiative verdanken sich darüber hinaus die Einführung des „Akademischen Winters" sowie die Stiftung des Schillerpreises, aber auch die Etablierung der Mannheimer Filmwoche im Jahr 1951, die bald schon überregionale Bedeutung erlangen sollte. Dass freilich nach 1945 ein wirklich neuer Geist in Deutschland eingezogen sei, konnte der Mannheimer Oberbürgermeister nicht ausmachen: „Das Schreckliche der Nazizeit wurde allzu rasch vergessen", klagte er Anfang 1952 in einem Brief an eine Emigrantin.[18] Er selbst tat viel, um der kollektiven Amnesie entgegenzuwirken, angefangen mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an in der NS-Zeit verfolgte Mannheimer Persönlichkeiten über die Ersetzung des von den Nazis 1933 geschleiften Ludwig-Frank-Denkmals bis hin zur Errichtung des vom Bildhauer Gerhard Marcks gestalteten „Friedensengels", eines Mahnmals für alle Opfer der Nazidiktatur.

Die von Fritz Cahn-Garnier 1948 ins Leben gerufene Zeitschrift „Mannheim heute“, an der er selbst von Anfang an mitgearbeitet hatte, führte Heimerich 1951 in die „Mannheimer Hefte“ über, die mehr als vier Jahrzehnte lang erscheinen sollten. Der Wille des Stadtoberhaupts zur Transparenz schuf sich darüber hinaus Ausdruck in den seit 1951 erscheinenden städtischen Verwaltungsberichten, in einer seit 1953 von der Stadt herausgegebenen Broschüre zum Haushaltsplan oder in der Einführung eines Tags der offenen Tür. Mit gezielten Werbeaktionen wollten die städtischen Verantwortlichen ihre Kommune ferner abermals im hellen Licht erstrahlen lassen.

Das neue Gesicht der Stadt

In ihren Konzepten für den Wiederaufbau der Mannheimer Innenstadt hatten die Stadtplaner anfangs zum Teil weitreichende Pläne verfolgt. Sogar die Quadratestruktur, die die Stadt seit ihrer Gründung zu Beginn des 17. Jahrhundert geprägt hatte, war zum Teil zur Disposition gestellt worden. Indes kam es angesichts der Nachkriegsnot und unverrückbarer Besitzverhältnisse nicht zur Umsetzung. Die Innenstadt behielt so die alten Grundrisse. Allerdings wurden vor allem in den 1950er Jahren einige der im Krieg zerstörten Flächen gezielt dazu genutzt, um eine bessere Durchgrünung der Innenstadt auf der einen und ein höheres Maß an „Verkehrsgerechtigkeit“ auf der anderen Seite zu erreichen.[19]



Blick auf die Mannheimer Innenstadt mit dem Paradeplatz und dem noch nicht abgerissenen Rathausturm im Jahr 1956. (Foto: Stadtarchiv Mannheim)

Gleichwohl hatte die wieder aufgebaute Stadt in ihrem Kern kaum noch Anmutungen der alten: Von wenigen stehen gebliebenen oder wieder aufgebauten historischen Bauten wie dem Schloss, der Jesuitenkirche, dem Zeughaus, dem Alten Rathaus in F 1 oder dem Börsengebäude abgesehen, fanden sich im Innenstadtbereich kaum noch Reminiszenzen an die Vorkriegszeit. Insbesondere der Paradeplatz hatte sein Gesicht vollständig verändert. Der nachträgliche Abriss des Rathausturms in N 1 oder des nach 1945 zunächst wieder instand gesetzten Engelhornschen Palais in A 1 sollten ihr Übriges tun.

Lediglich das Wahrzeichen der Stadt, der Wasserturm am Eingang der Planken, sowie die ihn umgebende Friedrichsplatzanlage konnten als Gesamtensemble überdauern, um so nachfolgenden Generationen einen gewissen Eindruck vom Mannheim der Vorkriegszeit zu vermitteln: Von den alliierten Bomberpiloten im Krieg als Orientierungspunkt geschätzt und deshalb vor vollständiger Zerstörung bewahrt, war der schmucke Zweckbau aus der Gründerzeit lediglich seines Dachs verlustig gegangen und wurde seither mit einem Notbehelf gegen Regen beschützt, der später einer Rekonstruktion des alten Dachs wich. Auch die vornehmen Arkadenbauten, die zusammen mit Rosengarten und Kunsthalle den Turm umrahmten, wurden mit nur leichten Modifikationen wiederhergestellt.

Ringen um die Region

Mannheim als die größte Stadt der Rhein-Neckar-Region ist zugleich auch in größtem Maße von der zu Beginn des 19. Jahrhunderts in diesem Raum vorgenommenen Grenzziehung betroffen: Zwei Drittel seiner Grenzen stimmen mit den Landesgrenzen zur früher bayerischen, nach 1945 dann rheinland-pfälzischen Pfalz und zu Hessen hin überein. Schon in seiner ersten Amtszeit als Oberbürgermeister vor 1933 hatten Heimerich und mit ihm der damalige Stadtsyndikus Cahn-Garnier daher Anstrengungen unternommen, um zu verbindlicheren Formen grenzüberschreitender Zusammenarbeit im politisch dreigeteilten Gebiet um die Neckarmündung zu gelangen.

Die vermeintlich offene Situation nach Kriegsende schien aus Sicht der beiden Männer Chancen zu eröffnen, die dreigeteilte Region auch politisch wieder zusammenzuführen. Die US-Besatzungsmacht hatte Heimerich Anfang Mai 1945 als Regierungschef eines linksrheinischen Territorialgebildes „Mittelrhein-Saar“ eingesetzt, und aus dieser Position heraus hatte er die Militärs zusammen mit Cahn-Garnier von der Notwendigkeit der Bildung eines Landes Kurpfalz zu überzeugen versucht. Die übergeordneten Interessen der Alliierten hatten diesem Plan freilich schon kurz darauf den Garaus gemacht; die den Raum durchschneidende Zonengrenze ließ den Einigungsgedanken einstweilen



Werbeplakat der kurpfälzischen Südweststaatbefürworter aus dem Jahr 1950 für ein um die linksrheinische Pfalz erweitertes Land Baden-Württemberg. (Abbildung: Stadtarchiv Mannheim)

wieder in weite Ferne rücken. Auch der unmittelbar nach Kriegsende unternommene Versuch, mit einer „Wiederaufbaugemeinschaft der Städte Mannheim-Ludwigshafen“ die schwachen Kräfte der beiden stark zerstörten Schwesterstädte zu bündeln, war bei der neuen Besatzungsmacht Frankreich, später aber auch bei der Regierung des von dieser geschaffenen Landes Rheinland-Pfalz auf taube Ohren gestoßen.

Im Sommer 1948 schien sich erneut eine Perspektive auf eine Vereinigung der zersplitterten Region und damit auf eine Beseitigung vieler gerade in den vorangegangenen Jahren erlittener Nachteile aufzutun: In den „Frankfurter Dokumenten“ vom 1. Juli 1948 hatten die Westalliierten die Ministerpräsidenten ihrer Zonen dazu aufgefordert, die Grenzen der bei Kriegsende gebildeten Länder zu überprüfen. Damit freilich war der Bock zum Gärtner gemacht worden, und so mussten auch die von Heimerich, Cahn-Garnier und ihren zahlreichen Mitstreitern aus Politik und Wirtschaft des Rhein-Neckar-Raums unternom-

menen Initiativen in Richtung einer politischen Einheit der Region letztlich ins Leere laufen. Die einzige Gebietsrevision, die vorerst umsetzbar schien, war die – im Grundgesetz dann einem Sonderverfahren unterworfene – Fusion der drei auf ehemals badischem, württembergischem und hohenzollerischem Territorium existierenden Länder zu einem Südweststaat.

Vor diesem Hintergrund kaprizierten sich die nordbadischen Kurpfalz-Aktivisten nun ebenfalls auf eine solche Lösung, die aus ihrer Sicht wohlgemerkt lediglich ein Etappenziel, einen ersten notwendigen Schritt hin zu einer Revision der Ländergrenzen an der Neckarmündung und einer politischen Einheit der Region darstellen sollte. Frühzeitig allerdings begann sich abzuzeichnen, dass die Fusion im Karlsruher Raum ebenso wie in Südbaden auf mehrheitliche Ablehnung stoßen würde, so dass Mannheim, Heidelberg und die umliegenden Landkreise im Abstimmungskampf um den Südweststaat unversehens zum „Zünglein an der Waage“ gerieten. Deshalb steckte vor allem die Stadt Mann-



Werbeplakat der badischen Südweststaatgegner aus dem Jahr 1950. (Abbildung: Stadtarchiv Mannheim)

heim während der Südweststaatkampagne der Jahre 1950/51 erhebliche Mittel in die Werbung für den Zusammenschluss.

In der Tat sollten es dann beim Urnengang im Dezember 1951 die ehemals kurpfälzischen Gebiete sein, die die notwendige Mehrheit im nordbadischen Abstimmungsbezirk erbrachten und damit die Länderfusion ermöglichten. Die Hoffnung der kurpfälzischen Südweststaataktivisten freilich, für ihr Engagement angemessen entlohnt zu werden, wurde schon bald schwer enttäuscht: Weder konnten Mannheim und Heidelberg im Gerangel um die Verteilung von Landesbehörden punkten, noch fand der Kampf um den Anschluss der linksrheinischen pfälzischen Gebiete an Baden-Württemberg in der Stuttgarter Zentrale jetzt noch nennenswerte Unterstützung.

Da auch auf Bundesebene keine Anstalten gemacht wurden, den Verfassungsauftrag zur Neugliederung konsequent anzugehen, musste man sich in der Folgezeit in der Rhein-Neckar-Region damit begnügen, eine Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hinweg zu suchen. Die 1951 auf maßgebliches Betreiben des Mannheimer Oberbürgermeisters aus der Taufe gehobene „Kommunale Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar“ (KAG) bot hierfür wegen ihres notgedrungen nur privatrechtlichen Konstrukts aber ein unzureichendes Instrumentarium und entpuppte sich so schon bald als bloße „Konferenz der Nachbarn“. Erst Ende der 1960er Jahre sollten sich die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz bereit finden, die grenzübergreifende Kooperation in der Rhein-Neckar-Region mit einem Staatsvertrag auf stabilere Füße zu stellen.[20]

Generationenwechsel und sozioökonomischer Wandel

Mitte der 1950er Jahre hatte sich die Mannheimer Parteienlandschaft verändert: Angesichts der deutschland- und weltweiten Entwicklungen hatte die KPD auch in ihrer südwestdeutschen Hochburg deutlich an Bindekraft verloren, ohne dass die SPD jedoch davon profitieren konnte. Die örtliche CDU, zwar noch weit entfernt vom Bundestrend, war demgegenüber etwas erstarkt. Aus christdemokratischer Perspektive war deshalb nicht mehr einzusehen, dass die Sozialdemokraten sowohl das Amt des Stadtoberhaupts als auch das des Ersten Bürgermeisters beanspruchten. Die wachsende Konfrontation fand ihren endgültigen Niederschlag in der Kandidatennominierung für die Oberbürgermeisterwahl des Jahres 1955, an deren Ende eine Kampfabstimmung zwischen dem parteilosen örtlichen IHK-Geschäftsführer Hans Reschke als dem Kandidaten eines sogenannten „Bürgerblocks” und dem von auswärts herbeigeholten Bundestagsabgeordneten Werner Jacobi als dem Kandidaten der SPD stand.

Reschke obsiegte klar. Im Votum der Mannheimer Bevölkerung spiegelte sich damit eine Entwicklung wider, die weit über den eigentlichen Wahlakt hinaus-

wies: Der Kandidat des Bürgertums hatte den des Arbeiterlagers, ein NSDAP-Mitläufer einen Widerstandskämpfer aus dem Rennen geschlagen – ein Zeichen dafür, dass die durch NS-Diktatur und Krieg bewirkten Bevölkerungsverschiebungen und Einstellungswandlungen auch das politische Klima im einstmals „roten" Mannheim allmählich verändert hatten.[21]

Jakob Trumpfhellers Rückzug aus dem Vorsitz der Mannheimer SPD im Frühjahr 1956 und sein altersbedingtes Ausscheiden aus dem Bürgermeisteramt drei Jahre später markierten endgültig eine Zäsur in der politischen Kultur der Quadratestadt: Mit ihm zog sich der letzte Vertreter jener alten Arbeiteraristokratie aller politischen Lager von der Bühne zurück, die Mannheim über Jahrzehnte hinweg stark geprägt und nach Kriegsende den Wiederaufbau maßgeblich mitgestaltet hatten. In gewissem Sinne wurde damit auch die sozioökonomische Entwicklung der Stadt von der Industriemetropole zum Dienstleistungsstandort antizipiert, wie sie in den 1960er Jahren dann mit Vehemenz einsetzen sollte. Die „neue Stadt", die die Mannheimer nach 1945 aus Trümmern hatten errichten müssen, war nun in einem weit mehr als nur baulichen Sinne Realität.

Anmerkungen

1 Den bislang besten Überblick zur Mannheimer Nachkriegszeit bietet: Joachim Irek: Mannheim in den Jahren 1945–1949, Bd. 1. Zum Hergang der Besetzung sowie zu den Opfer- und anderen Daten vgl. dort S. 27 ff.

2 Zum gesamten Themenkomplex vgl. Erich Matthias/Hermann Weber: Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim.

3 Vgl. die Zahlen bei Joachim Irek: Mannheim in den Jahren 1945–1949, Bd. 1, S. 27 ff.

4 Zitiert nach Andrea Hoffend, „Ich liebe Mannheim wie meine Familie", S. 398.

5 Vgl. Josef Kaiser (Bearb.): Jetzt erst recht!, S. 31 ff.

6 Vgl. Christian Peters: Der Anfang nach dem Ende, S. 93.

7 Zu den „Antifa" vgl. Joachim Irek: Mannheim in den Jahren 1945–1949, Bd. 1, S. 53 ff.; Christian Peters: Der Anfang nach dem Ende, S. 45 ff.

8 Zitiert nach Joachim Irek: Mannheim in den Jahren 1945–1949, Bd. 2, S. 155 f.

9 Zur Entnazifizierung vgl. ebd., Bd. 1, S. 185 ff.; ferner Christian Peters: Der Anfang nach dem Ende, S. 38 ff.

10 Zu den hier und im Vorangehenden genannten Daten zur Ernährungs- und Wohnraumsituation vgl. Joachim Irek: Mannheim in den Jahren 1945–1949, Bd. 1, S. 202 ff.; zum Thema ferner Christian Peters: Der Anfang nach dem Ende, S. 103 ff.

11 Zur Situation der Mannheimer Kinder ebd. S. 99 ff.

12 Zur Enttrümmerung vgl. Joachim Irek: Mannheim in den Jahren 1945–1949, Bd. 2, S. 171 ff.; Christian Peters: Der Anfang nach dem Ende, S. 168 ff.

13 Zur Entwicklung der Industrie vgl. Joachim Irek: Mannheim in den Jahren 1945–1949, Bd. 1, S. 214 ff.
14 Zum Thema Jugend vgl. Christian Peters: Der Anfang nach dem Ende, S. 57 ff. und S. 98 f.
15 Zu den Vorgängen um die Wahl vgl. Joachim Irek: Mannheim in den Jahren 1945–1949, Bd. 1, S. 173 ff.; Christian Peters: Der Anfang nach dem Ende, S. 160 f.
16 Zitiert nach ebd., S. 176.
17 Vgl. Joachim Irek: Mannheim in den Jahren 1945–1949, Bd. 1, S. 213.
18 Zitiert nach Andrea Hoffend: Politik ohne Grenzen, S. 37.
19 Vgl. Andreas Schenk/Sandra Wagner: Eine neue Stadt muss her!, S. 10 ff.
20 Zum gesamten Komplex vgl. Andrea Hoffend: Die Region als Lebenswerk, sowie Andrea Hoffend: Politik ohne Grenzen.
21 Zur OB-Wahl des Jahres 1955, deren Hintergründen und Folgen vgl. Christian Peters: „Glücklicherweise bilden wir eine Ausnahme“, sowie Andrea Hoffend: „Ich liebe Mannheim wie meine Familie“, S. 404 ff.

Literaturhinweise

Hoffend, Andrea: „Ich liebe Mannheim wie meine Familie“: Jakob Trumpfheller (1887–1975), Bürgermeister des Wiederaufbaus, in: Mannheimer Geschichtsblätter NF 8 (2001), S. 385–410.

Hoffend, Andrea: Politik ohne Grenzen. Hermann Heimerich – Motor und Mentor der Rhein-Neckar-Region, hrsg. vom Raumordnungsverband Rhein-Neckar, Weinheim 2005.

Hoffend, Andrea: Die Region als Lebenswerk. Neues zu Kurpfalzfrage und Südweststaat aus dem Nachlass Hermann Heimerich, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 152 (2004), S 437–489.

Irek, Joachim: Mannheim in den Jahren 1945–1949. Geschichte einer Stadt zwischen Diktatur und Republik. Darstellung und Dokumente. 2 Bde., Stuttgart 1983.

Kaiser, Josef (Bearb.): Jetzt erst recht! Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Mannheim 1945–1990, hrsg. von der Industriegewerkschaft Metall Verwaltungsstelle Mannheim, Mannheim 1993.

Matthias, Erich/Weber, Hermann (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim, Mannheim 1984.

Nieß, Ulrich: „... und muss nun notgedrungen im Bunker hausen”. Alltagsleben im Nachkriegs-Mannheim, in: Mannheimer Geschichtsblätter NF 4 (1997), S. 597–620.

Peters, Christian: Der Anfang nach dem Ende. Mannheim 1945–49, 2. Aufl. Mannheim 1986.

Peters, Christian: „Glücklicherweise bilden wir eine Ausnahme.“ Mannheim in den fünfziger Jahren, Stuttgart 2001.

Schenk, Andreas/Wagner, Sandra: „Eine neue Stadt muss her!“ Architektur und Städtebau der 50er Jahre in Mannheim, hrsg. vom Stadtarchiv Mannheim und vom Mannheimer Architektur- und Bauarchiv e. V., Berlin 1999.

Seidl, Michael: Wiederentstehung und Entwicklung der Gewerkschaften in Mannheim und Ludwigshafen 1945–1949, Neustadt/W. 1990.

Christian Groh

Pforzheim – von einer Trümmerwüste zum modernen Stadtbild

Als die Industriestädte des Ruhrgebietes, als Hamburg, Berlin aber auch Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim sowie zahlreiche andere Städte Deutschlands und Europas schon in weiten Teilen einer Steinwüste glichen, wähnte sich die Pforzheimer Bevölkerung immer noch in Sicherheit. Die Stadt wurde von den Verantwortlichen als wenig kriegsbedeutend eingeschätzt. Die Natur des modernen Krieges und die Strategie des britischen „Bomber Command" sprachen aber gegen die Sicherheit irgendeiner deutschen Stadt mit Industrieanlagen. In einem Krieg, in dem es nicht mehr um Landgewinne ging, sondern in dem sich ganze, einander ausschließende Gesellschaftssysteme feindselig gegenüberstanden, in einem Krieg, der sich auf die wirtschaftliche Produktion, auf die Arbeitskraft der Zivilbevölkerung und deren Moral stützte, unterschieden die Strategen nicht mehr zwischen Kombattanten und Zivilisten. Ein langer und blutiger Stellungskrieg wie in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs, so die in den 1920er Jahren entwickelte Strategie, sollte sich nie mehr wiederholen. Vielmehr sollten die Grundlagen der Kriegführung, die Verkehrswege und Produktionsstätten von Rüstungsgütern Ziele der Zerstörung werden. Zu diesen Ressourcen der Kriegführung gehörten aber nicht allein Rohstoffe und verarbeitende Industrie, sondern auch die in den Fabriken tätigen Arbeiter.

Der Schauplatz des Krieges war kein Schlachtfeld mehr, vielmehr war dieses ein „unbegrenztes geworden, alle Schichten der kämpfenden Nationen sind unmittelbar in die Kampfaktionen einbezogen", so einer der Väter des strategischen Luftkriegs, der Italiener Giulio Douhet.[1] Die logische Konsequenz daraus wurde auch in einer Studie der „British Chiefs of Staff" aus dem Jahr 1928 formuliert: Angriffe auf Ziele, die die Moral der Arbeitskräfte beeinträchtigten, seien „perfectly legitimate" und somit „ordinary acts of war".[2] Allerdings fühlte sich auch das britische Bomber Command erst legitimiert, Verluste der gegnerischen Zivilbevölkerung in Kauf zu nehmen, nachdem die deutsche Seite zu ähnlichen Mitteln greifen sollte. Die deutsche Luftwaffe hatte dies bereits zu Kriegsbeginn getan, im September 1939 durch den Angriff auf Warschau und im Mai 1940 auf Rotterdam. Als zwei Monate später erstmals auch Städte

auf der britischen Insel aus der Luft angegriffen wurden und dabei Zivilbevölkerung ums Leben kam, fühlten sich die Planer bei der Royal Air Force (RAF) „befreit von jeglichen humanitären Erwägungen".[3] Im Jahr 1941 erstellte das britische „Ministry of Economic Warfare" eine erste Liste von hundert wichtigen Industriestädten Deutschland, die angegriffen werden sollten.

Der totale Krieg trifft Pforzheim

Nachdem am 18. Februar 1943 Reichspropagandaminister Joseph Goebbels unter dem Jubel der im Berliner Reichssportpalast Anwesenden den „totalen Krieg" ausgerufen hatte und so gut wie alle Produktionsstätten des Reichs von nun an für die Kriegführung produzierten, war letztlich jedes Ziel in Deutschland relevant oder zumindest militärisch nützlich und somit auch „legitim" geworden. Von den Pforzheimer Firmen hatten bereits einige zu Kriegsbeginn ihre Produktion teilweise oder ganz auf Rüstungsgüter umgestellt. Im Verlauf des immer länger währenden Krieges kamen mehr und mehr hinzu, bis schließlich in den letzten beiden Kriegsjahren die meisten Fabriken in der Stadt für das Militär produzierten.[4]

Das nationalsozialistische Deutschland wollte trotz der hohen Verluste nach „Stalingrad", trotz des Kriegseintrittes der USA und trotz der sich deutlich abzeichnenden militärischen Niederlage den Krieg nicht beenden. Es kämpfte und marschierte unbeirrt weiter in die Katastrophe. Nach dem missglückten Attentatsversuch auf Adolf Hitler vom 20. Juli 1944 waren keinerlei Anzeichen einer aussichtsreichen Opposition gegen die blindwütige Zerstörungspolitik der NS-Führung zu erkennen. Noch im Winter 1944/45, also in der Endphase des Krieges, wie wir heute wissen, hielten die Alliierten den deutschen Kriegsgegner für relativ mächtig, zum einen wegen der zurückgeschlagenen Ardennen-Offensive, zum anderen wegen der hartnäckigen Abwehrkämpfe der Wehrmacht im Osten. Somit wurde auch der strategische Luftkrieg fortgesetzt und traf mittlerweile auch kleinere Industrie- und Großstädte. Vor diesem Hintergrund war es nur eine Frage der Zeit, wann auch Pforzheim ins Zielvisier geraten würde.

Die Stadt taucht beispielsweise auf einem auf den 28. Juni 1944 datierten Zielinformationsblatt der U.S. Air Force (USAAF) auf, die seit Kriegseintritt der USA den Luftkrieg gemeinsam mit der RAF forcierte. Als Angriffsziel wurde der Hauptbahnhof genannt, Andeutungen wurden aber auch über die Industriestandorte gemacht: *„Pforzheim lies on the main Karlsruhe Stuttgart line, but the economic importance of the target lies in the facilities it supplies for the transportation of goods produced in the town, which before the war was one of the centres of the German jewellery and watch-making trades and is therefore likely to have become of considerable importance*

in the production of precision instruments."[5] Im Jahr 1944 hatte es bereits 298 Fliegeralarme über der Stadt gegeben – eine deutliche Steigerung gegenüber 1943 mit 48 Alarmen. Der erste Angriff auf die Kernstadt erfolgte schließlich am 1. April 1944. 95 Menschen mussten dabei ihr Leben lassen; die Verluste an Gebäuden waren vergleichsweise gering. Ab Oktober 1944 wurden dann fast täglich von einzelnen Fliegern Angriffe auf den Hauptbahnhof und die Bahnanlagen geflogen. Dabei wurden immer wieder auch umliegende Gebäude in Mitleidenschaft gezogen. Am 9. November erfolgte ein Angriff auf das Stadtgebiet, wobei Bomben auf ein Fabrikgebäude, aber auch auf Wohnanlagen fielen. Die Ruhe des Heiligen Abends war den Pforzheimern im Jahr 1944 nicht gegönnt: Am Vormittag gab es einen schweren Angriff, der neunzig Menschen das Leben kostete.

Zusammengenommen waren diese Angriffe nichts weiter als eine düstere Vorankündigung dessen, was noch kommen und sich viel verheerender auswirken sollte. Am Abend des 23. Februar 1945 ließen 368 Maschinen der Royal Air Force ab 19.50 Uhr und für die Dauer von 22 Minuten Spreng- und Brandbomben sowie Brandkanister und Luftminen im Gesamtgewicht von 1 575 Tonnen auf die Innenstadt von Pforzheim nieder. Im Angriffsbefehl der RAF wurde unter dem Codenamen „Yellowfin" (Gelbflosse) die Absicht formuliert, bebautes Gelände und benachbarte Industrie- und Bahnanlagen zu zerstören.[6] Kurz nach den ersten Einschlägen bildeten sich große Flächenbrände, die sich schließlich zu einem Feuersturm vereinigten, der ein Überleben auf einer Fläche von dreieinhalb Quadratkilometern in der Innenstadt so gut wie unmöglich machte. Menschen, die sich nicht rechtzeitig in die Außenbezirke oder in Keller retten konnten, waren ohne jegliche Überlebenschance. Aber auch in den unterirdischen Luftschutzräumen starben viele Menschen, da die Flammen des Feuersturms den Sauerstoff aus den Kellern herauszogen. Wer dem Erstickungstod durch Flucht auf die Straßen zu entkommen suchte, verglühte in den Flächenbränden oder im Feuersturm. Nicht wenige von denen, die sich in die Flüsse Enz und Nagold gestürzt hatten, um dem Verbrennungstod zu entgehen, ertranken.

Die Folgen des Krieges

In den ersten Tagen nach dem Angriff wurden Leichen und Leichenreste in Massengräbern auf dem Friedhof bestattet. Soweit möglich, wurden die Leichen identifiziert. Im Oktober 1945 stellte das Standesamt eine Anzahl von 7 200 bestatteten Opfern fest, von denen 2 432 noch nicht identifiziert werden konnten. Wie viele Menschen in den Kellern umgekommen waren und aus den Trümmermassen nicht mehr geborgen werden konnten, ist bis heute unklar.

Eine standesamtliche Beurkundung der Anzahl der Todesfälle war angesichts der Situation in den ersten Tagen nach dem Angriff unmöglich. Im Oktober 1948 schätzte das Statistische Amt der Stadt den Verlust an Menschenleben nach allen Angriffen auf 17 600. Auf die Gesamtfläche berechnet, waren mehr als zwei Drittel der Stadt zerstört, auf den Innenstadtbereich bezogen liegt die Quote zwischen achtzig und hundert Prozent. Waren im Innenstadtbereich „Marktplatz" 1939 noch 4 112 Anwohner registriert gewesen, lebte hier nach dem Februar 1945 niemand mehr.

Neben sämtlichen Wohn- und Fabrikgebäuden der Innenstadt hatte der Angriff auch Kirchen, Schulen, Krankenhäuser, Bäder und andere Einrichtungen als Ruinen hinterlassen. Nicht gering zu schätzen ist außerdem der Verlust an Zeugnissen der Vergangenheit. Archiv- und Kulturgut aus dem Mittelalter war schon in früheren Jahrhunderten, während des Dreißigjährigen Krieges und der Pfälzischen Erbfolgekriege, verloren gegangen. Die damals jüngeren Bestände des Städtischen Museums und des Stadtarchivs waren erst im Herbst 1944 auf Anordnung der Wehrmacht aus Westwallbunkern zurück nach Pforzheim geholt worden. Im Keller der Hildaschule wurden sie nun ein Opfer der Flammen.

Die Luftschutzmaßnahmen waren in Pforzheim unzureichend, wenngleich bereits vor Kriegsausbruch, im Januar 1938, erste Verdunkelungsübungen durchgeführt worden waren. Ein Einsatzplan bei Fliegerschäden war am 17. September 1942 erstellt worden. Wiederholt erteilte fortan der Oberbürgermeister Anweisungen über den Personaleinsatz der Stadtbediensteten nach schweren Luftangriffen. Die oberste Regel, die stets an den Schluss gestellt wurde, war die Verschwiegenheitspflicht über die Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung.[7] Zumindest den Entscheidungsträgern bei der Stadt und in der Partei muss also lange bewusst gewesen sein, dass auch Pforzheim bei andauerndem Krieg nicht ungeschoren davon kommen werde. In einem Schreiben an die Stadtverwaltung vom 16. Dezember 1944 sprach der Ortsgruppenleiter der NSDAP Pforzheim-Au von einer „sehr ernsten Luftlage" der Stadt. In einer Luftschutzplanbesprechung vom 12. November 1943 wird die Übungslage mit fast visionärer Voraussicht geschildert: *„Der Angriff dauerte von 1.00 bis 1.42 Uhr. Die Feindflieger setzten zunächst Zielmarkierungsbomben, die christbaumartig rot und grün ausstrahlten. Die Markierungsbomben wurden über dem eng zusammengebauten Teil von Pforzheim abgesetzt, den etwa 54 000 Menschen bewohnen. Neben starken Zerstörungen von Wohnvierteln und Versorgungsbetrieben durch Spreng- und Minenbomben wurden durch Massenabwurf von Stabbrandbomben und Phosphorbrandbomben, Phosphorkanistern und Flüssigkeitsbomben in verschiedenen Stadtteilen ausgedehnte Brände verursacht, die sich schnell zu Groß- und Flächenbränden ausweiteten. In den eng bebauten Altstadtvierteln wurden die gefährdeten Menschen auf Befehl der örtlichen LS[Luftschutz]-Leitung noch vor der Entwarnung aus den Brandgebieten herausgeführt."*

Anders als in dem Szenario der Übung konnten am 23. Februar 1945 die gefährdeten Menschen nicht mehr aus den Altstadtvierteln gebracht werden, weil der Angriff viel zu kurz nach dem Alarm folgte. Zudem befanden sich an dem klaren Abend keine Nachtjäger zur Abwehr in der Luft. Die „ideale" Mischung der Bombenarten, in zahlreichen Angriffen auf andere deutsche Städte zuvor bereits erprobt, führte in Kombination mit den unzureichenden Schutzmaßnahmen zu den hohen Verlusten. Zwar waren nach den zahlreichen kleineren Angriffen des Vorjahres die Anstrengungen im Luftschutz verstärkt worden. Dabei hatte das Hauptaugenmerk dem Ausbau der vorhandenen Luftschutzräume in Häusern gegolten. Dass Sicherheit jedoch nicht gewährleistet werden konnte, war bekannt. Die Stadtverwaltung hatte schon im Dezember 1944 die Bevölkerung aufgeklärt, dass auch bei bester Förderung der Stollenbauten „nur einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung" ein bombensicherer Schutz garantiert werden könne. Die zum Ausbau des Luftschutzes verpflichteten Wehrmachtseinheiten in der Umgebung waren durch Truppenverlegungen und Abstellungen zu anderen Einheiten geschwächt worden. Gleichzeitig waren Arbeitskräfte aus Pforzheim für den Sondereinsatz „Westwallarbeiten" abgezogen worden. Die vielfach erprobte und ständig „verbesserte" Waffe des Luftangriffs konnte somit in Pforzheim ganze Arbeit verrichten. Der Auswertungsbericht K.3838 der RAF vom 12. März 1945 fasste zusammen: „The attack on the night of 23/24 FEB 1944 [sic!] has reduced the buildings in the greater part of the town to hollow shells or heaps of rubble."

Um den Trümmerhaufen, den die Stadt in großen Teilen nach dem 23. Februar 1945 bildete, wurde noch einige Zeit gekämpft. Vom Norden und Westen rückten alliierte Kampfverbände immer näher. Am 25. März überquerten US-amerikanische Truppen den Rhein bei Germersheim, am 1. April zogen fran-



Auf einer Länge von drei und einer Breite von eineinhalb Kilometern sah es in Pforzheims Innenstadt ähnlich aus wie auf diesem Bild aus der Schillerstraße. (Foto: Vogt, Stadtarchiv Pforzheim)

zösische Verbände bei Philippsburg nach. Am 3. April nahmen die Franzosen Bruchsal, am Tag danach Karlsruhe und am 5. April schließlich Durlach ein. Dessen ungeachtet versicherte der Kreisleiter der Pforzheimer NSDAP, Armin Knab, entgegen des militärischen Rates des zuständigen Divisionsführers der 716. Infanteriedivision, er werde mit dem Volkssturm die Stadt Pforzheim bis zum Letzten verteidigen. Sogar die wenigen nach dem Luftangriff noch intakt gebliebenen Brücken im Stadtgebiet ließ der Kreisführer noch sprengen, so dass die Zerstörung der Infrastruktur nun nahezu vollständig war. Die Niederlage vermeiden konnte auch Knab nicht mehr; es wurde lediglich noch mehr Blut vergossen. Am 8. April griffen französische Panzer die Stadt an, der Nordteil war gegen Mittag besetzt. Es dauerte noch weitere zehn Tage bis zum 18. April, bis die gesamte Stadt eingenommen wurde. Rechtzeitig, zwei Tage zuvor, hatte sich Kreisleiter Knab und sein Stab abgesetzt. Die nationalsozialistische Zeit war beendet, es begann die Besatzungszeit.

Zwischen Kriegsende und Wiederaufbau: Die französische Besatzung als Interimszeit

Schon am 12. April, als sie lediglich den Nordteil der Stadt besetzt hielten, ernannten die Franzosen den Fabrikanten Wilhelm Becker zum Bürgermeister und beauftragten ihn damit, eine Stadtverwaltung aufzubauen. In seinem Haus in der Wilferdinger Straße versammelte Becker ein Häuflein Gleichgesinnter um sich. Viele der bisher bei der Stadt tätigen Beamten und Angestellten hielten sich aber im noch nicht eroberten Südteil der Stadt auf. Erst nach dem 18. April, als die gesamte Stadt besetzt war, wurde mit einer Neuorganisation der Verwaltung begonnen. Die erste Auflistung der Zuständigkeiten ist vom 25. April 1945 datiert.[8] Darin sind zehn Verwaltungs- und sieben technische Stellen aufgelistet, darunter neben den üblichen wie Sozial- und Standesamt eine Stelle zur Ernährungssicherung und eine zum Quartiernachweis.

Die noch provisorische Stadtverwaltung hatte nicht „nur“ mit der Verwaltung des Mangels und dem Aufbau der eigenen Organisation zu tun. Weil die erforderlichen Unterlagen beim Großangriff vernichtet worden waren, mussten beispielsweise die Einwohner, die Berufstätigen sowie der Wohnraum neu erfasst werden. Darüber hinaus waren die insgesamt 16, ab Juli immerhin 28 Männer die einzigen verbliebenen Ansprechpartner für die Menschen in der Stadt. Ehemalige staatliche Ämter gab es seit dem Zusammenbruch nicht mehr. So wurden die kommunalen Dienststellen auch mit Fragen und Anliegen konfrontiert, für die völlig andere Institutionen zuständig gewesen waren. Obendrein mussten sie in enger Absprache mit der französischen Militärregierung handeln sowie deren Anordnungen durchsetzen. Sie gerieten deswegen in Kon-

fliktlagen zwischen den Vorschriften der Besatzungsmacht, den eigenen Vorstellungen und Traditionen sowie den Erwartungen der Bevölkerung.

Zu den ersten Anweisungen der Militärregierung, die durch das Bürgermeisteramt und die städtischen Dienststellen durchgeführt werden mussten, gehörten die Ablieferung aller Waffen und Rundfunkgeräte sowie die Einführung von Sperrzeiten. Die äußere Unordnung der zertrümmerten Innenstadt erweckte ebenso wie der plötzliche Zusammenbruch der einst so starren Staatsordnung und ihrer scheinbar übermächtigen Organe in weiten Bevölkerungskreisen eine fast anarchische, übergeordneten Autoritäten gegenüber gleichgültige Haltung. Plünderungen aus den Trümmergrundstücken, Diebstähle und ähnliche Taten drohten als kriminelle Delikte zu alltäglichen Handlungen zu werden.[9] Nachdem die ab 4. Mai 1945 für jeglichen Verkehr gesperrte Innenstadt im Juni wieder freigegeben worden war, verkündeten Schilder das Verbot des Plünderns. Als Ordnungshüter wurde eine Hilfspolizei aufgestellt, die ohne Waffen und einzig durch eine weiße Armbinde ausgezeichnet freilich wenig Autorität ausstrahlen und kaum abschreckende Wirkung zeigen konnte.[10]

Viel mehr als eine brüchige Ordnung herzustellen und zu überwachen sowie die elementaren Bedürfnisse der Einwohner zu befriedigen, von denen allerdings die meisten noch in Außenbezirken oder außerhalb der Stadt bei Verwandten oder Bekannten untergebracht waren, konnte in den ersten Wochen und Monaten nach Kriegsende nicht geleistet werden: Bemühungen, die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen, für ausreichend Brennholz oder Kohle zum Heizen oder als Brennstoff für die Öfen der Bäckereien zu sorgen, wurden durch Beschlagnahmungen der Besatzungsmacht erschwert. Häufig fehlte es an Transportmitteln, weil die französischen Truppen intakte Kraftwagen requiriert hatten. Immerhin waren die Strom- und Wasserversorgung schon frühzeitig wieder hergestellt. Zu ersten Aufbauarbeiten wie beispielsweise der Errichtung zweier Holzbrücken wurden die männlichen Einwohner der Stadt verpflichtet. Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren mussten mehrere Wochen lang Aufräumarbeiten in der Innenstadt oder andere allgemein dienliche Tätigkeiten verrichten. Die Schulen – in einigen war bereits 1944 der Unterricht eingestellt worden, seit dem Angriff im Februar hatte an keiner mehr Unterricht stattgefunden – blieben noch bis Oktober 1945 geschlossen, gelegentlich fanden allerdings in Privathäusern „Schulstunden“ ehemaliger Lehrer für die eigenen Kinder oder die der Nachbarschaft statt.[11]

Das Verhältnis zur französischen Besatzungsmacht blieb nicht allein wegen der auch in anderen Besatzungszonen üblichen Beschlagnahmungen oder Einquartierungen gespannt. In den letzten Kriegswochen war es zu Übergriffen durch Soldaten der 1. französischen Armee, der „Rhein-Donau-Armee“, gekommen. Deren Soldaten stammten hauptsächlich aus Tunesien, Marokko und aus

dem Senegal.[12] Insbesondere Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen jeden Alters, aber auch Misshandlungen, Plünderungen und Diebstähle durch Soldaten sind noch Jahrzehnte später in der Erinnerung der Zeitzeugen lebendig. Der Fund von 25 Leichen französischer Résistancekämpfer, die im November 1944 in einem Waldstück bei Pforzheim in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion" ermordet worden waren, belastete das Verhältnis zusätzlich.[13] Nach der Exhumierung musste die gesamte Bevölkerung der Stadt auf Geheiß der Militärregierung an den Leichen vorbeigehen. Am 27. Mai 1945 wurden die Überreste der Résistancekämpfer auf dem Hauptfriedhof beigesetzt. Die Pforzheimer Einwohner mussten neben den Sargträgern eine Ehrenabordnung stellen. Zwei Jahre später wurden die Leichen in die französische Heimat überführt.

Beginn des Wiederaufbaus: Pforzheim in der US-Zone

Wesentlich entspannter sollte sich das Verhältnis zur US-amerikanischen Besatzungsmacht gestalten, die im Zuge der Neufestlegung der Zonengrenzen am 8. Juli 1945 die Stadt übernahm. Schon während der Übergabe der Stadt wurde eine andere Herangehensweise deutlich: Die US-amerikanischen Truppen errichteten Straßensperren auf der Abzugsroute ihrer französischen Kameraden und durchsuchten deren Konvois. Dabei sicherten sie Nutztiere, mehrere Automobile und Maschinen, die in der Stadt zu verbleiben hatten. Der Resident Officer der Militärregierung, Major Robert B. Little, bewertete die seit Kriegsende geleistete Arbeit in der Stadt kritisch: „*Nothing had been done toward clearing the city except the removal of the rubble and debris from the main roads through the town. (...) The work of removing the cadavers from the destroyed sections of the city was in progress but an estimate as to the completeness of this work was not available. (...) Very little had been done by the French Govt. to improve the civil affairs of the city. Their main interest apparently had been in the field of Public Safety*"[14]

Die Amerikaner begannen nun rasch damit, das öffentliche Leben wieder in geordnetere Bahnen zu lenken. Ende August wurden Staatsanwaltschaft, Notariat und Amtsgericht eingeweiht, im September begann wenigstens in drei Schulgebäuden für die ersten vier Volksschulklassen wieder der Unterricht, die Hilfspolizei wurde ab Juli durch eine neue, städtisch organisierte Polizei ersetzt. Parallel zu diesen administrativen Aufgaben sollte durch den Verzicht auf Lebensmittelbeschlagnahmungen und die Errichtung eines Gütertauschs mit dem in der französischen Zone gelegenen Calw die Ernährungslage der Bevölkerung verbessert werden. Mit Hilfe des Arbeitsamts wurden 800 Männer im Alter zwischen 15 und fünfzig Jahren zur Wiederherstellung von Brücken, Durchgangsstraßen sowie Amts- und Wohngebäuden verpflichtet, von denen allerdings nur 680 erschienen. Um die katastrophale Ernährungs- und Woh-

nungssituation nicht weiter zu verschärfen, verhängte die Militärregierung ab 10. September 1945 eine Zuzugssperre, von der nur ehemalige KZ-Häftlinge, ortsansässige Wehrmachtsangehörige und Personen ausgenommen waren, an deren Zuzug auf Grund ihres Berufs ein öffentliches Interesse bestand.

Parallel zu diesen Maßnahmen veranlasste die Militärregierung den Aufbau einer kommunalen Verwaltung. Sie entließ den von den Franzosen eingesetzten Bürgermeister Becker und ernannte an seiner Stelle den ehemaligen Filialleiter der Deutschen Bank in Pforzheim, Friedrich Adolf Katz, der bereits als Landrat des Landkreises Pforzheim fungierte, zum neuen Oberbürgermeister. An seiner Seite sollten Hellmuth Müller und Gustav Kuhle als Bürgermeister stehen.[15]

Gleichzeitig berief die Militärregierung den neuen Stadtrat, dessen zwanzig Mitglieder erstmals am 7. August tagten. Während die Militärregierung die bürgerlichen Honoratioren oder sozialdemokratisch orientierten Gewerkschafter für den Stadtrat ohne vorherige Empfehlungen seitens der Deutschen ernannt hatte, waren die Mitglieder der zehn Ausschüsse von Vertretern der sogenannten antifaschistischen Parteirichtungen vorgeschlagen worden. In beiden Gremien saßen hauptsächlich Männer, die bereits vor 1933 politisch gewirkt hatten. Einige von ihnen hatten wegen ihres politischen Engagements in der Weimarer Republik während der NS-Zeit leiden müssen. So waren die Sozialdemokraten Gottlieb Mössinger, Rudolf Pöhler und August Weik nach dem 20. Juli 1944 im Konzentrationslager Dachau inhaftiert gewesen. Karl Richardon, seit 1919 Mitglied der SPD, hatte insgesamt drei Jahre Gefängnishaft wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ hinter sich bringen müssen. Über den Lehrer Karl Burghardt, der als überzeugter Katholik dem NS-Regime kritisch eingestellt war, hatten die nationalsozialistischen Machthaber eine Beförderungssperre verhängt. Gottfried Leonhardt, 1946 Mitbegründer der CDU, hatte der „Bekennenden Kirche“ angehört.

Am 3. September 1945 kamen nun erstmals wieder Vertreter der Parteien aus der Weimarer Zeit in der Osterfeldschule, die noch über Jahre hinaus als Rathaus diente, zusammen. Sozialdemokraten, Kommunisten, ehemalige Repräsentanten der Zentrumspartei und der Demokratischen Partei taten sich unter dem Banner einer „Anti-Fascist League“ („Antifa“) zusammen und diskutierten die dringendsten Probleme in der Stadt. Die „Antifa“, die einen vierköpfigen Exekutivausschuss, bestehend aus je einem Vertreter jeden politischen Lagers bildete, setzte sich zum Ziel, die Kommunikation mit der Militärregierung zu verbessern und gemeinsam mit dieser die Stadt von denjenigen zu befreien, die Nutznießer des NS-Regimes gewesen waren. Öffentlich traten die vier Parteien der „Antifa“ erstmals bei einer Kundgebung am 21. Oktober in Erscheinung. Die Militärregierung zögerte auch hiernach noch, politische Parteien zu erlauben, doch wurde schließlich am 9. November als

erste die Kommunistische Partei wieder zugelassen. Bis Februar 1946 folgten Zulassungen für die anderen drei Parteien, die über Jahrzehnte das politische Leben in der Stadt prägen sollten. Noch im November fand die mit 400 Personen gut besuchte Gründungsversammlung der Sozialdemokraten statt. Im gleichen Monat besprachen dreißig Vertreter des bürgerlichen Lagers die Gründung einer christlich-konservativen Partei. Bis sich die CDU schließlich formierte, dauerte es aber noch bis zum 27. Februar. Die liberale DVP war am 5. Januar von der Militärregierung genehmigt worden. Ihr stand Stadtrat Johann Peter Brandenburg vor, später langjähriger Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneter.

Nachdem sich die Parteien wieder etabliert hatten, fanden am 26. Mai 1946 die ersten Wahlen zum Pforzheimer Gemeinderat statt. Als stärkste Kraft ging dabei die SPD mit 37,3 Prozent hervor, gefolgt von der CDU mit 31, der liberalen DVP mit 21,7 und der KPD mit zehn Prozent. Dem entsprachen im künftigen Gemeinderat neun Sitze für die SPD, acht für die CDU, fünf für die DVP und zwei für die KPD. Dem ersten demokratisch legitimierten Gemeinderat der Nachkriegszeit gehörten noch zwölf des von der Militärregierung ernannten ersten Stadtrats an. Das Gremium bestätigte am 12. Juli den bisher amtierenden Oberbürgermeister Friedrich Adolf Katz, allerdings erst in einem zweiten Wahlgang. Katz, der in seiner Eröffnungsrede des ersten Stadtrats am 7. August 1945 von einer „Angleichung (...) der Gesinnung zwischen den früher scharf geschiedenen Schichten“ gesprochen hatte, hielt sich in seinem Amt nicht einmal ein Jahr lang. Am 27. Mai 1947 sprach ihm eine Mehrheit des Gemeinderats das Misstrauen aus. Begründet wurde dieser Schritt, der aus den Reihen der SPD und KPD getan wurde, vor allem mit der Personal- und Finanzpolitik des Oberbürgermeisters. Katz trat zum 31. Juli 1947 zurück.

Eine längere Amtszeit war seinem Nachfolger beschieden. Johann Peter Brandenburg hatte bereits dem ersten berufenen Stadtrat angehört und saß auch im gewählten Gremium als Vertreter der DVP. Der in der Eifel geborene promovierte Jurist war seit 28. August 1946 Erster Bürgermeister gewesen und wurde am 21. August 1947 in zwei Wahlgängen mit einer knappen Mehrheit von 13 von 24 gültigen Stimmen zum Oberbürgermeister Pforzheims gewählt. Brandenburg, der auch Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlungen und des Landtags von Württemberg-Baden beziehungsweise Baden-Württemberg war, wurde später auch in direkten Wahlen durch die Bevölkerung bestätigt und blieb insgesamt fast 19 Jahre, bis Januar 1966, Stadtoberhaupt. Der nach eigenen Worten „passionierte“ Kommunalpolitiker, der sein Amt mit Autorität ausführte und sich auch in den Landesparlamenten für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung engagierte, gestaltete den Wiederaufbau in Pforzheim.[16]



Der Oberbürgermeister des Wiederaufbaus, Johann Peter Brandenburg (rechts hinten), während der Fahrt zur Einweihung der wiederaufgebauten Nordstadtbrücke am 29. September 1951. Ihm gegenüber Ministerpräsident Reinhold Maier und Bürgermeister Wilhelm Compter. (Foto: Stbst. Meyer, Stadtarchiv Pforzheim)

Johann Peter Brandenburg hatte bereits einige Funktionen inne. So war er beispielsweise einer der beiden Lizenzträger der „Süddeutschen Allgemeinen Zeitung", dem ersten Blatt der Nachkriegszeit, das in Pforzheim verlegt wurde. Außerdem war Brandenburg öffentlicher Kläger bei der Spruchkammer Pforzheim. Die Spruchkammern waren im Zuge des „Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" einberufen worden. Als Laiengerichte sollten diese Gremien über die Verstrickung aller 1946 über 18-Jährigen in die nationalsozialistischen Verbrechen urteilen. Grundlage waren Fragebögen, in denen Mitgliedschaften in der NSDAP und anderen nationalsozialistischen Organisationen erfragt wurden. In Pforzheim gingen insgesamt 33 600 solcher Fragebögen ein. Wie andernorts standen auch hier bald Aufwand und „Nutzen" des Entnazifzierungsverfahrens in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zueinander. Die Spruchkammern wurden in zunehmendem Maße zu „Mitläuferfabriken".[17] Zwar waren bis zum 31. Juli 1946 beispielsweise 73 Prozent aller Beamten des Stichtags 1. April 1945 aus der Stadtverwaltung Pforzheim entlassen worden. Doch kamen viele ehemalige Beamte später wieder in den Dienst zurück, weil sie aufgrund von Änderungsgesetzen über die Entnazifizierung nach 1948 vom „Mitläufer" zum „Entlasteten" zurückgestuft wurden oder weil das „131er-Bundesgesetz" vom April 1951 allen Beamten, die nicht als Hauptschuldige oder Belastete eingestuft worden waren, die Wiederverbeamtung versprach. In Leitungspositionen oder solchen, die spezifische Kenntnisse oder Wissen voraussetzten, war es in der frühen Phase der Entnazifizierung schwer gewesen, politisch unbelastete und gleichzeitig kompetente Mitarbeiter zu gewinnen, so dass letztlich die Wiedereinstellung ehemaliger Parteigenossen der Sacharbeit zugute kam. Immerhin ist Pforzheim von spektakulären Fällen,

in denen ehemals hochrangige Nationalsozialisten wieder herausragende Stellung hätten einnehmen können, verschont geblieben.

Wiederaufbau im Sinne „neuzeitlichen Städtebaus“

Als Johann Peter Brandenburg in sein Amt gewählt wurde, war er Oberbürgermeister für 48 762 Pforzheimer. Dies entsprach 61,7 Prozent der Vorkriegsbevölkerung. In der Volkszählung des Jahres 1939 hatte Pforzheim, dem in den letzten Jahren des 19. und den ersten des 20. Jahrhunderts noch amerikanisches Wachstum bescheinigt worden war, 79 011 Einwohner gehabt. Zwar wuchs in den Jahren nach 1945 die Anzahl der Stadtbevölkerung stetig, doch sollte es noch bis in das Jahr 1959 dauern, bis der Vorkriegsstand erreicht wurde. Für die um mehr als ein Drittel dezimierte Bevölkerung stand in den ersten Jahren nach dem Krieg allerdings nicht ausreichend Wohnraum zur Verfügung. Der Angriff des 23. Februar 1945 hatte mehr als 16 000 Wohnungen im Stadtgebiet zerstört, das entsprach 66,4 Prozent des Vorkriegsbestands. Die Überlebenden kamen zunächst in Behelfsunterkünften oder Gartenhäuschen am Rand der Stadt oder aber bei Verwandten der umliegenden Landkreise notdürftig unter. Über Jahre hinaus blieb der Wohnungsbau eine der dringendsten Aufgaben der Stadt.

Im Dezember 1945 richtete die Stadtverwaltung ein Wohnungsamt ein, dem die Verteilung des knappen Wohnungsbestandes oblag. Wurde Wohnraum durch Wegzug oder Todesfall frei, erfuhren die Wohnraumvermittler über das Standes- oder Einwohnermeldeamt davon und prüften, ob und wem von den bekannten Bedürftigen ein oder mehrere Zimmer zugeteilt werden könnten.



„Trautes Heim, Glück allein!“ Bevor der Wiederaufbau richtig losging, wohnten viele Menschen in selbsterrichteten Hilfsbaracken. (Foto: Stadtarchiv Pforzheim)

Dabei mussten die Beamten in die Privatsphäre der Betroffenen – seien es Vermieter, Anwohner oder Bedürftige – eingreifen. Konflikte blieben nicht aus. Es handelte sich bei der Arbeit der Wohnraumermittler sicherlich um eine der schwierigsten Tätigkeiten in der von Not geprägten Zeit. Bis 1952 teilte das Wohnungsamt 8 061 Mal Wohnräume zu. Gegen 613 der insgesamt 2 225 im Jahr 1949 erfolgten Zuweisungen wurden Beschwerden erhoben, also gegen jede vierte Maßnahme.

Neben der Erfassung und Zuteilung bestehenden Wohnraums musste selbstverständlich für die Schaffung neuer Wohngebäude gesorgt werden. Zwischen 1945 und 1957 wurden von privaten Bauherren, Genossenschaften, Stadt und Staat insgesamt 13 214 Wohnungen errichtet. Im Zuge dieser enormen Bauleistung und des gleichzeitigen Wiederaufbaus von Zweck- und Industriebauten erhielt die Stadt ein modernes Gesicht, das sich von dem der Vorkriegszeit grundlegend unterscheidet. Bereits im September 1945 hatte der Gemeinderat das Planungsamt ins Leben gerufen, welches den Wiederaufbau „nach den Gesichtspunkten des neuzeitlichen Städtebaus“ planen sollte. Zu Ostern 1946 wurde ein erster von diesem Amt erstellter Übersichtsplan der zu schaffenden Stadt in einer Ausstellung der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Pforzheimer Ausgabe der „Badischen Neuesten Nachrichten“ kommentierte am 2. Mai: *„Wer Augen hat zu sehen, der entdeckt aus dem Fluch des Untergangs zugleich auch einen Schimmer vom Segen des Zufalls oder Schicksals. Wesentliches von den Elementen, die einst den Ruhm Pforzheims als eines der schönsten, stolzesten Gebilde des Mittelalters begründeten, hat die Katastrophe vom 23. Februar 1945 erst wieder ans Licht gebracht, aus dem weiten Trümmerfeld heraus- und emporgerückt, den Zauber der Berg- und Flussbilder der Schwarzwaldpforte vom Stadtrand bis in ihr Innerstes hinein und die Kraft und Größe der ältesten, bedeutendsten Baudenkmäler, die alle Kriege und Brände, auch den entsetzlichsten überstanden haben. (...) Bausünden aus dem Zeitalter raschen wirtschaftlichen Aufstiegs (...) gab es vor dem Unglück noch viele in der einstigen Residenz des badischen Markgrafen (...). Eine Bombennacht hat die monströsen Steinschluchten und gedankenarmen Wandelfassaden, die tötend-schematisch in die Hänge der Südstadt gepflastert waren, weggefegt, als Glück im Unglück. (...) Jetzt ist die einmalige Gelegenheit da, das Stadt- wieder zu einem Heimatbilde zu gestalten.“*

Der Kommentar verdeutlicht zweierlei: Zum einen war schon das vor 1945 bestehende Stadtbild heftiger Kritik ausgesetzt gewesen. Zum anderen erkannten zumindest Teile der Öffentlichkeit in dem „Tabula rasa“-Zustand der zerstörten Stadt auch eine Chance für einen gestalterischen Neubeginn. Der Großteil der Bevölkerung freilich war angesichts der noch herrschenden Not wenig empfänglich für derartige Gedankenspiele. Das zeigt auch die Tatsache, dass die Gemeinderäte unter sich blieben, als sie gut zwei Jahre später, am 12. Oktober 1948, den Generalverkehrs- und Bebauungsplan für die Stadt ver-

abschiedeten. Dabei war die Sitzung in eine Schulturnhalle nach Brötzingen verlegt worden, um der – wie man geglaubt hatte – interessierten Öffentlichkeit die Teilnahme zu ermöglichen.

Die dem Bebauungsplan zugrunde liegenden Planungen hatte Stadtbaudirektor Kurt Kaiser maßgeblich geprägt. Er war Verfechter des „neuzeitlichen Städtebaus", wie er schon im Januar 1946 in einem Referat vor dem Städtetag in Heidelberg ausgeführt hatte: *„Die in den letzten Jahren viel umstrittene moderne Bauweise (...) [hat] sich gegen alle Zerstörungskräfte (...) der hergebrachten Bauweise gegenüber überlegen gezeigt. Die neuzeitlichen Gesichtspunkte des Städtebaus und der Bautechnik haben sich also als richtig erwiesen, und es sollte zu erwarten sein, dass die öffentliche Meinung, die sich diesen gegenüber bisher ablehnend verhielt, ihr Urteil revidiert."*

Ursprünglich wollte man die noch intakten unterirdischen Anlagen nutzen, doch wurde auch für den Autoverkehr geplant. Dem widersprach der noch aus dem Mittelalter rührende Grundriss der Stadt. Die überörtlichen west-östlichen Verbindungsstraßen durch Pforzheim sollten verbreitert werden. Dem Straßenverkehr wurde also Priorität gegenüber baukünstlerischen Aspekten eingeräumt. Gleichzeitig sollte die Mischbebauung von Wohn- und Industriebauten in der Innenstadt entgegen Kaisers ursprünglicher Absicht erhalten bleiben. Vom historischen Antlitz jedoch blieb von wenigen Ausnahmen abgesehen in Pforzheims Innenstadt kaum etwas übrig. Eine simple vergleichende geographische Verortung eines beliebigen Standpunkts irgendwo in der Innenstadt des „alten" Pforzheim ist für den heutigen Besucher oder Bewohner zur Herausforderung des Entdeckers geworden. Bilderserien des historischen Pforzheim, historische Bildbände und Nachbauten historischer Bauwerke erfreuen sich bis heute großer Beliebtheit.

Kaisers Prognose, die öffentliche Meinung werde ihre negative Haltung gegenüber einem modernen Stadtbild revidieren, traf nicht ein. Nicht jeder urteilte so ausgewogen wie Walter Heidegger in einem Büchlein, das er anlässlich des zehnten Jahrestages der Zerstörung 1955 herausgab: *„Vergleichen wir in der Erinnerung jenes Chaos am Kriegsende mit dem Bauzustand der ‚Goldstadt' heute, dann ist der Unterschied sehr groß. (...) Die Aufzählung der gut gelungenen Neubauten, der schönen und nützlichen Brücken, der Verbesserungen im Straßennetz ergäbe eine lange, inhaltsreiche Liste. (...) Wer nüchtern und nicht ohne Verständnis für Architektur und Volksleben die städtebauliche Entwicklung des neuen Pforzheim (...) beobachtet, der bemerkt außer den modernen Verbesserungen gegenüber früher auch einige erschreckende und unpraktische Nachteile. Über bedauerliche Verarmung der Phantasie und Ausdruckskraft, ohne die es keine Baukunst gibt, sind wir Menschen des 20. Jahrhunderts noch nicht ganz hinausgewachsen. (...) Man darf zwar einwenden, das 1945 untergegangene Stadtbild Pforzheims sei uneinheitlich gewesen, und die um die Jahrhundertwende schnell vergrößerte Industriestadt habe ehemals nicht wenige kitschige*

Gebäude enthalten. (...) Dennoch kann nicht bestritten werden, dass wir 1945 viele Bauten verloren haben, die wahrhaften Kulturwillen, richtungweisende Charakterstärke und jene Hochachtung vor dem Schönen und Tiefgründigen zum Ausdruck brachten, die der Volkserziehung so förderlich ist. Haben wir nun aber mit den Neubauten, die in den vergangenen zehn Jahren entstanden sind, überall etwas erhalten, was den guten Leistungen unserer Vorfahren gleichwertig ist? Und wozu werden in unsere seit Jahrhunderten kultivierte Landschaft Bauwerke hineingestellt, die ähnlich so auch in nichteuropäischen Ländern errichtet werden? Unterscheidet uns gar nichts mehr von den dort lebenden europafernen Völkern? (...) Auch wir heutigen Menschen können mit unserem Bauen nichts vortäuschen und nichts herzaubern, was wir in Herz und Geist nicht haben. Was unseren Häusern fehlt, das fehlt auch uns selbst. Menschen ohne Gemüt z. B. bauen ungemütliche Wohnungen. Personen ohne innere Harmonie konstruieren unharmonische Fassaden und komische, nichtssagende Dachformen."[18]

Hunger und Hilfe – Lebensumstände in den ersten Nachkriegsjahren

Den meisten Einwohnern der Stadt mag es vorderhand gleichgültig gewesen sein, ob sie unter „komischen nichtssagenden Dachformen" wohnten, so lange sie überhaupt ein Dach über dem Kopf hatten. Die Lebensumstände blieben in den ersten Jahren nach Kriegsende noch lange Zeit ungenügend. So wurde die Bewirtschaftung von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern wie Seife, Glühlampen oder Möbeln noch bis Frühjahr 1950, bei Treibstoffen bis März 1951 aufrechterhalten.

In den ersten Tagen nach dem 23. Februar wurden die evakuierten Pforzheimer an mehreren Stellen in den unzerstörten Stadtteilen mit warmen Mahlzeiten versorgt. Bis Ende April konnten sogar wieder Lebensmittelkarten ausgegeben werden, wenn auch für geringere Rationen als in den Monaten zuvor. So wurden am 30. April 1945 folgende Lebensmittel ausgegeben, mit der eine Person vier Wochen auskommen musste: 3,5 kg Brot, 600 g Fleisch und 187,5 g Butter. Kinder im Alter bis zu fünf Jahren erhielten zusätzlich 250 g Nährmittel und täglich einen Drittel Liter Milch. Bei den künftigen Verteilungen wurden, erstmals im November 1945, auch Käse, Kartoffeln und Fisch ausgegeben. Gleichzeitig stiegen die Gesamtrationen wieder an. Besonders kritisch war die Ernährungslage in den Wochen der französischen Besatzung, weil in den besetzten Stadtgebieten die Lebensmittelzufuhr stockte und die Besatzungstruppen sich obendrein aus den vorhandenen Beständen versorgten.

Noch im April 1948 enthielt ein Bericht des württemberg-badischen Innenministeriums an die Militärregierung Details über ernährungsbedingte Mangelerscheinungen.[19] Demnach erhielten lediglich Neugeborene und Kleinkinder bis zu zwei Jahren eine für ihren Bedarf ausreichende Kalorienmenge. Bei allen

anderen Altersgruppen lag die Kalorienzahl unter dem Mindestbedarf, besonders bei den Heranwachsenden zwischen zehn und 19 Jahren. Auch die Mengen an verbrauchten Vitaminen oder Nährstoffen waren nicht ausreichend. Im letzten dieser Ernährungsberichte des Innenministeriums vom 8. November 1949, vier Monate vor der offiziellen Aufhebung der Bewirtschaftung, wurden nur noch wenige Mängel festgestellt.

Von Beginn an wurden die amtlichen Bemühungen um die Versorgung mit Lebens- und Sachmitteln von Sammelaktionen unterstützt. Bereits Ende September 1945 rief Oberbürgermeister Katz in den „Amtlichen Nachrichten" zu einer Sammelaktion für die rund 40 000 mittellosen Mitbürger auf. Geworben wurde nicht nur um Geld, sondern insbesondere um Spenden von Möbel, Geschirr, Haushaltungsgegenständen, Kleidern und Wäsche. Die Idee eines von der Bevölkerung getragenen Hilfswerks ging auf den Juwelenfabrikanten Albert Werner zurück, der am 8. Juni 1945 ein Hilfswerk zur Möbelbeschaffung vorgeschlagen hatte.[20] Neben dem Oberbürgermeister unterzeichneten viele Institutionen den Spendenaufruf: Kirchengemeinden und karitative Verbände, die Industrie- und Handelskammer, der Landrat des Landkreises und die Bürgermeister der Kreisgemeinden, das Deutsche Rote Kreuz, die Handwerkskammer und die Gewerkschaften. Ihnen allen war bewusst, dass in den vergangenen Jahren die Spendenbereitschaft stark strapaziert worden war. So heißt es in dem Aufruf auch: *„In den vergangenen Jahren hatte der Nationalsozialismus regelmäßig Sammlungen für das Winterhilfswerk veranstaltet. Mit diesen Spenden ist viel Missbrauch getrieben worden. Wir dagegen wollen und werden dafür sorgen, dass die wirklich Bedürftigen bedacht werden. Und da die Not unvorstellbar gewachsen ist, muss auch jeder heute viel mehr geben, als er in früheren Jahren gegeben hat."*

Es sollten zunächst nur total Fliegergeschädigte und bevorzugt politische Häftlinge, Waisen und Kinderreiche mit Spenden bedacht werden. Das Soziale Hilfswerk wurde ein großer Erfolg. Schon bei der ersten Sammelaktion gingen 833 Sachspenden und 1 155 433 Reichsmark ein. Angesichts dieses Ergebnisses wurde aus der einmaligen Aktion eine Dauereinrichtung.

Das Soziale Hilfswerk war eine Organisation, die vor Ort initiiert worden war. Doch auch von weither kam Hilfe: Im März 1948 gründeten in den USA lebende Pforzheimer in Irvington (New Jersey) die „Pforzheimer Heimathilfe". In ihr sollten „alle früheren Pforzheimer in den Vereinigten Staaten zur Versorgung (...) [der] durch Kriegseinwirkung besonders stark zerstörten und notleidenden Vaterstadt zusammenwirken". Das Ziel war die Linderung der Not in Pforzheim „ohne Ansehen der Person, des Glaubens oder Standes", so ein Flugblatt der Heimathilfe.[21] In einem ersten Paket schickten die amerikanischen Helfer Milchpulver, Fett, Zucker und Weizenmehl an die Kinderabteilung des Siloah-Krankenhauses und fragten gleichzeitig in einem Brief an den Oberbür-



Kinder machen sich über die Essensspenden her, die von der „Pforzheimer Heimathilfe" in den USA nach Deutschland geschickt worden war. (Foto: Herbert Bott, Stadtarchiv Pforzheim)

germeister nach besonders bedürftigen Familien, denen in der Folgezeit Lebensmittel, Kleidung oder Schuhe aus den USA geschickt werden sollten.

Der „Heimathilfe" vergleichbare Vereine wurden unter dem Dach der „Cooperative for American Remittances to Europe", kurz: CARE, zusammengefasst. Von diesem bis heute bestehenden Zusammenschluss verschiedener Wohlfahrtsverbände rührt die Bezeichnung der „CARE-Pakete". Die Pakete waren nicht nur willkommene und notwendige Spenden in Notzeiten. Sie trugen ebenso zur Aussöhnung, schließlich zur Partnerschaft mit den USA und zu einem positiven Bild „Amerikas" bei, das von Klischees wie den Kaugummi verteilenden GIs unterstützt wird. Ein Dankesbrief von 1948 aus Pforzheim an die „Heimathilfe" deutet bereits früh auf diese Entwicklung hin: *„Mit wirklich großer Freude und herzlicher Dankbarkeit haben wir die Amerika-Spende aus Ihren Händen empfangen. (...) Wir, die von 28 Mark Rente im Monat leben müssen, können so recht ermessen, welche große Liebe jenseits des Ozeans sein muss, die fähig ist, über alles Gewesene hinwegzugehen (...)."*[22]

Normalisierung – Vom Wiederaufbau zum Wirtschaftswunder

Währungsreform, Gründung der Bundesrepublik, Westbindung und stabile politische Verhältnisse sollten bundesweit wie auch in Pforzheim dazu führen, dass die ersten Jahre der Nachkriegszeit, in denen noch Hoffnungslosigkeit, Hunger und Trauer geherrscht hatten, bald wie eine weit entfernte Epoche erschienen. Der allmählich in Schwung kommende Wiederaufbau, der nun eine „neue Stadt" erstehen ließ, verstärkte den Eindruck, man sei weit entfernt vom Jahr 1945. Der „Pforzheimer Kurier" kommentierte in einem Jahresrückblick für 1949, die Stadt habe sich in einem „Fieber" derart gewandelt, dass der „Torso" des Kriegsendes nicht mehr wiederzuerkennen sei. Bis zum Ende des Jahres

war die Hauptmasse der Trümmer ins Brötzinger Tal verbracht worden. Die Straßen waren wieder besenrein, zum Teil waren bereits Bordsteine und Asphaltdecken hergestellt. Durch zahlreiche Wieder- oder Neueröffnungen von Warenhäusern und Geschäftsläden belebte sich die Innenstadt neu. Aber auch in den Stadtteilen der Peripherie standen wieder intakte Geschäfts- und Wohnhäuser.

Neu errichtete oder wiedereröffnete öffentliche Einrichtungen trugen dazu bei, dass trotz der materiellen Schäden und der sozialen und psychologischen Verwerfungen nach dem Krieg wieder ein funktionierendes Gemeinwesen entstand. Im September 1949 wurde ein neues Schulgebäude eröffnet, zwei Monate später öffnete das „Haus der Jugend" als eine der ersten Einrichtungen zur offenen Jugendpflege in Südwestdeutschland seine Pforten. Gegen Ende des Jahres wurden Teile des im Krieg schwer beschädigten Emma-Jäger-Bades wieder in Betrieb genommen. Die Empfangshalle des Hauptbahnhofs wurde neu gestaltet und die Bahnsteige waren erstmals seit Kriegsende nachts wieder erhellt. Nachdem der Hauptbahnhof lange Jahre Schauplatz von Schwarzhandel und „dunklen" Geschäften gewesen war, war dies ein nicht nur symbolischer und kaum gering zu schätzender Fortschritt. Als sich während des Jahres 1950 die Stadt wieder erhellte, weil sich die Mitarbeiter des Elektrizitätswerks um eine Erweiterung des Spannungsnetzes bemüht hatten, – so brannten zur Adventszeit wieder 874 Laternen in der Stadt gegenüber 278 zu Jahresanfang – freute das nicht zuletzt die städtische Polizei, die immer wieder vor „lichtscheuem Gesindel" gewarnt hatte.

Als 1949 der Traditionsverein 1. FC Pforzheim badischer Landesmeister wurde, war dies für die Stadtbevölkerung sicherlich nicht so bedeutend wie das „Wunder von Bern" 1954 für die junge Bundesrepublik Deutschland. Immerhin aber wurde wieder Sport getrieben, obendrein erfolgreich, und immerhin fanden die Menschen wieder Zeit, sportlichen Ereignissen beizuwohnen. Ähnliches gilt für die Kultur. Die Besucherzahlen des Stadttheaters steigerten sich ab der Spielzeit 1949/50 jährlich. Auch die Kinos erfreuten sich wieder größerer Beliebtheit. Die Eröffnung eines zweiten Filmtheaters im Januar 1950 wurde in der Presse als „Ereignis der Woche" gefeiert. Gleichzeitig stiegen Anzahl und Vielfalt der kulturellen Angebote. Neben Unterhaltungskonzerten fanden Symphoniekonzerte ihr Publikum. Die „Blue Notes" der Jazzmusik erklangen mit Verspätung nun auch in Pforzheim, nachdem im Oktober 1949 der erste Jazzclub der Stadt gegründet worden war. Varietés, Kleinkunst und Tanzabende ergänzten das Angebot.[23] Auch die Alltags- und Festkultur wurde wieder bunter: Im Februar 1949 wurde erstmals wieder Fasching gefeiert, im Sommer des Jahres ging eine Traditionsbrauerei der Stadt wieder in den Betrieb, die auch zahlreiche neu eröffnete Lokale und Gaststätten versorgen konnte. Am ersten Juliwochenende 1950 ging das Kinder- und Blumenfest, eine Tradition aus der Zeit der Weimarer Republik, erstmals seit 1938 wieder über die Bühne.

Mit der kulturellen Wiederbelebung des Stadtlebens ging die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung einher. Sie war die Grundlage für das „neue Leben".[24] Im ersten Nachkriegsjahr waren lediglich dreißig Prozent des alten Maschinenbestands der Pforzheimer Industrie noch verwendbar gewesen. Immerhin waren von den insgesamt 1 200 Gewerbebetrieben 300 wieder zugelassen gewesen. Das für die traditionelle Schmuck-, Uhren- und feinmechanische Industrie bedeutsame Exportgeschäft war zunächst schwer behindert durch die Bestimmungen der US-Militärregierung, nach denen über die Verrechnungsstelle des Office of Military Government for Germany in Berlin exportiert werden musste. Anfang der 1950er Jahre waren solche Hindernisse überwunden. Durch Nationalsozialismus und Krieg verloren gegangene Absatzmärkte im Ausland konnten nach Gründung der Bundesrepublik und beginnender Westintegration wieder gewonnen werden. Angesichts von 33 Millionen D-Mark erwirtschafteter Devisen im Jahr 1950 allein in der Schmuckindustrie sprach ein Mitglied der Industrie- und Handelskammer wieder von der Weltgeltung der Pforzheimer Schmuckindustrie.[25] Nach der Wiedereröffnung der Musterausstellung der Schmuck- und Uhrenindustrie verfügten die in der Stadt angesiedelten Firmen seit Oktober 1951 wieder über eine neue Werbefläche. Schon zuvor hatte sich das in der Stadt angesiedelte Wirtschaftsleben in einer „Pforzheimer Woche" der Öffentlichkeit präsentiert. Vom 1. bis 10. Juni verzeichnete man 75 000 Besucher, eine in Anbetracht der Konkurrenz von 12 500 Wirtschaftsausstellungen bundesweit stolze Zahl. Hatte das Volumen der gesamten Warenausfuhr aus der Stadt im dritten Quartal des Jahres 1949 zwei Millionen D-Mark betragen, lautete die Vergleichszahl für 1951 bereits 16,5 Millionen. Das Exportgeschäft der Schmuck- und Uhrenindustrie wirkte sich auf andere Wirtschaftsbereiche aus: Tausende Geschäftsreisende kamen wieder in die Stadt, so dass das Hotel- und Gastgewerbe von der Wirtschaftsbelebung profitierte.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung stieg auch die Zahl der Arbeitskräfte an. 1951 hatte Pforzheim mit nur 1,6 Prozent die niedrigste Arbeitslosenrate in Württemberg-Baden. Weil die Beschäftigungsmöglichkeiten schneller anstiegen als die Möglichkeit, in der Stadt zu wohnen, wurden die Anstrengungen im Wohnungsbau ausgeweitet. Im Jahr 1953 wurden mit Abstand die meisten Wohnungen seit Kriegsende fertiggestellt. Auf dem Gelände des zerstörten historischen Flößerviertels „Obere Au" war bis Ende des Jahres ein Projekt des Sozialen Wohnungsbaus entstanden. Neben einem Hochhaus standen vier- und fünfstöckige Wohngebäude und eine Ladenzeile. Zehn Jahre nach Kriegsende war aus der Trümmerstadt, deren Einwohner in großer Zahl von den benachbarten Landgemeinden aufgenommen worden waren, wieder ein Wirtschaftszentrum geworden, das jeden Morgen fast 25 000 Pendler aufnahm. Pforzheim entwickelte sich wieder zu einem Zentrum der Enz-Nagold-Region, eine Stel-

lung, das es früher schon einmal gehabt hatte. Die Stadt wuchs bevölkerungs- und flächenmäßig weiter. Allmählich wurde auch Bauland außerhalb des Kerngebiets der ehemals zerstörten Stadt erschlossen.

Mitten in dieser geschäftigen Zeit, als die Baustellen des Wiederaufbaus noch das Straßenbild bestimmten, als die Menschen sich wieder im Wohlstand einrichteten und Besinnung oder Reflexion nicht hoch im Kurs standen, erinnerte die Stadt Pforzheim an den Humanisten Johannes Reuchlin, der hier 500 Jahre zuvor geboren worden war. Teil der Feierlichkeiten war die Stiftung eines „Reuchlin-Preises" zur Förderung der Geisteswissenschaften im Sinne Reuchlins. Alle Festredner, unter ihnen Bundespräsident Theodor Heuss, unterstrichen in ihren Ansprachen den Kontrast zwischen der Gegenwart und der Zeit Reuchlins und mahnten eine gründlichere Rückbesinnung auf humanistische Werte an. Oberbürgermeister Brandenburg wünschte sich, das „Reuchlinjahr", welches „in die lange und reiche Vergangenheit" der Stadt zurückweise, möge den Bürgern der Stadt „eine fruchtbare Synthese zwischen Vergangenheit, Gegenwart und neu zu bauender Zukunft finden lassen".[26]

Tatsächlich suchten die meisten Menschen anderswo nach Orientierung. Beispielsweise wurden im Reuchlinjahr 1955, ein Jahrzehnt nach der Zwangsbewirtschaftung von Brot und Butter, in Pforzheim 16,5 Millionen Gläser Bier, 8,5 Millionen Gläser Schnaps, vier Millionen Gläser Wein und 200 000 Gläser Sekt getrunken, so das Statistische Bundesamt in einer Untersuchung. Man ließ es sich wieder gut gehen. Die Wunden, die der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg geschlagen hatten, waren nicht verheilt. Sie ließen sich aber verdecken.

Anmerkungen

1 Giulio Douhet: Luftherrschaft, S. 66.
2 Zitiert nach: Richard Overy: Allied Bombing, S. 281.
3 Ebd.
4 Christian Haller: „Ausländereinsatz", S. 34–39.
5 Zitiert nach Ursula Moessner-Heckner: Pforzheim Code Yellowfin, S. 35. Übersetzung durch den Autor: *„Das Ziel liegt auf der Hauptverbindungslinie zwischen Karlsruhe und Stuttgart, doch besteht die wirtschaftliche Bedeutung des Ziels in der Verkehrsinfrastruktur für die in der Stadt produzierten Waren. Die Stadt war vor dem Krieg eines der Zentren der deutschen Schmuck- und Uhrenindustrie und ist deshalb wahrscheinlich von beträchtlicher Bedeutung für die Produktion von Präzisionsinstrumenten geworden."*
6 Ebd., S. 94.
7 Stadtarchiv Pforzheim 20/437.
8 Stadtarchiv Pforzheim 1/550.

9 Der Rechtshistoriker und Oberstaatsanwalt in der französischen Besatzungszone Karl Siegfried Bader sprach gar davon, dass Kriminalität sich von einer „natürlichen Begleiterscheinung des sozialen Lebens zu einer essentiellen Lebensform" entwickelt habe. Vgl. Karl Siegfried Bader: Soziologie, S. 1.
10 Detaillierter hierzu: Christian Groh: Kommunale Polizei, S. 45 ff.
11 Vgl. zur Situation der Jugendlichen: Heide Hammel: Neues Leben, S. 43–47 sowie mündliche Auskünfte.
12 Bei der Bewertung sollte man in Betracht ziehen, dass die Marrokaner in der französischen Armee selbst einen untergeordneten Rang hatten und möglicherweise nun die eigene Herrschaft über Fremde ausnutzten. Andererseits hatte die jahrelange Propaganda von „minderrassigen Untermenschen" in der deutschen Bevölkerung Spuren hinterlassen. Vorurteile fand man allzu leichtfertig bestätigt. Auch spätere Beschwerden über Missverhalten US-amerikanischer Soldaten bezogen sich überwiegend auf schwarze GIs. Vgl. hierzu Groh: Kommunale Polizei, S. 220–225.
13 Christian Haller: „Ausländereinsatz", S. 31.
14 Übersetzung durch den Autor: *„Außer der Beseitigung von Schutt und Trümmern von den Hauptstraßen war für die Räumung der Stadt nichts getan worden. Die Leichenbergung in den zerstörten Gebieten war im Gange, wie weit fortgeschritten die Bergung war, war allerdings nicht zu erfahren. Zur Verbesserung der Verwaltungsangelegenheiten der Stadt hatte die französische Militärregierung sehr wenig getan. Ihr Hauptinteresse hatte offensichtlich der öffentlichen Sicherheit gegolten."*
15 Biographische Skizzen der Bürgermeister bei Hans-Peter Becht: Kommunalwahlen.
16 Heide Hammel: „Die Zukunft hat schon begonnen".
17 Lutz Niethammer: Die Mitläuferfabrik.
18 Walter Heidegger: Leben zwischen Ruinen, o. P.
19 Stadtarchiv Pforzheim 1/1098.
20 Stadtarchiv Pforzheim 1/882.
21 Stadtarchiv Pforzheim 1/883.
22 Ebd.
23 Genauer bei Heide Hammel: Neues Leben, S. 123–136.
24 Ebd.
25 Pforzheimer Zeitung vom 16. März 1951.
26 Pforzheimer Kurier vom 1. Oktober 1955.

Literaturhinweise

Bader, Karl Siegfried: Soziologie der deutschen Nachkriegskriminalität, Tübingen 1949.
Becht, Hans-Peter: „Lasst uns wenigstens im Unglück haushalten ..." Die ersten Kommunalwahlen in Pforzheim nach dem Zweiten Weltkrieg am 26. Mai 1946 und der Wiederaufbau der Demokratie in Deutschland, Pforzheim 1996.

Cron, Helmut: Pforzheim muss von ganz von vorn anfangen, in: Pforzheim – Mannheim – Heilbronn. Aus Schutt und Trümmern zu neuer Zukunft, Stuttgart o. J. [1946] (Stuttgarter Zeitung).

Douhet, Giulio: Luftherrschaft, Berlin 1935.

Groh, Christian: Kommunale Polizei im Wiederaufbau. Sozialgeschichte der Pforzheimer und Heilbronner Polizei von 1945 bis 1959, Heidelberg 2003.

Haller, Christian: Der „Ausländereinsatz" in Pforzheim während des Zweiten Weltkrieges, Heidelberg 2004.

Hammel, Heide: Und neues Leben blüht aus den Ruinen. Der kulturelle Wiederaufbau in Pforzheim 1945–1949, Heidelberg 2003.

Hammel. Heide: „Die Zukunft hat schon begonnen." Johann Peter Brandenburg, Heidelberg 2007.

Heidegger, Walter: Pforzheim: Leben zwischen Ruinen, 23. Feb. 1945–23. Feb. 1955, Pforzheim 1955.

Moessner-Heckner, Ursula: Pforzheim Code Yellowfin. Eine Analyse der Luftangriffe 1944–1945, Sigmaringen 1991.

Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Bonn 1982.

Overy, Richard: Allied Bombing and the Destruction of German Cities, in: Roger Chickering/Stig Förster/Bernd Greiner (Hrsg.): A World at Total War. Global Conflict and the Politics of Destruction, 1937–1945, Cambridge 2005, S. 277–295.

Pross, Marianne: „Die Einschläge kommen näher". Aus den Tagebüchern 1943–1945 von Friedrich Adolf Katz, 1945–1947 Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim, Pforzheim 1995.

Verwaltungsbericht und Statistik der Stadt Pforzheim 1945–1952. Das Stadtgeschehen 1939–1945, Pforzheim o. J. [1953].

Hans-Georg Wehling

Reutlingen – Kontinuität und Bruch nach 1945

Seit Alexis de Tocquevilles berühmter Analyse „Das alte Regime und die Revolution" von 1856 wissen wir von historisch-politischer Kontinuität selbst nach revolutionären Umbrüchen. Seitdem gehört es zu den theoretischen Standards der Geschichtsforschung, Ausmaß und Wechselverhältnis von Kontinuität und Umbruch in historischen Prozessen zu analysieren. Das „Tausendjährige Reich" der Nationalsozialisten hatte lediglich zwölf Jahre bestanden. Schon deshalb ist von einem hohen Maß an Kontinuität auszugehen: von der Weimarer Republik über das „Dritte Reich" bis hin zur Bundesrepublik Deutschland. Das betrifft sowohl die wirtschaftlich-sozialen Strukturen als auch die Eliten aller Sektoren wie Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, Militär und Kirchen. Die politischen Eliten waren nur zum Teil „liquidiert", zumeist nur aus ihren Ämtern verdrängt, wenn auch nicht selten drangsaliert. Der Nationalsozialismus bediente sich sogar ausgesprochen gern überkommener Eliten, wie die Bereiche Wirtschaft und Militär beispielhaft zeigen. Ein vollkommener Elitenaustausch gehörte, anders als in kommunistischen Regimen, keinesfalls zum Programm der NS-Herrschaft. In der Kommunalpolitik konnte auch 1945 auf die politisch-administrative Elite zurückgegriffen werden, auf die politisch verdrängte, aber auch auf die im Amt befindliche, was den raschen Wiederaufbau Deutschlands nach den Zerstörungen eines verheerenden Krieges erklärbar macht.

Das totalitäre System der Nationalsozialisten war zudem längst nicht so perfektioniert wie später das kommunistische Herrschaftssystem. Man denke nur an die technischen Möglichkeiten der Überwachung oppositioneller Personen. Das konnte politisch „Belasteten" das Überleben im „Dritten Reich" erleichtern. Das politisch-kulturelle Umfeld konnte ein Übriges tun: Württemberg war keineswegs ein Kernland des Nationalsozialismus. Hier konnten sich vornationalsozialistische Eliten besser hinüberretten, gerade auch in der Kommunalpolitik. Nach 1933 wurden nicht einmal durchgängig die Bürgermeister ausgetauscht, abgesehen von den großen Städten mit symbolischer Bedeutung wie Heilbronn, Reutlingen, Stuttgart oder Tübingen. Die Bürgermeister aus der Weimarer Zeit boten zudem wenig Angriffspunkte: Sie waren von der Bevölke-

rung direkt gewählt, womit das Argument entfiel, sie besäßen nicht das Vertrauen der Bevölkerung. Da sie in der Mehrheit parteilos waren, konnte man sie nicht als unfähige Parteipolitiker abstempeln. Damals – wie auch heute noch – bevorzugten die Wähler in Württemberg erfahrene Verwaltungsfachleute mit überparteilicher Ausrichtung. Im Sinne der Kontinuität kam in Württemberg das Verständnis von Kommunalpolitik als unpolitische Verwaltung hinzu. Der Aufsteigerpartei NSDAP mangelte es schließlich auch zum Zeitpunkt der „Machtergreifung" an qualifiziertem Personal. Das traf selbst für Reutlingen zu, wo die Partei als Oberbürgermeister einen altgedienten Parteigenossen installierte: Einen Berufsoffizier, der zwar nach schwerer Verwundung im Ersten Weltkrieg Jura studiert hatte und im württembergischen Wirtschaftsministerium untergekommen, seinem Amt jedoch nicht gewachsen war. Dreimal hatte er am Ende der Weimarer Republik zum Amt des Oberbürgermeisters kandidiert, in Schwenningen, Esslingen und Ludwigsburg. Die Wähler hatte er nicht überzeugen können.

Krieg und Nationalsozialismus endeten für Reutlingen an „Führers Geburtstag"

Das Ende von Krieg und NS-Herrschaft lässt sich für Reutlingen genau datieren und dokumentieren: *„Am Nachmittag des 20. April, einem sonnigen Frühlingstag, begann dann eine französische Panzerabteilung nach vorausgegangener Artillerievorbereitung und unter starkem Einsatz von Jagdbombern den Angriff. Der deutsche Widerstand war nach zwei Stunden gebrochen; er forderte unter anderem zwanzig Tote, 13 abgebrannte und viele beschädigte Gebäude. Die französischen Truppen setzten anschließend zum weiteren Vorstoß in die Stadt an. Inzwischen war es einem Bürger der Stadt, dem Kaufmann Oskar Kalbfell aus Betzingen, unter Lebensgefahr gelungen, mit dem Kommandeur der einrückenden Panzertruppe, dem Capitaine de St. Germain, im vordersten Panzer zu sprechen. Oskar Kalbfell versicherte hierbei dem Kommandanten, er bürge mit seinem Leben dafür, dass die Stadt kampflos übergeben werde, wenn keine weitere Beschießung und vor allem keine Bombardierung mehr erfolge. Er habe in Verbindung mit Gleichgesinnten entsprechende Vorbereitungen getroffen, um die Stadt vor einer weiteren Zerstörung zu bewahren. Der französische Kommandant nahm das Anerbieten positiv auf und befahl Oskar Kalbfell, den französischen Führungspanzer zu besteigen. Als die französische Panzerspitze mit Kalbfell auf dem Marktplatz ankam, meldete sich dort der Hauptmann der deutschen Polizei und stellte sich und seine Männer zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Reutlingen zur Verfügung. Die offizielle Übergabe der Stadt erfolgte anschließend unter Mitwirkung des inzwischen herbeigeholten Bürgermeisters Allmendinger. Der französische Kommandant beauftragte noch am gleichen Abend Oskar Kalbfell mit der kommissarischen Führung der Ge-*

schäfte des Oberbürgermeisters.“ So heißt es in dem „Verwaltungsbericht der Stadt Reutlingen 1945–1965“ zur Übergabe der Stadt, die sinnigerweise an „Führers Geburtstag“ erfolgte.

Die Franzosen nahmen die deutschen Städte mit einer bestimmten Taktik ein, die eigene Verluste ersparen sowie unnötige Zerstörungen und Opfer unter der Zivilbevölkerung vermeiden sollte. Zunächst erfolgte ein mehr oder weniger heftiger Artilleriebeschuss mit einer anschließenden deutlichen Kampfpause. Sie sollte die Möglichkeit eröffnen, dass die Stadt – wie im Fall Karlsruhe – militärisch kapitulierte, dass zivile Unterhändler nach Abzug der deutschen bewaffneten Kräfte die Stadt übergaben oder dass die Einwohner der Gemeinde aus ihren Fenstern weiße Fahnen hissten. Wenn keiner dieser Wege beschritten wurde oder werden konnte, weil fanatische Nazis den Kampf noch bis zum Letzten wollten und ihre Mitbürger terrorisierten, wurde die Beschießung mit deutlicher Steigerung fortgesetzt, bis hin zur völligen Zerstörung, wie das Beispiel Freudenstadt zeigt.

Dieses Muster scheint in Reutlingen bekannt gewesen zu sein. Der erste Weg war gegenstandslos geworden, da die bewaffneten deutschen Kräfte einschließlich Volkssturm in Richtung Schwäbische Alb abgezogen waren. Auch die lokalen Nazigrößen hatten sich abgesetzt, einschließlich Kreisleiter Otto Sponer und NS-Oberbürgermeister Richard Dederer. Damit kamen der zweite oder der dritte Weg in Frage, ja waren geradezu erst möglich geworden. Das war die Stunde Oskar Kalbfells. Zusätzlich hatte der beliebte Arzt Hans Roth in Betzingen die noch verbliebenen Hausbewohner bewogen, weiße Fahnen aus dem Fenster zu hängen. Oskar Kalbfell verließ gegen 17.00 Uhr sein Betzinger Wohnhaus und stellte sich mit weißer Fahne an einer Straßenecke auf, von der er die beiden möglichen Einfallstraßen aus Richtung Tübingen überblicken konnte. Die einfahrenden Panzer hatten mit der Möglichkeit eines Parlamentärs gerechnet, der Kontakt kam vermutlich mit Deutsch sprechenden Soldaten elsässischer Herkunft zustande.

Unter dramatischen Umständen also wurde Oskar Kalbfell, damals 47 Jahre alt, Oberbürgermeister von Reutlingen: von den Franzosen am 20. April 1945 ernannt, dann immer wieder gewählt, bis er 28 Jahre später, am 5. November 1973, aus dem Amt schied. Kalbfell war der tatkräftige Oberbürgermeister des Wiederaufbaus. Zwei Jahre lang war er zugleich auch Landrat des Landkreises Reutlingen, am 2. Mai 1945 von den Franzosen ernannt, bis er auf Druck der neuen Regierung in Tübingen das Amt 1947 abgeben musste – an seinen Vertrauten Hans Kern, der es bis 1963 weiter führte. Kalbfells „Anfangskapital“, seine Machtressource, war jene Übergabe der Stadt unter Lebensgefahr, die Reutlingen vor weiterer Zerstörung bewahrt hatte. Auf dieser Tat, die als Heldentat betrachtet wurde, gründete Kalbfells Ansehen bei allen Bürgern und

über die Parteigrenzen hinweg. Sie sicherte ihm die Wiederwahl, bis es gesundheitlich nicht mehr ging. Darüber hinaus hob sie ihn, den profilierten Sozialdemokraten, in überlokale Ämter: von 1946 bis 1968 in den Landtag, von 1949 bis 1953 zusätzlich sogar in den Bundestag. Er war die dominierende Figur der Reutlinger Nachkriegspolitik. Wer war Oskar Kalbfell? Wie hatte er das „Dritte Reich" überstanden? Welche Verbindungen, welche Netzwerke erlaubten es ihm, 1945 autorisiert die Stadt zu übergeben?

Geboren war Oskar Kalbfell am 28. Oktober 1897 in Betzingen, einem Dorf, das schon in den Zeiten der Reichsstadt zum Herrschaftsgebiet Reutlingens gehört hatte. Trotz der Eingemeindung im Jahre 1907 hat sich in Betzingen bis heute ein gewisses Eigenständigkeitsbewusstsein erhalten. Kalbfells Vater Karl war Metzgermeister und Wirt, der Alkohol brachte ihn um Selbstständigkeit und Leben. Er starb 1902 mit vierzig Jahren. Seine Witwe Pauline mit ihren vier Kindern heiratete 1903 den Arbeiter Albrecht Friedrich Scheiffele. Es waren also keine leichten Verhältnisse, in denen Oskar Kalbfell aufwuchs. Mehr noch: Der erlebte Niedergang der Familie und der Ruf im „Flecken" mögen ihn motiviert haben, diese Abstiegskurve wieder nach oben zu drehen. Ehrgeiz, Aufstiegswillen und Fleiß kennzeichneten Kalbfell sein Leben lang, gekoppelt mit Intelligenz, Mut und Tatkraft. Er wollte anerkannt sein und Erfolge vorzeigen können: politische, wirtschaftliche, soziale, auch Erfolge bei Frauen.

Als „Aufstiegshilfe" für ein Kind aus dem Arbeitermilieu bot sich die Sozialdemokratie mit ihrem umfassenden Vereinswesen an. Namentlich im Arbeitersportbund Betzingen konnte er sich beweisen, als aktiver Sportler, als „Vorturner", als Organisator von Sportfesten. Zwei Mal hatte Kalbfell in Leipzig, bei der dortigen Ausbildungsstätte der Arbeitersportvereine, einen vierwöchigen Kurs besucht. 1919 war er in die SPD eingetreten, schon 1922 wurde er in den Gemeinderat gewählt, als Jüngster, zum denkbar frühesten Zeitpunkt. Nach seiner Wiederwahl wurde er 1928 Fraktionsvorsitzender. Noch zur Reichstagswahl vom 5. März 1933 hatte er für die SPD in Reutlingen kandidiert, die dabei 28,2 Prozent erringen konnte, die NSDAP hingegen nur 32,2 Prozent gegenüber einem reichsweiten Ergebnis von 43,9 Prozent (im benachbarten Tübingen waren es sogar 49,1 Prozent!). In Reutlingen war Kalbfell längst eine stadtbekannte, politisch profilierte Persönlichkeit – ein gut aussehender Mann, der stets auch durch elegante Kleidung auffiel.

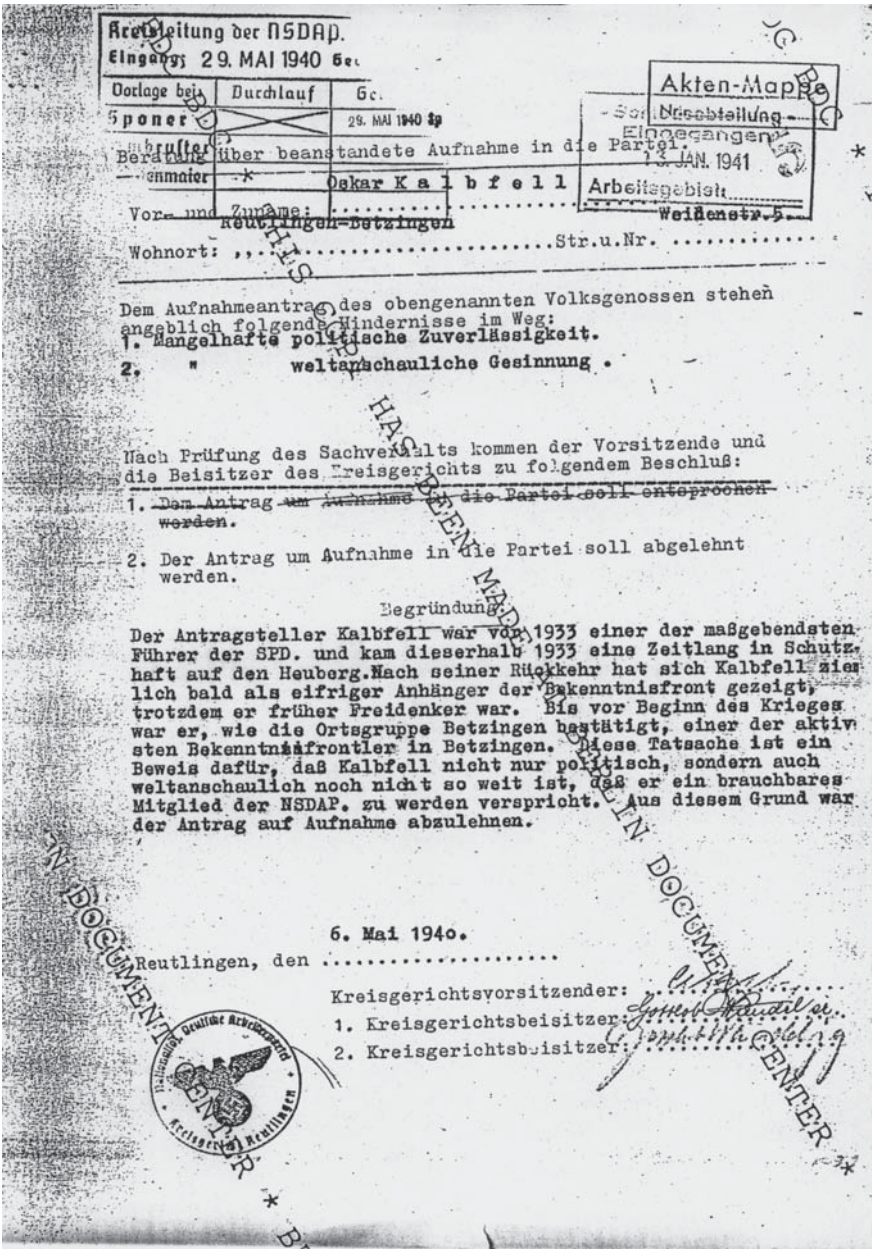
Nach dem Besuch der Volksschule in Betzingen hatte Kalbfell den Beruf des Feinmechanikers gelernt. Die Absolvierung von Fortbildungskursen erlaubte ihm die Bezeichnung „Kaufmann". 1930 wurde er Geschäftsführer der Reutlinger Firma August Bobrzyk sen., Baumaterialien und Baugeschäft. Als „Oberbonze" wurde Kalbfell dann von den Nazis im April 1933 für drei Wochen

im Konzentrationslager auf dem Großen Heuberg interniert. Die „Schutzhaftlager“ waren damals noch keine Vernichtungslager, sondern dienten zur Demütigung und Einschüchterung der politischen und weltanschaulichen Gegner. Kalbfells Arbeitgeber hielt zu ihm, holte ihn gar nach der Entlassung aus dem KZ mit dem Auto ab.



Oskar Kalbfell mit seiner Ehefrau Rosa (geb. Kehrer) und seiner Base. (Foto: Stadtarchiv Reutlingen)

Im Jahr 1937 stieg Kalbfell als Prokurist und Mitinhaber in die Ofenbaufirma des Tüftlers – und NSDAP-Mitgliedes – Hippolyt Briel in Reutlingen ein. Er stabilisierte das Unternehmen, das ins Trudeln geraten war, erweiterte es um eine Dachdecker-, Fliesenleger- und Estrichabteilung sowie um einen Baustoffhandel, jetzt unter dem Namen Briel & Kalbfell O.H.G. Kurz: Oskar Kalbfell hatte seine Energien ganz in die wirtschaftliche Betätigung gesteckt und wurde in den Jahren des „Dritten Reiches“ wohlhabend. Dazu war es erforderlich, sich politisch zurückzuhalten und zu lavieren. Den Kontakt mit seinen früheren Genossen aus dem Reutlinger Arbeitermilieu hatte er abgebrochen. Mehr noch: Mit Datum vom 1. November 1939 stellte er einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP. Allerdings wurde dieser am 6. Mai 1940 vom NSDAP-Kreisgericht abgelehnt, mit einer Begründung, die Kalbfell ehrt: „Erstens: Mangelnde politische Zuverlässigkeit. Zweitens: Weltanschauliche Gesinnung.“ Als nach dem Krieg Gerüchte um seine Parteimitgliedschaft auftauchten, hätte ihm das Dokument nützen können. Es wurde jedoch erst 1990 im Document Center in Berlin aufgefunden. Das Parteigericht begründete seine Ablehnung auch damit, dass Kalbfell, der Freidenker, 1934 demonstrativ wieder in die evangelische Kirche eingetreten war. Freundschaftliche Kontakte pflegte er in seiner Freizeit, vornehmlich am Wochenende, mit sozialdemokratischen Intellektuellen, nicht zuletzt aus einem ausgeprägten Bildungsbedürfnis heraus. Doch seine Kontakte in der Stadt waren insgesamt viel weiter gespannt.



Kreisleitung der NSDAP.
Eingang: 29. MAI 1940
Vorlage bei | Durchlauf | Gc.
29. MAI 1940
Akten-Mappe
Eingegangen 15. JAN. 1941
Beratung über beanstandete Aufnahme in die Partei.
Vor- und Zuname: Oskar Kalbfell
Arbeitsgebiet: Reutlingen-Betzingen
Wohnort: ... Str.u.Nr. Weidenstr.5.

Dem Aufnahmeantrag des obengenannten Volksgenossen stehen angeblich folgende Hindernisse im Weg:
1. Mangelhafte politische Zuverlässigkeit.
2. " weltanschauliche Gesinnung.

Nach Prüfung des Sachverhalts kommen der Vorsitzende und die Beisitzer des Kreisgerichts zu folgendem Beschluß:

1. ~~Dem Antrag um Aufnahme in die Partei soll entsprochen werden.~~
2. Der Antrag um Aufnahme in die Partei soll abgelehnt werden.

Begründung:

Der Antragsteller Kalbfell war vor 1933 einer der maßgebendsten Führer der SPD. und kam dieserhalb 1933 eine Zeitlang in Schutzhaft auf den Heuberg. Nach seiner Rückkehr hat sich Kalbfell ziemlich bald als eifriger Anhänger der Bekenntnisfront gezeigt, trotzdem er früher Freidenker war. Bis vor Beginn des Krieges war er, wie die Ortsgruppe Betzingen bestätigt, einer der aktivsten Bekenntnisfrontler in Betzingen. Diese Tatsache ist ein Beweis dafür, daß Kalbfell nicht nur politisch, sondern auch weltanschaulich noch nicht so weit ist, daß er ein brauchbares Mitglied der NSDAP. zu werden verspricht. Aus diesem Grund war der Antrag auf Aufnahme abzulehnen.

6. Mai 1940.

Reutlingen, den .....

Kreisgerichtsvorsitzender: .....
1. Kreisgerichtsbeisitzer: .....
2. Kreisgerichtsbeisitzer: .....

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei · Kreisgericht Reutlingen

Ablehnung des Aufnahmeantrags in die NSDAP von Oskar Kalbfell im Jahr 1940. (Abbildung: Bundesarchiv Berlin)

Netzwerke

Der wertvollste Kontakt Kalbfells war der ins Rathaus, vor allem zum Ersten Bürgermeister Georg Allmendinger, dem mächtigsten Mann in der Stadtverwaltung, im Rathaus gern als „Allmachtsdenger" apostrophiert. Oberbürgermeister Dederer hatte den promovierten Juristen nach seinem eigenen Amtsantritt als seinen beamteten Stellvertreter in die Stadtverwaltung geholt, der für ihn die Arbeit erledigte. Seit März 1933 war Allmendinger Mitglied der NSDAP. Es charakterisiert ihn, dass er sich alle Mühe gab, nie in Parteiuniform abgelichtet zu werden. Denn so kurzsichtig er physisch war, politisch war er ungemein weitsichtig. Er ging davon aus, das „Dritte Reich" werde über kurz oder lang am Ende sein. Entsprechend galt es, für diesen „Tag X" vorzusorgen. Oskar Kalbfell scheint er sich zum Ziele des eigenen politisch-beruflichen Überlebens geradezu „gehalten" zu haben, indem er schützend seine Hand über ihn hielt. Die Rechnung ging auf: Kalbfell hielt seinerseits, als er Oberbürgermeister geworden war, seine Hand über Allmendinger, so dass er – auch gegen den Widerstand der Franzosen – Erster Bürgermeister bleiben konnte. 1952 wurde er kaufmännischer Leiter der Stadtwerke, 1961 ging er aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand – ein Abschied auf Raten, aber ein Abschied in allen Ehren. Erst 25 Jahre später starb er, mit 82 Jahren. Der NSDAP-Kreisleiter Otto Sponer konnte zwar polternd und drohend reden, ernsthaft geschadet hat er wohl kaum jemanden – auch Kalbfell nicht. Es scheint so, dass Allmendinger den Kreisleiter daran hindern konnte, den schlimmen Worten auch schlimme Taten folgen zu lassen. Davon hat nach 1945 letztlich auch Sponer profitiert, indem er glimpflich „davonkam".

Die Kontakte Kalbfells reichten – mit und ohne Allmendinger – in die Reihen wichtiger Persönlichkeiten der Stadt. So waren in der Endphase des „Dritten Reiches" die angeordneten Zerstörungsmaßnahmen der Infrastruktur zu verhindern, und Kalbfell konnte gleich nach seiner Ernennung zum Oberbürgermeister eine komplette Verwaltungsspitze mit qualifizierten Persönlichkeiten benennen. Er selbst hat von einer Widerstandsgruppe gesprochen, die für den Neubeginn bereitstand, eine wohl etwas zu hoch gegriffene Bezeichnung, die den Franzosen – und nicht nur ihnen – imponieren sollte: In einer Stadt mit liberaler und sozialdemokratischer Tradition, in der die Nationalsozialisten vor 1933 nicht hatten Fuß fassen können, gab es dann doch etliche verantwortungsvolle, pragmatische und mutige Persönlichkeiten, mit denen im Ernstfall zu rechnen war. Das galt für Amtsleiter wie den Stadtbaurat Carl Haid, der auch für die Aufräumarbeiten nach den Bombenangriffen zuständig war; für den Chef der städtischen Werke, Ernst Schedler; ja selbst für den Chef der örtlichen Polizei, Hauptmann Jörg. Alle Genannten wurden in die Mannschaft des neuen



Nach der „Machtergreifung" Hitlers setzten die Nationalsozialisten Richard Dederer (stehend in der Bildmitte) als Oberbürgermeister von Reutlingen ein. Neben ihm spielte Bürgermeister Georg Allmendinger (rechts von Dederer) eine zentrale Rolle in der Reutlinger Kommunalpolitik, auch über das Ende der NS-Herrschaft hinaus. (Foto: Stadtarchiv Reutlingen)

Oberbürgermeisters in ihrer bisherigen Funktion übernommen. Hinzu kamen frühere städtische Bedienstete, die die Nazis aus politischen Gründen entlassen hatten: Rechtsrat Albert Rapp als Leiter des Finanzreferates einschließlich Liegenschaften und Otto Künzel für die eingemeindeten Orte. Aus der lokalen Wirtschaft holte er den Prokuristen Hans Kern (Wirtschaft und Arbeit), den Druckereibesitzer und früheren Mitherausgeber des „Reutlinger Generalanzeigers" Hans Freytag (Ernährung), den Fabrikanten Erwin Seitz (Verkehr), den Rechtsanwalt Eduard Leuze (später Wirtschaftsminister von Baden-Württemberg). Auch der stadtbekannte Kommunist und langjährige KZ-Häftling Fritz Wandel wurde kurzzeitig in die Verwaltungsmannschaft aufgenommen. Ihm wurde jedoch das undankbare Referat für Wohnungsfragen anvertraut.

Die eigentliche Führungsspitze bestand aus den legendär gewordenen drei „K"s: Kalbfell, Kern, Künzel. Eine wichtige Rolle kam dem Industriellen Karl Danzer zu, einem pietistisch erzogenen Arbeitersohn aus Reutlingen. Er war durch den Handel mit Edelhölzern in Paris zwischen den Kriegen zum Millionär geworden. Nach Deutschland zurückgekehrt, hatte er in Hamburg ein



Die drei in Reutlingen legendär gewordenen „K"s, von links: Der Industrielle und spätere Landrat Hans Kern, Otto Künzel und Oskar Kalbfell (sitzend). Rechts auf dem Foto ist Fritz Wandel zu sehen, den Kalbfell sehr schätzte. Wandel war als Kommunist während der NS-Zeit in ein Konzentrationslager verschleppt worden. (Foto: Stadtarchiv Reutlingen)

Furnierwerk aufgebaut. Seine Familie brachte er im Krieg ins scheinbar sichere Reutlingen, nach der Zerstörung seines Betriebs kam er selbst in seine Heimatstadt zurück. Er wurde der wichtige Kontaktmann Kalbfells zu den Franzosen, nicht zuletzt dank seiner Kenntnisse der französischen Sprache und Mentalität. Insgesamt also eine Mannschaft mit erheblicher Kontinuität, zum Teil bis in die Weimarer Zeit zurückgehend. Besonders deutlich wird die Kontinuität – neben Allmendinger – an der Person von Carl Haid, der von 1919 bis 1960 das Baureferat der Stadt Reutlingen geleitet hat. So ziemlich alles, was in dieser Zeit von Seiten der Stadt gebaut, renoviert oder umgebaut worden ist, hatte er zu verantworten.

Existenzsicherung als vorrangige Aufgabe

Da das Reich aufgehört hatte zu existieren und auch die Länder von den Besatzungsmächten – ihren Interessen entsprechend – erst gebildet wurden, waren Städte und Landkreise in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu selbstständigen

kleinen Wirtschaftsrepubliken geworden. Weitgehend auf sich gestellt, waren sie nicht nur für alle Bedürfnisse ihrer Einwohner zuständig, sondern vereinigten zugleich die gesamte staatliche Tätigkeit auf ihrem Territorium in ihrer Hand, eingeschränkt nur durch die Kuratel der jeweiligen Besatzungsmacht. Deutlich sichtbar wird das, wenn der Oberbürgermeister und Landrat von Reutlingen, Oskar Kalbfell, mit Hilfe der Reutlinger Filiale der Reichsbank über die gesamten Staatseinnahmen seines Gebietes verfügen konnte – und dementsprechend die Staatsbediensteten, einschließlich die Beamten von Bahn und Post, besoldete. Wer es als Oberbürgermeister oder als Landrat verstand, den französischen Kommandanten dauerhaft hinter sich zu bringen, war fast so etwas wie ein kleiner Monarch – nahezu unantastbar. Die Abhängigkeit von der örtlichen Militärregierung musste nicht unbedingt ein Nachteil sein: Hinter ihr konnte man sich verschanzen, wenn unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen waren oder auch eigene Vorhaben realisiert werden sollten. Widerspruch war dann nicht erlaubt, von Widerstand ganz zu schweigen. So setzte Kalbfell beispielsweise mit Hilfe der Besatzungsmacht die Eingemeindung von zwölf Nachbargemeinden durch – und erfüllte damit einen alten Traum der Stadt seit ihren Zeiten als Reichsstadt. Allerdings wurden die Eingemeindungen durch Landesgesetz vom 11. Oktober 1948 wieder rückgängig gemacht. Die Hälfte davon ist dann durch die kommunale Gebietsreform in Baden-Württemberg Anfang der 1970er Jahre endgültig zu Reutlingen gekommen.

Allein die bloße Existenz des örtlichen Militärbefehlshabers stärkte die eigene Position gegenüber Konkurrenten und Mitarbeitern: Man konnte sich darauf berufen, allein ihm gegenüber für alles verantwortlich zu sein, was auf deutscher Seite geschah. Es waren gewissermaßen vorkonstitutionelle Verhältnisse. Kalbfell hat diese Situation souverän genutzt. Immerhin versuchten die Franzosen, ein Gegengewicht aufzubauen, konnten sich allerdings nur auf einen „Antifaschisten" mit Namen Helmut Holzer stützen, einen ehemaligen Buchenwald-Häftling, von dem man nicht wusste, ob er aus politischen Gründen oder als Krimineller KZ-Häftling gewesen war. Er ist nach kurzer Zeit in seine Heimatstadt Essen zurückgekehrt und wurde dort straffällig. Eine echte Alternative zu Kalbfell hatten die Franzosen also nicht.

Die Aufgaben für die neue Stadtverwaltung unter Oskar Kalbfell waren klar vorgezeichnet. Zunächst ging es buchstäblich um die Existenzsicherung der Bevölkerung. Die Ernährung musste sichergestellt werden, Brennstoff- und Energieversorgung galt es zu organisieren, die Ausgebombten mussten untergebracht und mit Einrichtungsgegenständen versorgt werden. Darüber hinaus mussten die Trümmer beseitigt und die Verkehrswege wiederhergestellt werden, um die Verbindung mit der Außenwelt wieder aufnehmen zu können – zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und zur Wieder-

aufnahme des Warenaustausches. Nur so konnten die Reutlinger Betriebe wieder arbeiten.

Hinzu kamen Lasten und Lästigkeiten, die die Besatzung mit sich brachte. Das französische Militär und die Militärverwaltung benötigten Diensträume und Wohnungen, mussten versorgt werden, und zwar entsprechend ihren Wünschen. Plünderungen und Vergewaltigungen galt es, Einhalt zu gebieten. Ein Musterbeispiel für die indirekte Verwaltung der Franzosen und dafür, wie die neue Stadtverwaltung sie nutzte, um Härten abzufangen, um den Maßnahmen eine objektivere Grundlage zu geben, aber auch um damit Politik – im Sinne der politischen Gerechtigkeit – zu machen, sind die Beschlagnahmen deutschen Eigentums für den Bedarf des französischen Personals, ganz gleich, ob es sich um Häuser, nicht zuletzt auch Villen, handelte oder um bestimmte Gebrauchsgegenstände wie Möbel oder silbernes Besteck. Die Franzosen machten Vorgaben, die deutsche Seite erfüllte sie. Dazu wurde eigens ein Requisitionsamt geschaffen, später eine Kommission des Gemeinderats eingesetzt. Die angeforderten Häuser, Wohnungen, Gebrauchs- und Luxusgegenstände beschaffte man sich zunächst von ehemaligen Parteigenossen, was als „materielle Entnazifizierung" gewertet wurde: „Die verstärkte und zuerst alleinige Inanspruchnahme von Parteigenossenbesitz ist ein Stück Reutlinger Entnazifizierung."[1] Bis Januar 1946 waren 804 ehemalige „PGs" betroffen. Schließlich legte man regelrechte Materiallager an, machte Tauschgeschäfte, auch unter Zuziehung privater Unternehmer wie des Kaufmanns Walz („Lager Walz"), der im großen Stil kaufte und tauschte, insbesondere auch, um Anforderungen von Luxusartikeln befriedigen zu können.

Auch das Problem von Vergewaltigungen versuchte man auf deutscher Seite auf eigene Faust zu regeln, weil der französische Sicherheitsoffizier Jean-Pierre Masson zunächst untätig abseits stand: „Les femmes sont au vainqueur!" In zwei Reutlinger Villen wurden Bordelle eingerichtet („maisons publics"), je eines für Offiziere und Mannschaften. Dabei konnte man auch auf Prostituierte zurückgreifen, die in Buttenhausen auf der Schwäbischen Alb zur „Besserung" arbeitsverpflichtet worden waren (natürlich „berufsfremd"). Sie wurden ausgestattet mit Kleidung aus einem angesehenen Reutlinger Textilkaufhaus. Zugleich sollte damit auch das Problem unkontrollierter Prostitution, mit ihren fließenden Grenzen und Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung, in den Griff bekommen werden: Scharen von Frauen lungerten in der Nähe von Kasernen – in den Zeiten bitterer Not nur allzu verständlich.

Ein Problem besonderer Art stellten die „Musterungen" dar, bei denen die wehrfähigen Männer im Alter zwischen 15 und sechzig Jahren sich einzufinden hatten, mit Papieren, Köfferchen, Zahnbürste usw. Die Franzosen hatten im Krieg zu wenige Gefangene gemacht, das Prestige des Siegers aber maßen sie



Das Thema Geschlechtskrankheiten stand im Zentrum einer Plakatserie, mit der die Gesundheitsabteilung des Innenministeriums von Württemberg-Hohenzollern aufklären und die Verbreitung der Krankheiten verhindern wollte. (Vorlage: Staatsarchiv Sigmaringen, Foto: Hauptstaatsarchiv Stuttgart)

an dieser Zahl. Der französische Kommandant Charles Chery ging zusammen mit dem Sicherheitschef Masson die Reihen durch, begleitet von Kalbfell. Zwanzig Prozent der Männer waren auszusondern und in die Gefangenschaft abzutransportieren. Dabei konnte Kalbfell den einen oder anderen vor der Gefangenschaft retten, zumal wenn er ihn gut kannte.

Glimpfliches Davonkommen im Bombenkrieg trotz Rüstungsindustrie

Die Chancen für einen raschen Wiederaufbau der Stadt waren nicht schlecht. Denn bis Ende 1944 war Reutlingen von Fliegerangriffen verschont geblieben, bis auf einen „Fehlabwurf" in der Nacht vom 15. auf den 16. März 1944 mit geringen Schäden. Fliegeralarm wurde bis zum Jahresende 1944 in Reutlingen nicht ernst genommen, auch wenn während des Sommers Stuttgart und Fried-

richshafen, im November und Dezember Freiburg, Heilbronn, Ulm und Karlsruhe stark zerstört worden waren. Da auch in Reutlingen in hohem Maße Rüstungsindustrie konzentriert war, musste mit Luftangriffen gerechnet werden. Drei schwere Angriffe trafen dann auch Anfang 1945 die Stadt: am 15. Januar, 22. Februar und am 1. März 1945. Insgesamt waren dabei 180 Maschinen der amerikanischen Luftwaffe eingesetzt, die 490 Tonnen Spreng- und Brandbomben auf die Stadt abwarfen. Insgesamt 414 Menschen verloren ihr Leben, rund 750 Gebäude wurden total zerstört. Betroffen davon war vor allem die Innenstadt mit dem Viertel rund um den Hauptbahnhof. Auch das Reutlinger Rathaus wurde getroffen. Insgesamt aber lag der Zerstörungsgrad „nur" bei zwanzig Prozent, im Vergleich zu Stuttgart mit 34 Prozent und Mannheim mit 51 Prozent, von der totalen Zerstörung von Heilbronn oder gar von Pforzheim ganz zu schweigen. Rund 17 Prozent des benutzbaren Wohnraums und 15 Prozent der Geschäftsgebäude waren zerstört. Wenig betroffen waren die Rüstungsbetriebe. Die Stadtverwaltung bezifferte später den Gesamtkriegsschaden auf 55 Millionen Reichsmark, zu denen noch 60 bis 70 Millionen Reichsmark an Hausrat, Warenvorräten usw. hinzugerechnet wurden. Zur Zahl der Toten kamen 55 Menschen hinzu, die im Zuge des Vorrückens der Franzosen auf die Stadt einschließlich Jagdbomberbeschuss und bei deutschen Rückeroberungsversuchen ihr Leben verloren hatten. Denn ganz ohne Gegenwehr war die Besetzung der Stadt dann doch nicht abgegangen. Als Folge davon kam es am 24. April 1945 zu Geiselerschießungen durch die Franzosen. Kalbfell machte es später zu schaffen, dass seine Gegner, teilweise solche aus der NS-Zeit, ihn für die Benennung der vier Geiseln verantwortlich hielten.

Das wirtschaftliche Potenzial der Industriestadt Reutlingen war durch Krieg und Zerstörung kaum getroffen. Die Unternehmen besaßen Energievorräte, vor allem aber verfügten sie über beträchtliche Vorräte an Rohstoffen, Halbfertigprodukten und selbst Fertigwaren, wie etwa aus den Berichten des stellvertretenden Geschäftsführers der Firma Ulrich Gminder, Kurt Graf, zur Lage der Firmen im Textilsektor im Kreis Reutlingen hervorgeht (der erste von „April/Mai" 1945, der zweite vom 19. Dezember 1945). Im ersten der Berichte werden die Rohstoffvorräte durchweg auf zwei bis drei Monate geschätzt. Das Ausmaß von Zerstörungen und Plünderungen wird als sehr unterschiedlich eingestuft. Energie war zunächst knapp, da die Eisenbahnverbindung unterbrochen war. Zur Lage der eigenen Firma, mit „normalerweise" 2 400 Beschäftigten, heißt es im Bericht von April/Mai 1945 an die Geschäftsführung: „*Kapazität: Rund 90 000 Spindeln, 3 000 Webstühle (...), Wasserkraftanlagen in Reutlingen und Neckartenzlingen. Die Spinnerei in Neckartenzlingen und eine Weberei in Reutlingen können mit je etwa zwanzig Prozent der Gesamtkapazität in Betrieb genommen werden. Dafür sind Rohstoffe in der Spinnerei für etwa drei Monate, Garne für die Weberei für etwa vier Monate vor-*



Der Bombenangriff auf Reutlingen am 1. März 1945, fotografiert aus einem amerikanischen Kampfflugzeug. Deutlich sichtbar ist die von Metzingen kommende Bahnlinie; Ziel sind Gleisanlagen im Bereich der Sondelfinger Straße. (Foto: Smithsonian Institution Washington)

handen. Die Kohlen sind beschlagnahmt. Waren im Wert von etwa RM 1 000,- sind gegen Requisitionsscheine abgeholt worden.“ Selbst Karl Danzer, dessen Furnierwerk in Hamburg zerstört worden war, hatte Vorsorge getroffen: An verschiedenen Orten in Deutschland waren auf Bauernhöfen Edelholzstämme ausgelagert, auch in der Umgebung von Reutlingen. Das war sein Startkapital, mit dem sich in Reutlingen eine neue Produktion aufziehen ließ. Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft gab es also keine „Stunde Null“!

Reparationen und Demontagen

Ein weit größeres Problem als das Fehlen von Rohstoffen und Energie stellten für die Reutlinger Industrie die vorgesehenen umfangreichen Demontagen dar. Sie hätten, wären sie in vollem Umfang durchgeführt worden, zu einer wirtschaftlichen Katastrophe und zu Massenelend führen können. Reparationen an Frankreich für die dort erlittenen Schädigungen seiner Volkswirtschaft und seiner Menschen waren zwar durchaus nachvollziehbar. Doch darüber hinaus sollten Demontagen die deutsche Konkurrenz behindern, wenn nicht gar ausschalten. Industriespionage und Aneignung von technischem Know-how kamen hinzu. Doch eine wirtschaftliche Verelendung Deutschlands konnte nicht im Interesse der Aufrechterhaltung von Stabilität und Frieden in Westeuropa sein – schon gar nicht angesichts des sich abzeichnenden Kalten Krieges. Die Reutlinger Industrie befand sich dabei in einer besonderen Situation, da sie in einigen Bereichen eine Schlüsselfunktion innehatte, wodurch auch andere Industriezweige in Deutschland – selbst in Europa und sogar darüber hinaus – betroffen waren. So lag ihre Stärke in der Produktion von Werkzeugmaschinen (z. B. WAFIOS, Wagner). Hinzu kamen die Produktion von Spulen für alle Bereiche (Emil Adolff) und die Metalltuchwebereien für die Papierindustrie (Finckh, Villforth, Wandel, Wangner). Hier hatten die Reutlinger Unternehmen einen Weltmarktanteil, der zum Teil nahe an eine Monopolstellung heranreichte. Gerade hier ließen sich lukrative Kompensationsgeschäfte über den Reutlinger Raum hinaus abschließen. Auch wenn sich Maschinen demontieren lassen, mit dem Know-how von Menschen war das nicht so einfach zu machen. Sinnvoll war eigentlich nur, sich Anteile aus der laufenden Produktion anzueignen – wie das dann in der Textil- und Lederindustrie – zwei klassischen Reutlinger Industriezweigen – geschehen ist. Dennoch wurden in erheblichem Umfang Maschinen demontiert.

Auf Beschluss des Alliierten Kontrollrates mussten zum 15. Juni 1946 alle Demontagen eingestellt werden. Die Franzosen verheimlichten das Datum. In Reutlingen wurden Demontagen faktisch bis zum Petersberger Abkommen von November 1949 vorgenommen. Frankreich konnte sich zu Recht auf das Verhalten der deutschen Besatzungsmacht berufen. Kritisiert wurde auf franzö-

sischer Seite, dass man in Deutschland nicht das Wort Reparationen benutzte, sondern das die Opferrolle betonende Wort der Demontage. Letztlich aber hielten sich die Beeinträchtigungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Grenzen. Die betroffenen Unternehmen sorgten rechtzeitig für Ersatz, konnten anschließend teilweise sogar ihren Maschinenpark modernisieren.

Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau war es hilfreich, dass mit der Industrie- und Handelskammer ein schlagkräftiges Instrument aus der Zeit der Kriegsverwaltungswirtschaft zur Verfügung stand. Nur das Spitzenpersonal musste ausgetauscht werden. Präsident der IHK wurde 1945 der Industrielle und Kalbfell-Vertraute Hans Kern, der dieses Amt bis 1975 innehatte. Die IHK mit ihrer Zwangsmitgliedschaft übernahm auch die Rolle eines Generalauftragnehmers für die Lieferungsforderungen der Besatzungsmacht und verteilte die Aufträge an die Firmen. Ab Juni 1945 war die Zulassung für die Wiederaufnahme der Produktion von der französischen Besatzungsmacht an die IHK delegiert worden, zunächst nur für die kleineren Betriebe bis 100 Beschäftigte. Bei den größeren Unternehmen erfolgte die Wiederaufnahme immerhin aufgrund eines Gutachtens der IHK. Die IHK schöpfte ihre Möglichkeiten voll aus, so dass Ende Oktober 1945 rund die Hälfte der 280 Firmen im Landkreis Reutlingen die Produktion wieder aufgenommen hatten.

Von zentraler Bedeutung waren die „Kompensationsgeschäfte“, auch wenn sie offiziell verboten waren. Kalbfell sorgte dafür, dass diese Tauschgeschäfte sogar institutionalisiert wurden. So wurde im Rathaus ein „Kompensationsbüro“ eingerichtet, das zum 1. Dezember 1945 von der IHK übernommen wurde. Diese Tauschgeschäfte überschritten die Zonengrenzen. Mindestens die Hälfte der getätigten Geschäfte waren bis zur Währungsreform im Juni 1948 solche Kompensationsgeschäfte. Die IHK verlangte für die Vermittlung ein Promille des Warenwerts.

Grenzen waren der Wiederaufnahme der Produktion zunächst auch durch den Mangel an Arbeitskräften gesetzt. Die Männer waren noch in Gefangenschaft oder gar gefallen. Die Arbeitsmotivation war nicht immer hoch, weil zuerst fürs eigene Überleben gesorgt werden musste, mit Aufräumungs- und Reparaturarbeiten, mit „Organisieren“, Hamstern und mit der Selbstversorgung aus dem eigenen Garten. Das brachte mehr ein als die Arbeit im Betrieb, wenn mit Geld entlohnt wurde, das immer wertloser wurde. Die Betriebe mussten deswegen mehr oder weniger zu einer Teilentlohnung mit Waren übergehen. Auch im Hinblick auf die Arbeitsmoral und die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen zeigte sich, dass eine Währungsreform dringend erforderlich war.

Die „Reutlinger Spende“

Viel elementarer als der Wiederaufbau der Wirtschaft war es zunächst, die Bevölkerung mit Nahrung und Brennmaterialien zu versorgen, den Ausgebombten und Geschädigten ein Dach über dem Kopf und Einrichtungsgegenstände zu verschaffen. Dazu benötigte man Waren für Kompensationsgeschäfte und Geld. Für einen Lastenausgleich herangezogen werden konnten das Umland zugunsten der Stadt, die „Davongekommenen“ zugunsten der Geschädigten und die Reichen zugunsten der Minderbemittelten. Alle drei Wege sind in Reutlingen begangen worden.

Besonderes Aufsehen – auch deutschlandweit – erregte die am 3. Juni 1945 eröffnete „Reutlinger Spende“, eine halbfreiwillige Geldsammlung bei den „Davongekommenen“ und Wohlhabenden in Stadt und Kreis. Sie erbrachte bis zum 20. Juni 1948 einen Gesamtbetrag von 3,8 Millionen Reichsmark. „Spende“ konnte man die Aktion nennen, weil es sich nicht um eine Beschlagnahme handelte. Zunächst wurde den Betuchten gut zugeredet, individuell, unter vier Augen. Die Aufgabe hatte Otto Künzel übernommen. Als früherer Leiter des Steueramtes der Stadt wusste er sich die Steuerunterlagen zu beschaffen und ließ seine Kenntnis der jeweiligen Vermögensverhältnisse durchblicken. Bei den ehemaligen Parteigenossen (PGs) grenzten solche Einzelgespräche schon an Erpressung, wenn ihnen ihr „Sündenregister“ vorgehalten wurde. Mit dem Geld, das auf diese Weise aufkam, wurden in erster Linie Möbel gekauft – sehr solide, formschöne Möbel, die heute noch vorgezeigt werden können.

Zu Sicherung der Brennholzversorgung fand bereits Anfang November 1945 die erste große „Holzaktion“ in der näheren Umgebung statt. Die Stadt rief alle männlichen Einwohner zwischen 16 und 55 Jahren auf, sich daran zu beteiligen – fast 5 000 Männer meldeten sich. Städtische Fahrzeuge, weitgehend den Franzosen aus Wehrmachtsbeständen abgehandelt, übernahmen den Transport. Als Sonderration erhielt jeder Beteiligte zusätzlich ein halbes Pfund Brot und ein achtel Pfund Käse. Mit dem Geld der „Reutlinger Spende“ konnte die Stadt im Raum Sigmaringen rund 20 000 Raummeter Fichtenholz erwerben. In spektakulären Holzaktionen im Winter 1947 und im Frühjahr 1948 wurde dieses Holz geschlagen und nach Reutlingen geschafft. Etwa die Hälfte wurde als Brennholz zugeteilt, die andere Hälfte diente als Bauholz. Auch zur Trümmerbeseitigung ergingen Aufrufe an die männliche Bevölkerung. Vor allem wurden gezielt die Belegschaften der Betriebe eingesetzt. Als Instrument diente dazu das Arbeitsamt, das gleich am 23. April 1945 zu einem städtischen Amt erklärt worden war.

Die Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung

Eine Schlüsselrolle kam der Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung zu. Oskar Kalbfell unterstrich die Bedeutung des Vorhabens in seiner Rede vom 28. Mai 1945 eindrucksvoll: „Unsere Betriebe ruhen; solange keine Bahnen fahren, werden wir keine Kohlen haben; ohne Kohlen wiederum kann die Wirtschaft nicht anlaufen; ohne Wirtschaftsleben kommen keine Steuern herein, und wenn der Geldumlauf stockt, drohen Anarchie und Chaos."

Bereits am 23. April 1945 wurde von Seiten der Stadt mit den Aufräumarbeiten bei der Bahn begonnen. Besonders schwierig gestaltete sich der Wiederaufbau der Brücken, die noch am 18. April 1945 gesprengt worden waren, denn es fehlte an Fachleuten wie auch an Spezialgerät. Insgesamt 22 Brücken waren zwischen Horb und Plochingen zerstört. Das benötigte Material wurde aus dem eigenen Raum oder durch Kompensationsgeschäfte beschafft. Die Kosten für die Wiederherstellungsarbeiten wurden aus der Kreiskasse beglichen. Bereits am 21. September 1945 konnte der erste Kohlenzug mit 23 Waggons nach Reutlingen kommen. Ab 18. November war erstmals ein Sonntagsverkehr bis Bad Cannstatt möglich, behindert nur dadurch, dass bei Bempflingen die Grenze zur US-amerikanischen Besatzungszone verlief.

Heimatvertriebene kommen erst mit zeitlicher Verzögerung

Wie die gesamte französische Besatzungszone blieb Reutlingen vom Flüchtlingsstrom aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße, aus der Tschechoslowakei, Ungarn und dem Balkan („Volksdeutsche") zunächst „verschont". Die Franzosen beriefen sich darauf, dass sie an der Potsdamer Konferenz und an der dort getroffenen vertraglichen Regelung zur „ordnungsgemäßen Überführung deutscher Bevölkerungsteile", wie die Vertreibung im amtlichen Dokument vom 2. August 1945 hieß, nicht beteiligt gewesen waren. Auf Dauer war diese Position nicht zu halten, zumal auf deutscher Seite durchaus ein Interesse am Zuzug bestand, um die Menschenverluste des Krieges ausgleichen zu können. Immerhin erlaubte die französische Haltung den deutschen Behörden, sich auf den Flüchtlingszustrom vorzubereiten.

Probleme hatte es auch zuvor schon überreich gegeben, denn nicht nur die Ausgebombten hatte man unterbringen müssen. In der Stadt Reutlingen lebten am 20. September 1945 noch 4 461 Evakuierte, im Landkreis waren es 4 274, die nicht gleich in ihre zerstörten Herkunftsstädte zurück wollten. Als Problem galten vor allem die rund 700 Displaced Persons („DPs") aus Polen, von denen mehr als die Hälfte aus der Umgebung nach Reutlingen gezogen waren, sowie die 200 bis 300 Tschechen. In den zehn „Russenlagern" im Kreis befanden sich

im Mai/Juni 1945 schätzungsweise 2 300 Menschen. Reutlinger Betriebe hatten rund 2 400 Zwangsarbeiter beschäftigt. Sie wollte man loswerden, als Esser wie als Gefahrenquelle. Beides lag auch im Interesse der Besatzungsmacht.

Der Flüchtlingsstrom setzte – auch nach Reutlingen – im Wesentlichen erst ab 1949 ein. Der Zuzug erreichte bereits 1950 die Zahl von 6 005 Personen und stieg bis 1961 auf 18 916 an (Landkreis 15 506 bzw. 37 609). Die Eingliederungsschwierigkeiten wurden erheblich gemildert, seit die Bundesregierung aktiv werden konnte (z. B. Soforthilfegesetz von 1949, Lastenausgleichgesetz von 1952, Bundesvertriebenengesetz 1953). Damit waren zugleich Wohnungsbauprogramme verbunden, im Zuge derer neue Wohngebiete entstanden: die Römerschanz-Siedlung, die Wildermuth-Siedlung, die Siedlung „Voller Brunnen“ und die Nebenerwerbssiedlung Ohmenhausen mit Gartengelände zur Selbstversorgung, alle mit erheblichen staatlichen Mitteln gefördert. Dabei wurde in Reutlingen darauf geachtet, die neuen Siedlungen möglichst an bestehende anzuschließen und nicht nur Neubürger dort unterzubringen, um deren Eingliederung zu fördern.

Bis dahin war der systematische, planmäßige Wiederaufbau der zerstörten Stadt nur schleppend vorangekommen, wenngleich Kalbfell bereits nach seinem Amtsantritt detaillierte Pläne anfertigen ließ. Die umfassenden Pläne, etwa im Bereich Bahnhof/Karlsstraße, wo die auffälligsten Zerstörungen festzustellen waren, mussten allerdings auf Druck der Grundstücksbesitzer, aber auch von Bahn und Post mehrfach abgeändert werden. Die Planungen der Stadt im Verkehrsbereich gingen vielfach bis in die Zeit vor dem Kriege zurück. Die Kontinuität war durch Carl Haid gegeben. Nahezu täglich scheint Kalbfell sich in der Bauverwaltung umgesehen zu haben, weil ihn das Bauen interessierte wie sonst nur wenig anderes. Ein Problem stellte in den Augen Kalbfells und der Stadtverwaltung das „wilde“ Wiederaufbauen dar, das unterbunden werden sollte.

Die große Zeit des Wohnungsbaus in Reutlingen kam erst ab 1951, als die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft GWG gegründet wurde, als städtische Gesellschaft, doch mit Beteiligung privater Unternehmer. Ausgeklügelte Finanzierungsmodelle holten sogar in beträchtlichem Maße Geld aus ganz Deutschland nach Reutlingen. Das Verdienst dafür kommt dem langjährigen Finanzbürgermeister Reutlingens, Karl Guhl, zu, den Kalbfell aus Oberndorf am Neckar in die Stadtverwaltung geholt hatte. Bis zum Ende der Ära Kalbfell 1973 hatte die GWG rund 12 000 Wohneinheiten erstellt, in denen insgesamt jeder dritte Reutlinger lebte. Zwei Charaktereigenschaften Kalbfells waren hier förderlich: Seine Bauleidenschaft und sein soziales Engagement, innerhalb dessen er Wohnen als ein Grundbedürfnis sah und das folgerichtig die Kommunen durch Bereitstellen von günstigem Wohnraum zu befriedigen hatten. Nur so war aber auch die Attraktivität Reutlingens als Industriestandort zu gewährleisten. Nicht ohne Grund wuchs Reutlingen während der Amtszeit Kalbfells von 38 000 auf

90 000 Einwohner, natürlich einschließlich des Zugewinns durch die Eingemeindungen der kommunalen Gebietsreform nach 1971.

Das Erbe des Nationalsozialismus

Zu den äußeren Aufräumarbeiten kamen die „inneren". Einerseits galt es, diejenigen zu bestrafen, die sich in der Zeit des „Dritten Reiches" etwas hatten zuschulden kommen lassen. Zum anderen ging es darum, den öffentlichen Dienst von untragbaren Personen zu säubern. Zunächst waren von den Franzosen nur wenige herausragende Personen verhaftet worden. Die Listen dafür wurden von deutscher Seite erstellt, die ersten schon am Abend der Besetzung. Zeugenaussagen zufolge hatte sie Allmendinger zusammengestellt, der sich da zweifellos auskannte; mit Sicherheit auch mit Rückendeckung durch Kalbfell. Am 13. Juni 1945 ordnete der französische Sicherheitsoffizier Masson die Inhaftierung aller NSDAP-Funktionäre an. Die Männer wurden auf dem Gelände des Textiltechnikums untergebracht, später dann im Reichsarbeitsdienstgelände. Die Frauen kamen in das Untersuchungsgefängnis des Amtsgerichts und in das Polizeigefängnis. Den Unterlagen nach befanden sich zwischen 5. Juni 1945 und 1. Februar 1946 konstant etwa 130 Männer in Haft, darunter der NS-Oberbürgermeister und der Kreisleiter.

Die Haftbedingungen scheint Kalbfell den eigenen in der Zeit seiner Internierung im KZ nachempfunden zu haben: Der Tagesablauf war militärisch streng geregelt; Arbeitseinsatz war zu leisten. Zwischen 7.00 und 19.00 Uhr durfte man sich nur mit besonderer Genehmigung ausruhen. Besuch konnte nur nach Genehmigung empfangen werden, Briefe unterlagen der Zensur. Den Häftlingen war es untersagt, aus dem Fenster zu schauen. Über die Arbeitsleistung wurde exakt Buch geführt. Gearbeitet wurde für das französische Militär und für die Versorgungsaufgaben der Stadt. Im Dezember 1945 erließ Masson dann eine verschärfte Hausordnung (z. B. Briefe nur noch einmal pro Monat, keine persönlichen Habseligkeiten usw.). Gleichzeitig wurden mit der Einrichtung einer Lagerbibliothek, mit Filmen und Vorträgen Umerziehungsmaßnahmen ergriffen.

Kalbfell begab sich immer wieder selbst in das Lager, um Inhaftierten ihre Verfehlungen vorzuhalten. In seinen Reden berichtet er des Öfteren von diesen Begegnungen. Entlassen werden konnte man erst nach Vorlage eines empfehlenden Berichts der Stadtverwaltung, wobei die Entlassenen in der Regel unter Hausarrest blieben. Hinzu kamen – wie auch für alle belasteten ehemaligen „PGs" im gesamten Kreisgebiet – die vom Reutlinger Militärgouverneur verfügten „Montagsappelle", bei denen die Betroffenen öffentlich anzutreten hatten – eine Erziehungsmaßnahme, die zum Nachdenken über die eigenen Verfehlungen führen sollte. Sie wurde als entehrend empfunden.

Die Säuberungen wurden in Stadt und Kreis Reutlingen insgesamt pragmatisch gehandhabt: Darin trafen sich die deutschen Vorstellungen mit denen der Franzosen. Wer nur „Mitläufer" war oder wen man brauchen konnte, kam glimpflich davon. Besonderer Wert wurde auf das persönliche Verhalten im „Dritten Reich" gelegt. Schlecht dran war, wer als „fanatisch" galt. Insgesamt konnte die personelle Kontinuität im öffentlichen Dienst weitgehend erhalten bleiben. So wurden beispielsweise von den 26 Bürgermeistern des Kreises – fünf davon waren schon in der Weimarer Zeit im Amt gewesen – 13 von Kalbfell bis Ende 1945 ersetzt. In der Stadt- und Kreisverwaltung wurden, einem Bericht Kalbfells an die Militärverwaltung vom 16. November 1945 zufolge, von 187 Beamten 49 entlassen, vier suspendiert, 92 zurückgestuft oder versetzt. Bei der Polizei wurden von 58 Beamten 19 entlassen und einer vorübergehend suspendiert. Großzügig wurde mit Lehrern verfahren, um den Unterricht in vollem Umfang wieder aufnehmen zu können. Zwar wurde nur rund ein Sechstel ohne jegliche Beeinträchtigung im Amt belassen, doch die Hälfte konnte nach Zurückstufung oder Versetzung ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Mit dem 19. Oktober 1945 ging die Zuständigkeit für die politische Säuberung auf das Staatssekretariat in Tübingen über. Betraut wurde mit dieser Aufgabe aber der Sozialdemokrat, Kalbfell-Vertraute und stellvertretende Reutlinger Oberbürgermeister Otto Künzel. Sein „Staatskommissariat für die politische Säuberung" wurde mit Genehmigung der Militärregierung nach Reutlingen verlegt. Kennzeichen seiner Tätigkeit war, dass er die Entnazifizierung als politische Reinigungsaufgabe, nicht als juristisches Problem durchführte. Als die Franzosen zum 1. Juli 1947 das amerikanische Spruchkammerverfahren übernehmen mussten, trat Künzel zurück. Bis dahin hatte er insgesamt 77 344 Fälle in Württemberg-Hohenzollern entschieden.

Zur Säuberung gehörte auch das Ausräumen nationalsozialistischen Gedankenguts. Davon waren auch die öffentlichen Bibliotheken betroffen. Bei einer entsprechenden Büchersammlung Mitte Juli 1945 kam eine Viertelmillion Bücher von rund 700 Zentnern Gewicht zusammen, die dann eingestampft wurden. Allerdings hatte Kalbfell der Nazi-Literatur keine sonderlich große Wirkung auf die Bevölkerung zugeschrieben. Seinen eigenen Beobachtungen nach sei sie so gut wie nicht gelesen worden, selbst von den Parteigrößen nicht. Er meinte sogar, sie hätte viel mehr gelesen werden müssen, denn dann wären den Menschen früher die Augen aufgegangen.

Nicht vom Brot allein: Kulturpolitik

Kalbfell wusste, dass der Mensch nicht allein vom Brot lebt. Besonders in der allgemeinen Depression, die nach dem Zusammenbruch Deutschlands vor-

herrschte, kam es darauf an, den Menschen wieder eine Perspektive zu eröffnen. So wurde von Anfang an das kulturelle Leben in der Stadt wiederbelebt, als die Menschen noch hungerten, froren und viele auch noch kein richtiges Dach über dem Kopf hatten. Das geschah durchaus in Einklang mit den Franzosen, die sich ganz bewusst als Kulturnation präsentieren wollten. Etliche Säle hatten den Krieg überstanden, so dass Ende Juni 1945 bereits das erste Klavierkonzert im Olympia-Theater stattfinden konnte. Am 26. August gab es in der Bundeshalle die erste Theateraufführung mit Heinrich von Kleists „Der zerbrochene Krug". Zugute kam Reutlingen wie Tübingen, dass Schauspieler hier Zuflucht und Auftrittsmöglichkeiten suchten, die sonst nicht in die „Provinz" gekommen wären, darunter auch Schauspieler aus Stuttgart, die bei den Amerikanern wegen NS-Parteimitgliedschaft Auftrittsverbot hatten. In Reutlingen wie in Tübingen waren so auch Künstler auf der Bühne, die man heute noch kennt: Horst Tappert, Elisabeth Flickenschild, Hannes Messemer, Curd Jürgens. Am 20. Oktober 1945 wurde gar ein städtisches Schauspielhaus Reutlingen-Tübingen gegründet, das als LTT bis heute fortlebt. Um die Bedeutung dieser Gründung einschätzen zu können, sei daran erinnert, dass Reutlingen eine Stadt ohne Theatertradition ist. Denn das „Reutlinger Naturtheater" war ein „Laientheater",



So manche Schauspielerkarriere begann in Reutlingen: „Die große Liebe" mit Horst Tappert. Das Städtische Schauspielhaus Tübingen-Reutlingen etablierte sich nach dem Krieg rasch als überregional bedeutendes Theater. (Foto: Stadtarchiv Reutlingen)

aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen. Es konnte erst im Juli 1947 den Spielbetrieb wieder aufnehmen, da die Spielstätte zerstört war.

Bereits im zweiten Halbjahr 1945 fanden insgesamt nicht weniger als 151 kulturelle Veranstaltungen in Reutlingen statt. Als „Eintrittspreis" mussten vielfach Holz und Kohle mitgebracht werden. Auch die Stadtbibliothek, auf die Reutlingen zu Recht stolz ist – ihre Anfänge rühren aus der Zeit um 1600 her –, konnte bereits im November 1945 wieder eröffnet werden. Kalbfell – bildungs- und lesehungrig, selbst ein begeisterter Hobbymaler und Kunstsammler – hat zeitlebens viel getan, um Kunst und Kultur in der Stadt heimisch zu machen. Als beispielsweise der Musiker und Komponist Hans Grischkat aus der Kriegsgefangenschaft nach Reutlingen entlassen wurde – er hatte hier bis 1936 gewirkt –, besorgte ihm Kalbfell eine Wohnung und ernannte ihn am 30. Juli 1945 zum Musikreferenten von Stadt und Kreis Reutlingen mit dem Auftrag, ein Orchester aufzubauen. So entstand am 16. Mai 1946 das Reutlinger Symphonieorchester, das dann unter der Leitung von Hans Grischkat mit der Ersten Symphonie von Beethoven im Olympia-Theater debütierte. Dieses Orchester aus Berufsmusikern besteht bis heute unter dem Namen „Württembergische Philharmonie". Zwischen 22. Dezember 1945 und 6. Januar 1946 fand in der Gewerbeschule die erste Ausstellung Bildender Künstler aus Reutlingen und Umgebung statt („Weihnachtsausstellung"). Kalbfell selbst stellte vier seiner Werke aus. Auch mit dieser Schau hat Kalbfell eine Tradition begründet, die bis heute anhält.

Nach der Währungsreform vom Sommer 1948 ließ der Drang namentlich zum Theater in Reutlingen deutlich nach: Eine Folge davon, dass das Geld knapper geworden war, aber auch, dass man wieder nach auswärts fahren konnte, in die Oper, ins Theater oder ins Konzert. Den Zweck, den Menschen in schwierigen Zeiten wieder Mut zu machen, zumindest aber Abwechslung zu bieten, hatte das Theater erfüllt.

Der Reutlinger Generalanzeiger ersteht wieder

Reutlingen blieb zunächst ohne eigene Zeitung. Es wurde von Tübingen aus „mitversorgt", wo die Franzosen eine deutsche Zeitung mit dem Namen „Schwäbisches Tagblatt" aus der Taufe gehoben hatten. Das Herausgebergremiun verkörperte den von den Franzosen beabsichtigten politischen Binnenpluralismus. Erst 1949, nach Aufhebung der Lizenzpflicht, konnte in Reutlingen der „Reutlinger Generalanzeiger" wieder erscheinen, der elf Jahre vor Kalbfells Geburt gegründet und in der Stadt die mit Abstand größte Tageszeitung gewesen war. Sehr schnell konnte der „Generaler", wie die Zeitung traditionell genannt wird, seine alte Monopolstellung wieder einnehmen. Der Versuch, eine sozialdemokratische Zeitung, den „Württemberger", zu etablieren, scheiterte: Nach 1945 gab es in Deutschland

in den Augen der Leser keinen Platz mehr für eine Partei- oder gar Kampfpresse. Die politische Kultur Deutschlands hatte sich grundlegend gewandelt.

Kalbfells große Reden

Der Erfolg Oskar Kalbfells beim Wiederaufbau und damit seine Leistung als Oberbürgermeister beruhten ganz wesentlich darauf, dass er es verstand, durch eine Vielzahl bedeutender und glänzender Reden einer hungernden und frierenden Bevölkerung, die nach dem Zusammenbruch in Apathie abzugleiten drohte, wieder Hoffnung zu machen und sie für den Wiederaufbau zu motivieren. Hier zeigt sich nicht nur der geborene Rhetor, sondern auch der Volkserzieher aus Leidenschaft. Zugleich wird aber auch in den großen Reden der unmittelbaren Nachkriegszeit das Weltbild Kalbfells deutlich. Allein 13 Reden sind aus der Zeit zwischen 29. April und 13. Dezember 1945 schriftlich erhalten; eine davon ist auch im Druck erschienen. Kalbfell genoss zwar das Privileg – und das war ein Vertrauensbeweis –, seine Reden nicht vorab dem französischen Militärkommandanten vorlegen zu müssen, immerhin mussten sie aber mitstenographiert und im Nachhinein den Franzosen zur Kenntnis gebracht werden. Bis auf eine Ausnahme wandte sich Kalbfell an Zielgruppen: die Rathausmitarbeiter, die Bürgermeister des Kreises, die Vertreter von Industrie, Handel und Handwerk, an Arbeiter, Jugendliche, Gymnasiasten und Frauen. Besonders bewegend und in Erinnerung geblieben ist die Rede vom 1. Mai 1945 auf dem Reutlinger Marktplatz, inmitten einer gespenstischen Trümmerlandschaft. Augenzeugen berichteten, der Marktplatz habe nie zuvor und auch später nicht mehr so viele Menschen gesehen.

Inhaltlich zeigen Kalbfells Reden aus dem Jahr 1945 ein schonungsloses Bild der akuten Lage mit all ihren Versorgungsproblemen. Sie machen aber auch deutlich, wie die gegenwärtige Not eine zwangsläufige Folge der Politik des „Dritten Reiches“ war. Hitler, seine Partei und seine Politik werden als verbrecherisch gebrandmarkt, ebenso seine Reutlinger Gefolgsleute. Detailliert öffnete Kalbfell seinen Zuhören die Augen, gab ihnen Berichte von den Zuständen in den Konzentrationslagern, verwies auf Dokumente, auf Fotografien, ließ den langjährigen KZ-Insassen Fritz Wandel öffentlich über seine bitteren Erfahrungen reden, konfrontierte ihn und einen anderen ehemaligen KZ-Häftling mit einem in Reutlingen lebenden ehemaligen Bewacher. Kalbfell hielt den Reutlinger Provinzgrößen des Nationalsozialismus ihre Verblendung und ihre Schuld vor. Sie, die jetzt in Reutlingen einsaßen, wollten von all dem nichts gewusst haben, wo doch Kalbfell selbst das KZ Bisingen kannte und 1944 auch von den Massenmorden an Juden in der Ukraine erfahren hatte. Immer wieder kam Kalbfell auch auf die entscheidenden Stunden der Übergabe der Stadt zu

sprechen – und darauf, was der Stadt passiert wäre, wenn da nicht einige verantwortungsvolle Männer gewesen wären.

Die jeweilige konkrete Situation wurde deutlich markiert. Kalbfell legte dar, was unmittelbar zu geschehen habe und forderte ganz konkret zum Mittun auf. Er zeigte aber auch auf, wie es langfristig weitergehen sollte, entwarf Visionen. Die Zukunft sah er an der Seite der Franzosen, die entsprechende Rede von General Charles de Gaulle in Freiburg, die er als Landrat hören konnte, hatte ihn tief beeindruckt. Visionen hatte er auch von der Zukunft seiner Stadt Reutlingen und ging damit weit über die unmittelbaren Maßnahmen zur Linderung der gegenwärtigen Not hinaus.

Die Reden hatten den Sinn, die Menschen aufzurütteln, damit sie tatkräftig mitmachten. So appellierte Kalbfell an die Tugenden Pflicht, Hilfsbereitschaft, Kameradschaft, Verantwortung, Zusammenarbeit, Füreinandereinstehen – ohne Drill, mit freiwilliger Einordnung. Er verlangte Fleiß, Disziplin, Ordnung, Ehrlichkeit, Offenheit, Sauberkeit und immer wieder Anstand und „Haltung". Nach der Entfremdung der Jugend durch die nationalsozialistischen Verführer mahnte er sie zum Gehorsam gegenüber den Eltern. Insgesamt ein Tugendkatalog, den man sich angewöhnt hat, „Sekundärtugenden" zu nennen, die man aber im Nachkriegsdeutschland brauchte, in Absetzung zu allen hehren Tugenden und zum „Heldentum", das die Nazis so hohl gelehrt hatten.

Von Sozialismus oder gar Marxismus redete der „gelernte" Sozialdemokrat nur einmal, in der dann auch gedruckten Rede vom 10. Oktober 1945. Hier sprach Kalbfell vom „echten christlichen Sozialismus der Tat", ohne jedoch deutlich werden zu lassen, was damit gemeint war. Wenn er auf Demokratie zu sprechen kam, wollte er nicht das Vielparteiensystem der Weimarer Republik zurück – und wohl auch nicht den überkommenen Pluralismus. Von jetzt an sollten vielmehr alle zusammenstehen.

Parteien, Gewerkschaften, Vereine

Nach dem Ende des Krieges dauerte es fast ein Jahr, bevor in Württemberg-Hohenzollern wieder politische Parteien zugelassen wurden, auch wenn zuvor schon entsprechende Vorbereitungen getroffen werden konnten. So unterzeichnete der Tübinger Gouverneur General Guillaume Widmer am 18. März 1946 das Zulassungsdekret von SPD, CDU und KPD. Die liberale DVP wurde erst am 19. Juli zugelassen. Oskar Kalbfell spielte von Anfang an in der Landes-SPD eine führende Rolle. Nicht zufällig fanden die beiden ersten Landesparteitage der SPD 1946 und 1947 in Reutlingen statt.

Das Vereinswesen in Reutlingen wurde erst allmählich wieder gegründet, bedurfte es doch auch dazu in jedem Einzelfall der Genehmigung durch die

Militärregierung. Das weltanschaulich geprägte Vereinswesen der Zeit vor 1933 erstand nicht wieder. In der Situation des Wiederaufbaus schien es überholt. Jetzt sollten alle zusammenhalten und an einem Strick ziehen – ein später Sieg des nationalsozialistischen Gedankens von der Volksgemeinschaft. Was wir uns angewöhnt haben, als ein typisches Merkmal deutschen Vereinswesens anzusehen – Harmonie über alle politischen und weltanschaulichen Unterschiede hinweg –, ist eigentlich erst ein Produkt von Nationalsozialismus und Nachkriegszeit. So schaltete sich Oskar Kalbfell ein, als in Betzingen „sein" Arbeitersportbund wieder gegründet werden sollte. Er machte den „Genossen" klar, dass ein klassenorientierter, sozialdemokratisch ausgerichteter Verein nicht mehr in die Zeit passe. Zwar wurde am 11. September 1945 der Reutlinger Ortsausschuss des Württembergischen Gewerkschaftsbundes gegründet, doch Kalbfell selbst war es, der später das im Krieg in Mitleidenschaft gezogene Gewerkschaftshaus 1968 abreißen ließ – zugunsten eines Verkehrsknotens! Dabei war das Gewerkschaftshaus von 1890 die Heimat der sozialdemokratischen Teilkultur der Stadt gewesen, wo man gefeiert und seine Wochenenden in der geselligen Runde Gleichgesinnter verbracht hatte. Der subkulturelle Rückhalt kam somit der neu gegründeten SPD abhanden.

Kalbfells Verständnis von Sozialdemokratie, das er mit seiner Biographie verkörperte, versuchte er seiner Partei nahe zu bringen. Ein Verständnis, das sich mit dem von Carlo Schmid, dem führenden Kopf der SPD in Württemberg-Hohenzollern, weitgehend deckte: Die SPD als eine Partei der Chancengleichheit, liberal-individualistisch ausgerichtet, die die Kultur- und Bildungsgüter allen Menschen zugänglich machen, die auch den Kindern „kleiner Leute" den sozialen Aufstieg ermöglichen soll. Damit wurde die SPD auch für Menschen attraktiv, die bis dahin von Sozialismus nichts wissen wollten.

Kalbfell hatte seine Partei von Jugend an im Grunde instrumentell gesehen, auch wenn er sich nicht von Anfang an darüber im Klaren gewesen sein mag. Nach der „Machtergreifung" mied er konsequenterweise den Umgang mit den eigenen Genossen: Sie konnten ihm nichts mehr bieten, ihn vielleicht sogar gefährden. Andere Kreise waren jetzt wichtiger, nicht nur fürs Überleben, sondern um als selbstständiger, erfolgreicher Unternehmer Mitglied in der „guten Gesellschaft" zu werden. Der Betzinger Sohn kleiner Leute wollte auch von der reichsstädtischen Oberschicht anerkannt sein. Bei politischen Wahlen siegte denn Oskar Kalbfell nicht als Sozialdemokrat, sondern als Persönlichkeit: bei Landtagswahlen, 1949 auch bei der Bundestagswahl, erst recht bei allen Bürgermeisterwahlen, und zwar mit hohen Mehrheiten. Es waren jedoch keine Siege seiner Partei. Nach seinem Ausscheiden verlor die SPD das Bundestagsmandat, das Erstmandat für den Landtag und 1973 auch das Amt des Oberbürgermeisters. Reutlingen war somit eine „Kalbfell-Stadt", keine SPD-Stadt gewesen.

„Wiederaufbau-Diktatur“: Ein Reutlinger Fazit

Die Zeit des Wiederaufbaus in Reutlingens ist identisch mit der Ära Kalbfell. Will man das Herrschaftssystem jener Zeit charakterisieren, könnte man von einer Nachkriegs- und Wiederaufbau-Diktatur sprechen: Möglichst alles sollte in einer Hand vereinigt sein, nicht nur in der Stadt, sondern auch in ihrem Umfeld, um die Versorgung überörtlich sicherstellen zu können, insgesamt um ein hohes Maß an Steuerung zu bekommen. Dafür war es funktional, zugleich auch Landrat zu sein. Als dies nicht mehr gestattet war, wurde dann wenigstens Kalbfells Vertrauter Hans Kern Landrat, der zugleich Präsident der IHK war und mithin die Wirtschaft in das „System Kalbfell“ einbinden konnte. Als sich das neue Land Württemberg-Hohenzollern etablierte, wurde Kalbfell auch Landtagsabgeordneter, mit Fortsetzung später dann im baden-württembergischen Landtag – nicht als Hinterbänkler, sondern als Fraktionsvorsitzender beziehungsweise stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Damit war zugleich der politische Zugang „nach oben“ monopolisiert, mit einem „Mediatrecht“ bei Ministern. Wenn Kalbfell im Landtag von Bebenhausen das Wort ergriff, war der Ruf zu hören: „Es spricht die Republik Reutlingen“. Alles was er – zunächst jedenfalls – brauchte, war die Rückendeckung der Franzosen. Von Gemeinderäten wollten die Franzosen vorerst nichts wissen, das Entscheidungssystem wäre für sie dadurch nur undurchsichtiger geworden. Kalbfell selbst hatte jedoch für sich eine breitere Absicherung gewünscht, auch als Gegengewicht zu den Franzosen. Doch selbstbewusst und die Besatzungsmacht beruhigend, schrieb er in seine Denkschrift über die Notwendigkeit von Gemeinderäten: „Die Gemeinderäte sind keine Kontrolleure oder Gegenspieler des Bürgermeisters, sondern dessen Mitarbeiter (...).“ Kalbfells spätere Initiativen bei überörtlichen Versorgungszusammenschlüssen waren in gleicher Weise dadurch motiviert, die Fäden in der Hand zu behalten: So sollte beispielsweise nicht Ruhrgas im fernen Essen über die Gasversorgung im Südwesten entscheiden, sondern Reutlingen wollte selbst mitreden. So kam es zur Gründung der Gasversorgung Süddeutschland (GVS).

Der persönliche Stil Kalbfells war direkt, unkompliziert, unbürokratisch, nahe an den Bürgern und ihren Sorgen. Im Prinzip war er auch hart, aber gerecht. Seine Maßnahmen mussten für die Bürger nachvollziehbar sein. Er suchte stets den unmittelbaren Kontakt, um mit den Menschen zu diskutieren und sie von seinen Ansichten, Vorschlägen und Maßnahmen zu überzeugen. Das galt selbst gegenüber den internierten „Parteibonzen“ in der Stadt. Zu Hilfe kam ihm dabei seine Redegabe.

Kalbfells Amtsverständnis und seine Amtsführung waren nicht singulär. Auch in anderen Städten haben Bürgermeister in der Wiederaufbauphase so agiert,

wenn auch nicht durchweg in dieser ausgeprägten Form. Die Nachkriegsbürgermeister haben damit für das Amt des Bürgermeisters im Land stilbildend gewirkt, bis heute. Es sind nicht allein die Kompetenzen, die rechtlichen Vorschriften der Gemeindeordnung, die die kommunalpolitische Verfassungswirklichkeit bestimmen, sondern auch ein spezifisches Rollenbild von Bürgermeister und Gemeinderat, das aus der Einmaligkeit der Nachkriegssituation zu erklären ist.
Als allgemeines Fazit der Wiederaufbauphase nach 1945 lässt sich konstatieren: Es gab keine „Stunde Null", in keinerlei Hinsicht. In keinem der Sektoren des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und selbst des politischen Lebens musste von Null angefangen werden, weder bei den materiellen Voraussetzungen noch bei den institutionellen Rahmenbedingungen, ja nicht einmal bei den Funktionseliten – mit Ausnahme der politischen Elite. Doch selbst hier gab es Anknüpfungspunkte, zumindest ließ sich auf Persönlichkeiten aus der Weimarer Zeit zurückgreifen, die das „Dritte Reich" überstanden hatten und in Kontakt mit den lokalen Entscheidungsprozessen und deren personelle Träger geblieben waren, mit denen sie fortan eine einheitliche Elite bildeten. Für diesen letzten Aspekt ist Reutlingen ein Musterbeispiel. Neue Trends gab es im Vereinswesen und im Parteiensystem, im ersten Falle bereits durch den Nationalsozialismus vorbereitet („Volksgemeinschaft"), im zweiten durch die Wiederaufbauideologie begünstigt. Doch die eigentliche Innovation in der deutschen Parteienlandschaft, eine christlich ausgerichtete überkonfessionelle Partei, die CDU mit ihrem klassenübergreifenden sozial- und wirtschaftspolitischen Ansatz, konnte sich in der evangelischen ehemaligen Reichsstadt erst nach dem Ende der Ära Kalbfell durchsetzen. Insgesamt zeigt sich ein tiefgreifender Wandel der politischen Kultur, der aber bereits vor dem Ende des „Dritten Reiches" eingesetzt hatte.

Anmerkungen

1 Günter Erdmann: Besatzungsmacht und Stadtverwaltung. Aspekte einer kommunalen Nachkriegsgeschichte: Reutlingen 1945–1949, unveröffentlichte Zulassungsarbeit, Historisches Seminar der Universität Tübingen 1981, S. 68.

Literaturhinweise

Junger, Gerhard: Schicksale 1945. Das Ende des Zweiten Weltkrieges im Kreis Reutlingen. Besetzung und Besatzung, 3. Auflage Reutlingen 1991.

Stadt Reutlingen (Hrsg.): Reutlingen 1930–1950. Nationalsozialismus und Nachkriegszeit. Katalog und Ausstellung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes, Reutlingen 1995.

Wehling, Hans-Georg/Nedele, Manfred: Oskar Kalbfell. Ein Bürgermeister und seine Stadt, Reutlingen 1997.

Harald Schukraft

Stuttgart nach dem Zweiten Weltkrieg – Neubeginn auf Trümmern

Stuttgart war bei Kriegende schwer zerstört. Von seinen 68 000 Gebäuden waren bei über fünfzig Luftangriffen gut 39 000 beschädigt oder völlig vernichtet worden. Die ersten Bomben waren am 25. August 1940 in den Vororten Gaisburg und Untertürkheim gefallen, wo vier Todesopfer und fünf Verletzte zu beklagen gewesen waren. 17 Wohnhäuser waren getroffen worden, obwohl das eigentliche Ziel des Angriffs die Daimler-Benz-Werke gewesen waren. Noch waren zahlreiche Schaulustige an die Orte der ersten Zerstörungen gepilgert, nicht ahnend, dass dieser Anblick nur wenige Jahre später alltäglich sein würde.

Da das Zentrum Stuttgarts von Hügelketten umgeben in einem Talkessel liegt, konnte die Stadt eingenebelt und damit unsichtbar gemacht werden. Zuvor schon hatte man zur Irreführung der Bomberpiloten bei Lauffen am Neckar den Stuttgarter Hauptbahnhof als Scheinanlage mit beleuchtbaren Holzattrappen sowie die Signal- und Gleisanlagen nachgebaut, was viele Bomben von Stuttgart ferngehalten hat. Aber auch in der Stadt selbst wurden an vielen Stellen Tarnmaßnahmen durchgeführt. So deckte man beispielsweise die reflektierende Wasserfläche des Theatersees im Oberen Schlossgarten ab, färbte die helle Fläche des Innenhofs des Neuen Schlosses dunkel ein und möblierte sie mit Zelten und Bretterwänden. Sogar das schneeweiße Schloss Solitude wurde mit einem grünen Tarnnetz überspannt und so den Piloten als Orientierungspunkt entzogen.

Als das britische Militär Ende 1942 zehn deutsche Städte mit Industriebetrieben als künftige Ziele bestimmte, stand Stuttgart, das in England wegen seiner Bedeutung als Industriestadt auch als „das deutsche Coventry“ bezeichnet wurde, an zweiter Stelle. Der „Minister for Economic Warfare“ forderte vor allem die Ausschaltung der kriegswichtigen Robert-Bosch-Werke. Tarnung und Ablenkung funktionierten jedoch nach wie vor. Auch die massive Flakverteidigung in und um die Stadt trug wesentlich dazu bei, dass sich die Zerstörungen in der Innenstadt zunächst sehr in Grenzen hielten. Erst am 6. September 1943 gelang es einer amerikanischen Bomberstaffel, sich dem Bosch-Stammwerk im Stuttgarter Westen zu nähern. Die Hauptlast der Bomben fiel aber auf Wohnhäuser,



Stuttgart nach dem Zweiten Weltkrieg: Die Innenstadt im Talkessel liegt in Trümmern. (Foto: LMZ Baden-Württemberg)

in denen es über 100 Tote gab. Von den auf den britischen Inseln gestarteten 338 Flugzeugen gingen 45 verloren und nur 103 kamen tatsächlich bis Stuttgart. Die Amerikaner nannten den Angriff „eines der kostspieligsten Fiaskos".[1]

Die Daimler-Benz-Werke und das Bahnausbesserungswerk wurden erstmals am 26. November 1943 schwer getroffen. Noch immer war die Innenstadt mit ihren historischen Gebäuden und Kunstwerken – das meiste war im Laufe der Zeit ausgelagert worden – verhältnismäßig wenig in Mitleidenschaft gezogen worden. Erst das Geschehen des Jahres 1944 sollte das Herz der Stadt weitgehend zerstören. Als erstes brannte in den Tagen nach dem Angriff am 2. März das Neue Schloss völlig aus, weil Löschmaßnahmen untersagt waren. Die schwersten Angriffe erfolgten im Juli und im September 1944, bei denen die gesamte Innenstadt mit nahezu allen wichtigen Bauten in Schutt und Asche fiel. Der zumeist aus Fachwerkhäusern bestehende älteste Stadtkern wurde vollständig vernichtet.

Während des Krieges kamen in Stuttgart fast 4600 Menschen, darunter etwa 770 Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, durch die Bombardements ums Leben.

Dass damit nur knapp ein Prozent der ursprünglichen Einwohnerzahl den Bomben zum Opfer gefallen war,[2] hatte seinen Grund vor allem in der großen Zahl von hervorragend ausgebauten Luftschutzräumen. Unter öffentlichen Plätzen wie dem Markt- und dem Wilhelmsplatz waren mehrstöckige Bunkeranlagen entstanden. Ganz entscheidend waren aber die vielen von der Bevölkerung eigenhändig in die Berge getriebenen Stollensysteme, so dass schließlich für insgesamt 410 000 Personen Schutzraumplätze zur Verfügung standen.

Doch die Stadt hatte noch weit mehr Menschenverluste durch Krieg und Gewaltherrschaft zu beklagen, denn mehr als 14 000 Soldaten aus Stuttgart waren an den Fronten gefallen oder in Gefangenschaft gestorben. Etwa 400 Menschen waren Opfer des NS-„Euthanasie"-Krankenmordes geworden. Ungefähr 150 Stuttgarter Einwohner sind im Widerstand ums Leben gekommen und mindestens 1 100 jüdische Mitbürger waren verschleppt oder ermordet worden.

Da die durch die Bombardements obdachlos gewordenen Personen aufs Land evakuiert worden waren, lebten in der zerstörten Stadt am Kriegsende gerade noch etwa 266 000 Menschen. Das entsprach dem Bevölkerungsstand von 1910.

Das Kriegsende

In Stuttgart amtierte seit 1933 Karl Strölin als Oberbürgermeister. Bereits am 16. März 1933 war er neben dem damaligen Oberbürgermeister Karl Lautenschlager vom Innenminister als „Staatskommissar" für Stuttgart berufen worden, bevor am 9. Mai der 65-jährige Lautenschlager seinen Sessel freiwillig räumte und Strölin durch bloße Beifallsbekundung des Gemeinderats zum Nachfolger bestimmt wurde. Strölin, als Spross einer seit Jahrhunderten in Stuttgart ansässigen Familie 1890 geboren, hatte die Offizierslaufbahn gewählt und am Ersten Weltkrieg teilgenommen. Nach seinem Ausscheiden aus der Armee 1920 studierte er Staatswissenschaft und promovierte 1923 über das Thema „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und des Mittelstandes der Stadt Stuttgart vor und nach dem Kriege". Wenig später trat er in städtische Dienste, wo er schließlich an verantwortlicher Stelle bei der Gasversorgung arbeitete.

Nach seinen eigenen Angaben war er schon 1923 der NSDAP beigetreten. Zeit seines Lebens hat er sich selbst als Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie bezeichnet. Dies hat ihn jedoch nicht daran gehindert, seit 1943 enge Kontakte zu Carl Goerdeler und Erwin Rommel zu unterhalten. Mit ihnen diskutierte er die Möglichkeiten, Adolf Hitler und seine engere Umgebung aus ihren politischen Ämtern zu entfernen, da er sie als Verräter an der nationalsozialistischen Idee empfand und nur ohne Hitler der Krieg eventuell noch vor der erwarteten Landung der Alliierten in der Normandie beendet werden kön-

ne. Als sich seine Hoffnungen zerschlugen und der Putsch vom 20. Juli 1944 misslungen war, hielt Strölin die Besetzung Stuttgarts durch alliierte Truppen für unausweichlich. Er bereitete deshalb für diesen Fall eine Notverwaltung vor, die unmittelbar nach der Besetzung der Stadt die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Energie und Wasser gewährleisten sollte. Da er davon ausging, dass sowohl die Bevölkerung als auch die Besatzungsmacht nationalsozialistische Funktionäre nicht länger akzeptieren würden, ließ er nur Personen für die Notverwaltung auswählen, die seiner Meinung nach politisch unbelastet waren. Zum Leiter der Notverwaltung berief er den Rechtsreferenten Ernst Waidelich.

Als nach einem Befehl Adolf Hitlers vom 19. März 1945 die gesamte Einwohnerschaft Stuttgarts hätte evakuiert werden sollen, konnte Strölin den Reichsstatthalter von Württemberg, Wilhelm Murr, von der Undurchführbarkeit einer solchen Aktion überzeugen, so dass diesem Befehl nicht Folge geleistet wurde. Auch dem Befehl zur Zerstörung von Industriebetrieben und Versorgungseinrichtungen für die Bevölkerung kam man in Stuttgart nicht nach. Man einigte sich auf sogenannte Lähmungsmaßnahmen, die eine schnelle Wiederaufnahme der Arbeit ermöglichten. Das oberste Ziel Strölins war, die Stadt kampflos den Alliierten zu übergeben, um weitere Verluste von Menschenleben und Zerstörungen in der Stadt zu verhindern.

Anfang April 1945 kam der Stuttgarter Rechtsanwalt Arnulf Klett, der seit 1944 bei der städtischen „Feststellungsbehörde für Kriegsschäden“ dienstverpflichtet war, als Sprecher einer Gruppe von Stuttgarter Bürgern zu Strölin. Klett brachte die Sorgen der Bevölkerung um Stuttgarts Zukunft zum Ausdruck und versuchte Strölin darin zu bestärken, die Stadt unter keinen Umständen zu verteidigen oder Versorgungsbetriebe zu sprengen. Strölin teilte die Befürchtungen Kletts und es kam in den folgenden Tagen zu mehreren Begegnungen, bei denen sie das weitere Vorgehen besprachen. Unabhängig voneinander haben Strölin und die Gruppe um Klett heimlich Kontakt zu den Franzosen aufgenommen, um diesen anzuzeigen, dass Stuttgart nicht verteidigt werden würde. Karl Strölin ging sogar so weit, den Franzosen über einen elsässischen Kurier mitzuteilen, dass Stuttgart nur nach Norden verteidigt werde und daher ein Angriff von Süden her kaum auf nennenswerten Widerstand stoßen würde, wodurch ein Blutvergießen weitgehend vermieden werden könne.[3]

Als Reichsstatthalter Wilhelm Murr am 19. April 1945 zusammen mit seiner Frau Stuttgart verließ, standen die alliierten Truppen bereits vor den Stadtgrenzen. Amerikaner und Franzosen leisteten sich ein regelrechtes Wettrennen um die Besetzung der Stadt. Da Oberbürgermeister Strölin die Sprengung der Neckarbrücken nicht hatte verhindern können, war den durch das Remstal aus östlicher Richtung anrückenden Einheiten der 100. US-Division der Übergang

über den Neckar versperrt. Glücklicherweise waren der Berger Steg und der Voltasteg unzerstört geblieben, da über sie die Leitungen der Landeswasserversorgung ins Stuttgarter Zentrum verliefen.

Während die Amerikaner die Stadtteile rechts des Neckars besetzten, drang die 5. Panzerdivision der 1. Französischen Armee am 20. April nach Plieningen und Möhringen vor. Am folgenden Tag stießen französische Soldaten bereits mit Spähtrupps in die Innenstadt vor und nahmen Kontakt zu Ernst Waidelich, dem Leiter der Notverwaltung, auf. Als am Vormittag des 22. April ganz Stuttgart in der Hand der Alliierten war, übergab Karl Strölin im Gasthaus „Ritter" in Degerloch die Stadt an die Franzosen. Da ihnen bekannt war, dass Strölin nicht nur Kontakte zu Widerstandskämpfern gehabt, sondern auch zum Tode verurteilten Elsässern das Leben gerettet hatte, ließen sie ihn im Amt und unterstellten ihm die staatliche Polizei in der Stadt. Weil das Alliierte Oberkommando jedoch angeordnet hatte, alle bisherigen Oberbürgermeister ohne Ausnahme abzusetzen, blieb Strölin nur noch einen Tag im Amt. Die Franzosen überließen ihm aber, einen Nachfolger vorzuschlagen. Seine Wahl fiel auf Arnulf Klett, der – von den Siegern ohne Widerspruch akzeptiert – sogleich die Amtsgeschäfte aufnahm.

Unter französischer Besatzung

Alle städtischen Bediensteten blieben vorläufig auf ihren Posten, um ein unkontrollierbares Chaos zu verhindern und um die Befehle der neuen Machthaber durchsetzen zu können. Bereits am 21. April hatten französische Soldaten in den Straßen der Stadt Plakate mit den wichtigsten Anordnungen angebracht. Danach durfte ab sofort kein Fahrrad mehr benutzt werden, es bestand eine Ausgangssperre von 20.00 Uhr bis 6.30 Uhr, und alle Gasthäuser, Wirtschaften sowie öffentliche Gebäude mussten geschlossen werden. Dass Waffen und Munition abzugeben waren, kann kaum verwundern. Auch die Androhung der Erschießung von 25 deutschen Männern für jeden Angriff auf einen alliierten Soldaten erschien verständlich angesichts von „Werwolf"-Gerüchten. Dass aber auch alle Rundfunkgeräte abzuliefern waren, hatte weitreichende Folgen, da es so den Alliierten unmöglich wurde, ihre Anordnungen direkt den Menschen zu übermitteln.

Die französische Besatzungsmacht gab der Stadtverwaltung unter Arnulf Klett nur wenig Spielraum für selbstständiges Handeln, obwohl ihr infolge des Zusammenbruchs höherer politischer Ebenen zunächst auch hoheitliche Aufgaben wie Post, Reichsbank und Gerichtsbarkeit übertragen wurden. Sie hatte vor allem die Anordnungen der Militärregierung auszuführen und jede selbst gefällte Entscheidung den Alliierten zur Prüfung vorzulegen.

Da die Besatzungsgrenzen noch nicht endgültig festgelegt waren und es sich bisher nur um von den jeweiligen Alliierten eroberte Gebiete handelte, kam es zwischen Franzosen und Amerikanern in den ersten Wochen zu schwerwiegenden Konfrontationen wegen Stuttgart. Die Angelegenheit führte schließlich zu einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen General Charles de Gaulle und dem neuen amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman. Anfangs hatten die Franzosen in Aussicht gestellt, Stuttgart zugunsten der Amerikaner zu räumen, doch am 29. April verwiesen sie die Amerikaner plötzlich aus der Stadt und besetzten auch die rechts des Neckars gelegenen Stadtteile. Durch zahlreiche öffentliche Ehrungen und Paraden feierten die Franzosen ihre Rolle als „Mitsieger". Am 19. Mai kam de Gaulle persönlich nach Stuttgart, wo in der Neckarstraße ein großer Truppenaufmarsch abgehalten wurde, dem sich deutsche Zivilisten nur bis maximal 200 Meter Abstand nähern durften.

Auch gegenüber der Bevölkerung zeigten sich die französischen Besatzungstruppen als Sieger, wobei sie bei Plünderungen, Racheakten und anderen Übergriffen nicht zwischen politisch belasteten Personen und Widerstandskämpfern oder politisch Verfolgten unterschieden. In den ersten Stunden der Besetzung war es zu einer so großen Zahl von Vergewaltigungen gekommen, dass US-General Devers die Franzosen noch am 22. April aufforderte, Stuttgart an die Amerikaner zu übergeben – natürlich ohne Erfolg. Einige Wochen später wurde wegen der Vorwürfe eine Untersuchung durchgeführt, die 1 198 Fälle zutage brachte.[4] Waren die psychischen Verletzungen der Frauen schon groß genug, so hätten die körperlichen Folgen für viele durchaus eine dauernde Stigmatisierung, ja sogar den Ausschluss aus gewohnten sozialen Bindungen bedeuten können. Die Ärzte und Krankenhäuser – auch konfessionell gebundene – halfen, ohne groß Aufhebens davon zu machen, dass die Folgen ausgeblieben sind.[5]

Ohne Radio war die Bevölkerung von jeder Information abgeschnitten. Das einzige Medium für Bekanntmachungen waren etwa 500 Anschlagstellen im Stadtgebiet. Von der deutschen Kapitulation erfuhren die meisten Stuttgarter nur durch das Freudenschießen der Franzosen in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai. Als am 1. Juni die erste Ausgabe der „Mitteilungen der Militärregierung für den Stadtkreis Stuttgart" – später in „Nachrichtenblatt" umbenannt – erschien, gab es wenigstens wieder eine Zeitung.

Einen Tag später, am 2. Juni 1945, gliederte die Militärregierung Fellbach verwaltungsmäßig an Stuttgart an.[6] Schon vor dem Krieg hatte Oberbürgermeister Strölin das Ziel einer Eingemeindung Fellbachs erfolglos verfolgt. Nun ging der lange gehegte Wunsch endlich in Erfüllung. Die Freude war jedoch nur von kurzer Dauer, denn wenige Wochen später gaben die Amerikaner Fellbach die Selbstständigkeit wieder zurück.

Nachdem die Grenzen der Besatzungszonen bereits am 2. Mai ganz zur Zufriedenheit der Amerikaner südlich der Autobahn Karlsruhe – Ulm festgelegt worden waren, versuchte de Gaulle immer noch dagegen zu opponieren und Stuttgart für die französische Zone zu behalten. Erst als die USA die Kohlezufuhr nach Frankreich stoppten, gab de Gaulle nach und unterzeichnete am 22. Juni das Abkommen über die Zonengrenzen.

Die Amerikaner folgen den Franzosen als Besatzer

Am 7. Juli begannen die Franzosen Stuttgart zu räumen, nachdem es noch einmal zu einer größeren Zahl von Plünderungen und Demontagen gekommen war. So hatte jeder in der Stadt lebende deutsche Mann bis zum 27. Juni 1945 eine vollständige Herrenausstattung abzuliefern – angesichts der Not vieler Ausgebombter ein beinahe menschenunwürdiger Befehl. Gleichzeitig kamen die Amerikaner in die Stadt. Am folgenden Tag um 12 Uhr wurde vor der Villa Reitzenstein und bei der Villa Weißenburg die Trikolore eingeholt und das Sternenbanner gehisst. Damit verband sich in der Bevölkerung die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage.

In seiner ersten, über Rundfunk verbreiteten Botschaft an die Stuttgarter Bevölkerung nannte Oberst William W. Dawson, der amerikanische Gouverneur der Militärregierung für Nordwürttemberg und Nordbaden, am 8. Juli als sein Hauptziel die „völlige Ausmerzung der Nationalsozialistischen Partei und aller ihrer Gliederungen“.[7] Gleichzeitig sicherte er den in der Stadt lebenden Menschen „ein bescheidenes und geordnetes Leben“ sowie die gerechte Verteilung von Lebensmitteln zu. Oberst Dawson war im Zivilberuf Rechtsanwalt und Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Cleveland in Ohio gewesen. Ihm zur Seite stand als Chef der Stuttgarter Militärregierung der erst 32-jährige Oberstleutnant Charles W. Jackson, ein Panzeroffizier, sowie als dessen Stellvertreter der um fast zwanzig Jahre ältere Edwin A. Norton, ein ehemaliger Manager.

Eine der ersten Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung war die Beschlagnahmung von 150 Wohnungen in Stuttgart.[8] Als die Soldaten ihre Familien nachholen durften, wurde ihnen versprochen, im zerstörten Deutschland gemäß US-amerikanischem Standard leben zu können. Daraufhin wurden in Stuttgart noch einmal weit über 2 000 unzerstört gebliebene Wohnungen beschlagnahmt. Im Februar 1947 war für die Stadtverwaltung die Belastungsgrenze erreicht. Man machte den Amerikanern klar, dass die Bevölkerung die Zwangsmaßnahmen nicht mehr mit dem verlorenen Krieg in Verbindung brächte, sondern darin ein Versagen der deutschen Verwaltung sähe, was letztlich die Demokratie in Misskredit bringe. Dem Problem wurde später dadurch begegnet, dass ab 1950 neben den Kasernen Wohnsiedlungen für die Familien



Am 4. Juli 1947 fand auf dem Schlossplatz aus Anlass des amerikanischen Unabhängigkeitstages eine große Truppenparade statt. Die Tribüne für die Ehrengäste war vor der Ruine des Königsbaus errichtet worden. (Foto: Hans Vetter, Stadtarchiv Stuttgart)

gebaut wurden. Wegen des Kalten Krieges in Europa wurden die letzten beschlagnahmten Wohnungen aber erst 1957 an die deutsche Bevölkerung zurückgegeben.

In einer Erklärung vom 1. August 1945 hatte Oberst Dawson unmissverständlich klargestellt, dass Deutschland als besiegtes und nicht als befreites Land behandelt werde. Auf der Gedenkmünze, die von den Amerikanern zur Erinnerung an die Besetzung Stuttgarts geprägt wurde, hatte es noch „Befreiung der Stadt am 21. April 1945“ geheißen. Einer der Gründe für den Meinungsumschwung war das Bekanntwerden des ganzen Ausmaßes der in deutschem Namen geschehenen Gräueltaten in den Konzentrationslagern.

Entnazifizierung und politischer Neubeginn

Gleich bei Kriegsende hatten sich in Stuttgart Komitees der „antifaschistischen Bewegung“ zusammengefunden, die einen völligen Neuanfang von Politik und Gesellschaft anstrebten. Sie bestanden vor allem aus sozialdemokratischen und

kommunistischen Aktivisten. Schon am 7. Mai 1945 wollten sie eine Zeitung mit dem Titel „Der Stuttgarter Aufbau“ herausgeben, was von der Militärregierung aber unterbunden wurde. Auch der neue Oberbürgermeister Arnulf Klett fürchtete eine Politisierung der Bevölkerung. Nach seiner Ansicht wäre dies in der gegenwärtigen Notsituation und angesichts der allgemeinen Politikverdrossenheit kaum den Bedürfnissen der Menschen angemessen gewesen. Die Komitees wurden daher von Klett zur Sacharbeit ermuntert und letztlich – vor allem in den Vororten – als Selbsthilfeorganisationen zur Unterstützung der Verwaltung eingesetzt. Politische Bedeutung haben sie jedoch nie erlangt.

Oberbürgermeister Arnulf Klett hatte schon früh begonnen, die Funktionäre des alten Systems aus der Stadtverwaltung zu entfernen: Am 8. Mai suspendierte er alle ehemals führenden Amtsträger von NSDAP, SA und SS vom Dienst. Wenige Tage später entließ er auch all jene Personen, die vor dem 1. April 1933 in die Partei eingetreten waren. Ausnahmen wurden nur gemacht, wenn jemand für die Verwaltung unverzichtbar war. Während der französischen Besatzungszeit wurden insgesamt etwa 550 Mitarbeiter aus der Stadtverwaltung entlassen. Unter den Amerikanern, welche die „Säuberungen“ wesentlich gewissenhafter durchführen ließen als die Franzosen, mussten noch einmal mehr als 2 000 städtische Mitarbeiter ihre Posten verlassen. Am 30. Juli 1945 wurden auch der stellvertretende Oberbürgermeister Eduard Könekamp und der von Karl Strölin bei Kriegsende zum Leiter der Notverwaltung bestellte Rechtsreferent Ernst Waidelich ihrer Ämter enthoben. Manche Dienststellen mussten in der Folge mit weniger als der Hälfte ihrer früheren Mitarbeiterzahl auskommen. Besonders im Gesundheitsamt war der Ausfall an medizinischem Personal für eine verantwortungsvolle Weiterarbeit als grenzwertig anzusehen.

Ende September 1945 war die „Entnazifizierung“ in der Stadtverwaltung und in ihren Einzelbetrieben wie Straßenbahn oder Girokasse abgeschlossen. Nun folgten die Säuberungen bei Handel und Industrie, da in geschäftlichen Unternehmungen nach einem Gesetz der Militärregierung vom 26. September 1945 jede Weiterbeschäftigung von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP oder anderer NS-Organisationen, die höhere Positionen als gewöhnliche Arbeiter bekleideten, gesetzwidrig war. Um den Grad der politischen Belastung bei jedem einzelnen festzustellen, wurden Prüfungsausschüsse und Entnazifizierungskomitees gebildet. Vorsitzender des Prüfungshauptausschusses war der frühere Oberbürgermeister Karl Lautenschlager. Die Entnazifizierung verlief nicht ohne Schwierigkeiten, da nun eine Flut von Anzeigen und Denunziationen über die Komitees hereinbrach. Gleichzeitig ließen sich politisch belastete Personen zu ihrer Entlastung „Persilscheine“ ausstellen. Zuletzt kam es immer wieder vor, dass frühere Funktionäre als „unbelastet“ und harmlose Parteigenossen als „belastet“ eingestuft wurden.

Insgesamt empfanden viele Bürger die Verfahren als ungerecht. Die amerikanische Strenge und Kompromisslosigkeit in diesen Fragen hatten zeitweise sogar kontraproduktive Auswirkungen. So kursierte in Stuttgart der Spruch: „Lieber Ami gib uns was zu essen, sonst können wir unseren Führer nicht vergessen." Auch wurde geäußert, „so wie früher die Juden" seien „jetzt die Nazis an allem Schuld". Als am Morgen des 2. Oktober 1945 auf dem Bahnhofsturm die Hakenkreuzfahne wehte und einige Zeit später Pro-Hitler-Plakate entdeckt wurden, waren dies untrügliche Zeichen für eine große Unruhe innerhalb der Bevölkerung.

Im Oktober 1945 stellten die Amerikaner eine ständig zu ergänzende Liste von Personen auf, die „die Möglichkeit ihrer Betätigung auf irgendeinem Gebiet des Kulturwesens in der amerikanisch besetzten Zone festlegt". Es gab eine „schwarze", „graue" und eine „weiße" Liste, in welche die infrage kommenden Leute nach Verhören, Gegenüberstellungen und einer schriftlichen Befragung eingetragen wurden.[9] In die „weiße Liste" für die politisch zuverlässigen und für führende Stellungen befähigten Personen wurde in jeder Stadt eine unterschiedlich große Zahl von Namen aufgenommen. In Stuttgart lebte mit etwa neunzig Namen die bei weitem größte Anzahl der „neuen Elite". Frankfurt hatte nur zwölf und München gar nur drei Namen aufzuweisen.[10]

Im März 1946 wurde die Entnazifizierung mit dem „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" ganz in die Hände der deutschen Länderregierungen gelegt. Die Beweisaufnahme, die Einstufung und die Aburteilung waren nun genau geregelt. Bis zum 28. April waren Meldebögen bei der Polizei abzugeben, die dann von einem öffentlichen Ankläger vorsortiert wurden. Insgesamt gingen in Stuttgart 253 000 Bögen ein; im Laufe des Jahres stieg die Zahl wegen des Bevölkerungszuzugs auf 360 000. Da das Gesetz in der französischen Zone nicht galt, gingen viele Beamte und Angestellte, die wegen ihrer früheren Tätigkeit eine Verurteilung fürchten mussten, nach Südwürttemberg. Besonders belastete Personen wurden von den 14 im Stadtgebiet eingerichteten Laiengerichten, den sogenannten Spruchkammern, vernommen und abgeurteilt. Auch Ministerpräsident Reinhold Maier wurde als „belastet" eingestuft, da er 1933 im Reichstag dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte. Das Verfahren gegen ihn wurde jedoch am 13. Mai 1947 nach heftigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit – weil „nicht betroffen" – eingestellt. Die Entnazifizierung[11] kam in den frühen 1950er Jahren zum Erliegen, vor allem, weil die Menschen im beginnenden Wirtschaftswunder wieder Perspektiven hatten. Die Vergangenheit spielte zu dieser Zeit keine große Rolle mehr.

Erste Schritte in die Demokratie

Bereits Anfang Mai 1945 wurden die früher der SPD beziehungsweise dem Zentrum angehörenden einstigen Gemeinderäte Alois Miller und Johannes Groß von Arnulf Klett mit dem Aufbau einer Gemeindevertretung beauftragt, obwohl noch immer ein striktes Verbot politischer Betätigung bestand. Die Grundlage für die Zusammensetzung des Gremiums sollten die Ergebnisse der Gemeinderatswahlen der Jahre 1928 und 1931 sein. Schließlich stellte man eine Liste mit 32 Namen von Personen zusammen, die zumeist den demokratischen Parteien der Weimarer Republik angehört hatten. An eine offizielle Anerkennung durch die Militärregierung war jedoch vorläufig nicht zu denken.

Erst als von den Alliierten auf der Potsdamer Konferenz die Zulassung politischer Parteien in Deutschland beschlossen wurde, stimmte die Militärregierung am 18. August der Bildung eines „Vorbereitenden Ausschusses" zu, in dem Vertreter der christlichen Konfessionen, der Gewerkschaft sowie der fünf vor 1933 im Gemeinderat vertretenen Parteien saßen. Der daraus hervorgegangene 36-köpfige „Gemeindebeirat", der bis zur Wahl eines Gemeinderats der Stadtverwaltung beratend zur Seite stehen sollte, konstituierte sich am 12. Oktober. Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehrere Parteien neu gegründet – darunter die SPD, die KPD und die liberale DVP (Demokratische Volkspartei) – und am 1. Oktober offiziell zugelassen worden. Die Christlich-Soziale Volkspartei (CSVP), die später in der CDU aufging, kam wenige Wochen später hinzu. Während die SPD bis Ende Oktober bereits 1 500, die KPD sogar 1 900 Mitglieder verzeichnen konnte, hatte es die DVP gerade mal auf 79 gebracht.[12] Diese Zahlen täuschen jedoch über die tatsächlichen Machtverhältnisse hinweg, denn die Liberalen besaßen in der Stadtverwaltung traditionell großen Einfluss. So war seit 20. August 1945 der liberale Rechtsanwalt Wolfgang Haußmann als Nachfolger des entlassenen stellvertretenden Oberbürgermeisters Eduard Könekamp im Amt.

Bald machte sich unter den Mitgliedern des Gemeindebeirats aber Unmut breit, da der Stuttgarter Stadtkommandant Oberstleutnant Jackson die Art und Weise, wie die ersten Sitzungen verlaufen waren, scharf kritisierte.[13] Er glaubte, den schon in der Weimarer Republik politisch aktiv gewesenen Volksvertretern Nachhilfe in Demokratie erteilen zu müssen. Auch die Haltung Kletts, der wenig Wert auf die Beteiligung des Beirats in Sachfragen legte und daher das Gremium nur selten einberief, erzürnte die Mitglieder so sehr, dass einzelne überlegten, ihr Mandat zurückzugeben. Das Ziel Kletts war es, die im Aufbau begriffene Verwaltung bis zur Wahl des ersten Gemeinderats möglichst effizient und straff zu führen. Der Unterstützung durch den amerikanischen Stadtkommandanten, vor dem er am 8. Oktober 1945 einen Amtseid abgelegt hatte, konnte er dabei



Am 8. Oktober 1945 leistete Oberbürgermeister Arnulf Klett seinen Amtseid vor dem Stadtkommandanten der amerikanischen Militärregierung, Oberstleutnant Charles W. Jackson (links), und dessen Stellvertreter, Major Edwin A. Norton (rechts), obwohl er der Stuttgarter Stadtverwaltung bereits seit 23. April vorstand. (Foto: Otto Maier, Stadtarchiv Stuttgart)

sicher sein. Kontinuität, nicht Umwälzung oder Chaos war das Ziel in der Stadt, deren Einwohnerzahl nun wieder auf 325 000 angewachsen war.

Ein wichtiger Markstein auf dem Weg zu einer Selbstverwaltung Stuttgarts war die Entscheidung der US-Regierung, die direkte Einflussnahme der Militärregierungen auf der kommunalen Ebene zum 15. November 1945 aufzuheben, was allerdings in Stuttgart erst einen Monat später in die Tat umgesetzt wurde. Nun waren der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung gegenüber der am 24. September von den Amerikanern eingesetzten Regierung des neuen Landes Württemberg-Baden verantwortlich. Die Militärregierung hatte jetzt nur noch Überwachungsaufgaben zu erfüllen, was einen drastischen Personalabbau zur Folge hatte. Dementsprechend wurden die „Mitteilungen der Militärregierung für den Stadtkreis Stuttgart“ am 14. März 1946 in „Amtsblatt für den Stadtkreis Stuttgart“ umbenannt. Das Land Württemberg-Baden bestand aus den zur amerikanischen Besatzungszone gehörenden nördlichen Teilen der früheren Länder Baden und Württemberg. Ministerpräsident wurde der württembergische Wirtschaftsminister von 1930 bis 1933, der Liberale Reinhold Maier; Kultminister wurde der spätere erste Bundespräsident Theodor Heuss.[14]

Die ersten allgemeinen Gemeinderatswahlen fanden am 26. Mai 1946 statt und 78,8 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab – ein hoffnungs-

volles Zeichen für das Ende von politischer Lethargie und mangelndem Demokratiebewusstsein, die zahlreiche Politiker seit dem Kriegsende immer wieder beklagt hatten. Stärkste Fraktion wurde mit 17 Sitzen die SPD. Die CDU erhielt zwölf, die DVP zehn, die KPD sechs und die Freien Wähler drei Sitze. Damit erst begann im Stuttgart der Nachkriegszeit demokratisch-politisches Handeln im eigentlichen Sinne. Gleich in der zweiten Sitzung kam es zu wichtigen Personalentscheidungen, denn es standen die Wahlen des Oberbürgermeisters und seines Stellvertreters auf der Tagesordnung. Der parteilose Arnulf Klett konnte sich mit 26 Stimmen gegen seinen Gegenkandidaten von der SPD, Rudolf Gehring, durchsetzen, der 21 Stimmen erhielt. Sehr viel knapper fiel die Entscheidung beim Stellvertreterposten aus. Der bisherige Amtsinhaber, der Liberale Wolfgang Haußmann, unterlag mit 22 Stimmen dem Finanzreferenten Josef Hirn von der SPD, der 24 Stimmen auf sich vereinigen konnte. Klett und Hirn bildeten nun für fast zwei Jahrzehnte ein sich bewährendes Duo an der Spitze der Stadtverwaltung, obwohl beide Männer bei der ersten allgemeinen Wahl des Oberbürgermeisters am 7. März 1948 gegeneinander angetreten sind. Arnulf Klett wurde dabei mit 53,9 Prozent der Stimmen bei gerade einmal knapp 58 Prozent Wahlbeteiligung im Amt bestätigt.

Als das württemberg-badische Staatsministerium am 20. Dezember 1946 mit Zustimmung der Militärregierung das Gesetz über die Anwendung der Deutschen Gemeindeordnung verabschiedete, kehrte man endgültig zu den vor 1933 herrschenden demokratischen Normen auf kommunaler Ebene zurück. Das von den Nationalsozialisten 1933 in der Gemeindeverwaltung eingeführte Führerprinzip gehörte damit endgültig der Vergangenheit an.

Trümmerbeseitigung und Wiederaufbau

Bei Kriegsende lagen in den Straßen der Stadt etwa 4,9 Millionen Kubikmeter Schutt. Vordringliche Aufgabe war die Trümmerbeseitigung. Bereits Mitte Mai 1945 waren die Hauptverkehrsstraßen soweit freigeräumt, dass der Straßenbahnverkehr in begrenztem Umfang wieder aufgenommen werden konnte. Da der Stuttgarter Hauptbahnhof und die Gleisanlagen schwer zerstört waren, musste der Bahnhof Kornwestheim für etwa ein Jahr die Funktion des zentralen Knotenpunkts für die Region Stuttgart übernehmen. Der Zugverkehr nach Mannheim war schon am 6. Mai möglich, die Strecke nach Ulm folgte nach der Instandsetzung des Viadukts bei Münster am 10. Mai. Die Gleise in Stuttgart wurden nach und nach wieder befahrbar gemacht, so dass wenigstens Vorortzüge verkehren konnten. Erst im Sommer 1946 aber war wieder von einem einigermaßen intakten Zugverkehr im Raum Stuttgart zu sprechen.

Einen ersten Aufruf zur freiwilligen und auf Eigeninitiative basierenden Trümmerbeseitigung ließ Oberbürgermeister Klett am 29. Mai 1945 per Maueranschlag über die ganze Stadt verteilen. Ferner sollten sich 2 500 Männer zur Straßenräumung bei der Stadtverwaltung melden. Wichtig war auch, aus den Trümmern die noch zu verwertenden Materialien herauszulesen. In einem Aufruf vom 29. August 1945 wurde dazu aufgefordert, „die guten Steine auszulesen, zu putzen und in geordneten Haufen innerhalb der Grundstücke aufzusetzen“. Alle Trümmer von auf Erdbodenniveau zerstörten Gebäuden wurden von der Stadt beschlagnahmt, um sie einer Wiederverwertung zuzuführen. Der Abtransport erfolgte überwiegend an den Wochenenden, da nur zu dieser Zeit Lastwagen von anderen Einsätzen frei verfügbar waren.

Nachdem die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sichergestellt war, konnte im Herbst 1945 mit den Aufräumarbeiten begonnen werden. Bei der ersten Aktion am 30. September machten alle Beamten und Angestellten



Der Abtransport der Trümmermassen aus den Straßen Stuttgarts erfolgte seit 1946 durch eine Trümmerbahn, deren einfache Gleise ohne großen Aufwand entsprechend dem Fortgang der Arbeiten verlegt werden konnten. Das Bild zeigt die Trümmerbeseitigung in der Kirchstraße, im Hintergrund ist das Rathaus zu sehen. (Foto: Stadtarchiv Stuttgart)

der Stadtverwaltung sowie der Städtischen Ämter mit – auch der Oberbürgermeister mit seinem zehnjährigen Sohn. Auf Befehl der Militärregierung wurden ehemalige Parteigenossen dazu verpflichtet, vier – später sechs – Wochen lang gegen den Lohn eines Hilfsarbeiters in der Trümmerbeseitigung zu arbeiten.

Im Frühjahr 1946 baute man schließlich eine Trümmerbahn, welche den Schutt zu einem Auffüllplatz am Neckarufer zwischen Wangen und Gaisburg transportierte. Auch die Straßenbahn wurde zum Trümmertransport eingesetzt. Gleichzeitig richtete man in der Stadt sogenannte Trümmerverwertungswerke ein, wo die noch brauchbaren Materialien sortiert wurden. Im Endausbau verfügte die Trümmerbahn über zwanzig Gleiskilometer, 446 Kipploren und 28 Lokomotiven. Bis Ende 1947 waren so über 700 000 Kubikmeter Schutt abtransportiert.

Um der Bevölkerung Anhaltspunkte über Wiederaufbaumaßnahmen zu geben, wurde Ende Mai 1947 in der Ruine des Marstallgebäudes an der Königstraße die Ausstellung „Baustoffe aus Trümmern“ eröffnet. Gezeigt wurden die Trümmeraufbereitung, Verwertungsmethoden, Dach- und Deckenkonstruktionen sowie die Verwendungsmöglichkeiten der aus Trümmern hergestellten Bausteine.

Da viele Menschen noch unter unwürdigsten und primitivsten Bedingungen in Kellern und Ruinen hausen mussten, galt die größte Sorge der Stadtverwaltung der Instandsetzung und der Schaffung von Wohnraum. Zu diesem Zweck nahm am 1. September 1945 das Instandsetzungsamt die Arbeit auf. Bis zum Jahresende konnten bereits fast 4 000 Wohnräume wieder benutzbar und etwa 5 000 Wohnungen winterfest gemacht werden. Auch von privater Seite gab es Initiativen zum Wiederaufbau, wie die bis Ende Dezember 1945 mehr als 1 000 eingereichten Baugesuche zeigen. Im folgenden Jahr konnten noch einmal knapp 30 000 Wohnräume von der Stadt wiederhergestellt und 18 000 bereits bewohnte Wohnungen wetterfest gemacht werden. Obwohl die Schaffung von Wohnraum erfolgreich weitergeführt werden konnte, lebten 1949 in den 16 Stuttgarter Bunkeranlagen noch etwa 1 750 Menschen. In nur wenigen Monaten Bauzeit wurden daher im Hallschlag fünf Wohnhäuser mit zusammen 95 Wohnungen als erste Versuchsbauten mit verschiedenen Baustoffen hergestellt. Im Oktober 1949 fand in zehn dieser Wohnungen eine Möbelausstellung für die Bevölkerung statt.

Obwohl seit 1945 eine Zuzugssperre für Stuttgart bestand, kamen unaufhörlich Auswärtige in die Stadt. Die meisten Evakuierten hatte man schon 1946 wieder aufgenommen; bis Ende April 1947 kamen dazuhin noch 13 708 Flüchtlinge nach Stuttgart. Die Einwohnerzahl stieg daher bis Ende 1947 auf 443 095 Personen an. 1949 kamen jeden Monat 1 000 bis 1 500 Menschen, darunter vor allem heimkehrende Kriegsgefangene und weitere Flüchtlinge. Außer in Bun-



In den ausgeglühten Mauern des ehemaligen Königlichen Marstalls wurde am 31. Mai 1947 die Ausstellung „Baustoffe aus Trümmern" eröffnet. Damit wollte die Stadtverwaltung die Menschen dazu ermuntern, den Wiederaufbau – wenn auch mit einfachsten Mitteln – mutig anzugehen. (Foto: LMZ Baden-Württemberg)

kern lebten noch mehrere tausend Personen in Barackenlagern am Rande der Stadt. Insgesamt waren am Jahresende 1949 rund 45 000 Wohnungssuchende beim Wohnungsamt registriert.

Der Wohnungsbau in großem Stil setzte 1950 ein. Vor allem in den Vororten wurden nun ganze Siedlungen in Angriff genommen, so in Zuffenhausen auf einem ehemaligen Exerzierplatz, wo Wohnraum für insgesamt 18 000 Menschen entstehen sollte, die zum Teil im Flüchtlingslager „Schlotwiese" untergebracht waren.

Offiziell konnte die Trümmerbeseitigung am 31. Oktober 1953 abgeschlossen werden. Insgesamt hatte man fast fünf Millionen Kubikmeter verarbeitet oder auf Deponien geschafft. Alte Steinbrüche, Klingen und ähnliche Geländeeinschnitte waren aufgefüllt worden und hatten punktuell die Stadttopographie verändert. Nicht nur als Schutthalde, auch zur Mahnung an künftige Generationen wurde der zuvor 471 Meter hohe Birkenkopf mit den Trümmern der zerstörten Stadt um vierzig Meter aufgeschüttet. Der jetzt 511 Meter hohe, durch ein Holzkreuz weithin sichtbar markierte Berg bietet noch heute einen großartigen Rundblick auf die wiedererstandene Stadt und ist an hohen Feiertagen



In den ersten Monaten hausten noch viele Menschen buchstäblich in einer Trümmerwüste. An trockenen Tagen hat diese Frau in der Rotebühlstraße auf dem Schutt ihres zerstörten Geschäfts einen improvisierten Verkaufsstand aufgeschlagen. (Foto: Stadtarchiv Stuttgart)

Ort von Freiluftgottesdiensten. In der Bevölkerung erhielt er schon bald den Namen „Monte Scherbelino".

Wiederaufbauplanung

Schon während der Herrschaft der Nationalsozialisten hatte es Überlegungen zur großzügigen Umgestaltung Stuttgarts gegeben. Die Planungen sahen nicht nur zahlreiche Großbauten im Stadtzentrum und auf den umgebenden Höhen vor. Auch das Verkehrsnetz sollte völlig neu als Ringstraßensystem gestaltet werden. Erste Abbrüche zur Durchführung der Absichten fanden bereits 1938/39 in der Holzstraße statt.[15]

Nach den verheerenden Luftangriffen im Sommer 1944 beauftragte Reichsstatthalter Wilhelm Murr den Architekten Wilhelm Tiedje mit der Ausarbeitung eines Wiederaufbauplans. Oberbürgermeister Strölin, der den Auftrag im No-

vember offiziell an Tiedje vergab, vertrat damals die Meinung, Stuttgart müsse als „Stadt der Gärten, des Obst- und Weinbaus“ sowie als „Badestadt“ herausgestellt werden. Der Verlauf des Krieges verhinderte die weitere Konkretisierung dieser Überlegungen.

Schon im Mai 1945 hatte Oberbürgermeister Arnulf Klett den Architekten Eugen Mertz als Referent für Stadtplanung und Aufbau berufen. Um selbst in die beginnende Diskussion über die Art und Weise des Wiederaufbaus einzugreifen, referierte Mertz am 25. Oktober 1945 seine Idee von einer Kur- und Badestadt Stuttgart. Danach sollte das in Berg und Bad Cannstatt austretende Mineralwasser über ein Röhrensystem zum Schlossplatzbereich geleitet werden. Das Neue Schloss sollte Kurhotel, die Hohe Carlsschule Kurmittelhaus und das Kunstgebäude zur Trinkhalle ausgebaut werden. Große Resonanz fanden die Überlegungen nicht. Stattdessen schrieb die Stadt am 24. November 1945 einen „Ideenwettbewerb zur Ausgestaltung der Altstadt“ aus, bei dem 112 Entwürfe eingingen und drei zweite Preise vergeben wurden. Es war dies der erste derartige Wettbewerb in einer deutschen Stadt nach den Zweiten Weltkrieg. Zu einer Veröffentlichung der Wettbewerbsergebnisse kam es nicht, weil mehrere der eingereichten Arbeiten von politisch belasteten Architekten stammten. Schließlich wurden die Entwürfe ohne Nennung der Architektennamen öffentlich ausgestellt.[16] Da einige der eingereichten Entwürfe keine Rücksicht auf die bestehenden Grundstücksgrenzen genommen hatten, entspann sich eine heftige Diskussion über das Recht auf Eigentum in der zerstörten Stadt. Selbst Paul Schmitthenner empfand das Festhalten an den Eigentumsverhältnissen als eine nicht zu verantwortende Einschränkung der Planungsfreiheit. In der Hauptstadt der „Schwäbischen Häuslesbauer“ war eine Grundstücksumlegung oder eine Enteignung jedoch völlig undenkbar.

Noch während des Wettbewerbs war Eugen Mertz im Zuge der Entnazifizierung aus der Stadtverwaltung ausgeschieden. Eine von ihm berufene Arbeitsgruppe „Stadtplanung und Verkehr“ beschäftigte sich seit Sommer 1945 unter der Leitung des Verkehrsplaners Carl Pirath mit der Zukunft Stuttgarts. Für die Stadtplanung zeichnete in der Arbeitsgruppe Wilhelm Tiedje verantwortlich, der auf seine früheren Überlegungen zurückgreifen konnte. Im Februar 1946 lagen die Ergebnisse vor, die im Wesentlichen auf die Verkehrsplanungen der Nazizeit zurückgriffen. Fast zynisch klang in der Denkschrift der Satz, dass die Zerstörungen „auf ihre Weise Möglichkeiten zur Beseitigung der Mängel im Stadtkörper geschaffen haben, wie sie vom rein planerischen Standpunkt aus kaum günstiger geboten werden könnten“.[17] In der erarbeiteten Denkschrift forderte das Gremium, die dichte Bebauung der in den Talkessel eingezwängten Stadt aufzugeben und eine von Grünzonen aufgelockerte weniger enge Struktur anzustreben. Als wesentliches Element wurde der später tatsächlich verwirk-

lichte Planiedurchbruch im Rahmen eines großzügigen Verkehrsnetzes vorgeschlagen.

Letztlich gab es in Stuttgart – wie in anderen Städten auch – zwei gegensätzliche Meinungen bei der Diskussion des Wiederaufbaus. Die einen sahen in den Zerstörungen eine Chance zur Planung ohne Rücksicht auf die Zeugen der Vergangenheit, um eine die Demokratie verkörpernde neue Stadt zu schaffen. Die anderen wollten am Bisherigen festhalten und das Zerstörte auf den alten Grundrissen wieder aufbauen. In Stuttgart ist letztlich ein Kompromiss zur Ausführung gekommen, der abgesehen von der weitgehenden Übernahme der nationalsozialistischen Verkehrsplanung ein modernes Stadtbild auf den historischen Grundrissen verwirklicht hat.

Ein wichtiger Schritt hin zum Wiederaufbau war die Gründung der „Zentrale für den Aufbau der Stadt Stuttgart“ (ZAS) Anfang Mai 1946. Sie war zuständig „für alle mit dem Aufbau der Stadt zusammenhängenden städtebaulichen und bautechnischen Aufgaben, insbesondere für die Beseitigung der Kriegsschäden“. Die Verantwortlichkeit der ZAS war weitreichend, denn in ihren Bereich fielen auch die Erstellung von Aufbauplänen, die Beurteilung von Baugesuchen, die Gestaltung des Bau- und Bodenrechts, der Wohnungsbau und vieles andere mehr. Der Einfluss auf die künftige Gestalt Stuttgarts war umfassend.

Zum Leiter der ZAS wurde der Architekt Richard Döcker berufen. In einer Grundsatzrede vor der Technischen Abteilung des Gemeinderats betonte er die hohe Verantwortung, die von den Planungen verlangt würde, da das Bild Stuttgarts sich nicht nur aus den Straßenansichten, sondern auch durch den Blick von den umgebenden Höhen ergebe. Nach seiner Meinung war es ein wichtiges Ziel der Überlegungen, Stuttgart als Gesamtkunstwerk wiedererstehen zu lassen. Angesichts der vorrangigen Probleme, Wohnraum zu schaffen und die Trümmer aus der Stadt zu schaffen, waren solche Forderungen ohne praktische Bedeutung. Döcker blieb nur wenige Monate auf seinem Posten an der Spitze der ZAS und wechselte zu Beginn des Jahres 1947 auf den Lehrstuhl für Städtebau der Technischen Hochschule Stuttgart.

Sein Nachfolger wurde am 27. Februar 1947 Walther Hoss, der bisherige Stellvertreter Döckers. Als ersten Teil der Generalplanung legte Hoss im Sommer desselben Jahres den auf Vorschlägen Piraths beruhenden Verkehrsgerippeplan vor, der am 29. Juli 1947 vom Gemeinderat einstimmig verabschiedet wurde. Am 26. Mai 1948 billigte der Gemeinderat schließlich die ausgearbeitete Generalplanung. Darin war eine Untergrundschnellbahn vom Hauptbahnhof über den Marienplatz nach Vaihingen sowie die schon seit 1939 diskutierte Verlegung des Sackbahnhofs als Durchgangsbahnhof an den Rosensteinpark vorgesehen. Die geplanten Straßendurchbrüche, darunter der unter Opferung des Kron-

prinzenpalais geplante Planiedurchbruch sowie zwei große Verkehrsachsen für den Durchgangsverkehr,[18] basierten auf den Planungen der Nationalsozialisten[19] und wurden in den folgenden beiden Jahrzehnten nahezu unverändert verwirklicht. Das damalige Leitbild des Städtebaus war die Schaffung von großzügigen Verkehrsräumen für die autogerechte Stadt. Für das Erscheinungsbild Stuttgarts wurde das aus der Bauhaus-Tradition kommende und von der ZAS vehement propagierte Flachdach zum bestimmenden Faktor.

Ist Denkmalpflege wichtig?

Die meisten Bestände der Museen, Bibliotheken und Archive waren während des Krieges an einen sicheren Ort ausgelagert worden. Es waren dies die Salzbergwerke im Raum Heilbronn, auf dem Land gelegene Schlösser und Klöster sowie der noch unfertige Wagenburgtunnel in Stuttgart. Die in den Gebäuden in Stuttgart verbliebenen Bestände wurden zumeist ein Raub der Flammen. So hat die Württembergische Landesbibliothek äußerst schmerzliche Verluste erlitten. Besonders tragisch ist der Fall des Stuttgarter Stadtarchivs und der städtischen Kunstsammlung, die beide nach Schloss Löwenstein verlagert waren. Der als sicher eingeschätzte Ort geriet jedoch in den letzten Kriegstagen beim Vorrücken der amerikanischen Truppen unter Beschuss, wodurch das Schloss mit dem gesamten historischen Archiv der Stadt Stuttgart sowie einem Großteil der Kunstsammlung völlig vernichtet wurde.[20]

Zur Sicherung und Rückführung der ausgelagerten Bestände, aber auch zur Rettung von Kunst- und Kulturdenkmälern in der zerstörten Stadt berief die amerikanische Militärregierung Ende August 1945 eine Kunstkommission, die zunächst aus 25 ehrenamtlichen Mitgliedern bestand. Später ging der Vorsitz an Gustav Wais über, der zeitweise auch Leiter des Landesamts für Denkmalpflege war. Ihm und Oberbaurat Hans Speidel ist es im Wesentlichen zu verdanken, dass aus den Trümmern eine ganze Anzahl von Kunstwerken gerettet worden sind. Dazu zählen Epitaphien, Denkmäler sowie Skulpturenschmuck und Fassadenteile von historisch bedeutsamen Gebäuden. Diese Zeugen der Stuttgarter Geschichte wurden im Städtischen Lapidarium aufgestellt, das im Juli 1950 auf Anregung von Gustav Wais im Garten der Villa Ostertag-Siegle am Südabhang der Karlshöhe eröffnet werden konnte.

Bei der Auseinandersetzung um die Wiederherstellung historischer Gebäude hatte die Kunstkommission allerdings nur wenig Erfolg. Der Neugestaltung der Stadt im Rahmen des Generalplanes der ZAS standen historische Bauten nur im Weg. Bedenkenlos wurden die Ruinen der mittelalterlichen Klosterhöfe oder des mit der Gründung der Stadt verbundenen Stuthauses abgeräumt. Ein besonders heftiger Streit tobte um die Erhaltung des Alten Steinhauses in der

inzwischen verschwundenen Grabenstraße. Der noch aus dem 13. Jahrhundert stammende Wohnturm war zwar ausgebrannt, jedoch wiederaufbaufähig. Nach jahrelangen Diskussionen fiel die Ruine 1953 für ein paar Parkplätze der Spitzhacke zum Opfer.[21] Der sowohl in der Politik wie in den Medien mit großer Schärfe ausgetragene Kampf um Abbruch oder Wiederherstellung des Neuen Schlosses konnte erst 1957 zugunsten der einstigen Residenz der württembergischen Herzöge und Könige entschieden und der Aufbau in Angriff genommen werden.[22]

Der Alltag normalisiert sich

Nachdem bereits seit Sommer die Militärregierung eine Zeitung herausgab, folgte am 18. September 1945 mit der „Stuttgarter Zeitung" die erste – allerdings zunächst nur mittwochs und samstags – regelmäßig erscheinende Zeitung. Die „Stuttgarter Nachrichten" gaben erst über ein Jahr später, am 1. November 1946, ihre Nummer 1 heraus. Auch der Rundfunk sendete wieder seit dem 3. Juni 1945, zunächst jedoch noch aus einem Übertragungswagen, der in der Einfahrt des Funkhauses abgestellt war. Am 20. August wurde der Postverkehr wieder



Im November 1946 erscheint die erste Ausgabe der „Stuttgarter Nachrichten" unter der Lizenz der amerikanischen Militärregierung. Herausgeber waren Henry Bernhard, Otto Färber und Erwin Schoettle, hier mit Oberst Dawson. (Foto: LMZ Baden-Württemberg)

aufgenommen, neun Tage später konnte man wieder telefonieren, jedoch vielfach nur theoretisch, weil die Franzosen 16 000 Telefonapparate in Stuttgart abmontiert und konfisziert hatten.

Auch die Bildungseinrichtungen begannen bald wieder zu arbeiten, obwohl die meisten Schulgebäude zerstört waren. Häufig in notdürftig hergerichteten und äußerst beengten Räumlichkeiten wurde am 1. Oktober 1945 der Unterricht vor allem an den Volks-, Haupt- und Mittelschulen wieder aufgenommen. Die höheren Klassen der Gymnasien folgten zwei Monate später. Da viele Lehrer entweder der Partei angehört hatten, andere gefallen oder in Gefangenschaft waren, wurden die Schulstunden oft von längst pensionierten Kräften gehalten – häufig sogar ohne Unterrichtsmaterialien.

Um die Jahreswende 1945/46 wurde der Lehrbetrieb an den Hochschulen wieder aufgenommen. Als erste begann die Landwirtschaftliche Hochschule in ihren überwiegend unzerstört gebliebenen Gebäuden in Hohenheim mit dem Unterricht am 11. Dezember 1945. Die Technische Hochschule im Stadtzentrum folgte am 19. Januar und die Musikhochschule am 1. Februar 1946. Am 21. Februar konnte auch die Württembergische Landesbibliothek ihre Pforten wieder öffnen, obwohl ein erheblicher Teil ihres Bestandes den Flammen zum Opfer gefallen war.

Für die Bevölkerung war es ein wichtiges Symbol der Hoffnung, dass bereits 1945 wieder ein Weihnachtsmarkt auf dem Schillerplatz abgehalten wurde. Gleichzeitig ließ die Versorgungslage noch sehr zu wünschen übrig. So waren beispielsweise die Stuttgarter Textil- und Schuhgeschäfte erst seit 13. August 1945 wieder geöffnet. Einkaufen konnte man aber wegen des geringen Angebots nur mit Bezugscheinen. Auch Lebensmittel gab es nur auf Karten und streng kontingentiert. Der absolute Tiefpunkt der Lebensmittelzuteilung war unmittelbar nach Kriegsende. Im Mai 1945 standen einem Erwachsenen nur 852 Kalorien täglich als Lebensmittelration zu. Angesichts der zur Mangelernährung hinzukommenden psychischen und körperlichen Belastung der Menschen ist es kaum verwunderlich, dass der Gesundheitszustand der Stuttgarter in jener Zeit sehr zu wünschen übrig ließ. Die Versorgungslage verschlechterte sich 1946 noch einmal derart, dass im Herbst 1946 zur Vermeidung von dauerhaften Gesundheitsschäden durch Mangelernährung mit Spenden aus der Schweiz, aus Irland und aus den USA die „Schülerspeisung“ eingeführt wurde.

Wegen Kohlenmangels musste im Winter zeitweise der Schulunterricht ausfallen; die städtischen Badeanstalten wurden geschlossen. Da das durch den Krieg geschädigte Stromnetz unter Spitzenbelastung zusammenzubrechen drohte und für die Erneuerung kein Material zur Verfügung stand, durften elektrische Geräte nur stundenweise benutzt werden. Bei Kohlenmangel wurde der Strom sogar an zwei Tagen in der Woche ganz abgeschaltet und die Menschen waren darauf angewiesen, mit Holz zu heizen und zu kochen. Die bereits

im Oktober 1944 eingestellte Gasversorgung konnte – wenn auch streng rationiert – zu Beginn des Jahres 1946 wieder aufgenommen werden.

Dieser allgemeine Mangel begünstigte nicht nur die sogenannte „Ruinenkriminalität", das heißt der Diebstahl und das Plündern in zerstörten Häusern und Grundstücken. Auch der Schwarzhandel, der vor allem von während des Krieges verschleppten Ausländern, sogenannten Displaced Persons (DP), bedient wurde, blühte auf. Im Juni 1945 lebten beispielsweise 15 000 ausländische DPs in der Stadt. Sie waren teilweise als Zwangsarbeiter aus den von deutschen Truppen besetzten Ländern nach Deutschland gebracht worden und stammten zum Beispiel aus Polen, Russland und der Ukraine, aber auch aus dem Baltikum und aus Armenien. Die zahlenmäßig größte Gruppe waren Juden aus Polen, die im KZ Vaihingen/Enz von den Alliierten befreit worden waren. Die DPs waren zum Teil in Lagern oder in beschlagnahmten Wohnungen untergebracht, die erst zu Beginn der 1950er Jahre wieder geräumt wurden.

Stuttgart war das Zentrum dieser illegalen Schattenwirtschaft in Nordwürttemberg und die illegalen Märkte waren entsprechend frequentiert. Besonders im Sommer 1945 war der Schwarzmarkt auf dem von Schuttbergen umgebenen Stuttgarter Marktplatz so gut besucht, dass sich zeitweise über tausend Menschen – Händler und Käufer – dort aufhielten. Bei Razzien durch die deutsche Polizei kam es nicht selten zu tätlichen Angriffen der Händler, die erklärten, die Polizei habe ihnen nichts zu sagen. Verletzte Polizisten waren an der Tagesordnung. Schließlich erfolgten die Kontrollen nur noch in Begleitung von amerikanischer Militärpolizei. Ein Zentrum des Schwarzhandels wurde die obere Reinsburgstraße im Stuttgarter Westen, wo die Häuser nur verhältnismäßig geringe Beschädigungen erlitten hatten. Im September 1945 haben die Amerikaner dort 34 mehrgeschossige Mietshäuser beschlagnahmt und in ihnen Displaced Persons untergebracht. Es waren vorwiegend verschleppte Russen und Polen sowie Juden. Tabakwaren, Bekleidung und Schmuck waren die Währungen zum Kauf von Lebensnotwendigem. Für ein Pfund Butter bzw. ein halbes Pfund Kaffee musste man 250 Reichsmark oder mit einem Zentimeter einer goldenen Uhrenkette bezahlen. Angebot und Nachfrage bestimmten den Preis, der teilweise um das 10 000fache über dem staatlich verordneten Höchstpreisgebot lag. Schließlich setzte sich die „Zigarettenwährung" durch, weshalb das Auflesen von Kippen von der Straße bares Geld bedeuten konnte.

Um dem Schwarzmarkt den Boden zu entziehen, richtete man in Stuttgart im August 1945 Tauschzentralen für Gegenstände des täglichen Bedarfs ein. Das Modell machte bald in der gesamten amerikanischen und britischen Zone Schule, konnte aber den Schwarzhandel nur unwesentlich eindämmen. Erst die Währungsreform im Juni 1948 machte dem Schwarzhandel ein Ende, da es nun das meiste wieder im freien Verkauf gab. Während es vorher eher zu

viel Geld für die wenigen erhältlichen Waren gab, so fehlte vielen Stuttgartern angesichts der nun wieder gefüllten Läden das Geld zum Einkaufen.

Erst jetzt ging es merklich aufwärts und man konnte wieder größere Veranstaltungen durchführen, die weitere Schritte auf dem Weg zu einer gewissen Normalität darstellten. Dazu gehörten beispielsweise das erste Volksfest nach dem Krieg, das vom 17. September bis zum 2. Oktober 1949 abgehalten wurde, und die 1950 auf dem Killesberg veranstaltete Deutsche Gartenschau. Sie war die erste Gartenschau in Deutschland seit der im Herbst 1939 wegen des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs abgebrochenen Reichsgartenschau, die ebenfalls auf dem Stuttgarter Killesberg stattgefunden hatte.

Wenn auch nur eine Arabeske der Stadtgeschichte, so ist es doch ein Zeichen für das wiedergewonnene Selbstbewusstsein der Stadt, dass Arnulf Klett im Januar 1949 eine Denkschrift mit dem Titel „Stuttgart als Bundeshauptstadt" an den Präsidenten und den Ältestenrat des Parlamentarischen Ausschusses in Bonn gerichtet hat. Darin wurde dargelegt, dass Stuttgart sich bestens als bundesdeutsche Hauptstadt eignen würde. Das Medieninteresse an Kletts Vorschlag war beachtlich, die Stuttgarter standen der Idee jedoch skeptisch bis ablehnend gegenüber angesichts der noch immer völlig unbefriedigenden Wohnungssituation. Obwohl sich eine Kommission des Parlamentarischen Rates in Stuttgart über die Gegebenheiten informieren ließ und der Gemeinderat am 23. März beschloss, „dass Stuttgart sich um den Bundessitz nicht bewerben will, aber sich zur Aufnahme des Bundessitzes für den Fall bereit erklärt, dass der Parlamentarische Rat unter den in Betracht gezogenen Städten Stuttgart für am besten geeignet hält",[23] wurde aus dem Vorstoß bekanntlich nichts. Die Würfel waren längst zugunsten von Bonn gefallen.

Theater und Musik inmitten von Ruinen

Inmitten des politischen Umbruchs fand das erste Konzert bereits am 25. April 1945 im Großen Haus der Württembergischen Staatstheater statt. Es war ein vom Opernorchester unter Generalmusikdirektor Philipp Wüst für die französischen Besatzungstruppen gespieltes Mozartkonzert. Oberbürgermeister Arnulf Klett hat sich von Beginn seiner Amtszeit unter der französischen Besatzungsmacht aus innerer Neigung und aus Überzeugung für die kulturellen Belange Stuttgarts eingesetzt. Bereits im Juni ernannte er den Kapellmeister Willy Steffen zum Musikbeauftragten der Stadt. Zunächst musste sich dieser jedoch um die politische Vergangenheit der Musiker kümmern. Als im August 1945 die Südwestdeutsche Konzertdirektion Erwin Russ die Zulassung der Alliierten erhielt, gab es wieder einen professionellen Veranstalter, bei dem alle Fäden zusammenliefen. Von den vor der Zerstörung zahlreichen Aufführungs-

stätten waren nur wenige Theater- und Konzertsäle sowie Kirchen für geistliche Musik übrig geblieben. Sofort entwickelte sich ein für die Notsituation ungewöhnlich reiches Musik- und Theaterleben in der Stadt. Schon im Sommer 1945 fanden im Hof des Waisenhauses Serenadenkonzerte statt. Auch die Kulturgemeinschaft des Württembergischen Gewerkschaftsbundes veranstaltete zu dieser Zeit bereits Konzerte. Für die ersten Konzertmieten konnte man sich zu Beginn des Jahres 1946 einschreiben.

In seiner Ansprache vom 8. Juli 1945 hatte Dawson gesagt, er habe mit „lebhaftem Interesse die Entwicklung der Tätigkeit auf kulturellem Gebiet" verfolgt und er kündigte an, dass an jenem Abend ein in Stuttgart gespieltes Symphoniekonzert gesendet werde. Es handelte sich dabei um Beethovens Neunte Symphonie, die seit 24. Juni wegen großer Nachfrage mehrfach hatte wiederholt werden müssen.

Neben dem Bayreuther Festspielhaus war das im Krieg unversehrt gebliebene Große Haus der Württembergischen Staatstheater das einzige noch bespielbare große Opernhaus in Westdeutschland. Da es von den Besatzungsmächten beschlagnahmt worden war und abends regelmäßig als Kinosaal genutzt wurde, konnten Aufführungen von Opern, Konzerten und Schauspielen bis zum 11. Oktober 1948 nur vormittags oder nachmittags stattfinden. Als am 22. Dezember 1946 im ehemaligen Chorprobensaal der Oper ein neues Kammertheater eröffnet wurde, war dies für alle ein wichtiger Meilenstein. Auch Gastspiele aus dem Ausland waren nun wieder möglich. Bereits im März 1946 waren Solotänzer aus Paris in Stuttgart aufgetreten, bald folgten weitere Aufführungen mit Pariser Ballettkompagnien.

Am 22. Juni 1946 konnte endlich das wiederhergestellte Schauspielhaus in der Kleinen Königstraße mit einer Aufführung von Schillers „Räuber" eingeweiht werden. Geradezu gespenstisch hatte am 10. November 1945, dem 186. Geburtstag von Friedrich Schiller, die Wiederaufstellung seines von dem dänischen Bildhauer Bertel Thorwaldsen entworfenen Denkmals auf dem Schillerplatz gewirkt. Unbeschadet hatte das Standbild im Wagenburgtunnel die Bombenangriffe überstanden. Nun stand der schwäbische Dichter inmitten einer Ruinenlandschaft. Der traditionsreiche Liederkranz, der einst das Schillerdenkmal gestiftet hatte, nahm schon im Juni 1945 seine Chorproben wieder auf und hatte sein erstes Konzert am 14. Oktober in der Markuskirche. Daneben gab es eine größere Zahl von weiteren Chören, darunter der Schwäbische Singkreis, der Bruckner- und der Bachchor, um hier nur wenige zu nennen.

Das Philharmonische Orchester und das Orchester der Württembergischen Staatstheater bestanden weiter, mussten jedoch neu strukturiert werden, da auch bei den Musikern die politische Vergangenheit über eine Weiterbeschäftigung entschied. Als neuer Klangkörper entstand das von Gustav Koslik geleitete

Orchester von Radio Stuttgart, das im April 1946 erstmals außerhalb des Radios vor dem Stuttgarter Publikum konzertierte. Durch seine vielen Gastspiele im In- und Ausland wurde das seit Herbst 1945 auftretende Stuttgarter Kammerorchester von Karl Münchinger zu einem wichtigen Botschafter Stuttgarts.

Man kann sagen, dass das Theater- und Musikleben trotz der vielen räumlichen Unzulänglichkeiten am frühesten zu einer gewissen Normalität zurückgefunden hat. Angesichts des alltäglichen Mangels und der Not waren Musik und Theater ein unverzichtbares, Ablenkung und Entspannung gebendes Element im Leben vieler Menschen.

Hoffnungsvolle Signale gehen von Stuttgart aus

Von Stuttgart gingen in den ersten Jahren nach dem Krieg wichtige Impulse für Frieden und Versöhnung mit den einstigen Gegnern aus. Nur wenige Monate nach der Kapitulation kam im Oktober 1945 in der Stadt der soeben gegründete Rat der Evangelischen Kirchen Deutschlands zusammen. Teilnehmer waren neben den Gastgebern, Bischof Theophil Wurm und Prälat Karl Hartenstein, unter anderem der Bischof von Berlin, Otto Dibelius, der aus dem Konzentrationslager befreite Pastor Martin Niemöller und Willem A. Visser't Hooft, der Generalsekretär des Ökumenischen Rates. Ferner nahmen daran zahlreiche Vertreter aus dem europäischen Ausland und aus den Vereinigten Staaten teil.

Am 17. Oktober fand in der Stuttgarter Markuskirche, die im Krieg vergleichsweise wenig gelitten hatte, der Eröffnungsgottesdienst statt. Es war dies das erste Mal seit Kriegsende, dass sich Vertreter der ehemaligen Kriegsgegner gleichberechtigt begegnet sind. Aus dem Stegreif hielt Martin Niemöller eine bewegende Predigt, in der er sagte, es genüge nicht, den Nazis die Schuld zu geben, auch die Kirche müsse ihre Schuld bekennen. Daraufhin verlangten die ausländischen Gäste am folgenden Tag ein offenes Wort zu den im deutschen Namen begangenen Verbrechen, und zwar in schriftlicher Form. In dem sogleich formulierten Text heißt es: *„(...) Wir sind für diesen Besuch umso dankbarer, als wir uns mit unserem Volke nicht nur in einer großen Gemeinschaft der Leiden wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben."*[24] Dieses berühmt gewordene „Stuttgarter Schuldbekenntnis" war damals – auch innerhalb der Kirche – zwar heftig umstritten, seine Bedeutung als Fundament für die spätere Aussöhnung

mit den ehemaligen Kriegsgegnern kann jedoch nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Da mit dem unzerstört gebliebenen Großen Haus der Württembergischen Staatstheater der größte Versammlungsraum in einer süddeutschen Großstadt zur Verfügung stand, wurde Stuttgart als Ort für eine programmatische Rede des US-amerikanischen Außenministers James F. Byrnes ausgewählt. Die am 6. September 1946 im Stuttgarter Opernhaus gehaltene Rede verstanden die Amerikaner als Antwort auf das vom sowjetischen Außenminister Molotow am 10. Juli 1946 in Paris vorgetragene Angebot, ein vereintes Deutschland zu schaffen. Die Amerikaner hatten die drei Ministerpräsidenten der in ihrer Beatzungszone entstandenen Länder – Reinhold Maier für Württemberg-Baden, Wilhelm Hoegner für Bayern und Karl Geiler für Groß-Hessen – zu dem historischen Ereignis nach Stuttgart eingeladen. Die Ansprache Byrnes basierte auf dem Entwurf einer Konzeption für die US-amerikanische Deutschlandpolitik, die der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone, General Lucius D. Clay, im Auftrag seines Außenministers im Juli verfasst hatte.

James F. Byrnes beendete seine Rede mit den Worten: *„Die Vereinigten Staaten können Deutschland die Leiden nicht abnehmen, die ihm der von seinen Führern angefangene Krieg zugefügt hat. Aber die Vereinigten Staaten haben nicht den Wunsch, diese Leiden zu vermehren oder dem deutschen Volk die Gelegenheit zu verweigern, sich aus diesen Nöten herauszuarbeiten, solange es menschliche Freiheit achtet und vom Weg des Friedens nicht abweicht. Das amerikanische Volk wünscht, dem deutschen Volk die Regierung Deutschlands zurückzugeben. Das amerikanische Volk will dem deutschen Volk helfen, seinen Weg zurückzufinden zu einem ehrenvollen Platz unter den freien und friedliebenden Nationen der Welt.“*[25] Die Rede erregte damals größte Aufmerksamkeit und wurde im Rundfunk mit deutscher Übersetzung übertragen. Ihre weltpolitische Bedeutung war unumstritten.

In die Reihe der versöhnlichen Erklärungen, die von Stuttgart ausgingen, gehört auch die am 5. August 1950 im Großen Kursaal in Bad Cannstatt beschlossene, in der Villa Reitzenstein unterzeichnete und vor 150 000 Zuhörern im Hof des Neuen Schlosses verkündete „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“. Die gewählten Vertriebenenvertreter, die zu ihrem ersten Bundestag in Stuttgart zusammengekommen waren, erklärten darin feierlich, dass sie auf Rache und Vergeltung für das erlittene Unrecht verzichten wollten. Gleichzeitig versicherten sie, alles zu unterstützen, was dem Aufbau eines geeinten Europas diene, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben könnten. Auch würden sie sich am Wiederaufbau Deutschlands und Europas mit aller Kraft beteiligen. Diese Erklärung war eine entscheidende Voraussetzung nicht nur für die gelungene Eingliederung von Millionen von Heimatvertriebenen, sondern auch für die Vertrauensbildung des Auslands gegenüber Deutschland insgesamt.

Schluss

Mit der Einweihung des neuen Rathauses am 4. Mai 1956 kam die Nachkriegszeit für die Stadt Stuttgart zu einem symbolhaften ersten Endpunkt. Der Abbruch der Fassade des alten Rathauses am Marktplatz – der Turm war völlig unversehrt durch den Krieg gekommen – und die Entscheidung für einen modernen Neubau hatte die Richtung vorgegeben, wie die Stadt auch in Zukunft gestaltet werden sollte. Einige Jahre später wurde das ebenfalls unzerstört gebliebene Reithaus von 1839 und die teilweise wieder aufgebaute ehemalige Hohe Carlsschule dem Erdboden gleichgemacht, um Platz für den neuen Landtag von Baden-Württemberg zu schaffen.

Der Wiederaufbau Stuttgarts fand 1965 schließlich seinen endgültigen Abschluss. Damals wurde der mit Spendengeldern von Stuttgarter Bürgern rekonstruierte Weiße Saal im wiederhergestellten Neuen Schloss eingeweiht, gleichzeitig aber das Kronprinzenpalais am Schlossplatz im Zuge des Planiedurchbruchs dem Verkehr geopfert und an seiner Stelle eine betonierte Platzanlage, der sogenannte Kleine Schlossplatz, geschaffen.

Arnulf Klett starb im Amt des Oberbürgermeisters am 14. August 1974. Fast dreißig Jahre lang hatte er die Geschicke der Stadt geleitet. Sein Nachfolger wurde Manfred Rommel, der Sohn des populären „Wüstenfuchses" Erwin Rommel, der als Generalfeldmarschall auf Befehl Hitlers 1944 hatte Selbstmord begehen müssen. Kontinuität und Wandel blieben weit über die engere Nachkriegszeit hinaus ein bestimmendes Moment der Stuttgarter Stadtgeschichte.

Anmerkungen

1 Heinz Bardua: Stuttgart unterm Bombenhagel, in: Stuttgart im Zweiten Weltkrieg, S. 389–396.
2 Zum Vergleich: Berlin hatte 0,8 % (35 000), Frankfurt 1 % (5 559), Hamburg 3,2 % (55 000), Kassel 6 % (13 000) und Pforzheim 22,3 % (17 600) Opfer zu beklagen.
3 Walter Nachtmann: Karl Strölin, S. 343.
4 Edgar Lersch/Heinz H. Poker/Paul Sauer (Hrsg.): Stuttgart in den ersten Nachkriegsjahren, S. 23.
5 Sonja Hosseinzadeh: Nur Trümmerfrauen und Ami-Liebchen?, S. 32–48.
6 Nachrichtenblatt der Militärregierung für den Stadtkreis Stuttgart Nr. 3 vom 19. Juni 1945, S. 2.
7 Nachrichtenblatt der Militärregierung Nr. 6 vom 13. Juli 1945, S. 1.
8 Das ebenfalls beschlagnahmte städtische Krankenhaus in Bad Cannstatt wurde erst 1992 zurückgegeben. Vgl. dazu Winfried Mönch: „Little America" in Groß Stuttgart.
9 Stuttgarter Zeitung Nr. 11 vom 24. Oktober 1945, S. 2.

10 Die Neue Zeitung, München, Nr. 3 vom 25. Oktober 1945.
11 Vgl. Bernhard Neidiger: Entnazifizierung und Bevölkerungsstimmung aus der Sicht der Stuttgarter Stadtverwaltung, in: Edgar Lersch/Heinz H. Poker/Paul Sauer (Hrsg.): Stuttgart in den ersten Nachkriegsjahren, S. 131–174; Hermann Vietzen: Chronik der Stadt Stuttgart 1945–1948, S. 87–113.
12 Roland Müller: „Make democracy work" – Verwaltung und Politik in Stuttgart 1945, in: Wolf D. von Lucius (Hrsg.): Stuttgart 1945 – Anfang nach dem Ende, S. 13–95, hier besonders S. 26.
13 Stuttgarter Zeitung Nr. 22 vom 1. Dezember 1945, S. 7.
14 Vgl. zu den beiden Politikern die Porträts (mit Literaturhinweisen) in: Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg.): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland, Stuttgart 2005.
15 Harald Schukraft: Stuttgarter Straßengeschichte(n), Stuttgart 1986, S. 60 f.
16 Zum Wettbewerb und den einzelnen Entwürfen siehe: Bernhard Sterra: Das Stuttgarter Stadtzentrum im Aufbau, S. 55–89.
17 Die Generalplanung der Stadt Stuttgart als Grundlage für den Wiederaufbau der Kesselstadt, 1946, S. 14.
18 Es handelt sich dabei um die Bundesstraße 27/27a im Zuge von Friedrichstraße, Theodor-Heuss-Straße und Paulinenstraße sowie um die Bundesstraße 14 auf der Strecke Konrad-Adenauer-Straße und Hauptstätter Straße.
19 Wolfgang Christian Schneider: Hitlers „wunderschöne Hauptstadt des Schwabenlandes", S. 51–95.
20 Herbert Schiller: Das Stadtarchiv Stuttgart im Krieg und Nachkrieg (1939–1949), in: Schwäbisches Heimatbuch 1949, S. 163–166.
21 Dazu ausführlich Kurt Leipner: Chronik der Stadt Stuttgart 1949–1953, S. 149–156.
22 Dazu ausführlich Harald Schukraft: Wie Stuttgart wurde, was es ist, S. 240–245.
23 Vgl. Kurt Leipner: Chronik der Stadt Stuttgart 1949–1953, S. 25–35.
24 Zitat wiedergegeben nach der ersten von der Kirchenkanzlei der EKD am 24. Oktober 1945 vervielfältigten Fassung (Pfarramt der Markuskirche Stuttgart).
25 50. Jahrestag „Rede der Hoffnung" – James F. Byrnes, Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, 6. September 1946, Stuttgart, hrsg. von Landtag und Landesregierung von Baden-Württemberg, Landeshauptstadt Stuttgart und James-F.-Byrnes-Institut Stuttgart o. J. [1996], S. 19.

Literaturhinweise

Hohnecker, Martin: Stuttgart im Jahre Null – Tagebuchnotizen aus der Stuttgarter Zeitung, Leinfelden-Echterdingen 1995.

Hosseinzadeh, Sonja: Nur Trümmerfrauen und Ami-Liebchen? – Stuttgarterinnen in der Nachkriegszeit, hrsg. von der Gleichstellungsstelle Stuttgart und dem Stuttgarter Frauenmuseum e. V., Tübingen 1998.

Leipner, Kurt: Chronik der Stadt Stuttgart 1949–1953, Stuttgart 1977.

Lersch, Edgar/Poker, Heinz H./Sauer, Paul (Hrsg.): Stuttgart in den ersten Nachkriegsjahren, Stuttgart 1995.

Lucius, Wolf D. von (Hrsg.): Stuttgart 1945 – Anfang nach dem Ende, mit Beiträgen von Willi A. Boelcke, Eberhard Jäckel, Egbert-Hans Müller und Roland Müller, Stuttgart 1995.

Lupfer, Gilbert: Architektur der fünfziger Jahre in Stuttgart, Tübingen/Stuttgart 1997.

Mönch, Winfried: „Little America" in Groß Stuttgart, in: Die alte Stadt 21 (1994), S. 19–31.

Müller, Roland: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988.

Müller, Ulrich: Fremde in der Nachkriegszeit. Displaced Persons – zwangsverschleppte Personen in Stuttgart und Württemberg-Baden 1945–1951, Stuttgart 1990.

Nachtmann, Walter: Karl Strölin – Stuttgarter Oberbürgermeister im „Führerstaat", Tübingen/Stuttgart 1995.

Sauer, Paul: Arnulf Klett – ein Leben für Stuttgart, Gerlingen 2001.

Sauer, Paul: Die Demokratisierung des kommunalen Lebens nach 1945 in Stuttgart, hrsg. von der Landeshauptstadt Stuttgart, Stuttgart 1996.

Sauer, Paul: Wilhelm Murr – Hitlers Statthalter in Württemberg, Tübingen 1998.

Schneider, Wolfgang Christian: Hitlers „wunderschöne Hauptstadt des Schwabenlandes" – Nationalsozialistische Stadtplanung, Bauten und Bauvorhaben in Stuttgart, in: Demokratie und Arbeitergeschichte, Jahrbuch 2, hrsg. von der Franz Mehring Gesellschaft Stuttgart, Stuttgart 1982, S. 51–95.

Schukraft, Harald: Wie Stuttgart wurde, was es ist – Ein kleiner Gang durch die Stadtgeschichte, 4. Aufl. Tübingen 2007.

Schukraft, Harald: Damals über Stuttgart – Innenstadt und Vororte in Luftbildern aus den zwanziger bis vierziger Jahren, Stuttgart 1988.

Sterra, Bernhard: Das Stuttgarter Stadtzentrum im Aufbau – Architektur und Stadtplanung 1945–1960, Stuttgart 1991.

Sterra, Bernhard: Die Stadt der Nachkriegszeit zwischen Rekonstruktion und Neudefinition, in: Stuttgart – von der Residenz zur modernen Großstadt. Architektur und Städtebau im Wandel der Zeiten, hrsg. von Andreas Brunold und Bernd Sterra, Tübingen/Stuttgart 1994, S. 82–119.

Stuttgart im Zweiten Weltkrieg. Katalog zur Ausstellung, hrsg. von Marlene P. Hiller, Gerlingen 1989.

Stuttgart zwischen Bomben und Trümmern 1944–1950, Begleitheft zu einer Ausstellung der Landesbildstelle Württemberg und dem Stadtarchiv Stuttgart, hrsg. von Hanns-Georg Helwerth und Manfred Schmid, Stuttgart 1995.

Vietzen, Hermann: Chronik der Stadt Stuttgart 1945–1948, Stuttgart 1972.

Benigna Schönhagen

Tübingen als Landeshauptstadt 1945–1952 – So viel Anfang war nie

Als der Krieg am 19. April 1945 für Tübingen zu Ende ging, begann nach einem kurzen Verwaltungs- und organisatorischen Chaos in der kaum beschädigten Stadt eine Phase des Aufbaus und Neubeginns auf vielen Ebenen, die bis zur Gründung des Landes Baden-Württemberg im Jahr 1952 wesentlich von der Funktion der Stadt als Landeshauptstadt von Württemberg-Hohenzollern geprägt wurde. Französische Besatzungspolitik und das Engagement antifaschistischer Kräfte führten in der weitgehend unzerstörten Hauptstadt des kleinen Landes zum raschen Entstehen kultureller Einrichtungen, zur frühen Wiedereröffnung der Universität und zu einer ersten kulturellen Blüte. Eine inkonsequent und ungeschickt gehandhabte Entnazifizierung verstärkte aber auch die Bereitschaft, die Vergangenheit zu verdrängen und die Auseinandersetzung mit den Verbrechen, die während des NS-Regimes verübt wurden, zu vermeiden.

Kriegsende und erste Maßnahmen zur Stabilisierung

In den Morgenstunden des 19. April 1945 besetzten französische Soldaten der 5. französischen Panzerdivision unter General Mozat vom Ammertal kommend Tübingen. Mit dem Einmarsch des Combat Command V ging der Krieg für die Universitätsstadt am Neckar zu Ende. Eine kleine Gruppe um den Sanitätsarzt Dr. Theodor Dobler (1893–1973) und den Wehrmachtstandortältesten Oberst Wolfgang Schütz hatte zuvor in einer dramatischen Aktion ereicht, dass der „Kampf bis aufs Messer", den der württembergische NS-Gauleiter Wilhelm Murr in Umsetzung des letzten sinnlosen Verteidigungsbefehls aus dem Führerhauptquartier am 10. April angeordnet hatte, in Tübingen nicht mehr befolgt wurde.[1] Stattdessen wurde die Stadt, in der mehr als 6000 Verletzte auf 31 Lazarette verteilt waren, zum einheitlichen Lazarettsperrbezirk erklärt. Couragierte Emissäre überbrachten die Botschaft den Franzosen. So erfolgte der Einmarsch kampflos. Nur in der damaligen Adolf-Hitler-Straße, die die Neckarbrücke mit dem Universitätsviertel verband, wurde noch eine Frau von einer Panzerfaust getötet, und von dem zur Verteidigung der Albrandstellung beorderten Volkssturm starben drei Männer.[2]



Einer der wenigen Fliegerangriffe auf Tübingen zerstörte im März 1944 das Haus am Neckartor. Es dauerte jahrelang, bis es wieder aufgebaut wurde. (Foto: Stadtarchiv Tübingen)

Während die französischen Soldaten von Westen her in die Stadt vordrangen, setzten sich die örtlichen Befehlshaber des NS-Regimes, allen voran der NSDAP-Kreisleiter Hans Rauschnabel (1895–1956), von ihrem Gefechtsstand im Süden der Stadt in Richtung Alpenfestung ab. Auf dem Rathaus hatte NS-Oberbürgermeister Ernst Weinmann (1907–1947) zwei Tage zuvor schon den stellvertretenden Leiter des Liegenschaftsamtes, Dr. Fritz Haussmann (1873–1951), zum Chef einer Notverwaltung ernannt; danach war er untergetaucht. Haussmann war es, der am 19. April um 8.30 Uhr auf dem Rathaus die Stadt kampflos übergab.

Wie in der gesamten französischen Besatzungszone galten die ersten Maßnahmen der Besatzungsmacht auch in Tübingen dem Schutz der eigenen Soldaten vor subversiven Anschlägen, denn im Süden des Landes, Richtung Alb und Bodensee, gingen die Kampfhandlungen noch mehrere Tage lang weiter. Deshalb waren alle Angehörigen der Wehrmacht, der SS und des Volkssturms dem Ortskommandeur auszuliefern. Auch die Zivilbevölkerung stand unter Generalverdacht: Über sie wurde ein generelles Ausgangsverbot verhängt. Zwischen 8 Uhr abends und halb 7 Uhr morgens durfte sie nicht mehr auf die Straße. Außerdem musste sie sämtliche Waffen und Munition, aber auch Radios, Feldstecher und Fotoapparate abliefern; Fahrräder durften nicht mehr benutzt werden. Verboten war es auch, sich auf der Straße „zu mehr als zwei Personen zu bewegen". Die Tübinger konnten ihre Stadt nur noch mit besonderer Erlaubnis verlassen und alle Wirtschaften und anderen öffentlichen Lokale waren ihnen bis auf weiteres verschlossen.

Die deutschen Truppen hatten vor ihrem Abzug die meisten Brücken, darunter auch die Eisenbahnbrücke über den Neckar, gesprengt. Die zentrale Eberhardbrücke aber war unzerstört geblieben und verband weiterhin die Altstadt mit dem südlich des Neckars gelegenen Stadtteil. Deshalb drangen die ersten Besatzungssoldaten rasch weiter nach Süden vor. Ihnen folgten Soldaten der 2. marokkanischen Infanteriedivision in die Stadt. Für das Militär waren Unterkünfte bereitzustellen und Kleidung zur Versorgung der Kriegsgefangenen und ehemaligen Zwangsarbeiter, von denen schätzungsweise 1 600 bei Kriegsende in der Stadt lebten. Jede Familie und jeder Alleinstehende mussten einen Anzug, ein Hemd, Leibwäsche und ein Paar Schuhe abliefern. Die Tübinger erfuhren per Maueranschlag von diesen Anordnungen. Ende Mai erschien dann die erste Ausgabe eines Nachrichtenblattes der Militärregierung – voll mit Anordnungen und Erlassen, deren Einhaltung die entwaffneten Mitglieder der aufgelösten staatlichen Polizei zu kontrollieren hatten.[3]

Die Stimmung der Bevölkerung schwankte zwischen Erleichterung, Niedergeschlagenheit und Angst, wobei die Furcht vor der ungewissen Zukunft dominierte. Einige gestanden später, dass sie die militärische Niederlage als Schande und den Zusammenbruch des „Dritten Reichs" als gewaltige Demütigung erlebt und gegenüber den Besatzern Ohnmacht und Hass empfunden hatten.[4] Unübersehbar führten die langen Reihen von deutschen Kriegsgefangenen, die durch die Stadt marschierten, die militärische Niederlage vor Augen und lösten Beklommenheit aus. Die erzwungene Räumung von Privatwohnungen und das Requirieren von Möbeln und Lebensmitteln für die französischen Soldaten stießen gleichwohl auf Unverständnis. Nicht selten weckten sie unterdrückten Zorn. „Und nachher sah unser Haus aus – wie im Krieg", fasste eine Tübingerin ihre Erfahrung mit einer Einquartierung zusammen.[5] Jahrelang mit Rassismus

indoktriniert, begegneten die meisten Tübinger den ungewohnten dunkelhäutigen Kolonialsoldaten mit Angst, nicht selten auch mit versteckter Überheblichkeit: „Nur zu den braunhäutigen Marokkanern mit ihren weißen Turbanen hielten wir Abstand. Sie waren uns unheimlich, wir waren vor ihnen gewarnt worden, sie seien unberechenbar“, berichtete ein Tübinger, der die Besetzung als Jugendlicher erlebt hatte.[6]

Eine einschneidende Erfahrung bedeuteten die Vergewaltigungen und Plünderungen, zu denen es in den ersten Tagen nach dem Einmarsch massenhaft kam. Die Erfahrung von Gewalt, Demütigung und Hilflosigkeit machte es vielen zusätzlich schwer, die Besetzung als Befreiung wahrzunehmen. Mehr als 900 Frauen aus Tübingen und Umgebung suchten zwischen Ende April und Anfang August 1945 in der Universitätsfrauenklinik medizinisch Hilfe; Abtreibungen waren an der Tagesordnung.[7] Noch Jahrzehnte nach dem Kriegsende beherrscht die Erinnerung an diese Gewalt das kollektive Gedächtnis.

Einer amerikanischen Umfrage vom Oktober 1947 zufolge war die französische Besatzungsmacht nahezu ebenso unbeliebt wie die sowjetische. „Wir hätten damals die Amerikaner als Besatzer vorgezogen“, resümierte Jahrzehnte später, 1995, eine Tübingerin diese ersten Wochen, die durch Willkürmaßnahmen rasch wechselnder Kommandanten und nicht geklärte Kompetenzen in der Militärregierung gekennzeichnet waren.[8] Als Korvettenkapitän Etienne Metzger Ende April als Kommandant der französischen Militärregierung die Ortskommandantur übernahm, begann sich jedoch das Chaos der ersten Tage zu legen.

Einen weiteren Schritt zur Stabilisierung brachte am 18. Juni, als die Amtszeit von Fritz Haussmann zu Ende gegangen war, die Ernennung von Landgerichtsrat Viktor Renner (1899–1969) zum neuen Leiter der Stadtverwaltung. Mitte Juli bekam er zusätzlich noch das Amt des Landrats übertragen, da der bisherige Amtsinhaber Fritz Geißler (1889–1971) vorübergehend interniert worden war. Die einschneidendste Veränderung aber bedeutete Mitte Oktober die Einsetzung einer vorläufigen Regierung für Südwürttemberg und Hohenzollern. Damit wurde Tübingen zur Landeshauptstadt und die Phase des Aufbaus begann.

Landeshauptstadt

Die neue Rolle als Landeshauptstadt bescherte Tübingen gleich drei Regierungen: die französische Militärregierung für Württemberg-Hohenzollern, die französische Militärkreisregierung, die für Stadt und Kreis Tübingen zuständig war, sowie eine provisorische deutsche Landesregierung. Diese neuen Würden verdankte die alte Universitätsstadt der Teilung Deutschlands in Besatzungszonen und dem Wettkampf, der zwischen Franzosen und Amerikanern um die



Seit dem 19. April 1945 wehte am Tübinger Rathaus die Trikolore – in der Landeshauptstadt von Württemberg-Hohenzollern hatte die französische Militärregierung das Sagen. (Foto: Stadtarchiv Reutlingen)



Der Kartenausschnitt auf dem Deckel des Zigarettenetuis zeigt den Umfang der französischen Besatzungszone. Sie war die kleinste der vier Besatzungszonen. (Foto: Stadtarchiv Tübingen)

alten Länder Württemberg und Baden entbrannt war. Die Amerikaner erzwangen im Juli 1945 den Abzug der französischen Armee aus Stuttgart und Karlsruhe, was letztlich zur Aufteilung der alten Länder Baden und Württemberg in jeweils zwei Zonen führte und – da die Franzosen die ihnen zugestandene südliche Hälfte wiederum unterteilten – im Südwesten drei neue Länder schuf. Die französische Militärregierung für Württemberg-Hohenzollern nahm, nach einer kurzen Zwischenstation in Freudenstadt, ihren Sitz in der vom Luftkrieg nur gestreiften Universitätsstadt. Nahezu unberührt von Kriegszerstörungen bot diese nicht nur eine hinreichende Infrastruktur, sondern auch eine intakte, bereits im Oktober wieder eröffnete Hochschule.

Im September 1945 wurde Oberst Guillaume Widmer zum Chef der Militärregierung ernannt. Unter dem Oberkommando von General Pierre Koenig in Baden-Baden regierte er das Land, wie der damals in Tübingen studierende Michel Tournier berichtete, als „wahrer König von Württemberg".[9] Den Zeitgenossen blieb vor allem der feudale Lebensstil in Erinnerung, den der studierte Philosoph und Jurist als französischer Gouverneur von Württemberg-Hohenzollern im beschlagnahmten Verbindungshaus der Rhenanen auf dem Öster-

berg führte, bis er 1952 nach Frankreich zurückkehrte. Sie verpassten ihm den Spitznamen „Wilhelm der Dritte von Württemberg“.[10]

Die französische Zonenregierung nahm ihren Sitz im alten Gerichtsgebäude in der ehemaligen Kaiserstraße, die im August 1945 in Doblerstraße umbenannt worden war. Unter Widmers Ägide kam es zu einer bemerkenswerten kulturellen Blüte in der kleinen Universitätsstadt, die die französische Militärregierung zu einem kulturellen Zentrum von Württemberg-Hohenzollern ausbauen wollte.

Dieser ersten Phase der französischen Besatzungspolitik fehlte eine klare Ausrichtung. Ein quasiabsolutistisches Regiment mischte sich mit mehr oder weniger ad hoc gefällten Entscheidungen der örtlichen Kommandanten. Dringlichstes Problem der Anfangszeit war für die französische Militärregierung die Suche nach einem verlässlichen Ansprechpartner auf deutscher Seite. Diese Aufgabe erhielt der Staatsrechtler und Universitätsdozent Dr. Karl Schmid (1896–1979), der als Carlo Schmid in der Bundespolitik Karriere machen sollte. Bereits im Juni 1945, bevor die Teilung des Landes endgültig wurde, war er in der württembergischen Landesverwaltung in Stuttgart zum Landesdirektor für Kultus, Unterricht und Kunst ernannt worden. Die französische Herkunft seiner Mutter, seine perfekten französischen Sprachkenntnisse, seine Tätigkeit als Kriegsrat in Lille und seine bezeugte Distanz zum NS-Regime empfahlen ihn den Besatzern. Schnell wurde er zu ihrem unverzichtbaren Verhandlungspartner bei der Neuordnung von Südwürttemberg. Als „Landesdirektor für Justiz sowie für Kult, Kunst und Erziehung“ machten sie ihn im Oktober 1945 zum Chef der Verwaltung eines Landes, das in deutlicher Abhängigkeit von der Militärregierung stand und dessen Regierung erst langsam Konturen gewann.

Flächenmäßig zählte das neue Land mit etwas mehr als 10 000 Quadratkilometern nach dem Hansestaat Bremen zu den kleinsten Ländern auf dem Gebiet des untergegangenen Deutschen Reichs. Etwas mehr als eine Million Einwohner verteilten sich auf 16 Landkreise, die überwiegend agrarisch geprägt waren. Nur vereinzelt gab es Industrieansiedlungen; eine Großstadt fehlte. Die Bildung einer deutschen Regierung in Württemberg-Hohenzollern unter dem Vorsitz von Carlo Schmid erfolgte am 16. Oktober 1945 mit Billigung von Reinhold Maier, dem Ministerpräsidenten des unter amerikanischer Besatzungsmacht stehenden Nordwürttembergs, und im Beisein hoher französischer Militärs. Mit diesem unklaren Akt begann die Selbstständigkeit des Landes Württemberg-Hohenzollern. Bewusst wurden die Begriffe „Regierung“ und „Ministerien“ vermieden. Die neue deutsche „Verwaltungskopfstelle“ nannte sich „Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet von Württemberg und Hohenzollern“.

Fünf weitere „Direktoren“ standen Carlo Schmid zur Seite: für die Aufgaben des Inneren Dr. Lothar Roßmann, für die Wirtschaft der Direktor der Deutschen



Am 22. Juli 1947 wurde Viktor Renner, Tübinger Nachkriegsoberbürgermeister und Landrat (2. von links), in Bebenhausen als Innenminister von Württemberg-Hohenzollern vereidigt. Rechts neben ihm am Tisch Carlo Schmid, links neben ihm Eberhard Wildermuth. (Foto: Stadtarchiv Reutlingen)

Verlagsanstalt in Stuttgart, Dr. Gustav Kilpper, für Finanzen Dr. Paul Binder und für das Ressort Arbeit und Soziales der bisherige Regierungspräsident von Hohenzollern, Clemens Moser.

Ein Jahr später, im November 1946 trat, von 650 Kreis- und Gemeinderäten sowie Bürgermeistern gewählt, die Beratende Landesversammlung zusammen, um eine Landesverfassung auszuarbeiten. Diese wurde, wiederum ein Jahr später, bei der Landtagswahl am 18. Mai 1947 per Volksabstimmung mit einer deutlichen Mehrheit von fast 70 Prozent angenommen. Kurz darauf trat auch der bei diesen ersten Landtagswahlen gewählte Landtag erstmals zusammen. In diesem ersten demokratisch legitimierten Landesgremium nach dem Krieg verfügte die im April 1946 gegründete CDU mit 32 von 60 Sitzen über die absolute Mehrheit. Ursprünglich auf vier Jahre gewählt, wurde die Legislaturperiode per Volksabstimmung später bis zu Auflösung des Landes im Jahr 1952 verlängert.[11]

Die Volksabstimmung vom 9. Dezember 1951 sollte eine deutliche Mehrheit für den Zusammenschluss der drei südwestdeutschen Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Bundesland Baden-Württ-

temberg ergeben. Mit der Verkündung des Überleitungsgesetzes am 17. Mai 1952 endete die staatsrechtliche Selbstständigkeit dieser Länder. In Tübingen war das Votum für das neue Bundesland mit 91 Prozent eindeutig. Damit ging der Glanz, aber auch die Bürde der Landeshauptstadt zu Ende.

Sechs Jahre lang, von November 1946 bis April 1952, tagte die Landesversammlung in Bebenhausen, das auf diese Weise zum Behördenvorort von Tübingen wurde. Die Abgeordneten logierten in den Zellen des einstigen Zisterzienserklosters, das Parlament tagte im Winterrefektorium, die Fraktionen waren im ehemals königlichen Schloss untergebracht. Zum ersten Staatspräsidenten war am 8. Juli 1947 Lorenz Bock (CDU) gewählt worden. In der Allparteienregierung, die dieser unter Ausschluss der KPD berief, übernahm Carlo Schmid (SPD) das Amt des Justizministers und Viktor Renner (SPD) das des Innenministers. Sein Amt als Tübinger Oberbürgermeister hatte Renner schon Ende 1945 aufgegeben. Sein Nachfolger wurde der bisherige Leiter des Sozialamtes, Adolf Hartmeyer (1886–1953).

In der Landeshauptstadt häuften sich neben den Dienststellen der Landesdirektoren weitere neue Landesbehörden. Im April 1946 nahmen die Direktion der zur Landespolizei verstaatlichten Polizei und das Landeskriminalamt ihren Sitz am Neckar. Im Juni folgte das Oberlandesgericht, mit dessen Installierung der Neuaufbau der Justizverwaltung seinen Abschluss fand. Hinzu kamen die Landesverwaltung der Post und der Eisenbahn sowie zahlreiche französische Dienststellen. Insgesamt zählte das Personal der französischen Militärregierung in Tübingen über 5 000 Mann.

Demokratische Vereinigung und politischer Neubeginn

Parallel zur staatlichen Verwaltung musste eine neue städtische Verwaltung aufgebaut werden. Wie andernorts stützte sich die Militärregierung dabei auch in Tübingen auf eine Gruppe politisch unbelasteter Bürger. Zwar war es in der Beamtenstadt weder zu einer spürbaren, milieuübergreifenden Opposition, noch – abgesehen von Einzelnen – zu aktivem Widerstand gegenüber dem NS-Regime gekommen, doch als die Niederlage unübersehbar wurde, hatten sich alte Gegner der NSDAP aus den 1933 verbotenen Arbeiterparteien sowie mit dem System Unzufriedene und unter seinen Repressionen Leidende zu einem „Stammtisch von innerlich Ablehnenden“ zusammengefunden.[12] Zwölf Jahre lang hatten sie die Mitarbeit am totalitären System verweigert. Unmittelbar nach der Besetzung der Stadt schlossen sie sich zur „Demokratischen Vereinigung“ (DV) zusammen, um an einem demokratischen Aufbau mitzuwirken.[13]

Die Mitglieder der DV – ihre Zahl wird, da es keine formelle Mitgliedschaft gab, auf 40 bis 60 geschätzt – gehörten wie in anderen „Antifaschistischen

Ausschüssen“ unterschiedlichen politischen Richtungen an. Das Spektrum reichte von den Kommunisten bis zu den Angehörigen der ehemaligen liberalen Parteien und Vertretern der Kirchen. Aus den Erfahrungen der Weimarer Republik hatten alle Mitwirkenden die Konsequenz gezogen, dass Parteienzwist den Neuaufbau der Demokratie nicht gefährden dürfe, weshalb sie jegliche Parteipolitik in ihren Reihen ablehnten. Sozialdemokraten bildeten die größte Gruppe in der DV. Carlo Schmid und Viktor Renner gehörten ebenso dazu wie der Studentenpfarrer Bernhard Hanßler, der als „Retter von Tübingen“ im August 1946 mit einer Straßenumbenennung geehrte Theodor Dobler und von der Universität Professor Erich Kamke, einer der wenigen Hochschullehrer, die nach 1933 entlassen worden waren. Der Kreis traf sich regelmäßig in einem Lokal in der Unterstadt. Sein wichtigstes Ziel war die umfassende Säuberung der Stadtverwaltung von Nationalsozialisten. Diesen Vorsatz stellte die DV ihrem Protokollbuch voran: „So lasst uns an die Arbeit geh’n/im Kampfe treu zusammensteh’n/damit in einer kurzen Frist/der Nazispuk verschwunden ist!“[14]

Wie stark die „Demokratische Vereinigung“ an den ersten „Säuberungen“ tatsächlich beteiligt war, lässt sich im Detail nur schwer nachvollziehen, da das Protokollbuch erst im Juni 1945 mit einem zusammenfassenden Rückblick einsetzt. Sicher ist aber anzunehmen, dass die DV die Besatzer mit einschlägigen Informationen versorgte. So ließ die Vereinigung die einstigen Blockleiter der NSDAP Listen mit sämtlichen Mitgliedern der Partei und ihrer Untergliederungen erstellen. Sie sollten die unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Regimes vernichteten Parteiunterlagen ersetzen. Außerdem sorgte die DV dafür, dass die NS-Literatur aus den privaten Bücherschränken entfernt wurde. Im August wurden die Straßennamen „gesäubert“: Mehr als 60 Straßen der Stadt, die die Namen von Nationalsozialisten trugen, wurden umbenannt. Meist griff man dabei auf die alten Namen oder auf unpolitische Flurbezeichnungen zurück. Nur die Benennung der ehemaligen Kaiserstraße nach dem als „Retter von Tübingen“ gefeierten Theodor Dobler, die Umbenennung der Staufenstraße in Stauffenbergstraße sowie die Namengebung für den Platz vor der Neuen Aula nach den Geschwistern Scholl machten mit der Ehrung von Widerstandskämpfern eine antifaschistische Aussage.[15]

Rasch zeigte sich allerdings, dass der Einfluss der Demokratischen Vereinigung bei der Entnazifizierung begrenzt war. Am größten war er unmittelbar nach der Kapitulation, als eine höchst uneinheitliche Entnazifizierungspolitik in der französischen Zone noch Freiraum für eine deutsche Mitwirkung bei der Säuberung ließ. Nachdem mit NS-Kreisleiter Hans Rauschnabel und NS-Oberbürgermeister Ernst Weinmann die Spitze der Partei unmittelbar vor dem Einmarsch untergetaucht war,[16] wurden Anfang Mai weitere 19 führende Repräsen-

tanten des NS-Regimes, darunter acht Hochschullehrer sowie zwei führende städtische Beamte, verhaftet. Die meisten von ihnen wurden ins Internierungslager Balingen verbracht.[17] Ende Juli entließ der Oberbürgermeister noch einmal 26 Beamte und Angestellte der Stadtverwaltung, von denen die meisten bereits vor dem 1. April 1933 der NSDAP beigetreten waren. Danach kam es, da die französische Militärregierung im Gegensatz zur amerikanischen die Funktionsfähigkeit von Verwaltung und Wirtschaft in ihrer Zone mit einer Säuberung so wenig wie möglich beinträchtigen wollte, bis zur Installierung der Kreisuntersuchungsausschüsse im Oktober 1945 zu keinen weiteren Entlassungen in der öffentlichen Verwaltung. Zur Säuberung der Wirtschaft rang sich die französische Militärregierung sogar erst Anfang 1946 durch. Wiederholt vermerkten die Protokolle der „Demokratischen Vereinigung" daher enttäuscht die Beibehaltung oder gar Wiedereinstellung ehemaliger Mitglieder der NSDAP, so etwa bei der Besetzung der neu zugelassenen Lokalzeitung im Herbst 1945.[18]

Größer als bei der Entnazifizierung war der Einfluss der „Demokratischen Vereinigung" bei der Lösung der drängenden Alltagsprobleme, weil hier die Besatzungsmacht auf die Zusammenarbeit mit unbelasteten örtlichen Kräften und auf deren Kenntnisse der Verhältnisse angewiesen war. Entsprechend ihrem demokratischen Verständnis, wenn auch auf Anordnung des Besatzungskommandanten, waren die Tübinger Antifaschisten die ersten, die einen Gemeinderat bildeten. Das Gremium, unter dessen 16 Mitgliedern keine Frau war, trat am 25. Mai 1945 erstmals zusammen und wählte Carlo Schmid zu seinem Vorsitzenden. Die Sitzung sollte jedoch die einzige des ersten Nachkriegsgemeinderats bleiben, denn die Militärregierung löste das Parlament unmittelbar danach wieder auf.

Dieses widersprüchliche Vorgehen enthüllt nicht nur das Fehlen eines politischen Konzepts für den Wiederaufbau, es lässt auch das allgemeine Misstrauen der Franzosen gegenüber einem deutschen Demokratisierungsprozess zu diesem frühen Zeitpunkt, nur wenige Wochen nach der Kapitulation, erkennen. Anders als in der US-amerikanischen Zone ließen sie erst im Dezember 1945 die ersten Parteien wieder zu. Im Januar darauf beriefen sie einen Beirat ein, dessen Mitglieder weitgehend der „Demokratischen Vereinigung" angehörten. Noch gestanden sie diesem aber lediglich beratende Funktion zu.[19]

Die größte Wirksamkeit entfaltete die „Demokratischen Vereinigung" zweifellos dadurch, dass es ihr gelang, die wichtigsten städtischen Ämter wie das Sozialamt (Adolf Hartmeyer), das Arbeitsamt (Arno Vödisch), das Wohnungsamt (Wilhelm Huber), das Polizeiamt (Karl Kammer) und die Leitung der Kriminalpolizei (Ferdinand Zeeb) sowie andere für den Wiederaufbau relevante Posten mit ihren Mitgliedern zu besetzen. So ist die erste Phase des Neubeginns, sind das Beseitigen der Missstände, der Aufbau einer Verwaltung und das Wieder-

herstellen eines normalen Alltags mit der „Demokratischen Vereinigung“ verbunden, die sich als „Wegbereiter für eine bessere Zukunft“ verstand.[20] Dass ihr auch Oberbürgermeister Viktor Renner und sein Nachfolger Adolf Hartmeyer angehörten, schuf besondere Einflussmöglichkeiten, führte aber auch zu Konflikten zwischen den weisungsgebundenen, von der Besatzungsmacht abhängigen Funktionsträgern und dem restlichen Gremium, das sich den Neuaufbau einer kommunalen Selbstverwaltung anders vorgestellt hatte.

Mit der Konsolidierung der Landesverwaltung endete der Einfluss der „Demokratischen Vereinigung“. Die Wiederzulassung von Parteien – als erste Tübinger Nachkriegspartei konstituierte sich im Februar 1946 eine Ortsgruppe der SPD, es folgten KPD, CDU und mit Verzögerung die DVP – machte dieses Modell eines überparteilichen politischen Neuanfangs obsolet. Zwar beschlossen die Mitglieder Anfang 1946 zusammenzubleiben, nachdem sie „das Schicksal zusammengeführt habe“, doch am 26. April hob die Militärregierung die „Demokratische Vereinigung“ nach knapp einjähriger Tätigkeit auf.[21]

Bei den ersten freien Kommunalwahlen am 15. September 1946 bestätigten 91 Prozent der Tübinger Wähler Adolf Hartmeyer als Oberbürgermeister im Amt. Auffallend viele Tübinger (81 %) beteiligten sich an der ersten Gemeinderatswahl nach Kriegsende, aus der die CDU als stärkste Partei hervorging. Mit 33,5 Prozent erhielt sie acht Sitze, die DVP sieben (26,8 %), die SPD sechs (25,0 %), die KPD zwei Sitze (10,2 %) sowie die liberale Parteilose Wählervereinigung einen Sitz (4,6 %).[22] Letztere erzielte bei den folgenden Wahlen bis 1959 jeweils das höchste Quorum und prägte das Image Tübingens als einer liberalen Stadt inmitten eines konservativen Umfelds.

Mit den Parteien formierten sich auch die Gewerkschaften neu. Im Oktober 1946 schlossen sich die ersten sieben Einzelgewerkschaften zum Kreiskartell zusammen.[23] Die von den Nationalsozialisten verbotenen oder gleichgeschalteten Vereine bildeten sich ebenfalls neu wie der Bürger- und Verkehrsverein (1947) und ein Großsportverein, die TSG (1950). Zur Neugründung des Deutschen Turnerbundes (DTB) reisten im September 1950 nahezu 10 000 Turner zu deutschen Turnmeisterschaften an den Neckar. Auch die 1943 von Nationalsozialisten initiierte und 1945 von den Franzosen verbotene Friedrich-Hölderlin-Gesellschaft entstand im Oktober 1946 neu.[24]

Wiederaufbau, Ernährungssituation, Wohnungsnot und Nachkriegsalltag

Die Universitätsstadt, die kaum Rüstungsbetriebe vorzuweisen hatte, war nur selten zum Ziel alliierter Luftangriffe geworden. Mit lediglich fünfzig komplett zerstörten und 58 schwer beschädigten Bauten wies sie deshalb einen außerordentlich geringen Grad an Kriegszerstörungen auf. Auch die Zahl der bei

Luftangriffen Getöteten war mit 44 sehr viel niedriger als in anderen Städten.[25] „Wie im Himmelreich" erlebten deshalb aus den zerstörten Großstädten Evakuierte die Universitätsstadt.[26] Für zentrale städtebauliche Wiederaufbaumaßnahmen gab es keinen Anlass. Erst der Generalbebauungsplan der Universität von 1958 sollte mit der Verlagerung der Medizinischen und Naturwissenschaftlichen Fakultäten mitsamt den Medizinischen Kliniken auf die Höhen (Schnarrenberg) das Stadtbild entscheidend verändern.[27]

Mehr als die Bombenschäden strapazierte die Tübinger in der ersten Nachkriegszeit, dass deutsche Soldaten vor ihrem Abzug noch die meisten Brücken, darunter auch die Eisenbahnbrücke über den Neckar, gesprengt und die letzten Fliegerangriffe einen großen Teil der Wasser- und Stromversorgung unbrauchbar gemacht hatten.[28] Mit Hilfe von Kriegsgefangenen und der Zwangsverpflichtung aller Männer zwischen 17 und 80 Jahren, später auch der Frauen zwischen 15 und 44 Jahren, konnten die dringendsten Aufräumarbeiten an den öffentlichen Einrichtungen erledigt und die meisten Zerstörungen rasch, wenn auch meist nur provisorisch behoben werden. Schon im Juni 1945 verkehrten die ersten Züge wieder in die Nachbarstädte Rottenburg und Herrenberg. Seit Oktober fuhren sie bis nach Stuttgart, und im Sommer darauf war das Streckennetz der Bahn um Tübingen herum schon vollständig wiederhergestellt, allerdings schränkte der mit den Zonengrenzen verbundene Passierscheinzwang die Bewegungsfreiheit weiterhin stark ein.[29]

Schon im Dezember gab es wieder 500 Telefonanschlüsse. Eine regelmäßige Versorgung durch die Post wurde dagegen erst im Herbst wieder möglich. Anders als bei den öffentlichen, von der Militärregierung beschlagnahmten Einrichtungen blieben die abgedeckten Dächer und zerborstenen Fenster an den Privathäusern aber noch lange nur notdürftig geflickt.

Relativ lange dauerte auch die Wiederherstellung eines regelmäßigen Schulbetriebs, da die meisten Schulgebäude mit Besatzungssoldaten und Evakuierten belegt waren. Deshalb beklagte Hauptlehrer Günther im Sommer 1945 vor der „Demokratischen Vereinigung" den „bedenklichen Grad der Verwahrlosung der Jugend".[30] Die unterrichtsfreie Zeit endete erst im Oktober. Aus Raummangel mussten die Schüler allerdings noch lange auch nachmittags die Schule besuchen. Die Wildermuthschule stand sogar erst 1955 wieder für den deutschen Schulbetrieb zur Verfügung, da die Militärregierung dort das erste französische Gymnasium in ihrer Zone eingerichtet hatte.[31]

Ernste Schwierigkeiten verursachte die Ernährungslage. Das Kriegsende hatte den Nachschub an Lebensmitteln und Rohstoffen aus den besetzten Gebieten, der das Leben während des Kriegs für Deutsche erträglich gemacht hatte, gekappt. Frankreich suchte in der von ihm besetzten Zone einen Ausgleich für die durch die deutsche Besatzung verursachten Schäden im eigenen Land.



Eine tägliche Mahlzeit durch die Hoover-Speisung aus der Volksküche ergänzte seit 1949 die mangelhafte Ernährung der Schülerinnen und Schüler. (Foto: Stadtarchiv Tübingen)

Erstmals bekamen deshalb die Tübinger die Auswirkungen einer katastrophalen Ernährungssituation zu spüren. Requisitionsforderungen folgten auf Requisitionsforderungen – einquartierte Soldaten, Mitarbeiter der Zonenregierung und der große Stab der Militärkreisregierung mussten unterhalten, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter versorgt werden. „Unsere Stadt ist von den vielen Requirierern ganz ausgeräumt", klagte die „Demokratische Vereinigung". „Es ist geradezu katastrophal, dass nur ein kleiner Teil von Deutschland für das ganze Reich bluten muss."[32] Während die Besatzungskosten 1946 in der amerikanischen Zone 95 Reichsmark und in der britischen Zone 112 Reichsmark je Einwohner betrugen, belastete die französische Militärregierung die Bevölkerung mit 200 Reichsmark je Einwohner.[33]

Die meisten Lebensmittel waren nur auf Karten zu erhalten, doch mit sinkenden Vorräten sanken auch die Versorgungssätze. Im Sommer 1946 erhielt ein Normalverbraucher in Tübingen nur noch 1 500 Gramm Brot, 100 Gramm Fleisch, 50 Gramm Käse und einen Viertelliter Magermilch pro Woche. Erst nach der Währungsreform, Ende 1948, betrug die Versorgung erstmals wieder 2 000 Kalorien pro Tag. CARE-Pakete, die dem aus Tübingen-Kilchberg gebür-

tigen Amerikaner Robert Hauser zu verdanken waren, und die Schweizerhilfe halfen, wenn auch nur punktuell. Auch die Hamsterfahrten aufs Land waren längst nicht mehr so erfolgreich wie unmittelbar nach dem Krieg.[34] Unterernährung machte sich breit und führte zu einem deutlichen Anstieg der Tuberkuloseerkrankungen und Säuglingssterblichkeit. Als Letztere im Sommer 1946 einen Höhepunkt erreichte, organisierte Oberbürgermeister Hartmeyer eine Volksküche. Täglich gab die Selbsthilfeeinrichtung, seit 1949 durch die Hoover-Speisung ergänzt, bis zu 3 600 Eintopfgerichte aus. Erst im Sommer 1950 stellte sie ihre Tätigkeit ein.[35] Mit dem Wirken von Oberbürgermeister Hartmeyer waren weitere pragmatische Hilfsmaßnahmen wie die Einrichtung von stadtnahen Kindererholungsheimen und die Organisation von Kindergartenspeisungen verknüpft.[36] Trotz seiner anfänglichen Beliebtheit unterlag der sozialdemokratische Politiker Ende 1948 bei der neuen Oberbürgermeisterwahl dem parteilosen Dr. Wolf Mühlberger (1899–1983). Kurz zuvor hatte Hartmeyer mit der Erneuerung des traditionsreichen Marktbrunnens noch ein symbolträchtiges Zeichen für die erste Tübinger Nachkriegszeit gesetzt: ein Neuanfang als Restauration des Alten.[37]

Ein weiteres, drängendes Problem der Nachkriegszeit bildete die Not der Kriegsversehrten. An die 14 000 Kriegsversehrte lebten allein in dem württembergischen Teil der französischen Zone. Mehr als ein Drittel der Tübinger Studenten waren 1947 arm- oder beinamputiert. Deshalb richtete die Militärregierung ein zentrales Versorgungskrankenhaus ein.[38] Anfangs wurden die Kriegsversehrten in der ehemaligen Reichssanitätsschule in der Keplerstraße versorgt – in einem Bau also, der mit dem vergeblichen Versuch des NS-Regimes verknüpft war, ein ideologisches Gegengewicht gegen die traditionelle Hochschulbildung zu setzen. Später zog das Versorgungskrankenhaus, dessen Leitung Theodor Dobler hatte, in das ehemalige Standortlazarett auf dem Sand, am nördlichen Rand der Stadt. In die ehemalige Reichssanitätsschule zog das Landwirtschaftsministerium ein.

Als größtes Problem der Nachkriegszeit stellte sich indes in Tübingen der fehlende Wohnraum heraus. Schon während des Krieges hatte sich bei den zahlreichen Evakuierungen empfindlich bemerkbar gemacht, dass das NS-Regime mit Beginn der forcierten Aufrüstung den öffentlichen Wohnungsbau fast ganz eingestellt hatte. In der kaum luftkriegsgefährdeten Stadt hatten zahlreiche Menschen aus den gefährdeten Gebieten Zuflucht bei Verwandten gesucht. Zudem waren mehrere tausend Bombengeschädigte aus Stuttgart sowie Evakuierte aus dem Rheinland und Berlin eingewiesen worden. Nach dem Zusammenbruch folgten aus dem Osten Verschleppte und heimatlos Gemachte, sogenannte Displaced Persons. Die erste Volkszählung nach dem Krieg ergab daher im Januar 1946 für Tübingen einen Bevölkerungsanstieg von über



Am 3. Juli 1948 wurde der wiederhergestellte Brunnen auf dem Marktplatz enthüllt. Dafür wurde die Figur des Neptun aus französischem Waffenschrott nach altem Vorbild erneuert. (Foto: Stadtarchiv Tübingen)



Ein Beitrag zur Beseitigung der Wohnungsnot: die 1949 errichteten „Professorenhäuser" für Universitätsangehörige. (Foto: Stadtarchiv Tübingen)

elf Prozent gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr. Zu den 35 000 Einwohnern kamen weitere 3 500 Studierende.[39]

Die mit dem Einmarsch in die Stadt strömenden Soldaten und Militärs verschärften die Wohnraumnot. Die Militärregierung beanspruchte Unterkünfte für ihre Angehörigen und Dienststellen. Noch im April 1945 musste die modernste Klinik der Universität, die 1934 in Betrieb genommene Neue Chirurgie, an die Besatzungsmacht übergeben werden. Ende des Jahres waren neben den Kasernen und Schulen etwa 450 Wohnungen und über 1 000 Einzelzimmer sowie alle größeren Hotels, Studentenhäuser und die meisten Büros und Läden beschlagnahmt. Flüchtlinge, Evakuierte und die aus ihren Wohnungen Ausgewiesenen konkurrierten mit entlassenen Zwangsarbeitern, neuen Landesbeamten und wieder zugelassenen Studenten um den raren Wohnraum, der in der Behördenstadt nicht von den zahlreichen Militärangehörigen und Landesdienststellen beschlagnahmt war. Nahezu alle Wohnungen waren überbelegt. Mit der Einrichtung jeder neuen Dienststelle wuchs die Wohnungsnot und sank gleichzeitig das Verständnis der Tübinger für die Beschlagnahmungen sowie für die Not der Evakuierten und Flüchtlinge. Selbst in den Protokollen der „Demokratischen Vereinigung" schlug sich das fehlende Mitgefühl nieder.[40]

Trotz der Zuzugssperre, die im Herbst 1945 vorübergehend verhängt wurde, stand das Wohnungsamt vor unlösbaren Aufgaben. Abhilfe hätten Neubauten gebracht, doch die wurden noch jahrelang durch fehlende Genehmigungen und ausbleibende Materialzuweisungen der Militärregierung blockiert. Erst nach der Währungsreform schufen zwölf neue, mehrstöckige Häuser in der Schaffhausen- und in der Rheinlandstraße erste Entlastung. Zentrumsnah wurden zudem sechs Behelfshäuser aus Holz in der Mörikestraße errichtet.

In eines dieser sogenannten Professorenhäuser zog Theodor Eschenburg (1909–1999), den die Militärregierung im Januar 1946 zum „Landeskommissar für das Flüchtlingswesen" ernannt hatte. Ihm oblag die angeordnete strikte Rückführung der Evakuierten. Bis September 1946 hatte er die Zahl der Evakuierten auf etwa 2 500 reduziert. Die Rückführung der Zwangsverschleppten hatte bereits im Juli 1945 eingesetzt, doch lebten 1947 noch 900 Displaced Persons in Tübingen.[41] Die Zuweisung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen, die mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 begann, hatte die Einwohnerzahl bis 1953 zudem noch einmal um 7 000 Menschen erhöht und zu vielfältigen Reibereien zwischen Einheimischen und Flüchtlingen aus der Sowjetzone geführt. Erst Mitte der 1950er Jahre lockerte sich die Wohnraumnot, als mit dem Neubau von 16 Wohnblöcken für die Angehörigen der französischen Besatzungssoldaten im Süden der Stadt, zwischen Hechinger Straße und Steinlach, die letzten beschlagnahmten Wohnungen zurückgegeben wurden. Als 1955 der Besatzungsstatus aufgehoben wurde, lebten noch etwa 2 000 französische Soldaten in der Stadt.

Die massierte Unterbringung der französischen Besatzungsangehörigen in der Südstadt, wo sich drei Kasernen befanden, hat zur Wahrnehmung dieses Gebiets als „Französisches Viertel" geführt. Tradierte Feindbilder und die anfänglich rigiden Auflagen der Besatzungsmacht, aber auch die brutalen Erfahrungen vieler Frauen beim Einmarsch grenzten das Wohngebiet der französischen Armeeangehörigen, deren Frauen und Kinder rasch nachgezogen waren, lange aus dem Erfahrungsraum der meisten Tübinger aus. An dieser unsichtbaren Grenzziehung änderte auch die 1960 als eine der ersten Städtepartnerschaften geschlossene Jumelage zwischen Tübingen und Aix-en-Provence nicht wirklich etwas. Deshalb ging 1991 die „Franzosenzeit" mit dem Abzug der letzten französischen Armeeangehörigen von den meisten Tübingern weitgehend unbemerkt zu Ende.[42]

Wiederaufnahme des Universitätsbetriebs und Entnazifizierung an der Hochschule

Bis zur Währungsreform im Juni 1948 prägten Tauschverkehr, Notbehelfe und Schwarzmarkt den Nachkriegsalltag der Tübinger. In den Straßen roch es, folgt

man einer Reportage von Thaddäus Troll aus dem April 1946, „nach schlechtem Tabak, Chanel No. 5 und nach markenfreiem Weißkohl. Die Studenten waren dankbar, dass sie dem Krieg und dem politischen Terrorismus entronnen waren, sie waren fleißig und sahen eher wie pünktliche Buchhalter aus, die sich das Wohlwollen des Chefs verdienen wollten." [43]

In der Tat herrschten an der Hochschule schnell wieder Alltag und Normalität des Lehrbetriebs mit Vorlesungen, Seminaren und Promotionen. Angesichts der Beteiligung der Universität an den Verbrechen des Nationalsozialismus war es „eine gespenstische Normalität", wie Walter Jens 1977 formulierte: „keine Trauerarbeit, kein Eingeständnis der Schuld, keine Bestandsaufnahme, keine vom Geist der Gewissenserforschung bestimmte Selbstreflexion, keine Aufarbeitung einer Geschichte, die längst entschieden war, als sie, 1933, scheinbar begann."[44]

Mit Einberufung des Kleinen und Großen Senats kehrte die Universität, nachdem unbelastete Professoren den seit 1939 amtierenden nationalsozialistischen Rektor Otto Stickl sowie die nationalsozialistischen Dekane zum Rücktritt genötigt hatten, Mitte Mai mit dem unbelasteten Germanisten Hermann Schneider an der Spitze zu ihrer alten Verfassung aus der Zeit vor 1933 zurück. Doch ihr Wunsch, die Säuberung der Hochschule in der Hand behalten zu können, erfüllte sich nicht. Auf Ansätze einer politischen „Selbstreinigung" durch einen universitären Ausschuss folgte eine systematische „épuration" durch die Besatzungsbehörde, seit Anfang 1948 schließlich durch Spruchkammern. Dennoch konnten schon Ende August 1945 die beiden als am wenigsten belastet geltenden Theologischen Fakultäten ihren Betrieb wieder aufnehmen. Für alle anderen Fakultäten begann das erste Nachkriegssemester am 15. Oktober 1945. Unter den knapp 400 Studierenden, deren Zahl im Lauf des Semesters auf über 3 000 anwachsen sollte, waren keine 15 Prozent Frauen. Die meisten Studenten waren entlassene Soldaten. Um die im Krieg nur verkürzt unterrichteten Abiturienten auf das Studium vorzubereiten, wurde in der ehemaligen Deutschen Burse das Leibniz-Kolleg eingerichtet.[45] Drei Jahre später war die Zahl der Studierenden bereits auf nahezu 5 000 angestiegen. Von da an regelte ein rigoroser Numerus clausus den Zustrom.[46]

Die frühe Wiederaufnahme des Hochschulbetriebs ist wesentlich mit der Person Carlo Schmids verknüpft. Als „vorsitzender" Landesdirektor hatte er, wie Theodor Eschenburg berichtete, die beschlagnahmten Institute von der Besatzungsmacht „freigekämpft". Schmids weitblickendem Engagement und seiner diplomatischen Zusammenarbeit mit dem französischen Kulturoffizier René Cheval waren auch die vielen Neuberufungen herausragender Wissenschaftler und Gelehrter zu verdanken. So konnten der Theologe Helmut Thielicke (1908–1986), der Pädagoge Eduard Spranger (1882–1963), der Religionsphi-

losoph Romano Guardini (1885–1968), der Philosoph Wilhelm Weischedel (1905–1975) sowie der Indologe und Religionswissenschaftler Helmuth von Glasenapp (1891–1963) nach Tübingen geholt werden. Als Direktor des im Krieg nach Tübingen verlegten Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie kam 1946 auch der Nobelpreisträger Adolf Butenandt (1903–1995) an den Neckar.[47] Nicht zuletzt diese Wissenschaftler, die beim allwöchentlichen Dies academicus von allen Fakultäten gehört wurden, waren es, die dafür sorgten, dass sich die Universität Tübingen wieder einen guten Ruf erwarb und eine große Anziehungskraft entwickelte. So bewahrheitete sich letztlich das Konzept der französischen Besatzungsbehörden, das Kultur als Mittel der Umerziehung einsetzte und förderte.

Frühe kulturelle Blüte

Für die Tübinger bedeutete die Etablierung der Landesregierung von Südwürttemberg-Hohenzollern, wie zu sehen war, eine spürbare Belastung. Die neue Funktion der Stadt bescherte aber auch ein großes und ungewohntes Angebot an kulturellen Aktivitäten und Attraktionen. Zwölf Jahre nationalsozialistischer Gängelung und Indoktrination, die trotz aller anfänglichen Begeisterung zunehmend auf Überdruss gestoßen waren, hatten einen immensen Hunger nach freien, nicht verordneten Angeboten geweckt. Schon unmittelbar nach dem Einmarsch, in der Zwischenphase zwischen dem Zusammenbruch nationalsozialistischer und dem Aufbau neuer Kultur- und Bildungseinrichtungen, fanden erste kulturelle Veranstaltungen statt: Mitte Juni 1945 gaben Studenten im Festsaal der Universität ein erstes Kammerkonzert. Es sollte zur Gründung eines Städtischen Kammerorchesters führen, das 1947 mit dem Reutlinger Symphonieorchester fusionierte. Ende Juli waren es wiederum Studenten, die als „Tübinger Kammerspiele“ mit George Bernard Shaws „Pygmalion“ und Heinrich Kleists „Der zerbrochene Krug“ die ersten Theatervorstellungen nach dem Krieg aufführten. Im August lockte die Freilichtaufführung von Shakespeares „Romeo und Julia“ unter Günther Stark tagelang hunderte von Tübingern auf den Marktplatz. Mit bekannten Schauspielern wie Theodor Loos, Rudolf Fernau, Elisabeth Flickenschildt und Hannes Messemer, die es in die unzerstörte Stadt verschlagen hatte, wurde im Oktober ein Städtisches Schauspielhaus eröffnet, der Vorgänger des heutigen Landestheater Tübingen. Und im September hob Kirchenmusikdirektor Walter Kiefner mit einem ersten Motettenabend nach dem Vorbild der Musikandachten in der Leipziger Thomaskirche eine Veranstaltungsreihe aus der Taufe, die bis heute Bestand hat.[48]

Die Besatzungsbehörden förderten das Aufblühen der Kultur in ihrer Zonenhauptstadt. Sie sahen darin ein Mittel der Umerziehung wie der eigenen Profi-



„Morgen kommt ein neuer Tag!": Das Tübinger Schauspielhaus spielte 1946 Calderon in einer Nachdichtung von Carlo Schmid und Karl Ballhaus, wie dieser Programmzettel zeigt. (Abbildung: Stadtarchiv Tübingen)

lierung. So wurden die ersten Zeitungen und Verlage der französischen Zone in Tübingen zugelassen. Im September 1945 erschien die erste Ausgabe des „Schwäbischen Tagblatts", herausgegeben von Josef Forderer, Hermann Werner und Will Hanns Hebsacker. Aus der anfänglichen Auflage von 50 000 Exemplaren waren Mitte 1946 schon 200 000 geworden. Allerdings erschien die Zeitung infolge der Papierknappheit lange Zeit nur zweimal pro Woche. Daneben gab es weiterhin das Nachrichtenblatt der Militärregierung und seit Ende November 1945 auch noch das Amtsblatt des Staatssekretariats für Württemberg-Hohenzollern.

Als erster Verlag der französischen Zone erhielt der Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins eine Lizenz. Andere alteingesessene Verlage (J. P. Mohr, Lauppsche Buchhandlung) und die im Krieg nach Tübingen verlagerten Betriebe (Furche Verlag, Ernst Wasmuth, Max Niemeyer) folgten.[49] Ein Radiosender wurde ebenfalls installiert. Er nahm im März 1946 seinen Betrieb – weitgehend auf Französisch – auf. Später wurde daraus der Südwestfunk.

Zu vielen Veranstaltungen gaben die französischen Besatzungsbehörden den Anstoß. So auch zum ersten „Tübinger Kunstgebäude", das im Dezember 1945 in der ehemaligen Antiken-Sammlung der Universität (Nauklerstraße), das noch kurz zuvor als Lager für kriegsgefangene Polen und Russen gedient hatte, von dem Kunsthistoriker Georg Weise eingerichtet wurde. Programm und Besucherfrequenz der Ausstellungen vermitteln ebenso wie beim Theater eine Vorstellung von den Themen, die die Tübinger nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus beschäftigten. Offensichtlich war das mehr die Suche nach und die Selbstvergewisserung an einer vermeintlich überzeitlichen Schönheit und Harmonie als die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des gerade zusammengebrochenen Regimes und der jahrelang unterschlagenen Entwicklung der modernen Kunst. So war der größte Publikumsmagnet bis zum Ende der „Kunsthalle" im Mai 1949 eine Ausstellung mit ausgelagerten „Meisterwerke(n) aus Kölner Museen und der Württembergischen Staatsgalerie", die im Winterhalbjahr 1945/46 zu sehen war. Als im Jahr darauf Werke der von den Nationalsozialisten als „entartet" verfemten Moderne ausgestellt wurden, erreichten diese dagegen nur ein Viertel der vorhergegangenen 44 000 Besucher und (ver-) störten viele von diesen.[50]

Wenig aufgeschlossen für die künstlerische Moderne zeigte sich auch das Theaterpublikum. „Diese Stadt hat kein Theaterklima, sie ist, weil sie rein baulich ziemlich unbeschädigt geblieben ist, dauernd auf der Flucht vor sich selbst in ein Land jenseits unsres blutigen Planeten", kritisierte 1947 die „Stuttgarter Wochenpost". Die „Frankfurter Rundschau" monierte, „dass in der Hölderlinstadt, die 3 500 Studenten in ihren Mauern hat, das ‚moderne Theater' abgelehnt wird!"[51] Stücke, die sich mit der eben zu Ende gegangenen faschistischen Zeit

auseinandersetzen, sucht man in der Tat vergeblich auf den Tübinger Programmzetteln dieser Zeit. Die Aufführung von Wolfgang Borcherts Antikriegsdrama „Draußen vor der Tür" verbot allerdings die französische Besatzungsbehörde.[52]

Entnazifizierung und Umgang mit der Vergangenheit

Die ersten Säuberungsmaßnahmen waren in der Stadt durchaus spürbar. Hermann Werner, der Chronist der Tübinger Nachkriegszeit, berichtete: „Die Nationalsozialistische Partei war wie vom Erdboden verschwunden."[53] An der Hochschule war die politische Säuberung anfangs sogar einschneidend. Kurzfristig wurde im ersten Nachkriegssemester mit 110 Hochschullehrern immerhin mehr als die Hälfte der Lehrenden entlassen, allerdings mit dem Recht auf ein Wiedereinsetzungsgesuch. Betrachtet man die jeweiligen Begründungen, fällt auf, wie uneinheitlich die Auffassung über den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes war. Einsicht in die Beteiligung der eigenen Institution an und Einbindung in diese Verbrechen war kaum vorhanden. Einen Diskurs darüber gab es nicht.

Die meisten ehemaligen Parteigenossen sahen sich nun als Opfer. Selbst die „Demokratische Vereinigung", immerhin der Zusammenschluss der Widerständigen und Nazigegner vor Ort, sprach verharmlosend von einem „Nazispuk" und warf der „Clique der Nazis" vor allem vor, zwölf Jahre lang „ein Schlemmer- und Faulenzerleben" geführt zu haben. Die Beteiligung von Tübingern an den Verbrechen der NS-Zeit, allen voran die Kriegsverbrechen des eigenen Ex-Oberbürgermeisters, wurden dagegen von dem Gremium nie ernsthaft zum Thema gemacht. Wohl aber organisierte die DV die Vorführung eines Films und zwei Vorträge von Zeitzeugen über die Situation in den Konzentrationslagern.[54] Enttäuscht waren die Veranstalter allerdings über das geringe Interesse: „Leider ist das deutsche Volk vergesslicher denn je", stellte sie schon Ende 1945 fest.[55]

An der Hochschule war das Beschweigen der Verbrechen noch massiver. Gegenüber dem eigenen Versagen herrschte Blindheit. Falsch verstandenes Korpsgefühl, Standesdenken und die Kontinuität konservativer Grundüberzeugungen verhinderten bei den meisten Professoren und Dozenten die bittere Einsicht in die eigene Verantwortlichkeit. Als Ende Oktober zwanzig amtsentlassene Hochschullehrer verabschiedet wurden, nahm Rektor Hermann Schneider für die Hochschule in Anspruch: „Unsere Universität hat, ich rühmte es schon, ihr Schild blank erhalten."[56] Die Entlassenen bat er: „Ich bitte sie doch: Bleiben Sie die Unseren, wie wir Sie als unsere Kollegen nach wie vor betrachten und hochachten werden." Zu den solcherart Rehabilitierten gehörten der Rassenhygieniker Wilhelm Gieseler, der Anatom und SS-Sturmbannführer Robert Wetzel, der Theologe Gerhard Kittel und Hans Fleischhacker, ein ehemaliger

Mitarbeiter im Reichssicherheitshauptamt und Assistent am Rassenbiologischen Institut – alle exponierte Vertreter rassistischer NS-Ideologie.

Ähnlich unverständlich scheint heute Helmut Thielickes Reaktion auf Karl Barth, der im November 1945 im dicht besetzten Festsaal über eine Kollektivschuld der Deutschen sprach und einen „Verzicht auf Anklagen" anmahnte. Prompt rechnete Thielicke in seiner Erwiderung den Alliierten die Fehler ihres „Kreuzzugs gegen den Nationalsozialismus" vor. [57]

Die Kritik an der schematischen Entnazifizierungspraxis, die eine Inflation von „Persilscheinen" hervorbrachte, war verständlich. Tatsächlich ging der anfangs durchaus vorhandene Säuberungswille in der Masse der Bagatellfälle unter, die das „Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus" zu behandeln vorschrieb. Die Spruchkammern, von denen es sechs in Tübingen gab, pervertierten im Lauf der Zeit auch in der französischen Zone zu „Mitläuferfabriken".[58] Vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Kriegs führten wiederholte Kurskorrekturen der Militärregierung zur massenhaften Weiterbeschäftigung belasteter und zur Wiedereinstellung entlassener Beamter. Die meisten Mitarbeiter der Tübinger Stadtverwaltung wurden auf diese Weise rehabilitiert: Mitte 1949 waren 55 von 62 kommunalen Beamten in Tübingen ehemalige Mitglieder der NSDAP.[59] Bis Mitte der 1950er Jahre war auch nahezu die Hälfte der entlassenen Ordinarien und Extraordinarien an die Universität zurückgekehrt.[60] Angesichts der allgemeinen Schlussstrich-Mentalität fand eine Neuorientierung deshalb auch erst ganz allmählich statt, und es sollte noch Jahrzehnte dauern, bis die Universität, angestoßen durch die Studentenzeitung „notizen" begann, sich ernsthaft mit ihrer Rolle im Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Bei der Stadt sollte es noch länger dauern.

Kennzeichnend für die Nachkriegszeit ist die fehlende Einfühlung in die Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen, das Ausblenden ihrer Erfahrung.[61] Gelegenheit zur Auseinandersetzung damit hätte es genug gegeben: Per Maueranschlag hatten die Franzosen über die Verbrechen in den Lagern informiert.[62] Spektakulärste Aufklärungsmaßnahme war die erzwungene Anwesenheit der Bevölkerung bei der Exhumierung von 120 NS-Opfern des KZ-Außenlagers Natzweiler-Struthof in Hailfingen.[63] Doch die als Erziehung gedachte Aktion löste, wie der Protokollant der DV enttäuscht vermerkte, nur „maßlose Erbitterung" aus: Da sich die ebenfalls anwesenden Kriegsgefangenen zu Gewalttätigkeiten hatten hinreißen lassen, konnten die Angegriffenen ihr Schuldgefühl auf diese abwälzen. Als im Februar 1946 der Dokumentarfilm „Quer durch die KZs" gezeigt wurde, ließen, wie Professor Kamke kritisierte, seine Kollegen wenig Interesse erkennen.[64] Auch der Synagogenbrand, der im November 1946 in Tübingen verhandelt wurde, fand wenig Aufmerksamkeit. Die deportierten und vernichteten Tübinger Juden schienen vergessen. Es war der Schoa-Überleben-



„Von den Nazis gemordet …": Der Gedenkstein nennt die 14 ermordeten Tübinger Juden, deren Schicksal 1946 bekannt war. Er wurde 1946 für den Jüdischen Friedhof in Wankheim von einem Überlebenden in Auftrag gegeben. (Foto: Stadtarchiv Tübingen)

de Viktor Marx, der mit einem Gedenkstein auf dem jüdischen Friedhof in Wankheim schon im April 1946 an sie erinnerte. Der Tübinger Gemeinderat beschloss erst über dreißig Jahre später, 1978, einen Gedenkstein auf dem Grundstück der ehemaligen Synagoge zu setzen. Erste Grundlage für die kommunale Aufklärung bot Lilli Zapf 1974 mit ihrer Dokumentation über die Tübinger Juden.[65]

Anmerkungen

1 Tübinger Chronik vom 13. April 1945.
2 Benigna Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz, S. 368–372.
3 Tübingen 1945. Eine Chronik von Hermann Werner; Wilfried Setzler/Benigna Schönhagen/Hans-Otto Binder: Kleine Tübinger Stadtgeschichte.
4 Siehe die Zeitzeugenberichte in: Tübingen 1945. Eine Chronik von Hermann Werner, S. 189–192 sowie in: Vorbei und vergessen. Nationalsozialismus in Tübingen, S. 9 und 404f. sowie Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, S. 76 (Helga Hofer). Vgl. auch die

Auszüge aus dem Tagebuch von Helene Stracke, Schwäbisches Tagblatt vom 27. März 1986, sowie die Stimmen aus dem Landkreis in Wolfgang Sannwald (Hrsg.): Einmarsch, Umsturz, Befreiung.

5 Annemarie Hopp/Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): Feinde, Freunde, Fremde, Erinnerungen an die Franzosenzeit, S. 78 f.

6 Ebd., S. 71.

7 Stadtarchiv Tübingen, A 150 Nr. 5/5584; vgl. auch Waltraud Balbarischky, in: Tübingen 1945. Eine Chronik von Hermann Werner, S. 185–187; zu den Vergewaltigungen im Kreisgebiet siehe Wolfgang Sannwald (Hrsg.): Einmarsch, Umsturz, Befreiung, S. 13 f.

8 Annemarie Hopp/Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): Feinde, Freunde, Fremde, Erinnerungen an die Franzosenzeit, hier S. 9 und S. 74.

9 Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, S. 29.

10 Philippe Weber: Ein Franzose erinnert sich, in: Annemarie Hopp/Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): Feinde, Freunde, Fremde, Erinnerungen an die Franzosenzeit, S. 67.

11 Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, S. 195 f. und S. 20; Frank Raberg: Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern; Wilfried Setzler/Benigna Schönhagen/Hans-Otto Binder: Kleine Tübinger Stadtgeschichte, S. 194–196. Hier auch zum Folgenden.

12 Tübingen 1945. Eine Chronik von Hermann Werner, S. 101; Benigna Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz, S. 274–280; Benigna Schönhagen (Hrsg.): Vorbei und vergessen, S. 348.

13 Stadtarchiv Tübingen, E 10/N11: Protokollbuch der Demokratischen Vereinigung; vgl. auch: Arbeitertübingen. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in einer Universitätsstadt, S. 27–243; Michaela Häffner: Die Demokratische Vereinigung 1945–1946.

14 Stadtarchiv Tübingen, E 10/N11: Protokollbuch der Demokratischen Vereinigung.

15 Benigna Schönhagen: Örtlich betäubt.

16 Im März 1949 stellte sich der untergetauchte Kreisleiter freiwillig, wurde als „Belasteter“ eingestuft und unter Anrechnung einer einjährigen Untersuchungshaft zu zweieinhalb Jahren Internierung verurteilt. 1956 wurde er wieder als Lehrer angestellt. Dr. Ernst Weinmann stellte sich Ende 1945 den Franzosen. Sie lieferten ihn nach Jugoslawien aus, wo er wegen seiner Beteiligung an der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik zum Tode verurteilt und am 20. Januar 1947 in Belgrad als Kriegsverbrecher hingerichtet wurde. Vgl. hierzu Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, S. 95–97.

17 Unter den Verhafteten waren die Hochschullehrer Gustav Bebermeyer, Karl Fezer, Wilhelm Gieseler, Jakob Wilhelm Hauer, Gerhard Kittel, Hans Reihlen, Willy Usadel, Joseph Vogt. Letzterer wurde wieder entlassen, als sich herausstellte, dass es sich um

eine Namensverwechslung handelte. Für die Entlassung des Stiftsephorus Fezer setzte sich der evangelische Kirchengemeinderat erfolgreich ein. Auch Usadel und Reihlen wurden rasch wieder entlassen und Bebermeyer, der zu den herausragenden Profiteuren des Regimes gezählt hatte, erhielt den Status eines Häftlingspatienten. Siehe Tübingen 1945. Eine Chronik von Hermann Werner, S. 95 f.; Stefan Zauner: Die Universität Tübingen 1945 bis 1949.

18 Stadtarchiv Tübingen, E10/N11: Protokollbuch der Demokratischen Vereinigung, Sitzung vom 4. September 1945 und vom 16. Januar 1946.

19 Schwäbisches Tagblatt vom 4. Januar 1946.

20 Stadtarchiv Tübingen, E10/N11, Protokollbuch der Demokratischen Vereinigung, Bericht über die Zeit vom 19. April bis 30. Juni 1945.

21 Stadtarchiv Tübingen, E 10/N11, Protokollbuch der Demokratischen Vereinigung.

22 Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, S. 51.

23 Ebd., S. 53.

24 Ebd., S. 171–173.

25 Stadtarchiv Tübingen, Gemeinderatsprotokoll 11. Januar 1946; Benigna Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz, S. 370.

26 Elisabeth Timm: Tübingen, in: Wolfgang Sannwald (Hrsg.): Einmarsch, Umsturz, Befreiung, S. 195–202.

27 Wilfried Setzler/Benigna Schönhagen/Hans-Otto Binder: Kleine Tübinger Stadtgeschichte, S. 197–202.

28 Wiedergeburt des Geistes. Die Universität Tübingen im Jahre 1945, S. 15–33.

29 Bekanntmachung Nr. 7 der Stadtverwaltung über die Meldepflicht beim Arbeitsamt der Jahrgänge 1929 und 1930 bei Androhung des Entzugs der Lebensmittelkarten; vgl. Tübingen 1945. Eine Chronik von Hermann Werner, S. 93 f.

30 Stadtarchiv Tübingen, E10/N11, Protokollbuch der Demokratischen Vereinigung, Bericht über die Zeit vom 19. April bis 30. Juni 1945.

31 Das Collège wurde nach dem französischen Widerstandskämpfer Jacques Decour benannt, den die Nationalsozialisten 1942 hingerichtet hatten; vgl. Annemarie Hopp/Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): Feinde, Freunde, Fremde, Erinnerungen an die Franzosenzeit, S. 81 f.; Stadtarchiv Tübingen, E10/N11, Protokollbuch der Demokratischen Vereinigung.

32 Stadtarchiv Tübingen, E10/N11, Protokollbuch der Demokratischen Vereinigung: Protokoll vom 21. Juli 1945.

33 Benigna Schönhagen (Hrsg.): Vorbei und vergessen, S. 398.

34 Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, S. 160 und S. 170 f.

35 Ebd., S. 65 f.

36 Ebd., S. 64 ff.

37 Ebd., S. 112 f.

38 Ebd., S. 15 f.
39 Benigna Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz, S. 367 f.; Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt 1945–1952, S. 26, 78 und 91–95.
40 Stadtarchiv Tübingen, E10/N11, Protokollbuch der Demokratischen Vereinigung, Protokoll vom 21. Juli 1945 und vom 30. Januar 1946.
41 Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, S. 78 und S. 15.
42 Ebd.
43 Thaddäus Troll, in: Peter Roos: Genius Loci, S. 33 f.
44 Walter Jens: Ein deutsche Universität, S. 342 f.
45 Stefan Zauner: Universität Tübingen und Leibniz-Kolleg in der französischen Besatzungszeit 1945–1949.
46 Am Ende des Sommersemesters 1946 waren von ursprünglich 178 Lehrenden 57 suspendiert, vgl. Stefan Zauner: Streiflichter aus den Nachkriegsjahren.
47 Wiedergeburt des Geistes. Die Universität Tübingen im Jahre 1945, S. 85 ff. und 117 ff.
48 Tübingen 1945. Eine Chronik von Hermann Werner, S. 152–162; Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, S. 57–60.
49 Ebd., S. 99.
50 Benigna Schönhagen (Hrsg.): Vorbei und vergessen, S. 401 f.; Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, S. 35–39.
51 Annemarie Hopp: „Natur und Liebe – was gibt es mehr für uns?“ Theater im besetzten Tübingen, in: Annemarie Hopp/Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): Feinde, Freunde, Fremde, Erinnerungen an die Franzosenzeit, S. 53–56, hier S. 54.
52 Ebd., S. 55.
53 Tübingen 1945. Eine Chronik von Hermann Werner, S. 97.
54 Stadtarchiv Tübingen, E10/N11, Protokollbuch der Demokratischen Vereinigung; Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, S. 33–35.
55 Stadtarchiv Tübingen, E10/N11, Protokollbuch der Demokratischen Vereinigung, Sitzung vom 12. Dezember 1945.
56 Uwe Dietrich Adam: Hochschule und Nationalsozialismus, S. 153 f. und 201 f.
57 Schwäbisches Tagblatt vom 6. November 1945; Helmut Thielicke: Zu Gast auf einem schönen Stern, S. 247–251.
58 Lutz Niethammer: Die Mitläuferfabrik; vgl. auch Klaus-Dietmar Henke: Politische Säuberung unter französischer Besatzung.
59 Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, S. 72.

60 Stefan Zauner: Die Entnazifizierung (Épuration) des Lehrkörpers, S. 67.

61 Thielickes Mitgefühl bei seiner „Karfreitagspredigt" gegen die Entnazifizierung gilt den „Kriegsgefangenen und ihrem vieltausendfachen Hungertod" sowie den „vielen Flüchtlinge(n), die auf eiskalten Transporten in Viehwagen sterben und die gnadenloser verenden als das Vieh in den Schlachthäusern". Die ermordeten NS-Opfer werden nicht erwähnt; vgl. Helmut Thielicke: Zu Gast auf einem schönen Stern, S. 247.

62 „Diese Schandtaten: Eure Schuld" lautete die Schlagzeile. Das Plakat ist abgebildet bei Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, S. 34.

63 Am 9. September 1946 ordnete die Militärregierung erneut die Besichtigung eines Massengrabs, diesmal in Schömberg mit 1 755 Toten, an. Bürgermeister, Pfarrer, Lehrer und andere Honoratioren mussten sich, angeführt von Oberbürgermeister Hartmeyer, daran beteiligen. Vgl. ebd., S. 51.

64 Annemarie Hopp/Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.): Feinde, Freunde, Fremde, Erinnerungen an die Franzosenzeit, S. 50.

65 Benigna Schönhagen (Hrsg.): Vorbei und vergessen, S. 391–393; Lilli Zapf: Die Tübinger Juden. Eine Dokumentation, Tübingen 1974.

Literaturhinweise

Adam, Uwe Dietrich: Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich, Tübingen 1977.

Arbeitertübingen. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in einer Universitätsstadt, hrsg. vom DGB, Tübingen 1980.

Häffner, Michaela: Die Demokratische Vereinigung 1945–1946. Eine Studie zur Nachkriegsgeschichte am Beispiel Tübingens, Tübingen 1997.

Henke, Klaus-Dietmar: Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart 1981.

Hopp, Annemarie/Warneken, Bernd Jürgen (Hrsg.): Feinde, Freunde, Fremde. Erinnerungen an die Franzosenzeit, Tübingen 1995.

Jens, Walter: Eine deutsche Universität. 500 Jahre Tübinger Gelehrtenrepublik, München 1977.

Niethammer, Lutz: Die Mitläuferfabrik. Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin/Bonn 1982.

Raberg, Frank: Die Protokolle der Regierung von Württemberg-Hohenzollern, Bd. 1: Das Erste und Zweite Staatssekretariat Schmid 1945–1947, Stuttgart 2007.

Raberg, Frank: Gouverneursbesprechungen. Die deutschen Protokolle der Besprechung zwischen Vertretern der Regierung von Württemberg-Hohenzollern und der französischen Militärregierung in Tübingen 1945–1952, Eggingen 2007.

Rauch, Udo/Zacharias, Antje (Hrsg.): Sieben Jahre Landeshauptstadt: Tübingen und Württemberg-Hohenzollern, 1945–1952, Tübingen 2002.

Roos, Peter: Genius Loci. Gespräche über Literatur und Tübingen, Pfullingen 1978.

Sannwald, Wolfgang (Hrsg.): Einmarsch, Umsturz, Befreiung. Das Kriegsende im Landkreis Tübingen Frühjahr 1945, Tübingen 1995.

Schönhagen, Benigna: Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1991.

Schönhagen, Benigna (Hrsg.): Vorbei und vergessen. Nationalsozialismus in Tübingen, Tübingen 1992.

Schönhagen, Benigna: Örtlich betäubt. Der öffentliche Umgang mit dem Widerstand gegen das NS-System in Tübingen nach 1945, in: Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg durch Thomas Schnabel unter Mitarbeit von Angelika Hauser-Hauswirth, Ulm 1994, S. 295–309.

Setzler, Wilfried/Schönhagen, Benigna/Binder, Hans-Otto: Kleine Tübinger Stadtgeschichte, Tübingen 2006.

Thielicke, Helmut: Zu Gast auf einem schönen Stern, Hamburg 1984.

Tübingen 1945. Eine Chronik von Hermann Werner, bearb. und mit einem Anhang versehen von Manfred Schmid, Stuttgart 1986.

Wiedergeburt des Geistes. Die Universität Tübingen im Jahre 1945. Eine Dokumentation, bearb. von Manfred Schmid und Volker Schäfer, Tübingen 1985.

Zauner, Stefan: Die Universität Tübingen 1945 bis 1949. Aspekte der französischen Hochschulpolitik im besetzten Nachkriegsdeutschland, in: Bausteine zur Tübinger Universitätsgeschichte, Folge 9, hrsg. von Michael Wischnath, Tübingen 1999, S. 101–144.

Zauner, Stefan: Universität Tübingen und Leibniz-Kolleg in der französischen Besatzungszeit 1945–1949. Aspekte des akademischen Neubeginns im Nachkriegsdeutschland, in: Historisches Jahrbuch 119 (1999), S. 214–217.

Zauner, Stefan: Streiflichter aus den Nachkriegsjahren. Die Tübinger Universität unter französischer Kuratel, in: www.uni-tuebingen.de/uni/qvo/attempto6.

Zauner, Stefan: Die Entnazifizierung (Épuration) des Lehrkörpers. Von der Suspendierung und Entlassung 1945/46 zu Rehabilitierung und Widereinsetzung der Professoren und Dozenten bis Mitte der 1950er Jahre (unveröffentlichtes Manuskript).

Frank Raberg

Ulm – Untergang und Neuanfang in doppelter Randlage

Das Kriegsende 1945 bedeutete für Ulm Ende und Wende, Katastrophe und Chance zugleich – ein tiefer geschichtlicher Einschnitt, der aus dem Untergang des NS-Staates, der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und der Besetzung durch alliierte Truppen erwuchs. Die einstige Reichsstadt an der Donau, über Jahrhunderte eine der bedeutendsten Städte im deutschen Südwesten, war während des Krieges bis Ende 1944 fast völlig unversehrt geblieben. Nach den schweren alliierten Luftangriffen besonders vom Dezember 1944 und Februar 1945 war sie, wie auch die bayerische Schwesterstadt Neu-Ulm auf der anderen Seite der Donau, zu großen Teilen zerstört. Die Brücken über die Donau waren ebenso vernichtet wie das Schienennetz des Ulmer Bahnhofs, eines der wichtigsten in Württemberg. Der bedeutende Verkehrsknotenpunkt an der württembergisch-bayerischen Grenze war ins Mark getroffen. Nahrungs- und Rohstoffmangel bestimmten den Alltag der Menschen, die zum größeren Teil ihr Dach über dem Kopf verloren hatten und in Notunterkünften lebten. Die Bombenangriffe hatten allein 9 000 Wohnungen in Ulm zerstört. Was für Pforzheim, Bruchsal und Freudenstadt galt, sollte auch für Ulm gelten: Es war in nur dreißig Minuten in Schutt und Asche gesunken. Der Wiederaufbau sollte dreißig Jahre dauern.



Die Zerstörung der Bahngleise machte Ulms während eines Jahrhunderts gewachsenen Status als wichtige Drehscheibe des Eisenbahnverkehrs im Südwesten zunichte. (Foto: Stadtarchiv Ulm)

Ende und Wende 1945 – Auflösung und Beginn der Besatzung

Die Spitzen der politisch-administrativen Führung – Oberbürgermeister, Kreisleiter und Polizeidirektor – waren kurz vor dem Einmarsch französischer und US-amerikanischer Truppen, die die Region Ulm am 24. April 1945 erreichten, geflüchtet. Eine offizielle Übergabe der Stadt, die per „Führerbefehl" noch zur „Festung" erhoben worden war, ohne über die Möglichkeiten zu verfügen, sich den gegnerischen Armeen zu widersetzen, fand nicht statt.

Ulm und Neu-Ulm waren in den dem Einmarsch vorangegangenen letzten Kriegstagen von Fliegerangriffen nicht verschont geblieben. Am Morgen des 5. April wurden der Ulmer Güterbahnhof und der Bahnhof von Neu-Ulm beschossen, am 15. April war der Güterbahnhof erneut Ziel eines Bombenangriffs, am Tag darauf traf es den Söflinger Bahnhof. Für den 19. April 1945 sind wiederum massive, über den Tag verteilte Angriffe zu verzeichnen. An diesem Tag wurde vor allem die Eisenbahnbrücke über die Donau getroffen, im alten „Rotochsenkeller" neben der Neutorbrücke starben zahlreiche Menschen, die dort Schutz gesucht hatten. Die langen und schweren Arbeitstage der Einwohner, die Bahngleise notdürftig reparierten und die Aufräumung und Entschuttung in der schwer getroffenen Stadt ins Werk setzten, standen im Zeichen nervenaufreibender Fliegeralarme. Die Angriffe der Tiefflieger erfolgten dessen ungeachtet meist völlig unerwartet. Der alltägliche Terror des Krieges hielt Ulm in festem Würgegriff umklammert. Obwohl sich einige Ulmer, unter ihnen der spätere kommissarische Oberbürgermeister Karl Eychmüller, beim Kampfkommandanten, Oberst Fritz Teichmann, dafür verwendeten, die Sprengung der Donaubrücken zu verhindern, erfolgte am Vormittag des 24. April 1945 befehlsgemäß beim Anrücken der alliierten Truppen die Sprengung der Schiller-, Eisenbahn-, der Herd- und der Neuen Donaubrücke (heute Gänstorbrücke). Nur wenige Brücken, wie jene am Wiblinger Kraftwerk, blieben verschont, weil der Kampfkommandant davon überzeugt werden konnte, dass die Stadt bei einer Sprengung über Monate hinaus von der Strom- und Trinkwasserversorgung abgeschnitten sein werde. So zerstörten die Deutschen im Angesicht der sicheren Niederlage selbst, was die Bomben der Alliierten nicht getroffen hatten.

Französische Truppeneinheiten scheinen wenige Stunden vor den Amerikanern in die Ulmer Vororte einmarschiert zu sein. Es gibt Zeitzeugen, die französische Soldaten auf dem Münsterplatz gesehen haben wollen. Diese konnten aber die Gesamtstadt nicht besetzen. Anders als in Karlsruhe oder Stuttgart gelang es den Franzosen nicht, sich in Stadt und Kreis Ulm festzusetzen. Die badische und die württembergische Hauptstadt waren französisch besetzt worden, obwohl den im Verband der US-amerikanischen Armee operierenden französischen Truppen lediglich eine Mitwirkung an der Besatzung, nicht aber

eigenständige Besatzungen zugestanden war. Der „verspäteten" Besatzungsmacht Frankreich, die an den Konferenzen der „Großen Drei" in Jalta und Potsdam (Churchill, Roosevelt/Truman und Stalin) nicht teilgenommen hatte, ging es darum, „Faustpfänder" in die Hand zu bekommen, um eine gute Ausgangsposition für spätere Verhandlungen beim Zuschnitt der Besatzungszonen zu erlangen. Offenbar sollte nach dem Willen des provisorischen französischen Regierungschefs Charles de Gaulle zu diesem Zweck auch Ulm eingenommen werden. Aber die Franzosen scheiterten dort. In einem wenig später gefertigten amerikanischen Bericht über die Kampfhandlungen heißt es: „Im Laufe des Nachmittags des 24. April 1945 bereinigten die amerikanischen Streitkräfte, unterstützt von Einheiten der 1. französischen Panzerdivision, die letzten Widerstandsnester im alten Ulm."[1] Zuletzt wurde am frühen Abend dieses Dienstags die Wilhelmsburg eingenommen.[2]

Die amerikanischen Truppen, deren Vormarschtempo sich infolge von Benzinknappheit etwas verlangsamt hatte, nahmen trotz der Sprengung der Illerbrücke und der Gefahren bei der Überquerung des Flusses bei starker Strömung bis zum Abend des 24. April auch Neu-Ulm ein. Der erwähnte amerikanische Bericht schließt: *„Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass der deutsche Widerstand östlich der Iller noch organisiert war, der Rückzug westlich des Flusses jedoch Auflösungserscheinungen zeigte. Feindliche Marschkolonnen und Wehrmachtsgruppen wurden im rückwärtigen Gebiet gestellt, wobei eine deutsche Einheit beim Versuch, die Iller über einen von der 10. Panzerdivision errichteten Übergang zu überqueren, gefangen genommen wurde. Am 25. April 1945 waren die deutschen Artilleriegeschütze, Granatwerfer und Selbstfahrlafetten zum Schweigen gebracht. Die Stadt Ulm war gefallen.*[3] Zumindest von den Schrecken des Krieges war Ulm mit dem 24. April 1945 befreit. An seinen Folgen litt es noch viele Jahre lang.

Die Amerikaner waren auf die Organisation der Besatzungsverwaltung im Vergleich zu den anderen alliierten Mächten am besten vorbereitet. Auch für Ulm war frühzeitig die Einrichtung einer US-Militärregierung vorgesehen. Nach Abschluss der Besetzung wurde sie unverzüglich installiert, zunächst geführt von Major Mehlmann, nach ihm von Oberstleutnant Harlow und ab Dezember 1945 von Major Owen. Die Ulmer Militärregierung nahm ihren Sitz in der Villa Mendler im Galgenbergweg. Erst im Sommer 1948 zog sie in das Gebäude der Kreissparkasse unweit des Bahnhofsgeländes um. Sie regierte in einer Stadt, deren Lebensnerv nun zertrennt war.

Die Gesamtstadt Ulm war zu fast 55 Prozent, die Gewerbebetriebe waren zu annähernd 75 Prozent zerstört. Alles in allem waren von 11 115 Gebäuden 4 843 (43,5 %) total vernichtet worden, nur 1 173 Gebäude blieben unbeschädigt. Im Jahr 1939 waren in der Stadt rund 20 100 Wohnungen gezählt worden, 1945 galten davon mehr als 6 000 als nicht mehr reparaturfähig. Fast 4 500 Ulmer



Im Wettlauf mit von Südwesten herannahenden französischen Verbänden besetzten die Amerikaner die strategisch und geopolitisch bedeutsame Stadt. Ab Juli 1945 geriet Ulm durch die interalliierte Zoneneinteilung entlang des Verlaufs der Autobahn Karlsruhe – Stuttgart – Ulm in eine doppelte Randlage. (Foto: Stadtarchiv Ulm)

hatten im Krieg, als Soldaten oder als zivile Opfer, ihr Leben verloren. Die in großen Lagern um die Stadt verteilten Soldaten gerieten in Gefangenschaft, zahlreiche Zwangsarbeiter hingegen wurden befreit. Tausende von Flüchtlingen kamen in die Stadt und wurden in den Baracken auf dem ehemaligen Wehrmachtsgelände provisorisch und unter primitivsten Bedingungen untergebracht. Handel und Gewerbe waren wie Politik, Verwaltung und öffentliches Leben vollständig zum Erliegen gekommen. Die allgemeine Not führte in Verbindung mit einem gewissermaßen „rechtsfreien" Raum zu zahlreichen Plünderungen, wobei sich manche der Plünderer nicht scheuten, amerikanische Uniformen überzustreifen und – auf diese Weise geschützt – zu „requirieren".[4] Zahlreiche Wohnungen wurden zwangsweise geräumt. Für viele Menschen in Ulm hörten die Schrecken auch nach Kriegsende nicht auf. Man lebte in Angst und Unsicherheit. Wie sollte es weitergehen? Was würde noch kommen? Vom Informationsfluss war man vollständig abgeschnitten, weil es keine Zeitungen gab, sondern nur spärliche Meldungen im Rundfunk. Um die wenigen Radioapparate versammelten sich oft dutzende von Menschen. Auf dem Weinhof und andernorts in der Stadt blühte der „schwarze Markt", dem die Besatzer nicht beikamen, bis er nach der Währungsreform von 1948 schlagartig von selbst verschwand. Das lag nicht zuletzt daran, dass Angehörige der Besatzungstruppen in nicht wenigen Fällen selbst dort Handel trieben. Aber das war kein typisches Ulmer Problem.

Die vorrangige Aufgabe der Militärregierung musste die Herstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sein. Zu diesem Zweck bedurfte sie verantwortlicher Ansprechpartner auf deutscher Seite. In Ulm waren es der

städtische Polizeirat Hermann Frank als kommissarischer Bürgermeister und der Vorstand der Wieland-Werke sowie Vorsitzende der Ulmer Gauwirtschaftskammer Karl Eychmüller als sein Stellvertreter, die im Ulmer Finanzamt die erste provisorische Stadtverwaltung nach der Besetzung leiteten. Wie dringend die Militärregierung auf deutsche Persönlichkeiten angewiesen war, ist nicht zuletzt daraus zu ersehen, dass Frank am Tag der Flucht der örtlichen NS-Größen Oberbürgermeister Friedrich Foerster und Kreisleiter Wilhelm Maier mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden war und damit offenkundig deren Vertrauen genoss – das Vertrauen der Repräsentanten des Hitler-Staates. Auf dieser Basis vermochte sich Frank nicht lange zu halten. Eychmüller folgte am 7. Mai 1945 Frank als kommissarischer Bürgermeister nach. Doch auch Eychmüller galt als exponierter Repräsentant der Wirtschaft im „Dritten Reich" bald als kompromittiert. Sowohl Frank als auch Eychmüller taten unter schwierigsten Bedingungen, die ihnen keinen eigenen Aktionsspielraum gewährten, das Menschenmögliche, um mit der Militärregierung konstruktiv zu kooperieren.

Die doppelte Randlage: Quelle zahlreicher Probleme der Ulmer Nachkriegszeit

Mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ging die Regierungsgewalt auch de jure auf die alliierten Besatzungsmächte über. Für das in der US-Besatzungszone gelegene Ulm bedeutete dies, dass es zum per Proklamation von General Dwight D. Eisenhower im September 1945 gebildeten neuen Land Württemberg-Baden gehörte und zur „Zonengrenzstadt" wurde. In nordwürttembergischen Teil dieses Landes war Ulm nach der Landeshauptstadt Stuttgart die an Einwohnern zweitgrößte Stadt.

Die Besatzungsmächte USA und Frankreich hatten im Sommer 1945 bei der endgültigen Grenzziehung ihrer Besatzungszonen in Deutschland entschieden, den deutschen Südwesten entlang des Verlaufs der Autobahn Mannheim–Karlsruhe–Stuttgart–Ulm zu trennen und alle nördlich davon gelegenen Landkreise der US-Zone, alle südlich davon gelegenen Landkreise der französischen Zone zuzuschlagen. Ulm geriet in eine „verschärfte" doppelte Grenzlage, weil es fortan nicht nur an der Grenze Württemberg-Badens zu Bayern, sondern auch an der Grenze der US-amerikanischen zur französischen Besatzungszone lag. Zudem waren die in erster Linie wirtschaftlich bedeutsamen Bindungen an den oberschwäbischen Raum, der nun von Frankreich beherrscht wurde, mit einem Schlag gekappt. Der Übertritt von einer in die andere Zone war nur mit erheblichen Restriktionen möglich, etwa mit zeitbegrenzten Passierscheinen. Geschichtlich Interessierte fühlten sich an das Jahr 1810 erinnert, als beim

Übergang Ulms von bayerischer in württembergische Oberhoheit das Ulmer Territorium rigoros zerschnitten worden war und der Verlust wichtiger Verbindungen die Stadt und ihr nunmehr württembergisches Umland für Jahrzehnte ins Elend stieß. Nur ein Beispiel: Auf der nunmehr bayerischen Donauseite waren den Ulmer Schiffsmeistern mit einem Schlag ihre Schiffsbauplätze abhanden gekommen, alle zum Schiffsbau nötigen Handwerker hatten ihren Hauptarbeitsplatz verloren. Nach 1810 galt Ulm als verarmende Stadt.

Die Situation Ulms im Jahr 1945 war durchaus vergleichbar. Die Stadt war aufgrund der Grenzziehungen eingeschnürt wie einst in den Festungsgürtel. Nur ein weit über die Stadt hinausgehendes Konzept konnte Abhilfe schaffen. Erst zwanzig Jahre später, mit der Gründung der Planungsgemeinschaft Donau-Iller-Blau beziehungsweise des späteren Regionalverbandes Donau-Iller, konnten neue und die Randlage überwindende wirtschaftliche Impulse gesetzt werden, die den Wandel begründeten und Ulms Status als boomende Wirtschafts- und Wissenschaftsregion festschrieben.

Die unmittelbare Nachkriegszeit – Not und Elend der Bevölkerung

Eine der wesentlichen Aufgaben der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Bewältigung der Lebensmittelknappheit. Zu diesem Zweck war die Erfassung aller Lebensmittel notwendig, die von Ernährungsämtern geleistet wurde. Um Lebensmittel zugeteilt zu erhalten, benötigte man Lebensmittelkarten. Gegen „Schwarzhandel“ wurde streng vorgegangen, aber die Menschen entwickelten rasch Strategien, sich nicht erwischen zu lassen. Auch in Ulm entstanden zwischen Ruinen Kleingärten. Kleintierhaltung kam auf, in Verschlägen wurden Kaninchen und Hühner gehalten. Meist mit Fahrrädern fuhr man zum „Hamstern“ in die ländliche Umgegend, nach Elchingen, Langenau, Albeck, Göttingen. Not machte erfinderisch – der Wille zum Überleben nach dem Ende des Krieges bestimmte das Handeln auch der Ulmer Bevölkerung.

Zum ungeheuren Arbeitsfeld des Wiederaufbaus gehörten in Ulm die Entschuttung von mehr als einer Million Kubikmeter Trümmer, die Reparatur zerstörter Verkehrswege und die Bewältigung eines gigantischen Zustroms von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen, Displaced Persons (DPs) und Kriegsheimkehrern. Stummer Zeuge tausender unterschiedlichster Schicksale wurde der Ulmer Bahnhof. Er war die Drehscheibe der Hoffnung. Entwurzelte Menschen, die ihre Heimat, ihre Familie und ihre Freunde, ihren Besitz und damit ihr ganzes bisheriges Leben verloren hatten, kamen hierher, weil sie wussten, dass ihnen hier geholfen wurde. Städtische oder staatliche Hilfen waren in der ersten Nachkriegszeit nicht zu erwarten. Wo Hilfe angeboten wurde – und sei es „nur“ ein Teller mit warmer Suppe –, entsprang sie privater oder kirchlicher



Als Grenzstadt entwickelte sich Ulm schnell zum Sammelbecken von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen, Displaced Persons und Kriegsheimkehrern. Die US-Militärregierung verhängte angesichts der Überfüllung schon 1946 einen Zuzugsstopp. (Foto: Stadtarchiv Ulm)

Initiative. Zu den unverzichtbaren Hilfsangeboten gehörte die Christliche Bahnhofshilfe Ulm/Donau, in der die couragierte Elise Ernst (1889–1969), Leiterin der Christlichen Bahnhofshilfe, die Verzweifelten tröstete und viele Menschen vor dem Verhungern bewahrt hat.

Die ohnehin angespannte Wohnungslage wurde durch die Anwesenheit vieler tausend Heimatvertriebener und Displaced Persons noch verschärft. In sieben Ulmer Lagern gab es Ende 1946 allein etwa 7 000 jüdische DPs.[5] Viele Ostflüchtlinge kamen mit großen Eisenbahntransporten nach Ulm, wo sie zum Teil für Monate in Barackenlagern leben mussten, ehe sie in für sie ausgesuchten Wohnorten ein neues Leben beginnen konnten. Daneben gab es ein eigenes Lager für Russlandheimkehrer. Von der International Refugee Organization (IRO) waren in Ulm zusätzlich zahlreiche Wohnungen für die Unterbringung von Flüchtlingen beschlagnahmt. Dem Wirken des kommissarischen Leiters des Ulmer Städtischen Hochbauamtes, Emil Allgaier (1881–1957), war es zu danken, dass in kurzer Zeit zumindest der Bau zahlreicher Not- und Behelfsbauten ins Werk gesetzt und damit einer Eskalation der Situation vorgebeugt werden konnte.

Die Stadt platzte aus allen Nähten. Die Militärregierung suchte ein Zusammentreffen zwischen der Ulmer Bevölkerung und Flüchtlingen möglichst zu

vermeiden, da sich gelegentlich die Animositäten in Gewalt entluden. Bei der Beschlagnahmung der Sedanstraße zum Zwecke der Einweisung von polnischen DPs mussten nur ehemalige Parteigenossen ihre Wohnungen räumen – eine bewusste „Sühnemaßnahme" der Militärregierung.[6] Die Notlage veranlasste viele Beteiligte zu merkwürdigen Überlegungen. So unterbreitete der Beirat der Stadt Ulm im November 1945 den Vorschlag, politisch unbelastete Barackenbewohner gegen einst aktive Nationalsozialisten auszutauschen. Dieser Vorschlag fand wegen seiner Völkerrechtswidrigkeit keinen Anklang bei der Militärregierung. Aufgrund der äußerst begrenzten Unterbringungsverhältnisse erklärte die Militärregierung Ulm im April 1946 zur „critical housing area", was de facto einem Zuzugsverbot gleichkam.

Den entscheidenden Durchbruch bei der Behebung der Wohnungsnot brachte erst die Währungsreform im Juni 1948. Mit einem Schlag standen genügend Baumaterialien zur Verfügung, und mit Unterstützung vom Land vermochte die Bauwirtschaft ihren Kapitalmangel zu überwinden. Doch noch im Oktober 1950 waren in Ulm über 2 000 Familien ohne Wohnung. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Stadt allerdings die Einwohnerzahl vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges – rund 70 000 gegenüber rund 28 000 bei Kriegsende – wieder überschritten und prosperierte in allen Bereichen. Beim Wohnungsbau lag Ulm um 1950 im bundesrepublikanischen Vergleich im Spitzenfeld.

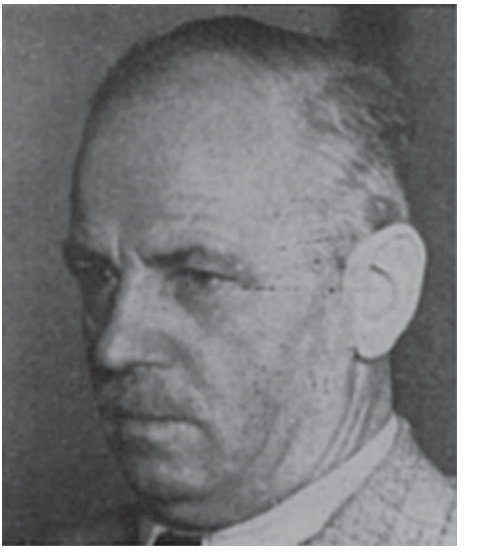
Neubeginn des öffentlichen Lebens unter Robert Scholl

Der Neubeginn des politischen und demokratischen Lebens vollzog sich auf der Ebene der Stadt Ulm in sieben Phasen:

25. April 1945: Einsetzung einer kommissarischen Stadtregierung mit provisorischen Oberbürgermeistern an der Spitze, die allein der US-Militärregierung verantwortlich waren.
7. Juni 1945: Einsetzung eines 14-köpfigen (Gemeinde-)Beirats.
10. November 1945: Erstmaliges Erscheinen der freien Presse („Schwäbische Donau-Zeitung").
Ab 27. November 1945: Wieder- bzw. Neugründung der Industrie- und Handelskammer Ulm und der Ulmer Gewerkschaften, beginnend mit der Zulassung für den Württembergischen Gewerkschaftsbund für den Landkreis Ulm.
November 1945 bis Januar 1946: Wieder- bzw. Neugründung politischer Parteien: der neugegründeten interkonfessionellen Volkspartei CDU, gegründet als „Christlich-Soziale Volkspartei"; der wiederbegründeten SPD; der neu gegründeten Demokratischen Volkspartei (DVP, später FDP); der wiederbegründeten KPD sowie der neu gegründeten Freien Wählervereinigung.

26. Mai 1946: Erste freie Gemeinderatswahl seit 1931.
30. Juni 1946: Erste Wahl eines Landesparlaments, der Verfassunggebenden Landesversammlung für Württemberg-Baden (erste freie Landeswahl seit 1932).

In der Stadt fehlte es an allem: an Wohnraum, Lebensmitteln, Strom und Benzin. Der kommissarische Oberbürgermeister Eychmüller konnte nur den Mangel verwalten. Seinem Nachfolger Robert Scholl (1891–1973) ging es nicht anders. Die Militärregierung wollte mehr als einen Monat nach dem Einmarsch einen politisch unbelasteten Oberbürgermeister. Während Eychmüller angesichts seiner Rolle als Wirtschaftsführer nicht als unbelastet galt, genoss der Wirtschaftstreuhänder Robert Scholl, Vater der von den Nationalsozialisten ermordeten Hans und Sophie Scholl und selbst bekennender Regimegegner, politische Integrität. Er konnte am 6. Juni 1945 die Amtsgeschäfte übernehmen. Robert Scholl, zugleich Vertrauensmann der Amerikaner, hatte einen schweren Stand. Nicht wenige in der Stadt sahen in ihm den Vater von „Vaterlandsverrätern" und auch ihn selbst als einen „Vaterlandsverräter", Letzteres nicht nur mit Blick auf die NS-Zeit, sondern auf seine enge Kooperation mit der Militärregierung. Hinzu kam, dass Scholl auf amerikanische Anordnung an der Entfernung aller aktiven NSDAP-Mitglieder aus ihren Ämtern mitwirkte, bis im Sommer 1946 die Spruchkammer für Stadt- und Landkreis Ulm diese Aufgabe übernahm.[7] Dennoch profitierte Ulm von Scholls Amtsauffassung und von seiner Amtsführung. Der demokratische Neubeginn und der Wiederaufbau auf lokaler Ebene bleiben mit seinem Namen eng verknüpft.



Der Wirtschaftstreuhänder Robert Scholl (1891–1973), Vater der im „Dritten Reich" hingerichteten Geschwister Hans und Sophie Scholl, war Ulms erster (indirekt) gewählter Oberbürgermeister nach Kriegsende. Seine Amtszeit war geprägt von Entschuttung, Wiederaufbau und ersten Schritten zu demokratischem Neubeginn. (Foto: Stadtarchiv Ulm)

Die Einsetzung Robert Scholls als kommissarischer Oberbürgermeister war eine „Ulmer Besonderheit". Scholl war politisch unbelastet und verfügte über Erfahrung in der Kommunalverwaltung, da er vor 1930 Schultheiß in den hohen-

lohischen Gemeinden Ingersheim und Forchtenberg gewesen war. Der seit 1932 in Ulm lebende Wirtschaftstreuhänder war bereits 1942 wegen „defätistischer Äußerungen“ in Haft gekommen und war 1943 nach der Vollstreckung des Todesurteils gegen seine beiden Kinder erneut verhaftet und in verschiedenen Konzentrationslagern gefangen gehalten worden. Gesundheitlich und psychisch schwer angegriffen, war er im November 1944 aus der Haft entlassen worden. Scholl hatte die Unmenschlichkeit des NS-Systems am eigenen Leib erfahren und galt den Amerikanern aufgrund seiner „sauberen Weste“ und politischen Integrität im Gegensatz zu Frank und Eychmüller als politisch einwandfreier Bürgermeister.

In der Amtszeit von Robert Scholl fanden die ersten Gemeinde- und Kreistagswahlen statt. Die Stadtpolitik gewann ein neues Gesicht und nahm Kontur an. Scholl, kein Mann der „Apparate“ und der Einhaltung des Dienstwegs in Zeiten der Not, versäumte es allerdings, sich im parteipolitischen Raum einen Anhang zu schaffen. Nicht wenigen Ulmern war er aufgrund seiner Rolle als „Mahner“ aus der NS-Zeit ein Dorn im Auge. Im September 1946 bestätigte ihn der Gemeinderat – bei Stimmengleichheit – im Amt. Für Scholl war dieses denkbar knappe Ergebnis eine schwere Enttäuschung. Bei der Oberbürgermeisterwahl am 21. März 1948, bei der die Ulmer Bevölkerung erstmals seit 1929 wieder den Stadtvorstand wählen durfte, unterlag er seinen beiden Gegenkandidaten und verfehlte sogar die Stichwahl. Verbittert zog sich Scholl aus der Politik zurück.

Fast zeitgleich mit der Übernahme der Geschäfte durch Scholl erfolgte am 7. Juni 1945 die Konstituierung eines Gemeindebeirats, der dem Bürgermeister beratend zur Seite stand, jedoch über keine Initiativkompetenzen verfügte. Unter den 14 politisch unbelasteten Mitgliedern waren der Sozialdemokrat Johann Weißer, der Zentrumspolitiker Franz Wiedemeier und der Liberale Hermann Wild. Dies war die Geburtsstunde der Ulmer Kommunalpolitik der Nachkriegszeit, auch wenn es bis zu den ersten Wahlen zum Gemeinderat noch fast ein Jahr dauern sollte.

Johannes Weißer (1893–1954) war Gründungsmitglied des Beirats. Er war der Prototyp des nach politischer Verfolgung und beruflicher Entwurzelung in der Zeit des „Dritten Reiches“ nach 1945 wieder aktiven Multifunktionärs. Wiederholt verhaftet und zuletzt im Umfeld des Stauffenberg-Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 inhaftiert, stellte sich der schon vor 1933 renommierte Gewerkschafts- und SPD-Parteisekretär in Ulm in den Dienst des Neubeginns. Am 19. Mai 1945 ließ er dem US-Stadtkommandanten eine Liste politisch unbelasteter Ulmer zukommen, die im Monat darauf als Beirat des kommissarischen Bürgermeisters ihre Arbeit aufnehmen sollten. Weißer zählte zu den maßgeblichen Betreibern der Neugründung der Ulmer SPD, die er im Gemeinderat ebenso vertrat wie im Parlament des Landes Württemberg-Baden, dem er von Januar 1946 bis November 1950 angehörte und an dessen Verfassung er mitarbeitete.

Johannes Weißer, früher Redakteur bei der sozialdemokratischen „Donau-Wacht“, erhielt bereits im November 1945 mit Kurt Fried und Paul Thielemann die Lizenz zur Herausgabe der „Schwäbischen Donau-Zeitung“. Sie erschien wegen der herrschenden Papiernot zunächst nur zweimal pro Woche mit einer Auflage von 90 000 Exemplaren. Weißer war erster Chefredakteur des Blattes. Seine Tochter Mathilde gestaltete den Neuanfang als Gemeinderätin und als engagierte Unterstützerin der Volkshochschule mit.

Die US-Besatzungsmacht organisierte den demokratischen Neuaufbau „von unten nach oben“. Die Gemeindewahlen in den größeren Städten waren für den 26. Mai 1946 ausgeschrieben. In Ulm war die neu gegründete CDU mit Abstand die stärkste Partei (41,4 %) vor der SPD (22,6 %). Damit dokumentierte sich die strukturell konservative Einstellung des Ulmer Wahlvolkes, die nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck kam, dass alle elf Frauen auf den Kandidatenlisten – wenig genug! – den Sprung in den Gemeinderat verfehlten. Dieses Bild bestätigte sich im Wesentlichen auch bei der am 7. Dezember 1947 folgenden Gemeinderatswahl, als von neun Bewerberinnen nur eine, die liberale Herta Wittmann (1913–1960), gewählt wurde. Auch auf Landesebene, bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung beziehungsweise zum Landtag von Württemberg-Baden, etablierte sich die CDU als mit Abstand stärkste Partei vor SPD, DVP (Liberalen) und KPD. Die Freie Wählervereinigung vermochte es im Gegensatz zu den Gemeinden im benachbarten Land Württemberg-Hohenzollern nicht, zu einer den Neuanfang auf kommunaler Ebene nachhaltig prägenden Kraft zu werden. Im Wesentlichen behauptete sich damit nach 1946 in Ulm die politische Kräfteverteilung aus der Zeit vor 1933.

Nebenbei sei auch bemerkt, dass die Wähler in Stadt und Landkreis Ulm bei der Volksabstimmung über den neuen Südweststaat am 9. Dezember 1951 mit über 95 Prozent für die Vereinigung der 1945/46 aufgrund der Besatzungssituation geschaffenen Länder Südbaden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Südweststaat Baden-Württemberg votierten. Die Länderneugliederung war insofern auch ein wichtiger Markstein auf dem Weg aus den durch die doppelte Randlage geschaffenen wirtschaftlichen Problemen Ulms.

Entnazifizierung

Die US-Besatzungsmacht ordnete eine rigorose Entnazifizierung an und entließ in den ersten Monaten nach der Besetzung jedes NSDAP-Mitglied aus dem Amt. Dies hatte die schleichende Lahmlegung der öffentlichen Verwaltung zur Folge. Danach wurden zum Zwecke der Entnazifizierung (Ermittlung der individuellen politischen Belastetheit) in den Städten und Landkreisen auf der Grundlage des „Gesetzes Nr. 104 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Milita-

rismus vom 5. März 1946“ Spruchkammern gebildet. Im Raum Ulm existierte eine Spruchkammer für die Stadt und eine weitere für den Landkreis. Die Ulmer Spruchkammer hielt ihre erste Sitzung am 21. August 1946 ab. Das öffentliche Interesse war groß, an die 150 Zuhörer befanden sich im Saal. Zur Verhandlung stand der Fall des ehemaligen NS-Ortsgruppenleiters der Ortsgruppe Kuhberg, Wilhelm Ziegler. Dessen Verteidiger Friedrich Hahn, liberaler Ulmer Stadtrat, spiegelte in seinen Einlassungen die gewaltige Ambivalenz des demokratischen Neubeginns in Deutschland wider. Ziegler hatte einen Mann, der „Feindsender“ gehört hatte, verhaften lassen. Hahn suchte diesen Akt damit zu begründen, dass, wer „Feindsender“ abgehört habe, sich sehr wohl der „nationalen Untreue“ schuldig gemacht habe.[8] Der SPD-Politiker Johannes Weißer beschuldigte Hahn daraufhin einer „reaktionären Gesinnung“. Ziegler wurde übrigens zu vier Jahren Arbeitslager mit schwerer Arbeit und einer Geldstrafe von 4 000 Reichsmark sowie dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre verurteilt. Während ein Vertreter der KPD meinte, das Urteil sei zu milde, waren andere der Meinung, es sei unverhältnismäßig hart.

Fakt bleibt: Wer in der Entnazifizierung frühzeitig vor Gericht gestellt wurde, hatte erheblich schwerere Strafen zu erwarten als zu einem späteren Zeitpunkt. Da, von Ausnahmen wie dem „Nürnberger Prozess“ abgesehen, die schwer belasteten Nationalsozialisten sich in der Regel erst später verantworten mussten, war ihnen auch die Gelegenheit gegeben, ihre Verteidigung besser vorzubereiten. Hinzu kam das wachsende Desinteresse der US-amerikanischen Besatzungsmacht, das spätestens mit der „Berlin-Krise“ vom Sommer 1948 die Entnazifizierung in ihrer Zone de facto zum Erliegen brachte. So waren es Besatzer und Besetzte gemeinsam, die die sogenannte „politische Säuberung“ oder „Befreiung“ zur Farce werden ließen. Bezogen auf den Personenstand vom April 1945 (Beginn der Besetzung), waren in Ulm im Sommer 1946 55 Prozent der Beamten, 41 Prozent der Angestellten und etwa zwanzig Prozent der Arbeiter aus politischen Gründen entlassen worden.

Die NS-Führungsriege Ulms ging im Vergleich zu vielen anderen Funktionären andernorts keineswegs ungeschoren aus der Entnazifizierung hervor. Ex-Oberbürgermeister Friedrich Foerster saß bis 1948 in Internierungshaft und wurde von der Spruchkammer Ulm (Stadt) als „Belasteter“ eingestuft. Wie Foerster wehrte sich auch der einstige Polizeidirektor Wilhelm Dreher erfolglos gegen diese Einstufung. Dreher war nach vierjähriger Internierungshaft mittellos und bewies bis zu seinem Lebensende, dass er der Prototyp des uneinsichtigen politischen Brandstifters war. Auch Drehers Nachfolger als Polizeidirektor, Erich Hagenmeyer, war „Belasteter“ und musste seinen Lebensunterhalt zeitweise als Bauhilfsarbeiter in Ulm verdienen. Kreisleiter Wilhelm Maier starb 1947 im US-amerikanischen Lager 74 in Ludwigsburg. Der langjährige Ulmer Landrat

Otto Barth starb wenige Monate nach der Entlassung aus der Internierungshaft in Ulm, der führende NS-Politiker Ernst Pfannenschwarz, seines Zeichens einst Landtagsvizepräsident und Landesjägermeister, starb 1946 im Internierungslager Balingen.

Andererseits erhielten zahlreiche Persönlichkeiten, die bis 1933 in Diensten von Stadt und Kreis Ulm gestanden waren, nach 1945 eine zweite Chance. Der 1933 aus dem Amt vertriebene Oberbürgermeister Emil Schwammberger wurde Direktor der Kommunalabteilung im württemberg-badischen Innenministerium und Abgeordneter der FDP im Wirtschaftsrat der Bizone. Sein einstiger Stellvertreter, Bürgermeister Ernst Sindlinger, wurde als Landrat des Landkreises Ulm eingesetzt.

Ulm in der „Ära Pfizer"

Der 1948 als Nachfolger von Robert Scholl zum Oberbürgermeister gewählte Ministerialbeamte Theodor Pfizer (1904–1992) zählt zu den großen Oberbürgermeistern in der Geschichte des deutschen Südwestens nach 1945. Er stammte aus Stuttgart, war aber über seine Familie eng mit Ulm verbunden. Mehrere seiner Vorfahren hatten in hohen Beamtenpositionen in Ulm gewirkt, Pfizers Großvater war Präsident des Ulmer Landgerichts gewesen. In der NS-Zeit Verkehrsdezernent bei der Reichsbahndirektion in Stuttgart, war Theodor Pfizer nach Kriegsende als Ministerialrat in das Verkehrsministerium Württemberg-Baden berufen worden. Er prägte in seiner fast ein Vierteljahrhundert währenden Amtszeit als Oberbürgermeister von Ulm einen neuen Stil der Einbeziehung der Bürgerschaft und verlieh den wieder eingeführten Rechenschaftsberichten



Fast ein Vierteljahrhundert lang bestimmte Oberbürgermeister Theodor Pfizer (1904–1992) die Geschicke der Stadt. Ulm entwickelte sich zu einem „boomenden" Wirtschaftszentrum, daneben wurden die Grundlagen zum Wissenschaftsstandort mit Gründung der HfG und der Universität gelegt. (Foto: Stadtarchiv Ulm)

des Stadtvorstands am „Schwörmontag“ größere Bedeutung. Daneben verstand er mit den „Bürgerversammlungen“ ein Forum zu schaffen, das Stadtverwaltung und Bevölkerung mit der Zeit enger zusammenbrachte und letztlich dazu diente, wieder Interesse an der Kommunalpolitik zu wecken. Denn auch um 1950 wirkten die Folgen des Krieges noch so nachhaltig in das Leben der Menschen hinein, dass sie sich für ihre Existenzsicherung erheblich mehr interessierten als für einzelne Maßnahmen der Stadt.

In der Amtszeit von Theodor Pfizer ging mit dem Wiederaufbau Ulms nach neuen stadtplanerischen Überlegungen, die er mit dem Gemeinderat gegen nicht geringe Widerstände zu vermitteln und durchzusetzen vermochte, eine Blüte im wissenschaftlichen-kulturellen Bereich einher. Dafür stehen beispielhaft nicht nur die Gründung der Universität Ulm (1967), die zeitweise in Konkurrenz zum Gründungsprojekt in Konstanz betrieben wurde, und der Hochschule für Gestaltung (1955–1968), sondern auch der Aufbau der bereits im April 1946 gegründeten Volkshochschule und die Gründung der Fachhochschule für Ingenieurwesen. Ulm gewann trotz erschwerter Ausgangsbedingungen seinen Platz als Zentrum der Region nach Bildung des Landes Baden-Württemberg im Jahre 1952 Schritt für Schritt zurück und definierte sich stark über sein Hochschulwesen. Wer heute nach Ulm kommt, betritt eine „Universitätsstadt“.

Die Volkshochschule Ulm darf besonderes Interesse beanspruchen. Ganz bewusst am ersten Jahrestag des Einmarsches der Besatzer am 24. April 1946 gegründet, war ihr Entstehen in erster Linie dem großen Engagement einiger Ulmer Frauen, unter ihnen Ilse Aicher-Scholl und Mathilde Weißer, zu verdanken. Von Anfang an mit einem umfassenden Angebot an Veranstaltungen und Vorträgen auftretend, war die Ulmer Volkshochschule – heute im EinsteinHaus untergebracht – einer der wesentlichen Motoren des demokratischen und geistigen Neubeginns in Ulm. Ihre Erfolge gewannen ihr Ansehen weit über Ulm hinaus.

Vereinsleben und Bürgerinitiativen

Zunächst nur zaghaft und vereinzelt, später in rascher Folge und sehr vielgestaltig, entwickelte sich in den Nachkriegsjahren das Ulmer Vereinsleben. Grundlage dafür war das Bemühen, die Bevölkerung, die sich nach Kriegsende im Wesentlichen mit der Bewältigung des Nachkriegsalltags konfrontiert sah, überhaupt wieder für eine Teilnahme am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben zu interessieren. Die an demokratischer und kultureller Umerziehung höchst interessierte Besatzungsmacht förderte dies tatkräftig und beobachtete und unterstützte nicht nur das Gedeihen der Volkshochschule, sondern initiierte Ende 1946 das „Ulmer Forum“. Hier standen Vertreter der Militärregierung,

der Parteien und der Körperschaften zu aktuellen Fragen wie Wiederaufbau und Nahrungsmittelversorgung Rede und Antwort.[9]

Ebenfalls 1946 erfolgte unter Federführung des DVP-Stadtrates Friedrich Hahn die Wiederbegründung des Vereins Alt-Ulm, der seine Unzufriedenheit mit den Wiederaufbauplänen der Stadtverwaltung erklärte. Der Zerstörungsgrad besonders der Innenstadt legte – wie auch im benachbarten Neu-Ulm – weniger einen Wiederaufbau als vielmehr einen Neubau nahe. Oberbürgermeister Pfizer sprach später davon, man habe nicht da wieder anfangen können, wo man 1939 aufgehört habe, „nachdem eine Welt sich politisch und wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich von Grund auf verändert hatte".[10] Eine Gegenposition zur Haltung des Vereins Alt-Ulm vertrat die 1950 ans Licht der Öffentlichkeit getretene „Gesellschaft 1950", in der sich vor allem Künstler und Vertreter der Intelligenz wie Otl Aicher, Wilhelm Geyer, Kurt Fried und Inge Scholl bei „Sammlung der künstlerisch und geistig schöpferischen Kräfte Ulms" für eine „lebendige Entfaltung der verschiedenartigsten Kräfte" aussprachen.[11] Im Zentrum der teilweise heftig geführten Auseinandersetzungen stand die Bebauung des Münsterplatzes – ein „Dauerbrenner"-Thema seit Jahrzehnten. Von diesem Aspekt ausgehend, fand die Nachkriegszeit in Ulm erst im Herbst 1993 ein Ende. Der umstrittene moderne Bau des Stadthauses als direktes Gegenüber des mächtigen Münsters wurde damals seiner Bestimmung übergeben.

Nicht unerwähnt bleiben soll der „Überparteiliche Frauenarbeitskreis", der Anfang 1948 mit seiner Tätigkeit begann. Hervorgegangen aus einer Frauengruppe der Ulmer Volkshochschule und unter anderem getragen vom hervorragenden Engagement von Gertrud Brandt, Else Fried-Gotsmann und Helga Wiegandt, schrieb sich dieser Frauenarbeitskreis die Mitwirkung an der Lösung aller Fragen und Probleme der Frauen im Haushalt und Beruf sowie im wirtschaftlichen und kulturellen Leben auf die Fahne. Letztlich ging es um die Schaffung eines freien demokratischen Klimas, das die Wiederholung des Nationalsozialismus verhindern sollte. Noch im Gründungsjahr 1948 hielt der Frauenarbeitskreis im Rahmen des Oberbürgermeisterwahlkampfes eine sehr gut besuchte Veranstaltung mit den Bewerbern ab. Der Wahlsieger Theodor Pfizer war so angetan von der Veranstaltung, dass er 1949 die im Zweijahresturnus tagende Bürgerinnenversammlung einführte – eine in der Bundesrepublik Deutschland einmalige Institution. Später ließ der Frauenarbeitskreis das erste Ulmer Frauenwohnheim erbauen. 1986 löste er sich als eingetragener Verein auf und schenkte der Stadt Ulm seine beiden Häuser im Wert von 1,5 Millionen D-Mark.

Wiederaufstieg aus den Trümmern

Der parteilose Oberbürgermeister Theodor Pfizer versuchte mit der Wiederbelebung des traditionellen Verfassungsfestes „Schwörmontag" die Bande zwischen Stadtverwaltung und Bevölkerung enger zu knüpfen. In seiner ersten „Schwörrede" erinnerte er am 8. August 1949 an die unmittelbaren Nachkriegsmonate in der Stadt. Zwei Drittel der Stadt hätten „in Trümmern gelegen, sie war ohne gesicherte Versorgung mit Nahrung und Lebensbedarf, ohne Verkehrsmittel, ohne Licht und Gas, zum Teil ohne Wasser und beherbergte von einst annähernd 70 000 Einwohnern noch etwa 28 000".[12] Schon 1952 hatte die Stadt mehr als 75 000 Einwohner, 1953 sollte die Einwohnerzahl Ulms die Grenze von 80 000 übersteigen! Stolz erklärte Pfizer, vor der Währungsreform habe es in Ulm 12 000 Arbeitsplätze in der Industrie gegeben, nun, ein Jahr später, seien es schon 14 000. Die Entschuttung sei weitgehend abgeschlossen, der Wohnungsbau schreite großflächig voran, Verkehrswege seien wieder benutzbar, die Schulen befänden sich im Wiederaufbau, die Versorgungslage bessere sich von Tag zu Tag.

Alljährlich konnte er dann von den Erfolgen des Wiederaufbaus in allen Bereichen sprechen und auch davon, dass sich die der Stadt durch den Krieg geschlagenen Wunden zu schließen begannen. 1952 gewann Ulm durch die Länderneugliederung im Südwesten neue wirtschaftliche Spielräume, die allerdings erst nach Jahren eine Anknüpfung an frühere Strukturen möglich machten. Bei allen Problemen gelang es der Stadt, ihre Position als Zentrum der Region wieder zurückzugewinnen und auszubauen. Nicht zuletzt deshalb ist Ulms Nachkriegsgeschichte auch eine Erfolgsgeschichte.

Anmerkungen

1 Die Einnahme Ulms durch alliierte Kampfverbände im April 1945 (masch.). Auszug aus Band III des Berichts der 7. US-Armee über die Kampfhandlungen 1944/45, Übersetzungsabschrift im StA Ulm, B 061/9 Nr. 2, S. 3.
2 Hans Eugen Specker in Zusammenarbeit mit Irene Specker: Die Luftangriffe auf Ulm mit einem Ausblick auf das Kriegsende in der Stadt, in: Hans Eugen Specker (Hrsg.): Ulm im Zweiten Weltkrieg, S. 454.
3 Die Einnahme Ulms (wie Anm. 1), S. 3.
4 Ulrich Müller: Displaced Persons (DPs) in Ulm 1945–1951, S. 375.
5 Ebd., S. 379.
6 Ulrich Müller: Fremde in der Nachkriegszeit, S. 33.
7 Bettina Gerlach: Demokratischer Neubeginn nach 1945, S. 428.
8 Universität Ulm: Nachkriegszeit in Ulm, S. 27.

9 Bettina Gerlach: Demokratischer Neubeginn nach 1945, S. 437 f.
10 Theodor Pfizer, in: Sonderbeilage „Ulm 1945–1964“ der Schwäbischen Donau-Zeitung vom 8. Mai 1965.
11 Bettina Gerlach: Demokratischer Neubeginn nach 1945, S. 437 f.
12 Schwörfeier am 8. August 1949, in: Theodor Pfizer: Neubau der Stadt, S. 12.

Literaturhinweise

Fink, Hubert: Der Ulmer Gemeinderat im Spannungsfeld zwischen Repräsentation und Verwaltung, in: Hans Eugen Specker (Hrsg.): Tradition und Wagnis. Ulm 1945–1972, Ulm 1972, S. 137–163.

Gerlach, Bettina: Demokratischer Neubeginn nach 1945, in: Hans Eugen Specker: Die Ulmer Bürgerschaft auf dem Weg zur Demokratie. Zum 600. Jahrestag des Großen Schwörbriefs. Begleitband zur Ausstellung, Ulm 1997, S. 424–480.

Müller, Ulrich: Fremde in der Nachkriegszeit. Displaced Persons – zwangsverschleppte Personen – in Stuttgart und Württemberg-Baden 1945–1951, Stuttgart 1990.

Müller, Ulrich: Displaced Persons (DPs) in Ulm 1945–1951, in: Ulm und Oberschwaben 47/48 (1991), S. 374–391.

Pfizer, Theodor: Neubau der Stadt. Die Ulmer Schwörreden 1949–1958, Ulm 1959.

Raberg, Frank: Franz Wiedemeier (1890–1970). Ein christlicher Demokrat in der Landes- und Parteipolitik des deutschen Südwestens, in: Ulm und Oberschwaben 50 (1996), S. 243–306.

Raberg, Frank: Neubeginn und Wirtschaftswunder (1945 bis Ende der 1960er-Jahre), in: StadtMenschen. 1150 Jahre Ulm: Die Stadt und ihre Menschen, hrsg. vom Stadtarchiv Ulm, Ulm 2004, S. 157–168.

Raberg, Frank: „Katastrophe und Chance“ – Zum Kriegsende in Ulm, in: Ulm und Oberschwaben 53/54 (2007), S. 495–506.

Sauer, Paul: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945 bis 1952, Ulm 1978.

Specker, Hans Eugen (Hrsg.): Ulm im Zweiten Weltkrieg, Ulm 1995.

Specker, Hans Eugen: Pfizer, Theodor, in: NDB 220 (2001), S. 344.

Stadelhofer, Carmen/Stephan, Margit (Hrsg.): Nachkriegszeit in Ulm 1945–1949. Einfluss der US-Besatzungsmacht auf das Leben in Ulm und Neu-Ulm, Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW), 2. Aufl. Ulm 2005.

Die Autorinnen und Autoren

Adler, Renate Karoline, Dr., geb. 1958, ist Leiterin des Kreis- und des Stadtarchivs Freudenstadt. Sie hat mehrere Beiträge zur Sozialgeschichte im Landkreis Freudenstadt veröffentlicht, war für die Herausgabe der 1999 in Karlsruhe erschienenen Stadtchronik *Planstadt – Kurstadt – Freudenstadt* verantwortlich und ist Redaktionsleiterin des *Jahrbuchs des Landkreises Freudenstadt*.

Gassert, Philipp, Dr. phil. habil., geb. 1965, ist Hochschuldozent für Neuere Geschichte an der Universität Heidelberg und DAAD Associate Professor of History an der University of Pennsylvania in Philadelphia (USA). Wichtigste Veröffentlichungen: *Amerika im Dritten Reich: Ideologie, Propaganda und Volksmeinung 1933–1945* (1997); *Kurt Georg Kiesinger 1904–1988: Kanzler zwischen den Zeiten* (2006); *Kleine Geschichte der USA* (2007; mit Mark Häberlein und Michael Wala). Philipp Gassert hat darüber hinaus zahlreiche Aufsätze und Sammelbände zur deutschen Zeitgeschichte, zur internationalen Geschichte und zur amerikanischen Geschichte veröffentlicht.

Groh, Christian, Dr., geb. 1967, ist stellvertretender Leiter des Stadtarchivs/Instituts für Stadtgeschichte Pforzheim. Er hat mehrere Veröffentlichungen zur Stadtgeschichte Pforzheims und zur Geschichte des 20. Jahrhunderts vorgelegt, darunter *Kommunale Polizei im Wiederaufbau* (2003); *Pforzheim. Eine illustrierte Stadtgeschichte* (2005); *Neue Beiträge zur Pforzheimer Stadtgeschichte*, *Bd. 1* (2006).

Heidebrecht, Maria, geb. 1942, ist langjährige stellvertretende Leiterin des Freudenstädter Stadtarchivs. Sie hat mehrere Beiträge zur Stadtgeschichte im *Jahrbuch des Landkreises Freudenstadt* und in der 1999 erschienenen Stadtchronik *Planstadt – Kurstadt – Freudenstadt* veröffentlicht.

Hochstuhl, Kurt, Dr., geb. 1954, ist Leiter des Staatsarchivs Freiburg und Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde Baden-Württemberg. Er hat zahlreiche Arbeiten zur Geschichte Südwestdeutschlands im 19. und 20. Jahrhunderts vorgelegt, darunter *Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution*

1848/49. Der Traum von der Freiheit (1997, mit Alfred Georg Frei), *Iffezheim. Die Geschichte eines Dorfes am Rhein* (2006) und *Die Protokolle der Regierung von Baden, Bd. 1: Die Landesverwaltung Baden und das Staatssekretariat Wohleb 1945–1947* (2006).

Hölzle, Peter, Dr., geb. 1941 in Konstanz, war von 1977 bis 1989 Redakteur, von 1990 bis 1995 stellvertretender Chefredakteur der Monatsschrift *Evangelische Kommentare*. Seit 1995 ist er freier Journalist (hauptsächlich Rundfunk der ARD, aber auch Printmedien) und hat 2005 den deutsch-französischen Journalistenpreis (Hörfunk) erhalten. Zuletzt hat er veröffentlicht *Kontrapunkt Baden-Württemberg. Zur Vorgeschichte und Geschichte des Südweststaats* (2002, mit Karl Moersch) und *Alle Menschen werden Brüder. Das moderne Europa Friedrich Schillers* (2005).

Hoffend, Andrea, Dr., geb. 1962, ist nach langjähriger politikwissenschaftlich-zeithistorischer Forschungs- und Lehrtätigkeit an der Universität Mannheim und längerem Wirken am Stadtarchiv Mannheim mittlerweile freiberuflich wissenschaftlich tätig. Unter dem Titel *Zwischen Kultur-Achse und Kulturkampf* ist 1998 eine grundlegende Studie von ihr über den Kulturaustausch zwischen „Drittem Reich" und faschistischem Italien erschienen. 2001 hat Andrea Hoffend mit der biographischen Skizze *Mut zur Verantwortung* die erste Monographie zu Leben und Werk des aus Baden stammenden Reichskanzlers Hermann Müller vorgelegt. Derzeit bereitet sie eine weitere Biographie Müllers sowie eine Edition seiner Schriften und Reden vor. Darüber hinaus hat sie zahlreiche Aufsätze zu Faschismus und Nationalsozialismus, zur Arbeiterbewegung sowie zur jüngsten Regionalgeschichte des Rhein-Neckar-Raums vorgelegt.

Koch, Manfred, *Dr.*, geb. 1942, war von 1970 bis 1987 wissenschaftlicher Mitarbeiter zeithistorischer Forschungsprojekte an der Universität Mannheim, unter anderem im Arbeitsbereich Geschichte und Politik der SBZ/DDR. Von 1987 bis 2005 arbeitete er als Historiker im Institut für Stadtgeschichte der Stadt Karlsruhe. Er hat Publikationen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, zur Geschichte der SBZ/DDR sowie zur südwestdeutschen Regional- und Stadtgeschichte vorgelegt.

Moersch, Karl, *Prof.*, geb. 1926, gehörte von 1964 bis 1976 als Mitglied der FDP-Fraktion dem Deutschen Bundestag an. Von 1970 bis 1976 war er Parlamentarischer Staatssekretär bzw. Staatsminister im Auswärtigen Amt. Karl Moersch beschäftigt sich seit 1977 als freier Autor vor allem mit landeskundlichen und zeitgeschichtlichen Themen. Er hat dazu zahlreiche Arbeiten veröffentlicht, unter anderem *Bei uns im Staate Beutelsbach* (1984), *Sperrige Landsleute*

(1996), *Geschichte der Pfalz* (1987) und *Kontrapunkt Baden-Württemberg* (2002, mit Peter Hölzle).

Oellers, Jürgen, M. A., geb. 1967, ist kommissarischer Leiter des Stadtarchivs Friedrichshafen und Herausgeber des *Jahrbuchs für Geschichte und Kultur der Stadt Friedrichshafen* (2007).

Raberg, Frank, Dr., geb. 1964, ist Historiker und Politologe. Von 1997 bis 2003 war er bei der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg (Stuttgart) mit der Erarbeitung des *Biographischen Handbuchs der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815 bis 1933* (2001) betraut, anschließend mit der Edition der *Protokolle der Regierung des Landes Württemberg-Hohenzollern* (erster Band, 2004). Zahlreiche Veröffentlichungen zur südwestdeutschen Landesgeschichte nach 1806 mit Schwerpunkt Geschichte des Parlamentarismus und der Parteien. Jüngst hat Frank Raberg das *Biografische Lexikon Ulm und Neu-Ulm 1802 bis 2007* im Auftrag beider Städte bearbeitet.

Schönhagen, Benigna, Dr., geb. 1952, leitet das Jüdische Kulturmuseum Augsburg-Schwaben. Sie ist Autorin von *Tübingen unterm Hakenkreuz* und forscht und publiziert zur südwestdeutschen Landesgeschichte sowie zur jüdischen Kulturgeschichte. An den Universitäten Augsburg und Tübingen nimmt sie Lehraufträge zur jüdischen Geschichte und Museologie wahr. Jüngste Veröffentlichungen: *Kleine Tübinger Stadtgeschichte* (mit Wilfried Setzler und Hans-Otto Binder, 2006), *Augsburg. Die Synagoge.* (= Orte jüdischer Geschichte und Kultur), Haigerloch 2006*; Verfolgung und Vernichtung der Juden. Das Beispiel Laupheim* (Beitrag zum Tagungsband „Opfer des Unrechts", erscheint 2008).

Schrenk, Christhard, Prof. Dr., geb. 1958, ist Direktor des Stadtarchivs Heilbronn und Autor zahlreicher Publikationen insbesondere zur Heilbronner Ortsgeschichte und zur württembergischen Landesgeschichte.

Schukraft, Harald, geb. 1955, hat in Tübingen und Stuttgart Geschichte, Geographie und Politikwissenschaft studiert. Seit 1980 ist er als freier Historiker tätig. Er hat zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte von Stuttgart vorgelegt, u. a. *Stuttgarter Straßengeschichte(n)* (1986), *Damals über Stuttgart – Innenstadt und Vororte in Luftbildern aus den zwanziger bis vierziger Jahren* (1988) und *Wie Stuttgart wurde, was es ist – Ein kleiner Gang durch die Stadtgeschichte* (4. Aufl. 2007). Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit ist das Haus Württemberg, über das er schon mehrfach publiziert hat, u. a. *Die Grablegen des Hauses Württemberg* (1989) und *Kleine Geschichte des Hauses Württemberg* (2. Aufl. 2007).

Semmler, Hartmut, Dr., geb. 1957, ist als Wissenschaftlicher Mitarbeiter verantwortlich für die Dokumentationsstelle im Stadtarchiv Friedrichshafen.

Strauß, Christof, Dr. phil., geb. 1967, ist Oberarchivrat am Staatsarchiv Freiburg. Die Arbeitsschwerpunkte des Historikers sind die Geschichte der Nachkriegszeit sowie der Entnazifizierung und Internierung.

Weber, Reinhold, Dr., geb. 1969, verantwortet bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg die Buchreihe „Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs". Er ist Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Tübingen. Reinhold Weber forscht und publiziert in den Bereichen südwestdeutsche Landesgeschichte sowie Parteien- und Wahlgeschichte. Zusammen mit Peter Steinbach ist er Herausgeber der biographischen Buchreihe *Prägende Köpfe aus dem Südwesten* (2007 ff.). Jüngste Veröffentlichungen: *Politische Köpfe aus Südwestdeutschland* (mit Ines Mayer, 2005); *Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik* (mit Hans-Georg Wehling, 2006); *Geschichte Baden-Württembergs*, C.H. Beck Wissen 2601, (mit Hans-Georg Wehling, 2007) sowie *Kleine Geschichte der Länder Baden und Württemberg 1933–1945* (erscheint 2008).

Wehling, Hans-Georg, Prof. Dr., geb. 1938, lehrt Politikwissenschaft an der Universität Tübingen. Als langjähriger Abteilungsleiter der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg hat er die „Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs" begründet. Jüngste Veröffentlichungen: *Baden-Württemberg. Vielfalt und Stärke der Regionen* (mit Angelika Hauser-Hauswirth und Fred Ludwig Sepaintner, 2002); *Wegmarken südwestdeutscher Geschichte* (mit Rosemarie Wehling, 2004); *Geschichte Baden-Württembergs*, C.H. Beck Wissen 2601, (mit Reinhold Weber, 2007).

Umschlagfotos

Vorderseite:
Die Mannheimer Innenstadt im Oktober 1945 (Stadtarchiv Mannheim)
Hoover-Speisung in Tübingen (Stadtarchiv Tübingen)
Wiederaufbau der Altstadt in Friedrichshafen (Stadtarchiv Friedrichshafen)

Rückseite:
Kinderspielplatz im Flüchtlingslager Freiburg-Betzenhausen (Staatsarchiv Freiburg)
US-Außenminister James F. Byrnes am 6. September 1946 in Stuttgart (Stadtarchiv Stuttgart)
Wohnungsnot: Selbsterrichtete Hilfsbaracken in Pforzheim (Stadtarchiv Pforzheim)